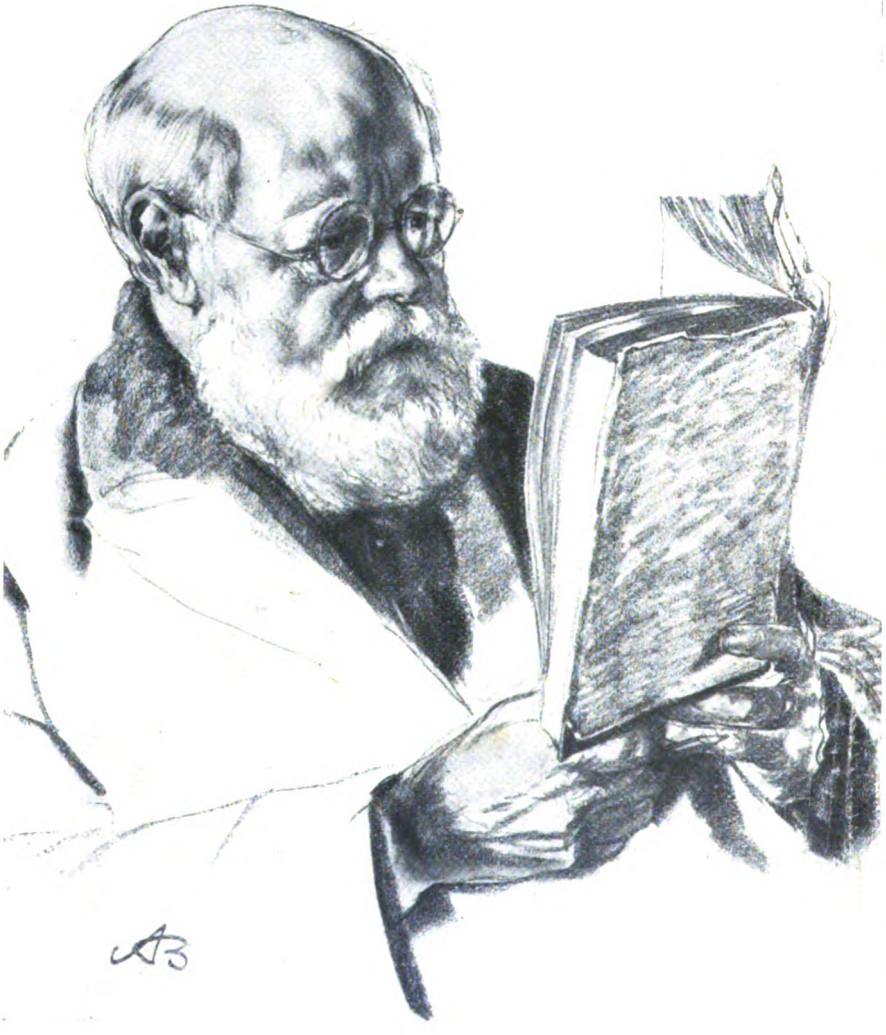
IN MEMORIAM
Fritz Kummer
1875-1937

Der lebendige Marxismus



Karl Kautsky

Gezeichnet von Artur Brusenbauch, Maler, Wien 1921

Der lebendige Marxismus

Festgabe zum 70. Geburtstage von Karl Kautsky

Mit Beiträgen von
Dr. Max Adler, Dr. Otto Bauer, Dr. A. Braunthal, Dr. Th. Cassau, Dr. E. Erkes, Gg. E. Graf, Dr. Max Hodann, Otto Jenssen, Dr. Benedikt Kautsky, Dr. Karl Kautsky jr., Albert Kranold, Dr. Käte Leichter, Dr. Otto Leichter, Oda Olberg, Hugo Saupe, Prof. Dr. Schaxel, Richard Seidel, Dr. Anna Siemsen, Herm. Wendel, S. de Wolff, Prof. Tandler, Bruno Zschätzsch.

Herausgegeben von O. Jenssen

Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

Copyright 1924 by Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena

HX276
K35L4

Zur vierten Phase des Marxismus

„Marx ist stets nur von wenigen völlig begriffen worden. Er setzte zu große Gedankenarbeit und eine zu große Unterordnung der persönlichen Wünsche und Bedürfnisse unter die Erkenntnis der objektiven Verhältnisse voraus. Aber im allgemeinen setzten sich doch die von ihm wie von Engels gewiesenen Mittel, Wege und Ziele am Ende immer wieder durch, weil eben die Logik der Dinge für sie sprach."
Kautsky: Terrorismus und Kommunismus, S. 61.

Verehrter Genosse Kautsky!

Diese Festgabe zu Ihrem 70. Geburtstage ist, wie so viele Werke des Marxismus, eine Gelegenheitsschrift. Die Anregung, aus Anlaß Ihres Wiegenfestes am 16. Oktober d. J. eine Sammlung marxistischer Abhandlungen zu veröffentlichen, ging vom Genossen Dr. E. Erkes, Leipzig, aus, zu einer Zeit, als Inflation und Krise die Herausgabe größerer Werke außerordentlich erschwerten. So entstand der Gedanke, eine Sammlung theoretischer Arbeiten zu veröffentlichen, die auch in unserer Zeit der schnellen Veränderungen auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens einen dauernden Wert durch den Charakter ihrer Untersuchungen bewahren. Den Zeitschriften des Sozialismus mußte es überlassen bleiben, die Bedeutung Ihres Schaffens auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft zu würdigen. Diese Festgabe soll die Fruchtbarkeit der Marxschen Methode, die Sie durch so zahlreiche Bücher und den Inhalt der Jahrgänge der „Neuen Zeit" erwiesen haben, an den Problemen, die heute der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung gestellt sind, aufs neue dartun. Es wurde daher versucht, von Spezialisten Fragen aus möglichst vielen Gebieten des theoretischen und praktischen Marxismus behandeln zu lassen. Bei der Wahl der Probleme mußte allerdings dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die Arbeiten für längere Zeit „aktuell" blieben. Das bestimmte Form und Inhalt vieler Abhandlungen und den vorwiegend theoretischen Charakter des Buches. Die Erweiterung

M779196

des Stoffgebietes über die Fragen von Oekonomie und Politik hinaus auf die Gebiete der Gewerkschafts- und Genossenschaftstheorie, der sozialistischen Pädagogik und vor allem der Philosophie des Marxismus, wenn man von einer solchen sprechen kann, ergab sich aus der heutigen Situation der Arbeiterbewegung und ihres Geisteslebens.

Dem Gerede von der endgültigen letzten Krise des Marxismus wollen wir die Tatsache des lebendigen Marxismus entgegenstellen.

Die Schwierigkeiten wissenschaftlichen Forschens in unseren Tagen haben Sie selbst erst jüngst treffend dargelegt, als Sie von der vierten Phase des Marxismus schrieben. Der politische und wirtschaftliche Kampf, die ungeheure Erweiterung des Kampffeldes, lassen wenig Muße für theoretische Betätigung und unsere Periode der Reaktion unterscheidet sich dadurch von der Reaktionsperiode nach 1848, daß wir mitten im Kampfe uns theoretisch neu orientieren müssen. Dies bedingt auch den Charakter und die Mängel der in diesem Bande vereinigten Arbeiten. Sie entstanden oft unter ungünstigen Bedingungen und konnten ihr Thema nicht so erschöpfend behandeln, wie es die Verfasser selbst gewünscht hätten. Die Arbeiten sind vielfach nur Anregungen zu weiterem Forschen und zu neuer Problemstellung. Es liegt nur im Interesse des Marxismus selbst, wenn sie bald durch Vollkommeneres überholt werden. Es ist aber die Aufgabe dieser Schrift, die als Artikelsammlung es unternimmt, doch als Buch zu erscheinen, die Leser anzuregen über Probleme nachzudenken, die oft durch den politischen Alltagskampf in den Hintergrund gedrängt werden.

Trotz seines wissenschaftlichen Inhalts will dieses Buch auch in die Kreise der theoretisch interessierten Hand- und Geistesarbeiter dringen, die nicht zu den Theoretikern schlechthin gehören. Dem trägt die Erscheinungsweise Rechnung. In den Zeiten der Geldknappheit und Finanzkrise erschien es geboten, das umfangreiche Werk zu teilen und die einzelnen Abteilungen gesondert in Broschürenform herauszugeben. Dadurch soll auch

dem Arbeiterleser die allmähliche Anschaffung des Gesamtwerkes ermöglicht werden. Trotz der Ungunst der Verhältnisse ist das Werk über den ursprünglich beabsichtigten Umfang weit hinausgewachsen. Das bedingte eine Beschränkung der Zahl der Mitarbeiter und leider oft auch eine Beschränkung des Raumes der Einzelnen, die gern ihren Beitrag zu einer größeren wissenschaftlichen Arbeit erweitert hätten. Immerhin mag Ihnen, werter Genosse Kautsky, den Marxisten, und vor allem Ihren Gegnern diese Festgabe beweisen, daß jener theoretische Geist noch lebendig ist, den Sie im deutschen Proletariat zu wecken, zu pflegen und zu erhalten seit einem halben Jahrhundert bemüht waren.

Jede erfolgreiche proletarische Bewegung, sei sie politisch, gewerkschaftlich, genossenschaftlich, pädagogisch oder kulturell, bedarf dieses Geistes rücksichtsloser wissenschaftlicher Forschung und kühnen revolutionären Denkens. Der Aufbau einer sozialistischen Kultur, deren Grundlagen wir heute zu schaffen suchen, bedarf neben stärksten Gefühls auch des nüchternen, kritischen Verstandes und weiter theoretischer Perspektiven. Diese Festgabe will ein bescheidener Beitrag zu dem Werke unserer Generation sein, den Marxismus auf die Verhältnisse und Bedingungen des heutigen Weltkapitalismus und Weltproletariats anzuwenden und die Vertiefung der sozialistischen Theorie zu fördern.

Diese Sammlung ist zugleich ein Zeichen der Dankbarkeit, die die heutige Generation des Marxismus Ihnen schuldet. Haben Ihre Schriften uns doch das große Werk von Marx und Engels erschließen helfen und haben Ihre selbständigen Arbeiten uns in jenem Geiste denken gelehrt, der die Beiträge dieser Sammlung verbindet.

Gera, Heimvolkshochschule Schloß Tinz,
im August 1924.

O. Jenssen.

Inhalt

Vorwort 5

Erste Abteilung

ZUR ÖKONOMISCHEN THEORIE DER NACHKRIEGSZEIT 11

Prosperitäts- und Depressionsperioden. Von S. de Wolff (Amsterdam) 13
Zur Analyse der Weltwirtschaftskrise. Von Dr. Otto Leichter (Wien) 45
Einige Bemerkungen über den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise. Von Benedikt Kautsky 101
Kautsky als Geldtheoretiker. Von Alfred Braunthal 121

Zweite Abteilung

DER WEG ZUR SOZIALISIERUNG 145

Verfassungsfragen der Gewerkschaften. Von Richard Seidel . 147
Arbeiterschaft und Intellektuelle. Von Dr. Theodor Cassau . 177
Erfahrungen des österreichischen Sozialisierungsversuchs. Von Dr. Käthe Leichter (Wien) 195
Die Gemeinwirtschaft als soziologisches und organisatorisches Problem. Von Bruno Zschätzsch 253

Dritte Abteilung

POLITIK UND GESCHICHTE 277

Gesellschaftsordnung und Zwangsordnung. Von Max Adler (Wien) 279
Marxistische Außenpolitik. Von Hugo Saupe 297
Magyaren und Südslawen in den Jahren 1848 und 1849. (Ein Beitrag zu dem Thema „Marxismus und Südslawenfrage".) Von Hermann Wendel 315
Die altchinesischen Farbbezeichnungen. (Ein Beitrag zur materialistischen Geschichtsauffassung.) Von Eduard Erkes 333

BEVÖLKERUNGSPOLITIK UND ERZIEHUNG . . . 345

Die Stellung der sozialistischen Partei zur Geburtenbeschränkung. Von Oda Olberg (Rom) 347
Mutterschaftszwang und Bevölkerungspolitik. Von Prof. Tandler (Wien) 367
Psychologische Voraussetzungen des Sozialismus. Von Anna Siemsen 383
Erziehungsarbeit und Klassenkampf. Von Max Hodann (Berlin-Friedenau) 395

Vierte Abteilung

NEULAND DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS 405

Das Weltbild des Kapitalismus. Von Otto Bauer 407
Die Strömungen in der modernen Medizin im Lichte des historischen Materialismus. Von Dr. med. Karl Kautsky (Wien) 465
Darwinismus und Marxismus. (Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Voraussetzung des Sozialismus. Von Julius Schaxel 485
Vom Sozialismus als sittlicher Idee. Von Albert Kranold (Jena) 501
Geographie und materialistische Geschichtsauffassung. Von Gg. Engelbert Graf 563
Zur Psychologie der Masse. Kautsky und Freud. Von O. Jenssen 589

LITERATURVERZEICHNIS 605

ERSTE ABTEILUNG

Zur ökonomischen Theorie der Nachkriegszeit

Prosperitäts- und Depressionsperioden

Von *S. de Wolff* (Amsterdam)

Die Krisenfrage ist aktueller als je und seit 1920 begann für die europäischen Länder mit Edelvaluta „die Krise in Permanenz". In den valutaarmen Ländern ist diese „Krise in Permanenz" von der Valutadepretiation durch eine Scheinhausse ersetzt worden, sobald jedoch diese Länder zur Stabilisierung ihrer Währung schreiten, tritt auch dort die Depression in voller Klarheit an den Tag.

Ist nun diese Depression lediglich eine Kriegserscheinung? Oder hängen gerade umgekehrt die Kriegs- und Nachkriegserscheinungen mit der ökonomischen Konjunktur zusammen?

Am bequemsten löst man dieses Problem dadurch, daß man den Krieg als den *Grund* der ökonomischen Depression betrachtet. Es ist nicht zu leugnen, daß die jetzige Weltkonjunktur sehr stark von dem Krieg beeinflußt worden ist, aber demjenigen Gesellschaftsforscher, der nicht an der Oberfläche der Erscheinungen bleiben will, drängt sich fortwährend die Frage auf, ob nicht etwa ein tieferer Grund als der Krieg die Ursache der jetzigen Erscheinungen sei.

Sittliche Entrüstung über die Zerstörungen des Krieges ist freilich ein vollkommen gerechtfertigtes Gefühl, hat aber, wenn es nur dabei bleibt, ebenso wie alles hier auf Erden, ihre Schattenseite.

Kautsky wies bereits in seiner Reihe von Artikeln „Krisentheorien" (Neue Zeit, zwanzigster Jahrgang II), darauf hin, indem er vor 22 Jahren schrieb:

„Diese sittliche Entrüstung ist freilich bequemer als die Erforschung der Krisenursachen, die keine so einfache Sache ist. Fast ein Jahrhundert lang wird die kapitalistische Welt durch den

Kreislauf von Prosperität und Krise gepeinigt und von einer Einmütigkeit in der Erklärung dieser Erscheinung ist man heute vielleicht noch weiter entfernt wie zur Zeit ihrer Anfänge."

Und am Schluß dieser Artikel hebt er besonders den engen Zusammenhang hervor, nicht zwischen „Krieg und Krise", sondern zwischen „Krise und Krieg" — Krise als das Primäre — und faßt seine Ansicht folgendermaßen zusammen:

„Krisen, Kriege, Katastrophen aller Art, diese liebliche Alliteration ist es, die uns die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte in Aussicht stellt. Wie der Traum von der Aufhebung der Krisen durch die Kartelle . . . . . so werden die Ereignisse der nächsten Jahre wohl dahin führen, daß jener Traum ebenfalls verfliegt, der uns vorspiegelte, Kriege und Katastrophen seien Dinge der Vergangenheit und vor uns liege nur noch die geebnete Bahn friedlichen, ruhigen Fortschritts."

Dieser Beitrag zur Festschrift möge ein Versuch sein zum Weiterbau auf dasjenige, was unser gemeinschaftlicher Lehrmeister Karl Kautsky, der größte Theoretiker der Sozialdemokratie der Gegenwart, uns in besagten Artikeln sowie durch seine weitere Lebensarbeit gelehrt hat.

•

Das Krisenproblem ist, seitdem Marx seinen heute noch aktuellen Passus in „Das Kapital" und „Theorien über den Mehrwert" schrieb, immer mehr ein Zyklusproblem geworden.

Immer klarer hat man eingesehen, daß die „Krise" nichts anderes ist als *ein* Punkt — wenn auch der auffallendste — in der ganzen Wellenbewegung des ökonomischen Lebens: der Uebergang von Hausse zur Baisse.

Der theoretische Fortschritt auf diesem Gebiete ist in den letzten Jahren ein solcher gewesen, daß man eingesehen hat, daß die Schwankungen nicht völlig durch den *einfachen* Zyklus erklärt werden können, sondern daß man eine *Doppelperiodizität* annehmen muß.

Im 18. Jahrgange der holländischen Monatsschrift „De Nieuwe Tijd" (1913), schrieb J. v. Gelderen („J. Fedder"),

unter dem Titel: „Springflut. Betrachtungen über industrielle Entwicklung und Preisbewegung", auf diesem Gebiet einen bedeutenden Artikel.

Mit allerlei statistischem Material aus den Jahren 1850 bis 1911 wies er aufs deutlichste nach, daß im Kapitalismus ein eigentümlicher „Tempowechsel in allen Sphären der ökonomischen Geschäftigkeit" existiert.

Seine Auseinandersetzung war eine glänzende Begründung der Auffassung des marxistischen Oekonomen Parvus bezüglich des Tempowechsels in der kapitalistischen Betriebsentwicklung, welche Auffassung Parvus zuerst in dem im Jahre 1901 erschienenen Buch „Handelskrisis und Gewerkschaften" äußerte.

Noch schärfer formulierte er diese Auffassung in seinem Schriftstück von 1908: „Die kapitalistische Produktion und das Proletariat" folgendermaßen:

„Es gibt also Perioden einer langsameren und einer schnelleren Entwicklung der kapitalistischen Weltproduktion. So hatten wir in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die gesellschaftliche Depression, die sich auf jedem Gebiete geltend machte und haben wir momentan eine neue „Sturm- und Drangperiode" der kapitalistischen Entwicklung, welche mit der industriellen Aufblühung der 90er Jahre anfing. Ob wir nun eine langsame oder aber eine schnellere Produktionsentwicklung haben, das Gesetz dieser Entwicklung bleibt dasselbe, nur sein Grad und seine Schnellheit ändern sich."

Van Gelderen hat Parvus' Auffassung für die Perioden 1850—1873, 1873—1895 und die Jahre nach 1895 mit den Tatsachen verglichen und es stellte sich heraus, daß 1850 bis 1873 eine „Springflutperiode", 1873—1895 hingegen eine neue „Ebbeperiode" war, während mit dem Jahre 1895 wiederum eine neue „Sturm- und Drangperiode" einsetzte.

Am Schluß seines so bedeutenden Artikels („Nieuwe Tijd" 1913, Seite 452 usw.) glaubt van Gelderen feststellen zu können, daß fast allen Oekonomen, bürgerlichen sowohl wie

sozialistischen, diese eigentümliche „dem Kapitalismus inhärente Periodizität" entgangen sei.

Diese Meinung ist jedoch falsch. Zur Einleitung dessen, was ich zu sagen habe, möchte ich drei Oekonomen anführen, die alle zufälligerweise ebenso wie van Gelderen im Jahre 1913 auf diese Periodizität hingewiesen haben. An erster Stelle den bekannten Tugan-Baranowsky, der in seiner französischen Ausgabe der „Geschichte der Handelskrisen in England" (Paris 1913) auf Seite 19 deutlich schreibt:

„Neben den periodischen Preisschwankungen, die man kennt (die zyklischen), gibt es auf dem Markt längere Hausse- und Baisseperioden, gute und schlechte Konjunktur."

In einem anderen französischen Werk (Albert Aftalion: „Les crises périodiques de surproduction", Paris 1913) wird immer wieder auf diese periodischen Bewegungen, „de longue durée", von langer Dauer, hingewiesen. Schon im Vorwort zu Band I sagt der Verfasser auf Seite 7:

„Da man sich in jedem Augenblick in einer Prosperitäts- oder in einer Depressionsperiode befindet, wird die Abhandlung über das, was in diesem Buch die zyklischen Schwankungen genannt wird, sich beziehen auf alle Jahre, die hinter uns liegen. Man soll jedoch nicht meinen, daß damit alle Schwankungen erklärt werden. Sehr viele Schwankungen haben mit unseren Zyklen (den periodischen Bewegungen von ungefähr 10 Jahren) nichts gemein. Speziell gibt es *Bewegungen von langer Dauer* (Spationierung von Aftalion — S. d. W.), die sich während mehrerer aufeinanderfolgenden Zyklen fortsetzen."

Und in dem Werke des französischen Ingenieurs Marcel Lenoir: „Etudes sur la formation et le mouvement des Prix" (Paris 1913), sagt dieser Verfasser, nachdem er die Existenz jener „Bewegungen von langer Dauer" nachgewiesen hat, auf Seite 148/149 seines Buches:

„Man kann für diese Bewegungen von langer Dauer nicht die gleich einfache Erklärung geben, die für die periodischen Schwankungen der Zyklen (von 8—10 Jahren) an die Hand gegeben worden sind. Die Hypothesen, die uns beim Studium der *kurzen Perioden*

gestatten, das Problem zu beschränken, dürfen hier nicht angewendet werden."

Warum werden diese Anführungen hier gegeben? Nicht, um van Gelderens theoretisches Verdienst in dieser Hinsicht wenn auch nur einigermaßen zu schmälern, sondern zur Betonung, daß gerade in dem Jahre, in dem er auf so glänzende Weise die eigentümliche Periodizität des Kapitalismus nachwies, von allen Seiten der Begriff der Bedeutung dieses Umstandes aufzukommen begann. Seit 1913 beginnen die Oekonomen jene periodischen Bewegungen „von langer Dauer" zu sehen. Und es ist gewiß kein kleines Verdienst von van Gelderen, einer der ersten gewesen zu sein.

•

Was van Gelderen und die anderen uns über die Ebbe- und Flutperioden im ganzen ökonomischen Leben gelehrt haben, bedarf jedoch auf verschiedenem Gebiet einer näheren Ergänzung. Denn die erste Frage, die sich uns aufdrängt, ist ja doch: Wenn es richtig ist, daß diese Periodizität dem Kapitalismus gleich inhärent ist wie die periodische Bewegung von kurzer Dauer, der sogenannte Zyklus, weshalb wäre denn diese „Bewegung von langer Dauer" erst seit 1850 nachzuweisen?

Und diese zweite Frage, die sofort danach in uns aufkommt: Wenn diese periodischen Bewegungen tatsächlich im ökonomischen Leben existieren, wäre es denn nicht möglich, ihre Wellenlänge zu berechnen, die Zeit ihrer Dauer festzusetzen?

Sollte fernerhin nicht versucht werden, die Zyklusperiodizität mit den periodischen Bewegungen von langer Dauer zu verbinden? Liegt die Annahme eines engen Zusammenhanges zwischen diesen zwei typischen periodischen Bewegungen nicht fast auf der Hand? Und schließlich noch folgende Frage: Wenn, wie Tugan-Baranowsky und Aftalion nachweisen, der Zyklus von kurzer Dauer dem ganzen sozialen Leben seinen Stempel aufdrückt, sollten denn diese Bewegungen „von langer Dauer" nicht auch auf eigentüm-

liche Weise das soziale Leben beeinflussen? Der Beantwortung dieser Fragen möchte ich diese Abhandlung widmen.

* *

Der bekannte Oekonom Stanley Jevons hatte bei seiner Forschung nach der Entwicklung des Preisniveaus den Zeitabschnitt 1790—1849 in zwei scharf unterschiedene Perioden eingeteilt, und zwar eine der Preissteigerung von 1790—1818 und eine des Preisrückganges von 1818—1849. Eine Erklärung konnte er jedoch nicht finden und schrieb daher einfach hin: „No single cause, that I know of, can be sufficient to account for so singular an event“ [1]).

Wie ich nachher darzulegen hoffe, schließen sich diese beiden Perioden von Stanley Jevons vollkommen den ferneren Bewegungen von „langer Dauer“ an, und zwar erstere als Springflut-, letztere als Ebbeperiode. Es ist jedoch nicht erwünscht, die Forschungen nach *typischen* Erscheinungen des Kapitalismus früher als ungefähr 1825 anzufangen. Und zwar aus folgenden Gründen: Zweifelsohne wurde das Ende des 18. Jahrhunderts gekennzeichnet durch technische Erfindungen, die eine vollständige Revolution mit sich brachten. „Die praktische Anwendung dieser Erfindungen fand jedoch,“ wie Tugan-Baranowsky bemerkt [2]), „absolut nicht gleich statt.“ So z. B. beginnt der Rückgang der Anzahl Handweber erst seit ungefähr 1820. Laut Thomas Ellisons Angabe betrug die Anzahl Baumwollweber:

	± 1820	± 1830	± 1845	± 1860
in den Fabriken	10 000	50 000	150 000	203 000
in der Hausindustrie	240 000	225 000	60 000	7 500

Erst im Jahre 1822 bekam der mechanische Webstuhl seine definitive Form und erst seit diesem Datum fängt die schnellere Entwicklung der Maschinenweberei an. *Tugan-Baranowsky* schreibt denn auch, nachdem er alle diese Sachen

[1]) *Nils Wohlin:* „Die Preisbildung usw.“ Schmollers Jahrbücher 1906, II. Seite 107 usw.

[2]) Anführung Seite 4 (Paris 1913).

hervorgehoben hat: „Will man unter ‚industrieller Revolution' eine fest abgeschlossene historische Periode verstehen, so ist es viel richtiger, dieselbe ins zweite Viertel des 19. Jahrhunderts unterzubringen, wie gegen das Ende des 18. Jahrhunderts".

Ferner fängt in England der Rückgang der Landbewohner erst seit 1821 an. Von 1811—1821 haben sie im Gegenteil an Zahl zugenommen. Seit ± 1821 verursachen die neuen Arbeits- und Existenzbedingungen die langsame, aber sichere Entvölkerung des Landes.

Schließlich — für dieses Studium am wichtigsten — kommt ungefähr in diesem Anfangszeitpunkt der neuen Zeit die erste große moderne Krisis zum Ausbruch, die Krisis des Jahres 1825. Die Krisen der Jahre 1811, 1815 und 1818 besitzen noch mehr oder weniger die Kennzeichen der Krisen des 18. Jahrhunderts. Dieselben waren hauptsächlich eine Folge außerordentlicher Umstände und trugen sehr deutlich den Stempel von Kriegen und anderen politischen Umständen. Die Krisis von 1825 war die erste, die nicht aus „äußeren" Gründen hervorging, sondern eine Folge der modernen kapitalistischen Verhältnisse war. Aus derselben war ersichtlich, daß künftighin neue ökonomische Gesetze herrschen würden.

Aus all diesen Gründen ist es erwünscht, mit dem zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts die Forschung nach den typischen Erscheinungen des Kapitalismus anzufangen.

Nach welchen Kennzeichen beurteilen wir, ob wir uns in einer Springflut- oder aber in einer Ebbeperiode befinden? Das charakteristischste Kennzeichen hierfür ist, daß *in der Springflutperiode die Preise im allgemeinen immerfort steigen, in der Ebbeperiode immerfort fallen.*

Es kommen zwar in der Springflutperiode auch Jahre vor, in denen das Preisniveau sinkt, und umgekehrt in der Ebbeperiode Jahre, in denen das Preisniveau steigt; dies sind jedoch zyklische Störungen, welche dem allbekannten ökonomischen Zyklus von ungefähr 8—10 Jahren zu verdanken

sind, bei dem die Hausse-Jahre innerhalb des Rahmens der langen Periode eine Steigerung, die Baisse-Jahre einen Rückgang aufweisen. Im allgemeinen aber sinkt das Preisniveau von Zyklus zu Zyklus in der Ebbeperiode, während dasselbe in der Springflutperiode von Zyklus zu Zyklus steigt. In der

Sauerbecksche Indexzahlen
1891—1900 = 100

Jahr	Index-zahl	Jahr	Index-zahl	Jahr	Index-zahl	Jahr	Index-zahl
I. 1825—1849		II. 1850—1873		III. 1874—1896		IV. 1897—1913	
1825	177 H.	1850	116	1874	154	1897	93
1826	151	1851	113	1875	145	1898	97
1827	146	1852	118	1876	143	1899	102
1828	146	1853	143	1877	142	1900	113 H.
1829	140	1854	154	1878	131	1901	106
1830	137	1855	152	1879	125 T.	1902	105
1831	139	1856	152	1880	132 H.	1903	105 T.
1832	134 T.	1857	158 H.	1881	127	1904	106
1833	137	1858	137 T.	1882	126	1905	109
1834	136	1859	142	1883	124	1906	116
1835	139	1860	149	1884	114	1907	120 H.
1836	154 H.	1861	148	1885	108	1908	110 T.
1837	142	1862	152	1886	104	1909	112
1838	149	1863	155	1887	103 T.	1910	117
1839	155	1864	158 H.	1888	106	1911	120
1840	155	1865	152	1889	109	1912	128
1841	151	1866	154	1890	108 H.	1913	128 H.
1842	137	1867	151	1891	108		
1843	125 T.	1868	149	1892	103	1914 (Ende Juni)	123
1844	127	1869	148	1893	103		
1845	131	1870	145 T.	1894	95		
1846	134	1871	151	1895	94		
1847	143 H.	1872	164	1896	92 T.		
1848	118	1873	167				
1849	112 T.						

Ebbeperiode liegt das Preisniveau des schlechtesten Jahres eines jeden Zyklus immer tiefer, das Preisniveau des besten Jahres eines jeden Zyklus immer weniger hoch. Und umgekehrt liegt das Preisniveau des besten Jahres eines jeden Zyklus in der Springflutperiode immer höher, das schlechteste Jahr immer weniger tief.

Laut den Sauerbeckschen Indexzahlen lassen sich von 1825 bis einschließlich 1913 sofort vier deutlich abgeschlossene Perioden erkennen: eine Ebbeperiode von 1825 bis einschließlich 1849, eine Springflutperiode von 1850 bis einschließlich 1873, danach wieder eine Ebbeperiode von 1874 bis einschließlich 1896 und schließlich wieder eine Springflutperiode bis einschließlich 1913.

Man betrachte nun erst die in vier Gruppen gruppierten Zahlen und deren graphische Darstellung [1]).

(Siehe S. 20 und 22)

In der Liste der Sauerbeckschen Indexzahlen ist jeder Preishöhepunkt in einem Zyklus mit H, in der graphischen Darstellung mit G(ipfel) angegeben, jeder Preistiefstand in der Liste und in der graphischen Darstellung mit T [2]).

Gruppiert man nun in der ersten Ebbeperiode (1825—1849) die Indexzahlen nach den Höhepunkten und den Tiefständen, so bekommt man:

	H.		T.
1825	177	1832	134
1836	154	1843	125
1847	143	1849	112

Diese Ebbeperiode fängt an mit einem Höhepunkt, schließt mit einem Tiefstand und dauert zwei volle Zyklen (1825 bis 1836, 1836—1847) *nebst dem Baisseteil* des Zyklus 1847 bis 1857.

Jeder G.(H.)-Punkt liegt jedesmal weniger hoch, jeder T.-Punkt jedesmal tiefer. Auf den einzigen unregelmäßigen Teil der Kurve bezüglich der Jahre 1830—1841 komme ich nachher zurück.

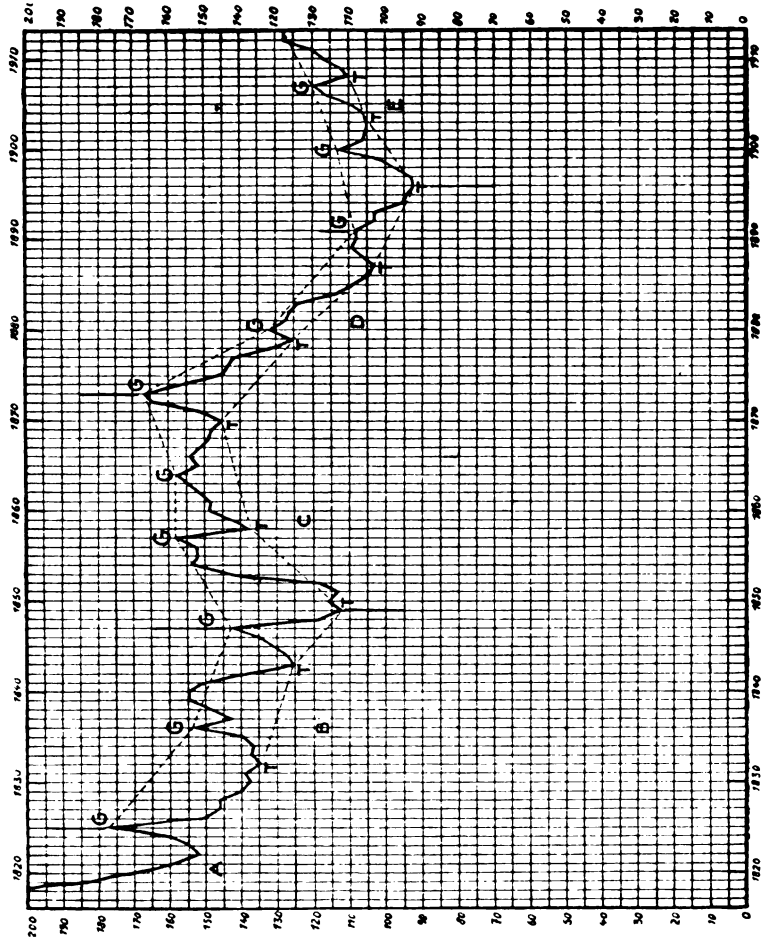
---

[1]) Auf der graphischen Darstellung sind diese vier Gruppen mit B (1825—1849), C (1850—1873), D (1874—1896) und E (1897—1913) angegeben. Die Indexzahlen von 1818—1824 bilden Gruppe A.

[2]) Die punktierten Linien in der graphischen Darstellung bilden die Verbindungslinie der G.-Punkte und der T.-Punkte. Sie stimmen, wie nachher ersichtlich sein wird, in der Form mit der Kurve der dezyklierten Indexzahlen überein. (Seite 26.)

Die Springflutperiode 1850—1873 fängt an mit einem Tiefstand und dauert den *Hausseteil* des Zyklus 1847—1857 nebst den zwei Zyklen der Periode 1857—1873.

Linie der Indexzahlen.



Die Gruppierung nach den Höhepunkten und den Tiefständen gestaltet sich für diese Periode:

	T.		H.
1849	112	1857	158
1858	137	1864	158
1870	145	1873	167

An Stelle des Immertieferliegens der G.- und T.-Punkte der Ebbeperiode tritt hier das Umgekehrte. Die Gipfel liegen immer höher, die Täler immer weniger tief. Nur in den Jahren 1855 und 1856 zeigt diese Kurve eine kleine Unregelmäßigkeit.

Die Ebbeperiode 1874—1896 beginnt wiederum, ebenso wie diejenige von 1825—1849, mit einem Höhepunkt, schließt auch ebenso wie letztere mit einem Tiefstand. Sie dauert zwei Zyklen, von 1873—1890, *nebst dem Baisseteil* des Zyklus 1890—1900. Sie umfaßt also wiederum, ebenso wie die Periode 1825—1849, zwei Zyklen und einen Baisseteil.

Gruppiert nach den Höhepunkten und den Tiefständen stellt sich dieser Teil:

	H.		T.
1873	167	1879	125
1880	132	1887	103
1890	108	1896	92

Auch hier liegen also, ebenso wie in der Periode 1825 bis 1849, die Gipfel immer weniger hoch, die Täler immer tiefer. Die Kurve zeigt für diese Periode keine Unregelmäßigkeit.

Die vierte Periode (1896—1913) war wiederum eine Springflutperiode. Sie fängt an mit einem Tiefstand, ebenso wie die Periode 1849—1873, und schließt wiederum mit einem Höhepunkt. Ebenso wie die andere Springflutperiode, dauert sie den *Hausseteil des Zyklus*, nämlich des Zyklus 1890—1900 (seit 1896) und dann wieder zwei Zyklen 1900—1907 und 1907—1913. Im Jahre 1914 begann die Indexzahl wiederum zu fallen. Ende Juni 1914 betrug sie bereits 123, der weitere Fall wurde aber vom Krieg verhindert.

Nach den Höhepunkten und den Tiefständen gestaltet sich diese Periode wie folgt:

	T.		H.
1896	92	1900	113
1903	105	1907	120
1908	110	1913	128

Man sieht hier dieselbe Erscheinung wie bei der Springflutperiode 1849—1873: die Gipfel liegen immer höher, die Täler immer weniger tief.

Die Preiskurve zeigt auch für diese Periode keine einzige Unregelmäßigkeit.

Ueberschaut man nun nochmals die Gesamterscheinungen, so bemerkt man in allen diesen „Perioden von langer Dauer" eine größere Regelmäßigkeit. *Die Zeitdauer von allen ist gleich, nämlich zwei volle Zyklen nebst einem Hausse- oder einem Baisseteil, je nachdem man eine Springflut- oder eine Ebbeperiode hat.*

Diese Regelmäßigkeit tritt noch schärfer hervor, wenn man den Einfluß der Periodizität von kurzer Dauer, des Zyklus von 8—10 Jahren, aus den Indexzahlen eliminiert. Nimmt man für jedes Jahr als Indexzahl den Durchschnitt der Indexzahlen der vier vorhergehenden Jahre, des Jahres selbst und der vier folgenden Jahre, so eliminiert man für jedes Jahr die besonderen Einflüsse des Zyklus.

Diese Indexzahlen nenne ich die „dezyklierten" (von der besonderen Einwirkung des Zyklus befreit).

Die Liste dieser dezyklierten Indexzahlen gestaltet sich für die vier Perioden wie folgt:

(Siehe S. 25)

Bevor ich die erste Ebbeperiode bespreche, möchte ich erst ein paar Worte über die übrigen drei Perioden sagen. Es ist merkwürdig, daß sie alle drei in der Zeit verfrüht sind: sie dauern nicht von 1850—1873, von 1874—1896 und von 1897—1913, sondern von 1840—1870, 1871—1894 und von 1895 bis einschließlich 1910. Infolgedessen muß auch die erste Ebbeperiode verfrüht werden. Für 1819 ist die erste dezyklierte Indexzahl 173, für 1820 171 und für 1821 173 und

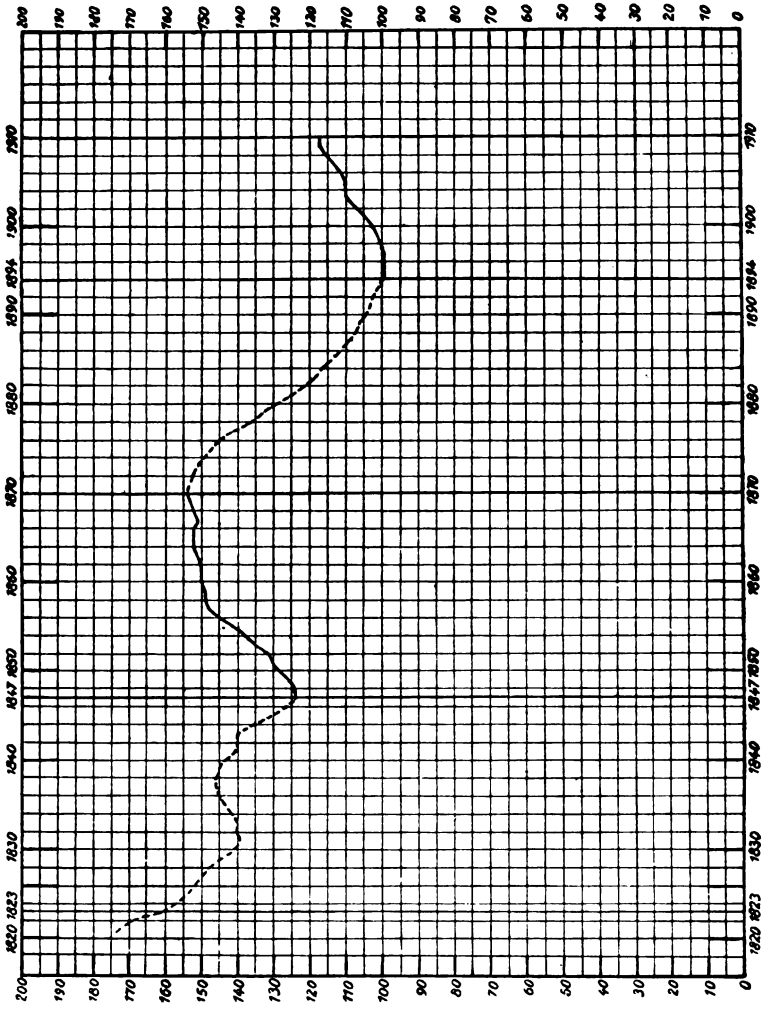
ist danach, wie die Liste zeigt, im ständigen Fallen begriffen, so daß, was die dezyklierten Zahlen anbelangt, die Ebbeperiode von 1821 an angenommen werden soll. Sie dauert dann von 1821 bis einschließlich 1847. Der von Stanley Jevons festgestellte, jedoch nicht erklärte Preisfall für die Periode 1818—1849 wird demnach, da nun die direkt ein-

Jahr	Index-zahl	Jahr	Index-zahl	Jahr	Index-zahl	Jahr	Index-zahl
I. 1821—1847		II. 1848—1870		III. 1871—1894		IV. 1895—1910	
1821	173	1848	124	1871	153	1895	99
1822	169	1849	125	1872	152	1896	99
1823	161	1850	128	1873	151	1897	99
1824	157	1851	130	1874	149	1898	100
1825	154	1852	131	1875	147	1899	101
1826	152	1853	135	1876	145	1900	102
1827	150	1854	138	1877	141	1901	104
1828	148	1855	141	1878	136	1902	107
1829	145	1856	145	1879	133	1903	109
1830	141	1857	148	1880	129	1904	110
1831	139	1858	149	1881	125	1905	110
1832	140	1859	149	1882	121	1906	111
1833	140	1860	150	1883	118	1907	113
1834	141	1861	150	1884	116	1908	115
1835	143	1862	150	1885	113	1909	117
1836	145	1863	151	1886	111	1910	117
1837	146	1864	152	1887	109		
1838	146	1865	152	1888	107		
1839	145	1866	152	1889	106		
1840	144	1867	151	1890	104		
1841	141	1868	152	1891	103		
1842	140	1869	153	1892	102		
1843	140	1870	154	1893	101		
1844	136			1894	99		
1845	131						
1846	127						
1847	124						

wirkenden zyklierten Einflüsse beseitigt worden sind, naturgemäß als eine Ebbeperiode von 1821 bis einschließlich 1847 ins System aufgenommen.

Die graphische Darstellung dieser dezyklierten Indexzahlen zeigt nur in der Kurve der ersten Ebbeperiode Unregelmäßig-

Linie der dezyklierten Indexzahlen.



keiten, und zwar in den Jahren um 1839, das Jahr der bekannten *finanziellen Krise, die außer dem Zyklus fällt.*

Es ist dieselbe Unregelmäßigkeit, die auch in der Kurve

der gewöhnlichen Indexzahlen erscheint und sich auch noch, wie man ersehen wird, in anderen Erscheinungen widerspiegelt. Es ist werkwürdig, daß diese Abweichung nur in der ersten Periode vorkommt. Denn im übrigen weist die Kurve der dezyklierten Indexzahlen für die Ebbeperiode ein fast ununterbrochenes Fallen, für die Springflutperiode ein ununterbrochenes Steigen auf.

•

Wenn auch die Kurve der Indexzahlen (der nicht-dezyklierten) typisch die Ebbe- und Flutperioden des ökonomischen Lebens und gleichzeitig die Gipfel und Täler der kleinen Zyklen zeigt, so muß man doch, da sie ja nur *eine* Erscheinung, den Preis (die Indexzahl), zum Ausdruck bringt, einige Jahre einer näheren kritischen Beobachtung unterziehen.

Die unregelmäßige Steigung der Jahre 1838—1841 ist bereits besprochen worden. Die Jahre 1849 und 1850 müssen jedoch auch näher betrachtet werden. Die Indexzahl des Jahres 1849 ist 112, von 1850 116, von 1851 wiederum 113 und fängt von da wieder zu steigen an. Was soll man nun als tiefsten Punkt für den Zyklus 1847—1857 annehmen? 1849 oder 1851 oder etwa das Jahr dazwischen, wenn auch die allgemeine Indexzahl im Jahre 1850 sich höher stellt?

Die Indexzahl für Eisen, der typische Maßstab der Konjunktur, ist im Zyklus 1847—1857 von 1847 bis einschließlich 1850 ständig im Fallen begriffen, so daß es am sichersten ist, die Baissejahre des Zyklus 1847—1857 mit dem Jahre 1850 abzuschließen und nicht mit dem Jahre 1849, wie die allgemeinen Indexzahlen auf den ersten Blick angeben.

Was soll man ferner als Höhepunkt des darauffolgenden Zyklus annehmen, 1864 oder 1866? 1864 war das Jahr der finanziellen Baumwollkrise, 1866 vielmehr dasjenige der allgemein-ökonomischen Krise. Und dennoch gibt die Kurve der allgemeinen Indexzahlen 1864 als Höhepunkt (Gipfel) an.

Auch hier ist es am besten, wenn man das zwischenliegende Jahr — auch wegen vielerlei anderer Kennzeichen — als Höhepunkt annimmt. Also nicht 1864 oder 1866, sondern 1865 [1]).

Gleichfalls ist schwierig zu entscheiden, ob man als Gipfel des folgenden Zyklus 1880 oder 1882 nehmen soll. Betrachtet man für diesen Fall die Kennzeichen, so sieht man, daß die allgemeine Indexzahl, die damals am höchsten war, und die Indexzahl für Eisen für 1880 sprechen. Die Indexzahl für Mineralien ist 1880 und 1882 gleich hoch und bildet also keinen Anhaltspunkt. Der Kassenbestand der Englischen Bank weist sowohl auf 1881 wie auf 1882 als Höhepunkt hin. Die Clearinghouse-Zahl weist auf 1881, die Exportzahl jedoch wieder auf 1882 als Höhepunkt hin. Auch hier ist es also am besten, das Zwischenjahr 1881 als Höhepunkt zu betrachten.

Wo ist ferner der Tiefstand der Baissejahre des Zyklus 1890—1900? Liegt derselbe im Jahre 1896, wie die allgemeinen Indexzahlen angeben? Die Eisenpreise haben jedoch in diesem Zyklus ihren Tiefstand bereits im Jahre 1894 erreicht, während die Indexzahlen der Mineralien auf 1895 als Tiefstand hinweist. Der Kassenstand der Englischen Bank weist ganz deutlich auf 1895 als Tiefstand im Zyklus hin, während dagegen die Exportzahl für 1894 spricht. Auch hier nimmt man am sichersten das Zwischenjahr, also 1895, als Tal (T.-Punkt) des Zyklus an.

Schließlich noch die Frage: Gilt als Tiefstand des Zyklus 1900—1907 das Jahr 1903 oder das Jahr 1904? Die allgemeine Indexzahl weist zwar auf 1903 hin, in dem die Indexzahl 105 gegen 106 im Jahre 1904 ist. Auf Grund aller anderen Kennzeichen, wie Eisenpreise, die Indexzahl der Mineralien, Kassenbestand der Englischen Bank und vor allem die Zahl der Arbeitslosen, ist man jedoch zur Annahme des Jahres 1904 als Tiefstand berechtigt.

[1]) Siehe für diese Kennzeichen die Liste *Tugan-Baranowskys* über die Jahre 1851—1870, Seite 102.

Nachdem also die Kurve der allgemeinen Indexzahlen kleinen Korrektionen unterworfen worden ist, kann man dieselbe als Konjunkturlinie betrachten.

•

Tugan Baranowsky wies — ebenso wie van Geldern — darauf hin, daß in den großen Wellenperioden auch das Zahlenverhältnis der Hausse- und Baissejahre differiert. Die Springflutperiode kennt mehr Jahre von aufwärts- als von niederwärtsgerichteter Konjunktur. Die Ebbeperiode zeigt umgekehrt mehr Baisse- als Haussejahre.

Dies stimmt gewiß, aber damit allein ist nicht alles gesagt. In letzter Instanz ist die Zeiteinheit für den Produktions- und Reproduktionsprozeß: das Jahr, ist ja in demselben die jährliche Ernte für das ganze ökonomische Leben von höchster Wichtigkeit. Die Dauer des agrarischen Reproduktionsprozesses steht infolge der klimatologischen Beschaffenheit in den Ländern der gemäßigten Zone fest. Nun ist der Zyklus wohl eine Unterbrechung der Kontinuität des Reproduktionsprozesses, aber dennoch ist darin — ich werde darauf gleich näher eingehen — eine größere Regelmäßigkeit, als man im ersten Augenblick annehmen würde. Dasselbe ist der Fall — auch dies wird bald klar sein — mit der Periode von langer Dauer, den Springflut- und Ebbeperioden.

Die Annahme, daß alle Unregelmäßigkeiten und zufälligen Abweichungen im jährlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß sich durch Zyklen und lange Perioden vollkommen aufheben, liegt denn auch auf der Hand, so daß in letzter Instanz die Anzahl von Hausse- und Baissejahren wieder gleich sein wird. Ist dies der Fall, so bedeutet dies für das ganze ökonomische Leben, daß durch die Periodizität von Zyklen und Ebbe- und Springflutperioden die Kontinuität des Reproduktionsprozesses discontinu zustande kommt, also mit gleichem Resultat, als ob dies continu geschehen wäre.

Wollen wir nun sehen, ob die Wirklichkeit dem entspricht.

Erste Periode, von 1826 bis einschließlich 1850 (Ebbeperiode)

Baisse-Jahre:		Hausse-Jahre:	
(1826—1832)	7	4	(1833—1836)
(1837—1843)	7	4	(1844—1847)
(1848—1850)	3		
	— 17	8 —	

Zweite Periode, von 1851 bis 1873 (Springflut)

		7	(1851—1857)
(1858)	1	7	(1859—1865)
(1866—1870)	5	3	(1871—1873)
	— 6	17 —	

Dritte Periode, von 1874 bis 1895 (Ebbeperiode)

(1874—1879)	6	2	(1880—1881)
(1882—1887)	6	3	(1888—1890)
(1891—1895)	5		
	— 17	5 —	

Vierte Periode, von 1896 bis 1913 (Springflut)

		5	(1896—1900)
(1901—1904)	4	3	(1905—1907)
(1908)	1	5	(1909—1913)
	— 5	13 —	
	45	43	

Nicht nur in ihrem Gesamtergebnis, sondern auch in ihren Einzelheiten ist diese Aufstellung bemerkenswert.

Die erste Ebbeperiode und die erste Springflutperiode ergeben zusammen (1826 bis einschließlich 1873) 23 Baissejahre und 25 Haussejahre. Die zweite Ebbeperiode und die zweite Springflutperiode (1874 bis einschließlich 1913) ergeben 22 Baisse- und 18 Haussejahre, also eine etwas größere Abweichung nach der anderen Seite. Die zweite und dritte Periode ergeben zusammen (1851 bis einschließlich 1895) 23 Hausse- und 22 Baissejahre, während der Springflutteil und der Ebbeteil vollkommen „polar" sind, finden wir ja im Springflutteil 6 Baissejahre, im Ebbeteil 5 Haussejahre, im Springflutteil 17 Haussejahre, im Ebbeteil 17 Baissejahre.

Diese Polarität geht auch sehr deutlich aus dem Zeitraum 1826 bis einschließlich 1873 hervor. Hier hat der Ebbeteil 17 Baissejahre, während die Anzahl von Haussejahren im Springflutteil ebenfalls 17 beträgt. Die Kürzung der 2. Periode bis auf 23 Jahre — die erste dauerte 25 Jahre — äußerte sich in ihren Baissejahren. In der ersten Periode gab es 8 Haussejahre, in der zweiten Periode nur 6 Baissejahre.

Der Zeitabschnitt 1874 bis einschließlich 1913 zeigt dasselbe Bild. Im Ebbeteil hatte man 5 Haussejahre, im Springflutteil ebenfalls 5 Baissejahre. Die Kürzung der 4. Periode kommt hier in der Abnahme der Anzahl von Haussejahren zum Ausdruck. Im Ebbeteil des Zeitraumes 1874 bis einschließlich 1913 betrug nämlich die Anzahl von Baissejahren 17, die Anzahl von Haussejahren im Springflutteil nur 13.

Van Gelderen hat seinerzeit in seinen „Nieuwe Tijd"-Artikeln die Polarität der Ebbe- und Springflutperioden auf dem Gebiete der Produktion, der Verkehrsausdehnung, der Handelsumsätze und des Zinsfußes nachgewiesen. Er bewies, daß in der Springflutperiode die Produktion selber gewaltig zunimmt, sich aber in der Ebbeperiode in viel langsamerem Tempo entwickelt.

Dies stimmt gewiß, man kann aber auf dem Gebiete der Produktion, was die Ebbe- und Flutperioden anbelangt, noch eine viel bemerkenswertere Polarität feststellen. Und auch hierbei stimmt die Ebbeperiode mit der Baisse des Zyklus, die Springflutperiode mit der Hausse überein.

Die Hausse findet am kräftigsten statt in den Industrien, die Produktionsmittel erzeugen. Sie ist die Zeit, in der hauptsächlich das neue, feste Kapital produziert wird. „Die Prosperität ist die Phase, in der man sich anstrengt zur Vermehrung und Verbesserung des Werkzeuges, in der sich die Aufträge auf Maschinen und festes Kapital aller Art mehren"[1]).

[1]) *Aftalion* l. c. **Band I, Seite 220.**

Dieser Verfasser fügt jedoch einige Seiten weiter hinzu: *„die Prosperität bereitet zwar die Mittel zur größeren Produktivität*, hat aber oft selber die Last der vorgenommenen Verbesserungen. Der Gewinn der Kostenabnahme muß auf die Kreditseite der Depression gebucht werden".

Sowohl Aftalion wie Tugan-Baranowsky geben eine Menge Beweise, daß die wirkliche Produktivitätserhöhung erst in den Baissejahren des Zyklus zustande kommt. Dieselbe Erscheinung kann hier bei den Perioden von langer Dauer festgestellt werden. In der Springflutperiode wird das feste Kapital auf riesenhafte Weise erneuert und verbessert, die eigentliche Produktivitätserhöhung kommt jedoch erst in der Ebbeperiode zustande, was sich für die Perioden von langer Dauer leicht nachweisen läßt aus dem Zahlenmaterial, das Aftalion als Beweis seines Satzes für die verschiedenen Zeiten des Zyklus sammelte.

In den Kohlengruben Frankreichs wurde produziert pro Tag und pro Arbeiter:

1857:	471 K.-G.				
1875:	528 „	Zunahme in	18 Jahren	(meist Springflut)	12,1 %
1892:	682 „	„	„ 17 „	(Ebbe)	29,2 %
1909:	710 „ [1]	„	„ 17 „	(meist Springflut)	4,1 %

In den Eisenbergwerken wurde produziert pro Jahr und pro Arbeiter:

1856:	139 Tonnen				
1874:	251 „	Zunahme in	18 Jahren	(Springflut)	80,6 %
1891:	517 „	„	„ 17 „	(Ebbe)	106,0 %
1908:	620 „	„	„ 17 „	(meist Springflut)	19,9 %

Die französischen Hochöfen produzierten pro Jahr und pro Arbeiter:

1873:	96 Tonnen				
1890:	198 „	Zunahme in	17 Jahren	(Ebbe)	106,25 %
1907:	238 „	„	„ 17 „	(meist Springflut)	20,2 %

Bei der Produktion haben wir also für die Perioden von langer Dauer diese Polarität:

[1]) Dies ist die höchste Zahl in der Periode 1905—1909.

Springflut:	Ebbeperiode:
Vermehrte Produktion,	Verminderte Produktion,
Verhältnismäßig	Verhältnismäßig
geringere Produktivität.	größere Produktivität.

Auch bezüglich der Zinsen zeigt van Gelderen die Polarität der Ebbe- und Springflutperioden: einen relativ hohen Zinsfuß in der Springflutperiode, einen relativ niedrigeren in den Ebbezeiten. Für die Periode 1826—1850 gab er jedoch keine Zahlen, da er dieselbe außer Betracht ließ.

Daher folgen nachstehend nebeneinander die Listen der durchschnittlichen Diskonte der Englischen Bank für die Perioden 1825—1849 und 1873—1895:

100 = 2.91 %

1825	137	1873	167
1826	172	1874	127
1827	155	1875	111
1828	137	1876	89
1829	137	1877	109
1830	137	1878	126
1831	137	1879	86
1832	137	1880	95
1833	137	1881	120
1834	137	1882	142
1835	137	1883	123
1836	150	1884	102
1837	172	1885	100
1838	141	1886	105
1839	171	1887	115
1840	175	1888	113
1841	172	1889	122
1842	146	1890	161
1843	137	1891	115
1844	120	1892	87
1845	92	1893	105
1846	114	1894	73
1847	180	1895	69
1848	128		
1849	102		

Diese Zahlen zeigen in obiger Form wenig Bemerkenswertes. Befreit man dieselben aber von den zyklischen Störungen, so zeigen sie ein ganz anderes Bild. (Bei den Indexzahlen ist dargelegt worden, wie man die zyklischen Störungen beseitigen kann.)

Dezykliert man auch diese Zahlen, so ergibt sich:

100 = 2.91 %

1825	145	1873	118
1826	145	1874	119
1827	143	1875	117
1828	143	1876	117
1829	143	1877	114
1830	143	1878	112
1831	139	1879	111
1832	138	1880	110
1833	142	1881	111
1834	143	1882	111
1835	147	1883	110
1836	151	1884	113
1837	155	1885	116
1838	156	1886	120
1839	156	1887	117
1840	154	1888	113
1841	147	1889	114
1842	141	1890	111
1843	145	1891	107
1844	140	1892	103
1845	132	1893	101
1846	125	1894	100
1847	120	1895	96
1848	113		
1849	114		

Sehr merkwürdig ist die Uebereinstimmung der Kurven der beiden Ebbeperioden. Bei beiden sieht man sehr deutlich das allmähliche Fallen, welches sowohl bei der Linie 1873—1895, wie bei der von 1826—1849 von einer steigenden Linie (für die Jahre 1832—1838 resp. 1880—1886), d. h. einer kurzen Steigung, unterbrochen wird.

Die Linie der Jahre 1826—1849 hat jedoch im Gegensatz zu der von 1873—1895 eine Unregelmäßigkeit um das Jahr 1838, die wir auch bei den allgemeinen und dezyklierten Indexzahlen antrafen. Auch hier macht sich wieder die außer dem Zyklus stehende scharfe finanzielle Krise der Jahre 1838 und 1839 geltend.

Daß die Linien übrigens einander vollkommen gleich sind, ist wiederum ein Beweis dafür, daß auch in den langen Perioden der Zinsfuß seinen bestimmten Gesetzen folgt. (Siehe graphische Darstellung Seite 36.)

Schließlich für die rein ökonomischen Erscheinungen noch einiges über die Goldproduktion.

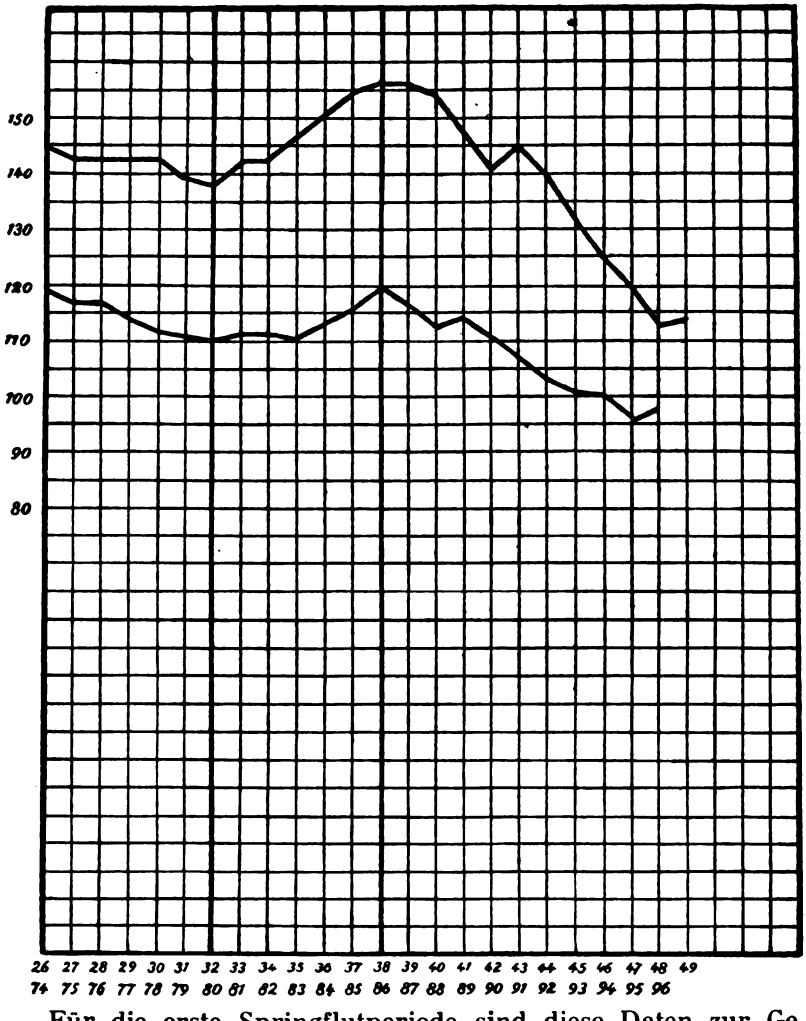
Aus Kautskys Buch über die „Goldproduktion" geht deutlich die Periodizität für diesen Betriebszweig bei Ebbe- und Flutperioden hervor. Die Gesetzmäßigkeit hierbei ist jedoch noch größer als aus Kautskys Schriftstück hervorgeht, wenn man nur einen Umstand, auf den Marcel Lenoir in seinem bereits genannten Buch über die Preisbewegung hinweist [1]), noch in Betrachtung nimmt.

Bis 1873 muß man nicht nur die Goldproduktion, sondern auch die Silberproduktion beachten. Beide zusammen stellen für die Jahre vor 1873 den Wert dar, den die alleinige Goldproduktion für die Jahre nach 1873 hat, als das Silber im strikten Sinne nicht mehr als Geldmetall betrachtet werden kann.

Trägt man dieser Bemerkung Rechnung, so ist ersichtlich, daß in der ersten Ebbeperiode die Geldmetallproduktion im Anfang einigermaßen abnahm, dann etwas stieg, wieder sich gleichblieb und schließlich abwechselnd stieg und sich wieder gleichblieb. Die zweite Ebbeperiode zeigt fast das gleiche Bild, während die beiden Springflutperioden mit einer gewaltigen Steigung anfangen (Kalifornien, Transvaal), dagegen gegen das Ende so ungefähr konstant bleiben, ja sogar einigermaßen abnehmen.

[1]) l. c. Seite 87.

Linien der dezyklierten Durchschnittsdiskontzahlen der Englischen Bank für die Jahre 1826—1849 und 1874—1896.



Für die erste Springflutperiode sind diese Daten zur Genüge bekannt. Wir geben nachstehend die Zahlen für die letzten Jahre der Springflutperiode 1896—1913[1]).

[1]) „The Economist" 5. Juni 1920.

	Weltproduktion
1911	22 352 000 ounces
1912	22 565 0000 „
1913	22 265 000 „

Und wie nach 1913 der Rückgang der Goldproduktion (Anfang neuer Ebbeperiode) fortschritt, geht aus folgenden Zahlen hervor:

(Entnommen aus „The annual bullion letter" from Messrs Samuel Montagu & Co.).

Weltgoldproduktion.
(In Millionen £ ad 84 s. 11³/₄ d. per fine ounce).

1913	94.7
1914	90.4
1915	96.4
1916	93.5
1917	86.3
1918	79.—
1919	75.—
1920	69.3
1921	68.—
1922	64.—

Was die Goldproduktion anbelangt, so hat da seit 1913 ganz deutlich die neue Ebbeperiode eingesetzt.

* *

Nimmt man nun den ganzen Zeitverlauf von 1826 bis einschließlich 1913 in Augenschein, so ist es für die wissenschaftliche Forschung erwünscht, diesen Zeitverlauf auch theoretisch in zehn Zyklen einzuteilen.

Man weiß, daß die Dauer des Zyklus sich im Laufe der Geschichte verkürzt. Von Zyklus zu Zyklus kann diese Verkürzung sich nicht fortsetzen, da die Krise (Uebergangszeit von Hausse zur Baisse) ungefähr immer in den Herbst fällt[1]). Nach einigen Zyklen muß also immer eine plötzliche Verkürzung von einem Jahre auftreten. Die einfachste und regelmäßigste Einteilung, die sich nun für diese 88 Jahre darstellt, ist:

[1]) *Tugan-Baranowsky,* Seite 135.

10	Jahre,	10	Jahre,	10	Jahre
9	„	9	„	9	„
8	„	8	„	8	„
7	„				

Erst also drei Zyklen von 10 Jahren, dann drei von 9 Jahren, dann drei von 8 Jahren und schließlich noch einer von 7 Jahren. Jede Periode von „langer Dauer" dauert, wie wir ersahen — weil Hausse- und Baissejahre im allgemeinen gleich lange vorkommen — 2½ Zyklen (2 Zyklen + einen Hausse- oder Baisseteil). Die erste Periode muß also dauern 10 + 10 + 5 Jahre = 25 Jahre, die zweite 5 + 9 + 9 = 23 Jahre, die dritte 9 + 8 + 4 = 21 Jahre, die letzte 4 + 8 + 7 = 19 Jahre. Das Ergebnis wäre also:

1825	+ 25	Jahre	= 1850
1850	+ 23	„	= 1873
1873	+ 21	„	= 1894
1894	+ 19	„	= 1913

Man ersieht, daß die theoretischen Zahlen, nur was das Jahr 1894 anbelangt, von den wirklichen abweichen. Man soll nicht annehmen, daß die zweite Ebbeperiode im Jahre 1894 endet, sondern im Jahre 1895. Die meisten Daten sprechen wenigstens für letzteres Jahr. Im übrigen entsprechen die theoretischen Zahlen vollkommen der Wirklichkeit!

Machen wir nun eine Aufstellung, in welches Jahr theoretisch die Krise fallen müßte, und in welches Jahr sie wirklich fiel, so ersieht man:

Theoretisch	Wirklich		
1825	1825		
10			
1835	1836,	Abweichung	1 Jahr
10			
1845	1847,	„	2 Jahre
10			
1855	1857,	„	2 „
9			
1864	1864/66		

Theoretisch	Wirklich	
9		
1873	1873	
9		
1882	1880/82	
8		
1890	1890	
8		
1898	1900,	Abweichung 2 Jahre
8		
1906	1907,	„ 1 Jahr
7		
1913	1913	

Auch hier erfährt man also eine ganz merkwürdige Uebereinstimmung zwischen den theoretisch berechneten und den wirklichen Krisisjahren!

•

Tugan-Baranowsky und *Aftalion* haben nachgewiesen, daß der Zyklus dem ganzen gesellschaftlichen Leben sein Gepräge aufdrückt. Liegt es nun nicht auf der Hand, daß auch die größeren Hausse- und Baisseperioden auf eigentümliche Weise das soziale Leben beeinflussen?

Einige im Vordergrund stehende Erscheinungen möchten wir noch hervorheben.

Die Springflutperiode ist die Periode von verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit, aber gleichzeitig von hohen Preisen auf jedem Gebiet. Bei dem Arbeiterstand stehen in solch einer Periode die sogenannten „reformistischen" Tendenzen im Vordergrund. Am Schluß seines Schriftstückes „Die Goldproduktion", beschreibt Kautsky die Psychologie des Arbeiterstandes in einer Prosperitätsperiode — was also gewiß für die Periode von langer Dauer gilt — wie folgt:

„Sie läßt die Organisationen des Proletariats, sein Kraftgefühl und seine Kraft erstarken, stumpft aber den Stachel des Klassengegensatzes ab und schwächt den revolutionären Drang nach Umwälzung des ganzen kapitalistischen Systems und der es beschützenden Staatsgewalt."

Für die beiden Springflutperioden des Kapitalismus 1850 bis 1873 und 1896—1913 gilt diese Charakteristik voll-

kommen. Der ruhige, organisatorische Ausbau *mußte* im Vordergrund stehen. Das revolutionäre Bewußtsein *mußte* in den Hintergrund treten. Es sind die Zeiten der ersten und der zweiten „Internationale", die Zeiten des gewaltigen Gedeihens der englischen und der kontinentalen Fachbewegung.

Die Psychologie einer Depressionsperiode — und wiederum um so stärker gilt dies von der langen Ebbeperiode — beschrieb Kautsky in folgenden Worten:

„Die Zeit der Stagnation oder zunehmenden Elends schärft den Stachel der Klassengegensätze und verstärkt den revolutionären Drang des Proletariats in dem Maße, in dem die Verhältnisse ununerträglicher werden."

Für die Ebbeperioden 1826—1850 und 1874—1895 trifft auch diese Charakteristik vollkommen zu. Die erste Periode ist die Zeit des Chartismus in England, des Anfangs einer revolutionären Arbeiterbewegung in Frankreich, die zweite Periode die der gewaltigen Bewegungen von Arbeitslosen in England und auf dem ganzen Kontinent und in Holland, nahezu Tag und Stunde nach, die Periode der „alten Bewegung", die Periode des „Sozialdemokratischen Bundes".

Auch für die auswärtige Politik haben die Springflut- und Ebbeperioden je ihren eigenen Charakter, auch in dieser Hinsicht sind ihre Eigenschaften „polar". So kennzeichnen die Ebbeperioden sich durch scharfen, heftigen Klassenkampf nach innen, nach außen jedoch zeigen sie ein Bild von Ruhe und Frieden. Im allgemeinen sind es kriegslose Perioden. Nur kleine, unbedeutende, meist koloniale Kriege finden in diesen zwei Ebbeperioden statt.

Die Springflutperioden, die nach innen einen weniger heftigen Kampf kennen, sind nach außen die Perioden des heftigsten, schärfsten Krieges, die Kriegszeiten. Vom Anfang an herrscht irgendwo Kriegszustand und schließlich finden die gewaltigen Völkerkriege statt! 1850—1873 und 1895—1913 sind auch in dieser Hinsicht vollkommen analog.

Es ist klar, wie stark die „Perioden von langer Dauer" den sozialen Charakter der Zeit bestimmen.

•

Das Prophezeien war immer schwer. Und doch hat die Wissenschaft keinen Zweck, wenn sie uns das Prophezeien nicht ermöglicht. Ostwalds Erklärung über Wissenschaft im allgemeinen wie „das Vorhersehen künftiger Ereignisse, das auf Kenntnis der sich wiederholenden Erscheinungen beruht," gilt auch, muß vielmehr auch für die sozialen Wissenschaften gelten.

Die genaue Kenntnis der großen und der kleinen Periodizität des ökonomischen Lebens ist gerade in diesen Zeiten auch für die Sozialdemokratie von größter Wichtigkeit.

Ist es kein Zufall, daß bisher immer nach 2½ Zyklen Ebbe- und Springflutperioden aufeinander folgten — die Wahrscheinlichkeitsberechnung lehrt, daß für einen solchen Zufall nur eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit besteht —, so sind wir jetzt wiederum in eine Ebbeperiode eingetreten mit deren ökonomischen und psychologischen Folgen und befinden wir uns nun — ob wir es wünschen oder nicht — wiederum in einer „revolutionären" Periode. Durch genaue Kenntnis dieser periodischen Bewegungen können wir die Zukunft einigermaßen prophezeien, dadurch unseren heutigen Taktikdebatten eine wissenschaftliche Basis geben und so könnte man manches leere Geschwätz entbehren. Der enge Zusammenhang für die Sozialdemokratie zwischen Theorie und Praxis ist hier wiederum klar.

Nur durch die marxistische Oekonomie kann man zu dieser Kenntnis der periodischen Bewegungen und ihrer wissenschaftlichen Zusammenfassung kommen, weil nur sie in ihrer Wertdefinition eine *objektive* Norm zur wissenschaftlichen quantitativen Forschung besitzt. Aber nach dieser Verbeugung vor unserer marxistischen Oekonomie muß gleichzeitig gesagt werden, daß diese Zusammenfassung noch

ganz und gar vorzunehmen ist. Aus dieser Abhandlung geht hervor, daß es sich um die wissenschaftliche Erklärung einiger Zahlen handelt, nämlich neben der Erklärung: warum Periodizität herrscht, die Erklärung der stets kürzer werdenden Zykluszeit von 10 bis auf 7 Jahre in unseren Tagen und weshalb die Ebbe- und Springflutperioden gerade alle 2½ Zyklen wiederkehren müssen.

Da dies eine Frage von Zahlenverhältnissen ist, können meiner Meinung nach diese Probleme nicht anders als mathematisch-ökonomisch gelöst werden. Die marxistische Oekonomie muß die Methoden der höheren Mathematik zur Anwendung bringen, Methoden, die in den Händen der bürgerlichen Oekonomen immer „Spielereien" geblieben sind, die aber, auf unsere Wissenschaft angewendet, sich als erfolgreich erweisen werden.

Merkwürdig ist in dieser Hinsicht jedoch der Konservativismus der Sozialisten. Als ich seiner Zeit in der „Nieuwe Tijd" einen ersten, aber äußerst schüchternen Versuch in dieser Richtung machte, war der „*sehr* revolutionäre" holländische Sozialist, heutige Kommunist A. Baars gleich zur Hand, mich deswegen zur Rede zu stellen. Er schrieb [1]):

„Marx stellt die Tatsachen, die de Wolff in seinem Artikel in gleicher Weise angibt, nachdrücklich auf die Basis der Praxis des Kapitalismus, wodurch dieselben logisch erklärt werden. De Wolff wollte eine mathematische Formel herumkonstruieren und mußte dadurch die einfache Wirklichkeit so verdrehen, daß sie nicht wieder zu erkennen war."

Ach ja, der brave Marx! Was geht jedoch aus der seitdem herausgegebenen Korrespondenz zwischen Marx und Engels hervor? In einem Brief vom 31. Mai 1873 — auch das Jahr ist kennzeichnend — schreibt Marx:

„Ich habe hier Moore eine Geschichte mitgeteilt, mit der ich mich privatim lange herumgebalgt. Er glaubt aber, daß die Sache unlösbar ist, oder wenigstens wegen der vielen und großen-

[1]) „Nieuwe Tijd" 1916, Seite 221

teils erst auszufindenden Faktoren, die darin eingehen, pro tempore unlösbar ist. Die Sache ist die: Du kennst die Tabellen, worin Preise, Diskontorate usw. in ihrer Bewegung während des Jahres usw. in auf- und absteigenden Zickzacks dargestellt sind. Ich habe verschiedene mal versucht — zur Analyse der Krisen — diese ups and downs als unregelmäßige Kurven zu berechnen und geglaubt (ich glaube noch, daß es mit hinreichend gesichtetem Material möglich ist), *daraus die Hauptgesetze der Krisen mathematisch zu bestimmen.*"

Hinreichend gesichtetes Material ist da, seit Marx dieses schrieb und Kautsky seine Krisenartikel publizierte.

Die große Bedeutung der Prosperitäts- und Depressionsperioden, auch für den täglichen Klassenkampf, machen es notwendig, daß dieses Problem, das Marx im Jahre 1873 „for the time being" ruhen ließ, in unserer Zeit gelöst wird.

Möge dasjenige, was ich in diesem Beitrag gegeben habe, anregen zu diesem „Zurück auf Marx und Kautsky".

Zur Analyse der Weltwirtschaftskrise

Von *Dr. Otto Leichter* (Wien)

ERSTER ABSCHNITT

Jede Theorie der kapitalistischen Wirtschaft muß auch die Erklärung der Krisen geben, denn nichts ist vielleicht für den Kapitalismus so kennzeichnend wie die Tatsache der periodisch wiederkehrenden Krisen, deren äußeres Bild immer dasselbe ist: plötzliche Unmöglichkeit, die Waren auf dem Markt zu verkaufen, Stillstand der Produktion, Lohndruck, Versuch, die Gestehungskosten herabzusetzen und neue Absatzwege aufzusuchen. Jede ökonomische Theorie, die nicht imstande ist, eine Aetiologie dieser chronischen Krankheitszustände zu geben, sie genau in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit zu erfassen, kann sich mit der marxistischen Oekonomie nicht messen, was immer auch von bürgerlicher Seite über das Versagen der Marxschen Wertlehre und ihrer Konstruktion der kapitalistischen Wirtschaft gesagt werden möge. Es gehört zu den tragenden Gedanken des ökonomischen Gedankengebäudes von Karl Marx, daß hier versucht wird, aus der soziologischen Grundauffassung des Wesens der Gesellschaft zur tiefsten und entscheidenden Erkenntnis der ökonomischen Grundlagen und damit auch des Wesens der Krise zu gelangen. — Faßt man im Sinne des Marxismus die menschliche Gesellschaft als eine arbeitsteilig organisierte Gemeinschaft von Arbeitenden auf, in der sich immer stärker und immer bewußter die gegenseitige Abhängigkeit der mit- und füreinander Arbeitenden durchsetzen muß, ist man der Ansicht, daß diese Gemeinschaft immer deutlicher auf eine geregelte Gemeinwirtschaft, eine sozialistische Produktion ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln hindrängen muß, dann sieht man im jetzigen kapitalistischen Zustand mit der starken Abhängig-

keit des einzelnen nur scheinbar autonomen Wirtschafters eine solche Arbeitsgemeinschaft, deren einzelne Wirtschaftssubjekte durch objektiv wirkende, von den privatwirtschaftlichen Wollungen unabhängige Gesetze zu einem Ganzen zusammengefaßt werden, deren Einheit aber durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln zerrissen wird. Die Tendenzen zur gesellschaftlichen Regelung der Produktion sind vorhanden, sie setzen sich auch immer wieder durch, aber sie sind nicht vorhanden als vorbedachter Plan der Wirtschaft, sondern nur als — vor ihrem Eintritt unbekannte — Reaktion der Gesamtwirtschaft gegen die Planlosigkeit der Produktion, gegen die Versuche der einzelnen „profitorientierten" Privateigentümer, sich von den, ihnen allerdings nicht bewußt werdenden Gesetzen der Gesamtwirtschaft zu emanzipieren. *In diesem Zwiespalt zwischen den „autonomen" Privatkapitalisten und den sich nachher durchsetzenden Regeln der Gesamtwirtschaft liegt die tiefste und eigentlichste Ursache der ständigen Krisen im Kapitalismus.* Die Marxsche Theorie gibt allerdings nicht nur diese allgemein gesellschaftswissenschaftliche Begründung der Krisen, sondern sie baut eine fast vollkommene und lückenlose ökonomische Theorie auf dieser soziologischen Grundlage auf, deren Schlußstein die Krisenlehre bildet.

Aber man würde die Krisentheorie nicht voll und restlos erfassen, wenn man nicht auf den soziologischen Kern zurückgreifen würde, und deswegen gehen alle Krisenursachen, die bei gesonderter Betrachtung einzelner Krisen oder einzelner Krisenerscheinungen als ihre Gründe erscheinen, wie z. B. Disproportionalität, Unterkonsumtion, Ueberproduktion, Fallen der Profitrate, Totlegung von Geldkapital usw., letztlich auf diese allgemeine, in dem Konstruktionsfehler der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründete Ursache zurück und sind nicht für sich allein, sondern in ihrer Gesamtheit als Ursache der periodischen Konjunkturschwankungen anzusehen.

Infolge des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der scheinbaren Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Wirtschaftsobjekte muß jeder, der weiter produzieren will, seine Waren in Geld und das Geld wiederum in Waren verwandeln; jeder, der den Mehrwert realisieren will, muß dies auf dem Umwege über den Markt, auf dem langen Weg vom Verkauf der Ware für Geld zur Verwendung des Geldes für Genußmittel bzw., soweit es sich um Akkumulation eines Teiles des Mehrwertes handelt, zum Ankauf von Waren verwenden. Tritt dieser zweifache Tauschprozeß W—G und G—W nicht ein, kann der Produzent seine Waren nicht verkaufen oder kann er für den Erlös nicht neue Waren erwerben, dann stellt sich in dieser Wirtschaftssphäre oder, falls das in der ganzen Wirtschaft der Fall ist, in der Gesamtwirtschaft die Unmöglichkeit heraus, die Realisierung des Mehrwertes zu vollziehen und weiter zu produzieren, dann stockt bereits der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft.

Von diesem Problem, das gelegentlich auch Marx beschäftigt hat[1]), geht vor allem *Rosa Luxemburg* in ihrem Werk

[1]) *Marx:* „Das Kapital", II. Band, Hamburg 1921. Vgl. z. B. Seite 373: „Dieser wechselseitige Umsatz kommt aber zustande durch eine Geldzirkulation, die ihn ebensosehr vermittelt, wie sie sein Verständnis erschwert, die aber entscheidend wichtig ist, weil der variable Kapitalteil immer von neuem in Geldform auftreten muß, als Geldkapital, das sich aus Geldform in Arbeitskraft umsetzt." Nicht nur zum Umsatz in den variablen Kapitalteil, sondern auch zur Ergänzung bzw. Erweiterung des konstanten Kapitalteils muß sich das Produkt in Geld umsetzen. — Noch deutlicher erfaßt Marx diese Schwierigkeiten des tatsächlichen Wirtschaftsablaufes, das unseres Erachtens einer der Kernpunkte der Marxschen Oekonomie ist, Seite 467—68: „Geld wird der Zirkulation entzogen und als Schatz aufgespeichert durch Verkauf der Ware ohne nachfolgenden Kauf. Wird diese Operation also als allgemein vorsichgehend aufgefaßt, so scheint nicht abzusehen, wo die Käufer herkommen sollen, da in diesem Prozeß — und er muß allgemein aufgefaßt werden, indem jedes individuelle Kapital sich in Akku-

„*Die Akkumulation des Kapitals*" aus [2]). Sie untersucht die von Marx im II. Band des Kapitals aufgestellten Schemata der kapitalistischen Produktion in der Sphäre der Produktions- und der Konsumtionsmittelindustrie auf einfacher und erweiterter Stufenleiter und fragt sich in vollkommen realistischer Auffassung des Produktions- und Zirkulationsprozesses — und darin liegt unseres Erachtens die Leistung dieser Arbeit Rosa Luxemburgs für die Ausgestaltung der marxistischen Theorie —, wie denn tatsächlich dieses Umsetzen von Mehrwert in den zur Akkumulation bestimmten Kapitalteil [3]) und wie alle zum weiteren Funktionieren des kapitalistischen Mechanismus notwendigen Tauschprozesse möglich sind. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, daß hier die entscheidenden Momente liegen, die eine Krise der Wirtschaft auslösen können. Wäre sie bei dieser Betrachtung geblieben und hätte sie nicht absichtlich das Krisenproblem unberücksichtigt links liegen gelassen, dann wäre sie zu einer vollständigen und erschöpfenden Krisentheorie des Marxismus gekommen. Auch *Rudolf Hilferding* sieht die eigentliche Ursache der Krise in den widerstreitenden Grundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die dem Kapitalismus zugrunde liegen. „Die allgemeine Möglichkeit der Krise ist gegeben mit der Verdopplung der Ware in Ware und Geld.

---

mulationsprozedur befinden kann — jeder verkaufen will, um aufzuschatzen, keiner kaufen." Das Problem besteht ganz allgemein gefaßt in folgendem: *Eine ungeheure Maschine besteht aus einer Unzahl von Rädchen und kleinen Teilen, deren abgestimmtes Zusammenwirken erst den ruhigen und sicheren Gang der Maschine ermöglicht. Nun sind aber alle Rädchen scheinbar selbständig und von einem scheinbar autonomen Willen, der die Gesetze der gesamten Maschine nicht kennt, dirigiert. Wie ist das reibungslose Funktionieren dieser Maschine ohne prästabilierte Harmonie möglich?*

[2]) *Rosa Luxemburg:* „Die Akkumulation des Kapitals", ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Leipzig 1921.

[3]) *Luxemburg* a. a. O., Seite 14, aber auch einer ganzen Reihe von anderen Stellen.

Dies schließt ein, daß der Fluß der Warenzirkulation eine Unterbrechung erfahren kann, indem das Geld, statt zur Zirkulation der Waren verwendet zu werden, als Schatz gerinnt... Aber diese allgemeine Möglichkeit der Krise ist nur ihre allgemeine Bedingung. Ohne Geldzirkulation und die Entwicklung des Geldes in seiner Funktion als Zahlungsmittel, ist auch die Krise unmöglich..."[1]). Auch hier die Ansicht, daß man vom Standpunkt der Marxschen Oekonomie dem Krisenproblem nicht beikommen kann durch die Erkenntnis irgendeiner speziellen Erscheinung, auch hier die Ansicht, daß man die Krisen praktisch in ihrem Verlauf nicht verfolgen kann, wenn man sich auf irgendeine besondere Ursache als Erscheinungsgrund festlegt. Diese Auffassung geht im wesentlichen auch aus den Aufsätzen hervor, in denen sich *Karl Kautsky* mit der Krisentheorie von Tugan-Baranowsky auseinandersetzt[2]), wenn auch Kautsky gegenüber der Disproportionalitätslehre Tugans das Hauptgewicht auf die Unterkonsumtion legt. So sagt er: „Den letzten Grund der Krisen sehen auch Marx und Engels in der Unterkonsumtion. Den *letzten*, aber nicht ihre direkte Ursache... es handelt sich hier um eine Unterkonsumtion, die aber unter besonderen Verhältnissen existiert..." Seite 112: „Sehen wir in der Unterkonsumtion den letzten Grund der periodischen Krisen, so sehen wir in der Planlosigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses eine ihrer Vorbedingungen und einen Faktor, der zeitweilig auch für sich allein Krisen hervorrufen oder allgemeine Krisen noch verschärfen kann." Wollen wir daher versuchen, die Krisen, die in den verschiedenartigsten Formen und in den verschiedensten Ländern seit dem Kriege hereingebrochen sind, an Hand des Marxschen Systems zu analysieren, dann muß es unser Grundsatz sein, alle Symptome dieser Krankheiten zu verfolgen, uns nicht auf irgendwelche besondere Erscheinungen zu

[1]) *Rudolf Hilferding:* „Das Finanzkapital", 2. Auflage, Seite 317/18.
[2]) Vgl. *Karl Kautsky*. „Krisentheorien", „Neue Zeit", Band XX/2.

beschränken, sondern zu versuchen, die gesamten gesellschaftlichen Tatsachen von den gesellschaftlichen Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung aus zu verfolgen.

ZWEITER ABSCHNITT

Verfolgt man die weltwirtschaftliche Entwicklung während des letzten industriellen Zyklus seit der Wirtschaftskrise des Jahres 1907/08, die von Amerika kam und auf Europa übergriff, so scheint es zunächst, als ob die Entwicklung entscheidend unterbrochen wäre durch das Jahr 1914, durch den Kriegsausbruch. Bis dahin herrschte Konjunktur, Akkumulation, Erweiterung der kapitalistischen Produktion, vom Jahre 1914 an — so glaubte man noch lange nach dem Krieg — beginnt jene Periode der kapitalistischen Wirtschaft, die eine ganz neuartige Erscheinung darstellt, bei der nicht akkumuliert wird, bei der infolge des ungeheuren Ausfalls von menschlicher Arbeitskraft, infolge der Verwendung der noch vorhandenen Arbeitskräfte zu unproduktiven, Zerstörungszwecken dienenden Verrichtungen der Akkumulationsprozeß, die Ausdehnung der Wirtschaft im bisherigen Ausmaß unterbleibt, bei der nicht nur nicht akkumuliert, sondern infolge der unsinnigen Militärwirtschaft nicht einmal im selben Umfang wie bisher reproduziert wird. Wir standen *am Ende des Krieges* einer *anscheinend vollkommen entgüterten Welt* gegenüber; Mitteleuropa und noch viel mehr Osteuropa waren verarmt. Die Unmöglichkeit, sofort nach Kriegsende den ungeheuerlichen Warenhunger zu befriedigen, ließ uns zunächst glauben, daß wir es mit einer völlig andersartigen Periode des Kapitalismus zu tun haben, daß die Entwicklung, wie sie Marx und Engels gelehrt haben, unterbrochen sei, daß wir es nicht mehr mit einem Fortschreiten des Kapitalismus zu immer ausgedehnterer Produktion zu tun haben, sondern mit einer völlig entgüterten Weltwirtschaft, die Jahre, vielleicht Jahrzehnte hindurch an dem voll-

ständigen Unterbleiben der Akkumulation und sogar der einfachen Reproduktion zu leiden haben wird. Diese irrigen Ansichten sind vor allem durch den vollkommenen Mangel an allen lebensnotwendigen Gütern in Mittel- und Osteuropa und durch die infolge des Krieges fast völlig abgerissene Verbindung mit den Weststaaten auch in bezug auf Information und Kenntnis der wirtschaftlichen Tatsachen hervorgerufen worden. Man ließ sich durch die entsetzliche Not, in die uns die sinnlose Militärwirtschaft und die feindliche Blockade, also die Abschneidung von allen Verbindungen mit der Weltwirtschaft gebracht hatten, dazu verleiten, sich über die ganze Struktur der kapitalistischen Wirtschaft während des Krieges täuschen zu lassen und zu meinen, die marxistischen Gesetze über die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus seien zumindest vorübergehend durch den Krieg außer Kraft gesetzt. Unsere ganze Stellung zur Revolution und den durch sie bedingten politischen Möglichkeiten der Sozialisierung wurde vor allem durch die Erkenntnis der damaligen Tage beeinflußt, daß wir es nicht mit jener von Marx und Engels vorausgeahnten Krise des Kapitalismus zu tun haben, bei der infolge des Uebermaßes an produzierten, aber wegen der Verelendung breiter Massen nicht verkäuflichen Güter die Krise und in ihrem Gefolge die Empörung des Proletariats ausbricht, sondern, daß wir es mit einer „*Produktionskrise*" zu tun haben, die eine Sozialisierung zu einer Rationierung und Rayonierung der Lebensmittel, zu einer Verteilung der Armut degradieren würde. Die Sozialisierung — so sagte man allenthalben — kann nicht in einer Periode der vollständigen Auspowerung, sondern nur in einer Periode des kapitalistischen Reichtums kommen.

Es waren kaum zwei Jahre nach dem Kriegsende vergangen, als man in Mitteleuropa die weltwirtschaftliche Situation grundsätzlich anders zu sehen begann. Der drückende Mangel, die Unergiebigkeit der Produktion, die Entgüterung

der Welt begann ziemlich rasch zu schwinden, der Warenhunger in Mitteleuropa und, soweit er überhaupt vorhanden war, in Westeuropa wurde völlig gestillt, der kapitalistische Produktionsapparat setzte sich wieder mit außerordentlicher Geschwindigkeit in Bewegung und begann allmählich wieder sich der Ergiebigkeit der Vorkriegszeit zu nähern. Der Warenhunger in Europa war noch kaum befriedigt, Osteuropa noch von der schwersten Not, dem furchtbarsten Massensterben infolge der russischen Hungersnot heimgesucht, da vernahm man zu Beginn des Jahres 1921 aus dem Westen, aus Amerika und dann in ziemlich rascher Folge aus England, der Schweiz, Frankreich, Italien wirtschaftliche Alarmnachrichten über eine hereingebrochene *Absatzkrise*. Nichts mehr von Ausfall der Produktion, nichts mehr von Warenhunger und Warenmangel, nichts mehr von zu geringer Produktivität der Arbeit, nichts mehr von ungenügender Arbeitsleistung infolge des Achtstundentags, sondern Massenentlassungen von Arbeitern, Verkürzung der Arbeitszeit, Stillegung der Betriebe, absolute Unverkäuflichkeit der aufgestapelten Waren!

Was war vorgegangen? Hatte sich wirklich das Wunder vollzogen, daß die Welt sich in kaum zwei Jahren aus einem Zustand vollständiger Armut in einen Zustand des Ueberflusses in einem geradezu beängstigenden Tempo entwickelt hatte? Oder war nicht die vermeintliche Unterbrechung der Gesetze der Ausdehnung der kapitalistischen Produktion nur auf das von der Blockade abgeschnittene Mitteleuropa beschränkt geblieben? Hatte nicht in der übrigen kapitalistischen Welt das alte Entwicklungsgesetz, das der Marxismus als Erkenntnis von der Expansion der kapitalistischen Wirtschaft vermittelt hatte, auch während des Krieges weitergewirkt?

Und damit kommen wir zu einer entscheidenden Ursache der seit 1921 hereingebrochenen und seither noch nicht überwundenen Weltwirtschaftskrise. Es ist gar nicht richtig, daß

im Kriege die kapitalistische Wirtschaft immer mehr beschränkt und durch den Mangel an Gütern und ihre sinnlose Verwendung zu Vernichtungszwecken immer ärmer geworden ist. *In Wahrheit bedeutete der Krieg in fast allen Ländern eine Ausdehnung des Produktionsapparates.* Schon *Rosa Luxemburg* hat in dem bereits zitierten Werk „Die Akkumulation des Kapitals" darauf hingewiesen, daß der *Militarismus ein Gebiet der Kapitalakkumulation* ist[1]). „Der Militarismus erscheint auch rein ökonomisch für das Kapital als ein Mittel zur Realisierung des Mehrwertes, das heißt als ein Gebiet zur Akkumulation." „Was sonst als Ersparnis der Bauern, des kleinen Mittelstandes aufgeschatzt war, um in Sparkassen, Banken das anlagesuchende Kapital zu vergrößern, wird jetzt im Besitz des Staates umgekehrt eine Nachfrage und Anlagemöglichkeit für das Kapital"[2]). „Die geschichtlichen Notwendigkeiten der verschärften Weltkonkurrenz des Kapitals verwandeln sich so für das Kapital selbst in ein erstklassiges Akkumulationsfeld. Je energischer das Kapital den Militarismus gebraucht, um die Produktionsmittel und Arbeitskräfte nichtkapitalistischer Länder durch die Welt- und Kolonialpolitik sich selbst zu assimilieren, um so energischer arbeitet derselbe Militarismus daheim in den kapitalistischen Ländern dahin, den nichtkapitalistischen Schichten dieser Länder... die Kaufkraft zu entziehen...., um so auf beider Kosten die Kapitalsakkumulation gewaltig zu steigern"[3]). Obwohl Rosa Luxemburg ihre Antikritik, in der sie gegen ihre diversen Kritiker, besonders gegen Otto Bauers Kritik in der „Neuen Zeit" Stellung nimmt, während des Krieges schrieb, hat sie die Gelegenheit nicht entsprechend ausgenützt, gerade den Weltkrieg im Sinne ihrer Anschauung als das bisher ungeheuerliche und außerordent-

[1]) A. a. O. Seite 431, 32. Kapitel: „Der Militarismus als Gebiet der Kapitalsakkumulation".

[2]) A. a. O. Seite 444.

[3]) A. a. O. Seite 445.

lichste Mittel der Kapitalsakkumulation und der Ausdehnung des kapitalistischen Produktionsapparates darzustellen. In diesem Sinne war der Weltkrieg nichts anderes als — teleologisch nur von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet — der mit der entsetzlichen Verelendung der Menschheit erkaufte Versuch, dem Produktionsapparat, vor allem der Abteilung I der kapitalistischen Produktion (im Sinne der Aufstellung der Marxschen Schemata der kapitalistischen Produktion), den Produktionsmittelindustrien — und in diese Sphäre fallen ja die Betriebe der Kriegsindustrie — eine ganz ungeahnte Beschäftigung, eine ungeheure Ausdehnung zu ermöglichen und so den Akkumulationsprozeß ins Gigantische zu steigern. Von diesem Blickpunkt aus gewinnt die Produktion für den Krieg zu Zerstörungszwecken, die Produktion von Waren, die den denkbar raschesten Verschleiß haben, deren Bestimmung es ist, nicht nur selbst möglichst rasch zu verschleißen, sondern auch den Verschleiß anderer Waren herbeizuführen, eine ganz neue Seite: *es wurden Gegenstände von ungleich kürzerer Lebensdauer produziert als sonst in diesen Industriesphären mit langsam verschleißenden Produkten, das bedeutete erhöhte Beschäftigung und infolge der wachsenden Ausdehnung des Krieges verstärkte Akkumulation.* Daß bei der einseitigen Ausdehnung der Produktionsmittelindustrie, durch die Konzentration sämtlicher vorhandener Arbeitskräfte und sämtlicher vorhandener Rohstoffe auf diese Sphären die Konsumtionsmittelindustrien vernachlässigt wurden, ist selbstverständlich. Dem Kapitalismus handelt es sich bei der Akkumulation nicht um Verbesserung der Lebenshaltung oder um Steigerung der Konsumtionsbedürfnisse, sondern lediglich um den Mehrwert, der dort gewonnen wird, wo es möglich und mit der denkbar größten Ergiebigkeit und der denkbar größten Profitrate tunlich ist.

Die Ausdehnung des Produktionsapparates, die Produktion und Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter und damit die

Entwicklung des Kapitalismus von einer Krise über eine Prosperitätsperiode zur anderen, wurde also durch den Krieg nicht nur nicht unterbrochen, sondern geradezu im Gegenteil in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Wenn es gelungen ist den normalerweise zehn Jahre dauernden Abschnitt von einer Krise zur anderen diesmal in einer außerordentlichen Prosperitätsperiode durch fast 15 Jahre andauern zu lassen — die letzte Krise hatten wir 1907/8 —, so deswegen, weil man sich durch den Krieg einen ganz neuartigen Absatz verschafft hat. So irrt man wohl kaum, wenn man von einer allgemeinen Ausdehnung des kapitalistischen Produktionsapparates während des Krieges spricht. Man darf sich dabei nicht irreführen lassen durch die in vielen Ländern mit der längeren Dauer des Krieges geringer gewordenen Produktionsergebnisse. In den meisten Ländern, die von der Kriegsführung unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wurden, hat vor allem das in der Produktion steckende variable Kapital, die Anzahl der Arbeiter, abgenommen, außerdem sank die Produktivität der Arbeitskraft der durch den Krieg ausgehungerten und revolutionierten Massen, so daß trotz Vergrößerung der industriellen Anlagen die Masse der Produkte abnahm oder bestenfalls gleichblieb. Dies gilt vor allem von Mitteleuropa, wo die Produktionsziffern auch wegen der Abnahme des in der Produktion steckenden zirkulierenden Teils des konstanten Kapitals geringer wurden. Die wirtschaftliche Verbindung mit den Rohstoff liefernden Ländern war durch die Blockade abgeschnitten, aber die industriellen Anlagen wurden vergrößert, der fixe Teil des konstanten Kapitals nahm zu, so daß sie bei Einstellung von genügenden Arbeitskräften und bei wieder wachsender Arbeitsintensität weit mehr leisten konnten als früher. Daß vor allem die Produktionsstätten ausgedehnt wurden, geht zum Beispiel schlagend aus der Tatsache hervor, daß in England nach einem Plan des Munitionsministeriums unter staatlicher Hilfe während des Krieges 22 neue Hochöfen und 166 neue Stahlöfen ge-

baut wurden. Und trotzdem sind die Bruttoziffern der englischen Stahlerzeugung während des Krieges und unmittelbar nachher nicht wesentlich größer gewesen als die Friedensproduktion. Aber worauf es ankommt, ist die Ausdehnung des Produktionsapparates, die bald nach dem Kriege und der Demobilisierung in der erhöhten Produktion und der noch immer nicht vollständig ausgenützten Kapazität zutage trat. Im englischen Bergbau waren 1914 1 133 746 Personen beschäftigt, 1919 waren bereits 1 191 313 Personen (gegen 1 008 867 im Jahre 1918)[1]) eingestellt. Sofort nach dem Kriege, nach der Heimkehr der Soldaten, erhöhte Beschäftigungszahl in den inzwischen erweiterten und daher für mehr Arbeitskräfte aufnahmefähig gewordenen Anlagen!

Erweitert wurde vor allem die Produktion in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Kanada und Japan, also in den Staaten, die vom Krieg mittelbar überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die U. S. A. hatten von Kriegsbeginn an die Rolle des größten Kriegslieferanten der Weststaaten gespielt. Man kann verfolgen, wie alle Produktionssphären mit Riesentempo zu Kriegsbeginn erweitert wurden und wie der Produktionsapparat der U. S. A. während der vier Kriegsjahre und der beiden ersten Nachkriegsjahre, als Amerika den Warenhunger der ganzen übrigen Welt zu stillen hatte, rascher angewachsen ist als jemals in den Jahren vorher. Noch nie hatte die amerikanische Industrie so glänzende Zeiten wie 1914 bis 1919 und 1920. U. S. A. produzierten 1913 516 060 000 t Kohle, 1919 483 547 000 t Kohle und 1920 585 541 000 t. — Setzt man die monatlichen Durchschnittsziffern der Förderung von Weich- und Hartkohle während der Jahre 1911—1913 = 100, so ergeben sich für das Jahr 1920, das Jahr, in dem die Ueberbeschäftigung sich vor dem raschen Absinken der Konjunktur am deutlichsten zeigte, folgende Vergleichsziffern:

[1]) Nach dem Bericht des „Chief Inspector of Mines".

1911/1913 = 100

Monat	Jahr	Weichkohle	Hartkohle
Januar	1920	131	103
März	1920	126	106
Mai	1920	107	108
Juli	1920	121	111
September	1920	133	63
Dezember	1920	141	114

Die Ausdehnung der Friedensproduktion ist also fast durchwegs überschritten.

Besehen wir uns die Entwicklung der *Eisen- und Stahlproduktion*[1]) der ganzen Welt:

Jahr	Eisen	Stahl
	Millionen t	
1890	27,5	12,6
1900	40,8	30,0
1910	66,7	61,6
1913	79,3	75,5
1914	60,5	60,4
1915	60,4	66,2
1916	73,0	78,0
1917	71,0	81,0
1918	67,0	68,0
1919	52,0	57,0
1920	59,0	68,0

Die ungeheure Ausdehnung, die die kapitalistische Welt seit 1890 in der Schwerindustrie nimmt, die außerordentliche Geschwindigkeit der Akkumulation geht aus dieser Aufstellung außerordentlich klar hervor. Während der Kriegszeit nimmt die Weltproduktion von Stahl zu, was auf die starke Vermehrung des Schrottes infolge der Vernichtung so vieler Eisen- und Stahlwaren (Kanonen usw.) zurückzu-

[1]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik" (herausgegeben vom Statistischen Reichsamt), Band 1921, Seite 448.

führen ist [1]), während die Eisenproduktion auf der Höhe der Vorkriegszeit zu bleiben bestrebt ist. Erst nach dem Ende des Krieges, vor allem aber nach dem Ausfall bzw. der Nichtberücksichtigung der russischen Produktion, nach der Revolution in Deutschland und Oesterreich, sehen wir einen stärkeren Rückgang der Produktion, der aber im Jahre 1920 infolge der starken Anspannung des Marktes wieder im Abnehmen begriffen ist. Besehen wir uns die Produktionsziffern einzelner wichtiger Staaten [2]):

Jahr	Vereinigte Staaten		Großbritannien		Japan	
	Eisen	Stahl	Eisen	Stahl	Eisen	Stahl
1913	31 462	31 802	10 650	7 786	240	254
1914	23 706	23 886	9 067	7 960	300	280
1915	30 395	32 665	8 934	8 687	314	335
1916	40 066	43 458	9 193	9 343	390	384
1917	39 266	45 782	9 572	9 961	570	529
1918	39 677	45 174	9 217	9 745	685	540
1919	31 511	35 226	7 536	8 021	800	552
1920	36 999	41 556	8 136	9 200	730	570

Die Eisen- und Stahlproduktion der Vereinigten Staaten wächst außerordentlich und ist sogar im ersten Nachkriegsjahr, in dem ein empfindlicher Rückgang wegen der Unsicherheit der Fortdauer der Konjunktur nach Kriegsende zu verzeichnen ist, größer als im letzten Friedensjahre. Die englische Stahlindustrie, die — wie oben bereits angedeutet — in ihren Anlagen ziemlich erweitert wurde, weist eine Erhöhung gegenüber den Friedensziffern auf, die Eisenindustrie ist ein wenig zurückgegangen. Eine ganz außerordentliche Zunahme der Produktion zeigt Japan, das seine Eisenerzeugung fast verdreifacht und seine Stahlproduktion auf mehr als das Doppelte erhöht hat.

[1]) Das ist auch der Grund, warum nach dem Krieg die Stahlproduktion besonders infolge der Demobilisierung einen Vorsprung vor der Eisenproduktion hat.

[2]) In 1000 t.

Ein besonders interessantes Kapitel ist die *Erdölgewinnung* der Welt. Vor dem Kriege waren es vor allem die Kohlenlager, um die der Kampf zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten geführt wurde; während des Krieges und nach dem Kriege verschiebt sich das Interesse immer mehr auf die Erdölquellen. Die Erdölproduktion nimmt erst in den letzten Jahrzehnten der kapitalistischen Entwicklung und der Technologie eine besondere Stelle ein. Der Krieg hat diese Entwicklung infolge des teilweisen Ausfalles der Kohlenproduktion besonders gefördert, so daß die Erdölproduktion nicht nur relativ, sondern auch absolut stark zunimmt[1]):

1900	149,1	Millionen	Barrels	(1 B. = 1,59 hl)
1910	327,9	„	„	
1913	383,5	„	„	(328,7)
1914	403,7	„	„	
1915	427,7	„	„	
1916	459,4	„	„	
1917	508,7	„	„	
1918	514,7	„	„	
1919	544,9	„	„	(554,7)
1920	688,5	„	„	(694,9)
1921	759,0	„	„	[2])

Und schließlich noch eine Ziffer über die *Zunahme des Schiffsraumes* während des Krieges! Nach Lloyds Register hat die Welthandelsflotte von Mitte 1914 bis Mitte 1920 um 8½ Millionen Bruttoregistertonnen oder um 19 Prozent zuge-

[1]) Der wachsende Konsum von Erdöl rührt z. B. daher, daß während des Krieges die Oelfeuerung bei Schiffen sehr stark zugenommen hat. 1914 hatten Schiffe in der Gesamttonnage von 1310209 BRT Oelfeuerung; 1921 12796635 BRT.

[2]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", Band 1921, Seite 209; Band 1922, Seite 287. „Wirtschaft und Statistik" gibt eine Aufstellung der Erdölproduktion nach den Zusammenstellungen des „United States Geologial Survey". Die an den beiden zitierten Stellen genannten Ziffern stimmen nicht ganz überein. Wir führen in Klammern die abweichenden Ziffern an.

nommen. Nach der Anzahl der Stapelläufe entfällt die Hauptvermehrung des Schiffsraumes auf die Jahre 1918 und 1919. Am stärksten ist die Handelsflotte der Vereinigten Staaten gewachsen; sie betrug 1914 (Juni) 1837 BRT, im Juni 1923 12 314 BRT. Diese außerordentliche Zunahme der Handelsflotte der U. S. A. hängt wieder mit dem ungeheuren Aufschwung ihres Außenhandels zusammen, von dem noch in anderem Zusammenhange die Rede sein wird.

Das Bild, das sich zunächst aus dieser Betrachtung ergibt, ist ein *starkes Anwachsen der kapitalistischen Produktion.* Der Krieg verursacht hier keine Zerstörung, keine absolute Verarmung der kapitalistischen Wirtschaft, im Gegenteil, er bringt außerordentliche Konjunktur, außergewöhnliche Möglichkeiten, eine besonders große Akkumulation und Produktionsausdehnung in der Sphäre der Produktionsmittelindustrien (Abteilung I des Marxschen Schemas) vorzunehmen. Ueberall versucht man diese Kriegskonjunktur auszunützen, in den kriegführenden Staaten unter dem beschönigenden und heuchlerischen Vorwand, es handle sich darum, die nationale Freiheit durch Beistellung von möglichst viel Kriegsmaterial zu verteidigen, in den an der Kriegführung nicht unmittelbar beteiligten Ländern mit der offenen Begründung der außergewöhnlichen Konjunktur. Ueberall aber *Anstrengungen, den bisherigen Rahmen der Produktion zu sprengen, die eingelebten Proportionalitätsverhältnisse zu überwinden und für sich einen größeren Anteil an der Weltproduktion und daher auch am Weltprofit zu erringen.* Sehen wir nun, wie diese Bestrebungen in der Weltwirtschaft wirken!

DRITTER ABSCHNITT

Wäre eine statistische Wirtschaft möglich, bei der Produktion, Konsumtion und die Verteilung der Güter auf die einzelnen Klassen und Schichten der Bevölkerung voll-

kommen stationär bleibt, dann wäre ein krisenloser Ablauf auch der privatkapitalistischen Wirtschaft, also einer Wirtschaft mit Privateigentum an den Produktionsmitteln und Autonomie der einzelnen Wirtschaftssubjekte möglich. Da aber kapitalistische Wirtschaft, überhaupt jegliche Wirtschaft und statischer Beharrungszustand eine contradictio in adjecto ist, da ferner Privatautonomie des einzelnen Wirtschafters und ständige Beschränkung der Produktion und Konsumtion auf ein erreichtes Ausmaß ebenfalls nicht zugleich vollziehbare Vorstellungen sind, ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die fortwährend andauernden Ausdehnungsbestrebungen der einzelnen Produzenten zu ununterbrochenen Verschiebungen der Proportionalitätsverhältnisse zwischen Produktion und Konsum, zwischen den einzelnen Produktionsgebieten, zwischen den einzelnen Produktionssphären führen müssen. Greifen wir auf das Bild von der Riesenmaschine zurück, so sehen wir, wie das einmal erreichte Zusammenstimmen und Ineinandergreifen der voneinander unabhängigen Rädchen sofort wieder aufhört, wenn jedem einzelnen Teilchen die Tendenz innewohnt, seine Bewegungen, seine Tourenzahl zu vergrößern, aber nicht im selben Ausmaß, in dem die ganze Maschine ihren Gang beschleunigen soll, sondern in einem gerade für dieses Rädchen unter seinen speziellen Verhältnissen möglichen Tempo. Eine solche Verschiebung der seit der letzten Krise notdürftig eingelebten Gleichgewichtsverhältnisse sehen wir nun im Krieg. Die alte Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften wird unterbrochen, die Blockade zerreißt die eingelebten Beziehungen zwischen Rohstoffländern und verarbeitenden Gebieten. Die deutsche chemische Industrie kann z. B. nicht mehr wie früher den größten Teil der Welt beliefern, sondern England und die Vereinigten Staaten sehen sich genötigt, ihre eigene chemische Industrie aus dem Boden zu stampfen, die nach dem Krieg, nach dem Wiederauftauchen der deutschen Konkurrenz in die größten Schwierigkeiten kommt und

durch ein protektionistisches Zollsystem geschützt werden muß; die deutsche Textilindustrie, die auf die Einfuhr des Rohstoffes vor allem aus Amerika angewiesen war, muß ihre Produktion einschränken, die deutsche und österreichische Zuckerindustrie kann während des Krieges nicht mehr den englischen Markt versorgen. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Dazu kommt nun die Erweiterung des Produktionsapparates der Produktionsmittelindustrien. Ist es da nicht selbstverständlich, daß durch all diese Umstände die Proportionalitätsverhältnisse unterbrochen wurden? Es handelt sich aber nicht nur um *ein* Proportionalitätsverhältnis, das vorhanden sein muß, wenn die Produktion krisenlos ablaufen soll — um ein bestimmtes Verhältnis zwischen Sphäre I und II der Marxschen Schemata —, sondern es gibt eine Unzahl von Proportionalitäten, die vorhanden sein müssen und nicht gestört werden dürfen, wenn der reibungslose Gang des Wirtschaftsapparates aufrecht erhalten bleiben soll. Mit Recht sagt daher *Hilferding* nach Besprechung der Marxschen Schemata: „Es ist klar, daß Proportionalitätsverhältnisse, wie sie zwischen den Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelindustrien in ihrer Gesamtheit herrschen müssen, in analoger Weise für jeden einzelnen Produktionszweig vorhanden sein müssen. Aber zugleich zeigen die Schemata, daß in der kapitalistischen Produktion Reproduktion auf einfacher als auf erweiterter Stufenleiter ungestört vor sich gehen kann, wenn nur diese Proportionalitätsverhältnisse erhalten bleiben. . . . Es folgt also durchaus nicht, daß die Krise in der der kapitalistischen Produktion innewohnenden Unterkonsumtion ihre Ursache haben muß. Eine allzu rasche Ausdehnung der Konsumtion würde an sich ebenso wie Gleichbleiben oder Verringerung der Produktion zur Krise führen müssen. Ebensowenig folgt aus den Schemata an sich die Möglichkeit einer allgemeinen Ueberproduktion von Waren, vielmehr läßt sich jede Ausdehnung der Produktion als möglich zeigen, die überhaupt bei den vor-

handenen Produktivkräften stattfinden kann“ [1]). So kommt zur Ausdehnung des Produktionsapparates als Krisenursache, vielmehr als seine notwendige Folge die Aufhebung einer ganzen Reihe von Proportionalitätsverhältnissen, deren Fehlen die völlige Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft in einer schweren Krise enthüllt. Es wurde gestört die zum krisenlosen Ablauf der Produktion notwendige Proportionalität,

a) zwischen Produktions- und Konsumtionsmittelindustrien, also zwischen den beiden Sphären, deren Verhältnis Marx im zweiten Band des „Kapital“ untersucht,

b) die Proportionalität zwischen industrieller und gewerblicher Produktion einerseits und der Landwirtschaft andererseits,

c) die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften wurde aufgehoben und damit die Proportionalität zwischen der europäischen und außereuropäischen Produktion zerstört. Insbesondere bedeutet das ungeheure Uebergewicht, das die Vereinigten Staaten sich durch den Krieg errangen, auch einen vergrößerten Anteil der U. S. A. an der Weltproduktion.

d) Außer der Störung der Proportionalität zwischen Produktions- und Konsumtionsmittelindustrien wurde die Proportionalität zwischen Produktion und Konsumtion durch die Verschiebung in der Konsumkraft vor allem in Mittel- und Osteuropas gestört.

e) Die Proportionalität der weltwirtschaftlichen Preisverhältnisse wurde durch die Geldverhältnisse in der Welt aufgehoben und damit eine ganz neue Basis für Konkurrenzkämpfe in der Weltwirtschaft geschaffen.

A.

Während die Produktionsmittelindustrien in allen Ländern infolge des Kriegsbedarfs in den Vordergrund gestellt, alle

[1]) *Hilferding:* „Finanzkapital“, a. a. O. Seite 339.

verfügbaren Arbeitskräfte dort konzentriert und alle Rohstoffe für diese Produktionssphären verwendet wurden, während also die Abteilung I der Marxschen Schemata außerordentlich ausgedehnt wurden, gingen die Konsumtionsmittelindustrien zurück, da die zur Akkumulation nötigen sachlichen Voraussetzungen nicht genügten, um auch die Sphäre II, die Konsumtionsmittelindustrien, in gleicher Weise auszugestalten. Hier liegt der Kernpunkt dieser Disproportionalität. Es wurden zwar durch die in fast allen Ländern während des Krieges mehr oder minder stark in Anspruch genommenen Methoden des Banknotendruckes zusätzliche, für eine größere Zirkulation hinreichende Umlaufsmittel geschaffen, aber die Güter fehlten, die das Gegengewicht zu diesem erhöhten Geldumlauf und die Voraussetzung für eine Reproduktion auf wesentlich erweiterter Stufenleiter hätten bilden können. Während des Krieges war ohne Rücksicht auf die Ausdehnung der Sphäre II der Wirtschaft genügend Absatz für die Produkte der Sphäre I vorhanden, da es zu den Besonderheiten des Krieges gehört, die Erzeugnisse der Produktionsmittelindustrie zu unmittelbar „konsumtionsreifen" Gütern (Kanonen, Waffen, Munition) zu machen. In dem Moment aber, wo sich die Produktionsmittelindustrien von dem gesicherten Absatz des Kriegsbedarfes umstellen mußten nicht nur auf die Friedenswirtschaft, sondern auch auf den für diese Produktionssphäre normalen Absatz, der wesentlich abhängt von der Ausdehnung der Sphäre II der Produktion, tritt die Diskrepanz in der Form der Krise offen zutage.

Die *Weltbaumwollernte* ging seit dem Jahre 1913/14 konstant zurück; sie beträgt nach dem „Deutschen Baumwollhandbuch" [1]):

1913/14 . . .	20 914 000	Ballen
1914/15	19 579 000	„
1915/16	17 371 000	„
1916/17	18 023 000	„

[1]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", Jahrgang 1921, Seite 452.

1917/18	16 785 000	Ballen
1918/19	16 962 000	„
1919/20	18 211 000	„
1920/21	17 018 000	„

Dementsprechend ist auch der Weltkonsum an Baumwolle nach dem New Yorker „Chronicle" zurückgegangen.

Er betrug:

1913/14	19 858 000	Ballen
1914/15	18 747 000	„
1915/16	20 344 000	„
1916/17	18 925 000	„
1917/18	17 100 000	„
1918/19	15 689 000	„
1919/20	17 555 000	„

Die Vereinigten Staaten haben infolge der Ausdehnung ihrer Produktion in der Sphäre I unter entsprechender Vergrößerung des variablen Kapitals v, also der Arbeitskraft, die in dieser Sphäre verwendet wird und in der gesamtökonomischen Rechnung als Arbeitslohn erscheint, einen steigenden Bedarf an Baumwolle zur Verarbeitung im Inland, so daß im Jahre 1915/16 nur 37,88%, 1918/19 48,19%, 1919/20 nur 44,46% der Baumwollernte exportiert wurden, während 1912/13 60,81% der Baumwollernte ins Ausland geliefert wurden. Die Abnehmer der nordamerikanischen Baumwolle sind die Länder, in denen sich die Hauptzahl der gesamten in der Welt vorhandenen Spindeln befindet; von 154 Millionen Spindeln, die es 1921 in der ganzen Welt gab, standen nur 35 Millionen in den Vereinigten Staaten und 102 Millionen in Europa. Wenn trotzdem die Exportziffer der Baumwolle in den Vereinigten Staaten zurückging, obwohl die hauptsächlichsten Verarbeitungsstätten in Europa gelegen waren, so ist dies ein weiteres Zeichen für den Rückgang der Ausdehnung der Sphäre II der Wirtschaft in diesen Ländern. Es wurde in Europa weniger Baumwolle weiterverarbeitet, die Konsumtionsmittelindustrie ging zurück.

Der Produktionsrückgang der *Textilindustrie* z. B. in Deutschland geht daraus hervor, daß der Güterverkehr mit

Textilrohstoffen und Halbfabrikaten auf deutschen Eisenbahnen und Wasserstraßen 1913 2,78 Millionen Tonnen betrug und bis zum Jahre 1918 auf 627 000 Tonnen (22,5% des Vorkriegsstandes) zurückging. Er erholte sich 1919 auf 738 000 Tonnen (26,5% des Vorkriegsstandes). Trotz der verringerten Einfuhr der Baumwolle aus den Vereinigten Staaten macht sich nach dem Krieg die verringerte Menge der vorhandenen Baumwolle nicht in gesteigerter Nachfrage geltend. Auch die Anzahl der in der Textilindustrie Beschäftigten nimmt in Deutschland ab; nach den Angaben der Berufsgenossenschaften waren in der Textilindustrie versicherungspflichtige Personen beschäftigt:

1913	781 168
1918	350 079
1919	425 460
1920	531 155

Gerade die beiden letzten Ziffern, die aus Jahren stammen, in denen Deutschland nicht mehr blockiert war und in denen ausländische Rohstoffe in vollem Umfange wieder eingeführt werden konnten, zeigen wohl eine Steigerung der Anzahl der beschäftigten Personen, aber sie bleiben weit hinter der Ziffer des letzten Friedensjahres zurück.

Den Rückgang der Bekleidungsindustrie in der Sphäre der Konsumtionsmittelindustrie zeigt auch das Nachlassen der Einfuhr von Schafwolle, der zweiten Rohstoffbasis der Textilindustrie, in verschiedenen Ländern. Die Einfuhr von Schafwolle betrug in 1000 Tonnen:

	1913	1921
Deutschland	199,3	94,9
Frankreich	285,5	156,3
Großbritannien	363,7	345,9
Belgien	150,11	92,5
Italien	22,2	21,2
Holland	10,2	8,2
Vereinigte Staaten . .	112,3	145,5
Japan	9,5	16,0

Außer den Vereinigten Staaten, über deren vergrößerte Produktion bereits gesprochen wurde, und Japan, das infolge des Krieges einen ähnlichen Aufschwung zu verzeichnen hatte, wie die Vereinigten Staaten, geht die Schafwolleinfuhr in allen Ländern bis zum Jahre 1921, dem Jahre des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise, zurück. Vergleicht man die Produktionsziffern mit den Einfuhrziffern, um festzustellen, ob die verringerte Einfuhr nicht auf erhöhte Inlandsproduktion zurückzuführen ist, so sieht man, daß die Schafwollproduktion in Großbritannien von 61 000 t (Jahresdurchschnitt 1909/13) auf 46 000 t 1921, in Frankreich von 37 000 t auf 17 000 t, in Italien von 25 000 t auf 23 000 t gefallen ist, also auch Rückgang der inländischen Schafwollproduktion[1]). Nur in Deutschland ist die inländische Schafwollproduktion von 12 000 t auf 25 000 t gestiegen; wenn man aber von dem Ausfallsbetrag der Einfuhr von 100 000 t die höhere Inlandsproduktion von 13 000 t abzieht, bleibt immer noch ein Rückgang des vorhandenen Rohstoffs.

Die Krise beginnt notwendigerweise in den Konsumtionsmittelindustrien. Handelt es sich nicht um eine Geldkrise, die — wie etwa die Wirtschaftskrise des Jahres 1907/08 — durch den infolge der Konjunktur außerordentlich gestiegenen Bedarf nach Geld mit einer Kreditkrise und einem Börsenkrach beginnt [2]), dann äußert sich das erste und wichtigste Symptom der Krise, nämlich die Absatzstockung, zunächst unmittelbar im Konsum. So auch diesmal. Die scharfe Wendung der Konjunktur setzte erst zu Beginn des Jahres 1921 ein, aber bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1920

[1]) Der Schafbestand der meisten Länder ist gegenüber der Vorkriegszeit um ungefähr 10 % zurückgegangen, während die gesamte Wollerzeugung um ungefähr 14 % zurückging. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß unter den Schafen die Fleischschafe gegenüber den Wollschafen zugenommen haben.

[2]) Vgl. *Hilferding:* „Die Konjunktur", „Neue Zeit", Band 25/2, Seite 140, „Wirtschaftliche Rundschau", „Die Krise in den Vereinigten Staaten", Seite 256 und 591 ebenda Band 26/1.

häufen sich die Anzeichen der beginnenden Absatzstockung. Und noch früher zeigt sich im Preissturz der Textilien die gesunkene Kauflust am Markt. Am Baumwollmarkt treten in den Vereinigten Staaten bereits im Jahre 1920 stärkere Preissenkungen ein; damals waren die Preise so hoch wie im Frieden, im März 1921, also zu einer Zeit, wo in der Produktionsmittelsphäre die Krise erst vollständig zum Ausdruck kam, betrugen sie nur mehr 90 % des Friedensstandes. In England beginnt der Preisrückgang der Baumwolle im Juni 1920 und erreichte bereits im März 1921 seinen Tiefpunkt mit 110 % des Friedensstandes. Die Schafwollpreise fallen in England bereits im März 1920, die Seidenpreise beginnen schon im Sommer 1920 stark zurückzugehen, wie denn überhaupt die Seidenindustrie infolge des Rückganges des Luxuskonsums nicht nur in England, sondern vor allem in Japan fast am frühesten von der Krise erfaßt wird.

Ein anderes Beispiel für die Einschränkung der Produktion in der Sphäre II! Die Weltproduktion von *Zucker* betrug nach einer Aufstellung von „Wirtschaft und Statistik“ [1]) in 1000 t:

1913/14	18 777
1914/15	18 242
1915/16	15 724
1916/17	16 575
1917/18	17 132
1918/19	16 046
1919/20	15 168
1920/21	16 555
1921/22	15 620

Die Zuckerproduktion ist also ebenfalls um ungefähr mehr als 15 % zurückgegangen. Dementsprechend hat auch der Verbrauch von Zucker abgenommen.

[1]) „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1921, Seite 501.

Sehr interessant für die Stellung der Konsumtions- und Produktionsmittelindustrie vor und während der Krise ist auch der *Index der Kapital- und Konsumgüter* [1]). Der Index der Producers Goods (Produktionsmittelindustrien) schwankte in den Vereinigten Staaten (1913 = 100) zwischen 126 im März 1922 (Tiefpunkt) und 169 im April 1923 (höchster Stand), der Index der Consumers Goods (Konsumtionsmittelindustrien) schwankte in derselben Zeit nur zwischen 150 bis 167. Daraus geht hervor, daß die Konsumtionsmittelindustrien während der Krise nicht so starken Preis- und daher auch Konjunkturschwankungen unterworfen sind wie die Produktionsmittelindustrien. Vergleicht man ferner den Beschäftigungsstand dieser beiden Industriesphären, so ergibt sich, daß — es werden nur zwei typische Beispiele aufgegriffen — die Beschäftigung des Stahltrusts noch steigt, während bereits der Baumwollverbrauch in den Fabriken zu sinken beginnt. Die Preise der Kapitalgüter, die zunächst vor dem Einsetzen der Krise im Preisniveau niedriger sind als die der Konsumgüter, steigen über den Index der Konsumgüter, während bei diesen bereits die rückläufige Preisbewegung beginnt. Wie ist diese Erscheinung, die unseres Erachtens in der interessanten Untersuchung der „Wirtschaftskurve" ein wenig unbedenklich verallgemeinert wird, zu erklären? Wieso hält die Beschäftigung im Stahltrust länger an als in den Baumwolle verarbeitenden Betrieben, wieso schwanken die Preise in den Produktionsmittelindustrien stärker als in den Konsumtionsmittelindustrien? Wieso beginnen die Preise der Konsumtionsmittel bereits früher zu sinken? Dies hängt wohl mindestens teilweise mit der in der Konjunktur entstandenen Disproportionalität zusammen. Die Produktionsmittelsphäre hat die weitaus größere Ausdehnung erfahren, sie produziert am Beginn der Absatzstockung weit mehr Produkte als nunmehr abgesetzt werden können. Es sind

[1]) Vgl. „Die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung" 1924, 1. Heft, Seite 21.

viel größere Preisermäßigungen notwendig, um die Preise dem viel stärker eingeschrumpften Bedürfnis anzupassen. Die Konsumtionsmittelindustrien haben eine weit geringere Ausdehnung erfahren, sie haben kaum über den vorhandenen Bedarf hinaus produziert, da für sie ja im Kriegsbedarf kein zusätzlicher Absatz vorhanden war, sie müssen ihre Produktion in der Krise ungleich weniger einschränken. Für sie muß immer ein gewisser Absatz bestehen, wenn er auch infolge von Lohndruck und Arbeitslosigkeit eingeschränkt wird. Aber ein gewisser Konsum muß auch während der Krise stattfinden, während die Produktionsmittelsphäre unter Umständen völlig stillgelegt werden kann. Der stärker schwankende Absatz macht daher größere Preissenkungen zur Anpassung des vorhandenen Vorrats an die Nachfrage nötig. Die Tatsache, daß die Beschäftigung in der Sphäre der Produktionsmittelindustrie länger anhält als in der Konsumtionsmittelindustrie, hängt mit der Erscheinung zusammen, die wir bereits bei dem verhältnismäßig frühen Beginn der Preisrückgänge auf dem Baumwoll- und Textilmarkte beobachten konnten; die Absatzkrise äußert sich eben zunächst in der Sphäre des Konsums, und während dort bereits Rückschläge eintreten, läuft der angespannte Mechanismus der Produktionsmittelindustrie noch eine Zeitlang weiter.

Während also die Sphäre I der Wirtschaft gewaltig ausgedehnt wurde, ist die Konsumtionsmittelindustrie, wenn nicht absolut, so doch überall relativ eingeschränkt worden[1]. *Außer dieser, nach der Marxschen Konzeption des II. Bandes des „Kapital" für das Entstehen der Krise entscheidenden Disproportionalität haben sich aber während*

[1]) Vgl. auch *Hilferding:* „Probleme der Zeit", „Die Gesellschaft", Nr. 1, 1924: „Während und nach dem Krieg sind die Produktivkräfte außerordentlich angewachsen. Die Ausdehnung war nicht gleichmäßig. . . . Diese Disproportionalität ist eine der Ursachen der Weltkrise . . ."

der Kriegskonjunktur noch eine Reihe von anderen Disproportionalitäten ergeben.

B.

Sind die Konsumtionsmittelindustrien während des Krieges zurückgegangen, so hat auch die Landwirtschaft durch den Mangel an Arbeitskräften und die Konzentration der vorhandenen Arbeiter auf die Kriegsindustrie in sehr vielen europäischen Ländern einen starken Rückschlag erfahren. Diese Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion äußert sich aber nicht nur in stärkerer Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, sondern auch — trotz verhältnismäßig steigender Preise — in verringerter Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Das klingt zunächst unwahrscheinlich, denn gerade während des Krieges hat sich die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Monopolbesitzer von unbedingt lebensnotwendigen, aber in immer geringerem Ausmaße vorhandenen Waren wesentlich erhöht. In dem Augenblick aber, in dem die Monopolstellung der heimischen Landwirtschaft infolge der Einfuhrmöglichkeit von ausländischem Getreide wegfiel, zeigte sich die durch den Rückgang der Produktion verringerte Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung; außerdem genügten die vielfach thesaurierten und daher entwerteten Geldmengen nicht, um das verschlissene Inventar vollständig zu ersetzen. Daher auch *geringere Kaufkraft im Verhältnis zur landwirtschaftliche Maschinen erzeugenden Industrie.* Auch diese Disproportionalität, die vor allem in einer Diskrepanz zwischen der erweiterten Industrie und einer weniger kaufkräftigen Konsumentengruppe besteht, hat ihren Anteil unter den Krisenursachen.

Vergleicht man die Anbaufläche von Brotgetreide (Weizen und Roggen) in verschiedenen Ländern mit einer für das Jahr 1913 angenommenen Vergleichsziffer von 100, so ergibt sich:

	1913	1918	1919	1920	1921
Deutschland (neues Gebiet) . .	100	—	81	82	82
Frankreich	100	66	69	74	78
Rumänien (altes Königreich) .	100	85	65	46	60
Italien	100	92	90	96	100
Argentinien	100	116	93	92	87

Die Anbaufläche für Brotgetreide ist also in den wichtigsten europäischen Ländern zurückgegangen, nur in Großbritannien und den Vereinigten Staaten wurde die Anbaufläche größer. Durch den Rückgang der Anbaufläche wurde die Ernte und damit auch der Erlös für das Getreide geringer, die Einnahmen der Landwirtschaft gingen verhältnismäßig (in Gold gerechnet) zurück. Außerdem wurden in den meisten Ländern, so vor allem in Deutschland und Oesterreich, die Getreidepreise durch staatliche Bewirtschaftung niedrig gehalten, es wurde das der gesteigerten Nachfrage entsprechende Hinaufklettern der Preise verhindert. Diese im Interesse der gesamten Volkswirtschaft sehr wohltätigen Maßnahmen bedeuten aber vom Gesichtspunkt der Konsumkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung für industrielle Produkte eine gewisse Einschränkung des Einkommens des Landes und damit die geringere Absatzmöglichkeit für die Produkte der Stadt.

Sehr stark ist die deutsche Landwirtschaft zurückgegangen. Der Getreideanbau hat vor allem durch den Mangel an Kunstdünger gelitten, dessen Konsum im Frieden 2 000 000 t jährlich betragen hatte, der durch die Blockade bis auf 80 000 t zurückging.

Die deutsche Weizenernte betrug:	1913	4 061 099 t
	1919	2 169 138 t
	1920	2 255 055 t
Die deutsche Kartoffelernte betrug:	1913	44 766 104 t
	1919	21 478 995 t
	1920	28 248 765 t

Infolge der verringerten Produktivität der Arbeit, des Mangels an Düngemitteln und der nicht entsprechenden Behandlung des Bodens sind auch die durchschnittlichen Hektarerträge zurückgegangen. Der Hektarertrag sank in Deutschland beim Weizen von 24,1 dz im Jahre 1913 auf 14,2 dz im Jahre 1920, bei Roggen von 19,3 dz im Jahre 1913 auf 12,6 dz im Jahre 1922. Bei Kartoffeln sank der Hektarertrag in den bezeichneten Jahren von 157,1 auf 149,4 dz. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität ist aber nicht nur auf Deutschland beschränkt gewesen, er ist eine internationale Erscheinung. In Belgien sinkt der Hektarertrag bei Weizen von 25,2 auf 23,8 dz, in Frankreich beim Weizen von 13,3 auf 12,5 dz, in den Vereinigten Staaten beim Weizen von 10,2 auf 9,4 dz und beim Roggen von 13,2 auf 9,7 dz [1]). In den Vereinigten Staaten sind allerdings Hektarerträge von einigen Fruchtarten gestiegen, im allgemeinen kann man aber feststellen, daß die Ergiebigkeit der Bodenbebauung in fast allen Ländern während des Krieges zurückgegangen ist.

Beim Ausfall der europäischen Landwirtschaft spielt auch vom Standpunkt der Kaufkraft für industrielle Produkte die Lage der russischen Landwirtschaft eine sehr große Rolle. Nicht einmal so sehr, als ob die primitive russische Landwirtschaft selbst viele Industrieprodukte für sich und den Lebensbedarf des russischen Bauern benötigen würde, sondern vor allem deswegen, weil durch die Ausfuhr des russischen Getreides die russische Gesamtwirtschaft infolge der günstigeren Gestaltung ihrer Handels- und Zahlungsbilanz im Wege des Austausches für die industriellen Produkte des Westens nicht nur aufnahmefähig, sondern auch kaufkräftig geworden ist. Die russische Landwirtschaft ist durch den

[1]) Vgl. „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen", im Auftrag der Reichsregierung den von der Reparations-Kommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschüssen übergeben. Berlin 1924.

Krieg, die Revolution und vor allem durch die neue Agrarverfassung desorganisiert worden. Die Getreideproduktion ging auf ein Minimum zurück, was z. B. schon daraus hervorgeht, daß immer mehr Gouvernements ihren Getreideüberschuß verloren und die Regierung immer mehr Personen unter die von Staats wegen mit Getreide zu Versorgenden aufnehmen mußte. Im September 1919 verabfolgte die Regierung 3 000 000 Pud Getreide an die Bevölkerung (1 Pud = 16,38 kg), im Oktober 1919 bereits 7,4 im September 1920 14,2, im November 15,2 und im Dezember 18 Mill. Pud. Die Getreideüberschüsse der einzelnen Gouvernements wurden also immer geringer und damit ist selbstverständlich die Möglichkeit irgendeines Getreideexportes aus Rußland ausgeschlossen.

Bei dem Problem der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung spielt auch die *Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Produkte im* Vergleich mit denen für Industrieprodukte eine große Rolle. Es wurde schon oben ausgeführt, daß in vielen Ländern durch die staatlich gehandhabte Preispolitik die Preise für Getreide, Kartoffeln usw. künstlich niedergehalten wurden. Durch die russischen Verhältnisse der letzten Monate wurde die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Diskrepanz zwischen den Preisen der Industrieprodukte und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gelenkt [1]). Trotz des ungeheuren Warenhungers und der vollkommenen Auspowerung der russischen Wirtschaft, trotz der außerordentlichen Aufnahmefähigkeit des russischen Marktes insbesondere für Industrieprodukte war Rußland in den letzten Monaten von einer klaren und ausgesprochenen Absatzkrise heimgesucht, in der Industrieprodukte fast unverkäuflich sind. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die Preise des Getreides gegenüber dem Friedensgoldpreis

[1]) Vgl. *A. Jugow:* „Sowjetrußland am Wendepunkt", „Der Kampf", Januar 1924, Seite 14. — *Eugen Varga:* „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im 4. Vierteljahr 1923", „Internationale Pressekorrespondenz", 4. Jahrgang, Nr. 32.

um das 3- bis 5fache zurückgingen, während die Preise der Industrieprodukte um das 3,2fache gestiegen sind. Nichts anderes ist die Ursache der von Trotzky so bezeichneten „*Sowjetschere*": die Preise der Industrieerzeugnisse und der landwirtschaftlichen Produkte gehen wie die beiden Klingen einer Schere auseinander. Haben wir es hier nur mit einer spezifisch russischen Erscheinung zu tun, die vielleicht darin begründet ist, daß die Industrieprodukte zum allergrößten Teil aus dem Westen eingeführt werden müssen, dessen Preisniveau höher ist als das russische? Oder haben wir es hier mit einer internationalen Erscheinung zu tun, die darin besteht, daß überall die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hinter denen der Industrieprodukte zurückbleiben, so daß darob eine neue Disproportionalität entsteht? Varga bemüht sich, diese Frage mit reichem Ziffernmaterial zu untersuchen und kommt zu dem Ergebnis, daß sich diese Behauptung nicht ganz vollständig durch die vorliegenden statistischen Ziffern — vor allem wegen der verschiedenen Berechnungsmethoden — belegen läßt. Auf Grund des hier darzustellenden Materials kommt man zu dem Ergebnis, daß *in der gesamten internationalen Preisbildung seit dem Jahre 1914 die industriellen Produkte im Preise rascher und höher steigen als die Erzeugnisse der Landwirtschaft, daß die Folge dieser Preisentwicklung ein gewisser Rückgang der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist und daß hier eine Teilerscheinung der die Krise verschuldenden Proportionalitäten liegt.* Die Indexziffern für verschiedene Warengruppen betragen im November 1921:

Vereinigte Staaten		Frankreich		England [1]	
Pflanzl. Nahrung	111	Pflanzl. Nahrung	306	Pflanzl. Nahrung	173
Tier. Nahrung	104	Tier. Nahrung	331	Tier. Nahrung	170
Metalle	127	Textilien	388	Textilien	178
Bekleidung	149	Industriestoffe	369	Industr. Rohstoffe	148

[1]) Im November 1922 ergibt sich folgendes Bild (s. S. 76 unten):

Im allgemeinen kann man aus dieser Aufstellung trotz der verschiedenen Berechnungsmethoden ein verhältnismäßiges Zurückbleiben der Preise von landwirtschaftlichen Erzeugnissen entnehmen.

Noch deutlicher als aus den bisherigen Aufstellungen geht diese Tatsache aus nachstehender Aufstellung hervor: setzt man sämtliche Vorkriegspreise (Stand vom Juli 1914), in Goldmark gerechnet = 100, womit selbstverständlich nicht ausgedrückt werden soll, daß die Preise selbst gleich waren, dann ergibt sich als Vergleichsziffer für die Preise von verschiedenen Warengattungen in verschiedene Länder im November 1923 [2]):

	Deutschland	Frankreich	England	Ver.Staaten
Weizen	97,1	95,1	111,9	118,8
Weizenmehl . .	123,5	90,7	115,4	—
Gerste	114,4	94,4	125,2	117,0
Hafer	99,6	84,0	114,4	116,4
Rindfleisch . .	347,9	121,1	107,7	85,4
Schweinefleisch	404,9	125,8	122,0	103,5
Butter	143,0	89,5	156,8	161,3
Zucker	112,8	120,2	—	207,1
Kaffee	—	122,6	105,7	133,2
Tee	303,6	441,1	—	—
Häute	—	—	101,5	78,9
Baumwolle . .	261,7	260,9	249,4	270,4
Eisen	153,6	143,7	176,1	155,5
Kupfer	—	87,8	81,9	273,6
Zink	132,5	134,5	129,3	116,1
Blei	141,0	136,1	144,3	177,2
Kohle	207,6	114,2	157,6	—

Pflanzliche Nahrung . . .	143
Tierische Nahrung	175
Textilien	174
Industriestoffe	148

Es ist sehr charakteristisch, daß von dem Preissturz im ersten Krisenjahr vor allem die landwirtschaftlichen Preise in Mitleidenschaft gezogen wurden.

[2]) Vergleiche die Statistik der Großhandelspreise im In- und Auslande vor und nach dem Kriege in „Deutschlands Wirtschaft usw." a. a. O. Aus dieser Tabelle haben wir die obigen Vergleichsziffern errechnet.

Die Preissteigerung für industrielle Produkte ist in allen Ländern fast durchwegs größer als die der landwirtschaftlichen Produkte; sieht man von den außerordentlichen Fleischpreisen in Deutschland ab, die auf den großen Fleischimport aus der Uebersee zurückzuführen sind, so erkennt man, daß das „Scherenproblem" nicht auf die russische Wirtschaft allein beschränkt ist. Das bedeutet notwendigerweise ein Abnehmen der Konsumkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, eine Störung der Proportionalität des Konsums von Stadt und Land und eine weitere Krisenursache.

C.

Wenn man von der Ausdehnung des Produktionsapparates der gesamten kapitalistischen Welt spricht, so ist damit zunächst wohl die Erweiterung des gesamten Weltkapitalismus gemeint. Aber man würde irren, wollte man an eine einheitliche, homogene Erweiterung der einzelnen kapitalistischen Wirtschaftsgebiete denken. Und so wie sich die Erweiterung der Produktion nicht gleichmäßig in Sphäre I und II, in den Produktionsmittel- und Konsumtionsmittelindustrien vollzogen hat, so ist auch die Verteilung der Erweiterung auf die einzelnen nationalen Kapitalismen nicht gleichmäßig. Der Krieg war der Kampf der einzelnen Imperialismen, um möglichst günstige Akkumulationsgelegenheiten, und so waren auch die Chancen der Akkumulationsraten je nach dem Kriegsglück und der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder recht ungleich verteilt. Es gehört von vornherein zu den entscheidenden Schwächen der mitteleuropäischen Kriegsführung, daß sie durch den Mangel an Rohstoffen bei der Erweiterung des Produktionsapparates, also dem ureigentlichsten „Kriegsziel", in die Hinterhand gekommen sind, und es gehört zum entscheidenden wirtschaftlichen Uebergewicht der Weststaaten, daß sie sich bei der Ausgestaltung ihres Produktionsapparates der Hilfe der Vereinigten Staaten bedienen konnten, die ihrerseits

— wie schon erwähnt — die Hauptlieferanten der Weststaaten während des Krieges waren. *Die Erweiterung der Produktion in der ganzen Welt vollzieht sich also nicht gleichmäßig, sie spielt sich hauptsächlich auf dem Boden der Vereinigten Staaten ab.* Während der Kriegskonjunktur erweitert sich durch die Gunst der Verhältnisse, vor allem durch die Tatsache, daß sie der unmittelbaren Kriegsführung entrückt sind, ihr Produktionsapparat — und damit kommt ein neues Moment der Ungleichmäßigkeit, der Disproportionalität in die kapitalistische Entwicklung. Vor dem Krieg war durch die Gesetze der überall herrschenden Konkurrenz — politisch und wirtschaftlich — den einzelnen Imperialismen eine gewisse Gewähr geboten, daß ein Staat den anderen und damit eine Wirtschaftseinheit die andere im Schach hält, der Krieg entfernt diese Schranken und so konnte Amerika seine Produktion ungeahnt erweitern und damit ein neues Moment der Unruhe in die weltwirtschaftlichen Verhältnisse bringen. Spricht man also von der Erweiterung des kapitalistischen Produktionsapparates, so ist damit vor allem die ungeheure Ausdehnung der Produktion in den Vereinigten Staaten gemeint.

Das geht zunächst aus den *Außenhandelsziffern* hervor. Während des Krieges steigt vor allem der Anteil der Fertigfabrikate an der Ausfuhr der U. S. A.; 1914 machten die Fertigwaren nur 31,1% der Ausfuhr aus, 1917 erreichte ihr Anteil den Höhepunkt mit 47,3%, sank im ersten Friedensjahr auf 33,7%, um sich bis 1921 wieder auf 41,4% zu heben. Im Jahre 1922, in dem sich die Weltwirtschaftskrise voll auswirkt, sinkt der Anteil der Fertigfabrikate auf 22,7%. Es ist selbstverständlich für eine Wirtschaft viel einträglicher und für ihre Zahlungsbilanz günstiger, wenn sie mehr höherwertige Fertigfabrikate als Rohmaterialien ausführt; in den Fertigfabrikaten steckt bereits das variable Kapital v und demnach notwendigerweise auch der Mehrwert m, der ja zur Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter verwendet

wird. Je mehr v und m, eine desto höhere Akkumulationsrate ist möglich. Hingegen sinkt der Anteil der Fertigfabrikate an der Einfuhr der Vereinigten Staaten; er macht 1913 23,7% aus, sinkt bis 1919 auf 12,7% und hat sich seither allerdings wieder erhöht und ist durch die Weltwirtschaftskrise einerseits, durch die erhöhte Lieferfähigkeit Europas andererseits wieder auf 24,7% im Jahre 1922 gestiegen.

Der Ausfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten, also der Aktivsaldo der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten, wächst während des Krieges außerordentlich an und beträgt:

Im Fiskaljahr	1914	(bis 30. VI.)	. . . .	471	Millionen	Dollars
„ „	1915	do.	. . . .	1 095	„	„
„ „	1916	do.	. . . .	2 135	„	„
„ „	1917	do.	. . . .	3 631	„	„
„ „	1918	do.	. . . .	2 974	„	„
„ „	1919	do.	. . . .	4 136	„	„
„ „	1920	do.	. . . .	2 871	„	„
„ „	1921	do.	. . . .	2 863	„	„
„ „	1922	do.	. . . .	1 163	„	„

Betrachtet man den Außenhandel der Vereinigten Staaten mit Europa allein, so ergeben sich folgende Ausfuhrüberschüsse:

Im Fiskaljahr	1914	(bis 30. VI.)	. . . .	591	Millionen	Dollars
„ „	1915	do.	. . . .	1 357	„	„
„ „	1916	do.	. . . .	2 383	„	„
„ „	1917	do.	. . . .	3 714	„	„
„ „	1918	do.	. . . .	3 321	„	„
„ „	1919	do.	. . . .	4 272	„	„
„ „	1920	do.	. . . .	3 684	„	„
„ „	1921	do.	. . . .	2 471	„	„
„ „	1922	do.	. . . .	1 237	„	„

Die Ausfuhrüberschüsse im Handel der U. S. A. mit Europa sind durchwegs größer als die Ueberschüsse des gesamten Außenhandels; das zeigt, daß der Hauptkunde der U. S. A. Europa ist, daß es dorthin einen größeren Ausfuhrüberschuß hat als in seinem gesamten sonstigen Handel, daß es also im

Außenhandel mit anderen Ländern passiv ist und zum Teil Waren, die es aus anderen Ländern einführt und wahrscheinlich weiterverarbeitet, nach Europa wieder ausführt. Jedenfalls sind die Ausfuhrüberschüsse der Vereinigten Staaten auch während der Zeit der Weltwirtschaftskrise größer als die Ziffern vor dem Kriege; soweit diese größeren Ziffern nicht auf die internationale Preissteigerung zurückzuführen sind, sind sie der deutlichste Beweis für die ungeheure Erweiterung des Wirtschaftsapparates der Vereinigten Staaten. Daß es vor allem der europäische Kriegsbedarf gewesen ist, der diesen Segen über die amerikanische Wirtschaft brachte, geht aus den Daten über die Richtung des Außenhandels hervor. Im letzten Friedensjahre (Fiskaljahr 1914) beträgt der europäische Anteil an der Ausfuhr der U. S. A. 62,87%; er erreicht 1915 seinen Höhepunkt mit 71,21% und hält sich während der ganzen Kriegszeit und des ersten Nachkriegsjahres über der Friedenshöhe (1919: 64,23%), die absoluten Ziffern steigen ebenfalls während der Kriegszeit, um 1920 auf 59,48%, 1921 auf 52,30, 1922 auf 54,82, 1923 auf 48% zu sinken[1]). Während also im Kriege die Handelsbeziehungen und daher auch die politischen Beziehungen zwischen Amerika und Europa sich stark intensivieren, fällt infolge der Weltwirtschaftskrise der Anteil Europa am nordamerikanischen Außenhandel[2]).

[1]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik" 1921, S. 191; 1922, S. 634; 1923, S. 751.

[2]) Umgekehrt ist die Entwicklung des Außenhandels der U. S. A. mit anderen Ländern. Die Ausfuhr nach Nord- und Mittelamerika beträgt 1914 22,36 % der gesamten Ausfuhr und sinkt während des Krieges bis auf 16,92 % im Jahre 1916, um nach dem Kriege wieder zu steigen; 1921 25,27 %, 1922 23,78 %, also ein höherer Anteil als vor dem Kriege. Der Anteil Südamerikas beträgt vor dem Kriege 5,27 % und sinkt während des Krieges auf 3,39 % (1915), um nach dem Kriege wieder anzuwachsen, und zwar bis auf 8,3 % (1921). Die Ausfuhr nach Asien und Ozeanien beträgt 1914 8,32 %, nahm während des Krieges ebenfalls ab (1915 6,94 %), ist aber nach dem

Die in der Weltwirtschaft infolge dieser Fortschritte der Vereinigten Staaten entstandene Disproportionalität wird vollends klar, wenn wir die Entwicklung des Außenhandels der Vereinigten Staaten mit der anderer Staaten vergleichen; nicht mit der Deutschlands und Oesterreichs, die selbstverständlich während des Krieges infolge der Blockade eine abnormale Entwicklung hatten, sondern mit der Entwicklung des Außenhandels der europäischen Weststaaten. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich und Italien wiesen während des Krieges durchwegs wachsende Einfuhrüberschüsse, also Passivsaldi, der Handelsbilanz auf. Das englische Passivum beträgt 1913 139,9 Millionen £, und steigt auf 783,8 Millionen £ im Jahre 1918, um allerdings in den Jahren 1919 und 1920 rapid abzunehmen (1920: 378,7 Millionen £). Der Einfuhrüberschuß Frankreichs beträgt im letzten Friedensjahr 1541 Millionen Franken und erreicht 1917 seinen Höhepunkt mit 21,541 Millionen Franken, um bis 1920 wieder auf 12,970 Millionen Franken zu sinken. Aehnlich entwickelt sich der Außenhandel Italiens. Im ganzen sieht man, wie Europa, und vor allem die Weststaaten, von den Vereinigten Staaten beliefert werden, wie sie ihre Produktion vor allem auf Kosten der europäischen Wirtschaft ausdehnen.

So steigt auch der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion von Kohle. Er betrug 1913 38,5%, 1919 41,8%

Kriege und besonders während der Wirtschaftskrise, als die Vereinigten Staaten Ersatz für die ausfallende Konsumkraft Europas suchten, besonders stark angewachsen; 1919 11,25 %, 1920 12,25 %, 1921 12,34 %, 1922 14,97 %. Die Richtung der Entwicklung ist vollkommen klar; sie liegt im wachsenden Desinteressement der Vereinigten Staaten an Europa und in der wachsenden wirtschaftlichen und wohl auch politischen Verbindung mit den außereuropäischen Ländern. Ein schlagenderes Beispiel für die Determination der politischen Stellungnahme durch wirtschaftliche Probleme kann es wohl kaum geben. Im Aufsuchen dieser neuen Absatzwege liegt auch die Methode zur Ueberwindung der Krise in den Vereinigten Staaten.

und 1920 45% der gesamten Weltproduktion. Während die U. S. A. vor dem Kriege nur 476 000 Tonnen Kohle nach Europa lieferten, beträgt die Menge der nach Europa 1919 gelieferten Kohle 15 283 000 Tonnen, also mehr als das Dreißigfache. Freilich unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise nahmen diese Kohlentransporte wieder stark ab und erst in der Zeit der Ruhrbesetzung wurde auch amerikanische Kohle zur Deckung des Ausfalls der Ruhrkohle herangezogen.

In den Jahren 1911—1913 hatte Europa am Gesamtweltverbrauch von Blei, Kupfer, Zinn, Zink und Aluminium einen Anteil von 63 %. Er sank während der Jahre 1919 bis 1920 auf 41 %, und zwar sank der Anteil des Konsums der Weststaaten von 28 auf 25 %, also ziemlich unbedeutend, hingegen ist der Anteil von Mittel- und Osteuropa von 35 auf 16 % zurückgegangen, also eine Abnahme um mehr als die Hälfte. Der Konsum der Vereinigten Staaten hingegen ist von 32 auf 49 % gestiegen. Auch die absoluten Verbrauchsziffern, nicht nur der verhältnismäßige Anteil der U. S. A. ist gewachsen.

Die Kehrseite dieser überragenden Stellung, die sich die Vereinigten Staaten durch die Erweiterung ihres Produktionsapparates in der ganzen Welt verschafft haben, ist die Verschuldung aller Staaten an die U. S. A. und infolgedessen die ununterbrochenen Goldtransporte nach Amerika, die allmählich den größten Teil des in der Welt vorhandenen Goldes in den Vereinigten Staaten ansammeln. Die Forderung der Vereinigten Staaten an fast alle übrigen Länder der Welt betragen nach dem Stande vom 21. August 1922 [1]) 11,5 Milliarden Dollars, eine Summe, die nach dem jetzigen Stande der österreichischen Kronen umgerechnet, die phantastische und nur mehr mit astronomischen Dimensionen faßbare Summe

[1]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", Jahrg. 1923, S. 674.

von mehr als 800 Billionen, also mehr als ¾ Trillionen österreichische Kronen ergibt[1]).

Die ununterbrochenen Goldtransporte nach den Vereinigten Staaten sind nicht nur ein Anzeichen für die Disproportionalität in den weltwirtschaftlichen Verhältnissen, sie sind selbst wieder die Ursache eines großen Teiles der Krisenerscheinungen, nämlich der vollkommen auf den Kopf gestellten Geldverhältnisse in der Welt. Vor dem Kriege hatten die Vereinigten Staaten einen starken Goldexport. Sie mußten jährlich ungefähr 160 Millionen Dollar an Schuldzinsen für europäisches in die U. S. A. investiertes Kapital nach Europa zahlen, dazu kommen die Goldrücksendungen der Einwanderer in der errechneten Höhe von ungefähr 150 Millionen und zirka 34 Millionen Dollar Frachtzahlungen an europäische Schiffahrtsgesellschaften[2]) [3]). Während also vor dem Kriege die Vereinigten Staaten Gold exportieren mußten, begann mit dem Kriege die große Wanderung des Goldes nach den Vereinigten Staaten. Vom 1. August 1914 bis 30. April 1917 betrug der Goldeinfuhrüberschuß 1127,3 Millionen Dollar für Warenlieferungen der Vereinigten Staaten. In der Zeit der aktiven Anteilnahme der U. S. A. am Kriege, als die Vereinigten Staaten den Kriegführenden mit Geldsen-

[1]) Im einzelnen verteilen sich die Forderungen der Vereinigten Staaten auf die einzelnen Länder folgendermaßen (in Millionen Dollars):

England	4 746,9	Oesterreich .	26,2	Rumänien .	41,4
Frankreich . .	3 770,9	Estland . . .	16,1	Litauen . .	5,7
Italien	1 891,5	Griechenland	15,4	Ungarn . .	1,9
Belgien	428,5	Armenien . .	13,6	Nikaragua .	0,2
Rußland	227,6	Finnland . .	9,3	Serbien . . .	58,4
Polen	153,0	Kuba	7,7		
Tschechoslowakei	104,7	Lettland . . .	5,8		

[2]) Die Berechnungen stammen aus einer Aufstellung der Columbia Trust Co. im Jahre 1921.

[3]) Durch die bereits oben erwähnte außerordentliche Vermehrung der Handelsflotte der Vereinigten Staaten entfallen auch diese Zahlungen zum allergrößten Teil.

dungen halfen und so die amerikanischen Warenlieferungen nach Europa selbst finanzierten, verwandelt sich der Goldeinfuhrüberschuß in einen Ausfuhrüberschuß, der bis Dezember 1920 anhält. Im ganzen wurden um 279 Millionen Dollar mehr aus- als eingeführt und seit 1920 dauern die ununterbrochenen Goldtransporte von Europa in die U. S. A. an, die in geradezu bedenklicher Weise — bedenklich nicht nur für die goldabliefernden Staaten selbst, sondern auch für die Vereinigten Staaten — fast das gesamte Gold der Welt in den Vereinigten Staaten konzentrieren. Aber diese Frage der disproportionalen Verteilung des Goldes in der Welt, hat uns in einem anderen Zusammenhange zu befassen, nämlich bei dem Problem der Geldverhältnisse der Welt.

Die außerordentliche Ausdehnung des Produktionsapparates der Vereinigten Staaten ist also ein besonderes Moment der Disproportionalität und damit eine der wichtigsten Krisenursachen. Der Krieg mit seinem ungeheuren Bedarf an Waren hat die Erweiterung des Rahmens der Produktion notwendig gemacht und sie auch noch gerechtfertigt, als in den ersten 2 Jahren nach dem Kriegsende die Wirtschaft der übrigen Welt so geschwächt, die Arbeitsintensität so gering war, daß die Vereinigten Staaten in die Lage kamen, den Warenhunger der ganzen Welt zu stillen. Als aber der infolge des Krieges zweifellos nicht kleiner gewordene Apparat der gesamten Welt bei verringerter Konsumfähigkeit wieder in Gang zu kommen begann, da war für die disproportionell erfolgte nordamerikanische Akkumulation kein Platz mehr und die Krise brach jäh herein.

D.

Der Rückgang des Konsums in Deutschland und Rußland sind so bekannte Tatsachen — auch in ihrem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise —, daß wir darauf nur kursorisch hinweisen müssen. — Der Konsum von Fleisch betrug in Deutschland 1913 43,15 kg pro Kopf der Bevölke-

rung, 1922 nur 26,71 kg, es ist daher ein Rückgang im Fleischkonsum von 38,1% zu verzeichnen. An Roggen wurde konsumiert pro Kopf der Bevölkerung

	1913/14	153,1 kg
	1921/22	102,9 kg
	1922/23	91,9 kg
an Kartoffeln	1913/14	700,2 kg
	1921/22	39,6 kg
	1922/23	572,3 kg

Der Kaffeekonsum in Deutschland war 1922 um 77,4 % geringer als 1913, der Teekonsum um 32,8%, der Baumwollkonsum um 36,5%.

Die deutsche Einfuhr beträgt, in Millionen Goldmark gerechnet, 1913: 11 206, 1920: 3947, 1921: 5750, 1922: 6311. Deutschland partizipierte an der Gesamtausfuhr der U. S. A. im Jahre 1912 mit 13,8%, 1920 mit 5,9%, an der Ausfuhr von Großbritannien im Jahre 1912 mit 8,3%, im Jahre 1920 mit 1,8%, an der Ausfuhr von Frankreich 1912 mit 11,8, 1920 mit 5,3%, an der Ausfuhr von Belgien mit 25,5% im Jahre 1912, 1920 mit 14,1%, an der Ausfuhr von Italien 1912 mit 13,7, 1920 mit 4,9%, an der Schweizerischen Ausfuhr 1912 mit 22,6, 1920 mit 7,7%. Diese Verschiebungen im internationalen Außenhandel allein wären imstande, eine Wirtschaftskrise zu erklären.

Auch der Ausfall des russischen Konsumgebietes ist hinlänglich bekannt. Nach einer Aufstellung der Ekonomitscheskaja Shisni (1921, Nr. 154) betrug die russische Einfuhr 1920 5 Millionen Pud, das sind 5 % der Einfuhr von 1913. Die Kohleneinfuhr, die im Frieden sehr stark war — in Betracht kam vor allem englische Kohle —, macht 1913 476 612 348 Pud aus. Sie sinkt bis 1917 auf 46 024 000 Pud und beträgt in der Zeit vom 18. April bis 15. November 1920 121 956 Pud. Der Außenhandel im Jahre 1921 beträgt nach der umgesetzten Warenmenge 2,8%, nach den umgesetzten Werten 1,6 % des Ausmaßes von 1913. Diese Ziffern allein genügen, um noch einmal den Ausfall des ungeheuren Kon-

sumtionsgebietes klar vor Augen zu sehen. Deswegen ist es kein Zufall, daß die erste Bereitschaft in englischen offiziellen Kreisen zu wirtschaftlichen Verhandlungen mit Sowjetrußland im Frühjahr 1921 eintrat, wo Krassin in London erschien. Es ist kein Zufall, daß unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise in England wieder die Bereitschaft eintrat, mit Rußland zu verhandeln. Der russische Absatzmarkt mit seinem ungeheuren Warenhunger sollte nichts anderes sein als ein Ventil für die unverkäuflichen Waren. Freilich, der wirtschaftliche Verkehr mit Rußland kann sich auf die Dauer nicht auf der Basis einer einseitigen Einfuhr nach Rußland abspielen, da es ja nicht möglich wäre, auf diese Art den Gegenwert für die eingeführten Waren zu erhalten. Das Problem des wirtschaftlichen Verkehrs mit Rußland besteht eben im Tausch, also in der Hebung der Produktivität der russischen Wirtschaft, die mit eigenen Produkten das bezahlt, was sie einführen muß. In diesem Sinne ist nicht nur der Ausfall des russischen Konsums, sondern auch der furchtbare Rückschlag der russischen Produktion ein Faktor, der die allgemeine Konsumkraft stark vermindert.

E.

Die Krise, die wir besprechen, ist — wie übrigens jede kapitalistische Krise — mitbedingt durch eine *Krankheit der Geldverhältnisse*. Sie geht zwar nicht — wie etwa die Krise des Jahres 1907/1908 — von den Erscheinungen am Geldmarkt aus, sie hängt aber mit Erscheinungen des Geldwesens zumindest zusammen. Dieser Zusammenhang zwischen der deflationistischen Weltpolitik der Vereinigten Staaten, Englands, zum Teil auch Frankreichs und Italiens wird noch näher darzustellen sein. Da diese Entwicklung sich aber nur in einem Teil der Welt vollzogen hat, in der übrigen Welt, vor allem in Mittel- und Osteuropa, der der Deflation entgegengesetzte Weg des inflationistischen Banknotendruckes weiterbeschritten wurde, entstand dadurch eine Dispropor-

tionalität in der Gestaltung der Preisverhältnisse, so zwar, daß die Preise in einigen Ländern ungleich tiefer waren als es den Preisverhältnissen im Frieden entsprach. Das bedeutete wieder eine *völlige Umgestaltung der Konkurrenzverhältnisse in der Welt*, die Bedrohung der gesamten Industrie der Weststaaten durch die deutsche Konkurrenz, die man gemeiniglich auf die Reparationslasten und -lieferungen zurückgeführt hat [1]).

Das Preisniveau der Großhandelsindexziffern der Vereinigten Staaten übersteigt das deutsche um ... %.

	1920	1921	1922	1923
Januar	186	83	72	140
Juni	64	72	61	107
Dezember . . .	116	84	91	—

[1]) Es ist zweifellos, daß die Sachlieferungen, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrages auszuführen hat und deren Anordnung im Friedensvertrag noch die Konzeption einer vollkommen entgüterten Welt zugrunde liegt, in der man sich kraft des Siegerrechts Warenlieferungen verschaffen muß, eine willkürliche Verteilung der in der Welt vorhandenen Güter hervorrufen. Daneben haben die Lasten der Reparationszahlungen zum großen Teil die Verschlechterung der deutschen Valuta verschuldet, durch die die erhöhte Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und damit die Erschwerung des Absatzes der Weststaaten hervorgerufen wurde. Deswegen hat man zu Beginn der Krise gemeint, es handle sich um eine Wirtschaftskrise, die die ausschließliche Folge des Friedensvertrages ist. Dieser Meinung, als handle es sich um eine ganz eigenartige Krise, die nicht die Folge der Konstruktionsfehler der kapitalistischen Wirtschaft, sondern einer Sondererscheinung, eben des Friedensvertrages sei, der Meinung, es handle sich um ein wirtschaftliches Elementarereignis, ebenso wie um die wirtschaftlichen Folgen eines Elementarereignisses — Mißernte usw. —, kann man vom Standpunkt der marxistischen Wirtschaftsbetrachtung nicht zustimmen. Eine „naive" Erklärung der Krise bei recht guter Betrachtung ihrer einzelnen Erscheinungsformen gibt z. B. *Bernhard Harms:* „Die Krisis der Weltwirtschaft", „Weltwirtschaftliches Archiv", 18. Bd., S. 267 ff.

Da es sich bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt vor allem um Industriestoffe handelt, noch ein Beispiel über die Differenz der industriellen Preise! Die Indexziffern der Industriestoffe in England, Frankreich und U. S. A. liegen über bzw. unter (minus) dem Niveau der Industriestoffe in Deutschland um ... %.

	1920			1921			1922			1923		
	Engl.	Frankr.	U.S.A.	Engl.	Frankr.	U.S.A.	Engl.	Frankr.	U.S.A.	Engl.	Frankr.	U.S.A.
Januar . .	106,7	108,9	89,6	48,2	22,6	36,3	52,7	57,9	57,6	71,3	69,3	87,2
Juni	15,3	9,7	7,2	27,4	22,3	29,4	25,3	33,6	32,6	31,2	30,5	46,7
Dezember	64,1	31,6	59,2	58,6	58,5	56,7	20,0	22,5	34,7	9,3	—	—

Aus den mit den jeweiligen zufälligen Valutanotierungen zusammenhängenden und wechselnden Ziffern geht jedenfalls hervor, *daß das deutsche Preisniveau bis Ende 1923 weit unter dem der Weststaaten war und daß darauf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zurückzuführen ist.*

Es ist klar, daß diese abnormen Differenzen in der Preisgestaltung verschiedener Länder rein mechanisch als Krisenelement par excellence wirken müssen.

DRITTER ABSCHNITT

Die Wirtschaftskrise des Jahres 1907/08 begann in der Sphäre des Geldwesens und griff erst von hier auf den Absatz über[1]). Die außerordentliche Konjunktur setzt alles vorhandene Geld in fungierendes Kapital um. Soll die Produktion noch weiter ausgedehnt, die Konjunktur gesteigert und durch noch größere Gewinnmöglichkeit der Tendenz der sinkenden Profitrate und der Tendenz der infolge der Konjunktur steigenden Löhne entgegengewirkt werden, sind

[1]) Vgl. die obzitierten Aufsätze von *Hilferding:* „Die Konjunktur", „Die Krise in den Vereinigten Staaten", „Die industrielle Depression".

neue Geldmittel notwendig. Sind sie nicht aufzubringen, dann müssen die während der Konjunktur spekulativ auf der Börse erworbenen Effekten verkauft werden, was zu Kursrückgängen führt. Diese Kursverluste bringen den Banken und Spekulanten Schaden, die Geldknappheit versteift sich infolgedessen noch weiter, die Industriellen müssen wegen der außerordentlichen Geldknappheit und der Kreditsperre der Banken ihre Produktion einschränken, die Krise bricht herein, die sich nunmehr auch in schlechten Absatzverhältnissen äußert.

Ganz anders liegen die Dinge zu Beginn der Krise Ende 1920 und Anfang 1921. *Nicht Geldmangel*, sondern — was die Menge des zirkulierenden Geldes anlangt — *Geldüberfluß*, Banknotenvermehrung ist es, die vorherrscht und deren bewußtes Eindämmen die Krise mitverursacht. Während des Krieges haben fast alle Staaten zu dem Mittel der Geldvermehrung, des ungedeckten Banknotendruckens gegriffen, um die Kosten der Kriegführung und der durch den Krieg notwendig gewordenen außerordentlichen Maßnahmen zu decken. Der normale Weg der Besteuerung, der in England vernünftigerweise rechtzeitig angewendet wurde, genügte während des ungeheuren Kriegsbedarfes, während der Zeit, in der man vermeinte, durch die Ausdehnung der Zirkulation bei gleichbleibender oder vielfach abnehmender Menge finanzieren zu können, nicht. Die Entwicklung aller Staaten war bis zum Jahre 1919 in dieser Beziehung ungefähr gleichgerichtet, weil in allen Staaten der Banknotenumlauf gewachsen ist; seit dem Jahre 1920 beginnt sich aber die Entwicklung zu differenzieren, indem einige Länder erfolgreich versuchen, den Banknotenumlauf einzuschränken, und einige Länder nicht in der Lage sind, die Masse der umlaufenden Banknoten zu beschränken, sondern im Gegenteil immer neue Banknoten drucken.

Die Zunahme des Banknotenumlaufes in den einzelnen Ländern gestaltete sich in den Jahren 1913—1922 folgender-

maßen: (Vgl. League of Nations. Memorandum on Currency 1913—1923, Genever 1923.)

(Siehe untenstehende Tabelle.)

Es ist außerordentlich interessant, daß die Abnahme des Banknotenumlaufs in den Ländern, in denen es gelang, sich von der Inflationspolitik loszulösen, Anfang 1921 beginnt, daß also *Krisenbeginn und Deflation* zusammenfallen. Dieser Zusammenhang ist kein zufälliger. *Wenn auch die Krise nicht lediglich in der Geldsphäre anhebt, so hat doch die Währungspolitik der von der Krise berührten Staaten einen großen Einfluß auf den Ausbruch der Krise.* Deflation bedeutet Verringerung des Banknotenumlaufes, bedeutet bei gleichbleibender Warenzirkulation Verminderung der zum

Tabelle des Banknotenumlaufes am Ende eines jeden Jahres

Land	Währung	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	31.3.20	30.6.20
Belgien	Frank	1067	1614	1320	1262	1268	5134	5777	5056	5265
Frankreich . . .	Frank	5714	10043	13216	16580	22336	30250	37275	37334	37763
Italien	Lira	2782	3593	5050	6329	10265	14087	18814	18464	20355
Portugal	Milreis	87	96	115	140	193	274	371	400	447
England	Pfd. Sterl.	34,6	79,6	144,9	196,8	266,0	399,2	449,0	440,6	469,7
Canada	Dollar	116	114	132	158	202	232	240	238	236
Aegypten . . .	Pfd. Sterl.	2,2	7,5	10,6	19,4	29,6	45,7	64,4	57,7	48,1
Niederlande . .	Gulden	313	505	582	774	917	1138	1074	1096	1054
Spanien	Peseta	1931	1974	2100	2360	2799	3334	3867	3872	3908
Schweiz	Frank	314	464	502	562	710	996	1046	981	959
Schweden . . .	Kronen	234	304	328	418	573	814	748	742	736
Norwegen . . .	Kronen	108	134	162	251	326	436	454	450	441
Dänemark . . .	Kronen	152	207	220	285	338	450	489	524	529
Tschechoslowakei	Kronen	—	—	—	—	—	—	4723	7216	8729
Polen	Mark	—	—	—	—	—	—	—	10691	21730
Rumänien . . .	Lei	437	578	762	1452	4112	4643	6369	4498	4803
Jugoslawien . .	Dinar	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rußland	Rubel	1700	3000	5700	9300	27400	60900	225100	340700	511900
Deutschland . .	Mark	2902	5862	8360	11438	18246	33069	50064	59474	68154
Oesterreich . . .	Kronen	—	—	—	—	—	—	—	15458	16971
Ungarn	Kronen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bulgarien . . .	Leva	189	227	370	834	1493	2299	2858	3139	3407
Japan	Yen	426	386	430	601	851	1236	1700	1456	1534
Vereinigte Staaten	Dollar	2575	2680	3061	3032	3392	4368	4597	4555	4641
Argentinien . .	Peso	823	803	988	1013	1013	1154	1177	1278	1363

Umsatz derselben Warenmenge erforderlichen Geldmenge; es entfällt daher notwendigerweise — wenn man dieses schematische Bild gebrauchen darf — auf eine „Wareneinheit" eine kleinere Geldmenge. Das bedeutet, daß Deflation Erhöhung der Kaufkraft des Geldes und somit Verbilligung der Warenpreise bedeutet. Beginnende Senkung der Preise ist aber kein Anreiz für die Käufer, da jeder wartet, bis die Verbilligung weiter fortgeschritten ist; sinkende Preise sind aber in der profitorientierten Welt ein Anzeichen für schlechte Absatzverhältnisse. So fällt das Einsetzen der deflationistischen Geldpolitik notwendigerweise mit dem Beginn der Krise zusammen, sie fällt nicht nur äußerlich und zeitlich mit ihr zusammen, sondern die Krise wird durch diese Ver-

von 1913 bis 1919 und am Ende jedes Vierteljahres von 1919 bis 1922

30.9.20	31.12.20	31.3.21	30.6.21	30.9.21	31.12.21	31.3.22	30.6.22	30.9.22	31.12.22
5736	6525	6105	6110	6212	6462	6313	6287	6518	6876
39208	37902	38435	37422	37129	36487	35528	36039	36603	36359
21457	22275	21309	20703	20701	21754	20658	20371	20538	20561
533	611	635	650	670	737	758	815	914	1054
468,3	486,4	460,0	438,3	425,3	438,4	409,4	404,7	395,9	404,2
242	242	216	206	198	190	176	177	188	184
44,6	38,9	35,3	31,9	35,1	35,6	32,3	28,4	27,7	31,8
1081	1123	1084	1033	1035	1046	1033	1040	1029	1044
4114	4326	4255	4185	4246	4244	4178	4145	4140	4137
993	1039	1003	956	981	1015	834	971	813	977
780	760	717	679	672	628	626	585	605	584
478	492	433	426	425	419	394	394	393	395
559	557	517	496	481	471	446	442	467	459
10310	11289	10922	11168	11571	12130	10323	9838	10197	10064
33203	49362	74087	102697	152792	229538	250665	300101	463706	793437
7867	10462	10962	11073	12350	186	13864	14143	15157	15162
2814	3344	3500	3746	4476	4688	4785	4809	5222	5040
745300	1168700	1686800	2347200	4534500	17539600	81222300	320497100	815486300	2138711400
75635	81387	80118	84558	94534	122497	139958	180169	331876	1295228
22272	30646	41067	49685	70171	181066	304103	549922	2324034	4080546
—	14308	15650	18096	20845	25175	29327	33600	59417	75910
3456	3354	3217	3159	3415	3615	3734	3801	3941	3886
1364	1639	1392	1433	1457	1764	1494	1548	1429	1717
4797	4813	4346	4165	3991	3953	3734	3771	3812	3997
1363	1363	1363	1363	1363	1363	1363	1363	1363	1363

änderungen im Geldwesen geradezu ausgelöst. Dabei entsteht freilich die Frage, wie es zur Deflation kommt. Ist die Abnahme des Banknotenumlaufes die Folge eines geringeren Geldbedarfes in der Wirtschaft, einer bereits abnehmenden Konjunktur und einer nachlassenden Investitionstätigkeit in der Wirtschaft, infolge deren weniger Umlaufsmittel zur Bewältigung der Inflation benötigt werden? Oder aber ist sie die Folge einer bewußten auf den Aufbau und die Beschränkung des Kredites gerichteten Politik, die noch bei voller Konjunktur und trotz hohen Geldbedarfes durchgeführt wird? Mit anderen Worten: Ist die Deflation die Folge oder wenigstens Teilursache der ausbrechenden Krise?

Tabelle über Verände-

	1920												1921			
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	I	II	III	IV
Belgien	3½	3½	3½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½
Frankreich	5	5	5	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Italien	5	5	5	5½	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
England	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	6½
Südafrika	6½	6½	7	7	7	7	7	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½
Niederlande	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½
Schweiz	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	4½
Schweden	6	6	7	7	7	7	7	7	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7
Norwegen	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Dänemark	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Tschechoslowk.	5	5	5	5	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Jugoslawien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Polen	—	—	—	—	—	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Rumänien	5	5	5	5	5	5	5	5	6	6	6	6	6	6	6	6
Deutschland	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Oesterreich	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	6
Ungarn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vereinigt. Staat.	6	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Japan	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03
Argentinien	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7

Diese beiden Fragen, die sich nicht strikte bejahen oder verneinen lassen, diese Fragen, in deren jeder eine Komponente der Krise angedeutet ist, lassen sich nur durch eine Betrachtung der Zinspolitik in der Zeit vor und während der Krise beantworten.

(Siehe untenstehende Tabelle.)

Wir sehen fast überall verhältnismäßig hohe Zinssätze unmittelbar vor der Krise in allen jenen Ländern, die bewußt die Politik der Verringerung der Umlaufmittel betrieben haben. Das deutlichste Zeichen hierfür ist die Erhöhung des Zinsfußes knapp vor dem Ausbruch der Krise; der

rungen der Diskontsätze

1921								1922											
V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½
6	6	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	5½	5½	5½	5½	5½	5½
6½	6	5½	5½	5½	5½	5	5	5	4½	4½	4	4	3½	3	3	3	3	3	3
7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7½	7	7	7	7	7	7	7	6
4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4	4	4	4	4	4
4½	4½	4½	4	4	4	4	4	4	4	3½	3½	3½	3½	3½	3	3	3	3	3
6½	6½	6	6	6	5½	5½	5½	5½	5½	5	5	5	5	4½	4½	4½	4½	4½	4½
7	7	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6	6	6	6	5½	5½	5½	5	5	5	5	5
6½	6½	6	6	6	6	5½	5½	5½	5½	5½	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5½	5	5	5	5	5	5	5	5	7
—	—	—	—	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
6	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	6	7	8	8	10	10
6	6	6	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	9	9	9	9
—	—	—	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	8	8	8
6½	6	5½	5½	5	5	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4½	4	4	4	4	4	4	4
8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03	8,03
7	7	7	7	7	7	7	7	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6½	6½

Kredit wird durch hohe Zinssätze beschränkt, um die Umlaufmittel einzuziehen oder sie wenigstens nicht zu vermehren. In den ersten Monaten des Jahres 1921 aber, in denen die Krise mit voller Schärfe zu wirken beginnt, werden in fast allen Ländern Ermäßigungen des Zinsfußes vorgenommen. Und hier zeigt sich die grundlegende Verschiedenheit der Geldverhältnisse in dieser Krise gegenüber früheren.

Hilferding untersucht im „Finanzkapital“ [1]) die Geldverhältnisse während der Krise. Er schildert den niedrigen Zinsfuß zu Beginn der Konjunktur, beschreibt in äußerst lebensvoller und dem wirklichen Ablauf voll entsprechender Darstellung die Steigerung des Zinsfußes während der Konjunktur infolge der erhöhten Investitionstätigkeit, infolge der Notwendigkeit, den in der Konjunktur gescheiterten Warenumlauf zu bewältigen, und schließlich infolge der um sich greifenden Spekulation. Der Zinsfuß steigt bis zu dem Augenblick, in dem die Geld- und Börsenkrise ausbricht; kommt es noch vor dem Ausbruch der Warenkrise zum Börsenkrach, dann steigt die Nachfrage nach Geld noch weiter, da infolge der Geldkrise der normale Geldumlauf zu stocken beginnt. Bricht nun im Gefolge der Geldkrise die Absatzkrise aus, kann infolge des Absatzmangels das in der Produktion steckende Geld nicht realisiert werden, dann erreicht der Zinsfuß gerade in den ersten Monaten der Krise infolge der außerordentlichen Geldknappheit eine ungeheuerliche Höhe. „Die Börsenkrise und die vielleicht sich anschließende Bankkrise bedeuten eine starke Erschütterung des Kredites. Der Zinsfuß steigt außerordentlich hoch und bewirkt die Anlage auswärtigen Kapitals . . . . . Die Erschütterung des Kredites setzt der Warenspekulation ein Ende, bald zeigt es sich, daß der inländische Markt überführt [2]) ist, die Preise fallen,

[1]) A. a. O. Seite 353, 18. Kapitel: „Die Kreditverhältnisse im Ablauf der Konjunktur“. 19. Kapitel: „Geldkapital und produktives Kapital während der Depression“.

[2]) Ist ein Druckfehler; soll wohl heißen: „überfüttert“.

die Handelskrise setzt ein, der Import stockt . . . . .“ Am Beginn der Krise, in den ersten Monaten, in denen die Absatzstockung um sich greift, herrscht normalerweise besondere Geldknappheit, die durch die rasche Einstellung der normalen Wirtschaftstätigkeit überwunden wird und einer ziemlichen Ruhe auf dem Geldmarkt Platz macht, die freilich mehr der Ruhe eines Kirchhofs gleicht.

Auch in der gegenwärtigen Krise steigt der Zinsfuß während der Konjunktur der ersten Nachkriegsjahre, er steigt besonders unmittelbar vor der Krise zur Zeit der bewußten Politik der Krediteinschränkung. Der Zinsfuß fällt aber sofort beim Einsetzen der Krise, während sonst, wenn die Krise in der Sphäre des Geldwesens beginnt, der Wirrwarr auf dem Geldmarkt seinen Höhepunkt in den ersten Krisenmonaten erreicht. *Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1921 beginnt geradezu mit einer außerordentlichen Geldflüssigkeit.* Man hat es eben mit einer Krise zu tun, die verursacht ist durch die ganz eigenartige und für den speziellen Fall charakteristische Erscheinung, daß die Preissenkungen und die Warenkrise nicht ausgelöst sind durch eine vorhergehende Börsen- und Geldkrise, sondern durch die Geldvermehrung, bzw. durch die Bestrebungen, die Menge der Umlaufmittel radikal einzuschränken. Es ist für die Erkenntnis des Wesens der gegenwärtigen Krise wesentlich, daß sie in ihrem Beginn trotz vereinzelter Bankenfallissements (Banque de Chine in Paris, Banca di Sconto in Rom) keine Geld- und Börsenkrise ist[1]).

Ganz anders vollzieht sich die Entwicklung in den Inflationsländern, vor allem in Mittel- und Osteuropa. Die

[1]) Vgl. *Hilferding*, „Finanzkapital“: „Die Geldkrise erscheint nicht als absolute Notwendigkeit der Krise und kann fehlen.“ — Wir haben gerade in den letzten Wochen in *Deutschland* und *Oesterreich* im Anschluß an die mißglückte Frankenspekulation eine außerordentliche *Börsen-, Banken- und Geldkrise* zu verzeichnen, die in einem sehr losen Zusammenhang mit der Absatzkrise steht. Oesterreich leidet seit der Stabilisierung, das ist also seit 1½ Jahren, an einer

rasende Banknotenvermehrung bedingt wohl überall eine rasche Preissteigerung, in Gold gerechnet ergeben sich aber sehr bald starke Preisdifferenzen zwischen Inflations- und Deflationsländern. Während der Deflation sinken wohl die Preise, aber verhältnismäßig langsamer als es der Verminderung des Banknotenumlaufs und der äußeren Geldwertsteigerung entspricht. In den Inflationsländern bleiben die Warenpreise, trotz Steigerung der Nominalpreise, hinter den früheren Preisen — in Gold gerechnet — zurück, weil vor allem den Löhnen und Gehältern die Tendenz innewohnt, auf dem alten Niveau zu verbleiben und sie sich infolgedessen nur langsam dem gesunkenen Geldwert anpassen, was nichts anderes bedeutet, als höhere Ausbeutungsrate und Verschlechterung der Lebenshaltung, während im Gegensatz dazu trotz Lohndruck in den Deflationsländern die Arbeiter nach der Geldwertsteigerung einen höheren Lebensstandard haben als vor dem Krieg. Wirkt die höhere Ausbeutung in den Inflationsländern preissenkend (in wertbeständiger Valuta gerechnet), so wirkt sich die Geldwertsteigerung trotz einer gewissen Verbilligung im allgemeinen in einer geringeren Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Inflationsländern aus. Daher die Durchbrechung der Disproportionalität der weltwirtschaftlichen Preisverhältnisse!

Ist die Differenzierung der Preise in den verschiedenen Ländern selbst eine Krisenursache, so ist die notwendige und beim Wesen des Kapitalismus selbstverständliche Tendenz zur Nivellierung der weltwirtschaftlichen Preise wieder eine Ursache weiterer Krisen, bzw. des Uebergreifens der Krise auf bisher von ihr verschonte Länder. Solange die Inflation in

mehr oder weniger scharfen Absatzstockung; Deutschland hat seit der Stabilisierung der Mark eine schwere Absatzkrise zu verzeichnen — und plötzlich bricht nun auch eine außerordentliche Geldkrise aus, die zum Teil auf die Sumpfblüten der Inflation, die neu entstandenen Banken, zum Teil auf die große Börsenhausse infolge der „Aufwertung" und auf die übergroße Geldknappheit infolge der Stabilisierung zurückzuführen ist.

mäßigen Grenzen bleibt, können die Inflationsländer die Deflationswirtschaften niederkonkurrieren. In dem Augenblick aber, wo eine Stabilisierung eintritt oder aber beim Fortschreiten der Inflation ins Ungemessene und der dadurch bedingten vollständigen Desorganisation der Wirtschaft und der wachsenden Erhöhung der Unkosten der Gesamtwirtschaft, stellt sich die Konkurrenzunfähigkeit gegenüber den Deflationsländern heraus, die ihrerseits inzwischen eine starke Senkung ihrer Produktionskosten vorgenommen haben. So wandert die Krise infolge der Geldverhältnisse und der dadurch bedingten Veränderung in den Preisen; so wird Oesterreich unmittelbar nach der Stabilisierung der Krone infolge der Völkerbundsanierung von einer schweren Absatzkrise im Herbst 1922 heimgesucht, so leidet Deutschland seit der Einführung der Rentenmark an einer schweren Warenkrise. Man würde aber irren, wollte man die Krisen als Sondererscheinungen betrachten, die von der großen Weltwirtschaftskrise losgelöst sind und für die die allgemeinen Ursachen der Weltwirtschaftskrise nicht gelten. Im Gegenteil, es handelt sich nur um Teilerscheinungen jener großen allgemeinen Krankheit der gesamten Weltwirtschaft. *Deswegen kann man auch noch nicht von der Beendigung der Absatzkrise reden*, obwohl die Konjunkturverhältnisse in den Vereinigten Staaten, dem Lande, von dem neben Japan die Weltwirtschaftskrise ausgegangen ist, ungleich besser geworden sind.

Die Geldverhältnisse in der Welt, die zwar nicht die Krise hervorrufen, aber sie auslösen, verursachen auch das Wandern der Krise und damit ihre lange Dauer.

V I E R T E R A B S C H N I T T

Die gegenwärtige Krise ist dadurch charakterisiert, daß sie jäh hereinbricht und mit ungeheurer Vehemenz in kaum dreiviertel Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Noch im Juli 1920 hatte der Stahltrust in den Vereinigten Staaten den bis dahin größten unerledigten Auftragsstand, bis Ende des Jahres

1920 sinkt er langsam, um dann in den ersten Monaten des Jahres 1921 rapid abzunehmen. In Japan, wo die Krise noch etwas früher als in den Vereinigten Staaten ausgebrochen ist, sinkt die Ausfuhr vom Januar bis Juni 1921 um 45,87 %, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die englische Stahlknüppelerzeugung, die im Jahre 1920 9 057 000 t, also durchschnittlich monatlich mehr als 700 000 t betragen hatte, sinkt im Januar 1921 auf 493 000 t, im Februar auf 484 000 t und im März auf 359 000 t. Die belgischen Kohlenhaldenbestände steigen von 230 720 t im Januar 1921 auf 1 037 290 im März. So rapid bricht die Krise herein. Die Verhältnisse verschlechtern sich ununterbrochen bis zum Frühherbst 1921, zu welchem Zeitpunkt wohl der Höhepunkt der Krise zu verzeichnen ist.

Der Beginn und die Ausbreitung der Krise vollzieht sich nicht gleichmäßig. Die Umkehrung der Geldverhältnisse in der Welt behütet — wie gerade ausgeführt — einige Länder vor der Krise, zu einer Zeit, da bereits andere Länder erfolgreiche Bemühungen machen, durch Senkung der Produktionskosten und die Auffindung neuer Absatzwege wieder zu den früheren Konjunkturverhältnissen zurückzukehren.

So ist es zu erklären, daß wir — weltwirtschaftlich gesehen — uns seit dem Herbst 1921 im absteigenden Ast der Krise befinden und trotzdem noch nicht von ihrer Beendigung sprechen können. Daß wir es mit einer wandernden, die einzelnen Länder nicht gleichzeitig, sondern nacheinander ergreifenden Krise zu tun haben, gehört zu ihren besonderen Eigenheiten.

•

So sehr die jetzige Krise durch gewisse Besonderheiten gekennzeichnet ist, so sehr es nahe liegen mag, sie nicht als in der Konstruktion der kapitalistischen Gesellschaft begründet, sondern nur als eine durch die politischen und wirtschaftlichen Bestimmungen der Friedensverträge verur-

sachte außerordentliche Katastrophe anzusehen, so sehr zeigt doch die Analyse ihrer Ursachen, wie sie geradezu als ein Schulbeispiel für die marxistische Krisentheorie gelten kann. Alle im marxistischen System dargestellten Krisenursachen kehren bei dieser Krise wieder: die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur ständigen Erweiterung der Produktion, die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, infolge der bei jeder Veränderung der Produktions- und Distributionsverhältnisse die Proportionalität zwischen Produktion und Konsum aufgehoben werden muß, der Konstruktionsfehler der kapitalistischen Wirtschaft, die allen Gütern den Warencharakter aufzwingt und auch das Geld zu einer im Wert veränderlichen Ware mit Eigenleben macht. Alle diese Krisenursachen wirken geradezu harmonisch in dieser Krise zusammen, um ein Krisenbild zu ergeben, das ein Exempel für die marxistische Theorie darstellt. Und darin zeigt sich wieder die Universalität der Marxschen Krisentheorie, die an keiner Stelle des großen Werkes ex professo dargestellt wird und die sich trotzdem durch alle Teile wie ein roter Faden hindurchzieht, weil zu jedem großen Abschnitt des „Kapitals" für den Fall der Krankheit der Wirtschaft die dazugehörige Krisenerscheinung gehört. Mit Recht sagt *Bauer* in einem Versuch, die Marxsche Krisentheorie in etwas simplifizierter Weise darzustellen: „Man nehme die Geschichte der Krisentheorien in die Hand und mustere die verschiedenen Krisenfaktoren der Oekonomen: Ueberproduktion, Akkumulation, Disproportionalität, zeitliches Auseinanderfallen von Totlegung und Anlegung, Unterkonsumtion verschiedener Spielarten! Im Marxschen System erscheinen sie fast alle in neuer Beleuchtung wieder, aber sie erscheinen wieder als die aufeinanderfolgenden Glieder einer logischen Kette" [1]). Dem praktischen Beweis, daß die restlose Erklärung der Krise nur erfolgen kann auf Grund der Erkenntnis

[1]) Vgl. *Otto Bauer:* „Marx' Theorie der Wirtschaftskrise", „Neue Zeit", Band 23/1, Seite 169.

der ökonomischen Grundlage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, und dem weiteren Beweis, daß man dieser Fülle von Problemen nur an den Leib rücken kann durch das System der Marxschen Oekonomie, ist diese Untersuchung gewidmet, die vor allem an der Aetiologie, an der Analyse der Krisenursachen festzustellen versucht, wie das „veraltete" marxistische System der politischen Oekonomie die Erklärung der „modernsten Tatsachen" ermöglicht, wie die Erkenntnis der noch ungeordneten und wirren Tatsachen der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit an der Hand dieses Systems möglich ist.

Indem aber die Marxsche Theorie nicht nur lebt in der Ideologie und der politischen Theorie der Arbeiterbewegung, sondern indem sie sich von Tag zu Tag neu bewahrheitet in den ökonomischen Erscheinungen der Weltwirtschaft und der Entwicklung des Kapitalismus, gibt sie gerade dadurch den stärksten und schlagendsten Beweis für ihre Jugendkraft und Unverbrauchtheit. Diese ihre unversiegbare Kraft ist die beste Gewähr dafür, daß auch dort, wo sie noch nicht oder nicht genügend lebendig ist, wo insbesondere ihr revolutionärer und dem Kapitalismus grundsätzlich feindlicher Inhalt sich in der praktischen Politik der Arbeiterschaft noch nicht voll auswirkt, daß auch überall dort der Marxismus sich voll und ganz durchsetzen wird durch die eherne Logik der wirtschaftlichen Tatsachen und der geschichtlichen Entwicklung, die sich nach den von ihm erkannten Grundgesetzen vollziehen.

Einige Bemerkungen über den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise

Von *Benedikt Kautsky*

Ein Begriff im Marxschen Kapital, der sehr wenig beachtet wird, obwohl er zu den bedeutsamsten gehört, ist der der *Konkurrenz*. Marx faßt diesen Begriff keineswegs so eng wie die bürgerliche Oekonomie; für ihn ist die Konkurrenz der Mechanismus, der die Umsetzung der Grundgesetze des Kapitalismus in die Wirklichkeit besorgt.

Für einige Teilprobleme hat Marx diese Rolle der Konkurrenz ausführlicher dargestellt, namentlich bei der Verwandlung der Werte in Produktionspreise und der Mehrwertrate in die Profitrate[1]), sowie bei der Schilderung der technischen Entwicklung[2]). Marx hatte die Absicht, der Schilderung dieses Mechanismus einen eigenen Abschnitt zu widmen, der die notwendige Ergänzung seiner abstrakten Ausführungen hätte bilden sollen[3]).

Dieser Abschnitt fehlt, und wir sind infolgedessen auf Andeutungen und einzelne Absätze angewiesen, die diese empfindliche Lücke nicht zu füllen vermögen.

Die Folge dieses Mangels ist die Tatsache, daß vielen Lesern des „Kapital" die Beziehungen der theoretischen Erörterungen zur Wirklichkeit nicht klar werden, sondern daß sie entweder als „Gläubige" alles Theoretische lediglich als ein vereinfachtes Bild der Praxis ansehen oder daß sie den Wert der Theorie einfach leugnen, weil sie die Praxis nicht

[1]) Kapital, Bd. III, Kap. 9 und 10.

[2]) Kapital, Bd. I, Kap. 22, Volksausg. S. 528.

[3]) S. z. B. Bd. III, Abt. I, S. 176 (3 Aufl. 1921): „Weitere Ausführungen .... gehören in die Spezialuntersuchung der Konkurrenz".

„erklären" könne. Daß zwischen Theorie und Praxis eine Reihe von Mittelgliedern steht, deren Aufdeckung und Betrachtung notwendig ist, wird meist übersehen. Man tut entweder der Praxis Gewalt an, indem man ein der Theorie angepaßtes schematisches Bild von ihr entwirft und die Abweichungen als Unregelmäßigkeiten oder Abnormitäten abtut, oder man läßt die Abweichungen gelten und kommt zu einem völligen theoretischen Fatalismus.

Gewisse Probleme hat Marx selbst behandelt, und so sind die Zusammenhänge zwischen dem Streben des Kapitalismus nach Vergrößerung des absoluten und relativen Mehrwerts und den verschiedenen Formen der Ausbeutung sowie diejenigen zwischen Akkumulation, Kapitalskonzentration, technischer Entwicklung und Arbeitsmarkt heute dem denkenden Teil der Arbeiterschaft schon in Fleisch und Blut übergegangen. Diese Abschnitte des „Kapital" bilden daher immer noch den lebendigsten Teil des Marxschen Erbes, und von ihnen gehen auch die meisten Versuche aus, das Marxsche Werk fortzusetzen. Allerdings ist es *Hilferding* in seinem „Finanzkapital" gelungen, von der Akkumulationstheorie ausgehend, unter Zusammenschweißung der betreffenden Kapitel des II. und III. Bandes ein geschlossenes Ganzes zu bilden, aber als fruchtbar für die Weiterbildung der Theorie erwiesen sich seine Gedankengänge doch eigentlich nur dort, wo sie an den I. Band anknüpften, während seine glänzenden, auf dem Reproduktionsschema des II. Bandes fußenden Ausführungen über die Krisentheorien oder die sich an den III. Band anschließenden Erörterungen über die Hemmnisse der Ausgleichung der Profitrate durch das Finanzkapital in der sozialistischen Literatur nicht verarbeitet wurden. Ein zweites größeres Werk „Die Akkumulation des Kapitals" von *Rosa Luxemburg* kann fast noch besser als Beweis für unsere Anschauung dienen; denn abgesehen davon, daß seine mechanistische Auffassung geradezu ein Musterbeispiel für die Vernachlässigung der Mittelglieder zwischen der Abstraktion und

den konkreten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens bildet, ist es trotz der ungeheuren Propaganda der Kommunisten für das sozialistische Denken nahezu bedeutungslos geblieben.

Merkwürdigerweise ist von dieser Weiterentwicklung Marxscher Gedankengänge die Grundtheorie des ganzen Systems unberührt geblieben. Die *Werttheorie* hat eine Untersuchung kaum erfahren, obgleich ihre Probleme einer Behandlung auch heute noch würdig wären. Ganz abgesehen von den Fragen der qualifizierten Arbeit ist es die Durchsetzung des Wertgesetzes selbst, die noch unverdient wenig Beachtung gefunden hat, obgleich hier Marx und Engels selbst die Richtlinien gewiesen haben. So sagt Marx ausdrücklich, daß es „durchaus sachgemäß ist, die Werte der Waren nicht nur theoretisch, sondern historisch als das prius der Produktionspreise zn betrachten" [1]). Von diesem Satz ausgehend legt Engels[2]) in seiner Antwort auf Werner *Sombarts* Artikel „Zur Kritik des ökonomischen Systems von Karl Marx[3]) den Werdegang der gleichmäßigen Profitrate und die Umwandlung der Werte in Produktionspreise dar, die sich gleichzeitig mit der Umwandlung der handwerksmäßigen zur kapitalistischen Tauschwirtschaft vollzog.

Auch diese Gedankengänge blieben unausgeführt. So finden wir sie in *Karl Kautskys* „Karl Marx' ökonomische Lehren" kaum angedeutet; allerdings erschien dieses Werk vor der Herausgabe des II. und III. Bandes des „Kapital". Die rein abstrakte Ableitung des Wertgesetzes im I. Band des „Kapital" läßt aber ungeschulten Lesern seinen gedanklichen Inhalt nicht völlig klar werden, und die Form algebraischer oder sonstiger Gleichungen ruft vielfach die Meinung hervor, es handle sich um ein mathematisches Gesetz, so ähnlich wie das, daß $2 \times 2 = 4$ ist. Jede Modifikation des Gesetzes muß

[1]) Kapital, Bd. III, S. 156.

[2]) Ergänzung und Nachtrag zum dritten Buch des „Kapital", Neue Zeit, XIV. Jahrg., Bd. I, S. 4 und 37.

[3]) Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. VII, S. 555.

dann natürlich als seine Verletzung erscheinen, und deshalb wird in den meisten Fällen der Uebergang vom I. zum III. Band als Gedankensprung empfunden.

Wenn man jedoch die Ableitung des Wertgesetzes nicht auf rein theoretischem Wege, sondern von den Tatsachen des Marktes ausgehend, vorzunehmen sucht[1]), hat man viel eher Gelegenheit, schon beim Ausgangspunkte auf die Eigentümlichkeiten des Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise hinzuweisen, während sonst gerade der Anfang rein mathematisch-schematisch aufgezäumt wird.

Die bisher geübte Methode der Einführung in die Marxsche Theorie ist kein Zufall. Die Vorkriegszeit kannte außer der Tatsache der Ausbeutung, der der gewerkschaftliche Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit entsprach, noch die Probleme der Akkumulation und der Krisen, die den politischen Kampf gegen Kartelle und Hochschutzzölle, gegen Militarismus und Kriegsgefahr, gegen Finanzkapital und Kolonialpolitik beherrschten.

Das innere Getriebe des Kapitalismus interessierte viel weniger, solange es bis auf die periodischen Krisen reibungslos ablief. So war es kein Wunder, daß man nach Schluß des Krieges auch in theoretisch durchgebildeten Schichten der Partei vielfach den Glauben fand, das wirtschaftliche Ende des Kapitalismus sei gekommen und es müsse sich automatisch der Sozialismus als rein ökonomische Notwendigkeit durchsetzen.

Dieser Glaube führte vielfach zu den gewagtesten Konstruktionen der sofortigen „Vollsozialisierung", die alle wirtschaftlichen Tatsachen souverän verachteten. Am groteskesten ist wohl immer noch *Lenins* Anschauung, die Arbeiterschaft könne sofort die Leitung der gesamten Wirtschaft übernehmen, denn zur Führung eines Industriebetriebes gehörten ja nur „Rechnungslegung und Kontrolle", die jeder Arbeiter

[1]) Ich habe einen derartigen Versuch in meiner Broschüre „Wirtschaftsprobleme der Gegenwart" unternommen.

leicht erlernen würde, wenn er nur Lesen und Schreiben könne[1]).

So gut hatten diese „wahren Marxisten" ihren Marx gelesen, daß sie nur die Antagonismen, die inneren Widersprüche des Kapitalismus kannten, die er in so prägnanter Weise herausgearbeitet hatte, daß sie aber völlig die ungezählten Stellen übersahen, an denen er die Kräfte schilderte, die trotz dieser Antagonismen das Weiterexistieren der kapitalistischen Gesellschaft ermöglichen. Schon eine einfache Ueberlegung hätte doch zeigen müssen, daß diese Kräfte gerade wegen der Antagonismen ungeheuer stark sein müssen; denn eine planmäßige Wirtschaft mit geringeren Reibungen wird natürlich auch Korrekturen mit einem geringeren Kräfteaufwand vornehmen können.

Sie scheinen mit der Möglichkeit einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht gerechnet zu haben, obwohl die Krisen keineswegs nur in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich sind. Disproportionalitäten zwischen verschiedenen Produktionszweigen sind jedoch auch in einer sozialistischen Gesellschaft denkbar, namentlich wenn sie ohne Reserven wirtschaften soll, mit deren Hilfe sie vorhandene Mängel ausgleichen könnte. Die kapitalistische Wirtschaft reagiert auf den relativen Mangel oder Ueberfluß an einer Ware sehr rasch durch Preisbewegungen. Herrscht z. B. Mangel an Eisen, so wird der Eisenpreis steigen; dadurch werden Vorräte herausgelockt und die Produktion angereizt, weil höhere Preise höhere Profite bedeuten, die vermehrten Absatz rentabel erscheinen lassen.

Es besteht die Tendenz in der kapitalistischen Wirtschaft, diese günstige Konjunktur restlos auszunützen; aus der relativen Unterproduktion kann die relative Ueberproduktion werden, die die Krise hervorruft. Relativ sind beide Begriffe deshalb, weil sie keine absoluten Größen darstellen — es ist nicht möglich zu sagen, daß absolut zu viel Getreide

[1]) „Staat und Revolution" passim.

oder Eisen vorhanden ist, da eine konsumtive oder produktive Verwendung jeder Warenmenge theoretisch denkbar ist —, sondern weil sie sich auf den Konsum, und zwar den zahlungsfähigen Konsum beziehen.

Die Bedeutung der Preisbildung rückt damit in ein neues Licht. Die Preise sind nicht bloß, wie man häufig sagt, ein Barometer des Wirtschaftslebens, sondern sie sind zugleich Regulatoren; jede Preissteigerung führt automatisch zum Konsumrückgang, jede Senkung zur Konsumvermehrung. Dadurch ruft sie eine Gegentendenz gegen die sie bewirkende Tendenz hervor. Die Verschiebung zwischen Nachfrage und Angebot hat eine Veränderung der Preisgestaltung zur Folge; diese aber trachtet, das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen.

Der Mechanismus funktioniert aber nur dann klaglos, wenn die Störungsmomente die ausgleichenden nicht an Stärke übertreffen. Ist das der Fall, so bleibt nur die Krise als Ausweg. Auch hier wird häufig über der äußeren Erscheinung die Rolle der Krise als Faktor bei der Herstellung des Gleichgewichts übersehen. Während zur Ausgleichung geringerer barometrischer Schwankungen gewöhnliche Windströmungen genügen, führt eine übermäßige Spannung in den Druckverhältnissen zu Stürmen oder Gewittern. Was würde man zu dem Meteorologen sagen, der im Gewitter nur die elementare Naturerscheinung oder die zerstörende Gewalt, nicht aber den Ausgleichsfaktor zwischen zwei Luftdruckgebieten sieht!

Die Krise vollzieht in großem Stile dasselbe, was jede Preisschwankung im Kleinen bewirkt. Nur wachsen die Wertverluste, die sich bei gewöhnlichen Preisverhältnissen in engen Grenzen halten und sich meist dadurch ausgleichen, daß der Käufer gewinnt, was der Verkäufer verliert, und umgekehrt, ins Ungemessene. Gerade die Wertverluste aber, die durch Preisfall, durch Stillegung von Fabriken, Verderben unverkäuflicher Vorräte usw. entstehen, bewirken die

Ausbalanzierung der gestörten Gleichgewichtsverhältnisse in der Produktion. Die Kommunisten haben die engen Zusammenhänge der einzelnen Produktionszweige am eigenen Leib zu spüren bekommen; sie haben gelernt, daß man ebensowenig ohne Maschinen Kohle fördern, wie ohne Kohle Maschinen produzieren kann, und sie haben mit nicht geringerer Brutalität als irgendeine kapitalistische Krise deren Werk in Eigenregie vollbringen müssen, indem sie durch Stilllegungen und Einschränkungen der Produktion die Gleichgewichtsverhältnisse herzustellen suchten. Während sie sich mit den Renegaten und Sozialverrätern über den wahren Begriff des Marxismus stritten, ob z. B. der Begriff der Diktatur nach den Schriften Marx' aus dem Jahre 1848 oder aus dem Jahre 1871 der alleinseligmachende sei, wuchs unter ihren eigenen Händen ein großartiger experimenteller Beweis für die Richtigkeit und Wichtigkeit des II. Bandes des „Kapital" empor, und es zeugt nur von ihrer grandiosen ökonomischen Unwissenheit, daß er theoretisch wie praktisch für sie völlig bedeutungslos blieb.

Aber ebenso wie dieses Problem der ökonomischen Mechanik ungelöst und unbeachtet blieb, haben eine ganze Reihe wichtiger Fragen keine Erörterung gefunden. Insbesondere die aktuellen Fragen des internationalen Handels- und Geldverkehrs werden sowohl in der Tagespresse, wie auch in der leider sehr spärlich gewordenen theoretischen Literatur viel zu wenig gewürdigt. Dabei liegen gerade auf diesem Gebiet die interessantesten Probleme der kapitalistischen Automatik. Hierher gehört vor allem die Ausgleichung von Valutaschwankungen durch Verschiebungen der Handelsbilanz und durch Veränderungen im Zinsfuß.

Es ist bekannt, daß auch bei Goldwährung und bei freier Goldein- und -ausfuhr Schwankungen des Wechselkurses vorkommen können. Tritt infolge irgendwelcher Veränderungen in der Zahlungsbilanz — sei es, daß ein Mißraten der Ernte größere Getreideeinfuhren notwendig macht als in normalen

Jahren, daß Streiks, Katastrophen usw. zu vermehrtem Import an anderen Artikeln, z. B. Kohlen oder Eisen, zwingen, oder daß sich schließlich Verschiebungen in den internationalen Kapitalbeziehungen herausbilden —, eine vermehrte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ein, während eine verringerte Ausfuhr oder verringerte Einnahmen aus internationalen Finanz-, Handels-, Fracht- oder Versicherungsgeschäften kleinere Mengen an solchen Zahlungsmitteln zur Verfügung stellt, so führt diese Verschiebung in Angebot und Nachfrage ebenso wie auf jedem Warenmarkt auch zu einer Preisveränderung auf dem Devisenmarkt.

Die Veränderungen können jedoch bei herrschender Goldwährung keinen großen Umfang annehmen. Unter normalen Verhältnissen spielt sich nämlich der internationale Zahlungsverkehr ebenso wie der inländische unter Zuhilfenahme des Kredits, besonders des Wechselkredits ab. Man sucht die infolge hoher Transport- und Versicherungsspesen kostspielige Verschickung von Gold zu vermeiden und durch Wechsel zu ersetzen. Die Ausgleichung der gegenseitigen Zahlungen wird durch die Einrichtung von Clearinghäusern erleichtert — eine besondere Rolle im internationalen Zahlungsverkehr spielt das Londoner Clearinghaus, dessen Mitglieder die großen Banken sind —, so daß schließlich nur die Saldi durch Goldversendungen zu begleichen sind.

Tritt nun eine Verteuerung der fremden Zahlungsmittel ein, so kann dadurch die Versendung von Gold rentabler werden als der Kauf von fremden Devisen. Nehmen wir z. B. an, daß auf die Versendung von 100 Mark in Gold 3 % Spesen für Fracht und Versicherung fallen, so wird eine vierprozentige Verteuerung der fremden Devisen genügen, um die Verschickung von Gold billiger erscheinen zu lassen als den Kauf ausländischer Zahlungsmittel.

Freilich liegt die Auswahl zwischen Goldversendung und Kauf fremder Zahlungsmittel nicht ganz im freien Belieben des Zahlungspflichtigen. In den seltensten Fällen wird er

über einen solchen Goldschatz verfügen, daß ihm die Begleichung seiner Schuld auf diesem Wege möglich wäre. Allerdings kommt der Zahlungspflichtige nicht allein für die Beschaffung von Gold in Betracht. Meist wickelt er seine Geschäfte mit Hilfe einer Bank ab, die ihm auch die fremden Zahlungsmittel beschafft. Steigen nun die ausländischen Wechselkurse, so wird die Bank an Stelle von Devisen Gold aus ihren Vorräten zur Versendung bringen. Doch auch die Goldvorräte der Privatbanken sind in normalen Zeiten auf ein Minimum beschränkt, da sie eine zinslose Kapitalsanlage darstellen, die natürlich nach Möglichkeit vermieden wird. So bleibt als größte Goldreserve eines Landes der Schatz der Zentralnotenbank übrig, der in der Verwendung für internationale Zahlungen und nicht als „Deckung" der Banknoten seine eigentliche Bedeutung hat.

Herrscht in einem Land wirkliche Goldwährung, so bedeutet das, daß die Notenbank verpflichtet ist, ihre Banknoten gegen Gold einzulösen, und daß der Ausfuhr von Gold keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Es besteht also jederzeit die Möglichkeit, sich gegen Abgabe von Banknoten Gold einzutauschen. Daß diese Möglichkeit auch praktisch wirksam werden kann, beweisen z. B. die Ausweise der Oesterreichischen Nationalbank aus den Monaten April und Mai 1924, die ein gleichzeitiges stetiges Zurückgehen des Notenumlaufs und des Devisenbestandes, der die Stelle des Goldes vertritt, zeigen; unzweifelhaft werden die zur Deckung der Frankverpflichtungen notwendigen fremden Zahlungsmittel auf dem Wege des Umtausches von Banknoten gegen Devisen beschafft.

Aber diese Methode ist nur dann anwendbar, wenn der wirtschaftliche Zustand im Inland eine solche Kontraktion des Notenumlaufs gestattet; das war in Oesterreich auch tatsächlich der Fall, da infolge der Krise die Ansprüche an die Notenzirkulation geringer geworden sind. Wenn aber die Konjunktur eine solche Schrumpfung des zur Abwicklung

des Geschäftsverkehrs notwendigen inländischen Zahlungsmittelvorrats nicht zuläßt, muß ein anderer Weg eingeschlagen werden, der ohnehin in den üblichen Gebräuchen des Geschäftsverkehrs vorgezeichnet ist. Meist baut sich nämlich auf dem Kreditgeschäft mit dem Ausland ein zweites inländisches auf, indem der Importeur, der von seinen Kunden auch nicht bar, sondern in Wechseln bezahlt wird, diesen Wechsel an Zahlungsstatt für die von ihm erworbene Devise an die mit ihm in Geschäftsverbindung stehende Bank weitergibt. Die Bank hat nun die Möglichkeit, diesen Wechsel bei der Zentralnotenbank diskontieren zu lassen, d. h. die Notenbank kauft den Wechsel vor Verfallszeit nach Abzug eines bestimmten Zinssatzes, des sogenannten Diskontsatzes, und kassiert sich den Betrag bei dem ersten Kreditnehmer, in diesem Falle beim Kunden des Importeurs, zum Verfallstermin ein; ist dieser zahlungsunfähig, so haftet jedes weitere Glied in der Kette, also in unserem Beispiel der Importeur und schließlich auch seine Bank, für die richtige Einlösung.

Wenn sich nun die den Zahlungsverkehr des Importeurs abwickelnde Bank Gold durch Diskontierung ihrer Wechsel beschaffen will — und es ist in diesem Fall gleichgültig, ob sie von der Notenbank direkt Gold oder gegen Gold einzutauschende Noten erhält —, so muß sie den Diskontsatz als Kostenvermehrung der Abwicklung des Auslandsgeschäfts in Rechnung stellen.

Dauert die ungünstige Zahlungsbilanz an, so wird der Goldabfluß natürlich stärker werden, bis die Notenbank ihn im Interesse der Währungsstabilität zu hemmen sucht. Sie muß stets über so viel Gold verfügen, daß sie allen Ansprüchen auf Einlösung ihrer Noten im Innern und auf Stabilisierung der Währung nach außen anstandslos gerecht werden kann. Sinkt ihr Goldvorrat allzu stark, so wird sie die Diskontierung von Wechseln dadurch zu erschweren suchen, daß sie ihren Diskontsatz erhöht und so die Kredit-

kosten vermehrt, wie sie es Anfang Juni 1924 in Oesterreich wirklich tat.

Diese Maßnahme verteuert den Import, da der Importeur seiner Bank die Mehrkosten vergüten muß. Es werden ihm also Geschäfte, die ihm bei niedrigerem Diskontsatz noch rentabel erschienen, keinen Gewinn mehr abwerfen, er wird weniger Waren aus dem Ausland einführen. Dadurch wird die Zahlungsbilanz entlastet.

Aber damit nicht genug: Die Kreditdrosselung übt auch im Inland eine preisdrückende Wirkung aus, weil viele Geschäfte, die auf billigem Kredit aufgebaut waren, beim Anziehen der Kreditschraube nicht durchgehalten werden können, so daß die Warenbesitzer zur Abstoßung ihrer Vorräte gezwungen sind. Die Kreditanspannung wirkt wie eine leichte Krise, wie übrigens auch der Höhepunkt der Krise, der den Preissturz einleitende „Krach", mit einer Kreditklemme und exorbitant hohem Zinsfuß verbunden ist. Die Senkung des inländischen Preisniveaus wirkt exportfördernd, so daß diese automatische Regelung bei kleineren Schwankungen hinreicht, die Zahlungsbilanz auszugleichen und den Valutenmarkt zu stabilisieren.

Wenn aber die Ursachen der Passivität der Zahlungsbilanz zu tief liegen, als daß sie mit diesen verhältnismäßig schwachen Mitteln in Ordnung gebracht werden könnte, führt die Steigerung des Diskontsatzes und der Goldexport zu tiefergreifenden Folgen. Der Diskontsatz ist nämlich in normalen Zeiten der Regulator des gesamten Geldmarktes; seine Erhöhung führt zu einer Steigerung auch des privaten Zinsfußes. Dagegen wirkt der Goldexport in den Ländern, in die er stattfindet, zinsdrückend, da er dort eine Vermehrung des Anlage suchenden Kapitals bedeutet. Es entsteht also eine Spannung der Zinsfußverhältnisse zwischen den Gold exportierenden und den das Gold empfangenden Ländern, die zum Ausgleich drängt. Das Kapital sucht immer dort Anlage zu finden, wo es sich am höchsten verzinst.

Es strömt daher stets vom Punkt des niedrigsten Zinsfußes zum höchsten, wobei selbstverständlich nicht nur die bloße Ziffer, sondern auch Risiko, Steuerverhältnisse usw. eine beträchtliche Rolle spielen. Wenn man aber diese Verhältnisse in unserer Betrachtung als gleich annimmt, so muß schließlich ein starker Kapitalimport in das Land mit passiver Zahlungsbilanz eintreten. Es kann unter Umständen sogar dasselbe Gold sein, das zur Deckung des Passivums exportiert wurde und nun als fremdes Kapital wieder heimkehrt. Dieser Kapitalimport führt aber nicht nur zu einer momentanen Deckung des Passivums, sondern vor allem zu einer Produktionssteigerung, die die Stabilität der Währung auf die Dauer gewährleistet.

In der bürgerlichen Literatur wird diese Verschiebung in den Preisen und Zinsfußverhältnissen meist durch die sogenannte Quantitätstheorie erklärt, die aussagt, das Wertverhältnis zwischen Gold und Waren werde lediglich durch Mengenverhältnisse bestimmt, wobei fast immer nur die Goldmenge als bestimmendes Moment angesehen wird und Veränderungen in der Warenmasse und in den Werten von Gold und Ware als nebensächlich behandelt werden. Nun sind aber die Veränderungen in der Goldmenge offenbar sekundärer Natur, die erst durch andere Verhältnisse hervorgerufen werden und deshalb das Preisniveau nicht primär beeinflussen können. Vor allem aber ist mit den Veränderungen in der Goldmenge nicht notwendig auch eine solche in der der umlaufenden Zahlungsmittel verknüpft; in den meisten Fällen wird ja gerade das aus der Zirkulation gezogene Gold durch Banknoten ersetzt, vielfach wird sogar stilliegendes Gold aus den Kellern der Bank geholt, während der Notenumlauf wächst. Nun müßte aber offenbar nicht das Gold, sondern der Gesamtumlauf als maßgebende Quantität erscheinen, dessen Größe nicht bloß durch äußere, sondern durch vielfache innere Beziehungen bedingt ist.

Dazu kommt, daß die meisten Quantitätstheoretiker auch

die Höhe des Zinsfußes durch die Geldmenge erklären wollen, als ob der Zins der „Preis" des Geldes sei. Hier sind die Zusammenhänge nur sehr lose, und ein Gesetz, daß bei großer Zirkulationsmenge der Zinsfuß niedrig und bei geringer hoch sein müßte, ist offensichtlich weder theoretisch noch praktisch zu beweisen.

Der Zinsfuß richtet sich vielmehr lediglich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Geld*kapital;* mit der Frage des Geld*umlaufs* hat dieses Verhältnis sehr wenig zu tun, da Geldkapital sich in modernen Zeiten nur selten in der Form von Umlaufsmitteln — Gold oder Banknoten —, sondern meist in der Form von Werttiteln, Wechseln, Aktien, Staatsschuldverschreibungen, Hypothekenpfandbriefen usw. darstellt. Im übrigen ist es jetzt bald 250 Jahre her, daß ein bürgerlicher Oekonom — Sir Dudley *North* — das Nichtbestehen eines Zusammenhanges zwischen Geldmenge und Zinsfußhöhe nachwies [1]).

Die Vorgänge sind vielmehr ein geradezu klassischer Beweis für die Marxsche Geldtheorie, die besagt, daß der Kapitalismus das Gold als letzten Regulator seines ganzen Preis- und damit auch des ganzen Produktions- und Zirkulationssystems nicht entbehren könne und daß gerade in Zeiten von Schwankungen und Krisen die Goldbasis des Kreditsystems am deutlichsten zutage trete. Der Wert des Goldes wird aber ebenso wie der der Waren durch die in ihm verkörperte Arbeit bestimmt. Der Mechanismus der Goldexporte kann nur deshalb ungehindert funktionieren, weil der Wert des Goldes auf der ganzen Welt praktisch der gleiche ist. Würden nicht nur die Preise, sondern auch der Goldwert von Land zu Land schwanken, so wäre es unfähig, als Ausgleichsfaktor zu fungieren.

Die automatische Regulierung der Wechselkurse ist aber selbst dann möglich, wenn die Goldwährung beseitigt und an ihre Stelle eine reine uneinlösbare Papierwährung ge-

[1]) S. a. Marx, „Theorien über den Mehrwert", Bd. I, S. 13 ff.

treten ist. Der Inflation folgt in den ersten Zeiten stets ein Fall der Preise — in Gold gerechnet —, da die Teuerung stets hinter dem Fall des Geldwertes, an stabilen Währungen gemessen, zurückbleibt. Dies führt zu einer noch stärkeren Ausprägung der auf die Herstellung der Währungsstabilität gerichteten Tendenz als die Diskontpolitik in Zeiten der Goldwährung, weil das niedrige Inlandspreisniveau zugleich als kräftige Exportprämie und Importhemmung wirkt. Wenn daher die Inflation nicht durch andauernde staatliche Mißwirtschaft, die aus der Papiergeldausgabe eine indirekte Steuer macht, ins Ungemessene weitergetrieben wird, muß die Währungsstabilisierung von selbst erfolgen.

Diesen wenigen Beispielen von der automatischen Ausbalanzierung des kapitalistischen Systems könnte man noch eine Fülle von anderen beifügen, die hier zu weit führen würden. Bemerkenswert ist nur, daß die Beschäftigung mit allen diesen Problemen in Kontinentaleuropa nahezu aufgehört hat — in einer Zeit, wo ihre praktische Lösung das dringendste Bedürfnis der Wirtschaft wäre. Lediglich in England und den Vereinigten Staaten werden die Fragen auch theoretisch diskutiert, ohne allerdings gerade in Amerika praktische Resultate zu zeitigen.

Denn dessen Wirtschaftspolitik ist ebenso kurzsichtig wie die der meisten europäischen Staaten. Man glaubt, durch unsinnige Schutzzölle, Einwanderungsverbote und andere Absperrungsmaßnahmen die Konjunktur von der europäischen Krise zu isolieren — mit dem Erfolg, daß gewaltige Kapitalien in Form von Gold — weit mehr als 4 Milliarden Dollar — brachgelegt werden und daß der amerikanische Export empfindlich leidet.

Interessant ist übrigens die Tatsache, daß die nivellierende Kraft des Kapitalismus auch diese Fesseln sprengt; während die amerikanische Volksvertretung die Einwanderungsgesetze verschärft und die Japaner gänzlich ausschließt, weiß der „Economist“ zu melden, daß eine der größten amerikanischen

Automobilfabriken ihre Fabrikation zum Teil nach England verlegt, weil ihr die amerikanischen Löhne zu hoch sind. Englische Arbeiter als Konkurrenten japanischer „Lohndrücker"!

Aber ebenso wie die amerikanische Einwanderungsgesetzgebung nicht zuletzt auf den Einfluß der Gewerkschaften Gompersschen Kalibers zurückzuführen ist, ist die Arbeiterschaft des europäischen Kontinents vielfach geneigt, jeder Hemmung des freizügigen internationalen Handels und Verkehrs zuzustimmen. Selbst die schutzzöllnerische Richtung, die heute in Zentral- und Osteuropa grassiert, findet Verteidiger unter der Arbeiterschaft.

In einem solchen Zeitpunkt ist es besonders angebracht, sich der Frage der Mechanik des Kapitalismus zuzuwenden. Wird doch häufig dadurch, daß man den Mechanismus am freien Funktionieren hindert, ein Schaden angerichtet, der in erster Linie auf die Arbeiterschaft zurückfällt. Damit soll natürlich keine Rechtfertigung des Manchesterliberalismus und des freien Handels in jeglicher Form ausgesprochen werden, wohl aber eine Warnung, überstürzt alle derartige Maßnahmen gutzuheißen, wenn es nur staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind, und eine Mahnung, die Konsequenzen — auch in internationaler Beziehung — wohl zu überlegen.

Nicht jede Hemmung des kapitalistischen Mechanismus ist eine Maßnahme gegen das kapitalistische System, das wir allein zu bekämpfen haben, sondern manche richten sich bloß gegen einzelne Unternehmer, deren Existenz mit der von Arbeitern und Angestellten verknüpft ist. Durch systemlose Einzelmaßnahmen verschärfen wir häufig die Krise, unter der fast die ganze Welt leidet, und der Versuch, einzelnen Ländern zu helfen, führt nicht nur zur sicheren Schädigung der Arbeiterschaft anderer Länder, sondern meist auch zur eigenen.

Gewiß ist es nötig, Auswüchse zu bekämpfen, gewiß müssen wir auch im Interesse der Wirtschaft selbst die Schranken-

losigkeit spekulativer Versuche einzuschränken suchen, gewiß müssen wir die Ansätze der sozialistischen Wirtschaft, die wir in den gemeinwirtschaftlichen, staatlichen oder kommunalen Unternehmungen besitzen, verteidigen und ausbauen — aber all das muß mit Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten geschehen.

Solange wir nicht imstande sind, das System zu ändern, müssen wir uns den Bedingungen des gegenwärtigen Systems anpassen. Der Versuch der Kommunisten, ohne Rücksicht auf die produktionspolitischen Grundlagen den kapitalistischen automatischen Mechanismus durch einen sozialistischen zu ersetzen, mußte fehlschlagen und zu dem grotesken Ergebnis führen, daß die Grundlage des Systems kapitalistisch blieb — denn das Kriterium des Kapitalismus, die Ausbeutung des Lohnarbeiters, existiert heute in Sowjetrußland ebenso wie vor der Oktoberrevolution, nur die Person des Ausbeuters wechselte —, während der Verteilungsmechanismus „sozialisiert" wurde. Das Resultat ist eine Kette von immer neuen Krisen, deren Beendigung erst nach einer völligen Umgestaltung des kommunistischen Wirtschaftsapparates möglich sein wird.

Die Problemstellung ist hier völlig falsch; auf diese Weise wird der Sozialismus zu einem Zirkulationsproblem gestempelt, während er im Grunde ein Produktionsproblem ist. Darum kann der Kommunismus modernen Ansprüchen ebensowenig genügen wie der Konsumtionskommunismus des Urchristentums, so wenig Zusammenhänge auch sonst zwischen Christentum und Kommunismus bestehen mögen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist es daher, den Mechanismus des Kapitalismus zu studieren, nicht ihn sinnlos zu zerstören. Es wäre töricht, leugnen zu wollen, daß die Reibungen und Wertzerstörungen, unter denen der Kapitalismus arbeitet, enorm sind, und daß sie und ihre Rückwirkungen auf die Lebenshaltung des Proletariats einen der

hauptsächlichsten Angriffspunkte auf das kapitalistische System bilden. Es wäre aber ebenso töricht, diesen automatisch wirkenden Mechanismus zu beseitigen, solange nicht die Möglichkeit seiner Ersetzung durch einen zweck- und planmäßig arbeitenden besteht.

Zu diesem Ziel werden wir aber, soweit die Erfahrungen der Revolution reichen, nicht auf dem Wege schematischer Vollsozialisierungen, sondern nur durch den Ausbau sozialistischer Produktionsstätten und durch Leitung dieser Betriebe nach einheitlichen Grundsätzen gelangen. So wie heute die Gemeinde *Wien* eine großzügige Wirtschaftspolitik treibt, die sie zur größten ökonomischen Potenz Oesterreichs gemacht hat, und allmählich alle Produktionszweige, die sich in das Programm einfügen lassen, organisch aneinandergliedert, so wird sich auch wahrscheinlich die Durchsetzung der Sozialisierung im großen vollziehen.

Der Zwang, Wohnungen zu bauen, hat die Gemeinde Wien veranlaßt, sich Kalk- und Ziegelwerke, Granit- und Basaltsteinbrüche, Kiesgruben usw. anzugliedern und die Baustoffversorgung im großen zu betreiben; das Gaswerk wurde in eine große chemische Fabrik umgewandelt und die Weiterverarbeitung der Chemikalien, besonders des Teers, erfolgt in eigenen oder von der Gemeinde kontrollierten Betrieben; in der Elektrizitätswirtschaft ist Wien durch den Ausbau eigener Werke und durch Vertragsabschlüsse mit anderen Werken der maßgebende Faktor für ganz Oesterreich geworden. Auf diese Weise ist ein mächtiger industrieller Konzern entstanden, der Zehntausende von Arbeitern beschäftigt. Die äußeren Formen sind rein kapitalistisch; viele Unternehmungen sind in die Form von Aktiengesellschaften gekleidet, alle sind in ihren Buchungs- und Verkaufsmethoden kaufmännisch organisiert, überall herrscht reine Geldwirtschaft und, was vielleicht das Charakteristischste ist, viele müssen sich gegen die kapitalistische Konkurrenz in ihrer Preisgestaltung behaupten.

Obwohl sie also im kapitalistischen Mechanismus stecken, gibt es zwei grundlegende Unterschiede zwischen dieser sozialistischen und der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Zunächst fehlt — und das ist das Entscheidende — die *Ausbeutung;* die Betriebe, die natürlich unter weitgehender Mitwirkung von Gewerkschaften und Betriebsräten geleitet werden, wie überhaupt die ganze Wiener Gemeindeverwaltung unter der ständigen Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft steht, werfen keine Ueberschüsse ab, die für allgemeine Verwaltungszwecke nutzbar gemacht werden. Soweit überhaupt Ueberschüsse erzielt werden, dienen sie der sozialen und ökonomischen Besserstellung der in ihnen beschäftigten Arbeiter oder zur Vornahme von Investitionen. Es werden also weder die in ihnen beschäftigten Arbeiter, noch die konsumierende Allgemeinheit ausgebeutet.

Zweitens aber — und das ist für unser Problem fast ebenso wichtig — wächst hier ein ungeheurer Wirtschaftskörper heran, der trotz der kapitalistischen Formen allmählich den kapitalistischen Mechanismus auszuschalten sucht. Die Formen bleiben wirksam, soweit es sich darum handelt, durch die Konkurrenz die Betriebsführung organisatorisch und technisch auf der Höhe zu halten. Die Ausschaltung des Mechanismus aber vollzieht sich dadurch, daß die Planlosigkeit des Kapitalismus beseitigt wird und an ihre Stelle ein großzügiger, einheitlicher Plan tritt, der die Reibungen und Disproportionalitäten aus dem Wege räumt. Zugleich wächst durch die demokratische Mitarbeit der gesamten Arbeiterschaft sowohl der Gemeindebetriebe wie der organisierten Wähler der Gemeinderatsmehrheit ein neuer Geist heran, der lernt, die Impulse der freien Konkurrenz durch die sozialistischen Antriebe der gemeinsamen Arbeit zu ersetzen.

Auf diesen oder ähnlichen Wegen wird sich die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens vollziehen. Anknüpfend

an Vorhandenes — Genossenschaften, gemeinwirtschaftliche Anstalten, Staats- und Kommunalbetriebe, unter Umständen auch gemischtwirtschaftliche Institutionen — wird der Sozialisierungsprozeß vor allem darin bestehen, die gegenseitige Einstellung der Produktion und Konsumtion aufeinander bei den verschiedenen Betrieben durchzusetzen. Je größer die Zahl der Betriebe wird, die sich auf diese Weise aneinander anschließen, um so stärker wird der regelnde Einfluß der Planmäßigkeit, da Diskrepanzen zwischen Konsum und Produktion, die Ursachen der Krisen, vermieden werden können.

Trotzdem werden die Formen der Konkurrenz in der Uebergangszeit aufrecht bleiben, ja aufrecht bleiben müssen. Denn wir dürfen die psychologischen Faktoren nicht vergessen, die den kapitalistischen Mechanismus in Gang halten und die beim Konservativismus des menschlichen Geistes nicht von heute auf morgen völlig zu verwandeln sind. Die plötzliche Beseitigung der kapitalistischen Fabriksdisziplin hat in Rußland und Ungarn zu einer rapiden Senkung der Arbeitsintensität und der Produktivität geführt, und der Versuch Trotzkis, an Stelle der kapitalistischen Methode die altägyptische der staatlichen Zwangsarbeit zu setzen, mißglückte kläglich. Der kapitalistische Mechanismus setzte sich mit Elementargewalt durch und alle Experimente bewiesen nur die Unzweckmäßigkeit der barbarischen russischen Methode. Denn so wenig die Behinderung des Mechanismus zur Beseitigung des Systems führt, so sicher führt sie zur Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung. An dieser ist das Proletariat doppelt interessiert, in der Gegenwart, weil nur eine aufsteigende Wirtschaft ihr verbesserte Lebens- und Kampfesmöglichkeiten bietet, in der Zukunft, weil jede Weiterentwicklung des Kapitalismus einen Schritt zum Sozialismus darstellt. Vergessen wir nicht die Worte, die Marx über den Freihandel prägte, und die für den ganzen kapitalistischen Mechanismus gelten: „Das Freihandelssystem . . .

treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel“ [1]).

[1]) S. II. Anhang zu „Das Elend der Philosophie“, S. 188.

Kautsky als Geldtheoretiker

Von *Alfred Braunthal*

Die Phase der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die mit dem Weltkrieg begann und erst jetzt allmählich ihrem Ende entgegenzugehen scheint, hat die außerordentliche Bedeutung der Vorgänge auf dem Gebiete des Währungswesens für das Wirtschaftsleben und die innigen Zusammenhänge zwischen Währungs- und Wirtschaftsverhältnissen offenbart. Das Geld schien in dieser Periode als selbständige Kraft nach eigenen, immanenten Gesetzen den gesamten Wirtschaftsprozeß zu beherrschen, Intensität und Gang des Wirtschaftslebens von seinen eigenen Wertbewegungen abhängig zu machen. Das Auf und Ab der Valutakurve erhielt bestimmenden Einfluß auf das Auf und Ab der Konjunkturwellen, auf die intimsten ökonomischen Verhältnisse, auf den Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit, Produzenten und Konsumenten, Industrie- und Finanzkapital. War in der marxistischen Wirtschaftstheorie ein Schlüssel zu finden, der diese — scheinbare — Eigenbewegung des Geldes und ihren Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß erklärte? Mußte nicht im Gegenteil eine Wirtschaftstheorie, die wie die marxistische die Wurzel aller ökonomischen und im weiteren Sinne gesellschaftlichen Phänomene in den Produktionsverhältnissen entdeckt zu haben glaubt, den Weg zur Erkenntnis dieser neuen, eigenartigen Beziehungen zwischen Währung und Produktion geradezu versperren?

Es ist eine beliebte, aber sehr oberflächliche Auffassung der marxistischen Wirtschaftstheorie, die sie so einseitig auf die reine Produktionssphäre festgelegt glaubt. In Wirklichkeit ist es gerade die marxistische Theorie, die als einzige

ökonomische Theorie, in genialer Anwendung der Hegelschen Wissenschaftsmethodik, die Dialektik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses, das Widerspiel, den prozessierenden Widerspruch zwischen Produktion und Zirkulation, die Doppelseitigkeit aller Wirtschaftsvorgänge, ihre Verdoppelung in der Waren- und Geldseite erkannt hat. Alle Wirtschaftsprobleme, sagt Kautsky in seinen „Sozialdemokratischen Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft" (Leipzig 1918), „erhalten in der Warenproduktion eine eigenartige Verdoppelung und Komplizierung durch das *Geld*. Innerhalb der Warenproduktion bedeutet jede Veränderung des Stoffes im Produktionsprozeß .... nicht nur eine Orts- oder Formveränderung, sondern auch eine Geldtransaktion. Die ganzen Bewegungen und Veränderungen des stofflichen Reichtums spiegeln sich so in den Bewegungen und Veränderungen von Geldsummen, allerdings oft in sehr verzerrter Form. Alle stofflichen Fragen des Wirtschaftslebens erscheinen nun gleichzeitig als Geldfragen". (S. 106.)

Es ist der gewaltige Fortschritt des Marxismus über alle bisherige Wissenschaft gewesen, daß er alle Erscheinungen aus ihrer scheinbaren Absolutheit und Isolierung heraushob und sie als relativ und variabel, bedingt von ihrer und zusammenhängend mit ihrer Umwelt erkannte. Von diesem erkenntnistheoretischen Grundsatz, der in der materialistischen Geschichtsauffassung seine Krönung fand, ausgehend, schuf *Marx* seine Geldtheorie nicht als zufälliges, unorganisches Anhängsel seiner Wirtschaftstheorie, wie das bisher üblich gewesen war, sondern als einen ihrer wichtigsten integrierenden Bestandteile. Er sah das Geld in seinem lebendigen, dialektischen Zusammenhang mit der Ware. Er betrachtet nicht isoliert Warenproduktion auf der einen Seite und Geldumlauf auf der andern, sondern faßt von vornherein die Warenproduktion und die — durch Geld vermittelte — Warenzirkulation als Momente ein und desselben Prozesses, des historisch bedingten Wirtschaftsprozesses auf. Daher be-

ginnt er seine ökonomische Untersuchung mit der Analyse des zirkulatorischen Charakters der Resultate der Warenproduktion, des Warenwerts als Tauschwert, und läßt das Geld organisch aus dem Wertbildungsprozeß herauswachsen. Diese Abschnitte des „Kapital", in denen Marx aus der Entwicklung der Wertformen, von der einfachen oder zufälligen über die entfaltete zur allgemeinen Wertform das Geld als die allgemeine Aequivalentform des Warenwerts entstehen läßt, gehören zu den schönsten und geschlossensten, wenn auch schwierigsten Partien dieses herrlichen Werkes. Der große, seinem Lehrer aber an lebendiger Erkenntnisfülle weit überlegene Schüler Hegels ist es, der hier nachweist, wie das Geld als Ware entsteht, nichts anderes ist als die allgemeine Ware, aber eben als solche doch von der Warenwelt ausgeschlossen wird, in Gegensatz zu allen übrigen Waren tritt, so daß der Zirkulationsprozeß der Waren sich zwangsweise in den polaren Gegensätzen Ware—Geld bewegt. So wird gerade von der marxistischen Theorie das Geld als ein notwendiges Moment des Wirtschaftsprozesses in der Phase der Warenproduktion erkannt, in dem sich jeder Wirtschaftsakt nach bestimmten Gesetzen gleichsam wiederspiegelt.

Mit dieser Grundlegung der Geldtheorie hat sich Marx aber nicht begnügt, sondern schritt, von dieser Basis ausgehend, dazu fort, einerseits alle Funktionen des Geldes — als Wertmaß, als Zirkulationsmittel, als Schatz- und als Zahlungsmittel — aus dieser Wurzel abzuleiten, andererseits den täuschenden Schein, den die Entwicklung des Geldes zum Wertzeichen über das Wesen des Geldes ausbreitet, aufzudecken. Marx hat den schärfsten Gegner seiner Geldtheorie, den Nominalismus, noch nicht gekannt, aber in seiner Wertzeichentheorie widerlegt er dessen Argumente bereits aufs schlagendste. Er weist nach, daß das Geld nicht an sich Wertzeichen ist, wie die nominalistische Geldtheorie annimmt, sondern nur in der Zirkulation durch Wertzeichen ersetzt werden kann, die aber niemals seine Rolle als Wertmaß

übernehmen können. Oder, mit den Worten Kautskys ausgedrückt: „Papiergeld (und ebenso jedes andere Wertzeichen. A. B.) kann Goldgeld nur als Zirkulationsmittel ersetzen, nicht als Wertmesser, es kann es nur ersetzen, insofern es bestimmte Goldmengen darstellt“ [1]).

Wieviel Gold aber die Wertzeichen ersetzen oder darstellen können, kann nur aus der Kenntnis der Gesetze über die Umlaufsmenge des Geldes gefolgert werden. Durch die Aufstellung dieser Gesetze hat die marxistische Geldtheorie die größte praktische, währungspolitische Bedeutung gewonnen und gleichzeitig einen glänzenden Sieg über die Quantitätstheorie errungen, die zur Zeit von Marx in der Frage des Geldwerts einen ähnlichen Standpunkt vertrat, wie heute die nominalistische Geldtheorie. Aehnlich wie diese sprach die Quantitätstheorie dem Geld jeden Eigenwert ab; sie nahm vielmehr an, daß die Preise der Waren einfach von der Menge des umlaufendes Geldes (Metall oder Papier oder beides) abhängig seien. „Waren ohne Preis und Gold und Silber ohne Wert läßt er“ (Hume als Begründer der Quantitätstheorie), wie Marx spottet, „in den Zirkulationsprozeß eingehen“ [2]). In einer glänzenden Polemik, ausgefochten in der „Kritik der politischen Oekonomie“ und im dritten Band des „Kapital“, überwindet Marx die Quantitätstheorie und stellt ihr sein eigenes Geldumlaufsgesetz gegenüber. Die Preise der Waren „sind nicht hoch oder niedrig, weil mehr oder weniger Geld umläuft“, wie die Quantitätstheorie behauptet hatte, sondern umgekehrt, „es läuft mehr oder weniger Geld um, weil die Preise hoch oder niedrig sind“ [3]). Diese Umkehrung der Quantitätstheorie braucht nur noch in eine exakte wissenschaftliche Formel gebracht zu werden, und das

[1]) *Kautsky, Karl:* Marx' ökonomische Lehren, 20. Aufl. Stuttgart 1921, S. 46.

[2]) *Marx:* Zur Kritik der politischen Oekonomie, 3. Aufl., Stuttgart 1909, S. 170.

[3]) A. a. O. S. 97.

marxistische Geldumlaufsgesetz hat feste, unangreifbare Gestalt gewonnen. Diese Aufgabe hat Marx im ersten Band des „Kapital" gelöst. Er weist dort nach, daß in der Preissumme der zirkulierenden Waren sich sowohl ihr eigener Tauschwert wie der des Geldes (bei Goldwährung der Tauschwert des Goldes) widerspiegelt, daß aber bei gegebener Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes durch diese Preissumme die Menge des umlaufenden Geldes eindeutig gegeben ist — wenn von der Modifikation dieses Gesetzes durch die Zahlungsmittelfunktion des Geldes abgesehen wird. Dieses Gesetz gilt zunächst für Metallgeld (beispielsweise Gold). Es ändert sich daran nichts, wenn das Gold in der Zirkulation durch Wertzeichen ersetzt wird, solange die Ausgabe der Wertzeichen auf die Menge beschränkt wird, die eben nach diesem Gesetz in Gold zirkulieren müßte. Wird aber uneinlösbares Papiergeld in größerer Menge ausgegeben, dann ist der Wert der gesamten umlaufenden Geldmenge gleich dem Wert der Goldmenge, die im gegebenen Falle umlaufen müßte. Dann, aber nur dann ist der Wert des Geldes durch seine Quantität bestimmt. „Während die Quantität des zirkulierenden Goldes von den Warenpreisen abhängt, hängt umgekehrt der Wert der zirkulierenden Papierzettel ausschließlich von ihrer eigenen Quantität ab"[1]).

Mit der Aufstellung dieser Gesetze hat die marxistische Wirtschaftstheorie tatsächlich prinzipiell die Aufgabe gelöst, die wir ihr einleitend gestellt haben. Sie hat uns den Schlüssel verschafft, der es uns ermöglicht, in die schwierigsten Wirtschaftsprobleme der Kriegs- und Nachkriegsjahre, in die komplizierten Zusammenhänge zwischen Geldwertbewegung und Wirtschaftsprozeß einzudringen. Marx selbst konnte diese Aufgabe natürlich nur im Prinzip lösen. Die weitere große Aufgabe blieb noch übrig, die marxistische Geldtheorie den Generationen nach Marx lebendig zu machen und sie auf die neu entstandenen Probleme anzuwenden. Diese Auf-

[1]) A. a. O. S. 114.

gabe in Angriff genommen und vorbildlich gelöst zu haben, ist die große Leistung Karl *Kautskys* auf dem Gebiete der Geldtheorie.

Wer kennt heute noch außerhalb des engen Kreises der Fachgelehrten die Geldtheorien eines Hume und eines Ricardo, eines Tooke und eines Fullarton, auf denen und im Gegensatz zu denen Marx seine Geldtheorie aufbaute? Sie führen heute nur mehr in dogmengeschichtlichen Abhandlungen ein Schattendasein. Die Geldtheorie von Marx aber steht wie seine allgemeine ökonomische Theorie in lebendigster Wirksamkeit vor uns und als lebende Kraft im Tageskampf der Theorie und der Politik. Diese gewaltige Lebenskraft verdankt die marxistische Theorie sicher in erster Linie der Größe, der umfassenden und weit vorausschauenden Genialität ihres Schöpfers. Und doch wäre sie uns heute nicht so vertraut, hätte nicht die Tiefe der Marxschen Gedanken einen unermüdlichen Verbündeten an der Sonnenklarheit der Gedanken seines kongenialen Interpreten Karl Kautsky gewonnen. Der schwere, von der metaphysischen Terminologie Hegels durchtränkte Stil Marx' verschloß den späteren Generationen sehr bald das Verständnis seiner ökonomischen Hauptwerke. Sie wären in die Gefahr geraten, in den Alleinbesitz einer schmalen Gelehrtenschicht zu gelangen, wäre nicht Kautskys kühner Versuch gelungen, sie durch ihre meisterhafte, kristallklare Darstellung in „Karl Marx' ökonomischen Lehren" den wahren Erben des Meisters, den Trägern der sozialistischen Bewegung, zugänglich zu machen.

Hier, in den „ökonomischen Lehren", ist auch zum erstenmal die Marxsche Geldtheorie gehoben worden. Die Darstellung Kautskys geht, wie das Buch im allgemeinen, nahezu in keinem Punkte über die Gedanken Marx' selbst hinaus. Aber da gerade die geldtheoretischen Abhandlungen im „Kapital" ebenso wie die werttheoretischen überhaupt, von denen sie ja abgeleitet sind, vom Marxschen Stil in seiner

genialsten, aber schwierigsten Konzentration beherrscht sind, war hier die Aufgabe Kautskys besonders wichtig und ihre Lösung besonders bedeutungsvoll. Man vergleiche z. B. die schwierige Deduktion des Geldes aus der Entwicklung der Wertformen im „Kapital", wo der Fortschritt der Wertmessungen von der vereinzelten zur allgemeinen abstrakt dialektisch dargestellt wird, mit der plastischen Schilderung dieser Entwicklung in den „ökonomischen Lehren", und man wird die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Interpretation, die alles eher als eine verflachende Popularisierung ist, ohne weiteres anerkennen müssen.

Zugleich deutet sich aber auch gerade an dieser Stelle eine Eigentümlichkeit Kautskyschen Denkens an, die, in späteren Schriften zu voller Reife entwickelt, zur größten Stärke Kautskys geworden ist und ihm seine überragende Stellung in der marxistischen Schule gesichert hat. Er setzt bei der Ableitung des Geldes an die Stelle der Marxschen abstrakten Deduktion die historische Analyse auf der Grundlage der materialistisch-historischen Methode. Er zeigt in knappen Andeutungen, daß die einzelnen von Marx dialektisch einander gegenübergestellten Wertformen nichts anderes als historisch aufeinanderfolgende Etappen der ökonomischen Entwicklung von der Bedarfsdeckungs- zur Warenverkehrswirtschaft darstellen. Dieses lebendige historische Gefühl Kautskys, das die große Marx-Engelssche Konzeption der materialistischen Geschichtsauffassung immer von neuem als Forschungsmethode zu fruchtbarster Wirksamkeit entfaltet hat, befähigte ihn auch, sich in seiner Darstellung der Geldtheorie vom Marxschen Schema hegelianisch gefärbter Deduktion loszulösen und sie endgültig durch die historische Methode zu ersetzen. Dieser Aufgabe hat sich Kautsky in seinen „Sozialdemokratischen Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft" unterzogen. Obwohl er in diesem Buch nur die Probleme der wirtschaftlichen Demobilisierungsperiode behandeln will, ist er mit der materialistisch-historischen Me-

thodik bereits so verwurzelt, daß er zur Erklärung der Geldprobleme der Uebergangsperiode bis zur Entstehung des Geldverkehrs zurückgeht. Stets die streng genetische Linie einhaltend, gelingt es ihm, alle Phänomene des Geldwesens, alle Funktionen des Geldes, alle Geldwertprobleme, alle Entwicklungsstadien des Geldes, von ihrer historischen Wurzel aus zu erklären. So hat Kautsky hier in einer knappen Skizze, zwischen die Behandlung ganz anderer, aktueller Wirtschaftsprobleme wie zufällig eingestreut, eine vorbildliche Geschichte des Geldwesens vom Standpunkt der marxistischen Geldtheorie gleichsam aus dem Aermel geschüttelt.

Die historische Darstellung der Geldtheorie, die Kautsky in den „Sozialdemokratischen Bemerkungen" gegeben hat, vermag die marxistische Geldtheorie zu bekräftigen und zu verlebendigen; andererseits dient sie dazu, unser wirtschaftsgeschichtliches Bild zu erweitern und zu vertiefen. Aber eine Erweiterung der geldtheoretischen Gedanken Marx' bedeutet sie an sich noch nicht. Dazu gelangte Kautsky erst, als er sich den aktuellen Währungsproblemen zuwandte, die naturgemäß noch außerhalb des Horizonts Marx' lagen. Aber die von Marx geschaffene und von Hilferding in seinem „Finanzkapital" weiterentwickelte theoretische Basis ist so breit, daß Kautsky auch bei der Behandlung der aktuellen Währungsprobleme diesen Boden niemals auch nur um einen Schritt zu verlassen brauchte.

Das wichtigste Währungsproblem der Kriegs- und Nachkriegsperiode, mit dem sich Kautsky zu befassen hatte, war das Inflationsproblem. Heute, nach all den bitteren Erfahrungen, die insbesondere Deutschland und die östlich von Deutschland gelegenen Länder in den Jahren 1922 und 1923 durchzukosten hatten, besteht kaum mehr Unklarheit oder Meinungsverschiedenheit darüber, daß die wichtigste Ursache der Geldentwertung in der Vermehrung des Geldumlaufs — in der Regel zu staatsfinanziellen Zwecken — über die Bedürfnisse des Wirtschaftsverkehrs nach Zirkulationsmitteln

hinaus, in der sogenannten Inflation, zu suchen ist. Im Jahre 1918 hingegen, als Kautsky seine „Sozialdemokratischen Bemerkungen" schrieb, war diese Erkenntnis nichts weniger als Gemeingut, nicht einmal innerhalb der engeren nationalökonomischen Fachwelt. Die absurdesten Meinungen über die Ursachen der Geldentwertung waren verbreitet, von denen damals die populärste jene war, die einen Zusammenhang zwischen der sogenannten — tatsächlichen oder fiktiven — Deckung und dem Geldwert konstruierte. In scharfer Polemik gegen derartige Absurditäten stellte Kautsky die Inflationstheorie der Geldentwertung auf. Dazu war im Grunde genommen nur die marxistische Geldtheorie fähig. Denn die Ansicht, daß „übermäßige" Geldvermehrung zur Geldentwertung führt, bleibt so lange wissenschaftlich unbrauchbar, als es nicht gelungen ist, exakt-wissenschaftlich das Maß des Geldumlaufs zu finden. Für die Quantitätstheorie sowohl wie für die nominalistische Geldtheorie kann es streng genommen den Begriff des übermäßigen Geldumlaufs gar nicht geben; denn nach ihrer Anschauung besitzt das Geld gar keinen Wert, sondern ist bloß Zeichen, dessen Menge nach der Quantitätstheorie darüber entscheidet, wie hoch die Preise der Waren zu stehen haben. Demgegenüber kennt die marxistische Geldtheorie ein sehr exaktes Maß des Geldumlaufs. Im Falle reiner Goldwährung wird genau so viel Geld umlaufen, als der Preissumme der zirkulierenden Waren (d. h. dem Tauschwert der Waren, gemessen an dem Tauschwert der Goldeinheit), dividiert durch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, vermehrt um die im betreffenden Zeitraum nötigen Zahlungen und vermindert um die sich ausgleichenden Zahlungen, entspricht. Diese mathematisch exakte Größe ist auch für eine reine Wertzeichenwährung als das Maß des Geldumlaufs anzusehen. Wird es überschritten (Inflation), dann vermindert sich der Wert des Geldes, gemessen an dem des Goldes, in demselben Verhältnis, in dem die Umlaufsmenge zur Maßzahl steht.

Gleich scharf wie die Ursachen durchschaute Kautsky damals schon an der Schwelle der Geldentwertung die ökonomischen und sozialen Wirkungen der Geldentwertung. Zunächst erkannte er, was ebenfalls erst viel später allgemein erfaßt wurde, daß diese Wirkungen nicht vom absoluten Stand des Geldwerts ausgehen, sondern von seinen Bewegungen und ihrem Tempo. Oder, von der Warenseite her gesehen: Ob die Warenpreise doppelt oder zehnmal so hoch stehen als in der Periode der Goldwährung, ist minder wichtig; ökonomisch und sozial bedeutungsvoll ist vor allem das Steigen von der doppelten auf die zehnfache Höhe und die Geschwindigkeit, mit der die Preise steigen. Selbst dann aber würden noch keine wesentlichen ökonomisch-sozialen Verschiebungen eintreten, wenn alle in Geld ausgedrückten ökonomischen Größen, wie Preise, Löhne, Verpflichtungen, die Geldentwertung im gleichen Verhältnis, gleichsam automatisch widerspiegelten. Das ist aber, wie Kautsky damals bereits feststellte, nicht der Fall. Die Geldforderungen und -verpflichtungen bleiben ganz auf dem alten Geldwertniveau stehen, die — im allgemeinen schwerbeweglichen — Löhne folgen allen Geldwert- und Preisveränderungen nur zögernd, von den Preisen passen sich aber die meisten sehr elastisch den Geldwertveränderungen an. Daraus folgt, daß jede Abwärtsbewegung des Geldwertes die ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse zu ungunsten der Kapitalrentner und Arbeiter und zugunsten der Schuldner — besonders der langfristig Verschuldeten, also der Industriellen und Agrarier — sowie der Warenverkäufer im allgemeinen verschiebt. Die wichtigsten ökonomischen Wirkungen der Geldentwertung sieht aber Kautsky in der Unsicherheit der Marktverhältnisse, die die Wirtschaftsleiter immer mehr des Anreizes zur Rationalisierung und Steigerung der Produktion beraubt und sie auf das Geleise der Spekulation drängt.

Heute klingen all diese Erkenntnisse nicht mehr neu. Im Jahre 1918 predigte Kautsky mit ihnen noch in der Wüste.

Wären die Ausführungen Kautskys damals auch nur innerhalb der Arbeiterklasse auf fruchtbareren Boden gefallen, hätte die Arbeiterschaft damals energischer ihre Politik darauf eingestellt, ihre durch die Inflation gefährdeten ökonomischen Lebensinteressen durch Abstoppen der Inflation, durch eine finanzpolitische Sanierungspolitik, zu wahren, statt sich in unfruchtbaren Dogmenkämpfen aufzureiben, dann hätte ökonomisch, sozial und politisch die Reaktion nicht so viel an Boden gewinnen können, wie die Arbeiterschaft in den letzten Jahren erleben mußte. Denn Kautsky betonte es schon damals, mit besonderer Schärfe aber in seinem im Jahre 1922 erschienenen Werke „Die proletarische Revolution und ihr Programm", daß die Inflation nichts anderes als ein schlechtes Hilfsmittel zur „Lösung" bestimmter finanzpolitischer Probleme sei, nichts anderes als die schärfste, unsozialste und verhängnisvollste Steuer, „eine Steuer, weit ungerechter, drückender, zerstörender, sinnloser als irgendeine, auch eine indirekte, planmäßig auferlegte Steuer" [1]). Wie daher die Inflationskrankheit lediglich finanzpolitischen Ursprungs, so müßte auch ihre Heilung auf finanzpolitischem Wege gesucht werden.

Freilich verschloß sich bereits in den „Sozialdemokratischen Bemerkungen" Kautsky nicht der Erkenntnis, daß die Tendenz zum Sinken des Geldwertes auch noch durch andere ökonomische Zusammenhänge verschärft werden kann, die in der Wirtschaftsbilanz der Volkswirtschaft wurzeln. Es ist das Valutaproblem, das Kautsky, einige Andeutungen von Marx ausbauend, zu eben solch präziser Formulierung brachte wie das Inflationsproblem. Passivität der Zahlungsbilanz, Ueberwiegen der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln über das Angebot an solchen muß notwendigerweise zum Steigen der Devisenkurse, zu einem Sinken der heimischen Währung führen, soweit der Passivsaldo nicht

[1]) *Kautsky:* Die proletarische Revolution und ihr Programm, Dietz-Vorwärts-Verlag 1922, S. 308.

durch Kapitaleinfuhr oder Goldausfuhr ausgeglichen werden kann. Goldzu- und abfluß war der übliche Regulator der Zahlungsbilanz in der Periode der Goldwährung. Wurden dem Goldstrom unübersteigbare Dämme entgegengesetzt, wie es in den meisten Ländern seit Beginn des Krieges der Fall war, so konnten die Valutadifferenzen zwischen den einzelnen Währungen lange Zeit hindurch unausgeglichen bleiben. Andererseits darf man sich nicht der Täuschung hingeben, als ob nur die passive Zahlungsbilanz das Sinken des Geldwertes verschuldet hätte. Kautsky weist bereits 1918 darauf hin, daß Inflation allein genügt, um die Devisenkurse im Verhältnis der Steigerung des Geldumlaufs über das bereits bekannte Normalmaß hinaus steigen zu lassen. Nur eines konnte damals Kautsky noch nicht voraussehen: daß sich zwischen passiver Zahlungsbilanz und Inflation ein unheilvolles Spiel der Wechselwirkungen entwickeln kann, eine Schraube ohne Ende, die bald von der Valutaseite her gedreht wird und von da aus die Geldentwertung weitertreibt, bald von der staatsfinanziellen Seite her durch die Peitsche der Inflation die Geldentwertung vorwärtsjagt.

Kautsky konnte sich in der Untersuchung der Probleme der Uebergangswirtschaft natürlich nicht damit begnügen, die Währungsprobleme dieser Periode aufzudecken und marxistisch zu erklären, sondern mußte ihnen auch als sozialistischer Wirtschaftspolitiker an den Leib rücken, die Möglichkeiten ihrer Lösung wenigstens andeutungsweise untersuchen. Mehr als eine andeutungsweise Behandlung dieser Probleme konnte damals, wo man noch gar nicht wußte, wann und wie der Krieg eigentlich liquidiert werden würde und unter welcher Wirtschaftsverfassung, unmöglich geleistet werden. Um sich einen Weg zur Lösung zu bahnen, mußte Kautsky mit allen Vorurteilen, die der Lösung im Wege standen, aufräumen, vor allem mit dem Deckungsaberglauben. Bereits Marx hatte in seinem historisch gewordenen Kampf gegen die englische Bankgesetzgebung (die sogenannten Peels-

Akte des Jahres 1844) aufs heftigste gegen den Widersinn angekämpft, den er vom Standpunkt seines Geldumlaufsgesetzes aus in dem vom Bankgesetz erzwungenen Zusammenhang zwischen Deckung und Geldumlauf erblicken mußte [1]). Hilferding setzte im „Finanzkapital" diesen Kampf fort und Kautsky wies in den „Sozialdemokratischen Bemerkungen" nach, daß der einzige Zweck der Golddeckung die Sicherung der Einlösbarkeit der Banknoten sei, daß aber bei reiner Papierwährung mit uneinlösbaren Noten die Deckung überhaupt jede Bedeutung verliere, gleichgültig, ob es sich um echte Golddeckung oder um eine fiktive Deckung handelt, wie sie durch Verpfändung von Waren (Darlehenskassenscheine) oder von Grund und Boden (Rentenmark) vorgetäuscht werden kann. Unabhängig von der Höhe der Deckung und dem Deckungsverhältnis richtet sich vielmehr der Wert solches Papiergeldes ausschließlich nach dem Verhältnis zwischen Umlaufsmenge des Geldes, Umlaufsgeschwindigkeit und Höhe der Warenzirkulation.

Wird die Deckung als „Garantie" des Geldwertes überflüssig, so wird sie für andere, ökonomisch vernünftigere Zwecke frei. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte die Golddeckung praktisch ohnehin bereits einen Funktionswandel durchgemacht. Schon Marx hatte darauf hingewiesen, daß die bei der Zentralbank konzentrierte Goldreserve eines Landes neben ihrer Bedeutung als Einlösungsreserve noch andere Funktionen zu erfüllen hat, vor allem die einer Weltgeldreserve, d. h. eines Ausgleichsfonds im Falle von Schwankungen der Zahlungsbilanz. Diese Funktion der Goldreserve war in den letzten Jahren vor dem Krieg in den meisten Ländern allmählich zur wichtigsten geworden. Kautsky schlug nun vor, die Goldreserve in dieser Funktion in den Dienst der Sanierung zu stellen. Zur Ausgleichung der Passivität der Zahlungsbilanz, deren Steigerung in der Demobili-

[1]) Siehe darüber insbesondere den 5. Abschnitt des dritten Bandes des „Kapital".

sierungsperiode er klar voraussah, sollte allen Deckungsvorurteilen zum Trotz die Goldreserve beherzt zum Opfer gebracht werden. Durch ihre allmähliche Ausfuhr sollten die zur Ueberwindung der Demobilisierungsschwierigkeiten, zur Finanzierung der außergewöhnlich hohen Wareneinfuhr benötigten Devisen beschafft werden. Nur auf diesem Wege hätte das weitere Fortschreiten der Geldentwertung von der Valutaseite her abgestoppt werden können.

Die Forderung Kautskys wurde bekanntlich nicht erfüllt. Ein kleiner Teil des Goldschatzes der Reichsbank wurde zwar zur Bezahlung der Wareneinfuhr und zur Abdeckung sonstiger Valutaverpflichtungen ausgeführt, im großen und ganzen aber hütete die Reichsbank ängstlich wie Fafnir ihren toten, nutzlos gewordenen Schatz. Ja, sie bzw. die sie stützende Regierung riskierte sogar die schwersten internationalen Verwicklungen, als die Alliierten im Jahre 1921 die Bezahlung der ersten Reparationsrate in der Höhe von einer Milliarde Goldmark auf dem Wege der Ausfuhr der Goldreserve der Reichsbank verlangten. Was damals an nationalökonomischer Weisheit von den „berufensten" Wirtschaftstheoretikern und -praktikern zutage gefördert wurde, um die Forderung der Alliierten abzuwehren, war ein sprechender Beweis dafür, wie hilflos alle diejenigen den verwickelten Währungsproblemen der Gegenwart gegenüberstehen, die nicht vom festen Boden der marxistischen Geldtheorie an ihre Lösung herangehen. Die weitere tragikomische Geschichte des Reichsbankgoldes dürfte bekannt sein. Die verlangte Goldmilliarde wurde doch bezahlt, aber nicht mit Hilfe des Reichbankgoldes, sondern durch Verkauf von Papiermark ans Ausland. Die Folge dieser weisen Wirtschaftspolitik war, daß der Wert der Mark, der sich bis dahin bereits ziemlich stabilisiert hatte, nunmehr ins Gleiten geriet und sich auf jene schiefe Ebene begab, die ihn mit progressiver Geschwindigkeit der Katastrophe entgegenführte. Im Herbst des Jahres 1922 wiederholte sich dasselbe Schauspiel. Da-

mals forderten Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, nicht aus außenpolitischen, sondern aus wirtschaftspolitischen Gründen, daß ein wesentlicher Teil des Reichsbankgoldes geopfert werde — nicht als isolierte Maßnahme, die damals schon zu spät gekommen wäre, sondern im Rahmen eines großzügigen Sanierungsprogramms. Auch dieser letzte ernsthafte Versuch, die Katastrophe in zwölfter Stunde aufzuhalten, scheiterte, vornehmlich am bornierten Widerstand der Reichsbank und der sie stützenden, von der Inflation profitierenden großindustriellen Kreise. Der Höhe- und Schlußpunkt der Tragikomödie war aber, daß, was bisher als währungspolitischer Wahnsinn, als der endgültige Todesstoß der deutschen Währung bezeichnet worden war, eines Tages möglich, ja, zur hochpatriotischen Tat wurde. Als es galt, im Ruhrkrieg die vom Weltkrieg her so sattsam bekannte Durchhaltepolitik zu erneuern, da wurde unbedenklich mehr als die Hälfte des Reichsbankgoldes geopfert und ein weiterer Teil als Anleihegarantie verpfändet, lediglich zu dem Zweck, die Mark eine ganz kurze Zeit stabil zu erhalten. Lange konnten die paar hundert Millionen Goldmark nicht ausreichen, weil ja nicht der leiseste Versuch gemacht wurde, die finanzpolitische Sanierung durchzuführen, die die wichtigste Voraussetzung für den Stillstand der Inflation war.

Diese kurze, aber lehrreiche Geschichte mag als Beweis dafür dienen, wie unendlich überlegen Kautsky in seiner einfachen, anspruchslosen Weise die schwierigsten Probleme zu lösen imstande ist, wie hoch er über allen Quacksalbertheoretikern und -politikern stand, die, von den vulgärsten währungstheoretischen Ansichten beherrscht, in den Jahren der Inflation an den Währungsproblemen herumsalbaderten. Uebrigens begnügte sich Kautsky nicht mit diesem einen devisenpolitischen Vorschlag, sondern erwog auch alle Möglichkeiten der Währungssanierung selbst. Er hielt drei Methoden der Währungssanierung für möglich: erstens die

Deflation (Verringerung des Geldumlaufs), zweitens die Einstellung jeglicher Notenausgabe trotz wachsender Bedürfnisse der Wirtschaft nach Zirkulationsmitteln, also eine relative Deflation, und drittens die Devalvation (Herabsetzung der Währungseinheit). Kautsky lehnte von diesen drei Methoden die Deflation ab, da sie ähnlich wie die Inflation stetige Veränderungen des Geldwertes und damit stetige Störungen der Wirtschaft im Gefolge haben müsse. Die Erfahrungen in allen Ländern, die die Sanierungspolitik der Deflation einschlugen, haben die Befürchtungen Kautskys vollkommen gerechtfertigt. Sie alle mußten durch eine schwere Deflationskrise hindurchgehen. Und wenn die Sanierungskrise auch den Ländern, die wie Deutschland die Sanierung auf dem Wege der Devalvation vollzogen, nicht erspart blieb, so blieben sie doch von der krisenverschärfenden Preissenkung infolge Geldwerterhöhung verschont. Kautsky hatte daher recht, die Sanierung der Währung in der Form der Devalvation zu empfehlen.

Ueber den finanzpolitischen Weg zur Sanierung machte Kautsky nur einige Andeutungen. Daß der einzige Weg dazu die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt war, von der allein ein Stillstand der Inflation zu erwarten war, war ihm auf Grund seiner marxistischen Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Finanzpolitik und Geldentwertung von vornherein klar. Von den Wegen, die zu diesem Ziele führen können, mußte er damals, mitten während des Weltkrieges, mit Recht den radikalen Abbau der Kriegs- und militärischen Ausgaben, deren Höhe den Staatshaushalt immer wieder aus dem Gleichgewicht brachte, die radikale Abrüstung in den Vordergrund stellen.

Andererseits war Kautsky auch so vorausblickend, nicht nur den Kampf gegen die Staatsinflation zu führen, sondern auch gegen die später sogenannte Privatinflation, von der damals die wenigsten Nationalökonomen ein klares Bild hatten, deren unheilvolle Wirkungen vielmehr erst viel später

allgemein erkannt wurden. Bereits seit Beginn des Krieges war der Geldumlauf vermehrt worden, nicht bloß um den Finanzbedarf des Staates zu decken, sondern es war auch ein besonderes Papiergeld gedruckt worden (die Darlehenskassenscheine), um dem Kapitalmangel der Wirtschaft abzuhelfen. Mit dem Wiederaufleben des Wechselverkehrs nach dem Kriege nahm die von der Reichsbank zugunsten ihrer Wechselschuldner und auf Kosten der Volkswirtschaft betriebene Privatinflation immer größeren Umfang an und trug viel zur Beschleunigung des Währungsverfalls bei. Kautsky wendete sich bereits in den „Sozialdemokratischen Bemerkungen" aufs schärfste gegen diesen auf die Dauer untauglichen und volkswirtschaftlich ruinösen Versuch, dem nach dem Krieg zu erwartenden Kapitalmangel abzuhelfen.

Die Warnungen Kautskys haben in Deutschland in dem Augenblick Aktualität gewonnen, als nach der Einstellung der staatlichen Inflation und nach dem Ausbruch der Sanierungskrise und der sie begleitenden Finanzkrise die industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmer ungestüm von der Reichsbank forderten, ihrem Mangel an flüssigem Kapital durch unbeschränkte Wechseldiskontierung abzuhelfen. Da die Reichsbank die Kredite nicht aus dem Aermel hätte schütteln, sondern nur durch Vermehrung des Geldumlaufs hätte gewähren können, lief die Forderung der Unternehmer auf eine Wiedergeburt der Inflation ausschließlich zugunsten des Industriekapitals hinaus. Eine scheinbare und kurzfristige Ueberwindung der Krise wäre erkauft worden durch eine Erneuerung der Währungskatastrophe mit all ihren furchtbaren ökonomischen und sozialen Verheerungen. Diese Gefahren waren nach der mühseligen, opferreichen Ueberwindung der Staatsinflation bedrohlicher herangerückt, als man gemeinhin annahm. Wenige Monate nach dem Stillstand der Staatsinflation wies die Reichsbank bereits einen Wechselbestand auf, der nahezu doppelt so hoch war als in der blühenden Periode vor Kriegsbeginn.

Nur der energischen, die Interessen der Volkswirtschaft unerschrocken gegenüber mächtigen Industriegruppen wahrenden Bankpolitik der neuen Reichsbankleitung war es zu verdanken, daß der Ansturm der kredithungrigen Industrie gegen die Währung abgeschlagen wurde. Die theoretische Grundlage dieser Bankpolitik aber hatte Kautsky bereits im Jahre 1918 geschaffen.

In seinen geldtheoretischen Schriften entfaltete Kautsky die zwei stärksten und fruchtbarsten Seiten seines Wesens. Theoretische Klarheit und Ueberzeugungskraft verbinden sich bei ihm mit gesundem, wissenschaftlich durchleuchtetem politischen Sinn. Die Theorie bleibt bei Kautsky nie totes Bücherwissen, sie gewinnt immer neues Leben, indem sie sich immer von neuem an den Problemen des Tages bewährt und sie mit ihrem Geist belebt und befruchtet. Aber als Marxist und Sozialist sieht Kautsky auch immer über den Tag hinaus. Der Marxismus hat uns gelehrt, in der heutigen Struktur der Gesellschaft ihre zu einer neuen, höheren Gesellschaft hinzielenden Entwicklungstendenzen zu erblicken. In den Problemen des Tages sieht der Marxist immer zugleich den Keim der Probleme der Zukunft. Angeregt von den Geldproblemen der Gegenwart, aber über sie hinausschreitend suchte Kautsky auch in die Geldprobleme der Zukunft, der sozialistischen Gesellschaft einzudringen.

Der Utopismus, dessen Stärke in der Vereinfachung der komplizierten Realitäten des gesellschaftlichen Lebens liegt, pflegt wie so viele andere Probleme auch das Geldproblem der sozialistischen Wirtschaft zu übersehen. Oder vielmehr, es existiert seiner Meinung nach gar nicht. Denn im Sozialismus wird natürlich das Geld „abgeschafft" sein. Es verhält sich damit ähnlich wie mit dem Staat. Der Staat tritt dem Proletarier, besonders in der frühkapitalistischen Aera, als sein erbittertster Gegner, als Beschützer der ihn unterjochenden Wirtschaftsordnung und damit selbst als sein ureigenster Ausbeuter entgegen. Kein Wunder, daß er zur Ansicht ge-

langt, der Staat müsse abgeschafft werden und der Sozialismus werde, da er eine Herrschaftsorganisation nicht mehr brauche, den Staat als die ausgesprochenste Herrschaftsorganisation abschaffen. Bei tieferem Eindringen in das Staatsproblem aber verflüchtigte sich die Theorie von der Abschaffung oder dem Absterben des Staates in der Erkenntnis, daß mit dem Kapitalismus wohl der kapitalistische, auf der ökonomischen Klassenorganisation aufgebaute Staat verschwinden werde, daß aber eine straffe, zentrale, mit Herrschaftsrechten ausgestattete politische Organisation der Gesellschaft — mag man sie nun Staat nennen oder für sie einen anderen Namen finden — auch für die sozialistische Gesellschaft unentbehrlich sein wird. Aehnlich wie der Staat erscheint das Geld dem urwüchsigen Empfinden des Proletariers als der ökonomische Ausdruck der ihn unterdrückenden und ausbeutenden Macht der Kapitalistenklasse. Er haßt daher das Geld und würde eine Verunglimpfung seines Idealbildes der sozialistischen Gesellschaft darin erblicken, wenn man ihm bedeutete, daß auch sie das Geld nicht abschaffen können wird. Diese Anschauung beruht natürlich auf einer Verwechslung von Geld und Kapital, gegen die bereits Marx — in einer Polemik gegen Tooke — angekämpft hatte. Das Geld ist wohl in den bisherigen Wirtschaftsorganisationen der hauptsächlichste Repräsentant und Träger des Reichtums gewesen und geblieben. Aber ein Mittel zur Ausbeutung und ökonomischen Unterdrückung anderer, besitzloser Klassen kann es nur dann werden, wenn es sich in Kapital verwandelt. Das ist aber nur unter ganz bestimmten, historisch gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen möglich, im wesentlichen eben in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in der kapitalistische Produktionsverhältnisse keinen Raum und keine Entfaltungsmöglichkeit mehr haben werden, wird daher dem Geld sein Odium nehmen.

Die Annahme, daß in der sozialistischen Wirtschaft das

Geld abgeschafft werden würde, ist reichlich primitiv. Aber es gibt keine noch so primitive Anschauung, für die sich nicht ein „wissenschaftlicher" Vertreter finden würde, der sie mit einem pseudowissenschaftlichen Kleide ausstaffiert. So hat auch der utopistische Glaube an die Abschaffung des Geldes seinen wissenschaftlichen Vertreter in der Person Otto Neuraths gefunden, dem Verfechter des sogenannten Naturalsozialismus. Nach Neurath wird die sozialistische Wirtschaft kein Geld brauchen, weil sie an Stelle des Marktverkehrs die zentrale Verteilung der Güter in ihrer Naturalgestalt setzen wird. Mit dieser „Lösung" des sozialistischen Geldproblems mußte sich Kautsky zunächst auseinandersetzen. Diese Aufgabe wurde ihm nicht allzu schwer. Mit beißender Ironie wies er in der „Proletarischen Revolution" die Phantastik und ökonomische Unsinnigkeit der Theorie Neuraths nach. Er bewies, daß auch nach Beseitigung des Marktverkehrs der ökonomische Stoffwechsel, der Weg des Gutes von einem Produzenten zum andern in den verschiedenen Verarbeitungsstadien und der Weg des Gutes vom Produzenten zum Konsumenten, in einer hochentwickelten Wirtschaft so kompliziert sei, daß ohne ein Medium, das die Funktion des Wertmaßes und des Zirkulationsmittels in sich vereinigt, eine rationelle Wirtschaftsführung undenkbar ist.

Die eigentliche Streitfrage ist daher auch gar nicht die, ob die sozialistische Wirtschaft des Geldes bedürfen wird oder nicht, sondern welcher Art das Geld sei, dessen sie sich bedienen wird. Theoretisch sind zwei Möglichkeiten gegeben: Die sozialistische Wirtschaft kann mit der historisch gegebenen Goldwährung weiterarbeiten oder eine prinzipiell neue Währung schaffen, die auf dem theoretischen Wertmaß basiert, der Arbeitszeit. Marx selbst, der in allen Fragen der Organisation der sozialistischen Gesellschaft äußerst zurückhaltend war, hat sich über diese Frage nicht ausgesprochen. Er hat zwar den Gedanken der Einführung eines Arbeits-

geldes bei Aufrechterhaltung der Warenproduktion, wie ihn vor allem Proudhon vertrat, als kleinbürgerliche Utopie scharf bekämpft, sich aber mit der Frage, ob nach Beseitigung der Warenproduktion, in einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation, eine Arbeitszeitwährung denkbar sei, nicht eingehend beschäftigt. Kautsky hingegen verneint rundweg diese Möglichkeit und plädiert für die Beibehaltung der Goldwährung, wobei in der Zirkulation selbst das Gold durch Wertzeichen so weit als möglich ersetzt werden soll. Gegen das Arbeitsgeld wendet er sich mit der Aufzählung einer Reihe von Schwierigkeiten, die einer exakten Messung des Arbeitszeitwertes in der Praxis im Wege stünden. Die eine Gruppe von Schwierigkeiten liegt in der Differenzierung der Arbeitsleistungen selbst nach Qualität und Schwierigkeit der Arbeit, die anderen Schwierigkeiten erheben sich bei der Frage, wie für jede einzelne Ware die zu ihrer Wiederherstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit exakt berechnet werden könnte, da erstens die Produktivität der Arbeit stetigen Aenderungen unterliegt und zweitens die individuelle Herstellungszeit nicht immer mit der gesellschaftlich notwendigen übereinstimmen wird.

Diesen Einwänden gegen die Möglichkeit des Arbeitsgeldes in der sozialistischen Wirtschaft ist Otto Leichter in seinem vorzüglichen Werk „Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft" (Marxstudien, Wien 1923) entgegengetreten. Er stimmt mit Kautsky darin überein, daß rationelle Wirtschaftsführung, wie sie die sozialistische Wirtschaft mehr noch als die kapitalistische erstreben muß, ein wertmessendes Zirkulationsmittel voraussetzt. Er glaubt aber, daß in einer sozialistischen Wirtschaft, in der die täuschende Hülle des Marktmechanismus von den gesellschaftlichen Arbeitsprozessen weggezogen sein wird, auch der Arbeitswert der Güter unverhüllt in einem Arbeitszeitgeld zum Ausdruck kommen wird. Die Schwierigkeiten, die Kautsky anführt, werden natürlich auftauchen. Aber es sind nicht Schwierig-

keiten, die dem Arbeitsgeld als solchem gegenüberstehen, sondern Schwierigkeiten, die der Beseitigung des Marktmechanismus entspringen. Das Problem lautet nicht: Wie kann eine Preisbildung auf Grund reiner Arbeitswertmessung vor sich gehen?, sondern: Wie kann in einer sozialistischen Wirtschaft, die des Organs der kapitalistischen Preisbildung, des Marktes, des Spiels von Angebot und Nachfrage entbehrt, überhaupt eine Preisbildung stattfinden? Das Problem wird keineswegs dadurch erleichtert, daß man, wie Kautsky es will, von den historisch gegebenen (Gold-) Preisen ausgeht. Sie werden sofort zur leeren Hülle, wenn der historisch gegebene Marktmechanismus sie nicht mehr beseelt. Die Preisbildung wird eben wie der ganze Wirtschaftsprozeß bewußter gesellschaftlicher Regelung unterworfen werden müssen, wie Kautsky selbst in diesem Zusammenhang vorschlägt. Eine objektive gesellschaftliche Wertmessung wird dann ebensogut, wenn nicht besser als von der schwankenden Wertbasis des Goldes von der gesellschaftlichen Wertgrundlage, der Arbeitszeit, ausgehen können.

Es würde zu weit führen, in diesem Rahmen auf diese letzte Streitfrage der marxistischen Geldtheorie näher einzugehen. Für die Bedeutung Kautskys als Geldtheoretiker ist ihre Entscheidung auch nicht allzu wichtig. Kautsky als Vertreter marxistischer wissenschaftlicher Auffassung kam es nicht darauf an, „fix und fertige Ideale" in die Welt zu setzen, sondern auf die Bedingungen und die Grundprobleme der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft hinzuweisen. Bis dahin hatte er die Geldtheorie zu verfolgen, das Problem des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus von der Geldseite her aufzudecken und zu lösen. Diese Aufgabe hat er mit der meisterhaften Abwehr des utopistischen Naturalsozialismus Neurathscher Observanz und der Weiterführung der klaren Linie der marxistischen Entwicklungsgesetzlichkeit eindeutig gelöst.

So hat sich Kautsky wie auf dem Gebiete marxistischer

Theorie und Politik überhaupt auch auf dem schwierigen Gebiete der Währungsprobleme der Gegenwart und der Zukunft als Wegweiser des Proletariats bewährt. Besonders die unmittelbare Gegenwart ist beschwert von den schwierigsten und strittigsten Währungsproblemen. Nachdem die Inflationsperiode in den meisten Ländern überwunden ist, hat die Stabilisierungsperiode zu einem kritischen Punkt geführt. Die Frage ist aufgetaucht: Wollen wir auf dem Gebiete der Währung zu den Vorkriegszuständen, das heißt zur Goldwährung zurückkehren oder wäre es nicht eigentlich ökonomisch vorteilhafter und eine Ersparnis an faux frais, die Papierwährung beizubehalten? Dabei laufen starke nominalistische Strömungen mit, vermischt mit währungspolitischen Theorien, die, von quantitätstheoretischen Gedankengängen ausgehend, von der Währungsseite her — durch planmäßige Vermehrung bzw. Verminderung des Geldumlaufs — die Schwankungen des Warenpreisniveaus beseitigen wollen. Diese Anschauungen sind besonders in Amerika (Irving Fisher) und England (Keynes) verbreitet und werden in Deutschland in eigentümlich utopistischer Verzerrung von den Anhängern der sogenannten Freigeldtheorie (Silvio Gesell) vertreten. Gegenüber all diesen Theorien und Utopien muß uns Kautskys immer wiederkehrender Hinweis zur Richtschnur dienen, daß in der Verkehrswirtschaft Wertmesser immer nur eine Ware mit allgemeinem Aequivalentcharakter sein kann, also in der hochkapitalistischen Wirtschaft das allgemein übliche und allgemein anerkannte Aequivalent Gold, und daß das Gold wohl in seiner Funktion als Zirkulationsmittel, nicht aber in seiner Funktion als Wertmesser durch Papier vertretbar ist.

Kautskys Währungsprogramm, das als das marxistische zu gelten hat, läßt sich also etwa so zusammenfassen: Das ganze Währungsgebäude muß auf jeden Fall auf der Goldbasis ruhen. Gold ist als Wertmesser in der Warenverkehrswirtschaft unentbehrlich, in der inneren Zirkulation hingegen

in weitgehendem Maße durch Papier ersetzbar. Das Papier wird aber nur dann mit dem Golde, das es vertreten soll, gleichwertig bleiben, wenn seine Ausgabe sich auf die Menge beschränkt, die auch in Gold — nach dem Marxschen Geldumlaufsgesetz — umlaufen müßte. Gelingt es durch währungspolitische Maßnahmen, dieses Gesetz streng einzuhalten, dann wird Gold im wesentlichen nur notwendig sein zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz. Tatsächlich können wir feststellen, daß sich im großen und ganzen in dieser von Kautsky angedeuteten Richtung die Sanierung der europäischen Währungen vollzieht. Natürlich sind damit nur die Grundzüge der Lösung des Währungsproblems angedeutet. Es bleiben noch viele schwere Probleme währungs-, finanz- und bankpolitischer Natur zu lösen übrig, an die Kautsky in seinen vor Jahren erschienenen Schriften noch nicht denken konnte. Aber wie es dem Geiste und Sinn des Marxismus widerspricht, Marxzitate zu plündern, um mit ihnen die Richtigkeit politischer Einzelakte zu „beweisen", so würde es dem historisch-materialistischen Wesen Kautskys widersprechen, wollte man aus seinen Schriften fix und fertige Lösungen für jedes neu auftauchende Problem herauszulesen versuchen. Was der große Denker zu leisten vermag und was Kautsky geleistet hat, ist anderes: die tiefsten, innersten Zusammenhänge der Erscheinungen zu erkennen, ihrer und den künftigen Generationen die Bahn zu weisen, auf der sie vorwärts schreiten müssen. Der Denker kann nicht ihre Arbeit leisten, die sie zum Ziel führt. Er kann ihnen nur die Werkzeuge in die Hand drücken, die sie zu ihrer Arbeit befähigt. Kautskys geldtheoretische und währungspolitische Studien gehören zu den wertvollsten Werkzeugen, die er uns in die Hand gegeben hat, um uns unseren Weg zu erleichtern.

ZWEITE ABTEILUNG

Der Weg zur Sozialisierung

Verfassungsfragen der Gewerkschaften

Von *Richard Seidel*

ERSTER ABSCHNITT

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes begannen die freien Gewerkschaften in Deutschland ihren großen Aufstieg. Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung waren bereits vor 1878 in großen Umrissen klargestellt worden, den Willen zur gewerkschaftlichen Betätigung hatte das Sozialistengesetz in der Arbeiterklasse nicht zu ersticken vermocht. Die dringendste Aufgabe der Bewegung nach dem Fortfall des Gesetzes bestand in der gewerkschaftlichen Werbearbeit unter der industriellen Arbeiterschaft und im Aufbau der Organisationen. Die ersten Jahre nach 1890 standen im Zeichen der *Gründung* von Gewerkschaften. Die Organisationsform wurde bestimmt durch den ursprünglichen Zweck gewerkschaftlichen Wirkens, die Aufmerksamkeit des Arbeiters auf die gemeinsamen Interessen aller Angehörigen eines gleichen Berufes zu lenken und die Arbeitsbedingungen im Berufe zu verbessern. Die Anknüpfung der gewerkschaftlichen Werbearbeit an das von jedem Arbeiter leicht zu überblickende Gesichtsfeld des Berufes bot die größte Aussicht auf agitatorischen Erfolg. Auch die Struktur der Wirtschaft verwies die Gewerkschaftsbewegung vorerst auf die Zusammenfassung der Arbeiter in den Grenzen des Berufes. Die Zahl der *Berufsverbände*, die nach Fortfall der gesetzlichen Hindernisse ins Leben traten oder sich aus scheinbar harmlosen Fachvereinigungen zu Gewerkschaften umformten, erreichte sofort eine ansehnliche Höhe. 1891 bestanden 62 Verbände mit 277 659 Mitgliedern. Die nächsten Jahre brachten noch einmal einen Rückschlag in der Zahl der Verbände

wie der Mitglieder. 1896 waren die Schwankungen des ersten stürmischen Aufsteigens vorüber, mit 51 Verbänden und 329 230 Mitgliedern hatte die Gewerkschaftsbewegung die Basis erreicht, von der nun ein ununterbrochenes Wachstum ausging. Bis zum Jahre 1906 stieg die Zahl der Verbände auf 66 und die Zahl der Mitglieder auf 1 689 709.

Während sich diese Periode bis 1906 auszeichnet durch eine ständige Vermehrung der Zahl der Verbände *und* der Mitglieder, beginnt nun ein Zeitabschnitt mit *sinkender Zahl der Verbände* bei weiterer starker Zunahme der Zahl der Mitglieder. Der Periode der Ausbreitung der Bewegung über alle Berufe und Produktionszweige nach vornehmlich agitatorischen Gesichtspunkten folgt die Zeit der systematischen Gliederung der Verbände aus wohlerwogenen Gründen organisatorischer und taktischer Zweckmäßigkeit, die Zeit der inneren Konzentration und strafferen Zentralisation. Auch die Veränderung der Struktur der Wirtschaft, die mit der Entwicklung zum Großunternehmen, der Vereinigung der verschiedensten Branchen und Gruppen von Arbeitern an einer Betriebsstätte begonnen und über die Einflußnahme des Finanzkapitals und weniger Finanzmagnaten auf eine wachsende Zahl von Großunternehmen zum modernen Konzern geführt hat, nötigte die Gewerkschaften, ihre Organisationsformen in der Richtung auf eine größere Konzentration zu verändern. Es begann die Zeit der Verschmelzungen, der Zusammenlegung vieler Branchen- und Berufsorganisationen zu Industrieverbänden. Seit 1907 vermindert sich die Zahl der Verbände, während die Zahl der Mitglieder weiter zunimmt. 1913 sind 2 573 718 Arbeiter in 49 Verbänden, 1914 2 075 759 Mitglieder in 48 Verbänden organisiert.

Der Krieg hat diese Entwicklung zum Stocken gebracht, aber nach 1918 hat sie sich in der gleichen Richtung fortgesetzt. Ende 1922 waren 7 895 065 Mitglieder in 49 Verbänden organisiert. Von diesen 49 Verbänden hatten 15 mehr als 100 000 Mitglieder, und diese 15 Verbände vereinigten

auf sich allein 6 856 011 Mitglieder oder 86,6 % aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die Vereinigung wachsender Mitgliedermassen in einer sinkenden Zahl von Riesenverbänden ist das Kennzeichen der organisatorischen Entwicklung der deutschen Gewerkschaften.

Der *Zentralverband* war von vornherein der herrschende Organisationstyp in Deutschland; die dem Syndikalismus der romanischen Länder verwandte lokalistische Organisationsform hat zwar zeitweise viel Lärm in den deutschen Gewerkschaften verursacht, aber nie eine entscheidende Bedeutung erlangt. Auch die ersten Berufsverbände waren Zentralorganisationen, deren Hauptvorstände bereits weitgehende Befugnisse besaßen.

Die Vereinigung der Massen in wenigen Verbänden und die Veränderung des Charakters und der Kampfmethoden des Gegners führten gleichzeitig zu einer Veränderung der Verfassung der Verbände und der Stellung der leitenden Instanzen. Die Konzentration der Organisationen hat eine *Konzentration der Verantwortung* für das Schicksal wachsender Massen auf immer weniger Personen zur Folge. Zwischen die Hauptvorstände und die letzten örtlichen Verbandsleitungen schieben sich weitere Instanzen ein, weil die große Zahl der Mitglieder eine mehrstufige Gliederung der Verbände erforderlich macht. Die für das Geschick und die Taktik des Zentralvorstandes verantwortlichen Körperschaften und Personen werden in doppeltem Sinne „erhöht"; einmal sachlich, indem ihnen größere Verantwortlichkeiten auferlegt und größere Befugnisse gegeben werden, zweitens durch die Vergrößerung der räumlichen Entfernung zwischen der Masse der Mitglieder und den Vorständen infolge des Dazwischentretens neuer Körperschaften.

Im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Schrift „Parlamentarismus und Demokratie"[1] geht *Karl Kautsky* auf die Frage

[1]) Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart 1911.

der Verfassung der Arbeiterorganisationen ein. Wie für die Staaten, so entsteht auf einer gewissen Höhe der Entwicklung auch für die Gewerkschaften ein Zustand, der die einer urwüchsigen Demokratie eigentümliche direkte Gesetzgebung durch das Volk mehr und mehr unmöglich und den Uebergang zum Repräsentativsystem notwendig macht. Kautsky schreibt darüber:

„Je umfangreicher diese Organisationen werden, desto schwieriger und schwerfälliger wird für sie die „direkte Gesetzgebung" durchs Volk, die in diesen Fällen allerdings weniger Gesetzgebung als Verwaltung und Kampfesführung durchs Volk darstellt. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben ihrer Verwaltung und Leitung, die immer weniger nebenbei als Feierabendarbeit, neben oder nach der Erwerbsarbeit erledigt werden können, die eigene Beamte erfordern, deren ganze Zeit und Kraft diesen Aufgaben gehört. Damit erstehen Verhältnisse, die repräsentative Einrichtungen, „Volksvertretungen", „Parlamente" wünschenswert machen" [1]).

Kautsky trennt die Gesetzgebung von der Verwaltung und Kampfesführung. Beide spielen auch für das Gewerkschaftsleben eine verschiedene Rolle. Für die Zwecke der *Gesetzgebung* bedienten sich die Gewerkschaften von jeher des Repräsentativsystems, denn die allgemeinen Gesetze des Handelns der Gewerkschaft und das statutarische Recht, das für den Verkehr der Mitglieder untereinander und mit dem Verband gelten soll, wurden immer von der Generalversammlung beschlossen. Die Generalversammlungen mußten bei den deutschen Zentralverbänden stets Repräsentativkörper, „Parlamente" sein, die auch den Haushalt des Verbandes kontrollieren. Auch die Gau- oder Bezirksversammlungen waren nie Volksversammlungen. Dennoch spielte die Urabstimmung auch für die grundlegenden Beschlüsse der Gewerkschaften in der Frühzeit ihrer Geschichte eine größere Rolle als in späteren Jahren. Steigt aber die Zahl der Ortsgruppen und Mitglieder, so wird diese „direkte Gesetzgebung

[1]) A. a. O. Seite 6.

durchs Volk" nicht nur umständlicher und kostspieliger, sondern sie verliert auch immer mehr jenen Vorzug, dem sie ihren guten Namen als vollkommenste Form demokratischer Willensbestimmung verdankt. Je größer die Zahl der Stimmberechtigten wurde, um so geringer wurde bei den Urabstimmungen der Prozentanteil der Abstimmenden, denn das Interesse am Geschick des Gesamtverbandes ist bei der großen Zahl von Mitgliedern geringer als bei den Pionieren der Frühzeit. Die Entfremdung von der Demokratie, die den führenden Körperschaften der Bewegung vielfach vorgeworfen wird, ist also auch bei einem großen Teil der Mitglieder zu beobachten. Selbst bei den Wahlen zu den Generalversammlungen ist, soweit sie durch Urabstimmung erfolgen, die Stimmbeteiligung nur dann befriedigend, wenn innerer Streit die Gemüter bewegt. Das gilt ganz besonders von den ungeheuren Mitgliedermassen, die nach 1918 den Gewerkschaften zugeströmt sind. Jetzt wird das Wort wahr, daß die Massen geführt sein wollen, und darum gewinnt nun eine in hohem Maße selbstverantwortliche Führung immer größere Bedeutung. Diese Entwicklung führt schließlich dazu, daß auch die großen Ortsgruppen der Verbände zum Repräsentativsystem übergehen müssen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften hat aber ferner zur Folge, daß die Tätigkeit der *Verwaltung und Kampfesführung* an Umfang wie an Bedeutung zunimmt im Vergleich zu jener Tätigkeit, die wir als Gesetzgebung bezeichnen können. Die Verwaltung und Kampfesführung bewegt sich zwar im Rahmen der Beschlüsse der Repräsentativkörper, aber dennoch können über Art und Zeitpunkt, die Beschlüsse anzuwenden, die verschiedensten Meinungen möglich sein. Nur selten ist Gelegenheit, diese Meinungen durch ausführliche Diskussionen zu klären und das Ergebnis der Aussprache durch Abstimmungen festzustellen. Am wenigsten ist das möglich, wenn es um die schwerwiegendsten Entscheidungen, um große Kampfhandlungen, um Sein oder Nichtsein der Or-

ganisation geht. Diese Entscheidungen gewinnen aber an Zahl wie an Bedeutung mit dem Wachstum der Verbände, mit der Ausdehnung der Kampfesfronten und mit der Steigerung der Macht des Gegners. Kautsky schreibt darüber:

„Je größer die Organisation, desto unübersichtlicher aber auch ihr Gebiet, desto zahlreicher und meist auch geschlossener ihre Feinde, desto mehr steht bei jedem Kampfe auf dem Spiele. Damit wächst nicht nur das Maß der Verantwortung der Leiter, es wachsen auch die Anforderungen an ihre Kenntnisse. Sie müssen sich jetzt mit Dingen vertraut machen, die dem einfachen Mitglied nicht naheliegen, die die Masse oft nicht genügend kennt"[1]).

Die Verantwortung für die Leitung des Verbandes wird drückender in demselben Maße, wie die Möglichkeit, die Mitverantwortung der Mitglieder zu wecken und für die gemeinsame Sache fruchtbar zu machen, sich verringert. In den schwierigsten Situationen ist das Schicksal von Tausenden abhängig von den souveränen Entschlüssen eines kleinen Personenkreises. Auch die Generalversammlungen können in diese Entschlüsse nicht unmittelbar eingreifen; ihnen fällt nur die Aufgabe zu, die oberste Leitung des Verbandes zu wählen. Das große Maß von Verantwortung, das mit der täglich komplizierter werdenden Aufgabe der Zentralvorstände verbunden ist, ist aber nur zu tragen, wenn gleichzeitig die *Befugnisse* der Vorstände entsprechend vermehrt werden.

Aber das Maß der Befugnisse, das eine Mitgliedschaft oder ihre Generalversammlung dem Vorstande zu geben geneigt ist, wird eine Grenze haben. Wenn die Generalversammlung den Vorstand schon nicht dazu zwingt, so wird sie ihm zum mindesten Gelegenheit geben, wichtige Entscheidungen nicht allein, sondern gemeinsam mit einem größeren Kreise von Repräsentanten der Mitgliedschaft zu fällen. Diese Gelegenheit, eine größere Zahl von Vertrauensleuten der Mit-

[1]) A. a. O. Seite 9.

glieder zur Mitverantwortung heranzuziehen, ist von vielen Verbänden durch die Schaffung kleinerer Repräsentativversammlungen, sogenannter *Beiräte*, geschaffen worden, die häufiger als die Generalversammlungen zusammentreten können. Auch auf diese Möglichkeit hat Kautsky hingewiesen[1]). Die statutarischen Bestimmungen über die Funktion des Beirats sind nicht immer zwingend insofern, als sie den Vorstand verpflichten, den Beirat in bestimmten Zwischenräumen oder in bestimmten Fällen zu berufen. Meist berufen die Vorstände den Beirat nach ihrem Ermessen. Dennoch verpflichtet die bloße Existenz einer solchen Körperschaft den Vorstand, sich ihrer Beratung im Interesse des Verbandes zu bedienen, denn eine Unterlassung der Berufung des Beirates in Situationen, die seine Berufung geboten erscheinen ließen, würde wohl die schwerwiegendsten Vorwürfe auf der kommenden Generalversammlung zur Folge haben. Aber auch die Vorstände selbst haben ein Interesse daran, sich in entscheidenden Stunden mit einer größeren Zahl von Vertrauensleuten, welche die Meinung und Stimmung der Mitglieder aus unmittelbarer Anschauung kennen, in Verbindung zu halten. Die Befugnisse, die eine Generalversammlung dem Vorstande verleiht, mögen noch so groß sein, sie mögen dem Vorstande ein sehr weitgehendes *Recht* geben, *jede* Verantwortung selbst zu tragen — die *Last* der Verantwortung wird damit doch nicht geringer. Daher werden die Vorstände die Gelegenheit, durch die Beiräte eine gewisse Entlastung zu erfahren, nicht unbenutzt lassen.

Wie weit die Beiräte dazu beigetragen haben, ein gutes Verhältnis zwischen Führung und Mitgliedschaft herzustellen oder ein schlechtes Verhältnis dort, wo es eingetreten war, zu verbessern, wird sich schwer feststellen lassen. Dazu sind diese Einrichtungen meist noch zu jung. Viele dieser Beiräte sind auch erst in einer Zeit in Wirksamkeit getreten, in der das Verhältnis zwischen Mitgliedschaft und Führung

[1]) A. a. O. Seite 13 ff.

ohne innere, im Leben der Organisation selbst liegende Gründe, also gleichsam künstlich verschlechtert worden ist, teils durch die Ungunst der Verhältnisse der letzten Jahre, teils durch die demagogische Propaganda der Kommunisten in den Gewerkschaften. Trotz dieser Verdunkelung der Wirkungen dieser Einrichtungen infolge mißlicher Zeitumstände haben wir den Eindruck, daß sich in den Beiräten ein Stück lebendiger Demokratie verkörpert, denn sie sind bei zweckvoller Zusammensetzung und geschickter Ausnutzung ihrer Befugnisse geeignet, den Willen der Mitglieder bei dem Vorstand stärker zu Gehör zu bringen und zugleich der Leitung als Unterstützung zu dienen. Daher sollten gerade angesichts der inneren Wirren der letzten Jahre die Verbände die größte Aufmerksamkeit auf die Pflege von Einrichtungen dieser Art richten.

Die zunehmende Kompliziertheit der Aufgaben der Gewerkschaften nötigt aber gleichzeitig wieder zu Maßnahmen entgegengesetzter Art, die allen demokratischen Vorstellungen zu widersprechen scheinen. Das unliebsamste Aufsehen der Mitglieder hat in den letzten Jahren, die erfüllt waren von Richtungskämpfen um die leitenden Posten, wiederholt das Recht der Vorstände, die *Leitungen der Ortsgruppen und Bezirksorganisationen* zu bestätigen oder gar selbst einzusetzen, erregt. Der Unwille der Mitglieder über die häufig notwendig gewordene Ablehnung der von ihnen gewählten örtlichen Leitungen durch die Zentralvorstände ist zwar begreiflich, aber dennoch ist ohne ein solches Recht der Vorstände die gewerkschaftliche Arbeit in unserer Zeit nicht mehr denkbar.

Die gewerkschaftliche Zentralorganisation ist ein Apparat von äußerster Empfindlichkeit. Sie ist auch zugleich der einzige wertvolle Besitz der Arbeiter in der kapitalistischen Ordnung, dessen Verlust sie aufs tiefste beklagen würden und der daher mit allen Mitteln unversehrt erhalten werden muß. Es ist richtig, wenn Kautsky sagt, daß mit der Ver-

antwortung des Gewerkschaftsfunktionärs, besonders des angestellten, auch die Anforderungen an seine Kenntnisse wachsen. Mangel an Kenntnissen bei den leitenden Personen kann die größten Verheerungen am Verbandskörper anrichten. Selbst wenn die Mängel und Fehler zunächst nur örtlicher Natur sind, bleiben ihre Wirkungen doch nicht auf den Ort ihrer Entstehung beschränkt. Eine gewerkschaftliche Zentralorganisation ist stets ein Ganzes, und Mängel, die an einem Glied entstehen, ziehen zumeist den ganzen Körper in Mitleidenschaft. Neben dieser innigen Verbindung im Raum erfordert die moderne Gewerkschaftsarbeit eine große Stetigkeit im zeitlichen Ablauf des Geschehens. Sowohl im Nebeneinander der Glieder des Ganzen wie im Nacheinander der Aktionen muß ein einheitlicher Wille wirksam sein. Es ist nicht möglich, daß an dem einen Ort nach anderen Grundsätzen gearbeitet wird als an einem anderen oder in der Zentrale, und es ist ebensowenig erträglich, daß die Auffassungen, nach denen die Arbeit des Verbandes oder seiner Ortsgruppen sich orientiert, dem gleichen Wechsel unterworfen sind, wie die Stimmungen der Majoritäten in den Mitgliederversammlungen. Darum ist es notwendig, daß der Zentralvorstand als die Körperschaft, in deren Hände die Generalversammlung die Verantwortung für das Wohl des Ganzen gelegt hat und die dem einheitlichen Willen des Ganzen bei allen seinen Teilen Geltung verschaffen soll, auch darüber wacht, daß durch die Tätigkeit der Ortsgruppen und ihrer Leitungen die Einheitlichkeit des Auftretens des Gesamtverbandes nicht gestört wird. Als Zwischenglieder zwischen der örtlichen Mitgliedschaft und der zentralen Leitung müssen die örtlichen Leitungen beiden Seiten verantwortlich sein. Das alles gilt besonders für die Bestellung der besoldeten örtlichen Angestellten, denn sie verrichten ihre Tätigkeit in den größten Ortsgruppen und damit an Plätzen, die für das Schicksal des Gesamtverbandes von größter Bedeutung sind.

Die zunehmende Ausdehnung und gleichzeitige Konzentration der Gewerkschaften führen also zu einer *Verstärkung der zentralistischen Tendenz* ihrer Verfassung. Das Schwergewicht der Entscheidungen über die taktische Haltung der Verbände wird mehr und mehr von den Mitgliedermassen hinweg in die Beratungszimmer der oberen leitenden Körperschaften verschoben. Die Lebensbedingungen der gewerkschaftlichen Organisationen in der Aera des Hochkapitalismus erfordern eine starke Bindung von oben nach unten, denn die Führung muß, wenn die Organisationen vor ihren Gegnern und in ihren Kämpfen bestehen sollen, ihrer Gefolgschaft in allen Lagen sicher sein.

Das Leben der modernen Gewerkschaft stellt große Anforderungen an die Kenntnisse und Fähigkeiten der Führung wie an die Disziplin und das Vertrauen der Mitglieder. Das souveräne Handeln, zu dem der Gewerkschaftsführer gerade in schwierigen Lagen berufen ist, erfordert souveräne Naturen. Der Gewerkschaftsführer muß seine Ueberlegenheit in seiner Stellung zu dem Gegner wie zu den Stimmungen der Massen zu bewahren wissen, aber dennoch darf keine obrigkeitliche Gesinnung in den Instanzen Platz greifen. Der Grundsatz der demokratischen Verfassung wird durch keine der von uns angeführten Maßnahmen, welche die demokratischen Freiheiten anscheinend beschränken, angetastet, denn er findet seinen stärksten Ausdruck darin, daß die höchste Führerstelle tatsächlich jedem offen steht, der sich durch seine Fähigkeiten hervortut und bereit ist, sie zu besetzen. Bei der demokratischen Auslese der Führer fällt der Generalversammlung, die den Vorstand zu wählen hat, eine schwierige und im höchsten Maße verantwortliche Aufgabe zu. Sie kann den Vorstandsmitgliedern durch ihre Wahl die Souveränität der Befugnisse, aber nicht die Souveränität der Persönlichkeit verleihen. Sie muß bei ihrer Auswahl daher in der ernstesten Weise und mit unantastbarer Lauterkeit verfahren. Alles was hierbei auf Gunst oder Mißgunst be-

ruht oder auch nur im entferntesten jenen Manipulationen ähnelt, die man volkstümlich als Schiebung bezeichnet, wird sich angesichts der Schwierigkeit des Verhältnisses zwischen Mitgliedschaft und Führung und der Kompliziertheit der Aufgabe des Gewerkschafters früher oder später als untauglich erweisen. Nur sachliche Werte und gediegene menschliche Qualitäten können in der Führung der Gewerkschaftsbewegung dauernde Geltung haben.

Aber auch auf der Seite der Mitglieder sind persönliche und sachliche Qualitäten die Voraussetzung für ein glückliches Verhältnis zwischen Führung und Gefolgschaft. Die Verfassung einer Gewerkschaft darf den Mitgliedern das Maß von demokratischen Rechten, das mit den Lebensbedingungen des Verbandes vereinbar ist, nicht vorenthalten. Als wichtiges Mittel der Demokratie haben wir die Beiräte bereits genannt. Von der Urabstimmung ist in den letzten Jahren gleichfalls in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht worden, sowohl bei der Wahl von wichtigen Funktionären wie bei der Entscheidung über Aktionen. Aber die Schwierigkeiten des Verhältnisses zwischen Führern und Mitgliedern wachsen in demselben Maße, wie die Aufgaben der Organisationen verantwortungsreicher und vielgestaltiger, die ökonomischen Zusammenhänge undurchsichtiger werden. Daher ist der Frage der Verfassung der Gewerkschaften in einer Zeit zunehmender Schwierigkeiten wachsende Aufmerksamkeit und Sorgfalt zuzuwenden. Aber auch die besten demokratischen Satzungen können die schwierige Aufgabe, aus Führung und Gefolgschaft eine Einheit zu bilden, nicht allein erfüllen. Das Vertrauen, der Wille der Massen zur Disziplin muß gesteigert werden durch Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Einsicht und ihres taktischen Verständnisses. Auch bei der Erfüllung dieser Aufgabe der Bewegung können verfassungsmäßige Einrichtungen mitwirken.

Diese Entwicklung der Verfassung der Gewerkschaften war in vollem Zuge begriffen, als der Krieg ausbrach. Der Krieg und seine Folgen riefen Verhältnisse hervor, welche die Gewerkschaften nötigten, die Tendenz zu straffstem Zentralismus noch stärker zu betonen. Die gleichen Ursachen steigerten aber zugleich die Reaktion gegen die Macht der Zentralinstanzen bei den Massen. Der Gegensatz zwischen Führung und Mitgliedschaft trat heftiger hervor in einer Zeit und unter Verhältnissen, da entschlossenste Führung und straffste Disziplin dringender denn je geboten erschienen.

Die großen Mitgliederzahlen, deren sich die Gewerkschaften nach dem Kriege erfreuen konnten, haben wir schon genannt. Die auf der bloßen äußeren Ausdehnung der Gewerkschaften beruhenden Gründe für eine Verschiebung des Schwergewichts der Entscheidungen auf repräsentative Körperschaften aller Arten und Grade und auf die zur Verwaltung und taktischen Führung bestellten Zentralvorstände mußten jetzt in wachsendem Maße Geltung gewinnen. Die Anforderungen an die Disziplin der Massen wuchsen in dem gleichen Maße, wie die ungeschulten Mitgliedermassen in den Gewerkschaften sich mehrten. Auch Disziplin ist ein Bestandteil der Demokratie der Arbeiterbewegung. Bereitschaft zur Disziplin beruht ebenso wie die Bereitschaft zur Führung auf Fähigkeiten menschlicher wie sachlicher Art. Kein Wunder daher, daß die nach 1918 von den Gewerkschaften in Massen gewonnenen Mitglieder den Anforderungen, die an ihre Disziplin gestellt wurden, nicht gewachsen waren. Sie hatten keine Gelegenheit, die Rolle dieser Disziplin im Rahmen gewerkschaftlicher Demokratie verstehen zu lernen und die Bereitschaft zur Disziplin aus dem Verständnis der Aufgabe der Gewerkschaften und der neuen Verhältnisse, in welche die Gewerkschaften nach 1918 gestellt waren, zu gewinnen.

Aufgabe und Stellung der Gewerkschaften aber hatten infolge dieser neuen Verhältnisse nach verschiedenen Richtungen eine Ausdehnung und Veränderung erfahren. Die Gewerkschaften, die ihr Augenmerk bisher fast ausschließlich auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen und damit auf eine mehr mittelbare Beeinflussung der Gestaltung der Produktion gerichtet hatten, waren nun bestrebt, ihren Einfluß auf eine *direkte Teilnahme an der Gestaltung der Produktion* auszudehnen. Der Aufschwung der politischen Machtstellung der Arbeiterklasse, der 1918 eingetreten war, drängte dahin. *Hilferding* kennzeichnet diese Situation folgendermaßen:

„Der organisierte Kapitalismus stellt nun mit dem Problem der Wirtschaftsdemokratie die Produzenten geistig vor eine andere Situation. Der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation stehen jetzt die Produzentenorganisationen gegenüber. Die Aufstiegsmöglichkeit ihrer Mitglieder innerhalb der bureaukratisch organisierten Wirtschaft wird zum Inhalt ihrer Politik zugleich mit dem Streben, die Wirtschaftsorganisation selbst zu beeinflussen und demokratisch umzuwandeln. Fabriksdemokratie, Stärkung der Stellung der Betriebsräte, Produktionskontrolle in allen Nüancen des umfassenden Wortes bis zur schließlichen Erringung der Wirtschaftsdemokratie wird zum Inhalt der Politik der Arbeiterorganisationen' [1]).

Kautsky hat ähnliche Aufgaben für die Arbeiterorganisationen vorausgesehen. In seiner „Sozialen Revolution", die 1906 in zweiter Auflage erschien, ging er auf die Frage der demokratischen Fabrik im Stadium des Ueberganges von Kapitalismus zum Sozialismus ein, um zugleich die Rolle der gewerkschaftlichen Disziplin bei der Ausdehnung der gewerkschaftlichen Aufgaben in der Richtung auf eine aktive Produktionspolitik zu erörtern.

„Aber die Disziplin, welche im Proletariat lebt, ist nicht die militärische Disziplin, sie bedeutet nicht den blinden Gehorsam gegen

[1]) *Hilferding,* Probleme der Zeit. Die Gesellschaft, 1. Jahrg., Nr. 1, Seite 6.

eine von oben eingesetzte Autorität; es ist die demokratische Disziplin, die freiwillige Unterwerfung unter eine selbstgewählte Führung und unter den Beschluß der Majorität der eigenen Genossen. Soll diese demokratische Disziplin in der Fabrik wirken, dann setzt sie eine demokratische Organisation der Arbeit daselbst voraus, sie setzt voraus, daß die demokratische Fabrik an Stelle der heutigen autokratischen tritt. Es ist selbstverständlich, daß ein sozialistisches Regime von vornherein bestrebt sein wird, die Produktion demokratisch zu organisieren. Aber auch, wenn das siegreiche Proletariat nicht von vornherein diese Absicht haben sollte, so wird es doch dazu durch die Notwendigkeit getrieben werden, den Fortgang der Produktion sicherzustellen. Die Aufrechterhaltung der unentbehrlichen Disziplin bei der Arbeit wird sich nur durchführen lassen durch Einführung der gewerkschaftlichen Disziplin in den Produktionsprozeß"[1]).

Indem Kautsky die gewerkschaftliche Disziplin in diese Betrachtung einbezieht, erhebt er bereits die Frage nach den *Mitteln* zur Erfüllung der Aufgaben, die den Gewerkschaften jetzt gestellt sind. Die gewerkschaftliche Disziplin als Bestandteil der gewerkschaftlichen Demokratie, die bisher tragendes Element der Lohnpolitik war, soll nun auch eines der wichtigsten Mittel der gewerkschaftlichen Produktionspolitik und der Fabrikdemokratie werden.

Die neue Aufgabe, die der Arbeiterklasse jetzt erwächst und die von Hilferding mit ausgezeichneter Schärfe gekennzeichnet wurde, kann nicht erfüllt werden von einzelnen Berufs- und Industrieverbänden. Auch nicht von einer Summe von zentralistischen Berufs- und Industrieverbänden, wie sie durch die Generalkommission der Gewerkschaften dargestellt wurde, sondern nur von einer umfassenden Verbindung, in der die Arbeiterschaft als Klasse organisiert ist und in deren Gestalt die Arbeiterklasse als einheitliche gewerkschaftliche Macht den anderen Mächten der Gesellschaft gegenübersteht. Daher ist es 1919 Zeit, diese Organisation zu schaffen durch die Umwandlung der in der General-

[1]) *Kautsky*, Die soziale Revolution. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. 3. Auflage, Seite 79.

kommission bestehenden losen Verbindung der Einzelorganisationen zur festeren Form des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Vertretung der Lohninteressen der Arbeiter muß auch der ADGB. den einzelnen Verbänden überlassen. Auch die Durchführung der in den „Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften", die der Nürnberger Gewerkschaftskongreß 1919 annahm, gestellten Forderungen, die sich unverkennbar in der Richtung der Wirtschaftsdemokratie bewegen, ist nach diesen Richtlinien „Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufszweigen". Aber die für alle Berufs- und Industriezweige gemeinsamen politischen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen „zukünftigen Wirksamkeit der Gewerkschaften" herzustellen und ihre Beachtung zu überwachen sowie ein einheitliches Vorgehen aller Berufs- und Industrieverbände auf dem neuen, das Interesse der Gesamtheit der Arbeiterklasse gleichmäßig berührenden Gebiete herbeizuführen — das ist die ungemein wichtige Aufgabe, die nun dem Vorstande des ADGB. zufällt. Damit erhalten auch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, soweit sie diese Gebiete behandeln, erhöhte Bedeutung gegen frühere Zeiten.

Nehmen wir nun mit Kautsky an, daß die „Einführung der gewerkschaftlichen Disziplin in den Produktionsprozeß" — den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, an dem die Arbeiterschaft als eine Gesamtheit beteiligt ist, wie den Produktionsvorgang im Betrieb — die Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Produktionspolitik der Arbeiterklasse ist, so müssen wir zu dem Schluß kommen, daß diese Disziplin *die Unterordnung* eines jeden Einzelgliedes: der Betriebsbelegschaft, der Berufsgruppe, der Arbeiter und Angestellten eines Industriezweiges *unter einen höchsten gemeinsamen Willen*, also Disziplin auf größte Distanz bedeutet. Als oberste repräsentative Körperschaft erscheint jetzt — mit weit größerem Gewicht als früher — der Gewerkschafts-

kongreß und als sein ausführendes Organ der Bundesvorstand. Die Satzungen des ADGB., die in Nürnberg beschlossen wurden, sagen darüber nichts, aber die Praxis der letzten Jahre hat die Bedeutung der Stellung des Bundesvorstandes wiederholt stark hervortreten lassen. Als ein weiteres Merkmal strengster Zentralisation bis zur höchsten Spitze ist das neue, gleichfalls in Nürnberg beschlossene Statut der Ortsausschüsse des ADGB. zu betrachten, und sehr starken Ausdruck hat die bedeutsame Rolle von Beschlüssen des Bundesvorstandes und des Gewerkschaftskongresses in neuerer Zeit in den „Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben" gefunden, die im Auftrage des Gewerkschaftskongresses zu Leipzig 1922 vom Bundesausschuß beschlossen wurden[1]). Dieser Beschluß bindet, wie schon seine Ueberschrift sagt, die einzelnen Gewerkschaften unter bestimmten Voraussetzungen bei Lohnbewegungen an bestimmte Regeln, greift also in das eigenste Gebiet der einzelnen Verbände ein.

Aber so einfach, wie die Dinge nach den Beschlüssen, in denen sich die Entwicklung widerspiegelt, erscheinen, waren sie in Wirklichkeit nicht.

Gewerkschaftliche Disziplin ist nicht der blinde Gehorsam „gegen eine von oben eingesetzte Autorität", sondern sie ist nur denkbar als Widerhall der gewerkschaftlichen Demokratie. Disziplin, die auf der freiwilligen Unterordnung des einzelnen unter die Beschlüsse von Organen, die einen Gemeinschaftswillen verkörpern, beruht, hat zur Voraussetzung, daß diese Organe auf demokratischem Wege eingesetzt und mit ihren Befugnissen ausgestattet werden. Das ist bei den Organen der Gewerkschaften zweifellos der Fall, aber die Demokratie der zentralistischen Organisation ist, wie wir gezeigt haben, nicht mehr primitiv genug, um von den Massen ohne weiteres in ihren Zusammenhängen und in ihrem Wirken begriffen zu werden. Außerdem waren die Massen, die

[1]) Korrespondenzblatt des ADGB. 1922, Nr. 39, Seite 563.

eine Reihe machtvoller Autoritäten während des Krieges verachten gelernt und nach dem Kriege zusammenbrechen gesehen hatten, zu leicht geneigt, sich gegen jede, auch gegen die in den gewerkschaftlichen Organen ruhende selbstgeschaffene Autorität zu wenden. Und schließlich war die Autorität der gewerkschaftlichen Instanzen stark erschüttert durch die Kritik, die ihre Kriegspolitik erfahren hatte. Während solche Kritik an der Arbeiterbewegung, wenn sie einmal notwendig wird, von ihren disziplinierten Anhängern in einer Weise geführt zu werden pflegt, die dem Ganzen keinen Schaden zufügt, mußte die nach 1918 einsetzende Kritik an den Gewerkschaften, von den soeben in die Organisationen eingedrungenen ungeschulten Massen oder in ihrem Namen geübt, zu Ausschreitungen führen.

So kam es, daß die Mitgliedschaften wenig geneigt waren, der den neuen Aufgaben entsprechenden jüngsten Entwicklung der zentralistischen Bindungen, deren wichtigste äußere Zeichen wir genannt haben, zu folgen. Am geringsten aber ward ihre Neigung zur Unterwerfung unter die historisch gewordene demokratische Ordnung dort, wo es sich um die „Einführung der gewerkschaftlichen Disziplin in den Produktionsprozeß" handelte.

Von den Gewerkschaften wurden die demokratischen Voraussetzungen der Disziplin als bestehend angesehen. Den führenden Organen war die Autorität in jahrzehntelanger Entwicklung, die von der Idee des Zentralismus bestimmt war, verliehen worden. Not tat also nicht die Schaffung der Autorität durch Bindung von unten nach oben, auf demokratischem Wege, sondern die Anwendung der Autorität durch Bindung von oben nach unten und die Ausdehnung der Befugnisse der bestehenden leitenden Organe auf das neu eröffnete Gebiet der Produktionspolitik.

Aus diesem Gedanken entstehen — als Mittel, „die Wirtschaftsorganisation selbst zu beeinflussen und demokratisch umzuwandeln", oder zur „Einführung der gewerkschaftlichen

Disziplin in den Produktionsprozeß" — die *Arbeitsgemeinschaften*. Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß erklärte: „Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits... auf den Weg der *wirtschaftlichen Demokratie* gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Vertretung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen." Und das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission vom 14. Dezember 1918 stellt den Arbeitsgemeinschaften folgende Aufgabe:

„Diese Arbeitsgemeinschaft beschränkt sich nicht nur auf die Uebergangswirtschaft, sie will *alle* die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie alle sie betreffenden Angelegenheiten der Gesetzgebung und Verwaltung *gemeinsam lösen* . . . . . Der Zentralausschuß stellt das wirtschaftliche Parlament Deutschlands dar, in dem alle Industrien und Gewerbe als Fachgruppe durch ihre Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgesandten vertreten sind. Die Vertretung in allen Organen ist streng paritätisch . . . . Was dieser Arbeitsgemeinschaft ihre große Bedeutung verleiht, das ist nicht allein der gemeinnützige Zweck, der die seither widerstrebenden Kräfte der deutschen Volkswirtschaft gemeinsam in den Dienst des *wirtschaftlichen Aufbaues* stellt, sondern auch die großzügige Organisation, die alle Berufe umfaßt und restlos in das Gemeinschaftswerk einfügt . . . ."

Setzen wir den zentralistischen Charakter der deutschen Gewerkschaften als gegeben und allseitig anerkannt voraus, so war es folgerichtig, daß auch das Schwergewicht der Entscheidungen über Maßnahmen, die Wirtschaftsorganisation unmittelbar zu beeinflussen, in die Hand zentraler Organe gelegt wurde. Fraglich kann nur sein, ob die Form, die mit den Arbeitsgemeinschaften gewählt wurde, den Interessen der Arbeiterklasse förderlich und zur Erfüllung der gestellten Aufgabe geeignet war, aber diese Frage braucht uns im Rahmen unseres Themas nicht zu beschäftigen.

Der Blick der Massen aber umfaßt nicht den gesellschaftlichen Produktionsprozeß als eine Einheit, sondern er ist zunächst gerichtet auf den Produktionsvorgang im *Betrieb*. Die Forderung der Beeinflussung der Wirtschaftsorganisation auf dem Wege des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter wurde in allen Nuancen mißverstanden. Dieses Mißverstehen fand seinen stärksten Ausdruck in der Forderung nach unmittelbarer Besitzergreifung der Macht im Betriebe. In den Massen war das Bestreben vorherrschend, das Schwergewicht der Mitbestimmung der Arbeiter in die Betriebe zu verlegen und das Mitbestimmungsrecht durch eine starke und unabhängige Stellung der betrieblichen Organe zu verwirklichen.

Diese Tendenz widersprach der zentralistischen Form der Gewerkschaften und bedrohte den Bestand der Zentralverbände, indem sie alle Gefahren eines in Deutschland längst getanen Syndikalismus heraufbeschwor. So folgerichtig es war, daß die Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Gestaltung der Wirtschaftsorganisation ihrem zentralistischen Charakter gemäß durch verantwortliche Spitzenorgane zu verwirklichen suchten, so konsequent war es, daß die entschlossensten Vertreter der Devise „Alle Macht den Räten", die Gewerkschaften in der überkommenen Form für überflüssig erklärten. Auch sie wollten nicht auf zentrale Organe zum Zwecke einer demokratischen Beherrschung der Wirtschaftsorganisation verzichten, aber sie dachten daran, die zentralistische Form durch einen vom Einzelbetrieb ausgehenden Aufbau von neuem zu gewinnen. Dieser Gegensatz zwischen der zentralistischen Tendenz der Gewerkschaften und der in der Rätebewegung des ersten Jahres nach der Umwälzung sehr starken dezentralistischen Strömung, war die Ursache der erbitterten Feindschaft zwischen den Vertretern beider Auffassungen. Die Notwendigkeit betrieblicher Organe des Mitbestimmungsrechts leugneten, wie die Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses zeigen, auch die Gewerkschaften nicht mehr, aber sie wollten

durch die Erhaltung und Fortbildung der bestehenden Zentralverbände und die Eingliederung der Betriebsvertretungen in ihren Kreis zu der Gesamtorganisation gelangen.

Die Entwicklung hat dieser Auffassung recht gegeben. Nachdem die Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz verabschiedet hatte, wählten die Arbeiter und Angestellten nahezu einmütig freigewerkschaftliche Betriebsräte. Diese Uebereinstimmung ist allerdings zum Teil durch den Zwang des Gesetzes herbeigeführt worden, denn die Bestimmungen des Gesetzes verpflichten den Betriebsrat zu enger Fühlung mit der gewerkschaftlichen Organisation.

DRITTER ABSCHNITT

Der Ansturm der sogenannten selbständigen Rätebewegung dürfte die stärkste Krise gewesen sein, die der gewerkschaftliche Zentralismus im Laufe seiner Geschichte zu bestehen hatte. Der Zentralismus hat den Sieg davongetragen, aber die wirtschaftliche Entwicklung wird den Gewerkschaften auch fernerhin Probleme organisatorischer Art nicht ersparen. Die Gewerkschaftsbewegung wird diese Fragen immer wieder im Sinne des Zentralismus, ja durch weitere Steigerungen des Zentralismus beantworten müssen, denn die *fortschreitende Konzentrationsbewegung des Kapitals* erlaubt keine andere Wahl. Diese Bewegung wird nie vollkommen abgeschlossen sein, so daß auch die Organisationsformen der Gewerkschaften beweglich bleiben werden. Um so wichtiger ist es, daß sie an einem feststehenden Prinzip eine sichere Orientierung finden.

Die in der Vergangenheit gemachte Erfahrung, daß die Entwicklung der Organisationsformen und Eigentumskombinationen der Wirtschaft mitbestimmend sind für die Gestaltung der gewerkschaftlichen Organisationen, darf aber nicht zu der Folgerung verleiten, daß die Gewerkschaften gut beraten

sind, wenn sie neue Bildungen in der Wirtschaft in jedem Falle und mit allen Einzelheiten ohne Prüfung und Bedenken auf die eigenen Organisationsformen übertragen. Die kapitalistische Konzentrationsbewegung der jüngsten Zeit wird gerade durch Erscheinungen charakterisiert, die uns durchaus nicht geeignet erscheinen, den gewerkschaftlichen Organisationen als Vorbild zu dienen. Der wachsende Einfluß des Finanzkapitals bringt das spekulative Moment in der Wirtschaft sehr stark, vielleicht mit zunehmender Stärke zur Geltung. Große Eigentumsmassen gehen gleichsam „spielend" von einer Hand in die andere. Es ist gewiß kein Zufall, daß eine starke Spekulantennatur wie Stinnes an der Spitze der modernen Konzernbewegung stand. Seine Rolle war außerdem vornehmlich die des Pioniers; wie der Gestalter dieser Form wirtschaftlicher Konzentration aussehen und welche endgültige Gestalt die in der Entstehung begriffenen Bildungen annehmen werden, bleibt abzuwarten. Bei der Beurteilung der Wirkungen von Umgruppierungen innerhalb der organisierten Wirtschaft für die Gewerkschaften sollte das nicht übersehen werden, denn die Formen der gewerkschaftlichen Organisation dürfen den neuen Bildungen, deren Festigkeit und Dauer noch ungewiß sind, nicht automatisch folgen. Ein solcher Anpassungseifer würde beständige Unruhe in die Organisationen tragen. Dieses Moment verdient bei der Erörterung der Folgen der modernen Konzernbildung für die Organisationsformen der Gewerkschaften größte Beachtung. Solange die Konzernbewegung nicht zu einem gewissen Abschluß geführt und Bildungen von einiger Beständigkeit geschaffen hat, ist es bedenklich, abschließende Folgerungen für die Gewerkschaften von dieser Bewegung abzuleiten.

Wir dürfen auch nicht übersehen, daß, wie der Vertikaltrust die Wirtschaft spaltet, auch ein gewerkschaftlicher Vertikalzentralismus das immer noch starke Band der gemeinsamen beruflichen Interessen der Arbeiter zerreißen würde.

Eine gewerkschaftliche Vertikalorganisation ist von vornherein eine interberufliche Verbindung. Sie wäre, wieder analog dem Vertikaltrust, eine in sich geschlossene Macht, die unter Umständen auch ohne Verbindung mit den Nachbarorganisationen und unberührt von deren Schicksal bestehen kann. Die auf der Horizontale des Berufes oder Industriezweiges ruhende Zentralorganisation kann dagegen nie der Isolierung verfallen, denn sie bleibt infolge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung stets mit fast allen übrigen Organisationen der Arbeiterklasse verknüpft. Für das Unternehmertum bedeutet der Vertikaltrust die Ueberbrückung des alten Gegensatzes zwischen Rohproduktion und verarbeitender Industrie. In der Arbeiterklasse, für die jener Gegensatz nicht besteht und somit auch der Ueberbrückung nicht bedarf, könnte jedoch eine automatische Anpassung ihrer Organisationen an die neuen wirtschaftlichen Formen alte Verbindungen lösen, bevor wir noch sicher sind, daß neue, gleichstarke an ihre Stelle treten.

Sind hier Perspektiven sichtbar, denen die gewerkschaftlichen Organisationen nur mit äußerster Vorsicht folgen dürfen, so nötigen andere Erscheinungen stärker zu einer innigeren Verbindung der Organisationen untereinander und unter einheitlicher Führung.

Die Gesetzgebung über die Tarifverträge und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten hat — in Verbindung mit der riesigen Ausdehnung, die das Tarifvertragswesen in den letzten Jahren erfahren hat — den Staat in die Lage versetzt, an der Vereinbarung der Arbeitsbedingungen Anteil zu nehmen und auf den materiellen Inhalt der Arbeitsverträge einen weitreichenden Einfluß auszuüben. Diese *staatliche Lohnpolitik* wird von zentraler Stelle, dem Reichsarbeitsministerium, nach bestimmten einheitlichen Grundsätzen betrieben, und das Machtmittel, das der Staatsgewalt in Gestalt der Schlichtungsbehörden für diesen Zweck zur Verfügung steht, ist stark genug, um die von der Zentrale aufgestellten Grund-

sätze in der gesamten Wirtschaft auf dem Wege über den mit Hilfe der Schlichtungsbehörden abgeschlossenen Tarifvertrag gleichmäßig zur Geltung zu bringen. Diese Erscheinung hat den Bundesausschuß des ADGB. bereits bewogen, im Lohnpolitischen Ausschuß ein zentrales Organ zu schaffen, dem die Aufgabe gestellt ist, auch der Lohnpolitik der Gewerkschaften Einheitlichkeit zu verleihen. Die Zentrale der Unternehmerverbände besitzt selbstverständlich eine ähnliche Einrichtung. Auch hier sind Tendenzen rege, deren Wirkungen noch nicht zu überblicken sind; aber es ist sehr wohl möglich, daß sich aus der gleichen Ursache mit der Zeit noch andere Folgen für die organisatorischen Kombinationen der Gewerkschaften ergeben.

Die *Arbeit mit dem Betriebsrätegesetz* hat inzwischen, während die Entwicklung zu strafferen Formen der wirtschaftlichen Organisation unaufhaltsam weiterging, zur Ueberwindung des einst so heftigen Gegensatzes zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten geführt. Die Betriebsräte haben ihre besten Erfolge ohne Zweifel einer engen Fühlung mit den Gewerkschaften zu danken, und diese haben begonnen, sich der Betriebsvertretungen als ihrer Organe zu bedienen. Wir wollen die Aufrichtigkeit des gegenseitigen guten Verhältnisses nicht in Zweifel ziehen, möchten aber doch daran erinnern, daß diese engen Beziehungen zum Teil auf äußere Einflüsse zurückzuführen sind. Sie beruhen auf der Existenz und den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, das beide Teile zu gegenseitiger Würdigung verpflichtet, und auf der überragenden Geltung des gewerkschaftlichen Zentralismus, entstammen also nicht einer inneren Notwendigkeit des Betriebsrätewesens, das seine ursprüngliche dezentralistische Kraft nicht eingebüßt hat. Diese wird gebannt durch die genannten Wirkungen des Gesetzes und paralysiert durch die zentralistische Kraft der Gewerkschaften; aber jenes kann verloren gehen, und diese kann eine Schwächung erfahren.

Gegenwärtig hat die zentralistische Tendenz der Gewerkschaften allerdings eine weitere Steigerung erfahren durch das *Tarifvertragswesen* und seine große Ausdehnung[1]). Im modernen Kollektivvertrag, der die Arbeitsbedingungen für einen großen und täglich wachsenden Kreis von Arbeitnehmern zwingend bestimmt, findet die zentralistische Idee ihren stärksten praktischen Ausdruck, und der zentrale Abschluß von Verträgen mit weitreichendem Geltungskreis hat bedeutende Machtbefugnisse der zu diesem Abschluß berufenen Organe zur Voraussetzung. Solange in größerem Umfange Tarifverträge bestehen, sind die Betriebsvertretungen, wenn sie den Boden des Gesetzes nicht verlassen wollen, genötigt, sich in ihren Grenzen und damit im Rahmen der gewerkschaftlichen Zentralorganisation, die Partei des Tarifvertrages ist, zu bewegen. Während eines tariflosen Zustandes gibt das Gesetz aber den Betriebsräten die Freiheit, selbst die Arbeitsbedingungen mit den Arbeitgebern zu vereinbaren. Dabei würden sie in den meisten Fällen zwar nur mit mäßigen materiellen Erfolgen aufwarten können, aber dennoch kann ein solcher Zustand dazu führen, daß die dezentralistischen Kräfte des Betriebsrätewesens von neuem aufleben.

Das Unternehmertum hat auch bereits versucht, die Betriebsräte auf diese schiefe Bahn zu locken. In der Nr. 1 des laufenden Jahrganges veröffentlichte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" einen Artikel, den sie mit der vielsagenden Ueberschrift: „Vom Tarifvertrag zur Werksgemeinschaft" ausstattete. Der Verfasser des Artikels, Herr Dr. Rotheudt, und mit ihm wohl die Schriftleitung, die den Artikel ohne eine einschränkende Bemerkung abdruckte, halten den Herr-im-Hause-Standpunkt der Vorkriegszeit zwar für überwunden, aber an seine Stelle soll nicht die Bereitschaft

[1]) Im Jahre 1922 war das Arbeitsverhältnis von mehr als 14 Millionen Arbeitern und Angestellten tarifvertraglich geregelt.

zum Abschluß von Tarifverträgen, sondern die „Werksgemeinschaft" des Unternehmers mit den Arbeitern seines Betriebes treten. Auch im „Arbeitgeber", dem offiziellen Blatt der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, wurden ähnliche Töne laut, und mehrfach gab das Unternehmertum zu verstehen, daß es sich mit der Idee trägt, die Betriebsräte zu Instrumenten einer solchen „Werksgemeinschaft", die nur die alten gelben Werkverbindungen unter anderem Namen zu neuem Leben erwecken soll, herabzuwürdigen. Diese auffallenden Erscheinungen haben auch die „Gewerkschafts-Zeitung", das Organ des ADGB., veranlaßt, in einem sehr eindringlichen Leitartikel[1]) auf die mit solchen Absichten der Unternehmer verbundenen Gefahren hinzuweisen.

In ähnlicher Weise wie das Unternehmertum spekulieren die *Kommunisten*. Sie benutzen gleichfalls die Betriebsräte als Anknüpfungspunkte für ihre Propaganda in den Gewerkschaften. Auch sie rechnen damit, das Gefüge der zentralistischen Organisation durch die Mobilisierung der dezentralistischen Kräfte des Betriebsrätewesens lockern zu können. Ihre Propaganda muß daher versuchen, die Bedeutung der Betriebsräte — sehr zum Nachteil der Betriebsräte selbst — künstlich zu erhöhen. „Es war nicht das tägliche Herumschlagen mit einem Unternehmer, was den Betriebsräten eine immer größere Bedeutung gab, sondern vielmehr die Tatsache, daß bei dem dauernden Versagen der Gewerkschaftsführer die *revolutionären Betriebsräte* es waren, die allein noch die Kämpfe gegen die Verelendung und gegen die Unterdrückung des Proletariats führten", heißt es in einem Flugblatt, das die Zentrale der KPD. zu den Betriebsrätewahlen im Jahre 1924 verbreitete. Wie bei der „Werksgemeinschaft" der Unternehmer, so erscheinen auch hier die Betriebsräte als Ersatz für die gewerkschaftliche

[1]) Betriebsräte und Betriebsvereinbarungen. Gewerkschafts-Zeitung Nr. 8 vom 23.2.1924.

Organisation. Diese Taktik hat der kommunistischen Bewegung in den Gewerkschaften allerdings nur mäßige Erfolge gebracht. Die Beteiligung einer von den Kommunisten inspirierten gewerkschaftlichen „Opposition" an den Betriebsrätewahlen mit eigenen Listen gibt wohl Gelegenheit, Unzufriedene aus allen gewerkschaftlichen Lagern und Unorganisierte zur Abgabe eines kommunistischen Stimmzettels zu bewegen, aber weder die Stimmenzahl noch die oppositionellen Zellen stellen eine reale Macht dar. Beide sind Sammelbecken eines aus momentanen Ursachen aufflackernden und häufig ebenso schnell versickernden Unwillens wechselnder Mitgliederkreise, mit einer sicheren Gefolgschaft aus diesen Kreisen hat die KPD. jedoch nie rechnen können. Die Fluktuation der Anhänger ist in der kommunistischen Zellen- und Betriebsrätebewegung das einzige Beständige. Darum mußte die KPD. schließlich doch zur Gründung eigener Verbände übergehen, um die Errungenschaften ihrer Propaganda dauernd zu sichern.

Trotzdem werden die Bemühungen der KPD., die Betriebsräte als Waffe gegen die Gewerkschaften zu benutzen, ohne nennenswerten Erfolg bleiben, solange das Betriebsrätegesetz die Betriebsvertretungen auf eine enge Verbindung mit den Gewerkschaften hinweist. Der Verlust des Gesetzes würde jedoch eine völlig neue Situation schaffen. Ich habe in meiner Broschüre „Die Betriebsräteschule" die Wirkungen angedeutet, die eine Rückwärtsrevidierung der modernen Sozialpolitik zur Folge haben würde. Ich schrieb dort:

„Denn die Betriebsräte sind nicht Wirklichkeit, *weil* sie in der Verfassung und im Betriebsrätegesetz genannt werden, sondern sie werden dort genannt, weil sie Wirklichkeit waren. Ein Blick auf ihren historischen Werdegang lehrt es. Sie sind *ein Stück Verfassung* in jenem lebendigen Sinne, wie alle auf einem sozialen Lebenswillen beruhenden gesellschaftlichen Strömungen ein Stück Verfassung sind und als ein solches zur Geltung gelangen, auch wenn sie noch nicht im Verfassungsdokument oder Gesetzeswerk sanktioniert sind. Nicht für ihr Sein an sich, aber *für die Art*

des Seins der Betriebsräte ist ihre verfassungsmäßige und gesetzliche Bestätigung maßgebend geworden" [1]).

Die Aufhebung des Betriebsrätegesetzes würde also die Betriebsräte nicht beseitigen, sondern nur die gesetzlichen in ungesetzliche Betriebsräte verwandeln. Außerdem würde sie alle gesetzlichen Verbindungen mit den Gewerkschaften lösen. Ungesetzliche Betriebsräte würden viel leichter den Verlockungen zum Opfer fallen, die von den verschiedenen Seiten, von den Unternehmern oder von einer radikalen Propaganda, an sie herantreten. Wilden Betriebsrätebewegungen jeder Art würden sich dann die weitesten Möglichkeiten eröffnen.

Aber aus dieser Feststellung der Eigenarten des Betriebsrätewesens können wir nicht den Schluß ziehen, daß die Gewerkschaften die Betriebsräte zu fürchten hätten und sich ihrer wohl gar so schnell wie möglich entledigen müßten. Sondern wir können daraus nur folgern, daß die Gewerkschaften nichts unterlassen sollten, was die Betriebsräte enger mit den Gewerkschaften zu verknüpfen und den erwähnten äußeren Bindungen innerliche Beziehungen hinzuzufügen vermag.

Die *Betriebsräte* müssen noch mehr als bisher *Organe der Gewerkschaften* werden, aber nicht nur infolge gesetzlichen Zwanges, sondern auf Grund satzungsgemäßer Befugnisse im Rahmen der gewerkschaftlichen Demokratie. Bekommen sie Gelegenheit, in periodisch wiederkehrenden Versammlungen an der Gestaltung des Geschickes und der Taktik der Verbände in satzungsmäßig bestimmten und mit dem Gesetz übereinstimmenden Grenzen mitzuwirken, so erlangen sie die Befähigung, als Mittler zwischen Führung und Mitgliedschaft eine wichtige Aufgabe in den gewerkschaftlichen Organisationen zu versehen. Je mehr die Gewerkschaften an Umfang zunehmen, je mehr sie genötigt sind, verantwortliche Aufgaben einer wachsenden Zahl von beamteten

[1]) *Seidel,* Die Betriebsräteschule. Verlag der Arbeitsgemeinschaft, Berlin 1924.

Funktionären, die von den Mitgliedern immer mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet werden, zu übertragen, um so wertvoller kann für sie ein Stab von Funktionären sein, die dauernd im Arbeitsverhältnis verbleiben und sich doch der Gesamtorganisation verantwortlich fühlen.

Verantwortlichkeit entsteht aber nur aus der Verpflichtung, einen bestimmten Aufgabenkreis auszufüllen. Zweckmäßig eingereiht in den Umkreis der gewerkschaftlichen Demokratie können die Versammlungen der Betriebsräte ständige Repräsentativkörperschaften aller Grade und damit eine Einrichtung bilden, bei der schon infolge der jährlich wiederkehrenden Wahlen das demokratische Moment stark betont ist. Sie können ein wichtiges Mittel sein, den Zentralismus vor der Gefahr der Erstarrung zu bewahren, aber sie werden gleichzeitig eine Stütze der zentralistischen Idee, indem sie als Verbindungsglieder zwischen Massen und Führern die gegenseitige Verständigung fördern. Anfänge in dieser Richtung liegen bei einigen Gewerkschaften vor, aber sie dürften noch eines vielfältigen Ausbaues fähig sein.

Die Demokratie der zentralistischen Gewerkschaft ist nicht denkbar ohne ihr Widerspiel, die Disziplin. Gewerkschaftliche Disziplin kann aber nie auf bedingungsloser Anerkennung von Autoritäten beruhen; sie wird nur von Bestand sein, wenn sie sich auf Einsicht, geschöpft aus sachlichen Kenntnissen, gründet. Eine Disziplin solcher Art wird um so notwendiger, je stärker der Zentralismus sich zuspitzt und je mehr sich gleichzeitig der Pflichtenkreis der Gewerkschaften allgemein vergrößert und im besonderen nach der produktionspolitischen Seite ausdehnt. Dann wird die Uebersicht über das Ganze der Wirtschaft und die gleichzeitige eindringliche Kenntnis wirtschaftlicher Einzelheiten in wachsendem Maße Voraussetzung für den Erfolg der Führung wie für das verständnisvolle, disziplinierte Mitgehen der Mitglieder. In diesem Stadium bekommt ein anderes Wort Kautskys Bedeutung:

„Nicht blind vorstürmende Kühnheit mit völliger Nichtachtung aller Schwierigkeiten unserer Aufgabe hat das Werk der ökonomischen Revolution des Proletariats zu beseelen. Uns Sozialisten obliegt vielmehr gewissenhafteste Prüfung eines jeden Schrittes, den wir vorwärts tun. So fruchtbar ein revolutionäres Temperament wird, das sich durch die Fesseln des Herkömmlichen nicht hemmen läßt, es wird zum Verderben, wenn es nicht geleitet und gezügelt wird durch wissenschaftliche Gründlichkeit" [1]).

Die Gewerkschaften können nicht damit rechnen, solcher Einsicht durch Schulung der Massen in kurzer Zeit eine so weite Verbreitung zu verschaffen, daß die Gesamtheit der Mitglieder gleichmäßig davon erfüllt wird. Um so notwendiger ist die sorgfältige, planmäßige Schulung eines kleineren, für die Bildungstätigkeit der Gewerkschaften erreichbaren Kreises, der fähig ist, den *Kern der Gesamtbewegung* zu bilden, und dessen einzelne Angehörige in den Betrieben als *Kern eines Vortrupps von bewußten Anhängern der Idee der modernen Gewerkschaftsbewegung wirken.*

In den Betriebsräten ist dieser Kreis gegeben. Engste innerliche Fühlung mit den Gewerkschaften, Eingliederung in ihren organisatorischen Körper und Durchdringung mit ihrem geistigen Leben erheben sie zu einem Mittel der gewerkschaftlichen Demokratie und zu Trägern gewerkschaftlicher Disziplin. Jedes Mittel aber, das geeignet ist, die *Einheit von Demokratie und Disziplin* zu vollenden, bedeutet eine Steigerung der inneren Kraft der Gewerkschaften. In einem solchen Verhältnis zwischen Betriebsvertretungen und Gewerkschaften liegt auch die sicherste Gewähr für die dauernde Aufhebung der dezentralistischen Tendenzen des Betriebsrätewesens. Ein planmäßig aufgebauter Betriebsräteorganismus kann das Nervensystem der Organisation bilden, das alle Regungen an den einzelnen Gliedern des organisatorischen Körpers dem Gehirn mitteilt und alle Aeußerungen

[1]) *Kautsky,* Die proletarische Revolution. Verlag Dietz, Berlin 1922, Seite 174.

des Zentralwillens in den Gliedern zur Geltung bringt. Das Haus der Gewerkschaften, das, inneren Gesetzen folgend, wächst und sich dehnt, muß auch mit festeren Verbindungen im Innern und stärkeren organisatorischen wie geistigen Fundamenten versehen werden.

Arbeiterschaft und Intellektuelle

Von *Dr. Theodor Cassau*

Die Arbeiterschaft muß ihre Aufgabe darin sehen, sowohl im Staate und in der Gemeinde als auch in der Wirtschaft ihre Interessen wahrzunehmen und durchzusetzen, damit sie nicht „Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung" wird. Die Probleme, die im folgenden erörtert werden sollen, ergeben sich nicht nur für den, der auf dem Boden der formalen Demokratie steht, sondern in ähnlicher Weise auch für den, der das Heil in der Diktatur des Proletariats erblickt. Wir wollen, da alle Zweifelsfragen, die aus dieser verschiedenartigen Anschauung entstehen, für diese Untersuchung keine Rolle spielen, die Demokratie hier als das Recht der Masse im allerweitesten Sinne auffassen. Nun erfordern Wirtschaft und Verwaltung, und zwar nicht nur Gemeinde- und Staatsverwaltung, sondern schon die der Gewerkschaften, der Konsumvereine, der Arbeiterorganisationen, der Arbeiterpartei Fachleute, denen diese Leitung Lebensberuf ist, und die sich infolgedessen, von ihrer Vorbildung abgesehen, allein durch die Tagesarbeit besondere Fachkenntnisse aneignen. Wir sehen also, daß die Klasse, die durchaus Träger der Demokratie ist, in ihren eigenen Organisationen von der die Demokratie gefährdenden Tendenz zum Großbetrieb mit seiner beruflichen Leitung erfaßt wird. Gegenüber dem Klassengegensatz, der sich aus Besitz und Nichtbesitz von Produktionsmitteln für die kapitalistische Produktion ergibt, haben wir diese soziologischen Gegensätze, die sich aus der Differenzierung der Funktionen ergeben, bisher zu wenig beachtet. Dieser Mangel ist nicht verwunderlich, denn wir sind geneigt, gegenüber wirtschaftlichen Interessen und wirt-

schaftlichen Gegensätzen die Bedeutung von historischer Entwicklung und soziologischer Bedingtheit zu übersehen.

•

Bevor wir uns mit dieser Frage näher beschäftigen, müssen wir eine *Vorfrage* beantworten. Sind diese Gegensätze, insbesondere die zwischen den intellektuellen Schichten und der Arbeiterschaft oder schärfer ausgedrückt, die Gegensätze der zwischen den Klassen Stehenden und der Arbeiterschaft für die Arbeiterbewegung von wesentlicher Bedeutung?

Prüfen wir zunächst die *wirtschaftliche Seite.* Welche Rolle spielen diese Zwischenschichten für den Betrieb der einzelnen wirtschaftlichen Einheit? Die Antworten lauten außerordentlich verschieden. Die einen geben ihnen eine Bedeutung, die jedes berechtigte Maß überschreitet, auf der anderen Seite wird die geistige, ordnende, *disponierende Tätigkeit* erheblich unterschätzt; vertritt doch selbst ein so nüchterner kritischer Fachmann wie Varga[1]), der in seiner Darstellung der ungarischen Rätewirtschaft sein und seiner Genossen Werk mit größter Rücksichtslosigkeit zergliedert, die Auffassung, daß nur ein kleiner Teil der Intellektuellen unentbehrlich sei, während außerordentlich viel Routinearbeit jederzeit ersetzt werden könne. Für diese notwendigen Fachleute kommt Varga schließlich ähnlich wie Bebel zu dem Ergebnis: „Man muß die Leute gut bezahlen, dann werden sie schon für uns arbeiten!" Im übrigen ist in der Arbeiterbewegung ein starkes Vertrauen zu den ursprünglichen, in der Masse schlummernden Kräften und Talenten vorhanden, zu deren Erweckung aber der große Gefühls- und Willensimpuls Vorbedingung ist. Das Genossenschaftsfieber um die Wende des Jahrhunderts besaß eine solche Triebkraft; es hat eine ganze Reihe von bedeutenden Organisatoren entwickelt, ohne jedoch den Bedarf voll zu decken. In Gewerkschaftsbewegung

[1]) *Varga,* Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur.

und Partei können wir aus der Entstehungszeit und aus den Jahren des großen Aufschwungs ähnliches verzeichnen. Aber es scheint, als ob dieser Impuls mit seiner Auslösung ursprünglicher Talente in den letzten Jahren gefehlt hat.

Dem Fachmann aus den Mittelschichten gegenüber ist man sich über die Triebkräfte der von ihm geforderten Qualitätsleistung wohl noch nicht genügend klar. Offenbar überschätzt man hier die Lockung durch die Lebenshaltung und unterschätzt sehr stark die Notwendigkeit der treibenden Idee. Diese braucht durchaus nicht ein Ideal zu sein, sondern kann in dem Bestreben und dem Wunsch bestehen, das persönliche Wirkungsgebiet zu erweitern. Sie kann auch aus dem Machtbewußtsein der Klasse stammen, aus dem Gesamtdrang nach Herrschaft, und es ist abwegig, allein infolge von guter Bezahlung vollwertige Leistungen für einen Betrieb zu erwarten, dem der Betreffende gesinnungsmäßig nicht nur fernsteht, sondern *gegen* den er innerlich eingestellt ist.

Die *Umschulungsmöglichkeiten für die Routinearbeit* überschätzen diese Theoretiker außerordentlich. Gewiß — es gibt eine Unmenge Arbeit, die zur geistigen gerechnet wird und ein Minimum an Geist erfordert. Damit ist aber durchaus noch nicht die Möglichkeit gegeben, diese Routinearbeiter durch Handarbeiter zu ersetzen. Wer dieses Gebiet kritisch geprüft hat, wird sehr bald auch eine Altersgrenze für die Umschulung von der Hand- zur Bureauarbeit gefunden haben, die individuell wechselt, im allgemeinen jedoch zwischen dem 22. und 27. Jahre liegen dürfte.

Schließlich übersieht diese Auffassung auch die Notwendigkeit der *Tradition*. Das deutsche Unternehmertum mit seinen zahlreichen Hilfsarbeitern aller Grade hat sich in den letzten Jahren ja durchaus nicht als eine sehr geistige und bewegliche Masse gezeigt. Die Anpassung an die Inflation ist recht langsam erfolgt. Nicht einmal die Banken, deren Beruf doch schließlich der Handel mit Geld und Kredit war, haben eine anerkennenswerte geistige Beweglichkeit bewiesen; der

Theoretiker, der zu Hilfe gerufen wurde, wenn die Praktiker nicht mehr weiter wußten, hat gesehen, wieviel die Routine ausmacht und wie wenig selbständiges Denken auch beim erfolgreichsten Geschäftsmann in Zeiten zu finden war, in denen die Verhältnisse sich von Grund auf änderten, und er nicht nach seinen gelernten Regeln arbeiten konnte. Aber trotz allem haben wir in Reichswirtschaftsrat, in Außenhandelskontrolle und Arbeitsgemeinschaft doch den Sieg der Tradition über die in dieser Richtung traditionslose, in wirtschaftlichem Denken auf das Augenblickslernen gestellte Arbeitnehmerschaft erlebt. Es scheint mir daher schon, rein wirtschaftlich betrachtet, für den Emanzipationskampf des Proletariats die Wichtigkeit der Mittelschichten festzustehen.

Darüber hinaus sind diese von imenser *politischer Bedeutung*. Sie sind die Herren des geschriebenen und gesprochenen Wortes. Die sinkende Macht der Arbeiterbewegung ist nicht nur auf die Stinnisierung der Presse und ähnliche Erscheinungen zurückzuführen, sondern z. T. auf die Divergenz der Anschauungen, die sich zwischen den Arbeitern und den Intellektuellen trotz ihrer Proletarisierung erhalten hat.

Bevor wir die Beziehungen zwischen den Arbeitern und diesen Mittelschichten betrachten, müssen wir deren Kreis umschreiben. Es handelt sich zunächst um alle diejenigen, die zwischen der klar abgegrenzten Arbeiterklasse und der reinen Kapitalistenklasse stehen, also vom Werkmeister und Bureauhilfsarbeiter aufwärts bis zu dem leitenden Angestellten, bei dem das Gehalt zwar noch im Vordergrund steht, Aktienbesitz und die Möglichkeit, Aktien zu erwerben, aber schon eine Rolle spielen. Der auf Tantieme gestellte Direktor der großen Aktiengesellschaft kann, rechtlich betrachtet, noch so klar Arbeitnehmer sein, es wäre Spielerei, ihn hier zu diesen zu rechnen. Dann kommen die Beamtenschaft, die Angehörigen der freien Berufe und alle nach der Berufsstellung zwischen den Klassen Stehenden in

Betracht, bei denen nur durch Herkunft oder Conubium die Klasseninteressen der Besitzenden überwiegen. Ist man der Auffassung, daß innerhalb der Unternehmerschaft mit bewußter Klassenorientierung starke wirtschaftliche Gegensätze bestehen, daß die Fertigindustrie mit ihrem Interesse an der Inlandskaufkraft zur Lohnpolitik, zur Sozialpolitik usw. schon rein wirtschaftlich anders stehen muß als die Schwerindustrie, so kann man diese Kreise zwar nicht zu den Mittelschichten rechnen, man wird sich aber darüber klar sein müssen, daß die hier geschilderten soziologischen Gegensätze zwischen diesen Unternehmern und der Arbeiterschaft ebenfalls eine Rolle spielen und den Klassengegensatz nicht nur verschärfen, sondern darüber hinaus das wirtschaftlich gegebene Kompromiß verhindern. Das für Deutschlands Entwicklung in den letzten Jahren Kennzeichnende ist wohl die Tatsache, daß eine relativ kleine Interessentengruppe die große Masse der gegensätzlich interessierten Fabrikanten und der Intellektuellen gegen die Arbeiterschaft mit fortgerissen hat, die letzten Ursachen dieser Entwicklung sind wahrscheinlich nicht wirtschaftlicher, sondern soziologischer Natur.

Wenn wir das *Verhältnis von Arbeiterschaft und Intellektuellen historisch* betrachten, so finden wir, daß sie vor dem Kriege politisch auseinanderstrebten. Wer aus den Mittelschichten zur Sozialdemokratie überging, war im allgemeinen in seiner alten sozialen Heimat verfehmt. Die Parteien hatten wenig Fühlung miteinander. Es war keine Koalition möglich; die einzige Verzahnung bildeten die Sozialreformer mit ihrem Anhang, aber auch sie nur teilweise. Ein gemeinsames Arbeiten zwischen den sozialistischen Arbeiterorganisationen und der Gesellschaft für soziale Reform gab es fast nicht. Es bestand ein Gefühl der Fremdheit und ein Aufsichselbstgestelltsein, daß man geradezu von einer mangelnden Berührungsfähigkeit reden konnte. Der *Krieg* brachte eine Fülle von Psychosen, aber keinen großen Impuls. Unter diesen

Psychosen spielte auch die Verbrüderung eine Weile eine gewisse Rolle, aber von irgendeiner ernsthaften Bindung beider Schichten war keine Rede. Genau dasselbe wiederholte sich in etwas anderer Aufmachung *nach dem Kriege*, wenn auch in Reaktion gegen die Offiziere und Herrschaftsgelüste ihnen nahestehender Kreise Bauern und Intellektuelle radikalisiert wurden. Hiervon ist nichts übrig geblieben; im Gegenteil, in der *Inflationszeit* gingen die Kreise, die an der Geldentwertung verloren, gegen ihre wirtschaftlichen Interessen zu den Nutznießern der Inflation über, völlig beherrscht von der Furcht vor der Arbeiterschaft. Wie ist diese Umstellung zu erklären? Es scheint mir falsch, hier nur die Vorgänge der Tagespolitik für die Beurteilung zugrunde zu legen. Vielmehr handelt es sich wohl um große *allgemeine Gegensätze:* 1. eine völlig verschiedene Denkweise in der Politik; 2. ein Gegensatz aus der Differenzierung der Tätigkeit; 3. ein solcher, der sich aus den Zahlenunterschieden ergibt und 4. ein Gegensatz, der aus der Einstellung der Arbeiterschaft zur geistigen Arbeit resultiert.

Betrachten wir zunächst das Verhältnis zur *Politik*. Die Trennung der Arbeiterschaft von den Produktionsmitteln zwingt sie zu der Ideologie, den Besitz der Produktionsmittel zu erstreben und damit ihre wirtschaftliche Abhängigkeit zu beseitigen. Um dieses Ziel zu erreichen, darf sie nicht verelenden. Sie muß sich vielmehr durch den Tageskampf innerlich und äußerlich hierfür stärken. In Gewerkschaft, Genossenschaft, Gemeinde, in Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, überall kämpfen die Massen mit unendlicher Zähigkeit für ihren Aufstieg. Daneben spielt die Revolutionsromantik, die Hoffnung auf den baldigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems nicht selten eine Rolle. Aber für die Gesamteinstellung ist sie doch ohne praktische Bedeutung. Es ist im ganzen eine merkwürdige Verbindung von Nüchternheit und religiösem Kampfesmut. Das Ringen um 2 Pfennige Lohnerhöhung oder um eine halbe Stunde

Arbeitszeitverkürzung ist an sich nichts, was das Gemüt stark bewegen könnte. Es wurde aus ihm stets ein Teil des Kampfes um das Klassenrecht, des Kampfes um den Klassenaufstieg. Das Streikziel und der Streik erhielten für die Gewerkschaften einen ethischen Wert. Nicht der Vorteil stand im Vordergrund, sondern der Gesamtwille. Man muß diese Kämpfe durchaus mit den Glaubenskriegen früherer Zeiten vergleichen. Es bilden sich hier, durch den Tageskampf dauernd erstarkt, dauernd erhoben, kollektive Eigenschaften der Masse heraus, die schließlich für die gesamte politische Haltung maßgebend werden.

Für diese Einstellung fehlt den Mittelschichten, die die Geburtsstätte der Sozialreform, der Bodenreform und aller sonstigen Kompromisse sind, jedes Verständnis. Sie lehnen den Klassenkampf ab, denn sie stehen zwischen den Klassen. Ihnen wird die Sozialdemokratie, gerade weil sie als Klasse kämpft, unsympathisch; sie suchen eine andere Politik zu machen, und da man in der Politik ohne Masse keinen Erfolg erzielen kann, zu dieser auch Arbeitermassen zu gewinnen. Es ist bezeichnend, daß das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Sozialreform in erster Linie unter dieser Ablehnung der Klassenpolitik der Sozialdemokratie durch die bürgerliche Sozialreform litt. Die Worte: „Die Sozialdemokratie ist das Bleigewicht der Arbeiterbewegung" und wie ähnliche Formulierungen lauteten, zeigen den tiefen Gegensatz, und dieser Gegensatz hatte es schließlich zur Folge, daß für die sozialreformerischen Führer das Lebenswerk nicht ein gemeinsamer Kampf mit der Arbeiterschaft, sondern ein Kompromiß zwischen den linksstehenden Gruppen ihrer Umgebung und den rechtsstehenden Schichten der Arbeiterschaft wurde. Die Tatsache, daß diese Kreise sich für die Flottenvorlage begeisterten, daß Ludendorff für die belgischen Annektions- und die Randstaaten-Pläne während des Krieges an ihnen Rückhalt fand, daß aus diesen akademischen Mittelschichten Orden und Geheimverbände

hervorgingen, ist vielleicht nicht so sehr auf das Bedürfnis nach staatlicher Machtpolitik, auf intellektuelle Erkenntnis zurückzuführen, als auf das vielleicht im Unterbewußtsein schlummernde Bedürfnis, sich durch die Farbe von der großen Masse zu unterscheiden und ein eigenes Ideal aufzustellen, um nicht von ihr verschluckt zu werden.

Auf der anderen Seite zeigt sich bei den Ueberläufern ein typischer „Intellektuellen-Radikalismus", der gleichfalls eine Entfremdung zwischen der organisatorisch geschlossenen und tätigen Arbeiterschaft und den intellektuellen Mittelschichten schaffen mußte. Dieser Gegensatz wird verschärft durch die Unfähigkeit der letzteren zu irgendeiner Geschlossenheit, durch die für sie typische Grüppchenbildung, die der auf einheitliches Kämpfen und einheitliche Kampfesfront gestellten Arbeiterschaft unsympathisch sein muß. Hierfür war die Gewerkschaftsbewegung typisch. Während die Arbeitergewerkschaften nur in Freie und Christliche Organisationen gespalten waren — die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine waren stets so gut wie bedeutungslos —, stellte vor dem Kriege das Adreßbuch der Berufsverbände für die Angestellten eine solche Musterkarte von Organisationen dar, daß jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter hierüber nur lächelnd den Kopf schütteln konnte.

Neben dieser grundlegenden Verschiedenheit der politischen Anschauungsweise, des politischen Denkens und der Organisationsfähigkeit steht der Gegensatz, der sich aus der *Differenzierung der Tätigkeit* ergibt. Zunächst spielt das Faktum, daß die Angehörigen der Mittelschichten den Arbeitern in der Regel als Vorgesetzte im Betriebe gegenüberstehen, eine gewisse Rolle, und die Bedeutung dieses Vorgesetztenverhältnisses, das häufig als eine Schädigung des gemeinsamen Arbeitens hervorgehoben wird, soll nicht unterschätzt werden, aber man hüte sich auch davor, es zu überschätzen. Man sehe doch einmal in die Arbeiterbewegung selbst hinein, welche Gegensätze sich dort einfach aus der beruflichen

Eigenart ergeben, wie z. B. die Buchdrucker von der Arbeiterschaft stets mehr oder minder als eine Art Fremdkörper behandelt worden sind; man lese in Hermann Müllers „Geschichte der Lithographen" die außerordentlich feinen Bemerkungen über das Verhältnis von Lithographen und Steindruckern zueinander, um zu erkennen, was für große Reibungsflächen sich schon aus der Berufsverschiedenheit in benachbarten und zusammengehörigen Berufen ergeben. Der Untergrund für die Gegensätze liegt wohl nicht im Interessengegensatz, auch nicht im Lebensstandard, sondern in der durch den Beruf bedingten Lebensweise. Das häßliche Wort „Stehkragenproletarier", das Jahre hindurch in der Arbeiterpresse angewandt wurde, ist in dieser Richtung schon ein Wegweiser. Das „anders aussehen" und das „anders sein" rufen Gegensätze hervor, ganz gleich, ob es sich um Kleidung oder die Art zu essen, um die Verteilung der Ausgaben (Dienstmädchen, Sommerreisen), um die Wahl der Hotels oder anderes handelt. Es ist immer dieselbe Verstimmung, die sich bis zum Haß steigern kann, gegen die Andersgearteten zu konstatieren. Die Unterschiede der Lebensweise der Mittelschichten gegenüber der der Arbeiter sind für die Stimmung auf beiden Seiten wichtig und maßgebend.

Wir kommen nun zu den Gegensätzen, die sich aus den *Zahlenunterschieden* ergeben. Die moderne Politik ist auf das Wahlrecht gestellt. Die Schicht, die zahlenmäßig klein ist, sich aber auf Grund ihrer Funktionen bedeutungsvoll weiß, muß sich durch die Entwicklung zur Demokratie bedroht sehen und fürchten — auch wenn es ihr nicht deutlich zum Bewußtsein kommt — in dem großen Stimmenmeer, das sie zahlenmäßig nicht beeinflussen kann, unterzugehen, sie fühlt sich daher, selbst wenn ihr jede Idee, das Wahlrecht zu ändern, fernliegt, nicht zu der großen Zahl, mit deren wirtschaftlichen Interessen die ihrigen zum großen Teil gleichgehen, hingezogen, sondern gegen ihre wirtschaftlichen Interessen zu der Minderheit. In diesem Gruppenindividualismus

reproduziert sich der Einzelindividualismus der Angehörigen. In ihrem politischen Handeln zeigen diese akademischen und Mittelstandsschichten genau dieselben Mängel wie die Kleinhändler und Handwerker, so daß man auch von einer typischen *akademischen Mittelstandspolitik* sprechen kann. Man wendet sich nicht gegen die Großverdiener, sondern gegen den benachbarten Verdiener, den Arbeiter, dessen Einkommen zu hoch erscheint, genau so, wie die Krämer gegen die Konsumvereine toben und ihre Ausbeutung durch Konventionen und dergleichen kaum sehen.

Diese letzte Erscheinung mag zusammenhängen mit dem *Verhältnis der Arbeiterschaft zur geistigen Arbeit.* Wenn mit diesem Worte auch viel Unfug getrieben wird und der Modelltischler wahrscheinlich mehr geistige Arbeit zu leisten hat als ein Teilarbeiter in der Buchhaltung, so handelt es sich hier im allgemeinen doch um eine Schwäche der gesamten Arbeiterbewegung, um ihr mangelndes Verständnis für die Funktionen der geistigen Arbeiter. Wenn der verstorbene Bringmann vom Zimmererverband im Vorwort zu seiner Geschichte der Zimmererbewegung schreibt: „Balkenhauen ist eine leichtere Arbeit als Bücherbauen" — so steckt darin und in der ungeschickten Art, wie er seine Erfahrungen in dieser Hinsicht darlegt, doch ein rührendes Zeichen einer Erkenntnis, die ihm auch erst in späteren Jahren kam. Während innerhalb der gelernten Berufe und darüber hinaus auch bei denjenigen angelernten Schichten, deren schwere Ersetzbarkeit im Arbeitskampfe nicht auf einer Berufslehre, sondern auf längerer Gewöhnung beruht, sich jeder über die Grenzen des beruflichen Könnens, über die spezifische Fertigkeit, die der eine durch Routine, der andere in seiner Handwerkslehre erworben hat, klar ist, fehlt eine derartige Anerkennung der geistigen Arbeit. Sie besteht (siehe Konsumvereine) gegenüber der Fachkenntnis in bezug auf Warenqualitäten und Warenmärkte, und in eingeschränktem Maße gegenüber den Juristen — das Nichtverstehen der Fach-

ausdrücke zeugt hier in erster Reihe die Erkenntnis, daß Schulung und Wissen nötig ist. Im übrigen aber ist die ganze Arbeiterbewegung auf wirkliche Auslese nur bei rein sozialpolitischer Tätigkeit (z. B. Streikleiter) gestellt, während sie bei aller anderen geistigen Arbeit das menschlich Zuverlässige und das Gesinnungsmäßige für entscheidend hält, das spezifische Fachwissen dagegen für etwas Zusätzliches, das sich jeder aneignen kann. Man ist ja allmählich dazu übergegangen, für die Parteibuchhandlungen auch gelernte Buchhändler zu nehmen, aber die Gewerkschaften suchen für Buchhandel, Buchhaltung, Bankverkehr u. ä. in erster Linie Vertrauensleute, Männer ihres Vertrauens, die sie aus gemeinsamer Arbeit im Beruf seit Jahren kennen. Ganz typisch hat sich diese Einstellung in den letzten Jahren in der Arbeitsgemeinschaft und vielleicht noch deutlicher in den wirtschaftlichen *Selbstverwaltungskörpern* und in der auf demselben Prinzip aufbauenden Außenhandelskontrolle gezeigt. Mit der Errichtung der Außenhandelskontrolle waren für die Gewerkschaften ganz neue Aufgaben gegeben. Sie sollten den Außenhandel, der ihnen bis dahin völlig fernlag, kennenlernen und regeln; sie sollten in die mannigfachen Reibungen zwischen Handel und Fabrikation eingreifen und schließlich bei Preisprüfung, Festsetzung der Ausfuhrabgaben und Festsetzung der Pflichtquoten für die Devisenablieferung in die privatwirtschaftlichen Zusammenhänge hineinleuchten. Dieser ganze Aufgabenkreis war den Gewerkschaften zwar etwas Neues, der staatlichen Verwaltung aber durch die Kriegswirtschaft völlig vertraut. Der Gewerkschaftsbewegung lag aber nichts ferner als zu erkennen, daß es sich hier um eine Tätigkeit handelte, die spezielle Schulung und spezielle Vorkenntnisse erforderte und für die es ein vorgebildetes Menschenmaterial bereits seit langem gab. Sie waren bis in die allerletzte Zeit des Bestehens der Außenhandelskontrolle völlig beherrscht von dem Glauben an den beruflichen Fachmann, der Teile des Produktionsprozesses kannte,

aber für erhebliche Teile dessen, was zu leisten war, absolut Laie war und, da die Umschulung in einem zu späten Alter erfolgte, auch Laie blieb. Der angebliche fachkundige Arbeitgeber war ihnen als unparteiischer Leiter des Unternehmens sympathischer als der Organisationsfachmann, der es verstanden hätte, sich den Fachmann für die rein beruflichen Fragen richtig zu wählen. In diesem fast *blinden Vertrauen zum Berufskollegen* haben wir vielleicht den *tiefsten Grund für das Versagen aller gemeinwirtschaftlichen Versuche* und aller arbeitsgemeinschaftlichen Politik der letzten Jahre zu suchen. Natürlich wollten die Unternehmer nirgends mehr Einblick gewähren, als mit aller Gewalt genommen werden konnte. Irgendeinen Willen zur wirklichen Gemeinschaftsarbeit von ihnen zu erwarten, wäre strafbare Naivität gewesen. Aber schon um dieses Minimum an Einblick zu erhalten, war die Schulung notwendig, die die Unternehmer von einem Konventionsgeschäftsführer verlangen. Es genügten hier nicht die Qualitäten, die für den Abschluß eines Tarifvertrages erforderlich sind. Diesen Unterschied hat die Gewerkschaftsbewegung nicht erfaßt und es hat keinen Sinn, sie deswegen zu schelten, denn dieses Nichtbegreifen liegt eben im tiefsten Kern der soziologischen Beziehungen von Arbeiterschaft und Intellektuellen verankert; das Versagen an dieser einen Stelle ist nur eine Folge des Umstandes, daß die Arbeiterbewegung einerseits in das Wesen der geistigen Arbeit noch nicht genügend eingedrungen ist und sich andererseits über die Bedeutung des Berufszusammenhangs niemals klarzuwerden versuchte. Sie baute die Gewerkschaften instinktiv auf dem Berufszusammenhang auf und schalt auf den „Kastengeist", wenn er sich irgendwie störend bemerkbar machte. Rohe Empirie ohne Theorie! Infolge dieses Mangels war man auch blind, wenn der Berufszusammenhang den Arbeiter mit dem Arbeitgeber in eine Kampffront gegen Regierung, Handel usw. fortriß.

In dem Konflikt zwischen Parteitheoretikern und Gewerkschaftspraktikern um 1906 sprach der oben erwähnte Bring-

mann das Wort aus, die Gewerkschaftsbewegung müsse danach streben, ihre *Theorie* zu entwickeln. Auch hier äußerte er sich rührend unbeholfen, man merkte die fehlende Beziehung zu aller theoretischen Denkarbeit, aber man sah doch die Erkenntnis. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich aber von jeder Arbeit in dieser Richtung unbedingt ferngehalten; sie hat für den Tag gearbeitet, hat auch geistig von dem Tage gelebt und weder versucht, theoretisch geschulte Köpfe zur Ausbildung ihrer Theorien in ihre Praxis zu ziehen, noch verstanden, aus den Kreisen ihrer Praktiker heraus Theoretiker zu schulen. Auch in einem anderen Moment zeigt sich das mangelnde Verständnis für die geistige Tätigkeit: Das ist das Fehlen der Differenzierung zwischen leitender und untergeordneter Arbeit. Diese Vereinigung von Leitung und Bureauarbeit, die übrigens durchaus nicht als untergeordnet empfunden wird, ist nur dort möglich, wo die ganze Gestaltung der Dinge in der Hand von Arbeitern liegt, die um das 30. Lebensjahr aus dem Arbeiter- in den Bureauberuf übergegangen sind. Sie haben zwar ein Gefühl dafür, daß man nicht jeden auf Agitation schicken kann, und wissen, daß es Kollegen gibt, die die Streik*leitung* besser verstehen als die Streik*abrechnung* und umgekehrt. Sie haben aber kein Verständnis für Differenzierung.

Mit dieser Gesamteinstellung zur geistigen Arbeit hängt auch deren *finanzielle Wertung* zusammen. Der Handarbeiter ist im ganzen noch nicht geneigt, in dem geistigen qualifizierten Arbeiter etwas anderes zu sehen als einen Menschen, der auf Grund irgendwelcher Tradition aus seiner Tätigkeit einen höheren Gewinn zieht. Die Erkenntnis seiner sozialen Funktion als Kulturträger liegt der Arbeiterschaft fern; auch aus diesem Mangel müssen sich erhebliche Gegensätze entwickeln, denn die Schicht der Intellektuellen hat nicht ihre Masse, sondern nur ihre Leistungen in die Wagschale zu werfen, und fehlende Anerkennung bedeutet infolgedessen ihre Ausschaltung.

Wir sehen also, daß sich aus den Verschiedenheiten in der politischen Denkweise, aus der Differenzierung des Berufes, aus der Scheu der wenig Zahlreichen vor der Masse und aus deren mangelndem Verständnis geistiger Tätigkeit eine Fremdheit im Denken und Fühlen zwischen Arbeitern und Intellektuellen ergibt. Ihre Bindung durch Sozialpolitiker und Sozialreformer ist für die Sozialpolitik und ihre Entwicklung von erheblicher Bedeutung gewesen, aber für die Ueberbrückung dieser Schwierigkeiten völlig belanglos. Wir müssen nach anderen Verzahnungsmöglichkeiten suchen.

Betrachten wir zunächst die *Intellektuellen in der Arbeiterbewegung*. Vor dem Kriege beschäftigten die Arbeitergewerkschaften nur einen, die Konsumvereine zwei Nationalökonomen, von denen aber keiner mehr in der Bewegung tätig ist. Von irgendwelcher Bedeutung waren die Akademiker lediglich in der Partei, in der sie ja eine Fülle von Debatten hervorgerufen haben, deren Endergebnis stets eine Stärkung des Mißtrauens gegen sie war. Es hat keinen Wert, an dieser Stelle die Leidensgeschichte — sowohl für die Akademiker als für die Partei — von neuem aufzurollen. Es genügt die Feststellung, daß der Akademiker in den Gewerkschaften als der spezifischen Arbeiterbewegung im Gegensatz zu den Angestelltenorganisationen bis zur Revolution gar keine Rolle spielte, und daß darüber hinaus die freien Gewerkschaften mit größter Entschiedenheit jede Kritik eines Nichtarbeiters an ihrer Führung unbedingt ablehnten; sie betonten sowohl nach rechts als nach links sehr stark, ihnen wären Helfer aus anderen Kreisen willkommen, aber die *Politik* machten sie allein, und die anderen hätten dabei „nix to seggen". Nach dem Kriege wurde es etwas anders. Es schien eine Zeitlang, als sollte jetzt der seit 1—1½ Jahrzehnten erörterte und erwartete Gewerkschaftssyndikus seinen Einzug halten. Aber es blieb bei einigen recht schnell aufgegebenen Versuchen, und sogar das Wort Versuch ist nicht in allen Fällen angebracht. Die Betriebsrätezeitschrift zeigte

die außerordentliche Unsicherheit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Angliederung akademischer Kräfte und die mangelnde Fähigkeit, diese zu beurteilen. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes ist es zu irgendwelchen Versuchen überhaupt nicht gekommen. Es ist interessant zu beobachten, daß die Berufsbeamten sich gegen den Outsider aus Gewerkschaftskreisen über alle politischen Gegensätze hinweg zusammenfanden; es ist aber ebenso interessant zu sehen, daß die Gewerkschaftsbeamten sich noch viel rascher und energischer in der Abwehr gegen den Juristen betätigten und ihn in die Gewerkschaftsbewegung überhaupt nicht eindringen ließen. Von irgendwelcher Verzahnung durch die Angehörigen der Mittelschichten, die Angestellte der Arbeiter sind, kann somit nicht gesprochen werden, ja es haben die bisherigen Experimente ziemlich klar ergeben, daß sogar die nötige Verbindung zwischen den Gewerkschaftssyndizi und den Gewerkschaftsbeamten fehlte.

Es wäre nun noch zu prüfen, ob sich nicht ähnliche Gegensätze, wie wir sie bisher kennengelernt haben, auch zwischen den *Arbeiterintellektuellen*, den aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Arbeiterangestellten und der Masse bilden. Die Frage stellen, heißt sie bejahen; die Diskussionen über Masse und Führer haben Jahre hindurch die Spalten der sozialdemokratischen Parteiblätter gefüllt. Die übliche Formel war: Aus der gehobenen Lebenshaltung ergeben sich Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbeamten und den von ihnen vertretenen Arbeitermassen. Diese Erklärung erscheint reichlich primitiv, denn die Lebenshaltung des Gewerkschaftsbeamten ragt im allgemeinen so wenig über die des gutbezahlten, tüchtigen Arbeiters empor, daß sich daraus irgendwelche nennenswerte Unterschiede nicht ergeben können. Nur selten haben Söhne von Gewerkschaftsbeamten das Gymnasium besucht und das Abiturium gemacht, ihre Wohnungen liegen fast ausnahmslos in Arbeiterquartieren, und selbst von den führenden Persönlichkeiten haben nur ganz wenige

in anderen Stadtteilen gelebt. Der Standard des Gewerkschaftsbeamten lag und liegt noch heute durchaus unter dem des Werkmeisters und nur wenig über dem des gutbezahlten Arbeiters. Die Differenzen sind vorhanden, sie sind klar ersichtlich, aber aus der Lebenshaltung sind sie nicht zu erklären. Sollten nicht auch sie aus der Differenzierung der Tätigkeit hervorgegangen sein? Eine derartige Antwort wurde vielfach gegeben. Man sprach vom Ruhebedürfnis der Gewerkschaftsführer, die sich im Gegenwartsstaat häuslich einrichteten, da ihnen der Wille zur Aenderung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse abhanden gekommen wäre. Ist nun auch manches an dieser Kritik berechtigt — zwar nicht gerade das Wort „Ruhebedürfnis" — wohl aber die starke Einstellung auf die Gegenwartsarbeit, so scheint doch das wesentliche folgendes zu sein: einmal innerhalb der Gewerkschaftsbureaukratie mangelnde Differenzierung der Arbeit, infolgedessen Erdrücken des geistigen Lebens und der Selbstkritik durch die untergeordnete Tagesarbeit; zweitens das Entstehen einer Fachkenntnis in den oberen Teilen der Bureaukratie, die sie gegen die demokratische Kontrolle feit, drittens der übertriebene Glaube an das Heil der Disziplin.

Das Erste braucht nicht näher begründet zu werden. Jeder Gewerkschaftsbeamte, der geistige Interessen hat, der über seine Bewegung nachdenkt, der sich literarisch und sonstwie betätigen will, klagt über die Fülle von Kleinarbeit, untergeordnetste Bureautätigkeit — Adressenschreiben, Vervielfältigen von Rundschreiben usw. —, die ihm die wenige freie Zeit noch stiehlt.

Die Fachkenntnis, die den *Führer aus der demokratischen Kontrolle heraushebt*, ist der ernsthafte Punkt und von ganz besonderer Bedeutung. Der Führer besitzt eine Kenntnis von Tatsachen und Vorgängen, die seine Kritiker im ganzen nicht haben können. Da er bei dem Mangel an Menschen in der Regel auch einen intellektuellen Vorsprung hat, so wirkt seine Ueberlegenheit besonders stark. Dann versteht

er, die Masse zu dirigieren; so wie der gute Verwaltungsbeamte mit einem Minimum an Sachkenntnis durch jede Verhandlung mit Interessenvertretern glatt hindurchkommt, weil er Verhandeln gelernt hat, genau so ist der Angestellte in der Arbeiterbewegung vom ersten Tage seiner Tätigkeit geschult worden, Versammlungen zu dirigieren, Beschlüsse zu beeinflussen. Das Wort: „Wir müßten ja traurige Kerle sein, wenn wir nicht die Versammlungsbeschlüsse herausbekommen, die nötig sind", ist mündlich und schriftlich oft genug gefallen. Die Selbständigkeit der Führer wird durch den Umstand vermehrt, daß in der Demokratie, obwohl sie stets als der große Ausleseapparat gefeiert wird, merkwürdigerweise das Verständnis für die Notwendigkeit der Auslese wenig entwickelt ist. Die Auslese durch die Mitglieder ist im Grunde eine Beliebtheitsauslese, eingeschränkt durch schlechte Erfahrung mit Menschen, die Beliebtheit und Unfähigkeit zu kombinieren wußten. Die Auslese innerhalb der Arbeiterbureaukratie ist eine Auslese nach sachlichen Gesichtspunkten, aber erst in ihren Anfängen begriffen.

Das dritte Moment ergibt sich aus einer eigenartigen Wiederspiegelung militärischer Gedankengänge in der Gewerkschaftsbureaukratie. Zum Streik ist *Disziplin* unbedingt nötig; ihr Fehlen bedeutet eine Gefährdung nicht nur des Streikergebnisses, sondern auch unmittelbar Nichtbeteiligter. Diese im unmittelbaren Kampf notwendige Disziplin ist aber von der Bureaukratie auf das ganze gewerkschaftliche Leben ausgedehnt worden, und damit hat sie das kritische Geistesleben in der Bewegung stark eingeschränkt. Der Umstand, daß die gesamte Gewerkschaftspresse in der Hand der Vorstände ist, fördert diese Niederdrückung noch. Es fehlt somit die nötige Kritik, die allein ein Gegengewicht gegen die undemokratische Herrschaft der Fachkenntnisse bieten kann. Wenn wir die aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Arbeiterintellektuellen betrachten, finden wir somit, daß sie einerseits keine Brücke zu den Mittelschichten bilden, daß aber

andererseits auch zwischen ihnen und der Masse eine Kluft entsteht.

•

Die Arbeiterklasse ist für das Gelingen ihrer Arbeit auf die Mitwirkung der Mittelschichten angewiesen; zwischen beiden steht trennend eine Reihe soziologischer Unterschiede, die das gemeinsame Arbeiten außerordentlich hemmen. Eine Verzahnung ist weder von den in die Arbeiterbewegung übergegangenen noch von den aus ihr hervorgegangenen Intellektuellen zu erwarten. Die Ueberbrückung der Gegensätze wird noch dadurch erschwert, daß die Unterschiede gerade an den Verbindungsstellen besonders scharf empfunden werden. Es wäre vermessen, für ein so vielgestaltiges Problem eine endgültige Lösung finden zu wollen. Ich glaube aber, diese Untersuchung damit abschließen zu dürfen, daß ich sage: Es muß gelingen, zwischen Arbeiterschaft und Intellektuellen die Verzahnung zu finden. In der Arbeiterschaft muß in weit größerem Maße als bisher kritisches geistiges Leben entstehen, so daß der Intellektuelle aus den Arbeiter- wie aus den Mittelschichten hier Verständnis findet und eine Atmosphäre, in der er sich wohlfühlt; andererseits müssen die Gegensätze zwischen Masse und Führern dadurch verkleinert werden, daß diese einer Kontrolle unterliegen, die ihnen nach Intellekt und Schulung gleichwertig ist.

Erfahrungen des österreichischen Sozialisierungsversuchs

Von *Dr. Käthe Leichter* (Wien)

Motto: „Aber so schwierig diese Tätigkeit bis dahin sein wird und so gering ihre Erfolge, werden sie doch ihre große Bedeutung haben, als jene ersten Schritte, die bekanntlich die schwersten sind. Sie bekommen bahnbrechende Bedeutung durch die Erfahrungen, die sie sammeln und die unsere spätere größere Praxis befruchten, vor Fehlschritten bewahren und erfolgreicher gestalten."
Kautsky: Die Proletarische Revolution und ihr Programm, Seite 256.

1. Schwierigkeiten und Aufgaben der österreichischen Gemeinwirtschaft

Als nach der mitteleuropäischen Revolution jene große Bewegung die Massen erfaßt hatte, die die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft aus dem Reich der Utopie in das der nächsten Zukunft versetzen wollte, als die Ungeduld von Arbeitern Bergwerke und Fabriken besetzte, staatliche Sozialisierungskommissionen geschaffen wurden, Regierungsplakate in den Straßen deutscher Städte verkündeten, daß „die Sozialisierung auf dem Marsch sei", bürgerliche Professoren zu Verfechtern der Sozialisierung wurden, da entstand jene reiche Sozialisierungsliteratur, die durch 2 Jahre der sozialistischen Publizistik ihr Gepräge gab. Da konnte man immer wieder lesen, daß der Fehler des Vorkriegsmarxismus, das Eingehen auf Fragen der sozialistischen Wirtschaft abzulehnen, nunmehr, da er sich an der Hilflosigkeit im Augenblick der Verwirklichungsmöglichkeit so bitter gerächt habe, durch eingehende Beschäftigung mit den Sozialisierungsproblemen endgültig überwunden werden müsse. — Heute ist es wieder sehr still geworden, die Sozialisierung ist wieder sehr „unaktuell", von der Beschäftigung mit ihren konstruktiven Problemen — wie sie noch als letzte die englischen Gildensozialisten geübt haben — lenken die dringenden Gegenwarts-

probleme ab, die praktischen Erfahrungen sind ein zu dürftiges, eher negatives und beschämendes Kapitel, als daß sie zur Untersuchung herangezogen würden. Um so wichtiger scheint es in einem Augenblicke, in dem wieder die vollständige geistige Verarmung auf diesem Gebiet der sozialistischen Literatur einzutreten droht, aus dem Studium der Erfahrungen, die zwar auf einem kleinen Gebiet gewonnen, doch alle Probleme der Sozialisierung praktisch vor Augen geführt haben, der Sozialisierungsliteratur neue Anregungen zu geben.

Die österreichische Sozialisierungsbewegung, die zur Zeit der revolutionären Welle im Frühjahr 1919 durch die Verkündigung eines großzügigen Sozialisierungsprogramms, die Einsetzung einer staatlichen Sozialisierungskommission, die Schaffung des Betriebsrätegesetzes und des Gesetzes über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen ihren Höhepunkt gefunden hatte, hat mit dem ersten Sieg der europäischen Reaktion im Sommer 1919 ihren Rückschlag gefunden; bevor die ersten praktischen Schritte zu ihrer Verwirklichung getan waren. Wohl war das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen geschaffen, noch war aber die neue Wirtschaftsform auf keinen Wirtschaftszweig übertragen. Und im Augenblick, wo man nicht mehr an *einer* Stelle der Wirtschaft mit der Sozialisierung kühn einsetzen konnte im Vertrauen darauf, daß die politische Machtfülle ein weiteres Vorgehen in der übrigen Wirtschaft gestatten würde, wo man nicht mehr damit rechnen konnte, daß die Sozialisierung in *einem* Wirtschaftszweig von anderen sozialisierten oder doch zu Verbänden zusammengeschlossenen Industrien unterstützt und in ein planvolles System eingeordnet werden würde, türmten sich erst unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten auf. Schon bei der Frage des *Ausgangspunktes*. Die Sozialisierung, bei der man sich bewußt ist, vorerst einen Wirtschaftszweig als Machtposition zu ergreifen, wird am zweckmäßigsten von der Kohle und der Schwerindustrie,

als dem Schlüssel zum übrigen Wirtschaftsleben, ausgehen — das war durch den Uebergang der Alpinen Montangesellschaft an das Auslandskapital, durch die Dürftigkeit unserer Kohlenvorkommen und die Schwierigkeiten, den Kohlenhandel zu monopolisieren, unmöglich gemacht. Eine planvolle Sozialisierung kann aber auch — und das war insbesondere seit Hilferdings Finanzkapital die herrschende Vorstellung — von den Banken ausgehen; wer sie beherrscht, beherrscht im Zeitalter des Finanzkapitals die Wirtschaft. Gerade dazu gehört aber die volle politische Macht, und rein ökonomisch betrachtet waren die Banken nach dem Krieg in so starkem Maß Gläubiger eines verarmten Staates, waren ihre Rechtsverhältnisse durch die Losreißung der Nationalstaaten so unsicher und kompliziert, daß schon Bauers „Weg zum Sozialismus" in der Sozialisierung der Banken nicht den Ausgangspunkt, sondern die Krönung der Sozialisierung gesehen hatte. Bliebe schließlich die Möglichkeit vom Konsum auszugehen. Hier schien es wenigstens möglich den gesicherten Absatz zu bieten, die Gedanken der Bedarfsdeckungswirtschaft zu verwirklichen. Aber gerade das Ausgehen vom Konsum verlangt eine Menge vielfältiger Aktionen, denn die „sozialisierungsreifen", mit dem Erfassen eines Zentrums beherrschten Industrien sind nicht die zersplitterten Final- und Bedarfsartikelindustrien, sondern die der Rohstoffe und Halbfabrikate, und wie sollte man den Konsum für die sozialisierte Industrie zu monopolisieren suchen in einer Zeit, in der der Konsum überhaupt nicht aus dem Inland, sondern fast ausschließlich aus dem Ausland gedeckt wurde. Zeigten sich so die turmhohen Schwierigkeiten beim Ausgangspunkt der Sozialisierung, so zeigten sie sich erst recht beim Durchdenken des weiteren Vorgehens. Hatte jeder in das ABC des Sozialismus Eingeführte Bedenken darin gesehen, einzelne Wirtschaftszweige inmitten des Kapitalismus zu sozialisieren, so zeigte sich bald, daß auch dieses so bescheidene Ziel für Oesterreich zu weit gesteckt war. Die Sozialisierung der

Kohle, des Kalis usw. konnte in England oder Deutschland den ganzen Industriezweig umspannen, zu einer horizontalen Sozialisierung werden, in Oesterreich mit seinen nach dem Krieg zerrissenen Industrien, die noch in geringem Maß durch Kartelle zu einer organisatorischen Einheit verbunden waren, traten an die Stelle ganzer Industriezweige gleich bei Beginn der Aktion, nach dem Rückschlag der politischen Macht einzelne Betriebe. Und wenn viele in der Zeit der vertikalen Konzernbildungen eine vertikale Sozialisierung für richtig gehalten, den Versuch den privatkapitalistischen Konzernen sozialisierte Produktionsausschnitte gegenüberzustellen, die vom Rohstoff über die Verarbeitungsindustrie bis zum Finalprodukt eine Einheit darstellen, so mußte auch dieses Schema in einem Lande versagen, wo nach dem Umsturz kaum eine Produktion zu finden war, die nicht Rohstofferzeugung, Verarbeitung oder Finalerzeugung im Ausland vornehmen lassen mußte. Jedes Sozialisierungsschema, jeder Versuch, die Sozialisierung zu einer planmäßigen, zu einer wirklichen Sozialisierung zu machen, scheiterte an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, und es war nun die Frage, ob man diesen Schwierigkeiten weichen, den Sozialisierungsgedanken für bessere Zeiten begraben, oder ob man ihn nicht doch an einzelnen Punkten verankern könne, um im Kampf mit den Schwierigkeiten seine Lebensfähigkeit zu erproben und Material für die Zukunft zu schöpfen.

Der österreichische Staat war nach dem Umsturz im Besitz zahlreicher staatlicher Heeresbetriebe, Unternehmungen, die mit großem Aufwand für die Versorgung des staatlichen Heeresbedarfs errichtet, jetzt nach Kriegsende ohne rechte Verwendung teils brachlagen, teils ihre Arbeiter unproduktiv beschäftigten. Das Defizit des Staates wurde durch sie in unerträglicher Weise belastet, die Gefahr der Verschleuderung ganzer Werke oder doch kostbarer Anlagen und Vorräte war drohend und fand nur in der Wachsamkeit der Arbeiter ihr Hindernis. Hier waren Betriebe, die ohne große politische

und materielle Schwierigkeiten zu „haben" waren. Der Staat, unfähig, sie weiterzuführen und auf Friedensproduktion umzustellen, mußte sie in irgend einer Form verwerten. Der bureaukratische Betrieb hatte versagt, der Veräußerung an das Privatkapital stand der entschlossene Wille der Arbeiter entgegen, die Opfer, die sie in der Uebergangszeit für den unversehrten Bestand der Werke gebracht hatten, nicht für private Profite geleistet zu haben. Die neugeschaffene Unternehmungsform der gemeinwirtschaftlichen Anstalt, die das öffentliche Eigentum an der Unternehmung, aber eine kaufmännisch beweglichere, dem Muster der privatkapitalistischen Unternehmung entnommene Verwaltungsorganisation vorsieht, war der gegebene Weg. Hier waren keine großen politischen Schwierigkeiten zu überwinden, denn in der Regierung, die über das Schicksal der Betriebe zu entscheiden hatte, saßen Sozialdemokraten, hier waren keinerlei Enteignungen notwendig, entfielen also die „Eingriffe in das Privatkapital", zu deren Abwehr bereits das Ausland mobilisiert war, entfielen aber auch komplizierte und kostspielige Entschädigungen. Was bei der Alpinen Montangesellschaft gescheitert war, vielleicht würde es beim Wiener Arsenal, bei den Fischamender oder Wöllersdorfer Werken glücken.

Hatte ein solches Vorgehen vom Gesichtspunkt der Sozialisierung noch irgendwelchen Sinn? Gewiß, die Uebernahme dieser Betriebe konnte den Staat von drückenden Sorgen befreien, öffentliches Eigentum retten, vernachlässigte Betriebe in eine zweckmäßige Verwaltungsform bringen, ihre Produktion heben, ihrer Arbeiterschaft Beschäftigung bringen — aber war *das* Sozialisierung, hatte das noch irgend etwas mit der „planmäßigen Ueberführung in die sozialistische Wirtschaft" zu tun? Schien es nicht vielmehr den primitivsten Elementarbegriffen sozialistischer Schulweisheit zu widersprechen, Betriebe in gemeinwirtschaftliche Regelung überführen zu wollen, die nun als sozialistische Inseln im kapitalistischen Meer schwimmen sollten. Der Marxismus

hatte gelehrt, daß sozialistische Experimente im Kapitalismus zur Aussichtslosigkeit verurteilt seien; die Versuche, die seit Owen und Fourier unternommen worden waren, hatten dies bestätigt, und jetzt sollte das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe um die Macht und wachsender sozialistischer Einsicht die Wiederaufnahme utopischer Experimente sein? Und mußte es nicht aussichtslos scheinen, Betriebe zu übernehmen, bei denen all das, was man als „Sozialisierungsreife" erklärt hatte, erst zu erarbeiten war — die Durchorganisierung, die Konzentration und technische Vervollkommnung, Betriebe, die die schwierigsten industriellen Probleme erst zu lösen hatten, deren „Sozialisierungsreife" nur nach dem politischen und finanziellen Gesichtspunkt gewertet wurde, daß sie ohne Opfer zu haben waren. Würde nicht ein Scheitern, ein praktischer Rückschlag unvermeidlich sein, und den um eine Illusion gebrachten Massen den Sozialisierungsgedanken weit mehr diskreditieren als durch das ehrliche Eingeständnis, daß „nichts zu machen sei". Alle diese Bedenken mußten bei jedem guten Sozialisten bestehen und bestanden sicher auch. Die Aufgabe, an der Errichtung und Behauptung gemeinwirtschaftlicher Anstalten zu arbeiten, konnte nur geleistet werden, wenn man von vornherein darauf verzichtete, sie als Sozialisierung anzusehen und hinzustellen und damit Enttäuschungen und Rückschläge hervorzurufen. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten bedeuten als isolierte Einzelerscheinung im Kapitalismus gewiß keine Sozialisierung — das haben auch diejenigen bald einsehen müssen, die von einem neuen Ausgangspunkt für das „friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus" geträumt, von dem „Stück Sozialismus im Kapitalismus" geschwärmt haben. Es hat sich sehr bald gezeigt, daß die gemeinwirtschaftlichen Anstalten, weit entfernt davon, friedliche Inseln inmitten einer durch Klassenkämpfe zerrissenen Gesellschaftsordnung zu sein, sehr bald in diesen Klassenkampf hineingezogen und genau so von politischen Machtmomenten beherrscht und

zu einem Objekt des Klassenkampfes wurden, wie nur irgend eine andere Machtposition der Arbeiterklasse.

Was die gemeinwirtschaftliche Arbeit, frei von Illusionen und Selbsttäuschungen, wirklich leisten konnte, das hat sich in mehrjähriger Arbeit immer klarer herausgestellt. Vier Aufgaben und Möglichkeiten sind es vor allem, die sie im Kapitalismus zu erfüllen hat.

Der Vorkriegssozialismus hat sich über die Frage nach der Form, in der die sozialistische Wirtschaft geführt werden sollte, mit dem Schlagwort der Verstaatlichung oder Vergesellschaftung hinweggeholfen; eine klare Vorstellung fehlte. Was sich nach dem Krieg in der englischen Gildenbewegung, im französischen und amerikanischen Eisenbahnprogramm und den Vorschlägen der deutschen Sozialisierungskommission ausgedrückt, was in *Bauers „Weg zum Sozialismus"* am klarsten ausgesprochen wurde, war ein Weg zum Aufzeigen einer neuen Gesellschaftsform für die sozialisierten Wirtschaftsunternehmungen. Der praktische Beweis für die Lebensfähigkeit dieser theoretischen Konzeption war noch nicht erbracht. Hier konnte die Gemeinwirtschaft gerade im Kapitalismus wichtige Arbeit leisten, indem sie eine neue Wirtschaftsform in das Wirtschaftsleben einführte, in welchem sie in erbitterter Konkurrenz mit den alten eingearbeiteten Unternehmungsformen ihre Lebensfähigkeit erproben, ihre Mängel und Vorzüge kennen lernen sollte. Die *Erprobung einer neuen Rechtsform für die sozialisierte Wirtschaft*, das war die eine wichtige Aufgabe der Gemeinwirtschaft.

Aber ebenso wie die Form der Sozialisierung schwebte die Frage nach den Organen zu ihrer Durchführung im Dunkeln. Daß sie in den Betriebsräten herangezogen werden sollen, war ein allgemeines Schlagwort. Aber konnte der Privatbetrieb, in dem die Betriebsräte von gewerkschaftlichen Fragen voll beansprucht werden, wo ihrem Eindringen in Betriebsfragen starre Grenzen gezogen sind, wo vor allem die Mög-

lichkeit zur Erfassung von Sozialisierungsproblemen fehlt, diese Erziehungsarbeit leisten? Im gemeinwirtschaftlichen Betrieb, wo es möglich war, über den starren Buchstaben des Gesetzes hinauszugehen, wo nicht mit Sabotageakten und künstlichen Schwierigkeiten zu rechnen war, war die Möglichkeit gegeben. *Die Erarbeitung der Betriebsdemokratie und damit die Heranziehung von Organen für die zukünftige Sozialisierung*, das war die zweite große Aufgabe der Gemeinwirtschaft.

Aber neben diesen Hauptfragen nach den Trägern der sozialistischen Wirtschaft lagen auch die anderen wichtigen Fragen der sozialistischen Wirtschaftsführung im Dunkeln. Jetzt rächte sich die Scheu vor der „Utopistik". Alle die zentralen Probleme einer Wirtschaftsordnung — Wirtschaftsrechnung, Preis- und Lohnverhältnisse usw. — sie waren und sind noch viel zu wenig durchdacht, sie sind zum größten Teil noch nicht einmal klargestellt. Sie können erst aus der Praxis erwachsen. Gewiß, der gemeinwirtschaftliche Betrieb im Kapitalismus kann uns keine Antwort auf die Frage geben, wie die sozialistische Wirtschaft wirtschaften wird, aber er kann uns gerade durch den inneren Widerstreit, in den er notgedrungen immer wieder mit seinen Bestrebungen einerseits, der kapitalistischen Außenwelt andererseits gerät, zeigen, welches die wichtigsten Probleme der sozialistischen Wirtschafts- und Betriebsführung sein werden. *Die Erarbeitung und Erfassung der Probleme der sozialistischen Wirtschaft* kann in der Gemeinwirtschaft geleistet werden.

Die sozialistische Wirtschaft wird schließlich dereinst vor der Aufgabe stehen, jeden einzelnen Wirtschaftszweig gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Planmäßig und nach einem einheitlichen System wird sie dabei doch nicht schematisch verfahren können, wird sie die Verschiedenheit der Produktions- und Konzentrationsverhältnisse in den einzelnen Industriezweigen berücksichtigen, den richtigen Ausgangs-

punkt für die gemeinwirtschaftliche Erfassung finden müssen. Wenn schon im Kapitalismus Schritt für Schritt in einem Wirtschaftszweig nach dem anderen eine gemeinwirtschaftliche Anstalt errichtet wird, so werden hier Positionen in den einzelnen Wirtschaftszweigen geschaffen, die, an seine besonderen Verhältnisse angepaßt, dereinst die Ausgangspunkte für die Sozialisierung des ganzen Industriezweiges werden können. Nicht sozialistische Gebilde, wohl aber sozialistische Keimzellen können so geschaffen werden. *Diese Schaffung von Machtpositionen in den einzelnen Wirtschaftszweigen*, das ist die vierte wesentliche Aufgabe der Gemeinwirtschaft.

Wie weit in der österreichischen Gemeinwirtschaftsbewegung an diesen Aufgaben gearbeitet wird und welche praktische Erfahrungen dabei in diesem kurzen Zeitraum gewonnen werden konnten, soll in folgendem kurz dargestellt werden.

2. Die Erprobung der neuen Wirtschaftsform.

Die *gemeinwirtschaftliche Anstalt*, wie sie im Gesetz vom 29. Juli 1919 geschaffen wurde, ist eine selbständige juristische Person. Sie wird vom Staat oder einer anderen öffentlichen Körperschaft errichtet; in der Anstaltsversammlung, die zu ihrer Verwaltung berufen ist, die Geschäftsleitung einsetzt und kontrolliert, sitzen neben den Vertretern des Staates Vertreter der Konsumentenorganisationen und der Arbeiter.

Diese *Verwaltung durch die drei Interessengruppen* ist der grundlegende Gedanke in der Struktur der gemeinwirtschaftlichen Anstalt, die Frage nach den Erfahrungen, die bisher bei ihr gemacht wurden, sicher eine der interessantesten. Sind doch in der sozialistischen Publizistik eine Reihe theoretischer Bedenken dagegen erhoben worden. Würde nicht die Verwaltung durch Gruppen mit so widerstreitenden Interessen, wie es die der Produzenten und Konsumenten

sind, eine einheitliche Betriebsführung unmöglich machen, würden die Interessen der Allgemeinheit, durch die Delegierten des Staates vertreten, nicht vor Sonderinteressen der beiden anderen Gruppen zurücktreten? In der Praxis hat es sich gezeigt, daß die Gegensätze, die sich in der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalt störend fühlbar machen, nicht so sehr durch wirtschaftliche Funktionen bedingte Gegensätze sind, als politische, die aus der verschiedenen Stellungnahme zum Gedanken der Gemeinwirtschaft hervorgehen.

Betrachten wir die Tätigkeit jeder dieser drei Gruppen.

Da sind vor allem die *Vertreter der öffentlichen Körperschaften*, in erster Linie des *Staates*. Ihr Einfluß überwiegt in den Anstalten, die wertvolles Staatsgut übernommen haben oder in einer gewissen finanziellen Abhängigkeit vom Staat als ihrer hauptsächlichsten Kreditquelle stehen — das gilt vor allem für die beiden größten gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die „Oesterreichischen Werke" (Arsenal) und die „Fischamender Werke". Andererseits ist der Einfluß öffentlicher Körperschaften auch in den Anstalten verstärkt worden, die nicht Gegenstände des unmittelbaren Bedarfes, sondern Produkte erzeugen, für die öffentliche Körperschaften als Abnehmer im großen gewonnen werden müssen. Die „Oesterreichischen Werke" und „Fischamender Werke" brauchen den Staat, die Bundesbahnverwaltung und die Gemeinde Wien als Großabnehmer ihrer Schmiede- und Gußstücke, ihres Eisenbahn- und Straßenbahnmaterials, der „Holzmarkt" braucht sie als Benützer seiner Lagerplätze, die „Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt (Gesiba)" und die „Wiener Holzwerke" liefern der Gemeinde Wien als dem größten Bauunternehmer Holz, Ziegel, Zement, Türen und Fenster. Die Staats- und Gemeindevertreter, die daher in der Anstaltsversammlung sitzen, fühlen sich durchaus nicht als Vertreter eines verschwommenen „Allgemeininteresses", sondern es sind sehr konkrete finanzielle oder

Konsumenteninteressen, die sie zu wahren haben[1]). Vor allem aber hat es sich mit größter Deutlichkeit gezeigt, daß die „Allgemeininteressen" bei den Vertretern eines kapitalistischen Staates im wesentlichen doch die *politischen Interessen der jeweiligen Regierung* sind. Die Periode, in der Sozialdemokraten in der Regierung saßen, hat den gemeinwirtschaftlichen Anstalten einige Staatsvertreter gebracht, die, mit großer Liebe und Intensität bei der Sache, den gemeinwirtschaftlichen Anstalten über manche Klippe hinweggeholfen haben. So ist der Generaldirektor der „Oesterreichischen Werke", dem viel von ihrer wirtschaftlichen Behauptung zu verdanken ist, der dorthin als Staatsvertreter entsendete Leiter der staatlichen Sozialisierungskommission. Die unter der heutigen Regierung entsendeten Staatsvertreter bedeuten dagegen oft ein schweres bureaukratisches Hemmnis für den Betrieb. So ist beispielsweise ein führender Gedanke bei der Konstruktion der gemeinwirtschaftlichen Anstalt ihre *Autonomie*. Sie soll im Gegensatz zum reinen Staatsbetrieb volle Selbständigkeit von der staatlichen Hoheitsverwaltung besitzen, befreit von den langwierigen Instanzenwegen der alten Staatsbetriebe. Diese Autonomie war oft schwer zu behaupten. Denn in der Person des Staatsvertreters selbst liegt ein gewisser Zwiespalt[2]). Er ist Beamter, wird als Vertreter seines Ministeriums, seines Ressorts, in die Unternehmung entsendet. Dessen Interessen soll er dort wahren — auch wenn sie in Widerspruch zu denen der Unternehmung stehen. Wären es Allgemeininteressen, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber was da als Allgemeininteresse auftritt, kann einmal das Interesse des Handelsministeriums sein, daß die gemeinwirtschaftlichen Anstalten den sturmlaufenden Privatunternehmern nicht allzu

[1]) Daß der Staat nicht „Gesamtheits"- sondern Konsumentenvertreter ist, hat *Kautsky* schon in seiner „Sozialisierung und die Arbeiterräte" betont.

[2]) Vgl. darüber *Kautsky*: „Die proletarische Revolution", Seite 209—213.

scharfe Konkurrenz bereiten, es kann ein andermal das Interesse des Finanzministeriums an der Rückzahlung von Krediten sein, die für die Ausgestaltung der Werke notwendig wären. Vor allem droht aber die Gefahr der Bureaukratisierung im Augenblick, wo die Staatsvertreter erst die Weisungen „ihres Ministers" einholen müssen, ehe sie eine Entscheidung treffen können. Dazu kommt vieles, was mit der sozialen Stellung des Staatsbeamten zusammenhängt. In der Tradition des alten engen Beamtengeistes erzogen, gewohnt, industrielle Probleme nur vom grünen Tisch zu begutachten, steht er einer großzügigen Industriepolitik, die gerade bei einer so neuen Sache, wie der Gemeinwirtschaft, oft auf Wagen und Gewinnen eingestellt sein muß, fremd gegenüber. Dazu kommt, daß die Chance, in der Gemeinwirtschaft rascher zum Leiter der Unternehmung vorzurücken, die im Verhältnis zu seinem lächerlichen Staatsgehalt ungeheuer anmutenden Direktorengehalte, den Wunsch nach einer leitenden Stellung in diesen Unternehmungen erwecken. Es ist dies sicher nur ein Spezialfall in der allgemeinen Tendenz der Beamtenschaft, aus dem Staatsdienst in die Industrie überzugehen. Das dadurch hervorgerufene Bestreben der Staatsbeamten aber, über das Maß der in Gesetz und Statuten vorgesehenen Befugnisse in der gemeinwirtschaftlichen Anstalt tätig zu sein und zu wirken, kann ein bedenkliches Ueberwiegen des bureaukratischen Elements bedeuten — noch bedenklicher, wenn zu dem reinen Ressortinteresse politische Interessen treten. In dem Maß, als sich die gemeinwirtschaftlichen Anstalten behaupten, von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als eine ihrer Machtpositionen betrachtet werden, sieht auch die bürgerliche Regierung in ihnen mehr als nach möglichst guten Grundsätzen zu verwaltende öffentliche Betriebe, sieht sie darin ein Kampfmittel ihrer Gegner, das man zwar nicht umbringen kann, das man aber zumindest nicht fördern soll. So kommt es, daß Angelegenheiten der gemeinwirt-

schaftlichen Anstalten oft zu Fragen werden, die in den dazu berufenen Organen nicht gelöst werden können. Die Staatsvertreter wenden sich an ihre Regierung, die Arbeitervertreter an ihre Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei und von politischer Macht zu politischer Macht muß nun verhandelt und durchgesetzt werden, daß eine von der Regierung gewünschte Produktionsstillegung nicht stattfindet, einer Einengung der Betriebsratsfunktionen entgegengetreten, eine Kapitalserhöhung durchgesetzt wird. Nichts zeigt deutlicher, daß die Tätigkeit der gemeinwirtschaftlichen Anstalten als Verwirklichung einer sozialistischen Idee empfunden wird, aber auch wie utopisch es ist, an eine harmonische Auswirkung des Prinzips der funktionellen Vertretung im Kapitalismus zu glauben, als die Tatsache, daß die Interessengegensätze in der gemeinwirtschaftlichen Anstalt, wo sie schärfere Formen annehmen, nicht in ihren Organen, sondern politisch ausgetragen werden müssen und daß bei der bürgerlichen Regierung die Abneigung gegen die Gemeinwirtschaft oft alle Ressortinteressen erschlägt. So waren die „Oesterreichischen Werke" einmal in der Lage, von der Gemeinde Wien einen größeren Kredit gegen grundbücherliche Belastung gewisser Objekte des Arsenals zu erhalten — vom Standpunkt des Werkes sicher ein Vorteil, für den Staat eine Entlastung, da hier ein zweites Gemeinwesen neben ihm als Kreditgeber herangezogen wird. Aber das hätte auch geheißen, die finanzielle Abhängigkeit der größten gemeinwirtschaftlichen Anstalt vom Staat zu lockern, seine Machtposition, noch dazu zugunsten eines so bedenklichen Konkurrenten, wie der sozialdemokratischen Gemeinde Wien, zu erschüttern. Die Vertreter des Finanzministeriums machten entgegen allem „Ressortinteresse" Schwierigkeiten [1]), und es bedurfte des politischen Drucks der Sozialdemokratischen Partei, um diese Maßnahmen, gegen die sicher vom

[1]) Dazu gehörte vor allem die Forderung nach der Majorität der Staatsvertreter in der Anstaltsversammlung.

Standpunkt der Allgemeinheit nichts einzuwenden war, durchzusetzen. Und wenn es ein anderes Mal in der „Heilmittelstelle" die Vertreter des Staates waren, die der Verbilligung ihrer Heilmittelpreise entgegentraten, weil die Regierung von den Apothekern bedrängt wurde, so wird man hier auch vergebens nach der „Wahrung des Allgemeininteresses" oder der Funktion suchen, das ausgleichende Element zwischen den Forderungen der Produzenten und Konsumenten zu bilden.

Es zeigt sich deutlich, daß der Staatsvertreter als Vertreter der Allgemeinheit seinen guten Sinn hat für eine sozialistische Gesellschaft, in der der Staat wirklich die Allgemeinheit repräsentiert. Im kapitalistischen Staat wird er notgedrungen zum Vertreter von Interessen, die der Gemeinwirtschaft, je mehr sie an Umfang zunimmt und ihren Charakter als Vorstufe der Sozialisierung deutlicher erkennen läßt, feindlich gesinnt sein müssen. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß wegen der schlechten Erfahrungen, die vielfach mit Staatsvertretern gemacht wurden, diese Vertretung und damit das Schema der Verwaltung durch die drei Interessengruppen überhaupt hinfällig sei. Die Lösung dieses Problems hängt mit dem der Staatsbeamten überhaupt zusammen. In dem Maß, als die Beamten, ihre Klassenlage erkennend, proletarischen Organisationen nähergebracht werden, in dem Maß, als es gelingt, die alte Bureaukratie ein wenig mit frischeren Elementen zu durchsetzen, einen demokratischen Zug in die Staatsverwaltung zu bringen, wird die Mitverwaltung durch die Staatsbeamten anders aussehen. Es wird aber vor allem notwendig sein, innerhalb der Beamtenschaft einen besonderen Typ des Wirtschaftsbeamten zu bilden, der infolge seiner Tätigkeit in öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen eine gewisse Sonderstellung genießt — beispielsweise für die Zeit seiner Verwaltungstätigkeit beurlaubt, seinen Gehalt von der Unternehmung bezieht und damit seine Tätigkeit freier von Ein-

flüssen vorgesetzter Regierungsstellen, aber auch freier von Bestrebungen nach individueller Besserstellung ausüben kann. Auch kann der Vorschlag, einen Teil der Staatsvertreter von der Nationalversammlung wählen zu lassen, das rein bureaukratische Element etwas zurückdrängen. Die gefürchtete „Politisierung" wird nur Machtverhältnisse offener an den Tag legen, die heute hinter den Kulissen ausgetragen werden. Dagegen ist der Vorschlag, die „Wissenschaft" zur Verwaltung heranzuziehen, so lange eine Gefahr, als diese Wissenschaft dem Sozialismus fremd und feindselig gegenübersteht; und auch der Vorschlag, Vertreter der verschiedenen wirtschaftlichen Korporationen (Handels- und Arbeiterkammern usw.) heranzuziehen, bringt die Gefahr mit sich, daß ausgesprochene Unternehmervertreter in die Gemeinwirtschaft einziehen und den Kampf des Privatkapitals gegen die Gemeinwirtschaft bis in ihre Organe verlegen. Bessere Erfahrungen wurden dort gemacht, wo als öffentliche Vertreter *Gemeindevertreter* in die Gemeinwirtschaft kamen. Durch die Gemeindeverwaltungen geht heute ein frischerer Zug, sie stehen in den größeren Industriestädten, die ja allein in Betracht kommen, unter sozialdemokratischer Leitung, stehen daher dem Gedanken der Gemeinwirtschaft von vornherein anders gegenüber, verfügen aber auch durch die reiche Anzahl kommunaler Betriebe über einen größeren Stock von Beamten, die mit Betriebsfragen vertraut sind. Es hat sich gezeigt, daß dort, wo, wie bei der „Gesiba", Staats- und Gemeindevertreter in der Anstaltsversammlung sitzen, an die Stelle eines gefürchteten Zuviel an Bureaukraten, ein wohltätiges Gegengewicht durch die Gemeindevertreter geboten wird, die in ihrer vielfachen Funktion als Konsumentenvertreter, Vertreter der Oeffentlichkeit und der finanzierenden Körperschaft ein wirkliches Interesse an dem guten Fortgang der Anstalt haben.

Haben die Staatsvertreter ein natürliches Uebergewicht in den Anstalten der ehemaligen Heeresbetriebe, die der Schwer-

industrie angehören, so die *Genossenschaften* in den Betrieben, die Bedarfsartikel für den organisierten Konsum erzeugen. Die ersteren Anstalten haben die Lebensfähigkeit des gemeinwirtschaftlichen Gedankens vor allem durch die Bewältigung schwieriger industrieller und organisatorischer Probleme zu erweisen, diese zweite Gruppe durch die planmäßige Erzeugung für den organisierten Konsum, durch den Versuch, in ihrem kleinen Rahmen das Prinzip der Bedarfsdeckungswirtschaft zu verwirklichen. So sitzen in der Gemeinwirtschaftlichen Leder- und Schuhfabrik (Gewa) neben den Vertretern des Staates und der Arbeiter, die Vertreter der Großeinkaufsgesellschaft österr. Konsumvereine als der Zentrale für die städtischen Konsumvereine und der landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle für die ländlichen Genossenschaften in der Anstaltsversammlung. Die Genossenschaften melden ihren Bedarf an, die „Gewa" richtet sich in der Produktion ihrer Schuhe danach, liefert sie unmittelbar diesen zentralen Organisationen, die den Vertrieb an die Konsumenten durch die ihnen angeschlossenen Genossenschaften übernehmen. Dasselbe ist der Fall in der nach dem Muster einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt aufgebauten, aber als Aktiengesellschaft errichteten Wäsche- und Bekleidungsfabrik. Das Arbeiten für den organisierten Konsum ermöglicht diesen Anstalten ein ruhigeres Wirtschaften, weniger umbrandet von der Gegnerschaft der konkurrierenden Privatindustrie und von politischen Kämpfen.

Die Konsumentenvertreter haben das größte Interesse an der Steigerung der Erzeugung, die Verbilligung der Produkte bedeutet, der gefürchtete Gegensatz zu den Arbeiterforderungen hat sich bisher nicht gezeigt. Wohl aber eine Verschiebung innerhalb der Konsumentervertreter. Städtische und ländliche hielten sich am Anfang das Gleichgewicht. Die *Gewinnung der landwirtschaftlichen Genossenschaften* für die Gemeinwirtschaft wurde als besondere Errungenschaft betrachtet und tatsächlich war es in der Zeit, da die

Wirtschaft und namentlich die Lebensmittelaufbringung zum Teil noch rationiert war, möglich, die landwirtschaftlichen Genossenschaften gegen die Verpflichtung, Lebensmittel an die städtische Bevölkerung zu liefern, zu Großkonsumenten der gemeinwirtschaftlichen Schuhfabrik zu machen. In dem Maß, in dem der freie Markt wieder in seine Rechte trat, und die primitiven Tauschakte der Kriegs- und Nachkriegszeit verdrängte, erlosch das Interesse der ländlichen Genossenschaften an der Gemeinwirtschaft. Dazu kam, daß die landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle eine typische Nachkriegsgründung war, die ihr Augenmerk immer mehr auf die Erzielung von Inflationsgewinnen und spekulativen Gründungen, als auf die wirkliche Erfassung der ländlichen Genossenschaften richtete. Sie wurde als Konsumentenvertreterin immer bedeutungsloser, um schließlich ihre Anteile der Großeinkaufsgesellschaft zu überlassen. Die Erfassung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bleibt damit weiter ein Problem, das noch zu lösen sein wird, allerdings ist dazu eine Stärkung ihrer Bedeutung und Zentralisierung in Oesterreich die Voraussetzung. Um so größer ist jetzt der Einfluß der städtischen Konsumvereine, die nun in diesen Anstalten über die Majorität verfügen, und mit den Arbeitervertretern zusammen den proletarischen Einfluß verstärken. Daß sie, die in der zukünftigen Gesellschaft eine wichtige Funktion einnehmen sollen, dabei mancherlei lernen, gehört mit zur gemeinwirtschaftlichen Arbeit. Die Genossenschafter kommen meist aus kleineren Verhältnissen, ihr Horizont ist enger, ihre wirtschaftliche Fähigkeit auf das Kommerzielle beschränkt, sie sind vielfach „Nur-Genossenschafter", deren Tendenz, die gemeinwirtschaftlichen Betriebe in genossenschaftliche umzuwandeln, entgegengetreten werden mußte. In den gemeinwirtschaftlichen Anstalten lernen sie die industrielle Produktion kennen, den Großbetrieb mit seinen technischen und Finanzierungsschwierigkeiten, aber auch mit seiner Betriebsdemokratie, einem Problem, das den Genossen-

schaftern bisher, wie die immer wiederkehrenden Konflikte mit ihrer Angestelltenschaft auf der ganzen Welt zeigen, fremd war. Aber der organisierte Konsum ist heute schon viel spezialisierter. In der „Gesiba" sind an die Stelle der Konsumgenossenschaften die *Siedlungsgenossenschaften* getreten, die, seit die kollektive Bautätigkeit ein starkes Uebergewicht über der privaten hat, an Bedeutung gewachsen sind und in Oesterreich eine fast ausschließlich proletarische Bewegung darstellen. Die Gesiba ist verpflichtet, zunächst und vor allem den Baumaterialienbedarf der Genossenschaften zu bevorzugten Bedingungen zu decken, diese wieder sind gehalten, ihren Bedarf an Baumaterialien ausschließlich bei der Gesiba und nicht bei privaten Händlern, ihre Möbel, Fenster und Türen bei den Wiener Holzwerken zu kaufen. Dieses Monopol in der Belieferung eines so großen Bauunternehmers hat der Gesiba die vorherrschende Stellung in der Baumaterialienindustrie gebracht, die sie heute inne hat, hat andererseits den Siedlungsgenossenschaften billiges Bauen auch in Zeiten der größten Schwierigkeiten ermöglicht. Bei der Heilmittelstelle wieder finden wir die *Krankenkassen* als Vertreter des organisierten Konsums und damit als Miteigentümer und Mitverwalter der Anstalt, die verpflichtet ist, vor allem die Krankenkassen bevorzugt zu beliefern, die wiederum die Medikamente der Heilmittelstelle an ihre Mitglieder und die Krankenanstalten weiterleiten. Schließlich können auch, wie schon oben erwähnt, öffentliche Körperschaften, namentlich die *Gemeinden*, zu Konsumentenvertretern werden. In der Gesiba sitzen neben den Siedlungsvertretern die Vertreter der *Gemeinde Wien* als Hauptabnehmer von Baumaterialien; in den Wiener Holzwerken, um die Einrichtungen für ihre Volkswohnbauten zu beschaffen; in der Wiener Holz- und Kohlengesellschaft, um ihren Bedarf an Holz und Kohle einzudecken, im Holzmarkt, um seine Lagermöglichkeiten auszunutzen. Es ist also ein vielfaches Netz von Konsumentenorganisationen, mit denen die Gemeinwirtschaft auf diese

Art verknüpft wird. Sie ermöglichen nicht nur die Annäherung an eine planmäßige Erzeugung für den Bedarf — Annäherung, denn die gemeinwirtschaftlichen Anstalten werden doch immer wieder gezwungen, zur vollen Ausnützung ihrer Betriebsanlagen, namentlich in Zeiten der Absatzstockung, über die Deckung des organisierten Konsum hinaus, den freien Markt aufzusuchen. Aber bedeutungsvoll ist vor allem, daß damit eine ganze Reihe proletarischer Bewegungen und Verwaltungsorganisationen — Konsumgenossenschaften, Siedlungsgenossenschaften, Krankenkassen, sozialistische Gemeinden — mit der Gemeinwirtschaft verknüpft werden, ihren Platz finden in der Bewegung, die auch über ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft entscheiden wird. Sie alle werden dadurch vielfach von der Augenblicksarbeit weg zu größeren, weiteren Gesichtspunkten herangezogen — in welcher Beziehung stünden sonst etwa Krankenkassenfunktionäre oder Siedlungsvertrauensmänner zu Fragen des sozialistischen Wirtschaftsaufbaues? Andererseits wird der sozialistische Charakter der gemeinwirtschaftlichen Anstalten verstärkt, sind es doch vereint mit den Arbeitervertretern zwei Drittel der Verwaltungsfunktionäre, die in den gemeinwirtschaftlichen Anstalten mehr sehen wollen als eine Unternehmungsform neben vielen anderen, die in ihnen Keimzellen sozialistischer Wirtschaftsform sehen. Die Mitwirkung der Konsumenten, die so vielen theoretischen und praktischen Bedenken begegnete, von den Gildentheoretikern bekanntlich ganz abgelehnt worden ist, freilich weitaus mehr spezialisiert werden mußte, als man es anfangs voraussah, kann aus all diesen Gründen gerade zur Erkämpfung des wahren gemeinwirtschaftlichen Charakters nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Schließlich als dritte Gruppe die *Arbeitervertreter*. Ueber ihre prinzipielle Bedeutung und Tätigkeit soll in dem Kapitel „Betriebsdemokratie" ausführlich berichtet werden. Sind sie es doch, die den Gedanken der Mitverwaltung der Arbeiter

und Angestellten in den Organen der Anstalt zum Durchbruch zu bringen haben. Hier sei nur erwähnt, daß darüber hinaus die Vertretung nicht nur der im Betrieb beschäftigten Arbeiter, sondern auch die ihrer *Gewerkschaften* von so großer Bedeutung ist, weil durch sie das Band zwischen der gemeinwirtschaftlichen Anstalt und dem übrigen Industriezweig hergestellt, durch sie die gemeinwirtschaftliche Anstalt zum Kernpunkt einer künftigen Gilde wird. Tatsächlich haben es die meisten Gewerkschaften, allen voran der Metallarbeiterverband, in mustergültiger Weise verstanden, die einzelnen gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft ihres Wirtschaftszweiges zu machen. Sie haben dadurch syndikalistische Regungen der in der Gemeinwirtschaft beschäftigten Arbeiter, aber auch Unverständnis und Gleichgültigkeit bei der übrigen Arbeiterschaft von vornherein nicht aufkommen lassen und durch ihre Mitarbeit viel von dem verwirklicht, was am Gildengedanken gut und fruchtbar ist. Ihr Einfluß ist am stärksten in den Anstalten, die, wie die Oesterreichischen Werke, die Fischamender Werke, die Steirischen Fahrzeugwerke, dem großen Wirtschaftszweig der Metallindustrie angehören und damit so große, bedeutungsvolle Gewerkschaften, wie den Metallarbeiterverband und den Bund der Industrieangestellten in ihrer Verwaltung haben, in denen aber auch die politischen Vorstöße der Staatsvertreter und der Privatindustrie ein proletarisches Gegengewicht notwendig gemacht haben, um so mehr, als in diesen Großbetrieben das eigentliche Betätigungsfeld für die Mitverwaltung der Arbeiterschaft für die Lösung schwieriger industrieller Probleme war. Und es hat sich erst hier gezeigt, wie viel eingehende Kenntnis des Wirtschaftszweiges, seiner Konjunkturbedingungen, der Betriebsführung und der Betriebsorganisation von Gewerkschaftern durch die fortwährende Berührung mit den Betrieben ihres Wirtschaftszweiges, sicherlich auch durch ihre Mitwirkung bei der Kriegswirtschaft, erworben worden

ist und welche Dienste damit der Gemeinwirtschaft geleistet wurden. Was Staats- und Konsumentenvertreter sich erst mühsam aneignen mußten, die intime Vertrautheit mit einem Industriebetrieb und seinen Bedingungen, das war bei den Gewerkschaftern oft in erstaunlichem Maße vorhanden. Und ebensowenig wie sich bei den Genossenschaftern die theoretische Befürchtung behauptet hat, daß das Interesse an billigen Preisen dem Betriebsinteresse zuwiderlaufen werden, ebensowenig haben die Gewerkschafter das vielfach gefürchtete Interesse an hohen Preisen um der höheren Löhne willen gehabt. Bei beiden Gruppen hat das Verständnis dafür, daß es sich hier um eine wichtige zu behauptende Kampfposition handle, das Interesse an der Erhaltung, Konkurrenzfähigkeit und Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen Betriebes in den Vordergrund treten lassen. War so die Mitwirkung der Gewerkschaftsvertreter eine der wichtigsten Unterstützungen nicht nur für die Arbeiter des Betriebes, sondern oft und oft besonders bei den ehemaligen Heeresbetrieben für die Betriebsleitung selbst, so ist es andererseits für die zukünftige Sozialisierung von größter Bedeutung, daß hier ein ganz neuer Typus des Gewerkschafters ausgebildet wird, der den Betrieb von einer anderen Seite her kennen lernt als von der rein gewerkschaftlichen, der aber auch in steigendem Maße von der rein gewerkschaftlichen Tagesarbeit weg dem größeren gewerkschaftlichen Ziel der Beherrschung der Produktion seines Wirtschaftszweiges zugeführt wird, dem die auf unzähligen Gewerkschaftskongressen beschlossene Betriebskontrolle und Mitverwaltung der Industrie kein bloßes Schlagwort mehr ist, sondern eine lebendige Tatsache, voll neuer Aufgaben, Probleme und Betätigungsmöglichkeiten[1]).

[1]) Ein Bild der innigen Verflechtung der Gewerkschaften mit der Gemeinwirtschaft ergibt folgende Aufstellung: In der Gemeinwirtschaft sind tätig: der *Metallarbeiterverband* (Oesterreichische Werke, Fischamender Werke, Steirische Fahrzeugwerke), *Holzarbeiterverband*

So stellt die Tätigkeit der drei Interessengruppen vielfach ein anderes Bild dar, als ursprünglich angenommen wurde. Produzenten und Konsumenten, deren Gegensätze durch die Vertreter des Staates als der Allgemeinheit ausgeglichen werden — das kann sicherlich das Bild der Verwaltung in der sozialisierten Wirtschaft sein. Im Kapitalismus hat es sich gezeigt, daß Produzenten wie Konsumenten nicht durch ein einfaches Schema erfaßt werden können, sondern die vielfältigsten Organisationen zu ihrer Vertretung brauchen, aber auch, daß die Gegensätze der wirtschaftlichen Funktionen zurücktreten vor dem einen großen Gegensatz zwischen denen, die die Gemeinwirtschaft als Vorstufe zur Sozialisierung wollen, und denen, die sie bekämpfen. Was sich aber schon in der Gegenwart als der große Nutzen dieser Interessenvertretungen gezeigt hat, ist, daß dank ihnen die Gemeinwirtschaft nicht losgelöst von der übrigen Arbeiterbewegung als Einzelexperiment betrieben wird, sondern daß sie durch die Mitarbeit so verschiedener Zweige der Arbeiterbewegung, wie Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Siedlungsgenossenschaften, Krankenkassen, sozialistische Gemeinden, von diesen Gruppen Unterstützung und Mitwirkung erfährt, während wiederum in all diesen Gruppen die Mitarbeit an der Gemeinwirtschaft hilft den Blick über die Tagesarbeit hinaus auf die Erarbeitung der Zukunftswirtschaft zu lenken und überall Vertrauensmänner und praktisch erprobte Mitarbeiter für eine zukünftige Sozialisierung heranzuziehen.

Zur Erprobung der neuen Wirtschaftsform gehört neben der Frage der Zusammensetzung ihrer Organe auch die des *Verhaltens der Organe untereinander*. Nach dem Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sind die beiden

(Oesterr. Werke, Wr. Holzwerke), *Bauarbeiterverband* (Gesiba, Grundstein), *Schuh- und Lederarbeiterverband* (Schuh-Gewa, Sattlereigesellschaft), *Verband der chemischen Arbeiter* (Heilmittelstelle, Blumau), *Verband der Land- und Forstarbeiter* (Gesiba), *Bund der Industrieangestellten* (Oester. Werke, Fischamender Werke, Steirische Fahrzeugwerke, Heilmittelstelle).

verwaltenden Organe die Anstaltsversammlung, in der die drei Interessengruppen tätig sind, und die Geschäftsleitung, die eigentlichen Direktoren. Bei der Gründung der Anstalten wollte man vor allem ein Zuviel an Instanzen und Kompetenzen vermeiden, es hat sich aber merkwürdigerweise gezeigt, daß die Praxis nicht zur Vereinfachung, sondern eher zu einer Vermehrung der Organe geführt hat. Die Anstaltsversammlung, die von den drei Interessengruppen beschickt, gewöhnlich an 20 Mitglieder zählt, hat sich zum Teil für die Führung der ihr zugewiesenen Agenden als eine zu große, zu schwerfällige Körperschaft erwiesen. So ist zwischen sie und die Geschäftsleitung meist noch als Zwischeninstanz ein Exekutivkomitee getreten, dem gewisse Funktionen von der Anstaltsversammlung übertragen wurden. Wenn dann, wie beispielsweise in den Oesterr. Werken, neben der Anstaltsversammlung, dem von ihr gewählten Exekutivkomitee, das mit der Geschäftsleitung zusammen den ständigen Ausschuß bildet, noch die Geschäftsleitung und ein Direktorium, dem die Betriebs- und Abteilungsleiter angehören, als verwaltende Körperschaften bestehen, so kann leicht eine gewisse Hypertrophie an Instanzen entstehen, andererseits die Anstaltsversammlung, das eigentliche demokratische Betriebsparlament, zurückgedrängt werden[1]). So war es beispielsweise in den Oesterreichischen Werken notwendig, den Präsidenten des Metallarbeiterverbandes und den Betriebsratsobmann in diese engeren Ausschüsse zu entsenden, um dafür zu sorgen, daß das Kräfteverhältnis der Anstaltsversammlung auch auf die engeren Verwaltungskörperschaften übertragen werde. Tatsächlich liegt hier eines der tieferen Probleme des sozialisierten Betriebes, bei dem die Mitverwaltungsorgane, die in der Privatgesellschaft Scheinorgane sind (man denke an den Verwaltungs- oder Aufsichtsrat einer A.-G.!),

[1]) Wieweit sie Betriebsparlament ist, geht daraus hervor, daß die sozialdemokratischen Mitglieder eigene Fraktionssitzungen vor jeder Versammlung haben.

zu wirklich mitverwaltenden, mitbestimmenden Organen werden sollen, andererseits aber doch verhindert werden muß, daß ein Zuviel an Einmischung das Verantwortungsgefühl und die Initiative der leitenden Direktoren zum Erlahmen bringt. Diese Komplizierungen liegen sicherlich nicht im Wesen der gemeinwirtschaftlichen Anstalt allein — sehen wir doch überall in der privaten Aktiengesellschaft das Herauskristallisieren von engeren Ausschüssen und Exekutivkomitees —, sondern im Wesen des modernen Großbetriebes überhaupt, dessen Führung eine gewisse Spezialisierung nach Aufgabengruppen verlangt und keine allzu schwerfälligen Verwaltungskörper verträgt. Für den sozialisierten Betrieb ist es aber eine Lebensfrage, daß sich das Zusammenarbeiten der Organe zweckmäßig und ohne Störungen vollziehe, daß keine überflüssigen Verwaltungskörper die Wirtschaftlichkeit hemmen. Es gehört daher zu den Hauptaufgaben der gemeinwirtschaftlichen Anstalt, den zweckmäßigsten Weg zu finden, der den mitverwaltenden Körperschaften auch wirkliche Mitverwaltung gewährt, ohne die Gewähr von allzuviel Einflüssen, die zu Hemmungen der Betriebsführung werden können, hervorzurufen.

In diesem Zusammenhang muß auch die oft gestellte Frage beantwortet werden, was denn der Vorteil der Rechtsform der gemeinwirtschaftlichen Anstalt gegenüber der *Aktiengesellschaft* sei und warum eine Aktiengesellschaft, die in öffentlichem Eigentum befindlich, ihre Verwaltungsorgane in gleicher Weise zusammensetzt wie die gemeinwirtschaftliche Anstalt, nicht ebensogut als „sozialisierter Betrieb" angesehen werden könne? Tatsächlich sind ja in allen Ländern auch derartige Versuche gemacht worden — es sei hier nur an die „Deutschen Werke" erinnert, daran, daß die Sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft auch zuletzt wieder die Aktiengesellschaft nach dem Muster der neugegründeten „Sächsischen Werke" empfiehlt, daß Horten und andere ihren Sozialisierungsvorschlag auf einer Aktiengesellschaft aufbauen

wollten, und daß ja auch in Oesterreich einzelne Gesellschaften, wie die Wäsche- und Bekleidungsgesellschaft, von Staat und Genossenschaften, die Wiener Holz- und Kohlengesellschaft von der Gemeinde Wien und den Genossenschaften als A.-G. errichtet wurde. Die Verfechter der Aktiengesellschaft betonen auch immer wieder ihre größere Beweglichkeit, leichtere Finanzierungsmöglichkeit und bessere Anpassung an die kapitalistische Umwelt als ihre großen Vorteile. Tatsächlich liegen gerade in diesen Vorteilen auch die Nachteile vom Gesichtspunkte der Sozialisierung. Die gemeinwirtschaftliche Anstalt ist sicherlich die starrere Form — ihre Autonomie, die Unveräußerlichkeit ihrer Anteile an das Privatkapital, die Zusammensetzung ihrer Verwaltungsorgane, der weitgehendere Einfluß der Arbeiterschaft, ist durch Gesetz festgelegt, aber damit ist auch die Wahrung ihres gemeinwirtschaftlichen Charakters gesicherter. Die größere Beweglichkeit der Aktiengesellschaft hat immer wieder zu Veräußerungen von Aktienanteilen seitens der öffentlichen Körperschaften geführt — es sei hier nur an die letzten Transaktionen bei den „Deutschen Werken" erinnert. Denn diese leichtere Finanzierungsmöglichkeit, das ist ja eben die Möglichkeit, in Zeiten der Kapitalsnot Anteile zu veräußern, während die gemeinwirtschaftliche Anstalt in diesem Fall vielleicht größere Finanzierungsschwierigkeiten haben wird, aber nichts an ihrem gemeinwirtschaftlichen Charakter einbüßen kann. Und wenn darauf hingewiesen wird, daß die Aktiengesellschaft nicht den Anfeindungen ausgesetzt sei, unter denen die gemeinwirtschaftliche Anstalt, die schon durch ihren Titel der Privatindustrie ein Dorn im Auge ist, zu leiden hat, so ist eben gerade das, das offene Bekenntnis des Zwecks, den sie verfolgt, für die gemeinwirtschaftliche Anstalt unentbehrlich, wenn sie in den Augen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen auch wirklich zur Verkörperung einer großen Idee werden soll, für die gekämpft wird und Opfer gebracht werden. Die Aktien-

gesellschaft, und sei sie hundertmal in öffentlichem Eigentum, wird vielleicht nicht die Widerstände auslösen, sicher aber auch nicht die Opferfreudigkeit und Hingebung an eine Sache, die jeder Einzelkampf um die Verwirklichung des Sozialismus in der Arbeiterschaft erfordert.

So *vollzieht sich die Erprobung* der neuen Rechtsform für die sozialistische Wirtschaft in vielfältiger Art: in der Verwaltung durch die drei Interessengruppen und der Klärung ihrer Funktionen, in der immer innigeren Verknüpfung mit den vielen anderen proletarischen Organisationen, in der Verschiebung und Erarbeitung des Wirkungskreises der einzelnen Verwaltungsorgane, aber auch in den politischen Kämpfen, die um die Existenz der neuen Wirtschaftsform geführt werden, in dem Wagnis, sich inmitten der kapitalistischen Wirtschaft für Betriebe, die im schwersten Konkurrenzkampf stehen, offen zum Prinzip der Sozialisierung zu bekennen. Schon damit wird ein gutes Stück positiver Vorarbeit für die sozialistische Wirtschaft geleistet.

3. Die Erringung der Betriebsdemokratie.

Die Erringung der Betriebsdemokratie — das war ein großer Teil des Inhalts der österreichischen Revolution. Sollte das Drängen der Massen, der politischen Revolution auch die im Betrieb folgen zu lassen, mehr sein als das dumpfe Bestreben, den Unternehmer nicht mehr „Herr im Hause" sein zu lassen, so mußte es von vornherein mit dem Gedanken der Sozialisierung verknüpft werden. Es ist sicher kein Zufall, daß das österreichische Betriebsrätegesetz von der österreichischen Sozialisierungskommission als erstes der Sozialisierungsgesetze geschaffen wurde. Denn mußte man von vornherein darauf gefaßt sein, daß die Betriebsdemokratie im kapitalistischen Betrieb nur in sehr beschränktem Maße verwirklichbar war, daß dort, wo der Privatunternehmer bestehen blieb, einer wirklichen Mitverwaltung durch die Betriebsräte sehr bald Grenzen gezogen sein würden, so haben

andererseits gerade die umfassenden Sozialisierungsexperimente in Rußland und Ungarn schon damals bewiesen, daß die Arbeitssklaven von gestern nicht die Herren der Produktion von heute sein können, daß die Sozialisierungsorgane erst durch ein zielbewußtes und zähes Eindringen in die Mitverwaltung der Betriebe herangezogen werden können.

Standen so von vornherein Betriebsdemokratie und Sozialisierung im unlöslichen Zusammenhang, so war den gemeinwirtschaftlichen Anstalten von Anfang an eine besondere Bedeutung für die Erarbeitung der Betriebsdemokratie gegeben. Hier fielen die Schranken weg, die der Arbeiterschaft im Privatbetrieb durch den jeder wahren Mitverwaltung entgegentretenden Privatunternehmer gesetzt sind, hier war die Mitverwaltung von Anfang an nicht ein Eingriff, sondern ein Recht der Arbeiterschaft und ein Erfordernis für den Betrieb, hier stand das Ziel der Sozialisierung ständig vor Augen, bestand also nicht die Gefahr, daß die Betriebsräte wie in der Privatindustrie durch rein gewerkschaftliche Fragen allzusehr von ihrem ursprünglichen Bestimmungszweck abgelenkt werden, hier war aber auch eine Arbeiterschaft, die sich, wie namentlich in den großen Heeresbetrieben Arsenal und Fischamend, den gemeinwirtschaftlichen Charakter ihres Betriebes mit Opfer und Zähigkeit erkämpft hatte, die zur Elite der österreichischen Arbeiterschaft gehörte, sich als Pioniere einer großen Idee fühlte und dafür die Begeisterung und Entschlossenheit mitbrachte, ohne die nichts Großes erkämpft werden kann. So wurde in den gemeinwirtschaftlichen Anstalten ein über die engen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, aber auch über die des Gesetzes über die gemeinwirtschaftlichen Anstalten hinausgehendes System der Betriebsdemokratie erarbeitet.

Die Grundlage jeder wirklichen Demokratie ist die richtige Auslese der Führenden einerseits, die Erfüllung auch des letzten dem Gemeinwesen Angehörenden andererseits mit dem Gefühl, gleichberechtigtes Mitglied einer demokratischen Ge-

meinschaft zu sein und durch die Auswahl ihrer Organe ihr Schicksal mitzubestimmen. Die *Betriebsverfassung*, die sich die Mitarbeiter der gemeinwirtschaftlichen Anstalten geschaffen haben und die so ziemlich den ersten Versuch darstellt, die Betriebsdemokratie durch eine richtige Verfassung aufzubauen, ist eine Kodifikation all der Rechte und Pflichten der Einzelnen und ihrer Organe und gleichzeitig das Zusammenfassen der vielfältigen Einzelzellen eines großen Betriebes, vom Einzelarbeiter bis zu den leitenden Organen, zu einer Gesamtheit, in der die Rechtskreise der Einzelnen einvernehmlich geregelt sind. „Die gemeinwirtschaftliche Anstalt," heißt es am Anfang der Betriebsverfassung, „dient der Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit. Alle Personen, welche in ihr Arbeit verrichten, einschließlich der Mitglieder der Anstaltsversammlung, bilden eine organisierte Arbeitsgemeinschaft." Jeder Arbeiter oder Angestellte erhält bei seinem Eintritt in die Anstalt ein Exemplar dieser Verfassung, hat sein Einverständnis mit ihr durch Unterschrift zu bestätigen und ist dann Mitglied dieser Gemeinschaft. Als solches gehört er der Vollversammlung der Mitarbeiter an, die bei besonders wichtigen Anlässen, die das Schicksal des Werkes betreffen, Produktionseinstellungen, Anschlägen von außen und dergl. einberufen wird. Sonst erfordert es die Unmöglichkeit, eine so große Körperschaft oft einzuberufen, daß bei Produktions- und Arbeitsfragen der einzelnen Werkstätten Vollversammlungen der Mitarbeiter der einzelnen Werkstätten stattfinden. Die Vollversammlung aller Mitarbeiter wählt nach dem Betriebsrätegesetz den Betriebsrat, der in den größeren Werken, wie im Arsenal, ein großer Verwaltungsorganismus ist (über 80 Mann), mit einem eigenen Sekretariat, und der seinen großen Aufgaben nur gerecht werden kann durch ein weitgehendes System der Arbeitsteilung. Da gibt es einen engeren Ausschuß für die allgemeinen Angelegenheiten, dem wöchentlich über die Lage des Werkes

Bericht erstattet wird und der die eigentliche Politik des Betriebsrats bestimmt; da gibt es Ausschüsse oder Referenten für das Wohlfahrtswesen, für Lohn- und Akkordfragen, für Arbeiterschutz, für Bildungswesen, für Lehrlingsschutz, aber auch für Betriebstechnik, für Organisation und Bilanz und für Steuerwesen. Dadurch wird eine Ueberhäufung der einzelnen Betriebsräte mit Agenden, die sie nicht bewältigen können, vermieden und doch wieder ermöglicht, daß der Betriebsrat als Gesamtkörperschaft den Blick aufs Ganze nicht verliert. Wenn man weiß, wieviel Arbeit jede einzelne dieser Agenden erfordert, welche Kenntnis und Gründlichkeit zu ihrer Bewältigung in einem viele Tausende umfassenden Werk notwendig ist, so versteht man, daß nur durch diese systematische Arbeitsteilung die Mitwirkung der Betriebsräte bei jeder einzelnen dieser Fragen gesichert wird, aber auch der Kontakt mit dem letzten Arbeiter, die Entgegennahme aller Wünsche, Beschwerden und Anregungen, und daß andererseits die Möglichkeit besteht, die spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten der einzelnen Betriebsräte zu entwickeln. So hat der Bildungsausschuß der Oesterreichischen Werke, dessen Obmann zugleich langjähriger Bildungsvertrauensmann der politischen Organisation war, ein mustergültiges System von Arbeiter- und Betriebsräteschulen, von technischen Kursen und politischen Vorträgen geschaffen; so werden im technischen Ausschuß die Kenntnisse eines Betriebsrats, der technischer Angestellter ist, im Organisationsausschuß eines Beamten des Organisationsbureaus allen nutzbar gemacht. Ist so das Betriebsrätewesen nach innen durchorganisiert, so ist die Erweiterung der Funktionen nach außen noch wichtiger. Die Vollversammlung der Betriebsräte wählt die gesetzlich vorgesehenen Vertreter in die Anstaltsversammlung, sie wählt aber auch — und das ist der entscheidende Schritt über alle gesetzlichen Bestimmungen hinaus — einen Vertreter in die Geschäftsleitung. Es hat sich eben gezeigt, daß die Betriebsdemokratie nicht nur die

gewissenhafteste Mitarbeit in den kontrollierenden Körperschaften, sondern auch die Mitarbeit dort erfordert, wo die Beschlüsse durchgeführt, wo der Betrieb wirklich geleitet wird. Erst durch die Teilnahme an der Geschäftsleitung ist der Betriebsrat im fortlaufenden Kontakt mit der Leitung des Werkes, hat er aber auch die Möglichkeit, seine Mitbestimmung nicht nur dort geltend zu machen, wo nur allgemeine Richtlinien aufgestellt, sondern auch dort, wo sie durchgeführt werden.

Hier hat sich allerdings sofort eine der Kernfragen der Betriebsdemokratie ergeben: Soll der Betriebsrat nur als kontrollierendes oder als mitverantwortliches, mitentscheidendes Mitglied in der Geschäftsleitung sitzen, wieweit kann er überhaupt in leitender Funktion tätig sein?

In keinem anderen Betrieb hängt so viel von der Person des *leitenden Direktors* ab, wie in der gemeinwirtschaftlichen Anstalt, in keinem anderen Betrieb werden so vielseitige Anforderungen an ihn gestellt. Der Kapitalismus hat den Typus des großen Unternehmers herausgebildet, der gleichzeitig großer Organisator, Techniker und Finanzgenie ist, das Unternehmen, das er leitet, zur höchsten Entfaltung bringt. Die bürgerliche Nationalökonomie ist zur Verklärung dieses Unternehmers geworden, den nach ihr einzig und allein die freie Initiative, das Gewinn- und Machtstreben hervorbringt. Die sozialistische Wissenschaft hat sich bis zuletzt damit getröstet, daß die Sozialisierung die zur höchsten technischen und organisatorischen Vollendung gelangten Industrien erfassen wird, noch dazu solche, die auf einen gesicherten Konsum und eine gewisse Monopolstellung bauen können, in denen daher weder große Techniker noch große kommerzielle Fachmänner notwendig sein werden, sondern in denen Männer mit Fachwissen, von dem ernsten Willen beseelt, ihr Bestes zu leisten, die genialen Organisatoren und Erfinder werden ersetzen können. Aber Karl Kautsky hat in seiner letzten Schrift mit Recht darauf hingewiesen, daß

das nur dort gilt, wo nicht einzelne Betriebe, sondern ganze Wirtschaftszweige erfaßt werden, wo also Isolierung und Konkurrenzkampf wegfallen, der einzelne Betrieb in Ruhe als Versuchsstation von Neuerungen arbeiten kann. Die gemeinwirtschaftliche Anstalt ist nicht nur ein solcher einzelner sozialisierter Betrieb, der im Kampffeuer des erbittertsten Konkurrenzkampfes keine Atempause kennt, sie ist auch, wie schon vorerwähnt, gerade dort, wo sie Großbetrieb ist, nicht am Ende, sondern am Anfang großer technischer Neuerungen, schwieriger Produktions- und Organisationsprobleme, kompliziertester Absatzfragen und Finanzierungsaufgaben. Der Mann, der die Oesterreichischen Werke oder Fischamender Werke auf Friedensproduktion umstellen und so leiten will, daß sie den Konkurrenzkampf erfolgreich bestehen, ohne doch etwas von ihrem gemeinwirtschaftlichen Charakter einzubüßen, muß der große Organisator, technische Neuerer und Finanzmann sein, wie ihn der Kapitalismus in den Zeiten gebraucht hat, als seine großen Unternehmungen von den Krupp und Siemens geschaffen, seine Produktion revolutioniert wurde. Allerdings ohne den gemeinwirtschaftlichen Charakter zu opfern, denn hier liegt die zweite entscheidende Schwierigkeit. Der leitende Direktor der gemeinwirtschaftlichen Anstalten muß nicht nur all diese sachlichen Qualitäten, er muß auch den heißen Willen und den Ehrgeiz haben, nicht nur den Betrieb, sondern auch seine neue gemeinwirtschaftliche Form durchzusetzen. Aber gerade diese gemeinwirtschaftliche Form wird zunächst sein Arbeiten erschweren, denn das große Maß von Mitverwaltung und Kontrolle, die die Gemeinwirtschaft nicht entbehren kann, weil sie ja ihr Wesen ausmachen, wird sicherlich — es wäre unehrlich das zu leugnen — seine freie Initiative oft beschneiden, ihm große Wagnisse und Risiken, die zum Wesen des großzügigen Unternehmers gehören, scheuen lassen und an Mitentscheidungen binden, die sein Gefühl als Industriekapitän herabsetzen. Es ist im vorigen Kapitel gezeigt worden,

wie die gemeinwirtschaftlichen Anstalten bemüht sind, den richtigen Weg zu finden, der die Mitverwaltung der entscheidenden Gruppen sichert, ohne doch das Verantwortungsgefühl des Geschäftsleiters zu mindern. Aber dieser richtige Weg kann nur in der Praxis gefunden werden. Wie viel Verständnis für Wesen und Aufgaben der Gemeinwirtschaft muß der haben, der bereit ist, manche Erschwerung seiner Funktionen in dem Bewußtsein hinzunehmen, daß diese Seite der Gemeinwirtschaft, die Entwicklung der Mitverwaltung und Betriebsdemokratie ebenso wichtig, ja ebenso seine Aufgabe ist wie die höchste Steigerung der Produktion. Ist also die Frage nach den leitenden Organen der Sozialisierung für jede Art der Sozialisierung entscheidend, so ist sie es besonders dort, wo Einzelbetriebe erfaßt werden, wo alle technischen und organisatorischen Probleme erst zu lösen, die gemeinwirtschaftlich wichtigen Methoden erst durch die Praxis entwickelt werden müssen. Wo findet sich aber der Mann, der mit Unternehmergenialität und höchstem Fachwissen die Begeisterung für die Sache, die Ruhe und den Takt mitbringt, den das Zusammenarbeiten mit den verschiedenartigen Gruppen erfordert? Der Sozialismus verfügt heute noch nicht über diese Männer im eigenen Lager. Man mußte daher versuchen, sie aus der Privatindustrie zu gewinnen, und es hat mit zur richtig verstandenen Betriebsdemokratie gehört, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß keine materiellen Opfer zu groß sein dürfen, um solche Männer zu bekommen. Der Gesichtspunkt, unter dem zuerst Direktoren für die Gemeinwirtschaft geworben wurden, war auch der, möglichst erprobte Fachmänner aus der Privatindustrie zu gewinnen und in ihrer Bezahlung ebensogut zu stellen wie dort. Es war das die allgemeine Anschauung, daß der heutige Industriedirektor durch die Vergesellschaftung der Unternehmungsformen in so hohem Grad beamteter Funktionär geworden sei, daß er gegen gleiche Bezahlung dem sozialisierten Betrieb genau so zur Verfügung stehen könne wie der

privaten Aktiengesellschaft. Die praktischen Erfahrungen haben diese oberflächliche Betrachtungsweise widerlegt. Zur Leitung des sozialisierten Betriebs gehört eben doch mehr. Die Direktoren, die ohne innere Beziehung zur Gemeinwirtschaft in ihren Dienst getreten sind, haben durchwegs versagt. Sie haben ohne Verständnis für das Wesen der Gemeinwirtschaft und ihre Erfordernisse die Mitverwaltung durch ihre Organe als lästige Fessel empfunden, sind der Betriebsdemokratie fremd oder gar feindselig gegenübergestanden, haben Konflikte und Prestigekämpfe hervorgerufen, wo verständiges Heranziehen der anderen am Platze gewesen wäre. Eine solche Einstellung hilft aber sicherlich nicht, die gigantischen Aufgaben der industriellen Umstellung zu lösen, die auch das beste Fachwissen allein nicht bewältigen kann, sondern die vor allem die Fähigkeit erfordert, alle in Betracht kommenden Kräfte zu mobilisieren und zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Gemeinwirtschaft hat — und auch das gehört zu ihren erschwerten Lebensbedingungen, aber auch zu ihren nützlichen Erfahrungen — in der ersten Zeit unter oftmaligem Direktorenwechsel zu leiden gehabt. Da waren erst Leute aus eigenem Lager, voll besten Willens, aber den großen sachlichen Aufgaben nicht gewachsen, da waren erste Fachmänner aus der Privatindustrie mit den größten Erwartungen empfangen, bald in eine Atmosphäre von Ueberreiztheit und Feindseligkeit gehüllt, die ihre Tätigkeit erlahmen ließ und sie den Verlockungen der Privatindustrie gegenüber schwach machte, zu deren Kampfmethoden gegen die Gemeinwirtschaft auch das Bemühen gehört, ihr fähige Männer abspenstig zu machen. Vor allem aber hat es sich gezeigt, daß gerade in der Gemeinwirtschaft ohne das Vertrauen der Arbeiterschaft, die durch das höhere Maß an Mitverwaltung, reger, aufmerksamer, vielleicht auch mißtrauischer ist, nicht gearbeitet werden kann. Das mag von den Gegnern als Nachteil der Gemeinwirtschaft dargestellt werden, tatsächlich hat es sich gezeigt, daß das Mißtrauen auch eine der größten Tugenden

der Betriebsdemokratie ist, daß es bei denjenigen, die nicht etwa demagogisch um die Unterstützung der Arbeiterschaft geworben haben, sondern durch ihre Sachlichkeit und ihr Verständnis für das Wesen der Gemeinwirtschaft bemüht waren, die Betriebe hoch zu bringen, dem größten Vertrauen und der eifrigsten Unterstützung Platz gemacht hat, während diejenigen, gegen die das Mißtrauen sich verschärfte, sich immer noch als Leute erwiesen haben, die früher oder später versagten oder abfielen. Der ideale Direktor, das hat sich klar gezeigt, kann für die gemeinwirtschaftliche Anstalt nur der sein, der höchstes Können mit sozialistischer Ueberzeugung, die allein die notwendige Hingabe für die Gemeinwirtschaft hervorruft, verbindet.

Damit ist nicht etwa das Problem für den heutigen Zeitpunkt als ungelöst erklärt. Gewiß — die sozialistischen Parteien verfügen nun einmal über kein Reservoir „sozialistischer Direktoren". Die Möglichkeit, Direktoren aus bürgerlichem Lager so herüberzuziehen, daß sie nicht nur Beamte der Gemeinwirtschaft, sondern auch ihre überzeugten Anhänger werden, hat sich nur in ganz wenigen Fällen bewährt, wo es sich um „Unternehmer" im guten Sinne handelte, die nicht nur Fachmänner, sondern auch ein wenig Forscher und Experimentatoren waren, die gerade das Ungeheure der Aufgabe reizte, die industrielle Umstellung, die neue Verwaltungsform, der Kampf, der nach allen Seiten zu führen ist, die nicht nur in die neuartigen Aufgaben hineingewachsen, sondern sogar zu den eifrigsten Verfechtern des gemeinwirtschaftlichen Gedankens und damit zu Anhängern der sozialistischen Wirtschaft wurden. Sie sind vereinzelte Erscheinungen geblieben. Es hat sich immer klarer gezeigt, daß die wahre Lösung erst dann gegeben sein wird, bis aus dem eigenen Lager die Menschen herangezogen werden, die mit sozialistischer Ueberzeugung und der Hingabe für die Gemeinwirtschaft die erforderlichen Sachkenntnisse vereinigen. Die kapitalistische Industrie hat sich in jahrzehntelangem Ent-

wicklungsprozeß ihre Techniker und Organisatoren herangezogen, die Gemeinwirtschaft, die nicht so viel Zeit und Ruhe hat, muß um so zielbewußter ihr Hauptgewicht auf die Heranziehung der leitenden Männer legen.

Die Chance für den Fähigen, zu einer führenden Stellung zu gelangen, ist der Prüstein jeder Demokratie und vor allem auch der Betriebsdemokratie. Sie ist in der Gemeinwirtschaft durch die *Art der Mitverwaltung* gegeben. Diese Mitverwaltung unterscheidet sich grundlegend von der nach dem Betriebsrätegesetz auch im Privatbetrieb gegebenen, wo sich diese Mitverwaltung im wesentlichen in Körperschaften abspielt, die nur einige Male im Jahre zusammentreten und wo von allen Seiten der Wille vorhanden ist, jeden Einblick in die Geschäftsführung möglichst zu erschweren. Eine wahre Mitverwaltung muß den Betriebsräten die Möglichkeit geben, in sämtlichen Organen, in denen sich die Verwaltung der Anstalt abspielt, den beratenden und kontrollierenden wie den ausführenden, vertreten zu sein. Die Betriebsräte haben ihre Vertreter in der Anstaltsversammlung, die das Betriebsparlament darstellt, in der Geschäftsleitung, die seine Regierung ist, sie haben, als weitere Bestimmung der Betriebsverfassung, das Recht durchgesetzt, in gemeinsamen Sitzungen mit der Geschäftsleitung laufend über die wichtigsten Fragen informiert zu werden und dort ihre Wünsche vorzubringen; jede einzelne Werksleitung weiß, daß sie mit der Mitarbeit des Betriebsrates ihrer Abteilung zu rechnen hat und auf sie angewiesen ist. Und schließlich hat der Betriebsrat, wie schon oben erwähnt, seine eigenen Ausschüsse zur Mitarbeit in speziellen Fragen. Nur eine solche Mitverwaltung, die alle Organe der Anstalt umfaßt und durchdringt, kann beiden Seiten der Mitverwaltung gerecht werden: Den Betrieb durch diese verantwortungsvolle Mitarbeit zu heben und zugleich aus den Kreisen der „Mitverwalter" Leute heranzuziehen, die zu seinen berufenen Leitern werden können. Tatsächlich hat es sich trotz der kurzen Frist, die einige Jahre in einem

solchen Entwicklungsprozeß bedeuten, gezeigt, daß die viel größere Auslesemöglichkeit und gleichzeitig größere Spezialisierung die Chance in einem so weit verzweigten Mitverwaltungsapparat auf die geeigneten Kräfte zu stoßen, ungemein vergrößert und daß sich bereits ein kleiner Stock von „Führern" aus den Betriebsräten der Gemeinwirtschaft herausgebildet hat. Wie hat der Hochmut der zünftigen Techniker über die Wahnidee gespottet, Arbeiter an leitende technische Stellen zu setzen, wie sehr ist nicht auch im eigenen Lager daran gezweifelt worden, daß die Arbeiterschaft zu mehr fähig sein würde als zur bloßen kontrollierenden Tätigkeit — und doch ist es ein Arbeiter, allerdings ein mit besonderen technischen Fähigkeiten begabter und größter Hingabe für die Gemeinwirtschaft beseelter, der, nachdem ein technischer Betriebsleiter nach dem anderen sich mit der Reorganisation der Waffenfabrik und des Autobaus des Arsenals erfolglos abgeplagt hatte, schließlich mit ihrer Leitung betraut wurde und sie durch Erweckung der höchsten Arbeitsintensität in die Höhe brachte. Es ist ein Betriebsrat der Schuhgewa, der heute, dank seinen Fähigkeiten, Direktor der Anstalt ist, und es ist ein ehemaliger Dreher, der heute durch seine technisch umfassende Mitarbeit Betriebsinspektor und Direktor des riesigen Arsenals ist. Sicherlich kommt es auch im Kapitalismus vor, daß ein einfacher Arbeiter es bis zum Direktor gebracht hat. Aber daß in der Gemeinwirtschaft die Chance eine ungleich größere, die die Möglichkeit, daß besondere Fähigkeiten ihre richtige Verwertung nicht finden, ungleich kleiner ist, macht ihre Bedeutung für die Auslese von leitenden Männern aus der Arbeiterschaft aus.

Hier, bei der *Mitarbeit in der Geschäftsleitung*, hat sich allerdings am klarsten das Problem gezeigt von dem oben ausgegangen wurde: Soll der Betriebsrat als kontrollierendes oder als gleichberechtigtes, mitentscheidendes Organ in der Geschäftsführung sitzen? Die kleineren Anstalten haben sich

für das letztere entschieden. Der Betriebsrat, der als bloßes Kontrollorgan in der Geschäftsleitung sitzt, ist mit Verantwortungen nicht belastet, ist eher imstande gleichzeitig Vertrauensmann der Arbeiterschaft und Mitverwalter zu sein, da er in seiner Einspruchsmöglichkeit, in seiner Berichterstattung an die Arbeiterschaft freier ist, auch weiter vor allem ihr Funktionär bleibt. In den großen Anstalten, vor allem in den Oesterreichischen Werken, wo jede Entscheidung ein großes Maß an Verantwortung bedeutet, wo der Betriebsrat, der mitverwalten will, auch die Mitverantwortung nicht scheuen darf, ist der Betriebsrat gleichberechtigter Direktor, hat er aber auch fortwährend damit zu kämpfen, den Kontakt mit der Arbeiterschaft nicht zu verlieren.

Denn — und hier liegt das zentrale Problem der Betriebsdemokratie — der Betriebsrat hat in der Gemeinwirtschaft noch schärfer als anderswo eine doppelte Funktion. Er soll an der Verwaltung des Betriebes positiv mitarbeiten, da aber dieser Betrieb weiter in Kapitalismus arbeitet, mit seinen Arbeitsmethoden verknüpft ist, da, wie schon vorerwähnt, auch die gemeinwirtschaftliche Anstalt nicht eitel Klassenharmonie ist, sondern von sehr widerstrebenden Interessen und Kämpfen durchsetzt ist, hat der Betriebsrat neben den Verwaltungsfunktionen auch ausgesprochene Kampffunktionen: Kampf um die Besserstellung der Arbeiterschaft, die Führung der gewerkschaftlichen Funktionen im Betrieb überhaupt, Kampf gegen reaktionäre Anschläge auf die Gemeinwirtschaft, Kampf um die Erweiterung der Betriebsdemokratie, die auch immer erst erobert und erarbeitet werden muß. Gewiß, die gemeinwirtschaftliche Anstalt hat das Ziel, begabte und fähige Arbeiter auf leitende Posten zu bringen, wenn sie aber dadurch ihrer Betriebsratsfunktion entzogen, der Arbeiterschaft entfremdet werden, so ist auf der einen Seite gewonnen, auf der anderen verloren. Auch der Leiter der gemeinwirtschaftlichen Anstalten muß rechnen um konkurrenzfähig zu bleiben, muß gegebenenfalls Forderungen

der Arbeiterschaft entgegentreten. Gerade die ernst aufgefaßte Mitverwaltung kann den Betriebsrat in der gemeinwirtschaftlichen Anstalt nur zu oft in einen Konflikt bringen, zwischen den Forderungen der Gruppe, die er vertritt und seiner Einsicht in die Bedingungen des Betriebes Vertrauen in die Sachlichkeit des Vertreters, intensive Erziehungsarbeit aller Mitarbeiter wird diese Konflikte überbrücken und seltener werden lassen. Die Befürchtung, daß die Arbeiterschaft jene Betriebsräte in die leitenden Organe delegieren werden, von denen sie hofft, daß sie am meisten für sie „herausschlagen" werden, hat sich nicht bewahrheitet. Es war der große Ehrgeiz der Arbeiterschaft, in diesen Organen Männer als ihre Vertreter zu haben, die nicht nur Scheinvertreter sind, sondern auch den Vertretern der anderen Gruppen sachlich gewachsen, den Anteil der Arbeiterschaft an der Führung des Betriebes steigern. Und da hier wie bei den übrigen Leitern der Gemeinwirtschaft Fachwissen allein nicht genügt, sondern auch Verständnis für die Gemeinwirtschaft, der richtige Takt, und gleichzeitig die notwendige Energie und Festigkeit im Zusammenarbeiten mit den anderen Gruppen vorhanden sein muß, sind es wirklich die in jedem Sinn „Besten", die von der Arbeiterschaft in die Leitung entsendet werden, die sie dann allerdings, gerade wenn sie von ihren neuen Aufgaben ganz erfüllt sind, auch in ihren Kämpfen bei anderen Fragen entbehrt. Die Gefahr, die für die ganze heutige Phase des Sozialismus kennzeichnend ist, daß das Eindringen in die Verwaltungsarbeit vom politischen Kampf ablenkt, spiegelt sich in dem kleinen Rahmen der Gemeinwirtschaft auch wider und kann nur zu leicht eine Verarmung in den Kampfreihen der Arbeiterschaft hervorrufen. Hier wird wohl erst Wandel geschaffen werden, bis der Prozeß der industriellen Umstellung einerseits die Besten nicht mehr so ausschließlich in Anspruch nehmen wird, wenn andererseits genug Kräfte herangezogen werden, um beide Funktionen — die der positiv fachlichen Betriebs-

leitung und die, die aus der Kampftätigkeit des Betriebsrats als Arbeitervertreter hervorgeht — mit genügenden Kräften zu versehen.

Das führt allerdings zu einem weiteren Problem der Betriebsdemokratie in der Gemeinwirtschaft, dem *Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten.* Die Betriebsverfassung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten hat hier einen großen Schritt getan. Sie hat den Begriff des „*Mitarbeiters*" geschaffen. Jeder einzelne, ob seiner Verwendung nach Angestellter oder Arbeiter, gehört der Gesamtheit als gleichberechtigter Mitarbeiter an. Aber im Grund ist damit doch nur seine staatsbürgerliche Gleichberechtigung dem Gemeinwesen gegenüber ausgesprochen. Es müssen selbstverständlich die Unterschiede der Verwendung bleiben, es bleibt aber auch die verschiedene soziale Zugehörigkeit, die Verschiedenheiten der Arbeitsentlohnung. Auch in der Gemeinwirtschaft sind die Angestellten eine Schicht, die dem Sozialismus erst kürzere Zeit angehört. Bedarf es überall erst einer komplizierten Erziehungsarbeit, um die Angestellten den Arbeitern und ihren Kämpfen näher zu bringen, so noch viel mehr in der Gemeinwirtschaft, wo das Mitwirkungsrecht der Arbeiter ein so viel größeres ist und wo mancher gelernte Techniker erst „umlernen" muß, um zu begreifen, daß der Dreher in der Geschäftsleitung ihm übergeordnet ist, daß manuelle Arbeiter Funktionen ausüben, die sonst nur ihm zukommen. Noch schwieriger ist aber die Situation für die Arbeiter. Da ist nicht nur das allgemeine Mißtrauen gegen die Mitkämpfer von heute, an deren Gegnerschaft von gestern man sich noch erinnert. Aber da ist der „Mitarbeiter" — ein Begriff, der gerade seitens der Arbeiterschaft mit großer Freude hingenommen wurde —, der in seiner Funktion als Akkordant die Akkorde herabdrückt, oder als Meister die Arbeitsleistung ständig steigern will, oder im Kontrollbureau jedem Versehen unnachsichtlich nachgehen muß. Diese Gegensätze zwischen Arbeiter und Angestellten, die der Mechanismus

des Großbetriebes erzeugt, kann kein Begriff des „Mitarbeiters" aus der Welt schaffen. Noch schwerer steht es mit den Unterschieden in den Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter arbeiten im Kollektivvertrag zu denselben Bedingungen, d. h. vor allem zu denselben niedrigen Nachkriegslöhnen, wie die Arbeiter der Privatindustrie — bei jedem Konjunkturwechsel vom Abbau ohne Abfertigung bedroht, während ihre „Mitarbeiter", die Angestellten, bei aller Proletarisierung durch Krieg und Inflation, doch besser gestellt sind, die Vorteile des modernen Angestelltenrechts, längere Kündigung, Abfertigung, längeren Urlaub haben. Es ist schwer, die Arbeiter trotz dieser Unterschiede zu vollem Verständnis für das Wesen, die andere Arbeitsweise und andere Mentalität zu erzielen. Viel erfreuliches auf diesem Gebiet haben die Angestelltenbetriebsräte geleistet, die durchwegs bemüht sind, sich in dem gemeinsamen Betriebsrat als Vertreter der gesamten Mitarbeiterschaft und nicht einer bestimmten Schicht zu fühlen und die dadurch Verständnis und Sympathie für die Angestelltenschaft erworben haben. Und wenn auf der einen Seite die Schwierigkeiten größer sind, so bestehen doch gerade in der Gemeinwirtschaft durch das ständige Aufeinanderangewiesensein, das die Betriebsdemokratie bedeutet, das die Mitverwaltung mitsichbringt, weitaus größere Antriebe zu einem guten Zusammenarbeiten von Arbeitern und Angestellten. Es sind durchwegs Angestelltenbetriebsräte, die die Arbeiterschaft als Vertreter in die kommerziellen Organe der Anstalt entsendet, zum wahren Einblick in die Bilanzgrundlagen und die Betriebsbuchhaltung verwendet. Dazu kommt noch die Einführung des „gemeinsamen Betriebsrats", der im Gegensatz zur Privatindustrie eigentlich entscheidend ist, die Interessen und Ideeverknüpfung an das gemeinsame Ziel der Gemeinwirtschaft, die Erziehungsarbeit und Durchdringung mit der Idee der „Mitarbeiterschaft". So ist in der Gemeinwirtschaft sicherlich das Verhältnis zwischen Arbeiter und Angestellten ein weit-

aus besseres als in der übrigen Privatindustrie, und was auf diesem Gebiet geleistet wurde, gehört nicht zu den unwesentlichsten Leistungen der Gemeinwirtschaft.

Hier bleibt allerdings noch eine Frage zu erörtern, die für die Arbeiterfragen in der Gemeinwirtschaft von größter Bedeutung ist. Sind die in der Gemeinwirtschaft beschäftigten Arbeiter *besser zu stellen* als die in der Privatindustrie? Dagegen hat nicht nur die Tatsache gesprochen, daß die gemeinwirtschaftlichen Anstalten, im Konkurrenzkampf stehend, kaum in der Lage sind, ihre Arbeiter wesentlich besserzustellen. Es hat aber auch die prinzipielle Abneigung gegen eine Besserstellung bestanden, die syndikalistische und betriebsegoistische Regungen in der Arbeiterschaft großziehen und sie der übrigen Arbeiterschaft entfremden müßte. So arbeitet die Arbeiterschaft der gemeinwirtschaftlichen Anstalten unter denselben kollektivvertraglichen Bedingungen wie die der Privatindustrie. Aber gewisse Ausnahmen von dieser Regel müssen doch gemacht werden. Die gemeinwirtschaftliche Anstalt ist mehr als jeder Privatbetrieb darauf angewiesen, sich einen Stock dauernder mit gemeinwirtschaftlichem Geist erfüllter Arbeiter zu sichern, sie kann starke Fluktuationen nicht vertragen, sie muß andererseits diesen Arbeitern nicht nur in abstrakten Hinweisen, sondern auch auf ihrem täglichen Arbeitsgebiet das Gefühl wachhalten, in einem anderen Betrieb zu sein. Die Werbekraft des gemeinwirtschaftlichen Gedankens muß aber auch nach außenhin dadurch verstärkt werden, daß der gemeinwirtschaftliche Betrieb auch in der Regelung der Arbeitsverhältnisse ein Musterbetrieb wird[1]). So ist man jetzt mit dem Wagnis beschäftigt, für die Arbeiter, zunächst der Oesterreichischen Werke, einen besonderen Tarifvertrag abzuschließen, der bei sonstiger Angleichung an den allgemeinen Kollektivvertrag auch gewisse Angleichungen an die Angestelltenrechte ent-

[1]) Dieselbe Auffassung bei *Kautsky:* Die proletarische Revolution, Seite 188 und 264.

hält, wie Abfertigungen und Weihnachtsremunerationen. Vor allem kann aber die gemeinwirtschaftliche Anstalt auf dem Gebiet der Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen mehr leisten als die Privatindustrie. Daß dies geschieht, ohne betriebsegoistische Strömungen hervorzurufen, ist vor allem das Verdienst der „*Betriebsrätevereinigung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen*", die alle in der Gemeinwirtschaft tätigen Betriebsräte umfaßt. Sie ist es, die für die Erweiterung und Vereinheitlichung aller betriebsdemokratischen Einrichtungen sorgt, die Betriebsverfassung geschaffen, eine von der Arbeiterkammer entworfene Musterarbeitsordnung in allen gemeinwirtschaftlichen Anstalten eingeführt hat, an die Stelle des Einigungsamtes ein internes Schiedsgericht für Konflikte in der Gemeinwirtschaft aufgestellt hat und vor allem auch an der Vereinheitlichung der Wohlfahrtseinrichtungen arbeitet. Die viel erörterte Frage der *Gewinnbeteiligung* ist dank ihr nicht zu der gefürchteten Klippe der Gemeinwirtschaft geworden. Nach dem Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen erhalten die Arbeiter einen Gewinnanteil. Ein Viertel des Reinertrages ihrer Anstalt gehört zur Hälfte der Arbeiterschaft der Anstalt, zur Hälfte ist es einer Gemeinschaftskasse für alle in gemeinwirtschaftlichen Anstalten beschäftigte Arbeiter abzuführen. Diese Bestimmung, die die von Sozialisten stets bekämpfte „Gewinnbeteiligung" in die Gemeinwirtschaft führte, hatte schon bei ihrer Beratung Bedenken erregt, war aber schließlich hineingenommen worden, weil man damals noch an die Sozialisierung ganzer Industriezweige dachte, der Gewinnanteil also der Gesamtarbeiterschaft des Industriezweiges zugute gekommen wäre, weil man andererseits damals, mit der Nachkriegspsyche rechnend, glaubte, derartige Anreize für die Arbeiterschaft der sozialisierten Industrien zu benötigen. Tatsächlich war, mit ganz wenigen Ausnahmen, in der Arbeiterschaft der gemeinwirtschaftlichen Anstalten selbst eine sehr starke Strömung dagegen, diesen Gewinnanteil etwa

zu einem Gewinnanteil des einzelnen werden zu lassen, den er auf die Hand ausgezahlt bekomme. Es wurde vielmehr von der Betriebsrätevereinigung beschlossen, über das Gesetz hinausgehend all diese Gelder zusammenzulegen und für gemeinsame Wohlfahrtszwecke aller zu verwenden. Es war erst an eine Alters- und Invalidenversicherung gedacht; als die aber daran scheiterte, daß für einen verhältnismäßig kleinen Kreis große Beiträge erforderlich wären, wurde das Geld für Erholungsbedürfnisse all derer verwendet, die jährlich von den besonderen körperlichen und seelischen Anforderungen, die die Gemeinwirtschaft an jeden ihrer Mitarbeiter stellt, krank oder erholungsbedürftig sind. Es wurden bereits zwei in den Alpen gelegene Erholungsheime erworben und von der Betriebsrätevereinigung verwaltet, die durch das ganze Jahr auf Kosten dieser Gewinnanteile Erholungsbedürftige aus jeder Anstalt, unbeschadet ob sie einen großen, kleinen oder gar keinen Gewinnanteil abwirft, aufnimmt. Damit entfällt die größte Gefahr jedes Gewinnanteils, die Arbeiterschaft an hohe Erträgnisse ihrer Anstalt zu interessieren, ungerechtfertigte Konjunkturgewinne von Arbeitern zu schaffen.

Es sind sicherlich vielfach erst Ansätze, tastende Versuche, eine wahre Betriebsdemokratie zu erkämpfen, die hier gemacht werden; aber daß es inmitten des Kapitalismus einen Winkel gibt, in dem diese Versuche gemacht werden, nicht von sozialreformerischen Erwägungen geleitet, wie die Versuche von Freese und Abbe, sondern von der Arbeiterschaft in jeder Zelle der gemeinwirtschaftlichen Betriebe in dem Bewußtsein geleitet, daß hier der Prüfstein und die Grundlage für den sozialisierten Betrieb der Zukunft liegt, ist die gemeinwirtschaftliche Leistung. Wer je einer Betriebsratssitzung im Arsenal beigewohnt, den tiefen Ernst und die Leidenschaft kennt, mit der hier Betriebsfragen und Fragen der gemeinwirtschaftlichen Organisation diskutiert werden, wer je in einer Vollversammlung der Betriebsrätevereinigung

bei jedem einzelnen das Bestreben gesehen hat, über den eigenen Betrieb hinaus sich als Mitglied einer Gemeinschaft zu sehen, die auf ihre Art der Verwirklichung des Sozialismus dient, muß sich sagen, daß, wenn die Gemeinwirtschaft nichts anderes leisten würde als diese Betriebsrätearbeit, ihre Existenz gerechtfertigt ist.

4. Erfassung der Wirtschaftsprobleme.

Wir haben gesehen, daß die Gemeinwirtschaft, richtig aufgefaßt, zu einer großen Schule wird, in der die Betriebsorgane der sozialistischen Wirtschaft herangebildet werden. Es ist aber nicht nur das Wesen der Betriebsführung, das sie dabei lernen. Es ist eine der Leistungen der Gemeinwirtschaft, daß sie *Probleme der sozialistischen Wirtschaft* überhaupt aufzeigt und immer neues unerschöpfliches Material zu diesen Fragen, die bisher noch so stark im Dunkeln liegen, liefert.

Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten — das kann nicht oft genug betont werden — sind kapitalistisch arbeitende Betriebe. Was in ihnen gelernt wird, ist sicherlich zunächst der tiefere Einblick in das Getriebe des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses. Wenn aber oft gefürchtet worden ist, daß gerade durch dieses Eindringen eine gewisse Verankerung in die kapitalistische Wirtschaft oder doch eine Ueberschätzung der Unentbehrlichkeit ihres Mechanismus erzielt werden würde, so kommt es eben hier wie überall auf die richtige Wertung und Ausnützung aller Möglichkeiten an. So wie die marxistische Theorie den Sozialismus theoretisch aus der Analyse der kapitalistischen Wirtschaft abgeleitet hat, so wird die sozialistische Wirtschaft nicht ohne das reiche Material aufgebaut werden können, das ihr die kapitalistische Wirtschaft negativ wie positiv liefert, und die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sind eben eine einzigartige Möglichkeit, dieses Material aufzufinden und für den Sozialismus zu verwerten.

Es wird hier manchmal schwer sein, die Gegenwartsarbeit

von der Zukunftsarbeit zu trennen. Während z. B. die *Lohnfragen* in der gemeinwirtschaftlichen Anstalt reichliche Möglichkeit bieten, das Entlohnungsproblem für die sozialisierte Wirtschaft zu studieren, die Fragen des Akkord- oder Zeitlohnes, der „gerechten Entlohnung" nach dem Leistungsprinzip, ist es für die in der Verwaltung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten tätigen Gewerkschafter von großer Bedeutung, durch den Einblick in die Produktionsbedingungen, in Kalkulation und Lohnverrechnung, Rüstzeug für die Lohnkämpfe, die sie draußen in der Privatindustrie führen müssen, und Argumente gegen die der Unternehmer zu erhalten. Oder es werden die Arbeiterkammern bei der Beratung eines neuen *Zolltarifs* von den in der Gemeinwirtschaft tätigen Betriebsräten eingehendes Material darüber erhalten können, was diese Zölle für ihre Industrie bedeuten, wie weit sie von den Unternehmerverbänden leichtfertig gefordert werden, aber gleichzeitig tauchen damit Fragen der Handelspolitik auf, die für jede im Getriebe der Weltwirtschaft stehende sozialisierte Wirtschaft aktuell sind. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die mit ihrem Erfahrungsmaterial weit offenherziger sein werden als der seine Geschäftsgeheimnisse vor der Oeffentlichkeit und namentlich vor der Arbeiterschaft ängstlich hütende Privatbetrieb, können den Arbeiterkammern die ersten Ansätze zu einer von der Privatindustrie sabotierten *Produktionsstatistik* liefern und gleichzeitig unendlich viel Material zur Methodik der Betriebsstatistik gewinnen, das eine der Grundlagen zur Erfassung der sozialistischen Wirtschaft sein wird. Oder man bedenke, was es für eine auf Lieferungen der Privatindustrie angewiesene sozialistische *Gemeinde* bedeutet, durch den Einblick in die Kalkulation des gemeinwirtschaftlichen Betriebes, an dem sie beteiligt ist, Uebervorteilungen bei den Lieferungen unmöglich zu machen. Zu gleicher Zeit kann hier studiert werden, für welche Industrien der kommunale und für welche der von der Gemeinde errichtete gemeinwirtschaftliche Betrieb ge-

eigneter sein wird. Ein besonders wichtiges Gebiet ist weiter das der *Preispolitik*. Einzelne gemeinwirtschaftliche Anstalten, die in einem noch wenig kartellierten Wirtschaftszweig arbeiten, in dem viele zersplitterte Einzelunternehmungen bestehen, in dem sie daher bald eine ausschlaggebende Bedeutung einnehmen und die durch einen gesicherten Absatz ihre Produkte nicht mit den Regien der Absatzsuche und des großen kommerziellen Apparates belasten müssen, werden es zustande bringen, ihre Produkte billiger zu erzeugen und damit verbilligend auf die Preise ihres Industriezweiges einzuwirken. So erzeugt die Schuhgewa ihre Schuhe um durchschnittlich 30 % billiger als die Privatindustrie, hat die Heilmittelstelle durch Lieferung der billigen „Heilmittelstellepräparate" eine wahre Revolution im Heilmittelwesen hervorgerufen, war es der Gesiba möglich, durch billige Zementkäufe das österreichische Zementkartell zu sprengen. Andere Anstalten, wie die mit technischen Problemen ringenden Oesterreichischen Werke, werden froh sein, wenn sie im Konkurrenzkampf mitkommen, aber sie werden gerade in diesem Konkurrenzkampf, der sie zu größter Abhängigkeit ihrer Preise von den Gesetzen des freien Marktes zwingt, die Probleme der Preispolitik und Preiserstellung kennen lernen und damit die Probleme einer Wirtschaft sehen, die ohne den Gradmesser des freien Marktes ihre Preise erstellen wird. Schließlich gelangen die gemeinwirtschaftlichen Anstalten, insbesondere die größeren, in unmittelbare Nähe der Kartelle, die sie hier befehden, dort wieder, namentlich wenn es sich um öffentliche Lieferungen handelt, zur Beseitigung unerwünschter Sprengungsversuche, um sie werben. Sie werden Material zur Organisation und Preispolitik der Kartelle erhalten, das den Kampf der Arbeiterschaft gegen die Kartellpolitik wirksam unterstützen wird und andererseits die Möglichkeit gibt, in der Organisation des heutigen Kartells den Aufbau der zukünftigen Gilde, oder wie der sozialisierte Wirtschaftszweig sonst heißen wird, zu studieren.

So gibt die Gemeinwirtschaft der Arbeiterschaft reiches Material für die Wirtschaftskämpfe der Gegenwart, wie für die Wirtschaftsprobleme der Zukunft. Unter all diesen Problemen hat das der *Finanzierung* immer wieder eine zentrale Bedeutung gehabt. Sicherlich ist es die schwierigst zu lösende Aufgabe, vereinzelte sozialisierte Wirtschaftskörper im Kapitalismus mit den notwendigen Betriebsmitteln zu versehen. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten haben bei ihrer Gründung ein Stammkapital durch Einlagen der gründenden Körperschaften erhalten. Aber diese Einlagen waren an sich gering und sind in der darauffolgenden Inflationsperiode zu nichts zerronnen. Nach dem Gesetz haben die Anstalten die Möglichkeit, Obligationen zur Deckung ihres Kapitalbedarfs auszugeben, aber in der Inflationszeit war an die Unterbringung fest verzinslicher Papiere überhaupt nicht zu denken, und auch in der Stabilisierungsperiode ist der Markt derart mit Aktien überschwemmt geblieben, daß seine Aufnahmefähigkeit eine minimale war, das Mißtrauen gegen Kapitalsanlagen, die keinen Anspruch auf Substanzwerte bieten, ist geblieben. Freilich sieht das Gesetz in seinem § 8 eine radikale Möglichkeit der Finanzierung vor: die Banken zu veranlassen, einen gewissen Teil ihrer Anlagen den gemeinwirtschaftlichen Anstalten als Kredit zur Verfügung zu stellen. Aber die gegenwärtigen Machtverhältnisse machen gerade in Oesterreich, wo das Bankkapital dem verhältnismäßig schwachen Industriekapital und der vom Ausland abhängigen Staatsgewalt gegenüber eine ungleich größere Macht darstellt, jede Maßnahme, die einen Eingriff in die Bankengewalt darstellt, illusorisch. Der gebräuchlichste Weg der Kapitalbeschaffung aber, Kapitalserhöhungen, sind bei den gemeinwirtschaftlichen Anstalten, deren Gesellschafter öffentliche Körperschaften sind, sehr schwer, oft gar nicht durchzusetzen und jedenfalls an einen schleppenden Bewilligungsweg gebunden. So mußte schließlich vom Staat im Wege eines Kredits das erwirkt werden, was eigentlich

durch Kapitaleinzahlungen hätte bewirkt werden sollen. Anläßlich der Verhandlungen über das Genfer Programm hat die Sozialdemokratische Partei als eine ihrer Forderungen an die Regierung einen 60-Milliarden-Kredit des Staates an die gemeinwirtschaftlichen Anstalten, den sogenannten Gemeinwirtschaftsfonds, durchgesetzt, ein Betrag, der bei dem wachsenden Umfang der Gemeinwirtschaft bald erschöpft sein mußte, die Anstalten mit Zinsen belastete und mit einer Verstärkung der Abhängigkeit vom Staate bedrohte. Allerdings ist in der letzten Zeit der auch heute schon in der Privatindustrie den Banken gegenüber gebräuchliche Weg beschritten worden, die Kredite des Gemeinwirtschaftsfonds im Wege einer Kapitalserhöhung als Kapitalseinzahlungen abzubuchen.

Staatshilfe allein war sicher nicht der richtige Weg, bedeutete auch immer wieder eine Hetze der bürgerlichen Vertreter gegen die „Staatszuschüsse an die Sozialisierung". Zur Zeit der Sozialisierungsgesetzgebung war an eine eigene *Sozialisierungsbank* gedacht worden, dem unter Staatsbeteiligung errichteten „Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten" war diese Funktion zugedacht worden, aber es hat sich bald gezeigt, daß gerade bei dem verhältnismäßig kleinen Kreis der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen eine eigene Bank für die Gemeinwirtschaft nicht möglich ist. Das Kreditinstitut hat sich immer mehr der Privatindustrie zugewendet und der Gemeinwirtschaft entfremdet. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sind daher gezwungen, sich um private Bankverbindungen umzusehen, wobei sie ständig darüber wachen müssen, ein Eindringen der Banken in die Gemeinwirtschaft zu verhindern, ihnen nie weitgehende Sicherstellungen, Anteile an der Substanz, Vertreter in ihre Verwaltung zu gewähren. Damit hat selbstverständlich auch das Interesse der Banken an der gemeinwirtschaftlichen Anstalt als Geschäftspartner seine engen Grenzen, vor allem, wenn sie merken, daß an eine Umwand-

lung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten in Aktiengesellschaften und damit an eine Zerstörung der gemeinwirtschaftlichen Rechtsform nicht gedacht werden kann. So kommt es, daß die gemeinwirtschaftlichen Anstalten über keine großen Bankenverbindungen verfügen und ihrem Wesen nach verfügen können, sondern eher eine größere Zahl kleiner vorübergehender Bankenverbindungen den großen, die sie schwer erlangen und die sie in Abhängigkeitsgefahren bringen können, vorziehen müssen.

Je mehr es sich zeigt, wie unzulänglich und bedenklich die Finanzierung durch Staat und privates Bankkapital ist, um so mehr werden die gemeinwirtschaftlichen Anstalten immer wieder auf die finanzielle Kraft der *Arbeiterorganisationen* angewiesen, die an ihrem Bestand interessiert sind. Gewiß bestehen auch hier Schwierigkeiten. Die Arbeiterorganisationen sind nicht kapitalkräftig genug, dürfen ihre Gelder, die Kampfzwecken dienen sollen und gerade in der jetzigen Zeit jeden Augenblick verfügbar sein müssen, nicht weitgehend immobilisieren. Dazu kommt, daß in dem Werben um die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften die gemeinwirtschaftlichen Anstalten gegenüber der Konkurrenz der Genossenschaften, die die viel ältere mit den Gewerkschaften durch Jahrzehnte lange Zusammenarbeit enger verknüpfte Organisation darstellen, den kürzeren ziehen müssen. Hier kann nicht die Konkurrenz, sondern nur das Zusammenarbeiten mit den an der Finanzierung der Gemeinwirtschaft gleichfalls interessierten Genossenschaften den Weg zeigen. So ist immer mehr an die Stelle des Werbens um einzelne, der Gemeinwirtschaft besonders nahestehenden Gewerkschaften das Bemühen getreten, die *Arbeiterbank*, die ja von den österreichischen Arbeiterorganisationen gegründet wurde, um einer solchen Zersplitterung ihres Geldwesens entgegenzutreten, von der reinen Genossenschaftsbank auch zur Gemeinwirtschaftsbank umzugestalten. Auch sie, die die ihr anvertrauten Gelder nur sehr vorsichtig anlegen darf, kann

den riesigen Kapitalbedarf der großen Anstalten allein nicht befriedigen. Aber sie bildet schon heute bei ihnen ein wohltätiges Gegengewicht gegen Staats- und private Bankkredite und ist imstande, die Kreditgewährung an die mit den Genossenschaften enge verknüpften Gesellschaften, wie Schuhgewa und Wäsche- und Bekleidungsgesellschaft, zu übernehmen. Ein anderer für die kleinen Anstalten gangbarer Weg ist der, die Finanzierung durch die unmittelbar interessierten Konsumentenorganisationen zu unternehmen. So erhält die Heilmittelstelle Kredite von den Krankenkassen und Pensionsanstalten, die Gesiba von der Gemeinde Wien, für die sie als Treuhänderin bei gewissen Bauaktionen eintritt. Auch auf dem Gebiet der Finanzierung hat es sich gezeigt, daß dort, wo die ideelle Verknüpfung vorhanden ist, Mittel und Wege gefunden werden, um der Gemeinwirtschaft über die schwierigsten Klippen hinwegzuhelfen. Solange die politische Macht nicht ausreicht, um mit Hilfe des § 8 des Gesetzes Bankkapital heranzuziehen, ohne in seine Abhängigkeit zu geraten, liegt die Lösung des Finanzierungsproblems für die Gemeinwirtschaft sicherlich auf dieser Linie: Ausbau der Arbeiterbank und anderer der Gemeinwirtschaft nahestehenden Arbeiterorganisationen zu Finanzierungsorganen der Gemeinwirtschaft. Bis dahin heißt es freilich, die Krise der Geldknappheit, die für die private Industrie gefährlich, für die Gemeinwirtschaft verhängnisvoll werden kann [1]), überstehen.

Für die zukünftige Sozialisierung selbst haben diese Schwierigkeiten der Finanzierung, die immer wieder die Gemeinwirtschaft zum Scheitern zu bringen drohten, immer wieder zur zentralen Frage ihres Bestandes geworden

[1]) Inzwischen hat die Geldkrise in Deutschland und Oesterreich schon ihre Opfer von der Gemeinwirtschaft gefordert. Die Zahlungsschwierigkeiten deutscher Besteller und die Zugeknöpftheit der österreichischen Banken hat zur Sperrung des Autobaues im Arsenal und zum Abbau treuer Mitarbeiter gezwungen.

sind, deutlich erwiesen, daß jede großzügige Sozialisierung undenkbar ist, solange nicht an die *Sozialisierung der Banken* geschritten werden kann, daß die nach dem Krieg herrschende Auffassung, sie als letzten Schlußstein an die Spitze des Sozialisierungswerkes zu stellen, der damaligen momentanen Stellung der Banken in der Wirtschaft entsprach, daß sie aber nach den praktischen Erfahrungen, die seitdem gewonnen wurden (man denke auch an das Scheitern der englischen Baugilden an dem Finanzierungsproblem) und nach der Entwicklung, die das Bankkapital seither in seiner zentralen Bedeutung für die Wirtschaft genommen hat, am Anfang jedes großzügigen Sozialisierungswerkes, das zu einer wirklichen Beherrschung der Wirtschaft werden soll, stehen müssen.

Schon dieser vereinzelte Ausschnitt zeigt, daß die Wirtschaftsprobleme, die sich in der Gemeinwirtschaft ergeben, vielfältig sind, ihre Ueberwindung oft mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist, und doch kann nur durch das Erkennen und Bekämpfen dieser Schwierigkeiten die richtige Einsicht in das Wesen der Sozialisierung und die Bewältigung ihrer Wirtschaftsprobleme erwachsen.

5. Die Gemeinwirtschaft als Machtposition.

Die Sozialisierung wird von wenigen Punkten beginnen müssen. Aber es liegt in ihr ein Drang nach steter Ausdehnung. Nicht nur infolge des Druckes der Arbeiterklasse, sondern auch aus ökonomischen Erwägungen heraus. (Kautsky, „Die proletarische Revolution", S. 265.) Das Bestreben des kapitalistischen Betriebes, konkurrierende Betriebe der gleichen Produktionsstufe aufzusaugen, sich aber auch Betriebe anzugliedern, die seine Rohstoffe erzeugen, seine Produkte weiterverarbeiten, der Drang nach horizontaler und vertikaler Expansion, besteht in erhöhtem Maß für den sozialisierten Betrieb. Was für den kapitalistischen Betrieb oft nur Streben nach Machterweiterung ist, ist für ihn

Existenzbedingung. Denn seine gemeinwirtschaftliche Form bedeutet zugleich seine Isolierung. Er gehört dem Kartell oder dem Unternehmerverband seiner Industrie nicht an, ist ausgeschaltet aus dem Netz von Beziehungen, das die Organisationen einer Industrie mit den Organisationen ihrer Rohstofflieferanten und Abnehmer verbindet. Die Konkurrenz, der die gemeinwirtschaftlichen Anstalten ausgesetzt sind, ist in dem Bestreben, die verhaßte Wirtschaftsform niederzuringen, besonders erbittert, zwingt die gemeinwirtschaftliche Anstalt, sich, soweit es geht, der gefährlichsten Abhängigkeit zu entziehen.

So ist auch in der österreichischen Gemeinwirtschaft dieser Drang nach Expansion stark vorhanden[1]). Wenn sich z. B. die „Schuhgewa" ein Lederwerk angegliedert hat, und zeitweilig als Zentrale für die Häutebeschaffung fungiert hat, wenn die Heilmittelstelle eine Arzneipflanzengesellschaft, die Wäschefabrik eine Baumwollspinnerei errichtet hat, die „Oesterreichischen Werke" am Ausbau ihres Stahlwerkes arbeiten, so sehen wir hier überall das Bestreben, den wichtigsten Rohstoff zu beherrschen. Wenn ferner die „Oesterreichischen Werke" an Vertriebsgesellschaften für ihre Erzeugnisse beteiligt sind, die „Gesiba" an der Kleingartenstelle, die Heilmittelstelle an einer Heilmittelexportgesellschaft, so ist hier wieder das Bestreben, die Abhängigkeit vom Absatz durch die Einflußnahme auf die Abnehmer zu erringen. Wenn schließlich die „Schuhgewa" eine Sattlereigesellschaft errichtet, an zwei anderen Schuhfabriken beteiligt ist, die Heilmittelstelle das Mineralwassermonopol erworben hat, die „Fischamender Werke" sich an Metallwarengesellschaften beteiligen, so sehen wir hier den Wunsch, im eigenen Wirtschaftszweig möglichst viel Unter-

[1]) Ueber die Ausdehnung der österreichischen Gemeinwirtschaft vgl. insbes.: *Wilhelm Ellenbogen:* „Die Fortschritte der Gemeinwirtschaft in Oesterreich". Wien, Volksbuchhandlung 1922. *Otto Bauer:* „Die österreichische Revolution". Wien, Volksbuchhandlg. 1923.

nehmungen zu erfassen, durch Uebergreifen auf verwandte Produktionen tiefer in sie einzudringen.

Dieses vielfältige System von Neugründungen und Beteiligungen ist der österreichischen Gemeinwirtschaft durch den viel umstrittenen § 37 des Gesetzes über die G. W. A. erleichtert worden, der öffentlichen Körperschaften das Recht gibt, bei Neugründungen oder Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften einen Teil der Aktien anzufordern. Als der Umschwung der Machtverhältnisse die Anwendung dieses Paragraphen unmöglich machte, war es die Inflationszeit, die Gründungen erleichterte. Bei aller ökonomischer und machtpolitischer Zweckmäßigkeit mußte doch in den letzten Jahren gebremst werden, um einerseits die gemeinwirtschaftlichen Anstalten nicht allzufrüh von ihren eigentlichen Produktionsproblemen abzulenken, andererseits zu verhindern, daß die Beteiligung an Gesellschaften mit privatkapitalistischem Einschlag privatkapitalistische Einflüsse in die Gemeinwirtschaft eindringen lasse. Um so wichtiger sind die Versuche, solche Gründungen zwischen gemeinwirtschaftlichen Anstalten erfolgen zu lassen. Wenn z. B. die im Arsenal befindliche Sattlereigesellschaft von den „Oesterreichischen Werken" gemeinsam mit der „Schuhgewa" ausgebaut wird, seine Tischlerei mit der „Gesiba", so entstehen hier einerseits neue gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, andererseits wird die Verknüpfung zwischen den gemeinwirtschaftlichen Anstalten eine engere. Diese Zusammenfassung der gemeinwirtschaftlichen Organisationen, die verschiedenen Wirtschaftszweigen angehören, wird, wie schon Kautsky vorgesehen hat, durch die Tatsache gefördert, daß es die gleichen öffentlichen Körperschaften, vor allem der Staat und die Genossenschaften sind, die an verschiedenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt sind. Vor allem ist es aber doch die Gleichheit des Ziels und der Kampfbedingungen, die verbindet. Nicht nur die Probleme der Betriebsdemokratie und der Rechtsform sind die gleichen, auch

die der Finanzierung, der Organisation, die Bekämpfung einer gegnerischen Propaganda, die mit allen Mitteln arbeitet. Es gehört mit zur Konzentrationsbewegung und zum Kampf gegen die Isolierung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, daß sie sich einen *„Zentralverband für Gemeinwirtschaft"* errichtet haben, dem außer ihnen die ihnen nahestehenden proletarischen Spitzenorganisationen angehören: die Gewerkschaftskommission, die Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine, der Siedlungsverband, die Gemeinde Wien und die Arbeiterkammer, aber auch die Sozialdemokratische Partei als Trägerin des gemeinwirtschaftlichen Gedankens. Dieser Zentralverband ist gleichzeitig Organ für alle Fragen der Konzernbildung, der Finanzierung und der Vertretung nach außen, aber auch die Stelle, die auf die Wahrung des gemeinwirtschaftlichen Charakters bedacht ist und dafür sorgt, daß nicht — eine Gefahr, die sich bei den Konsum- und Produktivgenossenschaften nur zu oft gezeigt hat — reiner Geschäftsgeist das sozialistische Ziel zurückdrängt.

Die Leistungen eines solchen „Konzerns" innerhalb der Gegenwartswirtschaft sind sicherlich beschränkt. Um etwa Aufgaben zu erfüllen, wie sie Horten bei seinem Sozialisierungsplan vorgeschwebt haben — Preisverbilligung u. dgl. — sind die Ansätze noch zu dürftig, fehlt es vor allem an der Beherrschung wichtiger, für die Volkswirtschaft unentbehrlicher Rohstoffe. Es ist schon etwas, wenn es beispielsweise dem gemeinwirtschaftlichen Konzern gelungen ist, das erste Abkommen mit Sowjet-Rußland zu schließen und gemeinsam mit der russischen Sowjetregierung die österreichisch-russische Handelsgesellschaft „Ratao" zu gründen, zu deren Finanzierung allerdings auch Banken herangezogen werden mußten. Aber von dem immer wieder einzig möglichen Gesichtspunkt der Vorarbeit für die Zukunftswirtschaft ist diese Zusammenfassung, die die Behauptung der Gemeinwirtschaft, aber auch eine Erweiterung ihres Machtkreises bedeutet, wichtig. Die Sozialisierung, das weiß heute jeder,

mag sie noch so radikal vollzogen werden, wird nicht nach einem einheitlichen Schema erfolgen können, sondern jeden Wirtschaftszweig nach seinen besonderen Bedingungen erfassen müssen. Dadurch, daß die Gemeinwirtschaft möglichst viele Wirtschaftszweige und in jedem möglichst viele Produktionsstufen umfaßt, wird die Erkenntnis für die Besonderheiten und Erfordernisse einer gemeinwirtschaftlichen Organisation in jedem dieser Wirtschaftszweige ungemein vervielfältigt. Es zeigt sich schon nach den heutigen Erfahrungen, daß bei aller Gleichheit des Prinzips die Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise der gemeinwirtschaftlichen Anstalt in der Lederindustrie sicherlich eine ganz andere sein wird als in der Metallindustrie. Aber dieses Festsetzen in den einzelnen Wirtschaftszweigen bedeutet auch, daß es im Augenblick einer wirklichen Sozialisierung vielleicht nicht mehr notwendig sein wird, wertvolle Zeit mit dem Suchen nach einem Ausgangspunkt für die Sozialisierung des einzelnen Wirtschaftszweiges zu verlieren, sondern daß möglichst in jedem großen Wirtschaftszweig schon eine solche gemeinwirtschaftliche Organisation bestehen wird, die ihre Erfahrungen, ihren Organisationsapparat und die von ihr herangebildeten Menschen der Sozialisierung des ganzen Wirtschaftszweiges zur Verfügung stellen kann. Das ist auch der einzige Sinn der vielfach zu einem Schlagwort gewordenen „Keimzellentheorie". Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten sind nicht Keimzellen in dem Sinn, daß von ihnen aus die allmähliche und friedliche Durchdringung ihres ganzen Wirtschaftszweiges im gemeinwirtschaftlichen Sinn ausgehen wird, wohl aber können sie, wenn sie sich behaupten und an Macht und Einfluß gewinnen, einmal, wenn eine wirkliche Sozialisierung möglich ist, zum Kern der Sozialisierung ihres Wirtschaftszweiges werden.

Und darum ist es von Wichtigkeit, daß gemeinwirtschaftliche Anstalten bestehen, sich behaupten und den Drang nach

Ausdehnung in sich haben. „Die Sozialisierung der Kohle enthält in sich schon das Verlangen nach Sozialisierung des Eisens“ (Kautsky, „Die proletarische Revolution“, S. 269). Genau so enthält die Sozialisierung des Bauwesens das Verlangen nach der Sozialisierung des Zements und des Holzes, die des Holzes wiederum nach der Sozialisierung des Eisens — von welchem Ausgangspunkt man ausgeht, die innige Verflechtung der heutigen Wirtschaft führt dazu, daß die Behauptung gemeinwirtschaftlicher Einzelzellen in einem bestimmten Wirtschaftszweig auf die anderen übergreift und so eine Industrie nach der anderen erfaßt. Schon daß die gemeinwirtschaftlichen Anstalten nicht den kläglichen Zusammenbruch erlebt haben, der ihnen prophezeit wurde, daß sie sich behauptet und ausgedehnt haben, daß den in gemeinwirtschaftliche Form übergeführten Heeresbetrieben die Umstellung auf Friedensproduktion zu glücken scheint, an der ein Repräsentant des Großkapitals, wie die deutsche A. E. G. in dem von ihr übernommenen Wöllersdorf, gescheitert ist, erhöht die Werbekraft des gemeinwirtschaftlichen Gedankens nach außen, die Erkenntnis, daß hier eine Machtposition zu behaupten ist, nach innen.

Freilich — und das ist entscheidend — Behauptung oder Nicht-Behauptung der Gemeinwirtschaft sagt noch nichts über die Möglichkeit der sozialistischen Wirtschaft aus. Das Scheitern des sozialistischen Wirtschaftsversuches in Rußland hat gezeigt, wie falsch, aber wie gefährlich es auch ist, wie sehr es Hohn im gegnerischen und Zweifel im eigenen Lager auslöst, wenn in einem solchen Versuch die Entscheidung über die Möglichkeit der sozialistischen Wirtschaft erblickt wird. Die gemeinwirtschaftlichen Anstalten können trotz ihrer bisherigen Behauptung einer Wirtschaftskrise erliegen, ohne daß damit die sozialistische Wirtschaft ad absurdum geführt ist, und ihr Bestand sagt manches über die Zweckmäßigkeit ihrer Form und ihrer Selbstverwaltung, nichts über die Behauptungsmöglichkeit einer sozialistischen Wirtschaft aus. Der

gemeinwirtschaftliche Betrieb kann manche Aufgaben leisten, aber man darf nie übersehen, daß er hier doch nur ein nach den kapitalistischen Gesetzen im Kapitalismus arbeitender Betrieb ist, der diese Gesetze nie aufheben, auch durch die größte Ausdehnung seines Machtbereiches nicht sprengen kann. Kann so nur eine scharfe Umgrenzung ihrer Aufgaben und Möglichkeiten vor reformistischen Illusionen und Enttäuschungen bewahren, so erhält dadurch die Gemeinwirtschaft auch ihre klar und scharf umrissene Bedeutung als das, was sie ist: eine Machtposition mehr in dem großen Kampf der Arbeiterklasse, der ihr allein Rückhalt gibt, eine Möglichkeit mehr, sozialistische Organisationen und sozialistische Menschen für die Zukunftsgesellschaft heranzubilden.

Die Gemeinwirtschaft als soziologisches und organisatorisches Problem

Von *Bruno Zschätzsch*

Zu dem Begriffe „Gemeinwirtschaft" gehört folgerichtig auch der Begriff „Gemeinnützigkeit". Beide Begriffe sind aber noch wenig geklärt und umrissen. Unter der Flagge beider Begriffe segeln heute noch viele privatwirtschaftliche und privatnützliche Unternehmungen. Es muß deshalb der Versuch gemacht werden, beiden Begriffen einen bestimmten und scharf umrissenen Inhalt zu geben. Dazu ist es aber auch notwendig, die Gesellschaftsklassen und ihre ökonomische Differenzierung darzustellen, was im folgenden vorerst geschieht.

Der Arbeiter erarbeitet sich *durch* seine persönliche Arbeitskraft mit fremden Produktionsmitteln seine Existenzmittel.

Der Handwerker und der Bauer erarbeiten sich *durch* ihre persönliche Arbeitskraft *mit* ihren Produktionsmitteln ihre Existenzmittel.

Der Kapitalist läßt sich von fremden Arbeitskräften mit seinen Produktionsmitteln eine Rente erarbeiten.

Wer ist Arbeiter? Mit allgemein üblichen Wörtern bezeichnet: Der Arbeiter, der Handarbeiter, der Fabrikarbeiter, der Geselle, der Knecht, der Aufseher, der Inspektor, der Werkführer, der Buchhalter, der Direktor, der Angestellte, der Beamte, der Lehrer, der Professor, ja selbst der Pastor, der Straßenkehrer und der Minister, die Klein- und Sozialrentner, die nur von öffentlichen Mitteln leben. Das Entscheidende ist nicht die Art der Arbeit oder die Höhe oder Form der Entlohnung, sondern das besitzrechtliche Verhältnis — eben des Arbeiters — zu den Produktionsmitteln. Arbeiter ist jeder, der mit fremdem Werkzeuge (Produktions-

mitteln) für fremden Auftrag sich seine Existenzmittel erarbeitet. Oder wer nicht mit Hilfe eigener Produktionsmittel (Werkzeuge, Maschinen, Grund und Boden, Rohstoffe, Gebäude, Kapital) sich seinen Lebensunterhalt im Dienste eines andern erwirbt, sondern nur seine persönliche Arbeitskraft darauf verwendet, der ist Arbeiter, der gehört zur besitzlosen Klasse, zur proletarischen Klasse.

In der Entwicklung vom Sklaven zum Hörigen und sogenannten unfreien und freien Arbeiter liegt keine Veränderung des Verhältnisses vom Arbeiter zu den Produktionsmitteln. Und selbst der Beschäftigte in einem genossenschaftlichen oder sozialwirtschaftlichen Betrieb ist Arbeiter im geschichtlichen Sinne, das in solchen Einzelfällen vielfach bestehende indirekte Mitbesitz- — richtiger Mitverwaltungsverhältnis — an den Produktionsmitteln änderte das gesellschaftliche Verhältnis dieser Arbeiter zu den Produktionsmitteln im allgemeinen nicht im geringsten. Die Produktionsmittel sind die Quellen der Gesellschaftsmacht.

Wer ist Handwerker? Was ist ein Handwerksbetrieb? Wer gehört zu den Handwerkern? Wer erwirbt sich seinen Lebensunterhalt auf handwerkliche Weise? Bei der Bestimmung der Eigenheiten des handwerklichen Betriebes kann es nicht darauf ankommen, die Größe des Betriebes, die Einrichtung desselben oder die Technik der Produktion in einem solchen Betrieb als handwerkliche Kennzeichen festzustellen. Das sind rein äußerliche, formale Dinge, die zudem noch für die einzelnen Berufe ganz verschieden sind und die wirklichen Kennzeichen des handwerklichen Betriebes nicht umschreiben.

Der Handwerker und der Bauer gehören ökonomisch der gleichen Klasse — der halbproletarischen — an.

Eine Abstufung in sogenannte „freie Berufe“ und Handwerksbetriebe oder Künstler und Handwerker als gegensätzliche, qualitätsunterschiedliche Begriffe gibt es in diesem Sinne überhaupt nicht. Der Künstler ist Handwerker, wenn er mit eigenen Produktionsmitteln für eigene Rechnung die

Aufträge *selbst* ausführt, er kann aber ebensogut Arbeiter oder Industrieller sein. Der Zahnarzt, der Arzt, der Kunstmaler, der freie Schriftsteller, das sind ebenso selbstverständlich Handwerker wie der Schlosser-, Klempner- und Schuhmachermeister, solange sie ihren Beruf im handwerklichen Rahmen ausüben. Der Architekt ist Handwerker, solange er für fremden Auftrag Entwürfe selbst macht, er ist als Angestellter eines Architekturbureaus Arbeiter und als Inhaber eines Architekturbureaus Industrieller. Der Arzt ist als Krankenhausarzt Arbeiter, als freier Arzt Handwerker und wird als Sanatoriumsbesitzer zum Industriellen. Der Schriftsteller ist als Redakteur Arbeiter und als Zeitungsbesitzer Industrieller. Normalerweise wird der Gastwirt Handwerker und der Hotelier Industrieller sein. Der Kleinhändler ist Handwerker und der Großhändler Industrieller, der Droschkenkutscher — der sein eigenes Geschirr führt — ist Handwerker und der Fuhrunternehmer Industrieller. Die charakteristischen Eigenheiten, die als Kennzeichen des Handwerks und des Handwerksbetriebes gelten, sind auch die Kennzeichen des Bauernbetriebes, hier im Gegensatz zum agrarischen Betrieb, dort zum industriellen Betrieb.

Die berufliche und differenzierte Betriebsleitung sind die Unterscheidungsmerkmale des Industrie- und Agrarierbetriebes vom Handwerker- und Bauernbetrieb.

Auch der Bauernbetrieb hört dort auf, wo die *berufliche Betriebsleitung* anfängt. Dort beginnt der agrarische Betrieb. Im Handwerker- und Bauernbetrieb arbeitet der Besitzer selbst im Betriebe mit und leitet den Betrieb auch selbst. Im Industrie- und Agrarbetrieb wird die Leitung kaufmännisch und technisch von beruflich dazu vorgebildeten und dafür angestellten Kräften ausgeführt.

Wer ist Kapitalist? Der Kapitalist (z. B. Industrie-, Handels-, Agrar-, Finanz- oder Bergwerkskapitalist) ist Besitzer von so viel Produktionsmitteln, die nicht mehr von ihm persönlich bewirtschaftet und verwaltet werden können.

Er läßt sie durch von ihm angestellte und bezahlte Personen (Arbeiter) bewirtschaften und verwalten.

Zur besseren Erkennung der Klassenmerkmale diene folgendes:

Proletarier (Arbeiter). Sie sind nur im Besitz ihrer persönlichen Arbeitskraft als Produktionsmittel.

Halbproletarier (Handwerker, Bauer). Sie sind im Besitze von ihnen selbst gehörigen — familialen — Produktionsmitteln (Werkzeugen, Boden u. dgl.), die durch eine Familie bewirtschaftet und verwaltet werden können.

Kapitalisten (Agrarier, Industrielle). Im Besitze gesellschaftlicher Produktionsmittel.

Zwischen diesen Klassen sind noch Uebergangsschichten, z. B. der Arbeiter, der im Besitze einigen Werkzeugs ist, in gewissen Fällen der Heimarbeiter, der Zwischenmeister u. dgl. Zwischen Handwerker- und Bauernklasse und den Kapitalisten pendelt der Spekulant, der „mehrstöckige" Hausbesitzer, der Bauer als Rassezüchter, der Feldstellenbesitzer u. dgl. Existenzen. Aber diese Pendelschichten gewinnen keine eigene Klassenbedeutung. Sie pendeln ökonomisch und ideologisch, dabei durchaus nicht etwa als Schicht homogen, sondern als Flugsand, zwischen den Klassen.

Die Gemeinwirtschaft ist als primärer Begriff nur Verfassungsbegriff für wirtschaftliche Unternehmen. Und die „Gemeinnützigkeit" kann nur der Funktionserfolg von der Gemeinwirtschaft sein. Der Funktionserfolg von der Gemeinwirtschaft braucht aber nicht notwendigerweise gemeinnützig zu wirken. Daraus ergibt sich schon, daß eine bestimmte Zwangsläufigkeit zwischen Gemeinwirtschaft und Gemeinnützigkeit bestehen muß, wenn der Erfolg der Gemeinwirtschaft sich auch gemeinnützig auswirken soll, oder besser: Die Gemeinwirtschaft kann nur von ausschließlich gemeinnützig interessierten Schichten getragen werden. *Dieses reine, von Besitzinteressen ungetrübte gemeinwirtschaftlich-gemeinnützige Denken hat nur der Arbeiter. Träger der gemein-*

wirtschaftlichen Bestrebungen kann deshalb nur die Arbeiterklasse sein.

Wird der Begriff „Gemeinwirtschaft" nach seiner allgemeinen Deutung hin erklärt, dann kann jedes Unternehmen, das sich nicht mehr in direktem Privatbesitz befindet, als gemeinwirtschaftlich bezeichnet werden. Sogar die Aktiengesellschaften. Demnach war Stinnes selbstverständlich auch Sozialist. Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen muß drei Ansprüche erfüllen, und zwar:

1. Seine Produktionsmittel müssen frei sein von jedem persönlichen Besitzanspruch und die Verwaltung muß in den Händen einer vom Trägerkreise des Unternehmens gewählten und kontrollierten *Korporation* liegen.
2. Seine Erzeugung muß nach dem Bedarf seines Trägerkreises geregelt werden.
3. Sein wirtschaftliches Ergebnis (Ertrag, Rente) muß allen Gliedern seines Trägerkreises nach dem Maßstab der Inanspruchnahme der Einrichtungen des Betriebes zugute kommen.

Diese Ansprüche werden nicht erfüllt von allen Gesellschaftsunternehmungen, die rechtlich — in Deutschland — unter das Handelsgesetzbuch fallen: also A.-G., G. m. b. H., offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften. Diese Unternehmungen scheiden danach als „gemeinwirtschaftliche" aus, *es sei denn, daß eine solche A.-G. z. B. im Besitze gemeinwirtschaftlicher Träger ist.*

Die staatlichen oder gemeindlichen Betriebe, selbst wenn diese die Form einer selbständigen Handelsgesellschaft haben, sind keine gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, sie haben mit Gemeinwirtschaft nur zum Teil Wesensübereinstimmungen, es sind aber tatsächlich privatwirtschaftliche Unternehmungen im Besitze der öffentlichen Gewalten (Behörden). Diese Wirtschaftsform bezeichne ich als „*autoritative*" Wirtschaft; ich sehe in ihr keine Entwicklungsmöglichkeiten im gemeinwirtschaftlichen Sinne, sie lebt heute in

vielen Fällen nur noch vom Mißbrauch der den Behörden anvertrauten öffentlichen Gewalt. Die jetzt oft angewendete Umstellung solcher Behördenunternehmungen zur kaufmännischen Betriebsführung ändert im Grunde am Charakter dieser Wirtschaftsform nichts und ist ein ebensolcher Anachronismus wie das „soziale Kaiserreich". Warum ist die autoritative Wirtschaft nicht gemeinwirtschaftlich? Der öffentliche Betrieb ist im Besitz der öffentlichen Gewalt und wird von ihr in ihrem Interesse verwaltet. Wo bleibt da das *Mit*recht der Verbraucher und der Erzeuger? Es wird ja gesagt, die Behörde, diese öffentliche — autoritative — Gewalt ist doch selbst von allen Einwohnern (Wahlberechtigten) gewählt und vertritt somit alle Schichten der Bevölkerung. Das gilt nur scheinbar. Die Wahl erfolgt unter ganz anderen Gesichtspunkten. Zudem hat die Behörde ein eigenes Interesse, ein Verwaltungsinteresse, ein Selbsterhaltungsinteresse, ein Gewaltinteresse, und das ist das Ausschlaggebende. Diese politischen Interessen beeinträchtigen die Erzeuger- und Verbraucherinteressen sehr stark, vielfach sogar bis zum Erdrücken. Die Erzeugung öffentlicher Betriebe wird meist nach dem Bedarf seines Trägerkreises geregelt, aber der Ertrag wird fast durchweg auch zur Bestreitung von öffentlichen Verwaltungskosten verwendet, oft lebt der ganze bureaukratische Verwaltungsapparat der Behörde davon; er kommt somit nicht den Gliedern seines Trägerkreises nach dem Maßstabe der Inanspruchnahme zugute. Die Hauptgefahr besteht aber darin, daß der öffentliche Verwaltungsapparat durch diese wirtschaftliche Nahrungsquelle zum „Ding an sich" wird und damit auch die Umwandlung vom beauftragten Verwaltungsinstrument zum eigenwilligen und eigeninteressierten Herrschaftsinstrument macht. Das ist eine schon vielfach beobachtete Entwicklung, die jetzt ganz besonders bei den industriellen Kartellen und Syndikaten in die Erscheinung tritt. Hier sind die Entstehungsgebiete der modernen Bureaukratie.

Von den Genossenschaften entsprechen nur die Konsumgenossenschaften in allem den Ansprüchen eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens, deshalb sind auch alle anderen Genossenschaften als privatwirtschaftliche Unternehmen zu bezeichnen. Neben den Konsumgenossenschaften bestehen noch die „Sozialen Bauhütten" als gemeinwirtschaftliche Unternehmen in Deutschland. Letztere sind jetzt wohl als die einzigen in Deutschland bestehenden sozialwirtschaftlichen Unternehmen anzusprechen.

Es bleiben also nur die Konsumgenossenschaften und die Sozialwirtschaften als gemeinwirtschaftliche Unternehmungen.

Wir stellen danach fest: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen bestehen aus zwei Hauptgruppen: 1. Die konsumgenossenschaftlichen Betriebe; 2. die sozialwirtschaftlichen Betriebe.

Die Organisation der Gemeinwirtschaft muß in drei Stufen gegliedert werden, und zwar: 1. die familiale, 2. die genossenschaftliche, 3. die sozialwirtschaftliche Stufe.

Die Familie, einst Wirtschaftszelle — Produktionsfamilie — mit sehr starken Gesellschaftsinhalten, wurde durch die aufkommende Arbeitsteilung ihrer wichtigsten wirtschaftlichen Funktionen beraubt und zur bloßen Personenvereinigung ohne gesellschaftswirtschaftlichen Inhalt eingeengt. Die Produktionsfamilie von ehedem mit ihrer solidarischen Haftung für das Wohl und Wehe jedes ihrer einzelnen Familienmitglieder aber auch mit der (assoziativen) Zusammenfassung aller Arbeitskräfte in der Familie zerfiel, die privatrechtliche Herrschaftsfamilie mit Ausgebeuteten innerhalb der Familie erstand. Der moderne Staat hatte damit seinen wesensgleichen Unterbau. Aber die Dialektik der Tatsachen zwang den modernen Staat, die Ausbeutung und Unterdrückung innerhalb der Familie und auch die kapitalistische Ausbeutung einzelner Familienglieder oder der Familie selbst einzuschränken. Der Staat brach unter dem Drucke der

gesellschaftswirtschaftlichen Verhältnisse in die Privatrechtssphäre der Herrschaftsfamilie ein und vergesellschaftete eine Familienaufgabe nach der anderen, sowie der Familie vorher schon durch die wirtschaftliche Entwicklung eine Wirtschaftsaufgabe nach der anderen entzogen worden war.

Der Staat vergesellschaftete die Kindererziehung — Schule, er ordnete die Rechtsverhältnisse innerhalb der Familie — Eherecht, Erbrecht, Besitzrecht —, der Staat entzog der Familie zum Teil das Erziehungs- und Züchtigungsrecht und belastete die Familie wieder mit der Unterhaltspflicht. Der Staat nahm für sich das Recht in Anspruch, die Familie zu kontrollieren und zu regulieren, allerdings auch zu schützen — Hausfriedensbruch. In Deutschland ist im Gebiete der Erwerbslosenfürsorge die Familie auch schon mit der Solidarhaft für den wirtschaftlichen Unterhalt ihrer erwachsenen, aber zum Familienwirtschaftsverbande gehörigen Glieder wieder belastet. Die Familie ist hier rechtlich schon zur Konsumtionsfamilie geworden. Die Konsumtionsfamilie kann nur als Klassenerscheinung entstehen. Nur die Klasse, die nicht im Besitze von Produktionsmitteln ist, kann Konsumtionsfamilien mit gemeinwirtschaftlichem Interesse bilden. Die Familienbildungen der Bauern- und Handwerkerklassen, die im Besitze von familialen Produktionsmitteln sind, sind Produktionsfamilien. Die Klasse, die im Besitze von industriellen oder agrarischen Produktionsmitteln ist, bildet auch Konsumtionsfamilien, aber solche mit ausgesprochenen privatbesitzrechtlichem und privatwirtschaftlichem Denken. Die gemeinwirtschaftlich interessierte Konsumtionsfamilie ist die Familienbildung der Arbeiterklasse.

Der Staat ist aus Selbsterhaltungstrieb gezwungen, mit seinen Maßnahmen fortzufahren, die Privatfamilie zu vergesellschaften und als Konsumtions- und Produktionsfamilie zu konstruieren und konstituieren.

Die Konsumtionsfamilie hat bereits ihren Rechtsbegriff und

ihren Rechtsinhalt und es sind auch schon sehr starke Ansätze für die Rechtsbildung der Produktionsfamilie vorhanden.

Diese Bestrebungen werden getragen — allerdings mehr gefühlsmäßig, dem Zwange der Not oft auch nur zögernd folgend, als erkenntnismäßig gesellschaftsaufbauend — von der Notwendigkeit, die Gesellschaftsverantwortlichkeit zu spezifizieren, in kleine Kreise abzudrängen, diese damit zu belasten, zugleich aber auch an den wirtschaftlichen Existenznotwendigkeiten des einzelnen dessen Gesellschaftsverantwortlichkeit zu pflegen und zu fördern und von hier aus nach Umfang und Wirkung wieder — von der Gesellschaft, Behörde, Staat — zu übernehmen und höher zu führen, nach oben abzutragen. Der Gesellschaftsorganisation wird damit ein kleinkreisiger, vom Prinzip der Solidarität und Assoziation beherrschter, gesellschaftsverantwortlicher Unterbau gegeben. Die Familie wird als Konsumtions- und Produktionsfamilie zur Gesellschaftszelle. Für die Organisation einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung ist die Herausbildung solcher Wirtschaftszellen (Konsumtions- und Produktionsfamilien) direkt Voraussetzung. In solchen kleinen Kreisen, die den Menschen in seinem gesamten organischen und wirtschaftlichen Wollen und Wirken umfassen, deren Funktionen von der Gesellschaft reguliert und kontrolliert werden, die mit Solidarhaft für ihre einzelnen Mitglieder der Gesellschaft gegenüber belastet sind, muß zwangsläufig aus diesen Gründen vorteilhaft und im Gemeininteresse der Gesellschaft gegenüber verantwortlich gewirtschaftet werden.

Während die Konsumtionsfamilien durch die kapitalistische Entwicklung ganz offenbar gefördert und gefestigt werden, sind die Produktionsfamilien von dieser Entwicklung in ihrem Bestande scheinbar bedroht. Gewiß werden der Handwerks- und auch der Bauernbetrieb durch die kapitalistische Entwicklung aus ihrem Ruhezustande geworfen und viele dieser Betriebsformen — sehr oft ganze Berufsarten — dabei

vernichtet. Keineswegs wird aber der Handwerker- und Bauernstand aufgerieben. Abgesehen von den Formen der handwerklichen Betätigung, die noch auf sehr lange Zeit bestehen werden, wie z. B. die freien Aerzte, Künstler, Schriftsteller, gibt das Gebiet der Reparaturen einen — man möchte sagen — ewigen Boden für handwerkliche Betätigung. Aber selbst für die von der Entwicklung aufgesaugten Handwerke (Nagelschmied, Hutmacher) entstehen gerade wieder durch die Entwicklung neue Handwerke (Elektrotechniker, Installateure). In dünnbevölkerten Gegenden wird das Urhandwerk, wie z. B. der Maurer und Zimmerer, Schneider und Schuhmacher, Bäcker und Fleischer, überhaupt dominierend bleiben — vielleicht in Verbindung mit dem Handel von branchenverwandten Industrie-Erzeugnissen. Das Handwerk ist eine Wirtschaftsform, dessen Gesamtbestand innerem Wechsel und auch zahlenmäßiger Verringerung unterworfen ist. Das Handwerk ist aber eine gesellschaftsnotwendige Erscheinung und wird durch keine Entwicklung vollständig aufgerieben. Dem Handwerk droht nicht Verfall, aber Verelendung und Abhängigkeit vom Großkapital. In welchem Maße das Handwerk den ihm durch die Entwicklung drohenden Verelendungs- und Abhängigkeitsgefahren standhält, hängt davon ab, inwieweit es rechtzeitig zur Organisation von Produktionsfamilien und deren Zusammenfassung in gemeinwirtschaftliche Handwerkergenossenschaften übergeht. Dabei handelt es sich stets um die wirtschaftliche und technische handwerkliche Produktionsform; das Handwerk als Gesellschaftsorganisation — die gesellschaftspolitische Bedeutung des Handwerks, wie z. B. die Zünfte und Gilden des Mittelalters — gehört der Vergangenheit an. Je mehr der Handwerksbetrieb zur Produktionsfamilie sich entwickelt, desto mehr wird die handwerkliche Leistung in Menge und Güte gehoben, desto mehr wird aber auch der wirtschaftliche Nutzeffekt gesteigert und der Bestand des Handwerks im gesellschaftsnotwendigen Um-

fange gesichert und erhalten, allerdings auch beschränkt. Die Handwerker aber selbst werden vor Verelendung und Abhängigkeit vom Großkapital geschützt. Im Handwerkerbetriebe von heute werden die Kräfte konzentriert, in der handwerklichen Produktionsfamilie von künftig werden die Kräfte assoziiert, das Bewegungsprinzip des handwerklichen Betriebes von heute ist das kräfteverbrauchende Konkurrenzprinzip — die handwerkliche Produktionsfamilie hat die kräftesparende Solidarität als Bewegungsprinzip. Gegen das Aufkommen von Ausbeutungstendenzen in der Produktionsfamilie ist die gewerkschaftliche Organisation aller in der Produktionsfamilie Beschäftigten notwendig, dazu kommt noch die heute schon vom Staate ausgeübte Gewerbeaufsicht. Die gewerkschaftliche Organisation der Erzeuger ist auch in der vollendeten gemeinwirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft notwendig und direkt unentbehrlich. Aber hier nicht allein zum Schutze der Erzeuger vor Ausbeutung, sondern in mindestens dem gleichen Maße zur Erfüllung gesellschaftlicher Mitverwaltungsaufgaben. Gerade die gemeinwirtschaftliche Organisation erfordert eine differenzierte Zusammenfassung aller gesellschaftlichen Wirtschaftskräfte. Dabei sei aber auch zum Ausdruck gebracht, daß ganz notwendiger Einsatz der Betriebsräte als gesellschaftliche Vollzugsorgane ohne gewerkschaftliche Organisation nicht gut denkbar ist.

Die Konsumgenossenschaften sind die Organisationen der gemeinwirtschaftlich interessierten Konsumtionsfamilien. Im Zusammenhange mit der fortschreitenden Industrialisierung der Familienwirtschaft — wie z. B. durch Wasserleitung, elektr. Licht-, Heiz-, Koch- und Staubsaugeanlagen, Warmwasserversorgung, die Fortschritte auf dem Gebiete der Technik, der Nahrungsmittelchemie und Biologie, in der Wäscherei, durch die Entwicklung der Konservenindustrie — wird die Versorgung der Hauswirtschaft mit verbrauchsfertigen Bedarfsgütern und diese selbst immer mehr zum zentralisierten und differenzierten Berufe mit höheren Wissensanforderungen;

fördert die Entlastung der Hausfrau von Hauswirtschaftssorgen; gibt der Hausfrau und ihren Hilfskräften die Möglichkeit erträglicher Arbeitsbedingungen (direkte Arbeitserleichterungen, geregelte Arbeitszeit und bessere Bezahlung).

Die stärkere und vielfältigere Betätigung der Hausfrauen und ihrer Hilfskräfte wird ein Ergebnis dieser Entwicklung. In dichtbesiedelten Gegenden wird eine Entwicklungslinie, von der Konsumtionsfamilie die Konsumgenossenschaft scharf schneidend, zum Einküchenbetrieb (Großhaushalt) führen, allerdings bei einem bestimmt hohen Kulturgrad damit auch zur Auflösung der Familie als Wirtschaftsorganisation selbst.

Die gewerkschaftliche Berufsorganisation aller in der Familienwirtschaft (Haushalten) Beschäftigten ist, wie auch die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten in einem konsumgenossenschaftlichen oder in einem sozialwirtschaftlichen Betriebe, eine selbstverständliche Notwendigkeit. Dieser Organisation müßten sich auch die selbsttätigen Hausfrauen mit anschließen.

Mit der gesellschaftlichen Veränderung der Wirtschafts- und Rechtsverhältnisse der Familie ist auch das Eherecht und Erbrecht gesellschaftlichen Aenderungen unterworfen.

Die Frau selbst hat ein sehr großes Interesse an der Entwicklung der Konsumtionsfamilie, weil sie selbst damit vom privaten rechtlosen Geschlechtsobjekt zum gesellschaftlichen gleichberechtigten Wirtschaftssubjekt wird und in den Bereich der gesellschaftlichen Kontrolle und auch des gesellschaftlichen Schutzes eintritt.

Die Handwerkergenossenschaften fassen die handwerklichen Produktionsfamilien zusammen. Im Schema und in der Tendenz ist der Vorgang hier derselbe wie bei den gemeinwirtschaftlich interessierten Konsumtionsfamilien und Konsumgenossenschaften. Funktion und Effekt sind hier

allerdings Gütererzeugung und Güterabgabe, während bei den Konsumgenossenschaften die Güterheranschaffung zum Verbrauche in den angeschlossenen Familien Funktionszweck und Erfolg sind. Die bäuerlichen Produktionsfamilien gleichen im Schema, der Tendenz und dem Effekt den handwerklichen Produktionsfamilien und Handwerksgenossenschaften. Das wirtschaftliche Gesellschaftsverhältnis ist sogar bei allen drei Organisations*arten* das gleiche.

Mit zunehmender genossenschaftlicher Verflechtung und besonders bei gleichzeitig vorherrschender dichter Besiedelung werden die Handwerkergenossenschaften zur Errichtung lokaler Eigenbetriebe übergehen und damit den Einzelbetrieb in den genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Großbetrieb überführen. Eine Entwicklungslinie der Handwerkergenossenschaften führt zu den sozialwirtschaftlichen Gebilden der Gilden, der Bauhütten und der Werkgemeinschaften. Die Hauptträger dieser Entwicklung sind allerdings meist die Arbeiter, in selteneren Fällen Handwerker selbst.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden sich unter vorgenannten Bedingungen — ganz besonders aber in der Nähe großer Städte — auch die eigene Großbetriebsform zunutze machen und darüber hinaus auch noch in die Einzelwirtschaft regelnd und kontrollierend eingreifen. Planmäßige Feldbewirtschaftung und Stallkontrolle werden die ersten Mittel sein, die Form der ehemaligen Markgenossenschaft im genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Sinne wieder aufleben zu lassen.

Die Eigenarten der handwerklichen Produktionsfamilie sind dieselben wie bei der bäuerlichen Produktionsfamilie, allerdings mit dem Unterschied, daß der Bestand der bäuerlichen Produktionsfamilie mehr von der klimatischen und geographischen Lage des bäuerlichen Produktionsmittels — des Bodens — bestimmt wird als von der Entwicklung der Industrie wie der Bestand der handwerklichen Produktionsfamilie.

Ebenso wie die Konsumtionsfamilie die Zelle der Konsumgenossenschaft werden muß, ist das auch für die Handwerker- und landwirtschaftliche Genossenschaft mit der handwerklichen und bäuerlichen Produktionsfamilie der Fall. In allen drei Fällen haben die Genossenschaften die gleiche wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Funktion. Hier wie dort das Abfangen der größeren wirtschaftlichen Aufgaben durch die Genossenschaft und die Nutzbarmachung der Vorteile des Großbetriebes durch die Genossenschaft für den familialen Bauern- und Handwerkerbetrieb und der familialen Bedarfswirtschaft. In allen drei Fällen Erleichterung der Arbeit, Steigerung des Ertrages, Schutz gegen Verelendung und Abhängigkeit. In allen drei Fällen Schaffung von wirtschaftsnatürlichen Gebilden zum gesellschaftsorganisatorischen Aufbau der Gemeinwirtschaft.

Zur Herausbildung der Wirtschaftsfamilien und der Genossenschaften als Familienorganisationen ist auch eine darauf gerichtete Gesetzgebung notwendig. Die Staaten, in dessen Körper sich die großen Umwandlungen der Wirtschaftsmächte vollziehen, werden aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen sein, eine solche Gesetzgebung anzustreben. In erster Linie müßte die Familie als Wirtschaftseinheit in der Gütererzeugungs- und Güterverbrauchspolitik, in der Sozial- und Wohnungspolitik, in der Steuer- und Erziehungspolitik, im Besitz- und Erbrecht anerkannt und dementsprechend auch gefördert und geschützt werden. In der Genossenschaftsgesetzgebung wären Formen zu finden, die überhaupt nur noch die familienwirtschaftlichen (Konsumenten-, Handwerker- und Bauern-) Genossenschaften zulassen. Der Genossenschaftsbegriff müßte auf die Formel gebracht werden, daß „*die Genossenschaften eine freie Assoziation von Familienwirtschaften* (Konsumtions- und Produktionsfamilien) *sind zur Anwendung großwirtschaftlicher Methoden nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen*".

Als wichtigste gesetzliche Maßnahme zur Konstituierung

der familienwirtschaftlichen Genossenschaften käme die Ausstattung mit dem doppelten Stimmrecht für jede Mitgliederfamilie in Betracht. Jede Mitgliederfamilie wäre mit zwei Stimmen in der Genossenschaft auszustatten, die aber *nur* von den Ehegatten (Mann und Frau), allerdings unabhängig voneinander, ausgeübt werden könnten. Bei dem Fehlen eines Ehegatten würde ein Stimmrecht für diese Familie ruhen.

Die Familienwirtschaft ist die Mitgliedszelle der Genossenschaft. Diese familienwirtschaftlichen Betriebe, deren Größe und Inhalt sich nicht überspannen läßt, ohne überhaupt ihren Charakter als Familienbetriebe zu verlieren, werden zur Nutzbarmachung großwirtschaftlicher Methoden in der Genossenschaft zusammengeschlossen. Alle Aufgaben, die ihrem wirtschaftlichen Inhalte nach von den Familienwirtschaften nicht erfüllt werden können — über den Familienbetrieb hinausragen —, werden von der Genossenschaft übernommen.

Die Familie gruppiert sich um Mann und Frau, der Mann vertritt die Familie nach außen in bürgerlich-monarchistischem Sinne; im biblischen Sinne ist sogar die Frau dem Manne untertan. Im sozialistischen Sinne hat die Frau die gleichen Rechte wie der Mann in der Familie. Die Vorherrschaft des Mannes in der Familie ist Monarchismus; noch mehr: Die Vorherrschaft des Mannes in der Familie ist ganz positiv der Hort des Absolutismus und des Privateigentums an den Produktionsmitteln (der Privatwirtschaft). Es könnte dagegen eingewendet werden, daß die Genossenschaft in ihrem Wesen und ihrer Funktion davon nicht berührt wird. O doch, sehr stark sogar. Wenn auch in Einzelfällen die Frau Mitglied werden kann, was aber nur in den Konsumgenossenschaften der Fall sein wird, in landwirtschaftlichen und Handwerker-Genossenschaften ist die Mitgliedschaft glatt auf den Mann zugeschnitten — so ist mit solchen Einzelfällen an der Klassenlage der Frau dem Mann gegenüber noch gar nichts geändert. Aber das Entscheidende ist doch in jedem Falle, daß die Familienwirtschaft nur von *einem* Repräs-

sentanten der Familie in der Genossenschaft vertreten wird — vom Monarchen. Die Familie ist aber keine absolute Monarchie, sondern eine demokratische Republik und muß in der Genossenschaft von beiden Repräsentanten (Mann und Frau) vertreten sein. Auch hier könnte gesagt werden: Der Mann wahrt doch das Interesse der ganzen Familie. Nein, der Mann wahrt die Interessen, die ihm seine Herrschaftsstellung in der Familie vorschreiben. Hier ist die erste Möglichkeit, aber auch die erste Notwendigkeit, die Widersprüche und Gegensätze von Besitz und Besitzlosigkeit, von Herrschaft und Knechtschaft, von Produktion und Konsumtion als dynamische Gesellschaftskräfte in ihrem ersten Entstehen abzufangen und im Widerspiel der Zusammenarbeit sich gesellschaftlich auswirken zu lassen.

Mit dem familialen Doppelstimmrecht in der Genossenschaftsbewegung wird der Frau eine Widerstandssicherung gegen Entrechtung und Unterdrückung und eine Entwicklungsbasis für alle ihre — viele Jahrhunderte erdrückten und erstickten — Kräfte und Fähigkeiten gegeben. Deren bedarf die Genossenschaft zu ihrer konsequenten Weiterentwicklung als gemeinwirtschaftliche Gesellschaftsorganisation. Dabei handelt es sich nicht nur um die Stellung der Frau in der *Konsum*genossenschaftsbewegung, sondern im selben Maße hat das Gesagte auch Geltung für die landwirtschaftlichen und Handwerkergenossenschaften. Hier handelt es sich um die Frau in der Produktionsfamilie, dort um die Frau in der Konsumtionsfamilie. Die Frau des Handwerkers arbeitet ebenso in dem Betriebe mit — z. B. Bäcker, Fleischer, Händler — wie die Frau des Landwirtes und wie die Frau des Konsumenten (Arbeiters) in der Familienwirtschaft.

Und ebenso wie in den Konsumgenossenschaften die Mechanik der Profitwirtschaft von außen her immer wieder die Phraseologie vom gemeinwirtschaftlichen Wollen grausam durchstößt, so und noch in viel wilderer Art ist das in den landwirtschaftlichen und Handwerkergenossenschaften der

Fall. Dagegen hilft kein Schutzwall juristischer Beschwörungsformeln. Mit dem familialen Doppelstimmrecht muß der Frau in der Genossenschaft die positive Gleichberechtigung gegeben werden, um die Demokratie und die Gemeinwirtschaft in der Genossenschaftsbewegung zu retten und zu sichern.

Die Schaffung des familialen Doppelstimmrechtes in den Genossenschaften hat über den Rahmen der Genossenschaften hinaus für die Entwicklung der Gemeinwirtschaft allgemeine gesellschaftliche Bedeutung. Die Gesellschaftszellen — Genossenschaft und Familie — werden damit aus ihrer privaten Sphäre herausgerissen und in die Gesellschaftssphäre gerückt und damit aber auch in den Blickpunkt gesellschaftlicher Kritik. Bei allem gemeinwirtschaftlichen Streben muß neben der sehr wichtigen und notwendigen theoretisch-konstruktiven und praktisch sich auswirkenden Tätigkeit großer Wert auf die Beseitigung privater Vertraulichkeits- und Heimlichkeitsherde — innerhalb des gesellschafts-ökonomischen Kreises — gelegt werden. Der Vater in der Familie als eigenmächtiger Bestimmer und brutaler Herrscher; der Direktor in einem gemeinwirtschaftlichen Betriebe — Genossenschaft oder Sozialwirtschaft — mit allen Vollmachten ausgestattet oder sich solche selbst anmaßend; der Monarchist und Nationalist als gemeinwirtschaftliche Funktionäre — sind direkt widerliche Erscheinungen. Solche Personen haben selbst mit der Gemeinwirtschaft nichts zu tun, sie sind bar jeder gemeinschaftlichen Persönlichkeitskultur, sie sind höchstens unwahrhaftige Nutznießer gemeinwirtschaftlicher Organisationen. Das sind zugleich aber auch die Herde gemeinwirtschaftsfeindlicher Bestrebungen.

Nur die Konsumenten-, Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften mit familienwirtschaftlicher Basis wären mit öffentlichen Rechten, wie z. B. Erb-, Enteignungs- und Vorkaufsrecht, dem Rechte der Betriebskontrolle und Betriebsübernahme (Weiterführung) auszustatten, aber auch

zu belasten mit der Verpflichtung der Rücklagenbildung und Vermögenserhaltung. Solchen Genossenschaften müßten dann noch öffentliche Vergünstigungen gewährt werden, wie Steuerermäßigungen und Frachtenermäßigungen. Das alles aber mit der Auflage bestimmter Gesellschaftsverpflichtungen.

Für alle anderen Genossenschaften ist doch das Genossenschaftsgesetz überhaupt nur Deckmantel für kleinprivatwirtschaftliche Erwerbszwecke. Dafür bestehen in sehr vielen Staaten die viel zweckentsprechenderen Kleinaktien-Gesellschaften (in England z. B. die Pfundaktien — 20 Mk.).

Soll die Genossenschaftsbewegung gesellschaftsorganisatorischen Inhalt bekommen, sollen die Genossenschaften mehr werden als Wirtschaftsorganisationen mit *eingebildetem* gemeinwirtschaftlichen Inhalte, dann müssen die Genossenschaften sich auf die Organisation der Familienwirtschaften (Konsumtion und Produktion) beschränken und diese Familien zu ihren Fundierungszellen machen.

Der Trägerkreis der Genossenschaften wird gebildet aus den in diesen vereinigten Familienwirtschaften. Die Genossenschaft versorgt die angeschlossenen Familienwirtschaften (Konsumtionsfamilien) mit den täglichen Lebensmitteln und sonstigen Verbrauchsgütern oder die Handwerker- und landwirtschaftlichen Produktionsfamilien mit den praktischen Möglichkeiten der Anwendung großwirtschaftlicher Methoden. Der Tätigkeitskreis dieser Genossenschaften liegt noch im Sichtkreis der angeschlossenen Familien. Der Betrieb ist noch verhältnismäßig einfach, leicht übersehbar und durchsichtig. Die angeschlossenen Familien können noch neben ihrem Lebensberufe Mitverwaltung und Kontrolle ausüben. Die Konsumgenossenschaft ist familial und lokal.

Die anderen zwei Hauptgruppen der Genossenschaftsbewegung, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Handwerkergenossenschaften, müssen durch Einordnung in das ganze System der Gemeinwirtschaft auch ihrem Wesen nach zu gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen übergeleitet

werden. Auch die landwirtschaftlichen und die Handwerkergenossenschaften können nur als familienwirtschaftliche Organisationen der handwerklichen oder bäuerlichen Produktionsfamilien in Frage kommen. Der Agrarier hat in der Genossenschaftsbewegung ebensowenig zu suchen wie der Industrielle. Beide nützen die Genossenschaften nur aus zum Schaden der familienwirtschaftlichen Handwerker- und Bauernbetriebe, können aber den Genossenschaften gar nichts geben.

Die Genossenschaft, gleich welcher Art, muß eine Assoziation von Familienwirtschaften und familienwirtschaftlichen Betrieben sein. Darin liegen Quelle und Grenzen der Genossenschaft. Keine Genossenschaft kann mit dauerndem Erfolg und mit Gesellschaftswirkung, d. h. mit gemeinwirtschaftlich-gemeinnütziger Wirkung, über den Interessenkreis der Genossenschaft hinaus Unternehmen betreiben, die über die vorhandenen eigenen Kräfte noch bedeutende Kräfte (Mittel) erfordern. Alle Ansätze dieser Art bleiben Experimente, trotz vielfacher Scheinerfolge. An einer Entwicklungsgrenze fängt es an zu stocken. Schuld sind dann natürlich die „anderen", mangelhafter Idealismus, zu wenig Entgegenkommen der Behörden und tausenderlei Gründe werden gewöhnlich für Rückgänge oder Stockungen in der Entwicklung solcher, die Kräfte überspannender Betriebe angeführt. Der wirkliche Grund ist aber der, daß die Eigenkraft der Trägerschicht überspannt worden ist. Alle Wirtschaftsaufgaben, die zu ihrer Lösung stärkere als Familienkräfte erfordern, können von Genossenschaften nicht in Angriff genommen werden. Diese Aufgaben sind sozialwirtschaftlich zu erfassen und zu lösen. Bei der Inangriffnahme solcher Aufgaben wird der Familienrahmen überflutet, die Gesellschaft tritt in ihre Rechte. Die Genossenschaft ist Familienorganisation, die Sozialwirtschaft ist Gesellschaftsorganisation, nicht im Gegensatz zur Genossenschaft, sondern in der folgerichtigen Weiterentwicklung.

Die Genossenschaft ist: familial, lokal, national. Die Sozialwirtschaft ist: afamilial, alokal, anational.

Die Sozialwirtschaft ist in ihrer Gesamtheit der Ueberbau der Genossenschaftswirtschaft. Aber nicht losgelöst, vielmehr aus dieser herauswachsend, nicht nur organisatorisch, sondern auch funktionell. Der Trägerkreis der Sozialwirtschaften besteht aus:

1. den öffentlichen Gewalten (Behörden),
2. den Erzeugern (Gewerkschaften),
3. den Verbrauchern (Genossenschaften).

Die Aufgaben der Sozialwirtschaft sind gegenüber denjenigen der Genossenschaftswirtschaft die größeren, die gewaltigeren, die gesellschaftlich bedeutenderen, die geographisch breiteren. Die Wirtschaftsobjekte der Sozialwirtschaft sind ökonomisch, organisatorisch und funktionell losgelöst von der Familienwirtschaft. Diese Objekte erfordern auch zu ihrer Bewirtschaftung anders qualifizierte Kräfte, als überhaupt durch Assoziation von Familienwirtschaften im eigenen Kreise aufgebracht werden können. Es werden Kräfte im Gesellschaftsausmaße gebraucht, deshalb müssen auch die Träger der Sozialwirtschaft gesellschaftliche Fundierung und gesellschaftliches Ausmaß haben. Es können nur korporativ erfaßte Träger in Betracht kommen, das Einzelindividualinteresse muß schon zum korporativen Interesse überführt sein. Einzel- oder Individualträger sind für die Sozialwirtschaft ebenso undenkbar wie die Beteiligung von Privatkapital an solchen Unternehmungen. Die Sozialwirtschaft kann sich natürlich nur an die Träger halten, die losgelöst von privatwirtschaftlichem Eigeninteresse sind und bei denen das sozialökonomische Interesse das überwiegende oder allein vorherrschende ist. Durch die Träger müssen ferner die gesellschaftsökonomischen Funktionen erfaßt werden. Und als solche kommen in Betracht:

1. Die Organisation der gesamten Nation (des Volkes) als Macht über Besitz und Verwaltung der gesellschaftlichen

Produktionsmittel (die öffentlichen Gewalten — Behörden).

2. Die Organisation der Gütererzeuger (die Gewerkschaften).
3. Die Organisation der Güterverbraucher (die Genossenschaften).

Es ist aber auch notwendig, daß alle die Interessen durch eigene Körperschaften vertreten sind. Die öffentlichen Interessen, die Erzeugerinteressen und die Verbraucherinteressen haben sicher viele Berührungspunkte auf wirtschaftlichem Gebiete, ganz zweifelsfrei auch gemeinwirtschaftliches Wollen, aber das Eigeninteresse ist oft das stärkere. Dieses Aufflackern starken Eigeninteresses bei einer Trägerschicht muß durch die Interessenwahrung der andern Schichten reguliert werden. In der Funktion der Sozialwirtschaft können die öffentlichen Interessen, die Erzeuger- und Verbraucherinteressen gleichermaßen im Rahmen der ökonomischen Möglichkeit befriedigt werden.

Die Wirkungsgrenze der Genossenschaftswirtschaft und die Anfangsgrenze der Sozialwirtschaft kann nur beispielsweise aufgezeigt werden. Es geht über die Kräfte der landwirtschaftlichen Genossenschaften hinaus, Fleischkonservenfabriken als einen eigenen Betrieb aufzumachen, wie auch bei den gewerblichen Genossenschaften die Errichtung von Maschinenfabriken als Ueberspannung des Eigenvermögens bezeichnet werden müßte. Bei den Konsumgenossenschaften muß allen Ernstes die Errichtung von Großbäckereien, Großfleischereien, Großmühlen und dergleichen Großbetrieben in das sozialwirtschaftliche Gebiet verwiesen werden. Diese Erkenntnis hat sich praktisch eigenwillig schon vielerorts durchgesetzt. Je mehr die Konsumgenossenschaften sich auf ihr Urgebiet, das der Güterverteilung, beschränken, desto leistungsfähiger werden sie, und die damit verbundene innerliche Kräftigung gibt ihnen starke Wirkung über ihren Rahmen hinaus zur Beeinflussung des Gesellschaftswerdens überhaupt. Genau so

verhält es sich mit den Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Auch diese müssen sich auf ihre Gebiete beschränken. Das soll die Genossenschaftsbewegung nicht kleiner machen, sondern ihr überhaupt erst die Möglichkeit der vollen Entfaltung bieten. Die Genossenschaften sollen und müssen sich freihalten von krankhaften Belastungen und auch von Unternehmungen, die sie niemals voll zur Entwicklung bringen können.

Aber auch international-überstaatlich werden die Bestrebungen auf die Bildung *genossenschaftlicher* Großeinkaufsgesellschaften und *genossenschaftlicher* Banken keinen nennenswerten Erfolg haben. Gesellschaftswirkung wird solchen Unternehmungen immer versagt bleiben, weil die nur einseitige Fundierung auf die Verbraucherkreise solchen Aufgaben nicht gewachsen ist. So notwendig und richtig die Bildung *nationaler* genossenschaftlicher Großeinkaufsgesellschaften ist, ebenso notwendig und unabweisbar ist die Weiterführung der nationalen genossenschaftlichen Güterwirtschaft in das internationale überstaatliche Gebiet als *sozialwirtschaftliche* Unternehmung. Dasselbe ist bei der Organisation der Geldwirtschaft der Fall, hier allerdings muß die sozialwirtschaftliche Organisation schon im nationalen Rahmen beginnen, als Arbeiterbank, in der alle national bestehenden Einzelfachgründungen (Genossenschafts-, Gewerkschaftsbanken u. dgl.) zusammengefaßt werden.

Von der schönen, aber doch wirklich überspannten Illusion der genossenschaftlichen Bergwerke, Hochöfen oder Eisenbahnen oder gar genossenschaftlicher Nationalstaaten muß Abschied genommen werden zum Nutzen einer kleineren, aber realeren Auffassung über das Genossenschaftswesen und seine Anwendungs- und Wirkungsgrenzen. Hier heißt es wirklich: Durch die Beschränkung zur Vollkommenheit.

Die Genossenschaftswirtschaft ist nur der Anfang — aber zugleich auch die Voraussetzung — der Gemeinwirtschaft. Die Sozialwirtschaft führt den Hochbau zur Vollendung, den

die Genossenschaftswirtschaft fundiert hat, für den sie selbst Fundament ist. Die Genossenschaft ist das Fundament der kommenden Gesellschaftsordnung.

Zur praktischen Förderung der gemeinwirtschaftlichen Bewegung ist eine lokale, nationale und internationale Zusammenfassung aller positiv gemeinwirtschaftlich wirkenden Organisationen dringend notwendig. Es ist selbstverständlich, daß diesen gemeinwirtschaftlichen Kartellorganisationen auch die gemeinwirtschaftlich wollenden öffentlichen Gewalten (Gemeinde-, Städte- und Staatsbehörden) beitreten müßten, allerdings nur mit einfachen Mitgliedsrechten. Die gemeinwirtschaftliche Bewegung muß heraus aus dem Zustande sporatischer Entwicklung und unorganisierter Verteidigung. Die gemeinwirtschaftliche Entwicklung muß bewußt und methodisch gefördert und das auf diesem Gebiete Erreichte planmäßig gegen die täglichen Angriffe der Privatwirtschaft verteidigt werden.

Literatur.

Karl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Programm. Dietz, Stuttgart 1922.
— Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Paul Cassirer, Berlin 1919.
— Georgien. Wien 1921, Wiener Volksbuchhandlung.
— Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft. Leipzig 1918, Leipz. Buchdruckerei A.-G.
— Die Agrarfrage. Dietz, Stuttgart 1893.
— Consumvereine und Arbeiterbewegung. Wien 1897.

D R I T T E A B T E I L U N G

Politik und Geschichte

Gesellschaftsordnung und Zwangsordnung

Von *Max Adler* (Wien)

ERSTER ABSCHNITT

Für das Verständnis der Staats- und Gesellschaftslehre bei Marx ist der Grundgedanke wesentlich, daß Staat und Gesellschaft nicht etwa zwei verschiedene Gebilde sind, die sogar im Gegensatz zueinander stehen können, sondern daß „die Gesellschaft" nichts anderes ist als ein Ausdruck für die Vergesellschaftung des menschlichen Lebens überhaupt, und daß „der Staat" nichts anderes ist als eine bestimmte historisch gewordene Form dieser Vergesellschaftung. Staat und Gesellschaft können also gar nicht im Gegensatz miteinander stehen, da der Staat, mit Marxschen Worten gesprochen, nur eine „Einrichtung der Gesellschaft" ist. Die Vorstellung eines Gegensatzes von Staat und Gesellschaft stammt noch aus der Hegelschen Philosophie, wo diese Art zu denken einen Sinn hatte. Denn bei Hegel bedeutete Gesellschaft das System der egoistischen Lebensbedürfnisse, während der Staat bei ihm eine sittliche Idee war. In der modernen Vorstellungsweise, die gerne von einem Widerspruch von Staat und Gesellschaft ausgeht, hat sich nur ein terminologischer Wandel in der Auffassung vollzogen, indem man jetzt meistens Gesellschaft als den sittlichen Verband auffaßt. Wer von einem Widerspruch des Staates gegen die Gesellschaft spricht, der meint eigentlich, daß der Staat nicht der Idee der Gesellschaft, d. h. einer idealen Gemeinschaft gemäß ist. In diesem Zusammenhange bedeutet also Gesellschaft keinen soziologischen, sondern einen normativen Begriff. Wir werden im weiteren Verlauf dieser Abhandlung noch sehen, daß dieses Zusammenfallen zweier Bedeutungen,

einer soziologischen und einer normativen, in der Bezeichnung Gesellschaft nicht zufällig ist, sondern daß sie in sachlichen Voraussetzungen des Gesellschaftsbegriffes begründet ist. Für eine streng soziologische Auffassung aber, wie sie der Marxismus ist, dürfen wir nicht von einem normativen Begriff der Gesellschaft ausgehen, sondern müssen an ihrem Seinsbegriff festhalten. Und dieser bedeutet vergesellschaftetes Leben des Einzelnen, wobei Vergesellschaftung erkenntniskritisch zu verstehen ist als die notwendige immanente Bezogenheit jedes Individualbewußtseins auf artgleiches Nebenbewußtsein, mit dem es eine geistige Einheit bildet, während Vergesellschaftung im ökonomischen Sinne bereits eine Konkretisierung, d. h. eine empirische Erscheinungsform jener geistigen Vergesellschaftung ist. Sie erscheint historisch als die notwendige Verbundenheit von Menschen, die durch ihre Arbeit sich gegenseitig aufeinander derart bezogen sehen, daß die Wirksamkeit der anderen die Bedingung der eigenen Wirksamkeit ist. Darum bezeichnet auch Marx die Gesellschaft im ökonomischen Sinne als *das Ganze* der Produktionsbedingungen, d. h. also als die *Einheit*, in welcher die Einzelnen sich durch ihre Arbeitsbeziehungen verbunden sehen.

Aus diesem soziologischen Begriff der Gesellschaft ergibt sich nun der Begriff des Staates nicht durch sachliche oder logische Entgegensetzung, sondern durch historische Differenzierung. „Das Ganze der Produktionsbedingungen" kann nämlich an sich zweifacher Art sein. Entweder sind die Arbeitsbedingungen und Verteilungsformen dieses Ganzen *solidarisch* gestaltet, so daß das Ganze alle seine Glieder in gleicher Interessiertheit umschließt; oder es bilden sich lebenswichtige Interessengegensätze heraus, die das Ganze *unsolidarisch* und somit gegensätzlich gestalten. *Die Vergesellschaftung ist also in zwei Grundformen möglich*, als ökonomische Solidarität oder als ökonomische Gegensätzlichkeit. In der Tat zeigt auch die Geschichte beide Formen, und zwar geht die historische Gestaltung der Gesellschaft

von ursprünglicher innerer Solidarität kleiner primitiver Gesellschaftsgebilde zu sich immer mehr differenzierender innerer Gegensätzlichkeit der späteren umfassenderen sozialen Gruppen.

Und nun ist wichtig: Jene Form der Vergesellschaftung, welche nicht mehr auf ökonomischer Solidarität ihrer Glieder beruht, sondern in welcher deren Verbindung nur mehr auf der unsolidarischen Grundlage ökonomischer Klassengegensätze beruht, nennt Marx einen *Staat*. Der Staat ist durchaus eine *historische Kategorie*. Es gibt für den Marxisten nicht einen *Staat als solchen*, und er wird es daher auch ablehnen, von einer Idee des Staates zu reden. Unter Staat versteht also der Marxismus eben nur eine „Einrichtung der Gesellschaft", nämlich jene Einrichtung, *wonach die Gesellschaft nur als Herrschaftsorganisation einer Klasse besteht*. Alles gesellschaftliche Leben, das ökonomische nicht nur, sondern das ganze religiöse, künstlerische, wissenschaftliche und kulturelle Leben, verläuft hier innerhalb einer Form, die auf der Herrschaft einer Klasse über die anderen aufgebaut ist, und unter den geistigen und sachlichen Bedingungen dieser Klassenherrschaft steht. Und da die Klassenherrschaft eine ökonomische ist, so ist sie nicht nur politische, sondern zugleich ökonomische Unterdrückung. So wird der Staat das Instrument der Ausbeutung. Ungemein zahlreich sind die Stellen bei Marx und Engels, die diesen historischen Sinn des Staatsbegriffes klar darlegen. Aus allen diesen Stellen ergibt sich, was besonders wichtig ist für das Verständnis des Begriffes der Demokratie, in welchen so viele Unklarheiten besonders auch bei manchen Marxisten bestehen: Der Staat bei Marx ist nie die Organisationsform einer Gesellschaft überhaupt, sondern einer klassengegensätzlichen: und dies gilt nicht nur für die Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch für die Zukunft: solange Klassengegensatz, solange Klassenherrschaft, solange Staat. Es ist deshalb auch der sogenannte demokratische Volks-

staat, in welchem bloß die politische Verfassung im Sinne der Gleichberechtigung aller Bürger durchgeführt ist, an der wirtschaftlichen Machtstellung der besitzenden Klassen aber gar nichts geändert wird, ein Staat der Ausbeutung und Unterdrückung. Deshalb haben auch Marx und Engels sich immer gegen die Vorstellung eines „freien Staates" als Ziel des Sozialismus gewendet. Schon in seiner Kritik gegen Karl Heinzen schrieb Marx, „daß mit der Beseitigung der sozialen Frage von Fürstentum und Republik auch noch keine einzige soziale Frage im Sinne des Proletariats gelöst sei". Und in seinen berühmten Randglossen zum Gothaer Programm heißt es bekanntlich: „Freier Staat — was ist das? Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat frei zu machen. . . . Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln." Und ebenso hat Friedrich Engels in seinem Brief an Bebel über denselben Programmentwurf das Wort vom freien Volksstaat als einen „puren Unsinn" bezeichnet. Denn „solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen".

Diese letztere Stelle macht uns besonders darauf aufmerksam, daß *auch der proletarische Staat* immer noch ein *Staat* ist, also ebenfalls Unterdrückungsmaschine, Klassenherrschaft, somit keineswegs gleichbedeutend mit der sozialistischen Gesellschaft, die er erst begründen will. Und alle die vielen sentimentalen Deklamationen über Gewalttätigkeiten des Bolschewismus, wenn sie nicht etwa bloß deren Zweckmäßigkeit bestreiten wollen, sondern über Verletzung „demokratischer" oder „freiheitlicher" Prinzipien klagen, beweisen nur das völlige Unverständnis der so Urteilenden über das Wesen des Staates und des revolutionären Klassen-

kampfes. Sie verlangen von der politischen Uebergangsperiode zum Sozialismus, von der Marx gesagt hatte, daß auch sie ein Staat sein müsse und „nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariates", was erst die sozialistische Gesellschaft selbst leisten kann.

Der Begriff des Staates ist also bei Marx ein *ganz anderer* als in der herrschenden Staatslehre, was auch von vornherein ganz selbstverständlich erscheint, wenn man bedenkt, daß der Marxismus und die Staatslehre ihren Gegenstand unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten und nach ganz verschiedenen Methoden betrachten. Der Marxismus ist Soziologie, er erforscht den Staat als ein Gebilde des gesellschaftlichen Seins und Geschehens durchaus im Sinne der Kausalbetrachtung. Die Staatslehre dagegen ist Normologie, sie betrachtet den Staat lediglich *als ein Gebilde der Regelung* des gesellschaftlichen Lebens. Der Staat ist ihr daher kein kausal, sondern ein normativ zu erfassendes Gebilde, und sie fragt daher nie danach, *welche Art* von Regelung gesellschaftlichen Lebens als Staat bezeichnet werden kann. Daher ist ihr Begriff vom Staate ein allgemeiner Begriff, der Begriff des Staates als solchen, weil es natürlich eine allgemeine Form der Regelung gibt. Und nach der herrschenden Staatslehre versteht man unter Staat jene gesellschaftliche Regelung, die in der Form einer Zwangsorganisation auf einem bestimmten Territorium gegeben ist. Der Staat ist also die territoriale Zwangsorganisation des gesellschaftlichen Lebens. Daher erblickt die Staatslehre überall dort einen Staat, wo sie eine solche territoriale Zwangsorganisation geschichtlich aufzeigen kann. Und da gesellschaftliches Leben ohne Zwangsorganisation überhaupt nicht möglich ist, so wird auf diese Weise der Staat zu einer Wesensbeschaffenheit des gesellschaftlichen Lebens selbst. Der Staat ist im Gefüge dieser Auffassung kein historischer Begriff, sondern eine notwendige Form des sozialen Lebens selbst. Welcher Art diese Zwangsorganisation ist, ob sie die solidarische der Mark-

genossenschaft ist, oder ob es der patriarchalische Staat des Orients, der Feudalstaat des Mittelalters, der Klassenstaat der Gegenwart oder die klassenlose Gemeinschaft der Zukunft ist, das alles ist für die rein formale Betrachtung der Staatslehre gleichgültig. Ihr kommt es ja nur darauf an — und das ist ihr berechtigtes theoretisches Interesse —, zu zeigen, wie jede historische Form des gesellschaftlichen Lebens nur in einer Rechtsordnung konkret zur Ausgestaltung kommen kann, daß also Gesellschaft nur als Rechtsordnung erscheint.

Der Fehler dieser Betrachtung liegt in dem „nur". Bloß so viel ist richtig, daß alles gesellschaftliche Leben immer zugleich auch rechtlich geordnetes Leben ist; aber daß es *nur dieses* wäre, ist die falsche, von R. Stammler begründete Meinung einer sehr stark vertretenen modernen Richtung der Soziologie und Rechtslehre, die mit ihrer Kritik zu früh aufgehört hat. Doch davon müssen wir hier absehen; für jetzt ist wichtig, zu sehen, daß der Begriff der Staatslehre vom Staat und derjenige der Soziologie miteinander gar nichts zu tun haben, sich weder ergänzen, noch widersprechen oder kreuzen. Sondern jeder bezeichnet unter *demselben Wort* eine andere Sache: der erstere einen allgemeinen *Norm*bestand, der letztere einen historischen *Tat*bestand. Und man kann nur, weil schon einmal diese verschiedenen Dinge mit demselben Wort bezeichnet sind, zur begrifflichen Klarstellung folgendes sagen: Jeder Staat im Sinne des Marxismus ist auch ein Staat im Sinne der normativen Auffassung der Staatslehre. Dagegen ist nicht jeder Staat im Sinne der letzteren auch ein Staat im Sinne des Marxismus. Nämlich im Sinne der Staatslehre ist jede territoriale oberste Zwangsordnung ein Staat; im Sinne des Marxismus ist aber nicht schon jede solche Zwangsordnung, sondern nur jene ein Staat, die zugleich eine Klassenherrschaft ist.

Daraus ergibt sich schon hier, wie falsch jene ganze Bekämpfung des marxistischen Staatsbegriffes ist, welche meint,

weil nach Marx und Engels der Staat überwunden, abgeschafft werden müsse, weil er abstirbt, weil der Staat, wie Engels sagt, einmal in das Museum geschichtlicher Altertümer gehören wird, diese Lehre im Grunde anarchistisch sei, so daß also der Marxismus in einen Zustand der Gesetzlosigkeit hineinführe. Eine solche Auffassung beruht aber auf der Verwechslung des normativen mit dem soziologischen Staatsbegriff. Der Staat ist bei Marx gleichbedeutend mit Klassenstaat, nicht aber mit Zwangsordnung überhaupt. Die Beseitigung des Staates beseitigt nur die klassengegensätzliche Zwangsorganisation des gesellschaftlichen Lebens, d. h. die unsolidarische Form der Vergesellschaftung, nicht jede Zwangsorganisation überhaupt. Sie beseitigt nur jene Regelung, die von einem Teil der Gesellschaft *gegen* den anderen Teil ausgeübt wird, nicht aber die *gemeinschaftliche Regelung* des sozialen Lebensprozesses überhaupt. Die Meinung, daß es nur im Staate eine Rechtsordnung, Zwangsgesetze geben kann, ist nichts mehr als ein Stück bürgerlichen Denkens inmitten theoretischer Arbeit. Der Staat ist bloß *eine* Rechtsordnung, aber nicht *die* Rechtsordnung, und staatliche Gesetze sind nur soziale Gesetze *im* Staate, wie es solche auch schon vor dem Staate gab und nach ihm geben wird, nur daß ihre Funktion allerdings im vorstaatlichen und nachstaatlichen Zustande eine andere ist als im staatlichen.

Damit sind wir aber bei einer wichtigen Frage angelangt, die für das Verständnis nicht nur des Marxismus, sondern des sozialen Lebens überhaupt entscheidend ist: wie sich denn Staatsordnung, Rechtsordnung (Zwangsordnung) und Gesellschaftsordnung zueinander verhalten? Unsere bisherige Darlegung ist von einer Grundvoraussetzung ausgegangen, daß es nämlich keine Gesellschaftsordnung ohne Rechtsordnung, wohl aber ohne Staatsordnung geben könne. Somit sind für uns zwar nicht Staats- und Zwangsordnung, wohl aber Gesellschafts- und Zwangsordnung identische Begriffe. Und diese Unterscheidung ist von allergrößter Wichtig-

keit, weil erst sie es ermöglicht, die Marxsche Lehre von Staat und Gesellschaft nicht nur widerspruchslos durchzuführen, sondern auch das Wesen des sozialistischen Klassenkampfes in seiner revolutionären Bedeutung als Mittel zur Herstellung einer Gesellschaftsordnung zu begreifen, die nicht mehr Staat und gleichwohl Zwangsordnung ist. Diese Voraussetzung, wonach Zwangsordnung einerseits nicht identisch mit Staatsordnung, andererseits gleichbedeutend mit Gesellschaftsordnung ist, soll nun noch näher dargelegt werden.

ZWEITER ABSCHNITT

Wir gehen also von dem Satze aus, daß menschliches Leben — und das bedeutet bei Marx stets individuelles Leben des *vergesellschafteten* Menschen — ohne eine Zwangsordnung nicht möglich ist, daß dies aber noch keineswegs heißt, daß es eine Staatsordnung sein müsse. Die Vorstellung, daß alles menschliche Leben notwendig und immer, auch abgesehen vom Staate, eine Zwangsorganisation bedeutet, begegnet sicherlich zunächst einem sich gleichsam elementar aufdrängenden Zweifel. Und das hat seinen Grund darin, daß gewisse psychologische Hemmungen sich mit der Kraft eingewurzelter Assoziationen einer solchen Anschauung entgegenstellen. Vor allem sind es zwei Momente, welche diese Denkschwierigkeit verursachen: einmal der schier unausrottbare Individualismus des Alltagsdenkens, dann eine ebenso eingewohnte Vorstellung vom Zwang, die sich einen solchen nicht anders wie als Vergewaltigung vorstellen kann.

Vor allem also müssen wir das stets neu auflebende *individualistische Vorurteil* überwinden, das uns immer wieder die Möglichkeit eines isolierten Daseins außerhalb der Gesellschaft wenigstens als eine Denkmöglichkeit vortäuscht. Auch wir modernen Menschen unterliegen nur allzuoft der Versuchung der alten Naturrechtsgläubigen, zu meinen, daß der Mensch an sich ein gänzlich auf seine

individuelle gesetzlose Willkür gestelltes Wesen sei, das erst durch eine starke äußere Zwangsgewalt habe gebändigt werden können, die aus der zu diesem Zwecke gesetzten Vereinigung aller entstanden sei. Auf diese Weise scheint also gesetzloses, absolut schrankenloses Leben von Einzelmenschen als ein möglicher Gegensatz zu vergesellschaftetem Leben, aus dem letzteres hervorgegangen ist und daher auch möglicherweise wieder in diesen Zustand zurückverfallen könnte.

Allein einen solchen zügellosen Einzelnen hat es nie gegeben und kann es nie geben; er ist eine bloße Romanfigur aus der freilich unendlich anziehenden und anregenden Kulturdichtung des 18. Jahrhunderts. Der Marxsche Begriff der Vergesellschaftung hat uns gelehrt, daß, worauf übrigens Marx selbst ausdrücklich aufmerksam gemacht hat, Vereinzelung nur innerhalb der Gesellschaft möglich ist. Alle Vereinsamung, alles Einsiedlertum ist bereits eine soziale Erscheinung, wenn sie auch nur in der Negation oder gar Bekämpfung bestimmter Formen des sozialen Lebens besteht. Und genau so gibt es auch schrankenlose Willkür und Zügellosigkeit nur innerhalb des gesellschaftlichen Lebens; d. h. die „Schrankenlosigkeit" besteht nur in der Außerachtlassung oder Verletzung der Schranken, welche einem bestimmten Zustande des gesellschaftlichen Lebens entsprechen: sie ist nur die Negation desselben. So wie der Einsiedler nur der Verneiner der Gesellschaft ist, so ist der Gesetzlose nur der Verächter derselben; so wie der erstere nur in der Flucht aus der Gesellschaft existieren kann, so der letztere nur in dem Verbrechen an ihr.

Das zweite Moment, weswegen es meistens so schwer wird, das notwendige Zusammenfallen von vergesellschaftetem Leben und Zwangsordnung zu verstehen, bezeichneten wir als die *falsche Vorstellung*, die man von dem hier in Betracht kommenden Begriffe des *Zwanges* hat. Wenn von Zwangsordnung geredet wird, denkt man nämlich sofort an eine Ordnung, die von den ihr unterstellten als ein Zwang

im Sinne einer Einschränkung ihrer Freiheit, also als eine Unterdrückung oder Vergewaltigung empfunden wird. Und diese Vorstellung erscheint um so berechtigter, als diese Art von Zwangsordnung ja auch wirklich in der Staatsordnung für jedermann anschaulich vorliegt. Die Staatsordnung ist allerdings, wie wir bereits wissen, ein System der Unterdrückung. Da sie eine Form der Herrschaft einer Klasse über andere ist, muß diesen letzteren die Staatsordnung als ein ihnen auferlegtes Joch erscheinen, als eine Einschränkung ihrer Interessen, die sie niemals freiwillig zulassen würden. Mit einem Worte: die Zwangsordnung im Staate ist *Herrschaftsordnung.*

Gerade hier aber tritt uns nun erst das Problem entgegen: ob denn notwendig jede Zwangsordnung auch eine Herrschaftsordnung sein muß? Ist es wirklich dem Begriff der Zwangsordnung wesentlich, daß durch sie *ein Teil* der Ordnungsunterstellten den anderen Teil beherrscht? Oder ist nicht auch eine solche Ordnung denkbar, bei der *alle* ihr Unterstellten in *gleicher* Weise durch sie geregelt werden, so daß in diesem Falle es keinen Gesellschaftsteil gibt, zu dessen alleinigem Interesse der Ordnungszwang ausgeübt wird? Es ist klar, daß eine solche Ordnung denkbar ist, und daß es die Ordnung einer *wirtschaftlich solidarischen* Gemeinschaft wäre. In einer solchen könnte kein Teil sich von dem anderen „gezwungen", beherrscht oder ausgebeutet ansehen, weil die Ordnung hier nur die notwendige Regelung des allen Lebensinteressen gemeinsamen und für ihre Befriedigung förderlichen bedeutet. *Gleichwohl aber ist auch eine solche Ordnung zwingend.* Sie ist eine Zwangsordnung im doppelten Sinne des Wortes; sie ist erstens *erzwungen* durch die Bedürfnisse des gesellschaftlichen Lebens selbst, durch die Notwendigkeiten, die aus der Arbeit, jene Bedürfnisse zu befriedigen, hervorgehen. Sie ist aber zweitens und vor allem *zwingend*, weil sie jede Verletzung, ja auch nur Nichtbeachtung dieser notwendigen Ordnung an dem Ver-

letzer oder Gleichgültigen ebenso notwendig ahnden muß, wie sie den Zweck, um dessentwillen die Ordnung besteht, erreichen will. Und — was das Wichtigste für unseren Zusammenhang ist — sie *bleibt* eine solche Zwangsordnung, obgleich sich niemand normalerweise durch ihre Wirkung irgendwie gezwungen oder beherrscht fühlt.

Ich möchte den Sinn einer solchen solidarischen Zwangsordnung an einem Beispiel klar machen, und ich finde kaum ein anschaulicheres als das einer Orchesteraufführung. Wenn ein Orchester eine Symphonie aufführt, so stehen vom ersten Augenblick an, wo dieser Zweck aufgetaucht ist, alle Musiker des Orchesters unter einer absoluten Zwangsordnung. Nicht einmal wie sie sich setzen sollen, steht ihnen mehr frei, sondern die Anweisung ihrer Sitz- bzw. Standplätze ist durch den Zweck einer sich ungestört entwickelnden und harmonischen Musikaufführung eindeutig gegeben. Wird man behaupten wollen, daß die Leute von der Baßgeige es als unerhörten „Zwang" empfinden, daß sie während des Musikvortrages stehen müssen, während alle anderen sitzen? Hält man es für möglich, daß der Dirigent irgendwo, etwa bei dem Triangel sitzt, und der Tschinellenschläger am Dirigentenpult manipuliert, um so zu beweisen, daß er ein freies Individuum ist, das dort steht, wo er will? Können die einzelnen Instrumente eingreifen, wann es ihnen beliebt oder wann sie müssen? Und was würde dem Posaunisten geschehen, der völlig „zwanglos" in ein Flötensolo dreinfahren würde? Wir sehen, das ganze Orchester steht unter einer strengen Zwangsordnung, obgleich niemand im Orchester dies als einen Zwang empfindet. Aber sofort würde diese Zwangsordnung jeden mit dem Zwang des Hinauswurfes bestrafen, der diesen Zwang bricht, ja sogar selbst dann, wenn er ihn unabsichtlich, aber aus Unfähigkeit, verletzt.

Wir sehen an diesem Beispiel zugleich, wie die Zwangsordnung empirisch entsteht: sie ist gar nichts anderes als die Ordnung einer gemeinsamen Tätigkeit überhaupt. Wir

brauchen unser Beispiel nur noch auf andere Arten gemeinschaftlicher Tätigkeit auszudehnen, um zu erkennen, daß die Zwangsordnung nur die äußere Form jeder Zusammenarbeit von Menschen, also ihrer sozialen Wirksamkeit ist. *Stammler* hatte ganz recht, wenn er das soziale Leben als äußerlich geregeltes Leben definiert. Er hat nur Unrecht, wenn er meint, es sei *weiter nichts* als äußerlich geregeltes Leben, es käme erst durch die äußere Regelung soziales Leben zustande, während wir wissen, daß diese äußere Regelung selbst nur möglich ist, weil soziales Leben schon vorher innerlich (mental) auf den Nebenmenschen bezogenes individuelles Leben ist.

Wir gewinnen also zunächst folgende Klarstellungen: *Zwangsordnung und Herrschaftsordnung sind nicht dasselbe.* Unterordnung unter eine Zwangsordnung und Unterdrückung durch sie sind ebenfalls nicht dasselbe. Nicht jede Unterordnung ist ein Beherrschtsein. Der Zwangsordnung wesentlich sind verschiedene Formen der Ueber- und Unterordnung, die aber weder ihrem objektiven Inhalte nach, noch nach ihrem subjektiven Erlebniswerte Formen der Herrschaft und Unterwerfung sein müssen. Der Baupolier, auf dessen „Ho—ruk!" die Arbeiter die Eisentraverse aufstemmen, unterdrückt nicht die Arbeiter, wohl aber der Unternehmer, der ihnen ankündigt, daß er den Akkord der Arbeit hinaufsetzen muß. Die Zwangsordnung der äußeren Regelung ergibt sich also aus den Zwängen des vergesellschafteten Lebens selbst, aus den Notwendigkeiten der vergesellschafteten Arbeit. Es ist so, wie Marx an einer berühmten Stelle sagt: „In der Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, *notwendige, von ihrem Willen unabhängige* Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen." „Und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse", fügt Marx an anderer Stelle hinzu, „findet die Produktion statt."

Die Identität von Vergesellschaftung und Zwangsordnung ist aber noch tiefer verankert, wenn wir unser Problem von jenem Standpunkt aus betrachten, von dem sich überhaupt erst alle Schwierigkeiten des Gesellschaftsbegriffes und der Soziologie wirklich auflösen lassen, vom *erkenntniskritischen* Standpunkt. Dann ergibt sich, daß Zwangsordnung *die notwendige Erscheinungsform ist, in welcher soziales Wollen überhaupt unserem Bewußtsein* existent werden kann. Hier kann ich freilich nur einige Richtgedanken geben.

Wie alles Denken in einem Zusammenhang steht, der den Widerspruch ausschließt, so verlangt auch alles Wollen nach einer Einheit, die den Wollenswiderspruch ausschließt. Allein hier gibt es einen höchst merkwürdigen und wichtigen Unterschied. Das Widersprechende im Denken *kann nicht gedacht* werden, sobald es als ein Widerspruch erkannt ist. Ich kann einen viereckigen Kreis nicht denken. Dagegen kann das der Einheit des Wollens Widersprechende sehr wohl gewollt werden: ich kann ohne weiteres das Böse, das mich oder den Nebenmenschen Schädigende wollen. Jedoch ergibt sich hierbei, daß ich solches Wollen zugleich *verurteile*. Ich *kann* zwar so wollen, aber zugleich fühle ich, daß ich so nicht wollen *soll*. Einen Widerspruch im Wollen in derselben Weise wie einen solchen im Denken gibt es also nicht. Dort handelt es sich eben um *logische* Vorgänge, hier aber um *Willens*erscheinungen. Was im Denken der Widerspruch, das ist im Wollen der *Gegensatz*, das zur Willenseinheit gegensätzliche Wollen *kann* gewollt werden, aber es *soll* nicht gewollt werden.

In diesem Sollen tritt also eine Schranke für das Sollen auf. Aber woher kommt diese Schranke? Lange Zeit haben die Menschen geglaubt, daß es der Gott von Sinai ist, der aus seiner Wetterwolke heraus den Menschen dieses furchtbare und großartige „Du sollst" zugerufen und ihnen damit

eine neue Welt der Gebote und Verbote offenbart habe. Aber das ganze Werk der modernen kritischen Philosophie besteht im Grunde nur darin, den Sinai der Offenbarung *im eigenen Inneren des Menschen* zu entdecken. Die Schranke des Sollens setzt den Menschen kein Gott über den Wolken, ja nicht einmal ein Despot auf Erden, sondern der Mensch sich selbst, indem es die Gesetzlichkeit seines Willens selbst ist, die ihm darin zum Bewußtsein kommt. *Es ist also das Wollen selbst, das diese Schranke setzt*, so daß alles Sollen im Grunde nichts anderes ist als ein Wollen, aber freilich nicht das zufällige Einzelwollen, sondern das Wollen als ein einheitliches, gegensatzloses Wollen betrachtet.

Ein solches einheitliches Wollen wäre also ein Wollen, über das nichts Macht haben könnte, es von seiner Einheit abzulenken. Ein solches Wollen *könnte also gar nicht anders* wie widerspruchslos wollen und würde sich gleichwohl vollständig *frei* fühlen. Denn dieses Wollen stünde nicht unter dem Zwange von Leidenschaften und Trieben, von Begierden und Egoismen, die es unterjochen, sondern es folgte allein seiner eigenen Natur, einheitlich zu sein. Wir nennen seit Kant die Idee eines solchen Wollens das reine Wollen, weil es von allen Antrieben rein ist, die seine Einheit stören könnten. Und *nur* ein solches Wollen ist frei. Denn es folgt keinem anderen Gebot als seinem eigenen, es folgt also nur sich selbst. Es gibt keine andere Bestimmung des vielumstrittenen Begriffes der Willensfreiheit als diese: daß ein freier Wille derjenige ist, der nur seinem eigenen *Gesetze* gehorcht. Und so sehen wir, *daß Freiheit des Willens und Bindung durch ein Gesetz ein und dasselbe sind.* Wenn wir also aus demsozialen Zwang sogar bis auf die Freiheit des Menschen zurückgehen, dann zeigt sich erst recht, daß sie gleichbedeutend ist mit einem durch ein Sollen gebundenes Leben, also mit einem Leben, das unter einer notwendigen Regelung steht.

Nun ist das wollende Individuum dasselbe wie das denkende. So wie das Individuum schon durch sein Denken

in eine Gemeinschaft mit Nebenmenschen eingesenkt ist, auf die es sich in allem seinen Denken bezieht, so auch im Wollen. Die Einheit des Wollens umfaßt also notwendig nicht bloß das Einzelwollen, sondern das Wollen einer unbestimmten Vielheit von Menschen, mit denen sich das Individuum verbunden sieht. Und so verwandelt sich das Sollen des individuellen Bewußtseins in eine unmittelbare Bezogenheit des Einzelwollens auf *Gemeinschaftswollen*. Es bedeutet nicht mehr bloß einen individuellen Widerspruch im Wollen, sondern einen Gegensatz des individuellen Wollens zum Gemeinschaftswollen.

Mit anderen Worten: Im Sollen haben wir die *Vergesellschaftungsform* des Wollens vor uns. Und alle Systeme des Sollens, also alle Normsysteme, sowohl die Moral wie die Rechtsordnung, sind nichts anderes als die Vergesellschaftung selbst, nur von ihrer Willensseite her betrachtet.

Daraus ergibt sich, daß die Regelung des gesellschaftlichen Lebens nicht etwas ist, was erst historisch zu einem irgendwie vorher schon vorhandenen ungeregelten gesellschaftlichen Leben hinzuträte, sondern sie ist nur eine Form dieses gesellschaftlichen Lebens selbst. Zwar nicht, wie Rudolf Stammler gemeint hat, seine konstituierende Form, sondern die volitionale Seite des bereits nach seinem geistigen Sein vergesellschafteten Bewußtseins. Man könnte alles Gesagte etwa so zusammenfassen: In dem Satze „ich denke" erlebt der Mensch seine individuelle Erscheinungsform; in dem Satze „es ist so" sein vergesellschaftetes Wesen. Ebenso erlebt der Mensch in dem Satze „ich will" seine individuelle Erscheinungsform und in dem Satze „es soll so sein" sein vergesellschaftetes Wesen.

VIERTER ABSCHNITT

Somit ist klar geworden, daß alles konkrete geschichtliche Wirken des Menschen von vornherein innerhalb einer Form erfolgt, welche dasselbe, notwendig unter diese Rege-

lung des Wollens stellt. Es ist keine noch so primitive Phase des Lebens möglich, die nicht irgendeine Lebensordnung an sich tragen würde. Die Normierung des gesellschaftlichen Lebens gehört also zu seinem Wesen, und das hat die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx von allem Anfang an mit dem wenig verstandenen Gedanken zum Ausdruck gebracht, daß jeder Gesellschaftsbau aus einer ökonomischen Grundlage und einem ideologischen Ueberbau besteht. Diese beiden Elemente sind jedoch nur in der begrifflichen Abstraktion zu trennen. In der historischen Wirklichkeit bilden sie einen untrennbaren Zusammenhang in der Weise, daß schon der ökonomische Unterbau nur in den ideologischen Ueberbauformen bewußt und erlebt werden kann. Die ökonomischen Produktionsbedingungen werden immer nur in einer bestimmten Produktions- und Verteilungsweise wirksam, und diese ist gleichbedeutend mit bestimmten Normierungen, innerhalb deren sich von vornherein alle gesellschaftliche Produktion und Konsumtion vollzieht.

Diese Normierungen müssen aber *Rechtscharakter* annehmen, d. h. sie müssen eine äußere *Zwangs*ordnung werden, weil sie ja nichts anderes enthalten als die notwendigen Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung. Sie sind also eigentlich nur die Gebote der Vergesellschaftung selbst, bloß in einem konkreten ökonomisch-historischen Ausdruck, und treten daher jedem Mitgliede der historischen Vergesellschaftungsgruppe als seine eigenen Arbeits- und Lebensnotwendigkeiten, als ein Stück seines vergesellschafteten Wollens entgegen. Jeder Einzelne muß wollen, daß so gearbeitet, so verteilt werden soll — wir sprechen jetzt von dem Typus einer solidarischen Vergesellschaftung —, weil nicht anders gearbeitet und verteilt werden kann. In der Forderung des Sollens liegt es, daß das Gesollte auch verwirklicht und das ihm Widerstrebende verhindert werde, weil das Sollen ja eigentlich nur ein Wollen ist, nämlich das mit sich einige Wollen, und es zum Wesen des Wollens gehört, seine Zwecke zu erreichen.

So ist also bereits die Lebensordnung einer solidarischen Gesellschaftsgruppe eine Zwangsordnung, obgleich sie, und nur sie allein, eine Ordnung der Freiheit ist. Und nun ist der Kreis unserer Darlegungen geschlossen. Wir haben zuerst gesehen, daß schon *psychologisch* eine Zwangsorganisation keinen Zwang im Sinne einer Unterdrückung bedeuten muß, wenn nämlich die soziale Gruppe eine solidarische ist. Und nun hat sich von der anderen, *erkenntniskritischen* Seite her ergeben, daß Freiheit überhaupt anders gar nicht möglich ist, wie als ein Unterworfensein dem Zwange der Gesetzlichkeit des Wollens selbst. *Freiheit des Einzelnen und Zwangsordnung einer solidarischen Gemeinschaft sind also ein und dasselbe.* Und die Bezogenheit auf eine Zwangsordnung, indem man sich ihr entweder einordnet oder die man verletzt, gehört zum Wesen des individuellen Lebens selbst.

Ja man könnte jetzt sogar sagen, um dieses Resultat mit der Schärfe einer Paradoxie hinzustellen: die Grundlage aller Zwangsordnung, auch im Sinne einer Herrschaftsordnung, ist die zwanglose Ordnung. Denn nur von der Idee einer solchen Zwangsordnung, die alle freiwillig auf sich nehmen, weil sie die allen gemeinsamen Interessen vertritt, nimmt die Rechtsordnung auch dort, wo sie bereits Herrschaftsordnung geworden ist, ihre Legitimation her, die anderen zu beherrschen und von ihnen anerkannt zu werden. Es hat noch keine Staatsordnung gegeben, die ihre Unterdrückung nicht im Namen der Allgemeinheit und der Interessen der Gesamtheit durchgeführt hätte.

Es ist dieser wichtige Unterschied einer Zwangsordnung, die *Freiheits*ordnung, und einer solchen, die *Herrschafts*ordnung ist, was den Unterschied zwischen Klassenstaat und sozialistischer Gesellschaft ausmacht. Nun verstehen wir auch, wieso Marx und Engels immer wieder diese sozialistische Gesellschaft als ein Reich der Freiheit bezeichnen konnten, obgleich sie beide nicht unterlassen haben, hervorzuheben, daß natürlich auch die sozialistische Gesellschaft

das Produkt einer kausal notwendigen Entwicklung sein wird. Allein sie wird trotzdem ein Reich der Freiheit sein können, weil durch die Beseitigung der ökonomischen Ausbeutung erst jetzt jene ökonomische Struktur hergestellt sein wird, die eine solidarische Verwendung der Produktivkräfte ermöglicht. Diese Struktur ist *wesensverschieden* von der heutigen, was ökonomisch darin zum Ausdruck kommt, daß es in ihr keine Aneignung unbezahlter Arbeit durch Privateigentümer, also keinen Profit mehr gibt. Eine solche neue ökonomische Struktur entwickelt sich *nicht allmählich* aus der alten, sondern sie kann nur an die Stelle der alten treten. Die sehr verbreitete Vorstellung, daß Entwicklung gleichbedeutend sei mit allmählicher langsamer, kontinuierlicher Umänderung, ist schon für die organische Entwicklung falsch, da auf solche Weise niemals neue Arteigenschaften entstehen könnten. Diese Anschauung verwechselt die Kontinuierlichkeit der Ursachenreihe, welche die Entwicklung vorbereitet und ermöglicht, mit der Entwicklung selbst. Diese ist *immer ein Sprung*, die Setzung eines Neuen, der Beginn einer anderen Richtung des Geschehens. So ist auch wirklich, wie Engels dies sagte, die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus ein Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das der Freiheit. Dieser Sprung muß zwar vorbereitet und ermöglicht werden durch die ganze ökonomische, politische und kulturelle Entwicklung des Kapitalismus und des Proletariats, *aber er muß trotz alledem zuletzt gemacht werden.* Die Herrschaftsordnung geht nicht von selbst in eine Freiheitsordnung über, sondern sie kann nur *gebrochen* werden. So mündet die soziologische Erörterung der Begriffe von Staat und Gesellschaft in dasselbe Resultat aus, zu dem die ökonomische Analyse des Kapitalismus bei Marx geführt hat: daß es nur *einen* Weg gibt, der das vergesellschaftete Leben wirklich zur widerspruchslosen Ausgestaltung zu bringen vermag: der Weg der sozialen Revolution, diese nicht als allmähliche Umgestaltung aufgefaßt, sondern als historische *Tat* des Proletariats.

Marxistische Außenpolitik

Von *Hugo Saupe*

Motto: Nicht schablonenhafte undurchführbare Uniformität ist anzustreben, sondern eine innere Uebereinstimmung verschiedenartiger Handlungsweisen, von denen jede dem Wesen des Staates entspricht, in dem sie angewandt wird. . . .
Kautsky: Die Wurzeln der Politik Wilsons.

Die vierzehn Punkte Wilsons waren das Programm, auf Grund dessen die Liquidation des Weltkrieges vollzogen wurde. Wilson stand in den entscheidenden Monaten des Jahres 1918 im Vordergrunde des Weltinteresses, und vor allem die besiegten Völker hofften, daß es gelingen würde, seine Gedankengänge zu verwirklichen.

Wilson ist tot. Aber schon in Versailles scheiterte er als Politiker und als Mensch. Was der Vertrag von Versailles brachte, war nur eine Karrikatur seiner 14 Punkte, die er mehr als ein Jahr mit Emphase verteidigte. Fünf Jahre sind seitdem in die Lande gegangen und erst jetzt stehen wir vor dem Abschluß der ersten Phase der Weltpolitik, die durch die Paragraphen des Friedensvertrages eingeleitet wurde. Die Gutachten der Sachverständigen haben aus dem Wust der Versailler Gedankengänge herausgeschält, was brauchbar und was im Angesicht der Verhältnisse durchführbar ist.

Zwischen 1918 und 1924 liegt eine Periode der Weltpolitik, die die schwersten Entscheidungen brachte, und gerade der geistige Urheber der Friedensverträge, Wilson, blieb bei der Durchführung der Friedensverträge ausgeschalten. Das amerikanische Volk, das dereinst den Illusionen Wilsons zujubelte, zog sich auf die Grundsätze der Monroe-Doktrin zurück. Die Regierung der Vereinigten Staaten überließ Europa seinem Schicksal, und erst als alles zusammenzubrechen drohte, griff Amerika in die Geschicke Europas von neuem ein. Es entsandte amerikanische Vertreter in das

von der Reparationskommission berufene Experten-Komitee, und das erst schuf die Basis für die Durchführung des Vertrages von Versailles.

In allen beteiligten Ländern war zunächst die Arbeiterklasse die Leidtragende des Krieges. Die sozialistische Internationale hatte im Jahre 1914 völlig versagt. Sie brach auseinander und bestätigte damit, daß bei den Parteien der sozialistischen Internationale ein bedenkliches Manko vorhanden war. In keinem Lande vermochte die Arbeiterklasse die politische Führung an sich zu reißen. Vielmehr segelten die Arbeiterparteien der ganzen Welt unter der Ideologie des Bürgertums. Sie wurden Werkzeuge der besitzenden Klassen, und nur vereinzelte Splitter in den proletarischen Parteien versuchten die Situation im Geiste des Marxismus zu meistern. Allen sozialistischen Parteien fehlte bis dahin jede Tradition und fast jede marxistische Orientierung auf dem wichtigsten Gebiete der Politik, in Fragen der Außenpolitik.

Gewiß wurden auf den internationalen Kongressen der Vorkriegszeit vielfach außenpolitische Probleme erörtert. Zumeist aber standen die Diskussionen unter dem Gesichtswinkel taktischer Fragen, so daß die sozialistische Internationale nicht dazu kam, marxistisch gerichtete eigene außenpolitische Linien zu entwickeln. Darum mußten die Aktionen gegen den Krieg notwendig scheitern, weil alle Grundlagen einer proletarischen Außenpolitik fast völlig fehlten. Auf dem Kongreß zu Basel einigte man sich mit gewaltigem oratorischen Aufwand auf Protestaktionen gegen den Krieg, aber die Voraussetzungen für die Durchführung der proletarischen Friedenspolitik waren nicht ohne weiteres aus dem Boden zu stampfen.

Die Außenpolitik blieb das Schmerzenskind aller sozialistischen Parteien. Das ist ohne weiteres zu verstehen, da bei der Wucht der innenpolitischen Probleme, die in allen

Ländern gebieterisch der Lösung harrten, keine Zeit übrig blieb, grundlegende außenpolitische Richtlinien zu entwickeln. Trotz des gewaltigen Anwachsens der sozialistischen Parteien blieb das Gebiet der Außenpolitik die Domäne der besitzenden Klassen, und nur schüchtern wagte das Proletariat, in diese unbekannten und kaum erörterten Probleme einzugreifen.

Zwar ist auch auf dem Gebiete der Außenpolitik Karl Marx bahnbrechend vorangegangen, aber er hat seinen Nachfolgern überlassen, die Grundlinien im einzelnen zu entwickeln. Das Kommunistische Manifest, die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, beschäftigte sich kaum mit den außenpolitischen Beziehungen der Länder. Es war das Fanal, das zum Sammeln rief, und erst als in den 50er Jahren die Reaktion wie ein Bleidruck auf den Völkern lastete, kam Karl Marx selbst dazu, in die dunklen Gänge der traditionellen Diplomatie hineinzuleuchten. Mit seinen Aufsätzen, die er für die „New York Tribune" und für englische Blätter schrieb, versuchte er in die Gestaltung der außenpolitischen Verhältnisse Europas einzugreifen, indem er die Geheimnisse der Diplomatie an das Licht der Oeffentlichkeit zog. Aber gerade damals fehlten alle Voraussetzungen für eine eigene proletarische Außenpolitik, und Karl Marx wiederum ist es gewesen, der 1864 in der Inauguraladresse erklärte, daß das Proletariat nur als Masse in die Wagschale falle, „wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet". Diese Voraussetzungen waren in den Jahren des Krimkrieges bei keinem Volke gegeben. Nur in England hatte sich das Proletariat in der chartistischen Bewegung eine eigene Tribüne geschaffen, aber gerade in jenen Jahren ebbten die Wellen des Chartismus ab, und bis vor wenigen Monaten fehlten der englischen Arbeiterschaft fast alle Voraussetzungen, selbsttätig in das Räderwerk der internationalen Politik einzugreifen.

*

Karl Marx hat dann in seiner Inauguraladresse auf diesen Mangel besonders hingewiesen und zum ersten Male in der Geschichte des internationalen Sozialismus zeigte er die Notwendigkeit auf, daß das Proletariat gezwungen sei, auch dieses Neuland zu beschreiten. Die Innenpolitik der Länder wird in starkem Maße durch die außenpolitischen Beziehungen der Völker bestimmt. Das haben der Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen den sozialistischen Parteien aufs deutlichste gelehrt. Nichtsdestoweniger sind auch jetzt kaum die elementarsten Anfänge für eine marxistisch orientierte Außenpolitik vorhanden.

Die Masse des internationalen Proletariats fällt nach Karl Marx nur in die Wagschale, „wenn eine Organisation sie zusammenfaßt". Will das Proletariat auf die Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen Einfluß nehmen, dann ist das unerläßliche Werkzeug dafür eine starke sozialistische Internationale, ohne die alle proletarischen Ansätze, in das Getriebe der Außenpolitik einzugreifen, notwendigerweise scheitern müssen. In Hamburg ist die neue allumfassende Internationale des Sozialismus geschaffen worden. Ihre Erfolge waren bisher nur gering. Das konnte nicht anders sein, weil zunächst erst die Umrisse einer selbständigen proletarischen Außenpolitik geschaffen werden müssen, denn diese soll und muß vom „Wissen" geleitet sein.

•

In der Familie der Völker hat jeder Staat seine eigene Individualität, und wie wir die Innenpolitik der sozialistischen Parteien durch die Triebkräfte, die den einzelnen Klassen vermöge ihrer Stellung im Wirtschaftsleben eigen sind, zu bestimmen versuchen, so ist es notwendig, diese marxistischen Grundsätze auch auf das Eigenleben der Völker und Staaten anzuwenden. „Nicht schablonenhafte undurchführbare Uniformität ist anzustreben." Gerade daran scheiterte die Zweite Internationale, weil sie glaubte, daß es genüge, bestimmte

allgemeine Grundsätze für das proletarische Handeln der Parteien aufzustellen, ohne auf die Eigenart der Staaten und Völker einzugehen. Man erinnere sich der gewaltigen Debatten über den Militärstreik zur Verhinderung des Krieges, der in fast keinem Lande zur Durchführung kommen konnte, weil alle Voraussetzungen dazu fehlten. Aufgabe der sozialistischen Parteien ist vielmehr, die Wiederkehr eines neuen Krieges durch entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik zu verhindern, ihm durch prophylaktische Mittel vorzubeugen. Dies aber setzt voraus, daß die sozialistischen Gedankengänge nicht schematisch zur Anwendung gelangen, daß sich die sozialistischen Parteien frei machen von allen utopischen Gedankengängen und ihre Außenpolitik auf die reale Basis der Tatsachen fundieren.

Kautsky verweist in seiner Broschüre über Wilson mit Recht darauf, daß die natürlichen Triebkräfte in der Gestaltung der Außenpolitik der Völker in erster Linie zu beachten sind. Die Lebensbedingungen für das britische Weltreich sind ganz andere, wie etwa die ökonomischen Triebkräfte für die Außenpolitik Rußlands oder Frankreichs. Die britischen Inseln sind im Besitz zahlreicher Rohstoffquellen, aber das Gepräge der englischen Wirtschaft wird bestimmt durch die Außenhandelsinteressen der britischen Fertigindustrie.

Diese benötigt den europäischen Markt, und das Stocken der englischen Wirtschaft, die Riesenarbeitslosigkeit, die das britische Volk nun bereits seit Jahren ertragen mußte, ist zurückzuführen auf das Fehlen der mittel- und osteuropäischen Märkte. Seit Jahren hat sich der Gegensatz zwischen Frankreich und England bedenklich verschärft. Aber gerade in den Zeiten der größten Not, als der französische Franc zu versinken drohte, war es die englische Wirtschaft, die den bloc national retten half. Wenn es diesem auf Wochen gelang, den weiteren Sturz des Franken aufzuhalten, dann war es unter anderem britisches Kapital, das ihm zuhilfe

eilte. Inflation in Frankreich bedeutet verschärfte Konkurrenz der nordfranzösischen Textilindustrie gegenüber den Fabrikaten von Lancashire. Darum mußte England seinem schärfsten Gegner auf dem Gebiete der Reparationspolitik zu Hilfe eilen, um die eigenen Außenhandelsinteressen zu wahren.

Ganz anders ist die Struktur Frankreichs, das durch den Vertrag von Versailles wichtige Produktionsgebiete erhielt. Nur zum Teil gelang es den französischen Annexionisten, im Vertrag von Versailles die Forderungen zu verwirklichen, die dereinst von der deutschen Schwerindustrie gestellt worden waren. Frankreich erhielt das Minettegebiet in Elsaß-Lothringen, aber der französischen Produktion fehlten die Kohlen und der Koks, um den Zuwachs an Eisenerzen verhütten zu können. Darum muß die Grundtendenz der französischen Außenpolitik naturnotwendig auf die Beherrschung entsprechender Kohlenlager gerichtet sein, und das gibt der französischen Politik seit dem Jahre 1918 das Gepräge.

Der deutschen Wirtschaft wurde durch den Krieg die eigentliche Rohstoffbasis entzogen. Sie verlor die Erzgebiete im Westen, die Kohlenschätze Oberschlesiens. Die deutsche Wirtschaft wird mehr und mehr zum Veredlungsgebiet, das die vom Auslande bezogenen Rohstoffe verarbeitet, um sie an das Ausland zurückzuliefern. Daraus ergeben sich die notwendigen außenpolitischen Richtlinien der deutschen Republik. Jedes Kraftmeiertum der Nationalisten schädigt die deutsche Wirtschaft, weil die deutsche Industrie, der deutsche Handel nur gedeihen können, wenn ihnen die Rohstoffquellen der ganzen Welt offen stehen, und wenn sie andererseits die Möglichkeit besitzen, die veredelten Fabrikate auf allen Wirtschaftsgebieten der Welt absetzen zu können. Die Zeiten der imperialistischen Machtträume sind vorbei. Bagdad muß für ewig aus der Gedankenwelt der deutschen Imperialisten schwinden, und gerade das kennzeichnet den Charakter der wilhelminischen Außenpolitik, daß sie, ohne jede Rücksicht-

nahme auf das Eigenleben anderer Staaten, mit großer Geste nur die eigenen Interessen durchzusetzen trachtete. Am persischen Golf stießen die Interessensphären Englands und Deutschlands hart aufeinander, so daß es nur ein entweder — oder, das Zurückweichen des deutschen Kapitals oder aber eine kriegerische Auseinandersetzung geben konnte.

Die Außenpolitik des alten kaiserlichen Reiches wurde von den Herrschaftsgelüsten des imperialistischen Finanzkapitals diktiert, das in der altpreußischen, vom militärischen Geiste völlig durchsetzten Diplomatie einen überall aneckenden, immer in den Flegeljahren verbleibenden Sachwalter fand. Die wilhelminische Außenpolitik ignorierte das Eigenleben aller Staaten. Dieses aber ist als gegebener Faktor zuerst in Berechnung zu setzen, wenn die Völker der Welt neuen Katastrophen entgehen sollen. Darum ist notwendig, daß die sozialistischen Parteien der Länder die Grundlinien ihrer Außenpolitik unter diesem Gesichtswinkel bestimmen. Obgleich sich in allen Ländern die beiden großen, Gesellschaftsklassen, die Bourgeoisie und das Proletariat, in Kampfstellung gegenüberstehen, so sind doch die Interessen der Klassen, international gesehen, nicht einheitlicher Natur. Hier ist kein Schema möglich. Voraussetzung einer reibungslosen Außenpolitik muß sein, die Individualität der übrigen Staaten zu studieren, um danach die außenpolitischen Richtlinien des eigenen Landes zu bestimmen. Was für die sozialistische Partei Englands richtig sein kann, könnte für Italien fehlerhaft sein, da die geographischen, sowie die tellurischen und somit die wirtschaftlichen Voraussetzungen in jedem Lande andere sind. Damit ist nicht gesagt, daß auch jede sozialistische Partei ihr Eigenleben führen muß. Es ist vielmehr die wichtigste Aufgabe einer starken sozialistischen Internationale, daß sie zwischen den Eigeninteressen der Völker und Parteien die richtige Synthese findet.

Wichtige Voraussetzungen dazu sind bereits geschaffen worden. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt,

daß engstes Zusammenarbeiten der sozialistischen Parteien über Sein oder Nichtsein der sozialistischen Bewegung entscheidet. Der Munitionsstreik im Kampfe Rußlands gegen Polen und die Aktion der sozialistischen Parteien gegen Horthy-Ungarn waren bedeutsame Anfänge einer proletarisch gerichteten außenpolitischen Linie. Aber beide internationale Aktionen verloren ihre Wirkungskraft, weil der Zusammenhang fehlte und weil trotz des Aufschwungs, der nach Beendigung des Krieges in allen Ländern vor sich ging, den einzelnen Parteien das Zusammenwirken und damit die erforderliche Schlagkraft mangelte. Inzwischen wurden die Wiener und die Amsterdamer Internationale zusammengefaßt und so ist die Voraussetzung für internationale Aktionen in ganz anderem Maße gegeben. In der Gestaltung der Grundlinien der Reparationspolitik waren die sozialistischen Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs richtunggebend.

Wichtige Vorarbeit leistet die Labour Party. Wenn sie von den kapitalistischen Parteien Englands geduldet wird, dann in der Hauptsache, weil sowohl die Liberalen als auch die Konservativen mit ihrer Außenpolitik gescheitert sind. Darin besteht die eigentliche Bedeutung der Arbeiterregierung, daß sie die Grundzüge einer proletarischen Außenpolitik zur Anwendung bringt, obgleich gegen die Haltung Macdonalds in einzelnen Fragen mancherlei Einwände offen bleiben. So ist bei der Sanierung Ungarns leider das Schwergewicht der Arbeiterregierung ungenutzt geblieben.

Die Europapolitik des Arbeiterkabinetts wird durch die Erfüllungspolitik bestimmt, die seit Jahren durch Zusammenkünfte der beiden Internationalen skizziert worden war.

*

Schon immer bildeten die nationalistischen Gegensätze unter den Völkern das stärkste Bollwerk gegen die Politik der Verständigung. Darum ist es die elementarste Aufgabe der

sozialistischen Parteien, die nationalistischen Widerstände innerhalb der einzelnen Länder zu überbrücken, zu neutralisieren oder, soweit die Kräfte reichen, zu beseitigen. Wie stark die Hemmnisse sind, die durch eine bis zur Siedehitze aufgepeitschte nationalistische Welle erzeugt werden, hat die Auseinandersetzung an der Ruhr und die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gezeigt. Gewiß haben die Arbeiterklassen der Länder den Kampf gegen alle imperialistischen Tendenzen aufzunehmen, die von den kapitalistischen Klassen anderer Länder vertreten werden. Es hieße aber, die Verhältnisse in das Gegenteil verkehren, wenn im Kampfe gegen diese imperialistischen Bestrebungen die sozialistischen Parteien völlig in das Kielwasser der bürgerlichen Ideologie gerieten. Das ist leider während der Ruhraktion der Fall gewesen. Man denke zurück an die Kriegsberichterstattermethoden Stampfers und des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes. In nichts unterschieden sie sich von den Tiraden der Gegner. Friedrich Adler hat Recht behalten, als er zu Beginn des Ruhrkrieges erklärte, daß trotz dieser imperialistischen Auseinandersetzungen mit Frankreich der Sozialismus und vor allem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Internationalität wahren mußte. Ihre Kampffront steht nach wie vor gegen den Kapitalismus deutscher und französischer Schattierung und damit ergibt sich von selbst die taktische Haltung, die eine sozialdemokratische Partei einnehmen muß.

Die Voraussetzung für eine Verständigung der Völker und somit auch die elementarste Voraussetzung für die Möglichkeit der Erfüllungspolitik ist die Abschleifung der nationalistischen Gegensätze, die konsequent und zielbewußt von allen proletarischen Parteien herbeigeführt werden muß. Das wird eine zähe Arbeit sein. Gelingt dies nicht, dann sind alle Bestrebungen, die sich gegen neue Kriege richten, im voraus als illusorisch zu bezeichnen. Noch immer wird es den Klopffechtern der besitzenden Klassen gelingen, das

Proletariat der in Betracht kommenden Länder einzufangen, es in den ideologischen Bann der Bourgeoisie zu zwingen, wenn es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit anderen Völkern als Werkzeug benötigt wird.

Das Jahr 1914 war vielbedeutend genug. Man denke zurück an die marxistische Richtung im englischen Sozialismus, an Hyndman und an den geistigen Führer des französischen Marxismus, an Guesde, der zu den ersten gehörte, die 1914 in das nationale Konzentrationskabinett Frankreichs eintraten.

Sie ließen sich von derselben Einstellung leiten, die 1848 Karl Marx vertrat, als er den Kampf gegen das zaristische Rußland, das führende Haupt der europäischen Reaktion während der ersten deutschen Revolution, die Geißel der Völker, forderte. Er erhob den Kampfruf gegen Rußland im Namen der Demokratie, und von demokratischen Gesichtspunkten geleitet, wurden die Kreise um Hyndman und Guesde die eifrigsten Verfechter des Kriegsgedankens im Jahre 1914. Wie schon Karl Marx, glaubten sie durch die Auseinandersetzung mit den Waffen den Kampf um die internationalen Fortschritte der Demokratie, den Kampf gegen den Feudalabsolutismus der damaligen Monarchie in Preußen-Deutschland am nachdrücklichsten zu führen. Aber wie es die französische und die englische Regierung verstand, der Kriegshetze ein demokratisches Firmenschild zu geben, so gelang es auch der deutschen Regierung, durch die Drohung mit den Gefahren des Zarismus die demokratischen Instinkte der deutschen Arbeiterklasse zu wecken und so das Proletariat Deutschlands in den Bann ihrer bürgerlich-nationalistischen Ideologie zu zwingen. Daß nach dem Kriege diese demokratischen Ziele ins Gegenteil verkehrt worden sind, hat sich nur allzu deutlich gezeigt. Gerade Frankreich, das unter der Firma der „Demokratie" den Kampf gegen das militaristische Deutschland führte, wurde nach Versailles der Nachfolger des einstigen Preußen, das führende Haupt

des internationalen Militarismus. Es ist ferner auch charakteristisch genug, daß Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten, den Kampf um die Demokratie in den Vordergrund rückte. Trotz der demokratischen Verfassung gehörte die Union schon vor dem Kriege zu jenen Ländern, wo die kapitalistische Diktatur unumschränkt herrschte. Nichtsdestoweniger wurde Wilson der Heerrufer im Kampfe um Herbeiführung „demokratischer" Grundsätze in den anderen Ländern.

All das zeigt, daß die Demokratie lediglich das Aushängeschild war, das dazu dienen sollte, die Völker in den Bann der kapitalistisch-imperialistischen Ideologie der besitzenden Klassen zu zwingen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Wilson scheitern mußte, soweit er es mit seinen vierzehn Punkten ehrlich meinte, aber es ist auch charakteristisch genug, daß Kautsky noch im Jahre 1918 derartige Hoffnungen vertrat.

*

Der Hochkapitalismus unserer Zeit, die Entwicklung zum internationalen Konzern, drängt mit Allgewalt zur Errichtung der Diktatur. Deutschland ist das klassische Land dieser Bestrebungen, aber auch in Frankreich hat sich gezeigt, daß die Großindustrie ihren Willen durchzusetzen vermochte. Trotz aller demokratischen Propaganda, die von Wilson ausging, blieb Amerika das führende Land der großkapitalistischen Diktatur, und wenn England bisher den imperialistischen Machtgelüsten der französischen Montanindustrie zu widerstehen vermochte, dann ist das neben rein wirtschaftlichen Beweggründen auf die alten Traditionen im Geburtslande des Parlamentarismus zurückzuführen.

Während die Pressemeute des internationalen Hochkapitalismus beauftragt ist und das ernste Bestreben hat, alle nationalistischen Gegensätze hervorzuarbeiten, entwickelt gerade das moderne Konzernkapital die ökonomischen Voraus-

setzungen für die Abschleifung der wirtschaftlichen Gegensätze, trotz der Auseinandersetzung an der Ruhr. Die Verständigung zwischen Loucheur und den Erben Stinnes' wird erfolgen, weil das eine wirtschaftsgeographische Notwendigkeit ist, und zuletzt war der Kampf an der Ruhr nur die Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in dem kommenden übernationalen Montankonzern, sowie um die Beträge, die das deutsche Schwerkapital auf Grund des Versailler Vertrages zu leisten hat. Und gerade das war das Verhängnis während des Ruhrkampfes, daß die führenden Kreise des deutschen Sozialismus konsequent diese Tendenzen übersahen und sich vor den Wagen der großkapitalistischen Interessenpolitik spannen ließen.

Man erinnere sich der Beziehungen, die im Laufe der Jahre von deutschen und englischen Konzernen mit Sowjetrußland, trotz der bolschewistischen Grundeinstellung, geknüpft worden sind. Wenngleich auch zwischen der Diktatur, die von dem Großkapital angestrebt wird, und der Diktatur der Bolschewisten mit ihrer nationalistisch-imperialistischen Verbrämung nicht allzustarke Unterschiede sind, so zeigt sich doch, wie die großen Konzerne die nationalen Grenzen zu überbrücken suchen, sofern das im Interesse ihrer Profitgelüste liegt. Das ist die eigenartige Dialektik der modernen ökonomisch-politischen Entwicklung, daß das Konzernkapital eine internationale Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte erstrebt und gerade im Kampfe um die Herbeiführung dieser Konzentration die unwissenden breiten Massen der Völker als Werkzeug in den Auseinandersetzungen benutzen kann.

Der Ruhrkampf war das klassische Beispiel dafür. Wenn feststeht, daß die allgemeinen Tendenzen der ökonomischen Entwicklung diese Wege gehen, und wenn ferner die Aufpeitschung der nationalistischen Instinkte durch die kapitalistische Presse dazu dient, die Arbeitermassen in den Dienst der Kapitalistenklassen um die Errichtung übernationaler Konzerne und ihrer Beherrschung zu stellen, dann

erfordert das eine international gerichtete und nach allgemeinen Grundsätzen geführte proletarische Außenpolitik, die rücksichtslose Ausmerzung der nationalistischen Ideologien aus den Köpfen der Arbeiter, um auf diese Weise der imperialistischen Verhetzung des Großkapitals die psychologischen Grundlagen zu entziehen. Dazu aber ist notwendig, daß viel mehr als bisher die Arbeiter einen politischen Ueberblick über die anderen Staaten gewinnen, ihre Einrichtungen, die Massenpsychologie anderer Völker kennen lernen. Das muß und wird die wichtigste Aufgabe sein, die sich die sozialistische Bewegung international zu stellen hat.

Man halte sich die Entwicklungsfaktoren der kommenden außenpolitischen Linien der europäischen Länder vor Augen. Erfüllung des Möglichen, die Politik, die die deutsche Sozialdemokratie in richtiger Erkenntnis der allgemeinen Situation vorgezeichnet hat, ist, wie die Sachverständigengutachten zeigten, nur durchführbar auf Grund einer außerordentlich gesteigerten Ausfuhr deutscher Produkte, durch eine stark aktiv gestaltete Handelsbilanz Deutschlands. Aber gerade diese Voraussetzungen können nur geschaffen werden, wenn die deutsche Industrie den anderen führenden kapitalistischen Staaten der Welt eine außerordentlich starke Konkurrenz entgegensetzt. Schon durch diese allgemein anerkannten Tatsachen müssen notwendigerweise neue internationale Konflikte erstehen, weil eine starke deutsche Konkurrenz, wie das schon die letzten Jahre des Aufschwungs vor dem Kriege zeigten, die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder, ihre Entwicklung und Konjunktur, außerordentlich stark beeinträchtigen muß.

In England versuchte bereits das Kabinett Baldwin durch die Gestaltung der Parolen für die letzte Wahl entsprechende Gegenmaßnahmen zu schaffen. Der Schrei nach dem Schutzzoll verfolgte den Zweck, Prohibitivmittel gegen die kommende deutsche Konkurrenz zu schaffen, die erstehen muß, wenn nur irgendwie den Reparationsforderungen der Alliierten

nachgekommen werden soll. Das englische Volk hat sich durch die Sirenenklänge der von der englischen Fertigindustrie geleiteten Regierung der Tories nicht einfangen lassen. Dies ist ein außerordentlich wichtiger Erfolg der Labour-Agitation. In Frankreich haben die letzten Wahlen einen ersten Schritt zur Umkehr gebracht. Die Hauptgefahren liegen zurzeit wieder, wie vor dem Kriege, in Deutschland. Werden die Gutachten durchgeführt, und es gibt keine andere Möglichkeit, dann werden dieselben Voraussetzungen geschaffen, die 1914 zum Zusammenbruch führten.

Das Machtbewußtsein des deutschen Großkapitals steigert sich, wie ehedem und bereitet die nationalistischen Kreise für neue imperialistische Auseinandersetzungen vor. Darum hat die deutsche Sozialdemokratie in dem Prozeß der Verständigung der Völker Europas eine besondere wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihre elementarste Tätigkeit muß sein, nicht, wie während des Kampfes an der Ruhr, die nationalistischen Instinkte unter den Arbeitern noch künstlich zu nähren, sondern diesen Bestrebungen mit aller Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten, trotz der Angriffe, die von seiten des Bürgertums kommen. Mögen die Kreise um Sollmann und Stampfer die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wollen wir nicht abermals Zeiten, wie denen von 1914 entgegengehen, dann ist es notwendig, all diesen nationalistischen Tiraden mit aller Schärfe zu Leibe zu gehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich trotz Versailles und trotz London auf ihre Internationalität zurückzubesinnen und alles daran zu setzen, daß das deutsche Volk nicht wieder zum Werkzeug der besitzenden Klassen werde.

•

Wenn so der Weltkrieg und die Liquidation desselben die Arbeiterklassen aller Länder gezwungen hat, sich intensiv mit den Problemen der Außenpolitik zu beschäftigen, und wenn es gelingt, allgemein gültige Grundlinien heraus-

zuarbeiten, dann ist, wenigstens insofern, diese imperialistische Auseinandersetzung zwischen den Kapitalistenklassen auch für die sozialistische Bewegung nicht völlig ergebnislos gewesen. Die oberste Aufgabe aller sozialistischen Parteien und die Voraussetzung jeder gemeinsamen außenpolitischen Aktion ist der schärfste Kampf gegen den Nationalismus jeder Art. Es gilt, die Arbeiter aller Länder gegen das Eindringen der nationalistisch-bürgerlichen Ideologie immun zu machen. Je selbständiger und je selbstbewußter die Arbeiter auf den Klassenkampfstandpunkt eingestellt sind, um so weniger dürfte es den Preisfechtern des modernen Imperialismus gelingen, das Proletariat in ihr Schlepptau zu nehmen.

Voraussetzung für diese Bestrebungen ist der Einblick in das Eigenleben und die Eigenart, die wirtschaftlichen Triebkräfte und die politische Orientierung der anderen Völker. Eine proletarische Außenpolitik muß sich gründen auf die Erkenntnis der allgemeinen Linien der Entwicklung. Sie kann nicht ausgehen von allgemeinen Prinzipien mit Ewigkeitswert, die mit der Entwicklung zu den wirtschaftlichen Triebkräften der Völker in Widerspruch treten. Gerade weil die materialistische Geschichtsauffassung, der Eckstein des wissenschaftlichen Sozialismus, die Arbeiterparteien befähigt, die allgemeinen Entwicklungstendenzen bloßzulegen, sind sie in erster Linie imstande, eine auf wissenschaftlichen Grundsätzen basierende, von „Wissen" geleitete Außenpolitik zu betreiben. Die Reparationspolitik der sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Deutschlands war eine klassische Probe auf dieses Exempel, und gerade diese Vorteile gestatteten den Arbeiterparteien, die Außenpolitik der bürgerlichen Parteien, trotz aller Widerstände, in stärkstem Maße zu beeinflussen.

Der Marxismus ist, im Gegensatz zu den Behauptungen des Bürgertums, kein starres Schema. Gerade er zwingt alle sozialistischen Parteien, die besonderen Entwicklungs-

tendenzen einzelner Staaten in Berechnung zu ziehen. Der Marxismus kennt keine allgemeingültigen Prinzipien, etwa nach dem starren System alter und neuer Schulen der Philosophie. Der Marxismus ist lediglich die Methode, auf der sich eine wissenschaftlich begründete Politik des Proletariats basieren muß. Eben deswegen gestattet er jede taktische Beweglichkeit. Darum ist es auch nicht erforderlich, daß dogmatisch starre, unabänderliche Richtlinien für die proletarischen Parteien aller Länder ausgearbeitet werden. „Nicht schablonenhafte undurchführbare Uniformität ist anzustreben", wie Kautsky sehr richtig sagt. Gerade das stünde in krassestem Widerspruch zu den Grundzügen des Marxismus, der die Welt nicht nach einem vorbestimmten Schema verändern will, sondern sich auf die wirtschaftlichen Triebkräfte baut, die je nach den geographischen und tellurischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern durchaus verschieden sind.

*

Entscheidend für die Gestaltung und für die Beeinflussung der Außenpolitik der Regierungen ist die Innenpolitik der einzelnen Parteien. Sie bestimmt und entscheidet über die Größe, Stärke und Festigkeit der proletarischen Organisationen, die die Basis für jede Aktivität in außenpolitischer Richtung bilden. Steht, wie in Deutschland, die taktische Orientierung der Partei diametral im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats und zu dem Auffassungsvermögen der Arbeiterklasse, dann schwindet im gleichen Verhältnis die Stärke und die Kampfkraft der proletarischen Organisationen.

Wie verhängnisvoll diese Auswirkung ist, zeigen die letzten Parlamentswahlen in den führenden Ländern Europas. Die Sozialdemokratie Oesterreichs steht absehbar vor der Uebernahme der politischen Macht. In England hat die Labour Party das Ministerium in ihren Händen, in Frankreich haben

sich die Sozialisten einen außerordentlichen Einfluß errungen, und lediglich Deutschland hat, obwohl es im Vordergrunde stehen müßte, einen erheblichen Rückschlag erfahren. Das ist das Ergebnis der taktischen Einstellung, die die deutsche Partei vertrat. Durch ihre verhängnisvolle Innenpolitik hat sie eine außerordentliche Schwächung der Organisationen herbeigeführt und in demselben Verhältnis an Einflußnahme auf die Gestaltung der Außenpolitik verloren. Insofern steht die taktische Haltung der einzelnen Parteien im engsten Konnex zu den Möglichkeiten der Außenpolitik.

*

Trotz aller Widerstände ist die Lieblingsidee Wilsons, der Völkerbund, zur Durchführung gelangt. Der Völkerbund ist ein zunächst einflußloses Gebilde, das seine Bedeutung erst erlangen wird, wenn, wie in England, die Arbeiterparteien einen entscheidenden Einfluß auf die Politik ihrer Regierungen gewinnen. Im Völkerbund spiegeln sich ideologisch die Konzernbestrebungen des internationalen Kapitals wider, die über die Grenzen hinweg die kapitalistischen Interessen zusammenzufassen versuchen. Wie das Proletariat bestrebt ist, in marxistischem Geiste die Innen- und Außenpolitik der Länder zu beherrschen, so muß allmählich auch dieser Lieblingsgedanke Wilsons eine realere Gestaltung erfahren. Gelingt es nicht, die nationalistischen Gegensätze abzuschleifen, und gelingt es weiter nicht, die internationalen Verbindungen und Beziehungen der Völker auf die Entwicklungstatsachen der modernen Wirtschaft zu begründen, dann wird der Völkerbund für dauernd ein einflußloses Gebilde bleiben. Die Arbeiterparteien sind durchaus geneigt, an dieser von Wilson vorgezeichneten Idee mitzuarbeiten. Voraussetzung dazu aber ist, daß es ihnen gelingt, die Außenpolitik ihrer Regierungen zu beherrschen, und das wieder setzt voraus, eigene proletarische Linien einer selbständigen sozialistischen Außenpolitik.

Magyaren und Südslawen in den Jahren 1848 und 1849[1]

Ein Beitrag zu dem Thema „Marxismus und Südslawenfrage"

Von *Hermann Wendel*

In Oesterreich haben die Deutschen und die Magyaren im Jahre 1848, wie seit tausend Jahren schon, die geschichtliche Initiative übernommen. Sie vertreten die Revolution. Die Südslawen, seit tausend Jahren von Deutschen und Magyaren ins Schlepptau genommen, haben sich 1848 nur darum zur Herstellung ihrer nationalen Selbständigkeit erhoben, um dadurch zugleich die deutsch-magyarische Revolution zu unterdrücken. Sie vertreten die Kontrerevolution. „Neue Rheinische Zeitung", Januar 1849.

Wenn lange vor der Erstürmung Wiens durch Jelačićs südslawische Grenzerbataillone den deutschen Demokraten die slawische Bewegung als finstere Machenschaft der volksfeindlichen Partei erschien, so tat die rege magyarische Propaganda alles, diesen Eindruck zu wecken und zu steigern. Der ungarische Gesandte bei der Frankfurter Zentralgewalt, Szalay, der sich mit der Linken der Nationalversammlung, vor allem ihrem republikanischen Flügel, sehr anbiederte, gab mit dem Satz: „Die kroatische Revolution ist der Anfang der Konterrevolution!" ein Stichwort aus, das begierig genug aufgegriffen wurde. Zwar suchten, als Jelačić vor Wien die Geister in der Paulskirche heftig aufeinanderplatzen ließ, gerade die Redner der Linken den Kampf der Aufständischen gegen die kaiserlichen Truppen in rein nationalen Farben zu malen: eine „Nationalfrage", eine „deutsche Sache", „eine nicht so sehr rein demokratische als vorwiegend nationale Bewegung", „eine entschieden deutsche, entschieden antislawische Bewegung" war es für sie, aber da es am Ende

[1]) Es handelt sich hier um ein Bruchstück aus einem umfangreichen Werk „Der Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit", das, weniger pragmatische Geschichtsdarstellung als angewandte Geschichtsphilosophie, im Laufe dieses oder des nächsten Jahres erscheinen wird.

darum ging, ob sich die deutschen Provinzen Oesterreichs an Deutschland anschließen sollten oder nicht, wurden die Magyaren als Bundesgenossen der deutschen Revolution gegen den habsburgischen Despotismus gefeiert und bekränzt, und auf „den hochverräterischen Banus von Kroatien", auf den „Kroatenhäuptling" mit seinen „Rotmänteln" und „kroatischen Söldlingen", auf „die räuberischen Horden des Jelačić" prasselte aller Grimm und Groll der Demokratie herab. Die Sprecher der Rechten wiederum übersahen den Pferdefuß der Gegenrevolution geflissentlich, den Jelačić nicht zu verbergen vermochte, aber im einzelnen urteilten sie über den magyarisch-südslawischen Gegensatz weit sachlicher als die Venedey, Vogt und Eisenmann. Somaruga fand, daß die „systematische Unterdrückung aller anderen Nationen, sowohl der deutschen wie der slawischen", durch die Magyaren den bösen Samen ausgestreut habe, der gegenwärtig seine blutigen Früchte trage, und legte dar, daß Jelačić, „die Sache der Südslawen" vertretend und sich an ihre Spitze stellend, nur ein Interesse wahrnehme, das namentlich die Verteidiger der Humanität durchaus zu Bundesgenossen haben müsse; Vincke zog die von den Magyaren geknechteten Deutschen in Siebenbürgen heran, und Bassermann wies darauf hin, daß im ungarischen Reich die Magyaren in der Minderzahl und die Deutschen, die Kroaten und die anderen Völker in der großen Mehrheit seien, so „daß die Kroaten Recht haben, wenn sie sich die Herrschaft der Minderheit nicht länger gefallen lassen wollen".

In einer Schicksalsstunde wie dieser kümmerte sich jedoch erhitzte Leidenschaft den Daus um unbestreitbare Einzelwahrheiten und pfiff um so fröhlicher auf ein unbefangenes Urteil über die Südslawen, als sie in der Tat der Revolution die Schlagader abzupressen drohten. Je demokratischer ein Mund war, desto unerbittlicher rief er auf die „freiheitsmörderische Armee unter Jelačić" Pech und Schwefel herab; am grimmigsten stürmte, auf der äußersten Linken der deut-

schen Demokratie fechtend, die von Karl Marx und Friedrich Engels geleitete „Neue Rheinische Zeitung" zum „entschiedensten Terrorismus" gegen „diese kleinen stierköpfigen Nationen" und zum „Kroatenhaß" auf. Da ihr geistiger Stammvater Hegel die Slawen aus seiner philosophischen Geschichtsbetrachtung verbannt hatte, „weil sie bisher nicht als ein selbständiges Moment in der Reihe der Gestaltungen der Vernunft in der Welt aufgetreten" seien, rechneten Marx und Engels den „panslawistischen Südslawen" nicht nur vor, daß sie um kleinlicher Nationalhoffnungen willen die Revolution an Petersburg und Olmütz verrieten, daß die Wiederherstellung ihrer Nationalität „mit dem brutalsten Wüten gegen die österreichische und magyarische Revolution" begonnen habe, ja, daß sie sich nur für ihre nationale Unabhängigkeit erhoben hätten, um die deutsche und magyarische Revolution niederzuschlagen, sondern, sie verächtlich zum „Völkerabfall einer höchst verworrenen tausendjährigen Entwicklung" werfend, sprachen sie ihnen auch samt und sonders, ausgenommen höchstens die Stammesgenossen in der Türkei, Lebensfähigkeit und Daseinsrecht ab und wiesen ihnen den Beruf zu, „im revolutionären Weltsturm unterzugehen".

Aber ob ein geschichtliches Verhängnis nicht ohne die historische Schuld der Magyaren und Deutschen die Südslawen in der großen Auseinandersetzung dieser Jahre an die Seite der Gegenrevolution drückte, Marx und Engels teilten doch sehr zu Unrecht die Südslawen kurzerhand den gegenrevolutionären Völkern, die Magyaren den revolutionären Nationen zu. Denn nicht durch die Rolle, in die sie durch die Verkettung der Umstände hineingezwungen wurden, sondern in ihres Wesens Wesen waren die Südslawen um kein Haar gegenrevolutionärer als die Magyaren, die Magyaren keinen Deut revolutionärer als die Südslawen. Wohl suchten Pester Verführungskünste auch vor den südslawischen Volksmassen die Magyaren als Verteidiger der sozialen Revolution

hinzustellen. Ein auf Kajkavisch verfaßter, vom Obergespan Kasimir Batthyany unterzeichneter Aufruf pries den kroatischen Bauern die sozialen Freiheiten, die der ungarische Reichstag beschlossen habe, und verdächtigte Jelačić, daß er diese Freiheiten beschneiden wolle: „Und ihr laßt euch gegen den Reichstag führen, der den armen Mann frei und zum Grundbesitzer gemacht hat?" Aber mit nicht weniger Recht durfte sich der Banus vor Wiener Bürgern rühmen, daß er aus gedrückten Untertanen freie Eigentümer ihres Landes gemacht habe. Denn wie die Furcht vor einem Bauernaufstand zu Anfang der Revolution das soziale Gewissen des magyarischen nicht anders als des kroatischen Junkertums schärfte, so stimmten auf dem gemeinsamen Landtag zu Preßburg, in den die Nachricht von der Februarrevolution hineinschlug, auch die kroatischen Vertreter für Aufhebung der Leibeigenschaft und der Steuerfreiheit des Adels. Den gleichen Faden spann der kroatische Sabor weiter; erst teilte der Banus Jelačić jeder Gemeinde durch ein Diplom mit, daß fürder der Bauer von Herrendienst, Zehent und feudaler Bindung frei sei, und danach hob ein Gesetz alle geltenden Urbarialdienste und Abgaben für immer auf und verkündete die Unabhängigkeit der einzelnen Untertanen wie der ganzen Gemeinden von der Grundherrschaft. Jeder, der bis dahin als Kmet ein Pachtsklave war, wurde unbegrenzter Eigentümer seines Urbariallandes und konnte es im ganzen oder in Stücken vertauschen, verpfänden oder verkaufen, und auch die sogenannten kleineren königlichen Rechte, wie Schankrecht, Jagdrecht, Fischfang, Vogelfang und Fleischbank gingen von den Grundherren auf die Gemeinden über. Allerdings kam es über der Auslegung des Gesetzes zu Zusammenstößen, da die Bauern auch die Zahlung der Bergfron und der anderen nicht urbarialmäßigen Abgaben verweigerten und die Grundherren sie mit Gewalt dazu anhalten wollten; durch einige Dörfer der Agramer Gespanschaft flackerte Aufruhr, Militär schritt ein, und Jelačić, der vorher,

einer Aufwiegelung der Bauern durch die Magyaren vorzubeugen, allen Grund zu der Furcht, daß jemals in Kroatien und Slawonien wieder die Fron eingeführt werde, bestritten hatte, vermahnte jetzt die bäuerlichen Nutznießer von Herrenland wie Weinbergen und Wald unter Drohung mit dem Standrecht zur Entrichtung der schuldigen Abgaben und verhieß, daß er sich der Rechte der Herrschaft schützend annehmen werde, von der niemand verlangen könne, daß sie ihren Boden umsonst den Bauern zur Nutzung übergebe. Aber auch die magyarische Revolutionsregierung suchte die durch die Beseitigung des Robot getroffenen Großgrundbesitzer mit einer außerordentlichen Entschädigung an sich zu fesseln, und ängstlichen Gemütern in Pest schien vor Jelačićs Scharen wie eine Feuersäule die Verkündigung des Bauernkrieges herzuziehen, denn magyarische Blätter berichteten unter Gezeter auf solchen „Kommunismus", daß der Banus seinen Soldaten Aufteilung der ungarischen Latifundien verspreche. Da jedenfalls den Grenzern ebenso Aussicht winkte, daß ihr Land ihr vollständiges Eigentum werde, und auch die Slowenen des Segens der recht gründlichen österreichischen Bauernemanzipation teilhaftig wurden, deuteten jene Krainer Landleute, über die ihr Grundherr Graf Auersperg, der Anastasius Grün des Wiener Vormärz, spottete, weil sie die slawische Trikolore auf dem Kirchturm als Freudenzeichen ob der Abschaffung von Zins und Robot ansahen, den tieferen, den sozialen Sinn der südslawischen Erhebung ganz richtig: sie war ein Stück 1789, ein Abschnitt der großen Bauernbefreiung, als die sich der Aufstieg der Südslawen vollzog!

Auch im Politischen trugen keineswegs die Magyaren die Gloriole des revolutionären, die Südslawen das Stigma des gegenrevolutionären Volkes. Saßen die südslawischen Vertreter auch im Wiener Parlament auf der Linken, im Kremsierer Reichstag auf der Rechten, um in manchem hin- und herzuschwanken, so stimmten sie doch in fast allen wichtigen

sozialen und politischen Fragen wie die Abgeordneten der Deutschen. Wohl rühmte sich der Slowene Dr. Kavčič, im Kremsierer Verfassungsausschuß gegen die Emanzipation der Juden gesprochen zu haben, und hatte sich in der Tat gegen die Unabhängigkeit von Kirchen gewandt, die wie die katholische, griechisch-nichtunierte und jüdische ihren Mittelpunkt im Ausland hätten, die „Novice" des Dr. Bleiweis klebten so am Alten und Ueberlieferten, daß ihnen selbst Jelačićs Programm zu revolutionär war, aber dafür trumpften die „Celjske Slovenske Novine" mit radikalen Forderungen, wie Trennung von Staat und Kirche, Aufhebung des Zölibats und Einbeziehung des Kirchenvermögens auf den Tisch. Bei Serben und Kroaten setzte die dünne bürgerliche Schicht, soweit sie nur vermochte, der Bewegung den Akzent ebensoviel oder ebensowenig auf wie bei den Magyaren. Die ersten serbischen Opfer der magyarischen Hängewut wurden in Velika Kikinda vier Advokaten und ein wohlhabender Kaufmann mit seinem Sohn, und Stratimirović wetterte mannhaft gegen das Kanzleiische in der Erhebung und gegen die alten Formen, wider die das Volk aufgestanden sei und deren Rückkehr es nicht dulden werde. In den kroatischen Landtag, der nach Jelačićs Wort den Willen des Volkes ohne Unterschied der Stände ausdrücken sollte, entsandte die Hauptstadt Agram neben ihrem Bürgermeister einen Kaufmann, einen Rechtsanwalt und einen Gastwirt; Städte, Kreisorte und Marktflecken stellten 77 von den 192 Abgeordneten des Sabor, die Gespanschaften nur 58; der Gliner Regimentsbezirk schickte vier einfache Grenzerbauern, da auch der Militärgrenze die Verfassungsmäßigkeit verbürgt und das Wahlrecht nur an ständigen Wohnort und unbeweglichen Besitz gebunden war. Wenn daneben die Fürsten, Grafen und Barone, die Obergespane, die Bischöfe und die Kirchenkapitel das Virilstimmrecht hatten, so wies das ungarische Parlament kein demokratischeres Gepräge auf; Somaruga erinnerte in der Paulskirche daran, daß im ungarischen Reichstag, un-

geachtet aller schönen Tiraden und Phrasen, „nichts anderes als Deputierte des Komitatsadels“ säßen.

Selbst an Loyalität zu dem Hause Habsburg ließen sich die Magyaren geraume Zeit nicht von den Kroaten beschämen. Lehnte der Agramer Sabor für die „treuen Kroaten, Slawonier und Dalmatiner“ Anerkennung des Pester Ministeriums schon deshalb ab, weil es die Verbindung mit dem Gesamtstaat zu lösen gedenke, so beriefen sich auch die Magyaren bei ihren Verhandlungen mit der Hofburg auf die pragmatische Sanktion, rühmten ihre Krone als mächtigste Stütze der Dynastie und beschuldigten die Illyrer thronumstürzlerischer Absichten; bat der Banalrat den im Mai aus Wien nach Innsbruck entweichenden Kaiser, unter seine treuen Kroaten nach Agram zu kommen, so öffnete auch Ofen, statt dem Flüchtling ein Varennes zu bereiten, ihm weit und einladend seine Arme. Nicht minder prallte der Vorwurf des Panslawismus, soweit er eine Unterstützung zarischer Pläne bedeuten sollte, an den Südslawen ab. Wie Palacky die Integrität Oesterreichs auch wegen der immer stärker drohenden Gefahr der russischen Universalmonarchie für die Westslawen eine höchst wichtige Angelegenheit nannte und der Prager Slawenkongreß seine Spitze unverhüllt gegen das moskowitische Selbstherrschertum kehrte, so verwahrte sich auch Jelačić im Agramer Landtag dagegen, daß er die Kroaten und den König an den „Koloß im Norden“ verraten wolle, und erläuterte den Panslawismus dahin, daß sich die Liebe zu den slawischen Stammesbrüdern nur auf die Völker, keineswegs auf die Regierungen erstrecke; die Aufrichtigkeit dieser Meinung erwies er, als er auf eine Drohung bosnischer Abgesandter, daß sie, von Oesterreich im Stich gelassen, sich Rußland an den Hals werfen würden, in einem Brief an den Erzherzog Franz Karl die Einmischung des Zaren als schreckliches Ereignis bezeichnete. Wohl schickten, als im August 1848 Stratimirovićs junge Gattin starb, gefühlvolle Damen des russischen Hochadels, die Großfürstin Helene an der Spitze, sechstausend

Rubel zum Bau einer Grabkapelle, aber als ein Jahr später Nikolaus I. seine Bataillone gegen die magyarische Revolution marschieren ließ, tat er es nicht um der schönen Augen der Slawen willen, sondern um als Ritter Georg der europäischen Legitimität den Drachen des Umsturzes zu erlegen und mehr noch, um einem Aufstande der Polen zuvorzukommen, den er nach einem magyarischen Sieg befürchtete. In der höchsten Not aber legte es kein anderer als Kossuth und seine magyarischen Helden im Vertrauen auf die Sympathie, die sie in Petersburger Hofkreisen genossen, auf eine freundschaftliche Verständigung mit den Russen an, da sie sich lieber unter das Szepter des Zaren oder die Souveränität Rußlands begeben als sich den Habsburgern unterwerfen wollten!

In der Frage jedoch, die zum Prüfstein für die revolutionäre Reife der Völker des Jahres 1848 ward, versagten die Südslawen nicht anders als die übrigen. Die italienische Freiheits- und Einheitsbewegung zu unterstützen, war ein Gebot der Ehre und der Selbsterhaltung für alle Nationen, die selbst um politische Freiheit und nationale Einheit rangen. Aber die deutsche Nationalversammlung erklärte, daß ein Angriff der Italiener auf Triest den Krieg mit dem Deutschen Bunde bedeute; von den Südslawen standen 35 000 Mann auserlesener Grenzertruppen als Kern von Radetzkys Heer in der Lombardei, und die Magyaren machten aus ihrer Förderung des italienischen Feldzuges ein Schachergeschäft mit Wien. Das Versprechen, die Armee Radetzkys durch eine Vermehrung ihrer Streitkräfte zu verstärken, entlockte im Juni 1848 dem Hof den Bannstrahl gegen Jelačić, und das ungarische Ministerium verpflichtete sich in aller Form zur Verteidigung der österreichischen Stellung in Italien, wenn die Wiener Regierung ihre guten Dienste bei der Unterwerfung der Kroaten anbiete. Zwar forderten Pester und Preßburger Volksversammlungen Rückberufung der magyarischen Regimenter aus der Lombardei, wie eine Agramer Abordnung denselben

Wunsch für die kroatischen Soldaten in Wien vorbrachte, doch aus Furcht, daß dann auch die südslawischen Regimenter heimmarschierten, bewog Kossuth, den Reichstag zu anderer Haltung mit dem Hinweis, daß, wer gegen die kroatische Empörung sei, auch gegen die italienische Erhebung sein müsse. Und diese Hilfe für den gegenrevolutionären Feldzug war es, die der Gegenrevolution der Habsburger in den Sattel half.

Als die Gegenrevolution im Sattel saß, schonte sie so wenig Südslawen wie Magyaren, obwohl sie vorher mit platonischen Liebesbezeugungen für jene nicht gekargt hatte. Im Winter 1848 führte das Burgtheater Stratimirović zu Ehren bei seiner Anwesenheit in Wien das Schauspiel „Cerni Georg" auf, und da er sich in serbischer Generalsuniform zeigte, grüßte ihn aus den gefüllten Logen Händeklatschen der Herren und Fächerwinken der Damen, und aus dem Parkett brauste dreimal ein Hoch auf die Serben. Aber jeder bescheidenste Erfolg der k. k. Truppen machte sofort offenbar, daß die Habsburger die südslawischen Gebiete der Monarchie durchaus nicht als ihre Vendée zu verhätscheln gedachten, sondern sich immer von Furcht vor Stärkung des Slawentums leiten ließen. Da Windischgrätz' Einzug in Pest von dem Zusammenbruch der magyarischen Sache zu zeugen schien, rückte das Südslawentum flugs in die Rolle des Mohren ein, der seine Schuldigkeit getan hatte. Nicht aufs Geradewohl schrieb Ilija Garašanin an Knićanin die Vermutung, daß die Hofburg die volle Niederlage der Magyaren gar nicht wünsche, weil die Slawen einen Anteil am Triumph hätten und für die Zukunft als weit gefährlichere Gegner gälten denn die Magyaren. Noch floß serbisches Blut für die Macht und Herrlichkeit des Erzhauses, und schon flüsterte, Mißtrauen aussäend, der österreichische Internuntius in Konstantinopel, Graf Stürmer, der Pforte zu, daß das Fürstentum in der Vojvodina ein Heer nur dazu einübe, um die Slawen Oesterreichs und die Christen der Türkei zum Aufstand mitzureißen. Auch schlug bei den in

Südungarn fechtenden Truppen mit jedem Tage mehr ein neuer Ton durch. Die Offiziere fühlten sich weit eher als kaiserlich königlich denn als nationalserbisch, und wenn sie es auf eine Schädigung der Bewegung nicht gerade abgesehen hatten, war ihnen ihr Verlauf und Ausgang doch zum mindesten gleichgültig. Bald wandten sich die habsburgischen Befehlshaber offen und barsch gegen die serbische Strömung; die Soldaten mußten die serbischen Farben mit schwarz-gelb vertauschen, serbische Dörfer wurden entwaffnet, serbische Fahnen von den Kirchtürmen geholt, die Vojvodina, wie die ungarischen Komitate dem Standrecht unterworfen, und als General Rukavina, zum Kommandeur des Banater Grenzregiments ernannt, die Militärgrenze von der Vojvodina abtrennte, die Auflösung der Ausschüsse anbefahl und im Schriftverkehr die deutsche Sprache verlangte, wußte männiglich, was die Glocke geschlagen hatte.

Mit der Sprengung des Kremsierer Reichstags wurde dann nicht nur der bis zu Habsburgs Ende einzige große Plan, Oesterreich auf freiem Vertrag seiner Völker neu aufzubauen, seinen Urhebern zerrissen vor die Füße geworfen, und mit der oktroyierten Verfassung Schwarzenbergs wurde nicht nur der Glaube an die Gewalt von oben wieder als das einzige Lebensprinzip der Wiener Politik verkündet und über die Völker hinweg der Versuch gemacht, einen einheitlichen militaristischen und absolutistischen Großstaat als moderne Autokratie zu schaffen, sondern mit beiden erfuhr auch die südslawische Politik der Jahre 1848 und 1849 ihre Katastrophe. Trotz des in der aufgezwungenen Konstitution erwähnten Königreichs Illyrien blieben die Slowenen auf die verschiedenen Herzogtümer und Grafschaften aufgeteilt; Kroatien, seine verbrieften Rechte verlierend, wurde unter Abstückelung eines Teils von Slawonien und ohne Aussicht auf Vereinigung mit Dalmatien und der gänzlich wiederhergestellten Militärgrenze ein simples Kronland unter den anderen, und wenn der erste Paragraph der oktroyierten Verfassung das

Herzogtum Bukowina, das Herzogtum Salzburg und das Großherzogtum Krakau als staatsrechtlich neue Gebilde aufführte, so ward der Vojvodina gar nicht Erwähnung getan; was etwas später aus Strichen der Bačka, des Banats und Syrmiens unter diesem Begriff zusammengefaßt wurde, war, mehr von Deutschen als von Serben verwaltet, ohne einen Schimmer der verheißenen und erhofften Unabhängigkeit nur, wie die „Srpske Novine" schrieben, ein leerer Name. Die Enttäuschung gärte denn wie Gift in den Adern des südslawischen Volkes. Nach Šuleks Hohnwort beschränkten sich die Rechte Kroatiens fortan darauf, ohne Genehmigung des Ministeriums zu säen und zu pflügen, die Lasten für Kirche, Schulen und Armenwesen selbst aufzubringen und für Vorspann und Einquartierung zu sorgen, und „Napredak" schrieb, ehe ihm samt „Srpske Novine" und „Vestnik" das Lebenslicht ausgeblasen ward: „Wir waren leichtgläubig genug, um nicht vor allem anderen uns die Freiheit zu sichern, und schlossen uns an Oesterreich an! Wußten wir es damals und wollten es doch nicht wissen oder wußten wir es noch nicht, daß Oesterreich und Freiheit zwei einander durchaus entgegengesetzte Elemente sind? In Oesterreich gab es keine Freiheit, in Oesterreich wird es nie eine geben, beide bleiben einander ewige Feinde". Der aber dem Hause Habsburg erst die Möglichkeit geschaffen hatte, den Korporalstock des Despotismus über die Südslawen zu schwingen, war, die magyarische Erhebung zerstampfend, der russische Zarismus!

Erfüllte die europäische Revolution auch mit nichten des Kroaten Ivan Trnski hoffnungsvolles Wort: „Die Südslawen treten über das Schlachtfeld in die Reihe der selbständigen Völker Europas", so war das Jahr 1848 doch als wuchtiger Markstein an den Weg des Südslawentums zu Freiheit und Einheit gesetzt. Wie sehr für die Slowenen die Gleichberechtigung ihrer Sprache in Schule und Amt auf dem Papier stehen blieb, die Bauernbefreiung hatte hier doch eine gewaltige Wandlung gebracht und für die nationale Bewegung der

folgenden Jahre den Grund gelegt. Bei den Kroaten hatte sich aufs neue ihr Staatsgedanke, mittelalterlich begrenzt, wie er war, als Trutzburg des Widerstandes gegen nationale Vergewaltigung bewährt und damit als eine der Vorbedingungen für die Wiedergeburt des gesamten Südslawentums erwiesen, und die Serben des Habsburgerreiches bekamen anstatt des überlieferten kirchlich abgestempelten Patriotismus immerhin einen Löffel voll des neueren fortschrittlichen Nationalismus zu schmecken.

Die wichtige Rolle des Fürstentums aber in der südslawischen Bewegung hatte Serbien nicht nur häuslichem Zwist entrissen und innerlich gestärkt, sondern verschob auch den Schwerpunkt der serbischen Frage nach Belgrad zu. Noch 1846 drückte Dr. Jovan Hadžić die Ueberlegenheit des Vojvodina-Serben mit der Frage aus: „Woher kam den Serben in Serbien Buch und Schrift, woher bessere Erziehung und Wissenschaft, woher Gesetzesregeln und Ordnung, woher Schreiber und Kanzleien, woher Heilmittel und Aerzte, woher ein menschlich bürgerliches Dasein?", aber jetzt grüßte ein aus dem österreichischen Serbien stammender Dichter des jüngeren Geschlechts wie Branko Radičević den balkanischen Serben als Inbegriff nationaler Stärke und Hoffnung. Auch zwischenstaatlich begann mit Knićanins Uebergang über die Donau für das Fürstentum ein neuer Lebensabschnitt. Bisher war es, in das Osmanenreich wie in einen Käfig eingesperrt, außer mit der Pforte höchstens mit der Schutzmacht Rußland in Berührung gekommen. Jetzt zum erstenmal überschritt seine auswärtige Politik die geographischen Grenzen des Landes und knüpfte Verbindungen mit anderen Staaten an. Geriet Serbien auch durch den Zwang der Umstände, da sich Aleksandar gegen innere Widersacher an den Wiener Hof anlehnte, in Abhängigkeit von Oesterreich, die für die nächsten Jahre manches entschied, so war es doch aus dem Käfig ins Freie getreten, aus dem Tümpel aufs Meer gesegelt; nicht mit Unrecht rühmten die „Srpske Novine",

daß die öffentliche Meinung Europas das Fürstentum als eine Pflanzschule tapferster Helden kennen gelernt und die Diplomatie sich von dem Einfluß Serbiens auf die Nachbarstämme überzeugt habe. Obwohl noch ein türkisches Vasallentum und bei aller Kleinheit und Schwäche wurde der junge Staat ein Nenner in der internationalen Politik, mit dem zu rechnen war. Da dieses sein neu erworbenes Ansehen, seine Anziehungskraft auf die unterdrückten Stammesgenossen steigerte, weihte das Jahr 1848 das Fürstentum dem Beruf, Mittelpunkt für die Strebungen des gesamten Serbentums zu werden und sich zum Träger des serbischen Nationalgedankens, der nationalen Einigung zu entwickeln.

Aber über alles gesondert Slowenische, Kroatische, Serbische klang ein mächtiger südslawischer Akkord. In einer hohen Zeit der Völker, in der ihr Schoß zur Befruchtung aufgetan ist, erwachte in der Seele der Südslawen das Bewußtsein, daß sie alle eines Blutes Brüder, alle eines Schicksals Gefährten waren und erst mit ihrem Zusammenschluß die Welt auch für sie rund und voll werde. Zum erstenmal stand, nicht ungebrochen zwar und noch schwankend, die südslawische Einheitsfront in der politischen Wirklichkeit da. Zum erstenmal aber senkte sich auch in die Brust der Südslawen der Keim der Erkenntnis, daß die beiden Mächte, von denen sie eine Erfüllung ihrer Bestimmung erwarteten, Oesterreich und Rußland, in jedem Fall gleichmütig und rücksichtslos ihren eigenen selbstsüchtigen Weg gingen.

NACHWORT

Die heute noch knappe und beste Untersuchung der Triebkräfte und wichtigsten Etappen der mitteleuropäischen Revolution der Jahre 1848/50 ist jene Artikelserie, die Friedrich Engels im Auftrage von Karl Marx für die „New York Tribune“ schrieb. Karl Kautsky hat diese Aufsätze eingeleitet und übersetzt. Sie erschienen im

Jahre 1896 im Verlag von I. H. W. Dietz, Stuttgart. In der Einleitung wird aber bereits Kritik geübt an dem Abschnitt, der die Tschechen in der Revolution behandelt. Kautsky nahm damals noch an, daß die Aufsätze von Marx stammten, während wir heute durch den Marx-Engels-Briefwechsel wissen, daß sie Engels schrieb, der dank seiner Sprachkenntnisse der Spezialist für osteuropäische Fragen war, wie auch die später von Franz Mehring herausgegebenen Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" und die gesammelten Schriften von Marx und Engels (Rjassanoff) beweisen. Engels Standpunkt wird 1896 noch von Kautsky insofern akzeptiert, als Kautsky darauf hinweist, daß er bei der Annahme einer baldigen tiefgreifenden Revolution gerechtfertigt gewesen sei. Nur das langsamere Tempo der Entwicklung, die Revolution von oben in Deutschland mit ihren Rückwirkungen auf Oesterreich, das aus dem deutschen Bunde schied, habe Engels und Marx Unrecht gegeben. Von den Südslawen spricht Kautsky hier nicht. Er war es aber, der im Bunde mit Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg um die Zeit der Herausgabe von „Revolution und Kontrerevolution" eine ausgedehnte Polemik gegen Wilhelm Liebknecht in der „Neuen Zeit" führte, um die Auffassung von Engels über die Bewegungen der Balkanvölker zu revidieren. In diesen Aufsätzen ist Kautsky schon ein Vorläufer jener Theorie, die später Otto Bauer in seinem Buch über die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien, Verlag Ignaz Brand, jetzt neu erschienen) eingehend begründete: Die Theorie vom Erwachen der geschichtslosen Nationen. Der betreffende Abschnitt über die Tschechen (Der moderne Kapitalismus und der nationale Haß) ist gewissermaßen eine Weiterführung und Umwälzung der Kautsky-Kritik an Engels aus dem Jahre 1896.

Otto Bauer hat das Schicksal der Tschechen im Weltkrieg und Revolution in seiner Dynamik meisterhaft dargestellt in seinem Buch: „Die österreichische Revolution" (Verlag Brand,

Wien). Er hat aber auch in dem Kapitel „Die Südslawen und der Krieg" seine Theorie vom Erwachen der geschichtslosen Nationen auf die verschiedenen Teile der Serbokroaten und Slowenen angewandt. Gemahnt diese Darstellung in ihrer Hervorhebung der Richtlinien der Entwicklung, der wesentlichen Zusammenhänge an geschichtliche Ueberblicke von Engels und Kautsky, so ist die Darstellung Hermann Wendels der Geschichtserzählung von Franz Mehring wesensverwandt. Wendel sieht die Fülle der Ereignisse und Charaktere in ihrer Bildhaftigkeit und Buntheit. Er ist aber kein Geschichtsbelletrist, sondern er verknüpft die wechselnden Erscheinungen des Lebens durch die ökonomische und politische Entwicklung. Er liebt den ideologischen Ueberbau und ähnelt in seiner Sprachkenntnis und künstlerischen Einstellung oft Engels. Auch er sieht bei der Kritik der Auffassung von Marx-Engels über die Südslawen in der europäischen Revolution die Wechselwirkung von nationaler und sozialer Revolution, die das Grundelement von Bauers Darstellung ist. Es ging Marx-Engels mit den Magyaren wie mit den Polen. Sie überschätzten trotz mancher guten Einzelkritik den revolutionären Charakter der herrschenden Klassen dieser Völker und vergaßen manchmal, daß diese Nationen andere Nationen unterdrückten und von dieser Unterdrückung selbst in revolutionären Zeiten nicht lassen wollten. Ueber Polen hat Mehring in den Einleitungen zum 3. Band des Literarischen Nachlaß (Die polnische Frage) das Nötige gesagt, auch über Ungarn einiges (S. 70 ff.). Südslawien erfuhr eine so gründliche geschichtlich-kritische Betrachtung außer von Otto Bauer von Hermann Wendel, dessen Grundansichten sich Kautsky in einem Artikel des Wiener „Kampf" anschließt: Jugoslawiens Aufstieg und Svetozar Markowitsch (Heft 6, Juni 1923). Er würdigt Wendels marxistische Studien dort mit folgenden Worten:

„Derjenige unter den Parteigenossen in Deutschland, der sich schon vor dem Kriege am eifrigsten mit südslawischen Dingen

beschäftigt hat, ist *Hermann Wendel*. Er hat diese Beschäftigung nach dem Kriege fortgesetzt und dank seiner marxistischen Methode Südslawien aufs eingehendste erforscht und aufs beste begriffen. Er hat die Ergebnisse seiner Arbeiten in einer Reihe von Schriften niedergelegt, die die größte Beachtung verdienen"[1]).

Wir hoffen daher, daß auch das neueste Werk Wendels, das eine Gesamtdarstellung der südslawischen Entwicklung bringen wird, im Geiste jener Weiterbildung des Marxismus geschrieben sein wird, die Kautsky in seiner Einleitung zu „Revolution und Kontrerevolution" begann.

Zum Verständnis sei noch bemerkt, daß die österreichische Regierung die Revolution in Wien mit Hilfe von Kroaten und Tschechen niederwarf. Die Wut der deutschen Revolu-

[1]) Es kommen hier in Frage die noch während des Krieges erschienene Broschüre „Südosteuropäische Fragen" (Verlag S. Fischer, Berlin 1918). Sie sind zum Teil überholt, auch hat die Darstellung unter den Zensurverhältnissen des Deutschen Reiches gelitten. Immerhin bieten sie heute auch noch sehr viel Interessantes, besonders wenn man die tatsächliche Entwicklung mit Wendels Skizzierung der treibenden Kräfte in Vergleich setzt.

Die wertvollste historische Studie ist die von Kautsky eingehend gewürdigte Reihe historischer Porträts „Aus dem südslawischen Risorgimento" (Verlag Friedrich Andreas Perthes, Gotha, 1921). Der soziale und geistige Aufstieg und die Bildung einer südslawischen Nation als werdende Kulturgemeinschaft wird hier durch die historisch-materialistische Beleuchtung führender Männer der verschiedenen Etappen dieser Bewegung lebendig dargestellt.

Vieles, was hier historisch kritisch gezeichnet wird, findet sich eingestreut als Erinnerung und flüchtige Betrachtung in den schönen Reiseskizzen aus der Nachkriegszeit, die gesammelt erschienen unter dem Titel „Kreuz und quer durch den slawischen Süden" (Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M., 1922). Diese illustrierten Plaudereien führen den Arbeiterleser am leichtesten in die Probleme des Südslawentums ein.

Nachdem dies geschrieben, hat Hermann Wendel in einem umfassenden Aufsatz „Der Marxismus und die Südslawenfrage" in Nr. 2 der „Gesellschaft" das Verhältnis von Marx—Engels und der bedeutendsten Marxisten zu Südslawien ausgezeichnet dargestellt.

tionäre richtete sich vor allem gegen die „reaktionären" Kroaten, ohne zu bedenken, daß auch hier eine Revolution vor sich ging gegen den ungarischen Feudalismus und daß an dem mangelnden Bündnis der revolutionären Kräfte der Deutschen und Tschechen, der Ungarn und Kroaten, die Revolution nicht zuletzt scheiterte, da das revolutionäre Bürgertum bzw. der Adel nicht auf seine Herrschaftsrechte über die slawischen Nationen verzichten wollte. O. J.

Die altchinesischen Farbbezeichnungen

Ein Beitrag zur materialistischen Geschichtsauffassung

Von *Eduard Erkes*
Privatdozent an der Universität Leipzig

Das Thema mag wohl etwas stark nach Fachwissenschaft klingen und dem Leser ein Lächeln über den weltfremden Philologen entlocken, der in einer Zeit ernstester Krisis nichts Besseres zu tun weiß, als sich in altchinesische Sprachstudien zu vergraben. Aber jede Spezialuntersuchung hat auf dem Gebiet der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ebensogut ihr Recht wie auf dem der Naturwissenschaft. Dort hat sich längst die Erkenntnis durchgesetzt, daß nur Einzelarbeit eine solide Grundlage für zusammenfassende Gesamtausblicke und damit für eine tragfähige Weltanschauung sein kann. In den Gesellschaftswissenschaften ist diese Ueberzeugung noch lange nicht so durchgehend Allgemeingut geworden. Aber heute, da der Marxismus, unsere soziale und politische Weltanschauung, von allen Seiten die heftigsten Angriffe erfährt, erwächst den sozialistischen Gelehrten die besondere Pflicht, die marxistische Lehre durch Einzeluntersuchungen auf allen Gebieten der Gesellschaftswissenschaften immer fester zu begründen. Die folgenden Forschungsergebnisse aus der fernen Vorzeit eines fernen Volkes scheinen mir darum wohl geeignet, für die Allgemeingültigkeit der marxistischen Geschichtsauffassung für alle Zeiten und Völker neue Belege zu erbringen. Es ist mir eine um so größere Freude, sie in einer Festschrift zu Ehren unseres Altmeisters Kautsky vorlegen zu können, als ich durch eine Bemerkung in Kautskys „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung" zuerst zu meinen Untersuchungen angeregt wurde.

Die Sprache eines Volkes und gegebenenfalls auch ihr Ausdrucksmittel, die Schrift, ist ein außerordentlich wichtiges

Hilfsmittel, den kulturellen Werdegang der Nation zu erkennen und in ihm die Gesetze historischen Geschehens zu entdecken. Das Geistesleben einer Menschheitsgruppe, das in ihrer Sprache seinen Niederschlag findet, enthüllt sich bei methodischer Betrachtung als Resultat und Reflex ihrer ökonomisch-sozialen Entwicklung. Die Abhängigkeit der Sprache von der Produktionsweise nun zeigt sich wiederum besonders drastisch bei denjenigen sprachlichen Bezeichnungen, die scheinbar reine Abstraktionen insofern sind, als sie zur Benennung von Eigenschaften dienen, in Wirklichkeit sich aber aus ganz konkreten Ausdrücken entwickelt haben, die zur Bezeichnung von Produktionsprozessen im unmittelbaren Dienste der menschlichen Lebensfürsorge dienten. Die chinesische Sprache, deren Wortschrift uns die Entwicklung abstrakter Begriffe aus konkreten Vorstellungen in vielen Fällen aufs deutlichste überliefert hat, wird uns im folgenden eine Reihe solcher Abstraktionen, die Namen der Farben, in ihrem Werdegang veranschaulichen.

Die Sprache ist stets ein Spiegelbild der Kultur ihrer Sprecher. Sie ist das Mittel, durch das sich die Teilnehmer einer menschlichen Gemeinschaft, die von ihrer gegenseitigen Unterstützung abhängig und daher auf Zusammenhalt angewiesen sind, bei ihrer Arbeit miteinander verständigen, also ein Hilfsmittel im Produktionsprozeß und daher in ihrer Entwicklung von der Ausgestaltung dieses Produktionsprozesses abhängig. Primitive Gesellschaften decken ihre Lebensbedürfnisse durch weniger komplizierte Produktionsprozesse und haben demgemäß auch primitivere Sprachen. Diese Primitivität darf aber nicht etwa so aufgefaßt werden, als ob die Sprachen der Naturvölker einfacher gebaut oder auch nur schlechthin ärmer wären als die der Kulturvölker. Ganz im Gegenteil zeichnen sich primitive Sprachen, wie etwa die der Australier, der Eskimo, vieler sibirischer und indianischer Stämme durch außerordentlich komplizierte Formbildung ebenso wie durch reichen Wortschatz aus. Pri-

mitive Völker haben oft besondere Ausdrücke für Verhältnisse, an deren Bezeichnung der Kulturmensch überhaupt nicht mehr zu denken pflegt. So unterscheiden australische Stämme durch besondere Ausdrücke den rechten und den linken Arm, die Innen- und Außenseite des Ober- und Unterarmes, die einzelnen Fingerglieder und Teile der Handfläche und alle übrigen Körperpartien; sie haben ferner Bezeichnungen für alle möglichen Tier- und Pflanzenarten, die bei uns nur in der Fachwissenschaft mit lateinischen Namen belegt zu werden pflegen; sie benennen jedes Fleckchen Erde, jede Krümmung eines Flusses mit einem besonderen Namen und haben einen Reichtum von Verwandtschaftsbezeichnungen, die in europäischen Sprachen nur durch die kompliziertesten Umschreibungen einigermaßen wiedergegeben werden können. Aber dafür fehlen in primitiven Sprachen durchgehends die verallgemeinernden Ausdrücke, die vom Besondern absehen und größere Gruppen zusammenfassen. So finden wir dort gewöhnlich keine Allgemeinbezeichnungen für Gruppen des Tier- und Pflanzenreiches wie Vogel, Käfer, Baum, Gras; es fehlen ebenso Gesamtnamen für einen Flußlauf oder für ein größeres Landgebiet. Dies rührt nicht etwa daher, daß die Wilden durch irgendwie mangelnde Gehirnausbildung zu abstraktem Denken unfähig wären. Vielmehr pflegen Kinder und selbst erwachsene Individuen primitiver Völker, die in kultivierte Lebensumstände versetzt werden, diese Fähigkeit in genau dem gleichen Maßstab zu entwickeln wie die Angehörigen der Kulturvölker. Der Grund liegt vielmehr einfach darin, daß der Primitive bei seiner Wirtschaftsweise, die völlig von der Natur abhängig ist, genötigt ist, sich diese Natur genau anzusehen und für die Verständigung mit den Genossen seiner Wirtschaftsgemeinschaft gerade in scheinbaren Kleinigkeiten genau zu bezeichnen; sonst wäre Zusammenarbeit für die Lebensfürsorge unmöglich und die Erhaltung der Gemeinschaft selbst in Frage gestellt. Generalisationen dagegen kennt der Primitive nicht, weil sie ihm

für sein Leben nichts nützen, sondern ihn nur verwirren und so seine Existenz wiederum schädigen würden.

Der Primitive bezeichnet also mit besonderen Ausdrücken das, was für sein Leben einer Bezeichnung bedarf, die Dinge der Natur, von und mit denen er lebt, und die Tätigkeiten innerhalb der Gesellschaft, durch die er existiert. Die ersteren benennt er naturgemäß mit konkreten Ausdrücken, Substantiven, die letzteren mit Tätigkeitsausdrücken, Verben. Nun dienen die Dinge der Natur dem Wilden ja nicht zum Vergnügen, sondern zur Befriedigung ökonomischer Bedürfnisse; mit dem Begriff eines Naturgegenstandes verbindet sich also für ihn der Begriff einer Tätigkeit, die mit diesem oder gegen ihn ausgeübt werden soll. Andererseits können die sozialen Arbeiten meist auch nicht ohne die Benutzung bestimmter Werkzeuge ausgeführt werden, deren Begriff sich damit an den der mit ihnen ausgeübten Tätigkeit anschließt. Darum ist eine Tätigkeit und deren Medium wie auch ihr Objekt für den Primitiven noch nichts Gesondertes; das primitive Verbum pflegt vielmehr ein Verbalnomen zu sein, ein Haupt- und Tätigkeitswort zugleich, das ebenso eine Arbeit wie ihr Objekt bezeichnen kann.

Auf der anderen Seite bedarf der Kulturmensch, der sich für seine Bedürfnisbefriedigung von der Natur mehr oder minder losgelöst hat, nicht mehr jenes großen Reichtums konkreter Ausdrücke, über den der Wilde verfügt. Die Kultursprachen pflegen daher in dieser Hinsicht um so mehr zu verarmen, je zivilisierter die Lebensbedingungen ihrer Besitzer werden. Man unterscheidet die Naturdinge nun weniger genau, sondern nimmt nur noch das Sinnenfälligste an ihnen wahr; wo man früher die einzelnen Arten nach den geringfügigsten Merkmalen unterschied, da sieht man jetzt nur noch den Vogel, den Käfer, den Baum. Aber auf der anderen Seite wird der Mensch, je mehr er sich von der Natur löst, um so fester an die Gesellschaft gekettet; der Produktionsprozeß wird immer komplizierter, und es bedarf einer immer um-

fangreicheren Nomenklatur, um die einzelnen Prozesse und ihre Produkte auseinanderzuhalten. So vermehrt sich in den Kultursprachen mehr und mehr der Bestand an generalisierenden Ausdrücken und an Bezeichnungen für künstlich hergestellte Produkte und die Prozesse, die zu ihrer Herstellung dienen. Während also die Zahl der Substantive und Verben, die Dinge der Natur und auf sie bezügliche Handlungen bezeichnen, sich stark verringert, wächst der Wortreichtum für künstliche Produkte und Produktionsprozesse wie auch für Verallgemeinerungsausdrücke auf dem nun weit mehr beherrschten, aber viel weniger genau beobachteten Gebiet der Natur. Die steigende Deckung der Lebensbedürfnisse durch künstliche Mittel also bedingt die steigende Abwendung der Sprache vom Konkreten. Uebrigens dürfte auch die überall zu beobachtende Erscheinung, daß die Kultursprachen sich im Vergleich zu der üppigen Formenfülle der primitiven Idiome immer mehr verschleifen und vereinfachen, mit der Rolle der Sprache als Verständigungsmittel beim Produktionsprozeß zusammenhängen; die sich immer verwickelter gestaltenden Arbeitshandlungen, die sich stetig steigernde Kompliziertheit der Lebensführung zwingt den Menschen, das einzelne bei der Arbeit gebrauchte Wort zur Ersparnis von Zeit und Kraft möglichst kurz und prägnant zu gestalten und die Sprache dadurch immer mehr abzuschleifen — ein Vorgang, den wir gerade in der Entwicklung der europäischen Sprachen im modernen Geschäfts- und Arbeitsverkehr deutlich beobachten können.

Die Sprache ist also ein Hilfsmittel der menschlichen Lebensfürsorge und pflegt sich nach deren Bedürfnissen zu entwickeln. Der Mensch bezeichnet das, was er zum Leben — im weitesten Sinne — braucht, nicht schlechthin das, was er wahrnimmt. Das zeigt nun in besonders instruktiver Weise das Gebiet der Farbbezeichnungen.

Primitive Sprachen sind im allgemeinen an Farbbezeichnungen auffallend arm. Man hat daraus auf einen mangel-

haft entwickelten Farbensinn, ja sogar auf eine Art Farbblindheit bei Naturvölkern schließen wollen. Das war eine durchaus irrige Annahme. Dahinzielende Untersuchungen haben ergeben, daß primitive Völker die Farben und selbst ihre feineren Nuancen ebensogut unterscheiden können wie Zivilisierte, und in der Tat wäre es auch undenkbar, daß der primitive Jäger und Sammler, für den die Fähigkeit, die Farben etwa einer giftigen und einer harmlosen Schlange, eines schädlichen und eines eßbaren Krautes auseinanderzuhalten, doch sehr häufig lebenswichtig sein kann, über ein unzulängliches Farbenunterscheidungsvermögen verfügen sollte. Aber nichtsdestoweniger besteht die Tatsache, daß das Farbenvokabular der Primitiven sehr viel spärlicher ist als das der Kulturvölker.

Da ist es nun wieder die materialistische Geschichtsauffassung, die uns mit der Erkenntnis, daß die menschliche Geistestätigkeit den Reflex der Produktionsweise darstellt, das Verständnis dieser Erscheinung erschließt. Karl Kautsky hat, wie so oft, auch hier den Weg zur Lösung des Problems gewiesen, indem er in der ihm eigenen lichtvollen und prägnanten Weise darauf hinwies, daß die Namen der Farben zuerst den Zwecken der Technik und nicht denen der Naturbeschreibung dienen, die Zahl der Farbbezeichnungen daher um so geringer ist, je weniger Farben noch produziert werden[1]).

Kautsky selbst ist zu dieser Erkenntnis durch die Untersuchungen von Grant Allen geführt worden, der in seinem Buche über den Farbensinn eine Menge von Belegen aus der ganzen Welt dafür zusammengetragen hat, daß die Farbbezeichnungen sich immer in dem Maße ausbilden, in dem die Farbentechnik fortschreitet, und die Farbennamen bei Primitiven so gut wie bei Kulturvölkern entweder von Dingen genommen werden, denen sie gleichen, oder aber von solchen, aus denen sie hergestellt werden[2]).

[1]) Ethik und materialistische Geschichtsauffassung, S. 93/94.

[2]) Grant Allen, The Colour-Sense, London 1879, bes. Kapitel 13:

Noch in den modernen europäischen Sprachen läßt sich dieser Prozeß deutlich beobachten. Unsere Farbennamen sind teils von Vergleichen aus der Natur genommen, wie wir etwa von giftgrün, weinrot, crèmefarben sprechen, oder nach dem Stoff gegeben, aus dem die Farbe gewonnen wird, wie bei Karmin, Indigo, Sepia, Terra di Siena. Die heute zu stehenden Eigenschaftsworten gewordenen Farbnamen lassen sich gleichfalls von solchen anfänglich substantivischen Ausdrücken ableiten; so stammen die Ausdrücke der indogermanischen Sprachen für „rot" von einer alten Bezeichnung des Blutes; „grün" bezeichnete ursprünglich das Gras, „gelb" das Gold. Das Gleiche ist bei den Sprachen anderer Kulturvölker so gut wie bei denen der Primitiven zu konstatieren.

Das Chinesische nun gibt uns für die Erschließung dieser Verhältnisse ein ganz besonderes Mittel an die Hand durch seine Wortschrift. Jeder Begriff wird in der chinesischen Schrift mit einem besonderen Schriftzeichen ausgedrückt — ein Verfahren, das sich bis heute behauptet hat dank der Eigenart der chinesischen Sprache, die infolge ihrer Einsilbigkeit und Verschliffenheit nie zu einer Buchstabenschrift übergehen kann. Die ursprünglichen Schriftzeichen der Chinesen waren Bilder und bildhafte Symbole, die in dem Maße, wie sich die Lebensverhältnisse der Chinesen komplizierten und nicht mehr mit diesen einfachsten Hilfsmitteln wiedergegeben werden konnten, durch zusammengesetzte Schriftzeichen ergänzt wurden. Die einfachen Bildzeichen der chinesischen Schrift bezeichnen also den ursprünglichen Kulturbesitz der Chinesen, und wenn wir finden, daß ein Begriff im Chinesischen durch ein einfaches Schriftzeichen ausgedrückt wird, so können wir annehmen, daß er bereits der chinesischen Urzeit zu eigen war. Von den Farben müssen wir also die als ursprünglichen Besitzstand

The Growth of the Colour-Vocabulary. Vgl. auch Lévy-Bruhl, Les fonctions mentales dans les sociétés inférieures, Paris 1922 (5. Aufl.), S. 191.

der Chinesen auffassen, die mit einem einfachen Schriftbild bezeichnet werden, und aus der Auffassung des Schriftbildes vermögen wir zu erkennen, ob die betreffende Farbe lediglich nach einer Naturähnlichkeit oder aber nach einem Produktionsverfahren benannt wurde.

Die Farbe, deren sich primitive Völker allgemein zuerst bedienen, ist die rote. Das Rot ist in der Natur so weit verbreitet, daß es sich dem Primitiven gleichsam von selbst als Farbstoff darbietet. Es ist die Farbe des Blutes erlegter Tiere und Feinde, die des Feuers, eines Grundelementes primitiver Kulturentwicklung, endlich die des roten Ockers, der weltverbreitet ist und überall von Naturvölkern als Malfarbe benutzt wird. Außerdem mußte das Rotwerden des Körpers bei Erhitzung und Erregung als eine auch sozial bedeutsame physische Erscheinung von jeher auffallen. Daher findet sich auch in der chinesischen Schrift sowohl ein Zeichen, das Rot als eine für den Urchinesen wichtige Naturerscheinung darstellt, wie zwei andere, die auf die Produktion der roten Farbe hinweisen.

Das erstere ist das Schriftzeichen ch'ih (Giles 1967) [1]), das Bild einer aufsteigenden Flamme, das also die Farbe des Feuers bezeichnet. Das zweite Zeichen, chu (Giles 2544), zeigt einen abgehauenen Baum und hat neben der abgeleiteten Bedeutung „rot" noch heute die substantivische Grundbedeutung „Fichte" bewahrt, weist also auf die Gewinnung des Rotholzes hin. Den Produktionsprozeß einer dritten roten Farbe veranschaulicht sodann unmittelbar das Zeichen tan

[1]) Da chinesische Typen für den Druck nicht zur Verfügung standen, gebe ich, um etwaigen Spezialinteressenten das Nachschlagen zu erleichtern, bei jedem Zeichen die Nummer an, die es in Giles' Chinese-English Dictionary hat. Die ältesten Formen der Schriftzeichen, die für die Deutung natürlich allein in Betracht kommen, finden sich zum Teil bei Schindler, „Die Prinzipien der chinesischen Schriftbildung", Ostasiatische Zeitschrift, IV, 4, S. 284 bis 315 (Berlin 1916), und in Karlgrens Analytic Dictionary of Chinese, Paris 1923.

(Giles 10 618), zinnoberrot, das ein Quecksilberkügelchen auf einer Pfanne darstellt, also das Verfahren bei der Zinnobergewinnung darstellt.

Die direkte Wiedergabe eines solchen Farbenproduktionsprozesses ist sodann auch das Zeichen für schwarz, hei (Giles 3899), das zwei Flammen unter Rauchfängen zeigt, also die Gewinnung des Rußes, des Hauptbestandteiles der chinesischen Tusche, vorführt. Einen anderen Zweig der Farbengewinnung symbolisiert die Hieroglyphe für „blaugrün", ts'ing (Giles 2184), die eine Pfanne mit Farbstoff unter einer Pflanze zeigt, also die Gewinnung eines grünen Farbmaterials vor Augen führt. Ein anderes Zeichen für grün, ts'ang (Giles 11 596), stellt Gräser auf einem Dache dar, ist also aus der unmittelbaren Naturbeobachtung genommen — wie ja auch in den verschiedensten Sprachen die Farbbezeichnung grün von einem Pflanzennamen abgeleitet ist.

Nicht mit völliger Sicherheit läßt sich entscheiden, ob auch die Bezeichnung für gelb, huang (Giles 5124), auf die Erzeugung der gelben Farbe hinweist. Das Zeichen ist zusammengesetzt aus Feld und Glanz, also = Farbe der gelben Erde (des Löß). Nun werden gelbe Erdfarben schon bei vielen Naturvölkern verwandt, wie gelber Ocker bei den Australiern, so daß der Gebrauch gelber Farbe wohl auch dem Urchinesen zugetraut werden kann. Möglich wäre es aber auch, daß, ähnlich wie anscheinend in Sprachen indogermanischer, finnisch-ugrischer und anderer Zugehörigkeit, hier nur die Farbenempfindung durch Vergleich mit einem gelbglänzenden Naturgegenstand wiedergegeben werden soll.

Ganz deutlich scheint dagegen die älteste Farbbezeichnung für weiß, poh (Giles 8556), darauf hinweisen, daß die ältesten Chinesen diese Farbe noch nicht hergestellt haben. Das Schriftzeichen zeigt die Sonne mit einem Strahl, also weiß = hell schlechthin. Augenscheinlich haben die Urchinesen weiß also überhaupt nicht als Farbe betrachtet, sondern als eine Art neutralen Ton, und man darf demnach vermuten, daß

sie es auch noch nicht herstellen konnten. Das möchte auffallend erscheinen, wenn wir daran denken, daß Weiß sonst neben Rot die allergewöhnlichste Farbe bei den Primitiven ist, die in Form weißer Erden überall vorkommt und in der Tat auch von Naturvölkern durchgehends benutzt wird. Aber vielleicht wird uns das Fehlen der weißen Farbe bei den alten Chinesen verständlicher, wenn wir auf den ursprünglichen Zweck der Farbenanwendung zurückgehen. Die Farben dienen dem Primitiven anfangs zur Bemalung des eigenen Körpers, mit dessen Ausschmückung alle Kunst beginnt, und die dunkelfarbigen Wilden der Gegenwart wählen dazu Weiß mit besonderer Vorliebe, weil es sich von der Farbe ihres Leibes auffällig abhebt. Für den Chinesen mit seiner hellen Haut fiel dieser Anreiz weg, und dies dürfte wohl der Grund für das Fehlen der weißen Farbe in der urchinesischen Farbenproduktion gewesen sein.

Alle übrigen Farbtöne hat der Chinese, wie seine Schrift erweist, erst im Zusammenhang mit der Weberei erfunden, also zum Färben von Stoffen benutzt. Denn sämtliche anderen Farbnamen, mit Ausnahme einer Anzahl, die auf besondere Färbungen von Haustieren, vornehmlich Pferden, hinweisen, sind mit dem Schriftzeichen für Seide, mih (Giles 7841), zusammengesetzt und zeigen dadurch, daß sie nicht mehr einfache Bilder und Symbole, sondern aus heterogenen Stücken zusammengesetzte Komposita sind, ihre Entstehung in einer späteren Zeit an. Nur eines von ihnen stellt noch ein einheitliches Schriftbild dar und darf also noch der Urzeit zugerechnet werden, das Schriftzeichen hüan (Giles 1790), das eine dunkle, grün- bis blauschwarze Farbe bezeichnet und in seiner Anwendung etwa dem griechischen kyanous entspricht; wie dieses wird es für die Farbe des Himmels, des Meeres und ähnliche Farbtöne gebraucht. Es stellt Seidenschnüre in einem Färbebottich dar, zeigt also, daß die Anfänge der Stoffärbetechnik bereits der chinesischen Urzeit angehören. Alle übrigen Farbausdrücke aber sind zusammengesetzt, also

nicht mehr urzeitlich. Von besonderem Interesse ist unter ihnen das Zeichen „bunt", hui (Giles 5185), das aus „Seide" und „Menge" zusammengesetzt ist und damit zeigt, daß die Erzeugung bunter Farben gleichfalls erst im Gefolge der Zeugfärberei entstanden ist.

Auch auf chinesischem Gebiete bestätigt es sich also, daß sich die Farbbezeichnungen infolge der Färbetechnik entwickeln. Das Ergebnis unserer Untersuchung gibt der marxistischen Auffassung von der Entwicklung der Sprache vollkommen recht, wie sie Kautsky an der oben angeführten Stelle seiner Ethik mit den Worten ausspricht:

„Die Entwicklung der Sprache ist gar nicht zu verstehen ohne die Entwicklung der Produktionsweise."

Bevölkerungspolitik und Erziehung

Die Stellung der sozialistischen Partei zur Geburtenbeschränkung

Von *Oda Olberg* (Rom)

Die Nachkriegszeit mit ihrer Not hat das deutsche Volk brutal vor die Frage der Geburtenbeschränkung gestellt. Und zwar nicht nur die Not im unmittelbaren Wortsinne, als Mangel an Brot und Kleidung, als Mangel der Möglichkeit, die Kinder aufzuziehen, sondern auch jene andere Not, wie sie aus dem Zusammenbruch so vieler Illusionen folgte, aus dem Anblick sinnloser Qual und Verwüstung, aus dem Gefühl, Elementarkräften anheimgegeben zu sein, die unser bewußtes Tun nicht beeinflussen kann. Alles Durchlittene, all die Qual, die ausgestanden wurde im Felde und daheim, tritt heute wie ein Gläubiger in das Einzelbewußtsein, als scharfes Gefühl der Kürze und Vergänglichkeit des Einzellebens, als Gier nach Genuß, gleichzeitig als Lebensverachtung und als Lebenshunger. Wo soll die triebhafte Freude am jungen Leben herkommen, nachdem man so viel Leben sinnlos verwüsten sah?

Man nimmt allgemein an — nicht ohne statistischen Rückhalt —, daß die Jahre nach großen Kriegen stets Jahre großer Fruchtbarkeit waren. Sich darauf als auf eine Art Bevölkerungsgesetz zu verlassen, wäre töricht, denn die körperliche und seelische Verfassung dieser Nachkriegszeit weicht ohne Zweifel stark ab von der nach anderen Kriegen, deren Wirkungen weniger in alle Schichten der Bevölkerung drangen. Vor allem aber besteht der Unterschied in der technischen Möglichkeit der Geburtenbeschränkung. Wenn sich die Natur früher nicht spotten ließ, so spottet man ihrer heute sehr erfolgreich.

Wenn wir nichts wären als eine proletarische Partei, die sich auf Gegenwartserfolge einstellt und der nur an Zulauf

gelegen ist, brauchten wir überhaupt die tatsächlich bestehende Tendenz zur Geburtenbeschränkung nur zur Kenntnis zu nehmen und sie gutzuheißen. Zu einem schweren Problem wird sie uns gerade deshalb, weil wir eine in der Gegenwart wurzelnde Zukunftspartei sind, eine proletarische Partei mit Menschheitszwecken. Wir können durch eine demagogische Betonung von gegenwärtigen Interessen des Proletariats Verräter an seiner Zukunftsaufgabe werden.

Man halte uns nicht entgegen: es ist zwecklos, über die Bevölkerungsfrage viel zu reden. Das Beispiel Frankreichs zeigt, daß weder die Gesetzgebung noch die Appelle an Religion oder an Vaterlandsliebe, daß weder die überlieferte Moral noch das modern begründete Verantwortungsgefühl irgend etwas vermögen, um ein so tief in das Leben des einzelnen einschneidendes Verhalten, wie das der Kinderbeschränkung, zu bekämpfen. Nehmen wir diesen Einwand an, so können wir überhaupt mit unserer ganzen sozialistischen Propaganda einpacken. Diese beruht auf der Voraussetzung, daß einmal der einzelne gewissen Veränderungen durch das Milieu unterliegt und daß ein Teil dieser Veränderungen, soweit sie in den Bereich des Bewußtseins fallen, unser bewußtes Verhalten beeinflussen kann. Gewiß sind wir heute nicht mehr Milieugläubige im alten Sinne, der der Umwelt fast unbegrenzte aufbauende Fähigkeiten zuschrieb, aber wir sind Sozialisten, weil und insofern wir glauben, daß durch Umgestaltung der Umwelt ein höheres Maß von Menschenwerten zur Entfaltung kommen kann als heute und diese Umgestaltung nicht als Ergebnis eines automatischen Entwicklungsprozesses erwarten, sondern als systematisches Werk, das sich unter Beteiligung des menschlichen Bewußtseins vollzieht. Eben weil wir von der Annahme ausgehen, daß unsere Reaktion auf gewisse äußere Erscheinungen sich verändert, je nach dem Spiegelbilde dieser Erscheinungen in unserem Bewußtsein, verbreiten wir unsere Theorien in den Massen. Freilich wird der Einfluß

des Klimas, dem eine Menschengruppe unterliegt, nicht durch meteorologische Kenntnisse, nicht durch Belehrung über Strahlenbrechung, Pigmentierung und was ich weiß, abgeändert. Wohl kann aber ein Arbeiter, der in einer Umgebung herangewachsen ist und lebt, wo das A und O aller Erziehung in Prügel besteht, sich dieser Milieusuggestion entziehen, sobald ihn Beobachtung oder Belehrung davon überzeugt, daß die Kinder durch Prügel verstockt und verlogen werden. Natürlich wird diese Ueberzeugung zwecklos sein für den, der prügelt, nicht aus einem wenn auch rudimentären Gefühl, die Kinder zu leiten und zu erziehen, sondern aus natürlicher Roheit. Man kann dem, der sich durch Motive leiten läßt, über irrige Wege zum angestrebten Ziele aufklären. Praktisch kommt das ganz der Milieuumgestaltung gleich, soweit sie uns bewußt beeinflußt, denn wir lehren ihn, die Umwelt anders sehen, also anders auf sie zu reagieren. Seine Motive gestalten wir freilich nicht um.

Wir können hundert Jahre in einen Menschen hineinreden, der kein soziales Gefühl hat, ohne bei ihm solches zu wecken. Wir können aber sehr gut Eltern, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, von der Gewohnheit abbringen, sie allsonntäglich ins Wirtshaus mitzunehmen, anstatt sie ins Freie zu führen. Alle Propaganda ist Kleinarbeit: Verdrängung herkömmlicher, aus Bequemlichkeit gewählter Auffassungen durch solche, die unserem Kenntnisstande geeigneter erscheinen, den angestrebten Zweck zu verwirklichen. Freilich können wir niemand einen ihm wesensfremden Zweck als erstrebenswert aufzwingen.

Wenn wir also heute im Proletariat die sehr ausgesprochene Tendenz vorfinden, die Kinderzahl zu beschränken, es als sein Recht in Anspruch zu nehmen, die Schwangerschaft zu verhüten oder auch zu unterbrechen, so wäre es unwürdige Demagogie, einfach und ohne Prüfung dieser Tendenz das Wort zu reden und ihrer Durchsetzung durch Rechtsmaßnahmen die Wege zu ebnen. Sie als Tatsache hinzunehmen,

der man nur im Laufe der Jahrzehnte durch großzügige wirtschaftliche Umwälzungen entgegenarbeiten kann, wäre unsozialistisch und könnte sich auch als verfehlte Rechnung erweisen. Wir müssen sie im Lichte unserer Weltanschauung bewerten und diese Bewertung unter den Massen vertreten. Weil wir unter den Massen leben, wird ihre gegenwärtige Not bei uns Verständnis finden, aber keineswegs kann eine Bewegung, die die Schwelle zu einer höheren Zukunft bauen will, ihre Ideologie bloß auf Schmerzersparnis einstellen.

Wenn wir eine Richtschnur suchen, so kann uns dabei nicht das Bestreben leiten, dem Proletariat das geringste Maß von Leiden aufgebürdet zu sehen, sondern es darf uns als ethische Forderung nur das erscheinen, was in den Massen die Fähigkeiten zum Aufstieg zu einer höheren menschlichen Entwicklung zu fördern verheißt. Die sozialistische Weltanschauung ist auf Lebensbejahung begründet. Man kann wohl im Gespräch einwerfen, daß es ja gar nicht so wichtig sei, so viel zweibeiniges Gelichter auf der Erdkruste herumkrabbeln zu sehen, aber wer sich prinzipiell auf den Standpunkt stellt, daß das Leben keinen Wert habe, verläßt den Boden sozialistischer Diskussion.

Wir weisen uns also die Pflicht zu und maßen uns das Recht an, normativ zur Frage der Geburtenbeschränkung Stellung zu nehmen, dabei von der sozialistischen Voraussetzung ausgehend, daß jede gesunde Lebensentfaltung Wert habe, aber unter Abweisung eines platten Hedonismus, der nicht über die Lebensdauer eines Geschlechtes hinaussieht und ein Verrat wäre an unserem Zukunftsglauben.

•

Die Vermehrung des Kulturmenschen unterliegt nur mit einer gewissen Beschränkung demselben Prinzip, das wir aus der Vermehrung der anderen Lebewesen ablesen. Das, was Spencer als Antagonismus zwischen „Individuation und Genese" bezeichnet, ist beim sozialen Menschen zwar nicht

aufgehoben, aber doch wesentlich verschoben. Je höher ein Tier seiner organischen Entwicklung nach steht, um so geringer ist die Zahl seiner Nachkommen, eben weil die Höhe der organischen Entwicklung für den vollen Ausbau des einzelnen Exemplares eine große Summe an Zeit und Kraft erfordert. Der größere Kraftaufwand wiederum, den das Individuum verkörpert, bringt sich als größere Fähigkeit der Daseinsbehauptung zur Geltung. Hochstehende Tiere, wie z. B. der Elefant und der Biber, werden spät geschlechtsreif und setzen wenige Junge in die Welt. Aber die Kraft des einen, die Klugheit und gesellige Lebensweise des anderen setzen die Lebensgefährdung beider gegenüber anderen fruchtbareren Tieren, etwa dem Hirsch und dem Kaninchen, bedeutend herab. Wo dem größeren Kraftaufwand für das Individuum keine größere Fähigkeit der Lebensbehauptung entsprach, muß das Erlöschen der Art das Ergebnis sein; aller Wahrscheinlichkeit nach haben wir das Verschwinden des Mammuts sowie der ungeheuer kompliziert gebauten Riesensaurier dem Umstande zuzuschreiben, daß ihre hohe organische Entwicklung eine geringe Fruchtbarkeit einschloß, ohne dem Individuum eine Fähigkeit der Lebensbehauptung zu geben, die diese geringe Fruchtbarkeit erlaubt hätte. Erhalten haben sich nur die Arten, die ihre Lücken ausfüllen konnten; je niedriger eine Art in ihrer organischen Entwicklung (Individuation) steht, um so größer ist ihr zahlenmäßiger Aufwand zur Erhaltung (Genese); je höher sie steht, um so höher ist ihr Aufwand für das Einzelindividuum. Was sich im Einzelleben als Antagonismus zwischen Individuation und Genese darstellt, erscheint im Artleben als Widerstreit zwischen Erhaltungsfähigkeit des einzelnen und Fruchtbarkeit. In der hohen Entwicklung des Einzelwesens liegt Verminderung der Fruchtbarkeit eingeschlossen, aber die äußeren Grenzen, innerhalb derer dieser Hinaufbau des Individuums auf Kosten seiner Fruchtbarkeit sich vollziehen kann, ohne zum Erlöschen der Art zu führen, ist durch die äußeren Zer-

störungsursachen gegeben. Wo das Mehr, das auf das Individuum kommt, sich nicht in erhöhte Erhaltungsmöglichkeit umsetzt, stirbt die Art aus, wobei natürlich das Auftauchen neuer Zerstörungsbedingungen den höheren Arten am verderblichsten wird. Im ganzen ist das Leben einer Art besser ihrer hohen Fruchtbarkeit als ihrer hohen Differenzierung anvertraut: das australische Kaninchen und unsere Hausfliege spotten der menschlichen Zerstörungstechnik, während der Biber, der Elefant, der Wisent trotz unserer Hegungsversuche durch die bloße Ausdehnung der Kulturbedingungen ausgerottet werden.

Ohne natürlich die Höchstgrenze überschreiten zu können, die der Fruchtbarkeit jedes Lebewesens durch seine individuelle Entwicklung gezogen ist[1]), erscheint uns der Mensch in seiner Vermehrungsmöglichkeit auf eine in hohem Maße zerstörende Umwelt berechnet. Jedenfalls verhält er sich in seinem tatsächlichen Zuwachs anders als die anderen Tierarten, deren Zahlenbestand im vom Menschen unbeeinflußten Naturzustande ungefähr gleichbleibt, während der des Menschen sich im letzten Jahrhundert mehr als verdoppelt hat.

Dieser starke Zuwachs erklärt sich uns vollständig aus all dem, was wir über die Vermehrung und das durch beständige Schwankungen sich verwirklichende Gleichgewicht im Tierreich wissen. Der Kulturmensch verändert die Umwelt und schaltet einen Teil ihrer Zerstörungsursachen aus, was keine andere Tierart vermag. Er schafft Raum für seinen Geburtenüberschuß, während das Tier durch ihn entweder seine Feinde vermehrt, indem er ihnen reichlichere Nahrung bietet, oder seinen Nahrungsspielraum schmälert, mit entsprechend größerer Sterblichkeit der jungen und der

[1]) Wir können es kaum in Frage ziehen, daß diese hypothetische normale Höchstgrenze unter krankhaften Bedingungen überschritten wird. Man denke an die große Fruchtbarkeit der Tuberkulösen und mancher Familien mit schweren Entartungserscheinungen, sowie daran, daß wohl jede in die Zeit der normalen Stillungsperiode fallende Empfängnis als übermäßige Fruchtbarkeit gelten muß.

schwachen Tiere. Dabei tritt auch beim Menschen die automatische Regelung, die sich aus dem Widerstreit zwischen individueller Entwicklung und Fruchtbarkeit ergibt, freilich in volle Geltung, soweit das physiologische Ergebnis der Geburtenzahl in Betracht kommt. Der Umstand aber, daß soziale Verhältnisse die Aufzugsbedingungen so stark verändert haben, kommt in der größeren Zahl der Ueberlebenden zum Ausdruck, ohne einen Rückschlag auf die physiologische Fruchtbarkeit zu haben, und hier liegt eben der Punkt, in dem die menschliche Vermehrung entscheidend von der der Tierwelt abweicht.

Das Tier — um ganz schematisch zu sprechen — legt alle Mittel zu seiner Erhaltung und Verteidigung in seinem Organismus an. Wenn es sich der Feinde besser durch Flucht entzieht, so bedarf es dazu eines schlankeren Körperbaus und kräftigerer Muskeln; wo es sich durch Intelligenz behauptet, wie der Biber, erfordert seine Ausbildung bis zur Geschlechtsreife eine größere Zeitspanne. Alles, was seiner Erhaltung als Individuum dient, vermindert seine Fruchtbarkeit. Der Mensch dagegen behauptet sich in der Umwelt nicht nur durch starke Muskeln, nicht nur durch die hohe Ausbildung seines Gehirns, sondern durch ein außerhalb seines Organismus liegendes gesellschaftliches Patrimonium von materiellen und geistigen Gütern, welches Patrimonium, was die Umgestaltung der Umwelt und den Erkenntnisbestand anbetrifft, die Arbeit zahlloser Generationen darstellt. Dieses Patrimonium hilft ihn und seinen Nachwuchs schützen, ohne an seinen Organismus jene erhöhten Anforderungen zu stellen, die als verminderte Fruchtbarkeit zum Ausdruck kommen. Der Hinaufbau des Menschen, wenigstens in seiner Behauptungsfähigkeit als Lebewesen, ist weniger eine physiologische als eine soziale Erscheinung; der Hinaufbau des Tieres ist dagegen rein physiologisch und erfolgt daher auf Kosten seiner Fruchtbarkeit. Auch beim Menschen sinkt die Fruchtbarkeit im Verhältnis zu seiner biologischen Ent-

wicklung; sie sinkt aber nicht im Verhältnis zu seiner sozialen Behauptungsfähigkeit, soweit diese auf außerbiologischen Bedingungen beruht.

Daraus folgt, daß beim Menschen die Tendenz zur automatischen Regelung der Fruchtbarkeit, die wir in der übrigen Tierwelt beobachten, in stark vermindertem Maße zur Geltung kommt: der Mensch ist fruchtbarer als alle anderen Tiere [1]). Er gestaltet die Bedingungen seiner Erhaltung um, ohne daß diese ihn als Lebewesen, nämlich in seiner Fruchtbarkeit, entsprechend umgestalten, wie das in der übrigen Tierwelt der Fall ist. Seine biologische Fruchtbarkeit übertrifft daher die durch seine sozialbedingte Erhaltungsfähigkeit gegebene Minimalgrenze des für die Erhaltung des Artbestandes Notwendigen um ein bedeutendes.

Dieses Mißverhältnis ist eine verhältnismäßig moderne Erscheinung. Bis in die ersten Jahrhunderte der Neuzeit hinein sorgten beständige Kriege und die ebenso beständigen Seuchen dafür, daß der Tod der Fruchtbarkeit so ziemlich das Gleichgewicht hielt. In diesem Mißverhältnis liegt unserer Ansicht nach die Berechtigung zu einer willkürlichen Beschränkung der Kinderzahl eingeschlossen. In der angeführten Arbeit habe ich versucht, darzulegen, daß sich aus der modernen Umwelt, vor allem der Städte, eine Diskrepanz zwischen physiologischer und psychischer Fruchtbarkeit ergibt. Eine gesunde Frau kann in ihrer dreißigjährigen Fruchtbarkeitsperiode bequem 12 oder 14 Kinder in die Welt setzen, aber nie und nimmer kann sie einen solchen Nachwuchs aufbringen, ohne seelisch ausgemergelt zu werden. Wenn ihre physiologische Gebärkraft zureicht, so reicht ihre Nervenkraft für die seelische Mütterlichkeit nicht zu. Es ist dies eine Disharmonie, die sich aus der Tatsache ergibt, daß der Kulturmensch einen Teil seiner Lebensbehauptung

[1]) Den hier angedeuteten Gedankengang habe ich näher ausgeführt in „Das Weib und der Intellektualismus" (Verlag Edelheim, Berlin-Bern 1902), Seite 41—46.

durch Werkzeuge außerhalb seines Organismus bewerkstelligt.

Auf Grundlage des hier angedeuteten Gedankenganges erscheint also der Neomalthusianismus als eine willkürliche Beeinflussung der menschlichen Fruchtbarkeit, die diese bewußt derselben Linie nähert, die die Fruchtbarkeit aller Tierarten automatisch einhält. Nach dem, was wir über die potentielle Fruchtbarkeit des menschlichen Weibes wissen, müssen wir weiter zu dem Schluß kommen, daß die willkürliche Beschränkung der Fruchtbarkeit zu allen Zeiten sehr verbreitet war, denn sechs oder acht Geburten erschöpfen unter keinen Umständen die normale Gebärfähigkeit des Weibes. Uns gilt also der Neomalthusianismus als eine unabweisbare Kulturfolge, als etwas, das mit dem Maßstab unserer Vernunft gemessen rationell genannt werden muß. Die Diskussion setzt also erst ein in bezug auf das Maß der Beschränkung und auf die Zweckmäßigkeit, die technischen Voraussetzungen weiteren Schichten zugänglich zu machen.

•

Als zweckmäßig gilt uns natürlich nur, was der Tüchtigkeit und dem Wert unseres Schlages dient, nicht die Bequemlichkeit der Einzelfamilie. Daß diese gewaltig ins Gewicht fällt, wissen wir sehr wohl, aber wo sie es zum Schaden unseres Geschlechtes tut, müssen wir versuchen, ihr im Hervorheben dieses Schadens bei denen ein Gegengewicht zu schaffen, die für soziale Beweggründe empfänglich sind.

Wir wollen hier, wo wir uns doch nur auf Anregungen beschränken müssen, auf die Bevölkerungsfrage als Frage der Quantität, als Beziehung von Vermehrung und Nahrungsspielraum, gar nicht eingehen. Darüber ist schon von berufenerer Seite, von Karl Kautsky selbst in seiner „Vermehrung und Entwicklung“ (Stuttgart 1910), das wichtigste gesagt worden, und wir treten vollständig seinem Schlusse bei, daß von einer Uebervölkerung im Sinne des Fehlens der

Nahrungsmittel bei vernünftiger Anwendung der modernen Technik auf Jahrhunderte hinaus nicht die Rede sein kann. Auch die Frage der politischen Wirkung, die der Druck der Bevölkerung als Expansionsbedürfnis bei den Fruchtbaren, und als Besorgnis, überwältigt zu werden, bei den Völkern mit geringerer Zuwachsrate auslöst, müssen wir uns versagen, zu berühren, so verlockend das Argument auch heute ist. Wir wollen uns damit begnügen, schematisch und andeutungsweise zu untersuchen, ob die beiden Generationen, die, mit der Kriegserbschaft belastet, als gegenwärtige und künftige Erzeuger vor uns stehen, in der heute scharf ins Bewußtsein tretenden Tendenz der Geburtenbeschränkung zu bestärken sind oder nicht. Dabei kümmert uns, wie gesagt, weder das Einzelinteresse noch das Parteiinteresse, sondern einzig und allein die Zukunft unserer Rasse. Wenn das sozialistische Proletariat nicht mehr die Entsagungskraft hätte, seine Christophoruslast auf sich zu nehmen, dann gäbe es ohnehin kein anderes Ideal als das des möglichst schmerzlosen und möglichst schnellen Abbaus.

Um die Schlußfolgerungen, zu denen wir kommen wollen, vorweg zu nehmen, sei schon jetzt gesagt, daß wir kein Geschlecht als weniger zu hoher Fruchtbarkeit berufen ansehen, als die beiden heutigen, die die Kriegsstriemen an Leib und Seele tragen. Die soziale Eisperiode, aus der das deutsche Volk hervorgeht, hat uns keineswegs ein prächtiges Geschlecht von Siegern hinterlassen, die jede Ungunst überwanden, während die Minderwertigen zugrunde gingen. Blutarme Kinder mit schlechtem Knochenbau, verhärmte, früh gealterte Eltern erzählen uns die Geschichte der Not ganz anders, als sie sich aus einigen Grundvorstellungen über Arterhaltung, aus den Begriffen des verschärften Daseinskampfes und des Ueberlebens der besser Angepaßten zu ergeben scheinen. Die Wirklichkeit hat eben immer ein ganz anderes Gesicht, als wir es hinter den Worten vermuten, mit denen wir „Systeme bereiten". Die Not ist angeschlichen gekommen

aus dem Hinterhalt, und hat langsam alles genommen, was Lebenswert und Lebensnotdurft war. Und am meisten haben gelitten, die am meisten bedurften: die Kinder; am schwersten wurden getroffen, die am leichtesten zu treffen waren. Der Mensch mit seiner langen Kindheit, die gleichzeitig Vorbedingung und Ausdruck seiner hohen Entwicklung ist, stellt jeder Periode der Not eine breite Schicht physiologisch Hinfälliger, nämlich die aufwachsende Generation, bei deren Vernichtung der mögliche Wert des Erwachsenen nicht zum Worte kommt. Eben darum ist der Mensch, sobald die Schutzwände der Gesellschaft wegfallen oder teilweise versagen, anfälliger als jedes andere Tier; eben darum ist sein Organismus auf eine hohe Fruchtbarkeit eingestellt, weil, bis hoch in die Neuzeit hinein, sich nur die erhalten haben, die über die durch diese Anfälligkeit bedingte Sterblichkeit hinaus fruchtbar waren. Aber diese Tatsache der langen Kindheit bringt es auch mit sich, daß der wichtigste Teil der Vernichtung in schweren Notjahren fast gar keinen Auslesewert hat.

Der Auslesewert wird der Not auch dadurch genommen, daß sie mehr Leben antastet und verkümmert, als wirklich vernichtet. Auch in den armen Klassen sterben nicht alle Kinder, aber sie entwickeln sich schlecht, bleiben blutarm, rhachitisch und in ihrer Nervenverfassung minderwertig. Selbst in Perioden der äußersten Not, wie die der letzten Kriegsjahre und der Nachkriegszeit in Deutschland, sieht sich der Mensch in seinem Daseinskampf nicht nur auf seine biologischen Kräfte gestellt; er verfügt über einen sozialen Besitzstand, der ihm das Aeußerste vielfach fern hält. Aber was man dem Tode streitig gemacht hat, hat man nicht der Gesundheit gewonnen. Dem großen Notsterben der schlimmsten Jahre folgen zahlreiche Nachzügler, die heute sterben an der in der Zeit des Wachstums ausgestandenen Not. Vielleicht wird noch die nächstfolgende Generation Nachzügler stellen, deren biologische Werte in den Eltern als Keimträgern oder als Keimboden angetastet worden sind.

Wir gestehen natürlich ohne weiteres zu, daß es durchaus unbiologisch wäre, das Kind in seinem Daseinskampf als alleinstehend zu betrachten. Der Schutz, den ihm die Intelligenz und Opferfähigkeit der Eltern angedeihen lassen kann, gehört tatsächlich zu seinem biologischen Wert. Ob aber immer die Besseren es in dem wüsten Milieu der Nachkriegszeit besser schützten? Und wie stand es um den Schutz derer, deren Väter die Schlachtfelder der Ost- und Westgrenze düngten? Wie um die Widerstandskraft der Familien mit zahlreicher Kinderzahl?

Der biologische Menschenbestand Deutschlands scheint uns also nach dem Kriege und der Kriegsnot qualitativ herabgemindert, und weniger als die vorhergehenden Geschlechter dazu berufen, das „Seid fruchtbar und mehret euch" der Bibel zu betätigen. Uns scheint, daß kein Rassenhygieniker gegen den tatsächlichen Ausfall, der aus der Verbreitung neomalthusianischer Maßnahmen in den beiden kriegsbetroffenen Generationen erwachsen würde, ernstlich etwas einzuwenden hätte.

Die Gefahr liegt wo anders: nicht im zeitweiligen zahlenmäßigen Ausfall an Geburten, den sich Deutschland noch leisten kann, sondern in dem Geiste. Man weist immer auf Frankreich hin, um zu zeigen, wie unausrottbar der einmal eingewurzelte Neomalthusianismus sei. Dieser Hinweis beweist zwar keinen großen Glauben an die praktische Lebensbejahung unseres Geschlechts, aber er kann sich auf die Erfahrung unseres Nachbarlandes stützen. Wie kann man jenem Geist der Selbstsucht und Engherzigkeit entgegenwirken, wenn man gleichzeitig die Maßnahmen objektiv billigt, die diesem Geiste entsprechen?

Wir glauben, daß es einen praktischen Neomalthusianismus ohne seelische Unfruchtbarkeit nur geben kann auf der Grundlage einer rassenhygienischen Ueberzeugung, eines rassenhygienischen Idealismus. Nichts ist aber diesem Geiste abträglicher als der stupide Gebärzwang, in einer Zeit wie

der unseren. Wenn die Berliner Kinder ihren kleinen Geschwistern an der Wiege singen:

„Schlaf, Kindchen, schlaf,
Dein Vater ist ein Schaf,
Dein' Mutter ist ein Dusseltier,
Was kannst Du, armes Kind, dafür!
Schlaf, Kindchen, schlaf"

so ist das ein fürchterliches Wiegenlied, geeignet, eines Volkes Zukunft in den Schlaf zu singen. Es findet sein seelisches Pendant in dem ruchlosen Wort, das in Italien die Drückeberger sagen ließ: „Nach dem Kriege gibts keine Dummen mehr". Wenn es ein „Reinfall" ist, Kinder in die Welt zu setzen und eine Dummheit, für eine Idee zu sterben, dann ist ein Volk reif dafür, daß die Geschichte über es wegschreite.

Aber man wähne nicht, dieser Einstellung entgegenzuarbeiten, indem man die Schwangerschaftsverhütung als ein Klassenmonopol den großen Massen verheimlicht. Man würdigt die Fruchtbarkeit herab, indem man sie zur biologischen Fronleistung der besitzlosen Schichten macht. Wir haben dem neomalthusianistischen Geiste nichts anderes entgegenzustellen als die Würde der Mutterschaft. Und Würde hat nur, was man in Freiheit wählt.

•

Es ist eine durchaus falsche Auffassung zu glauben, daß die Anerkennung der Unvermeidlichkeit und gelegentlichen Nützlichkeit des Neomalthusianismus gleichbedeutend sei mit Geringschätzung hoher Fruchtbarkeit. Der Neomalthusianismus ist berechtigt und nützlich, wo er einer sozial wertlosen Fruchtbarkeit vorbeugt und da, wo er die physiologische Fruchtbarkeit der Fähigkeit anpaßt, den Nachwuchs aufzuziehen. Auf alle Fälle ist er aber der Ausdruck einer gewissen Unzulänglichkeit, eines gewissen Versagens; es gibt

keine höhere Form der Lebensbejahung, als eine zahlreiche Nachkommenschaft.

Der Neomalthusianismus ist aber das billigste und schmerzloseste Mittel, die Gesellschaft vor der Vermehrung menschlichen Abfalls zu schützen. Ich habe nie Menschen kennen gelernt, die sich ihrer Kinderlosigkeit als Ausdruck moderner Lebensklugheit rühmten, ohne im Herzen bedauert zu haben, daß nicht schon ihre Eltern so intransigente Neomalthusianer waren. Man denke doch nicht, daß gesunde Eheleute leichten Herzens auf Nachwuchs verzichten. Alle, die das Gesetz zum Wächter bestellen wollen über die Fortpflanzung, scheinen zu vergessen, daß die Natur in gesunden Instinkten ihre Sache schon guten Händen anvertraut hat. Freiwillige Kinderlosigkeit ist Ausdruck der Degeneration und ist ihrer ethischen Bewertung nach dem Selbstmord gleichzustellen, der in der unendlichen Verschiedenheit der Einzelschicksale eine Pflicht sein kann und ein Menschenrecht, ein tragisches Entwurzeltwerden manches Hochwuchses, in dessen Krone der Sturm greifen konnte, aber auch ein kümmerliches Versagen oder gar eine groteske und würdelose Nachahmung.

Viel größere Bedeutung als die freiwillige Kinderlosigkeit als Absterbeprozeß hat heute für uns die Kinderbeschränkung, die sich aus der Unfähigkeit der heutigen Proletarierin und berufstätigen Frau ableitet, zahlreiche Kinder zu gebären und aufzuziehen. Es gibt wohl kaum ein widerwärtigeres Pharisäertum, als da mit sittlichen Forderungen loszuziehen. Einer Frau, die zu ausgemergelt ist, um ihr Kind stillen zu können, die das Jüngste noch auf dem Arm herumschleppt und für die Vorhergeborenen überhaupt nur durch den Friedhof entlastet wurde, im Namen einer sozialen Pflicht eine neue Geburt zuzumuten, ist eine stupide Heuchelei. Kranken Frauen, durch vorausgegangene zahlreiche Schwangerschaften Erschöpften, Frauen von Säufern und Verbrechern ist die Technik der Empfängnisverhütung zugänglich zu machen und die Unterbrechung der Schwangerschaft freizustellen. Da-

durch schützt die Gesellschaft sich selbst und erspart unnütze Qual.

Nichts ist so geeignet, der gesunden tapferen Fruchtbarkeit, die sich in allen Schichten der Gesellschaft findet, die Würde zu geben, die ihrer sozialen Bedeutung zukommt, als die Beseitigung des Gebärzwanges. Die heutige Praxis entwürdigt geradezu die Mutterschaft. Sie verhindert auch eine wirkliche Beratung der Schwangeren. Wer als äußersten Ausweg eine Maßnahme erwägt, die das Gesetz als Verbrechen ahndet, wird nur in seltenen Glücksfällen an einen rechtschaffenen und weitblickenden Berater kommen. Die Schwangere, die sich mit dem Gedanken der Unterbrechung trägt, bedarf aber der Beratung und des Beistandes, wie sie ihr nur von einer öffentlichen Stelle, womöglich von einem kommunalen Institut, geboten werden können. Statt dessen wuchert um ihre Not eine schmutzige Industrie mit großem Risiko und noch größerem Profit. Bei manchen Schwangeren, die sich durch Unterbrechung vor wirklicher oder eingebildeter Ueberlastung, vor wirklicher oder eingebildeter Verantwortung für ein wertloses Leben retten wollen, tritt die technische Schwierigkeit, die Gefahr, der sie sich aussetzen, wie eine Art fixe Idee in den Vordergrund ihres Denkens, daß sie sich unfähig zeigen, die wirklichen Motive ihres Bestrebens einer Kritik zu unterwerfen. Der heutige Rechtszustand stellt das, was wirklich für ein Volk das ausschlaggebende sein soll, die Motive, ganz in den Schatten, indem er die Tat als solche verdammt, welche Tat aus Egoismus, Feigheit oder Bequemlichkeit entspringen kann, aber auch aus einer jede moralische Bewertung ausschließenden Zwangslage oder aus dem ernsten Bewußtsein sittlicher Verantwortlichkeit.

Man muß die Schwangerschaftsunterbrechung freistellen, um sie beraten zu können und auch, um aus öffentlichen Mitteln den äußeren Zwangslagen abzuhelfen, die ihr heute vielfach individuelle Berechtigung geben, zur Schande und

zum Schaden der Gesellschaft. Ich will zugeben, daß die gesetzliche Ahndung der Fruchtabtreibung heute die Zahl der Abtreibungen beschränkt. Es ist mir aber sehr zweifelhaft, ob der Schaden, der durch mißglückte Versuche für die Frucht und für die Mutter erwächst, sowie die Folgen der so häufigen groben Kunstfehler, die den Tod oder dauerndes Siechtum herbeiführen können, nicht diese Beschränkung der Zahl aufwiegen. Schließlich bin ich der Ueberzeugung, daß viele der Frauen und Mädchen, die heute abortieren, bei gesetzlicher Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung ihre Frucht austragen würden, wenn nur die Freigabe begleitet ist von „Rat und Hilfe" in wirklichem Wortsinne und wenn sie, indem sie die Beschämung des „Hereingefallenseins" aufhebt, der außerehelichen Mutterschaft Ansehen verleiht.

Den widerwärtigen Beigeschmack des Pharisäertums, der heute jedes Wort zugunsten einer gesunden Fruchtbarkeit entkräftigt, kann man nur beseitigen, indem man den Notbehelf der künstlichen Beschränkung, von der Empfängnisverhütung zur Abtreibung, gesetzlich zuläßt. Aber als Notbehelf, als den man diese Maßnahmen heute nicht immer empfindet. Nicht als eine moderne Errungenschaft, die das Ausleben des Individuums über sein Eingewobensein in das lebendige Gewebe der Art stellt, als ob sich nicht auch in diesem Eingewobensein ein Stück Individuum auswirkte, sondern als eine Form des Versagens, die in früheren Zeiten als Sterblichkeit im Kindbett oder als Kindersterblichkeit zum Ausdruck kam und heute in der Verhütung der Empfängnis oder in der Unterbrechung der Schwangerschaft als ein milderer Tribut erscheint, den das Leben dem Tode zahlt.

Ich glaube nicht, daß sich das deutsche Volk einen dauernden Rückgang der Geburtenzahl leisten kann; wenn es die Seelenverfassung des Nachkrieges auf französische Bevölkerungsverhältnisse herabdrücken sollte, dann ginge wirklich die deutsche Kultur als Unterliegende aus dem Weltkrieg

hervor. Darum fort mit dem Gebärzwang, der mit seiner Trostlosigkeit und Sinnlosigkeit die Freude und den Mut zur Elternschaft ansteckt oder doch stumm macht. Es gibt keine höhere Form der Lebensbejahung als die, die den Mut hat, in zahlreichen Kindern Hand auf die Zukunft zu legen und den Aufwand an Anstrengung und an Opfern als eigene Lebensbejahung zu empfinden, wie jeden erhöhten Kraftaufwand. Aber es wäre Lästerung und Hohn, dieses Evangelium der Fruchtbarkeit da zu predigen, wo nur dem Siechtum oder dem Verkümmern durch materielle Not Kinder geboren werden würden.

Die bloße Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen gegen die Schwangerschaftsunterbrechung würde heute juristisch gesündere Verhältnisse schaffen, weil die heutigen Bestrafungen, bei denen eine von hundert erwischt wird, praktisch einen Zustand der Willkür und Gesetzlosigkeit darstellen. Sie würde auch viele Familientragödien verhindern und manchem ernsten Arzt schwere Gewissenskonflikte ersparen. Einen rassenhygienischen Wert bekommt aber die Aufhebung des Gebärzwanges erst, wenn sie als ein Werkzeug einer großzügigen Elternberatung und eines wirksamen Kinderschutzes, mit der Autorität einer wirklichen Rassenfürsorge auftritt.

Mir schwebt da etwas wie eine Gemeindeinstitution vor, mit wählbaren Beisitzern beiderlei Geschlechts, die nach ärztlichen und sozialen Gesichtspunkten von Fall zu Fall über die Zulässigkeit entscheidet. Man muß die Eltern belehren, daß es sich um einen zwar nicht das Leben bedrohenden, aber sehr oft die Gesundheit und besonders das Nervensystem der Frau stark mitnehmenden Eingriff handelt, muß das jetzt verbreitete Vorurteil bekämpfen, daß eine Reihe von künstlichen Fehlgeburten, der sich manche Frauen in Erwartung „besserer Zeiten" unterziehen, die Fruchtbarkeit dieser „besseren Zeiten" unrettbar antasten kann. Man denke nur, mit welchem Gewicht eine solche Beratungsstelle einer Mutter zahlreicher gesunder Kinder zum Austragen der neuen

Frucht raten kann, wenn zur Beratung die Möglichkeit tritt, die bereits Geborenen durch Aufnahme in eine Ferienkolonie vor dem wirtschaftlichen Rückschlag der neuen Last sicher zu stellen. Heute ist es ja eine Komödie, wenn man den Frauen von Kindersegen spricht, deren Kinder man praktisch als Unkraut behandelt. Dieser Widerspruch zwischen der formalen Ehrung der Mutterschaft und der tatsächlichen Vergeudung an jungen Leben tritt heute den Frauen aus dem Volke ins Bewußtsein und löst die neomalthusianistische Seeleneinstellung aus. Man mache diesem Widerspruch ein Ende, nicht, wie es heute geschieht, indem man die Ehrung der Mutterschaft als altmodisches Vorurteil auf das Niveau des gesellschaftlichen Kinderschutzes herabdrückt, sondern indem man dieses hebt. Das deutsche Volk braucht einen zahlreichen gesunden Nachwuchs, aber wir erwarten ihn nicht vom Gebärzwang, nicht von der Unkenntnis der Verhütungsmittel, sondern von der bewußten Lebensbejahung der Tüchtigen.

Heute jubelt man im Ausland über den Rückgang der deutschen Geburtenzahl. Man denkt: kommt der Stein erst ins Rollen, so gehts unaufhaltsam bergab. Und in Deutschland glaubt man in manchen Kreisen, daß hier das Gesetz der Verbreitung neomalthusianischer Kenntnisse entgegentreten und die Sanktionen gegen die Abtreibung aufrecht erhalten müsse. Wir glauben, daß auch ein Volk, wie der Mensch, nur von innen heraus, nur an sich selber stirbt. Wer nach dem Ungeheuren, was Deutschland ausgehalten hat, körperlich oder seelisch nicht mehr die Kraft der Lebensbejahung fühlt, dessen Nachwuchs lasse man hingehen als Nachzügler der vielen Kriegsverwüstung. Viele sind irr geworden am Leben: Mystizismus, Rückkehr zum Glauben, Skeptik und Pessimismus erzählen uns davon, wie die Sucht nach Alkohol und Kokain. Diese Erscheinung ist kein Einwand gegen den Neomalthusianismus, sondern erklärt und rechtfertigt ihn.

Was im Volke Zukunftswerte bildet, hat nichts mit ihr geschaffen. Wir wollen trotz aller Not ein kinderfrohes Volk sein, nicht reich an Spareinlagen, sondern an lebendigem Reichtum. Wir wollen nicht zum Zweikindersystem mit der „gesicherten Zukunft" und ihrer Zukunftslosigkeit verkümmern. Aber dazu brauchen wir nicht den heutigen Gebärzwang mit seiner zwecklosen Qual. Es genügt uns, den gesunden Lebenswillen in unserer ethischen und ästhetischen Wertung hoch zu stellen und das Leben immer einsichtiger und liebevoller mit allen Kräften der Gesellschaft zu hegen. Das eine ist Voraussetzung jedes sozialistischen Strebens, das andere angewandter Sozialismus. In beiden ist genug Kraft und Zukunft, um eine willkürliche Beschränkung der Fruchtbarkeit zu vertragen, wie sie soziales Interesse und Menschlichkeit gegenüber Krankheit und Not fordern und rechtfertigen.

Mutterschaftszwang und Bevölkerungspolitik

Von Prof. *Tandler* (Wien)

Die Probleme der Bevölkerungspolitik, welche lange Zeit Gegenstand der Diskussion eines kleineren Kreises, hauptsächlich theoretischer Bevölkerungspolitiker waren, sind im Laufe der letzten Jahrzehnte immer mehr und mehr in den Vordergrund allgemeinen Interesses gerückt und Gegenstand lebhafter öffentlicher Debatten geworden, wobei allerdings hie und da der Standpunkt parteipolitischer Anschauung bezogen wurde. Wie immer bei Fragen öffentlichen Interesses, kam es auch hier zur Konzentration der Anschauungen und des Interesses für einzelne Fragen, die nun, zu *Schlagworten* verdichtet, Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen geworden sind. Da die Einstellung des Einzelnen zur Mehrheit dieser Probleme vielfach von der Weltanschauung des Betreffenden abhängt, darf es nicht wundernehmen, wenn überhastender Eifer und Fanatismus manchmal aus einer bevölkerungspolitischen Frage eine politische gemacht haben und dies nicht zugunsten der logischen und rechtlichen Lösung des Problems.

War schon vor dem Kriege in der großen Reihe bevölkerungspolitischer Probleme jenes des Geburtenrückganges im Mittelpunkte des Interesses, so hat der Krieg mit seinen ungeheuren Menschenverlusten gerade den Geburtenrückgang und seine faktischen Gründe ganz besonders zum Vorwurf lebhafter Diskussionen gemacht. Die unzweifelhafte Tatsache, daß die beiden Mechanismen des Geburtenrückganges, der *Präventiv-Verkehr* und die *Schwangerschaftsunterbrechung*, in ihrer Häufigkeit ganz besondere Fortschritte gemacht haben, hat die Aufmerksamkeit von den wahren Gründen der verringerten Geburtlichkeit abgelenkt und den

beiden eben erwähnten Vorgängen zugekehrt, dies um so mehr, als Begleiterscheinungen der Schwangerschaftsunterbrechung, vor allem Tötung oder schwere Schädigung der Schwangeren einerseits, Kollision mit den bestehenden Gesetzen andererseits immer wieder die Oeffentlichkeit aufzuregen bestimmt waren. Viel weniger bevölkerungspolitische Ueberlegungen als der Widerstreit in dem Rechtsempfinden weiter Kreise der Bevölkerung haben den Streit um die Gestattung oder das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung immer von neuem angefacht, und je größer die Zahl der Getroffenen, um so vehementer die Auseinandersetzungen. Die Wichtigkeit des Gegenstandes und die Prägung der Gegensätze und der Schlagworte haben schließlich und endlich dazu geführt, daß der ganze Kampf fast unter vollkommener Vernachlässigung der bevölkerungspolitischen Grundlage in einem Streit um den sogenannten *Mutterschaftszwang* und um die Beseitigung oder Erhaltung des sich auf die Schwangerschaftsunterbrechung beziehenden *Paragraphen 144* ausartete. Und so treten die einen für die Beibehaltung, die anderen für die Abschaffung dieses Paragraphen ein, finden natürlich, je nach ihrer Weltanschauung, religiöse, rechtliche, ethische Begründungen ihres Verhaltens. Daß es dabei, wie so oft, auch leider in diesem Streit nicht an Verhöhnungen, ja Verdächtigungen fehlt, ist eine tief zu bedauernde, den Ernst des Problems schädigende Erscheinung. Ja die Verdächtigungen gehen in der Wut des Kampfes manchmal sogar so weit, daß jene, welche sich aus der Not der Zeit heraus, bewogen durch das furchtbare Schicksal der Schwangeren, gereizt durch die ungleichmäßige Behandlung der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung, je nachdem es sich um vermögende oder arme Schwangere handelt, für eine zeitgemäße Abänderung des § 144[1]) einsetzen, verdächtigt werden, sich für den schrankenlosen Abortus einzusetzen. Man hat sich schließlich nicht gescheut, im partei-

[1]) Siehe auch die §§ 218, 219 des Deutschen Strafgesetzbuches.

politischen Uebereifer das Begehren nach Revision dieses Paragraphen für einen Punkt des sozialdemokratischen Programms zu erklären. Ganz abgesehen davon, daß dies eine blanke Unwahrheit ist, war die Geburtenbeschränkung wohl Gegenstand der Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Führer, niemals aber Absicht derselben, im Gegenteil. Ich möchte an dieser Stelle nicht die Geschichte der Einstellung der sozialistischen Partei zu dem Problem abhandeln, sondern nur zwei prägnante Sätze *Otto Bauers* anführen: „Der einzelne Arbeiter mag ja behaglicher leben, wenn er weniger Kinder zu betreuen hat. Aber die ganze Arbeiterklasse kann ihr Ziel nicht erreichen, sie kann die Fesseln des Kapitalismus nicht brechen, wenn sie ihre Zahl nicht vermehrt." Noch viel weniger existiert eine parteiprogrammatische Einstellung zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung, und ich kann daher auch hier nicht im Sinne eines Parteiprogramms sprechen, sondern nur meine eigene Meinung vertreten. Es sei mir gestattet, zunächst folgendes vorweg zu nehmen: Wenn auch die Vertreter der sozialen Bevölkerungspolitik, für welche das *Aufzuchtsproblem* mit dem Ziele eines menschenwürdigen Daseins für die Geborenen im Mittelpunkt des Interesses steht, den Geburtenrückgang nicht mit jener Aengstlichkeit beobachten, wie dies die imperialistischen Bevölkerungspolitiker tun müssen, so wissen sie dennoch, geradeso wie dies Otto Bauer gesagt hat, daß eine bestimmte Vermehrung der in einer Gemeinschaft lebenden Menschen notwendig ist, soll die Gesellschaft und mit ihr die Kultur nicht zugrunde gehen. Daher ist für uns vom Standpunkte sozialer Bevölkerungspolitik zunächst die Frage zu beantworten: *Spielt die Schwangerschaftsunterbrechung beim Geburtenrückgang* resp. bei der Bevölkerungsverminderung, überhaupt eine *Rolle oder nicht?* Wenn ja, welche Rolle? Dies hängt in erster Linie von der Häufigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung überhaupt ab und damit kommen wir zur Beantwortung einer sehr schwierigen Frage.

Wir wissen wohl, daß die Schwangerschaftsunterbrechung nicht nur in allen möglichen Kulturperioden ein ganz gewöhnlich geübter Vorgang war, sondern daß dieselbe bis zum heutigen Tage auch bei nicht kultivierten Völkern gang und gebe ist. *Aristoteles* z. B. empfiehlt direkt die Schwangerschaftsunterbrechung und sagt: „Die Freigabe der Kinderzahl muß notwendig die Verarmung der Bürger zur Folge haben, die Verarmung aber veranlaßt Aufruhr und Verbrechen." Eine *verläßliche Statistik* über die Schwangerschaftsunterbrechung gibt es aus leicht begreiflichen Gründen nicht. Man hat wohl an verschiedenen Kliniken Verhältniszahlen zwischen den daselbst abgelaufenen Geburten und den zur Beobachtung gekommenen Schwangerschaftsunterbrechungen aufgestellt und daraus die Zahl der Abortus erschlossen, doch erheben sich diese Schlüsse kaum über das Niveau vager Schätzungen. *Bumm* schätzt beispielsweise die Zahl der jährlichen Schwangerschaftsunterbrechungen bei 50 000 Schwängerungen in Berlin auf 10 000, Schäfer gibt an, daß auf 100 Geburten 41 Fruchtabtreibungen bei unverheirateten Frauen und 30 bei verheirateten stattfinden.

Wer sich nur halbwegs für die Angelegenheit interessiert und sich ein bißchen umsieht, kommt bald darauf, daß die Zahl der Abortus doch noch größer ist, als sie auf Grund von klinischen Berechnungen angenommen wird. Denn die ungeheure Zahl von Fruchtabtreibungen, welche größtenteils ohne ärztliche Intervention vorgenommen wird, entzieht sich vollkommen der Schätzung. Man spricht soviel von den Schwangerschaftsunterbrechungen, welche mit einer mehr oder weniger weitherzigen *medizinischen Indikation* unter Mithilfe der Aerzte vorgenommen werden und vergißt dabei, daß die Zahl dieser Abortusse verschwindend klein ist gegenüber jener, bei welcher der Arzt niemals interveniert. Man kann daher alles in allem wohl sagen, daß die Zahl der Fruchtabtreibungen eine so große ist, daß sie, reproduktionsbeschränkend wirksam, Gegenstand be-

völkerungspolitischer Betrachtung sein muß. Freilich ist meiner Meinung nach der durch die Fruchtabtreibung herbeigeführte Abfall der Geburtlichkeit gegenüber dem durch den Präventiv-Verkehr herbeigeführten ein sehr geringer. Nicht die Zahl der vernichteten Embryonen allein erheischt bevölkerungspolitisches Interesse, sondern auch die Tatsache, daß die Fruchtabtreibung als ein *Mittel der Wahl* immer weitere Kreise der Bevölkerung erfaßt und dementsprechend an Zahl kontinuierlich zunimmt. Sind wir auch noch weit entfernt von jenem Zustand, welchen *Soranus* beschreibt, daß nämlich die Abtreibung bei den Römern so verbreitet gewesen sei, daß Ehemänner, die durchaus Kinder haben wollten, Wächter zur Bewachung der schwangeren Ehefrauen anstellten, so müssen wir doch zugestehen, daß das Anwachsen der Abortuszahl ein sehr beschleunigtes ist. Während es aber gegen den Präventiv-Verkehr als den viel wichtigeren, Bevölkerungsnachwuchs einschränkenden Faktor keinerlei gesetzliche Handhabe gibt, glaubt man gegen den vorderhand unwichtigeren, die Fruchtabtreibung, durch das Gesetz und seine drakonische Handhabung aufkommen zu können. Man übersieht dabei vollständig, daß Präventiv-Verkehr und Fruchtabtreibung nur zwei Mittel zum Zwecke der Geburteneinschränkung sind, daß aber diese selbst ihre ökonomische, soziale und psychologische Begründung hat, welche durch Gesetze und Verordnungen nicht bekämpft werden kann. Man bekämpft also auch hier, wie so häufig, nicht die Ursache, sondern eine Folge, nicht die Not, sondern eigentlich ein Mittel zur Stillung der Not, es ist also auch hier die *symptomatische*, aber nicht die *ätiologische Behandlung*, welche vorgenommen wird. Die Fruchtabtreibung ist aber nicht nur bevölkerungspolitisch bedeutungsvoll, weil sie die Reproduktionszahl einengt, sondern auch deshalb, weil sie vielfach durch ihre Folgeerscheinungen die Reproduktionsmöglichkeit beschränkt. Die Zahl der auf der Höhe der Gebärfähigkeit stehenden

Frauen, welche an den Folgen des Abortus sterben, ist gerade wegen der zur Umgehung des Gesetzes notwendigen Heimlichkeit immerhin eine verhältnismäßig große. Wird durch diese Folge eine ganze Reihe von Frauen endgültig aus der Zahl der Reproduzentinnen ausgeschieden, so sind die verschiedenen Folgekrankheiten nach Abortus danach angetan, die Frauen zu *sterilisieren* und sie, allerdings unter Erhaltung ihres Lebens, *reproduktionsunfähig* zu machen. Ich glaube, daß die Größe dieses Schadens am Bevölkerungskörper vielfach unterschätzt wird. Aus all diesen Gründen ist die Fruchtabtreibung eine vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik höchst wichtige Angelegenheit.

Sehen wir von der allgemeinen Ursache der Fruchtabtreibung, der Geburtenbeschränkung, ab, welche gleichsam als kategorischer Imperativ den Präventiv-Verkehr und die Fruchtabtreibung beherrscht, und versuchen wir, durch die Analyse die individuellen ätiologischen Momente für die Fruchtabtreibung zu erfassen und sie in Kategorien zu bringen, um ihre bevölkerungspolitische Wertigkeit zu bestimmen, so können wir im großen und ganzen drei Kategorien unterscheiden:

1. die *medizinische* Indikation,
2. die *soziale* Indikation und
3. die *eugenetische* Indikation.

Allen dreien ist gemeinsam, daß sie dem Buchstaben des Gesetzes widersprechen. Die medizinische Indikation wird juristisch gerechtfertigt durch das *Berufsrecht* oder durch den *Notstandsbegriff*, ethisch gehalten durch die Absicht, das Leben der Mutter zu retten, das des Kindes aber zu opfern. Die Erkenntnis der Not im Einzelfalle und damit die Indikationsstellung ist eine rein medizinische Angelegenheit, die Stellungnahme der Aerzte mag im Einzelfalle eine strittige sein, die einzelnen Schulmeinungen mögen einander noch so sehr widersprechen, vom Standpunkte der Bevölkerungspolitik ist diese Kategorie schon wegen ihrer verhältnis-

mäßigen Seltenheit uninteressant. Sie kann erst an Interesse gewinnen, wenn die Aerzte ganz andere Indikationsstellungen in das ernste Kleid wissenschaftlich begründeter medizinischer Indikation hüllen und so aus den verschiedensten Beweggründen, meistens aus edlen, manchmal aus unedlen, von dem geraden, aber nicht immer angenehmen Weg ärztlicher Pflichterfüllung abirren. Die medizinische Indikation ist und bleibt Domäne der Medizin, Angelegenheit der Aerzte. Ganz anders verhält es sich mit der sozialen Indikation. Furcht vor dem Gesetz, Angst vor der Nachrede der Kollegen, Unfähigkeit, die Probleme der menschlichen Gesellschaft und des Lebens zu erfassen, hat gar viele Aerzte bewogen, sich auf den bequemen Standpunkt der medizinischen Indikation zurückzuziehen und in weiser Beschränkung, aber auch in beschränkter Weisheit, die soziale Indikation überhaupt zu leugnen. Gewiß, der Arzt hat nicht die soziale Indikation zu stellen, dazu ist er nicht berufen; die Instanz, welche die soziale Indikation zu stellen hat, muß erst geschaffen werden, wenn die menschliche Gesellschaft zur Erkenntnis kommt, daß eine soziale Indikation existiert. Insofern hat *Bumm*[1] recht, wenn er sagt: „Eine soziale Indikation gibt es für den Arzt nicht, das ärztliche Berufsrecht gibt dem Arzt nur das Recht, Eingriffe aus medizinischen Indikationen zu machen."

Ein vollkommenes Verkennen des großen Problems aber bedeutet es, wenn *Schäfer* sich dazu folgendermaßen äußert: „Unter sozialer Indikation versteht man die Rücksichtnahme auf Unbequemlichkeiten des Kranken und seine persönlichen Wünsche, soweit sie durch seine sozialen Verhältnisse hervorgerufen sind. Soziale Indikation . . . ist das Handeln aus Mitleid." Es wäre unrichtig, die Angelegenheit so darzustellen, als ob alle Aerzte dieser Meinung wären. Gar für viele gibt es eine soziale Indikation; so sagt beispielsweise *Wagner* in seiner Kritik über den tschechoslowakischen Gesetzentwurf ausdrücklich: „Ganz anders die rein soziale In-

dikation; daß es eine solche gibt, daran ist nicht zu zweifeln." Er hebt auch hervor, daß die soziale Indikation bisher in keinem Gesetze, ausgenommen in dem des Kanton Tessin, in dem Italiens und Spaniens genannt ist. Wahrt die medizinische Indikation das Lebensinteresse der Mutter, so wahrt die soziale Indikation das Interesse der Gesellschaft, vorausgesetzt, daß diese Indikation mit jener Strenge gestellt ist, welche wir auch von der medizinischen verlangen. Derselbe Fehler nämlich, welcher von vielen Seiten bei der Erklärung der komplizierten Gründe des Geburtenrückganges gemacht wird, wird auch bei der Betrachtung der Ursachen der sozialen Indikation begangen. Nicht Bequemlichkeit, nicht Leichtsinn, nicht Rücksichtnahme auf die körperliche Schönheit ist es, welche Tausende und Abertausende von Schwangeren zum Abortus treibt. Schon die eine Tatsache, auf welche z. B. *Peller* und *Waldstein* hingewiesen haben, daß die Zahl der Abortus bei den einzelnen Frauen in einem gewissen Zusammenhang steht mit der Zahl der Kinder, welche diese Frauen bereits besitzen, zeigt deutlich, daß es nicht mangelt an Verantwortungsgefühl, sondern daß es im Gegenteil Verantwortlichkeit für die bereits lebenden Kinder ist. Wer diese proletarischen Familien mit ihrem Kinderreichtum kennt, wer die abgerackerten, in der Fabriksarbeit und in der Hausarbeit erschöpften Frauen gesehen hat, wird kaum der Meinung sein können, daß hier Leichtsinn die Triebfeder der Fruchtabtreibung ist. Wer die Angst der Mittelstandsfamilie kennt, durch neuen Familienzuwachs unrettbar der Verelendung und der Proletarisierung anheimzufallen, wird diese Frauen des Leichtsinns und der Bequemlichkeit zu zeihen kaum den Mut haben; denn so wie beim Geburtenrückgang das Bestreben der proletarischen Familie, den Kindern den Aufstieg zu ermöglichen, die Angst der bürgerlichen Familie, in ein tieferes soziales Niveau zu fallen, ernste Gründe für die Rationalisierung abgeben, so sind auch diese Momente selbstverständlich maßgebend bei dem Mittel der Geburten-

einschränkung, beim Abortus. Sorge um das Schicksal der Kinder heißt, die Frauen unter Gefährdung ihres eigenen Lebens die Gefahr der Verurteilung und der Schande auf sich zu nehmen. Das alles sind natürlich Momente, welche für die reichen Frauen nicht gelten. Aber gerade die Fruchtabtreibung der reichen Frauen ist bevölkerungspolitisch nicht interessant, denn es sind ihrer zu wenige. Sie fallen auch nicht so oft unter die soziale Indikation, da es ihnen nicht so selten gelingt, in den Sanatorien der Wohltat der medizinischen Indikation teilhaftig zu werden. Und trotz der so vielfach betonten scharfen Grenze zwischen der medizinischen und der sozialen Indikation kann sich der denkende Arzt von einem gewissen Einschlag sozialer Argumente nicht befreien. Mit Recht weist *Bumm* darauf hin, daß ein und derselbe tuberkulöse Prozeß einmal bei einer reichen und einmal bei einer armen Frau die medizinische Indikationsstellung in verschiedener Art beeinflussen wird. Und das ist nicht Mitleid, sondern Verständnis für die wichtigen Bedingungen der Umwelt, für die Heilung der Tuberkulose.

Stellen die bisher angeführten Fälle das Hauptkontingent für die Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialer Indikation dar, so reihen sich daran Fälle, in denen andere Beweggründe, vor allem solche gesellschaftlicher Natur, die Fruchtabtreibung begreiflich machen. Das ist vor allem Notzucht, Schändung und Blutschande. Auch hier wird das absolute Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung, wie es bisher das Gesetz ausspricht, nicht aufrecht zu erhalten sein.

An die soziale Indikation, welche die größte Menge der Schwangerschaftsunterbrechungen zur Folge hat, schließt sich die eugenische; sie wahrt ebenso wie jene die Interessen der Gesellschaft, allerdings im *selektorischen Sinne*, durch Ausmerzung der Minusvarianten. Die eugenische Indikation spielt vorderhand praktisch keine besondere Rolle, wäre aber von hohem bevölkerungspolitischen Interesse, wenn die wissenschaftlichen Grundlagen der Eugenik besser ausgebaut wären,

als dies augenblicklich der Fall ist. So bedeutend auch die Fortschritte auf dem Gebiete der Vererbungslehre gerade in den letzten Jahren sind, so gibt es im großen und ganzen doch nur wenige so feststehende Prämissen, daß wir im Einzelfalle durchaus den logischen Schluß der Schwangerschaftsunterbrechung ziehen könnten.

Haben wir bisher die verschiedenen Indikationen für die Schwangerschaftsunterbrechung vom bevölkerungspolitischen Standpunkte beleuchtet, so wollen wir im folgenden unsere prinzipielle Einstellung zu dem Problem der Fruchtabtreibung bekennen. Ausdrücklich will ich bemerken, daß diese programmatische Erklärung in keiner Beziehung eine parteiprogrammatische ist, sondern meine persönliche, für welche ich allein die Verantwortung trage. Der *Präventivverkehr* ist eine *rein persönliche Angelegenheit* jedes einzelnen; wohl haben verschiedene Glaubensbekenntnisse auch ihn als sündhaft bezeichnet, doch bin ich der Meinung, daß weder Gesetz noch Verordnung in diese private Angelegenheit der beiden Geschlechter dreinreden darf. Ganz etwas anderes aber ist es, wenn einmal die Befruchtung eingetreten ist, also ein neues Lebewesen, ein neues Mitglied der Gesellschaft, entstanden ist. Es ist meiner Meinung nach verfehlt, den biologischen Prozeß der Entwicklung eines Individuums konventionell terminieren zu wollen. Daher halte ich auch die verschiedenen Folgerungen für die praktische Fassung des gesetzlichen Textes, welche nicht aus der biologischen, sondern aus einer konventionellen Absteckung der Individualexistenz gezogen werden, für unhaltbar. Ganz abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten ist, rein biologisch genommen, daher der Vorschlag, der Abortus in den ersten drei Monaten sei freizugeben, undurchführbar. Das Leben des Individuums beginnt im Augenblicke der Befruchtung und endet mit dem Tode des ganzen Zellkomplexes, gleichgültig, wie die einzelnen Phasen dieser Existenz ablaufen mögen. Und geradeso wie ein Lebewesen im Augenblick der

Befruchtung entsteht und von diesem Augenblicke an biologisch ein Individuum ist, aber nicht ein Teil der Mutter, geradeso ist der menschliche Embryo, soziologisch genommen, *ein Teil der Gesellschaft und nicht Eigentum der Mutter.* Es besitzt daher die Mutter keinesfalls das absolute Verfügungsrecht über den Embryo. Ist aber der Embryo ein Teil der menschlichen Gesellschaft, so steht diese zu ihm in einem *Rechts- aber auch in einem Pflichtverhältnis.* Während zwei sich paarende Menschen gleichsam das Verfügungsrecht über ihre Keimzellen ebenso besitzen wie über die übrigen Zellen ihres Körpers, verlieren sie dieses Verfügungsrecht im Augenblick der Befruchtung, nach welcher das Verfügungsrecht an die Gesellschaft übergeht. Und so wie die Gesellschaft im Interesse der Allgemeinheit die Vorteile des einzelnen eindämmt, der einzelne vielfach der Allgemeinheit zum Opfer gebracht wird, *so hat auch die Gesellschaft das Recht, im Interesse der Allgemeinheit den Embryo zu opfern.* Ein solches Opfer ist um so leichter zu ertragen, je unwahrscheinlicher das Amlebenbleiben des Geopferten ist. Geradezu komisch aber mutet es an, wenn die heute lebende Gesellschaft, welche im sogenannten Interesse der Allgemeinheit Millionen von Menschen auf dem Schlachtfeld opfert, dann gegen die Beseitigung einiger Embryonen im wirklichen Interesse der Gesellschaft Sturm läuft. Wenn der Arzt, Lebensaussichten der Mutter und des Embryo kühl gegeneinander abwägend, das Recht hat, das Leben der Mutter höher zu werten als das des Embryo und kein vernünftig denkender Mensch dieser Handlung das Ethos absprechen wird, so gibt es unzweifelhaft Fälle, in welchen die Gesellschaft, ebenfalls kühl abwägend, berechtigt sein muß, ein Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu opfern, bevor es das Licht der Welt erblickt hat, ohne daß das gesellschaftliche Ethos dadurch zu Schaden käme. Abzulehnen aber ist es, wenn die Mutter allein oder die Zeuger aus der mißverständlichen Auffassung, daß der Embryo ihr Eigentum sei, ihn beseitigen.

Aus dem Vernichtungsrechte folgt aber die Erhaltungspflicht; anerkennt die Gesellschaft das Recht auf Leben, so übernimmt sie auch die Verpflichtung, dieses Leben zu erhalten und es lebenswert und menschenwürdig zu gestalten. Setzt man das hier prinzipiell Gesagte in die Praxis um, so folgt daraus folgendes: *die absolute Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung ist zu verwerfen, die vollkommene Streichung des § 144 ist daher unmöglich, hingegen muß das Gesetz so gefaßt werden, daß es die medizinische, die soziale und die eugenische Indikation anerkennt.* Der Abortus außerhalb dieser Indikationsstellungen ist zu bestrafen. Nehmen wir nun an, es gäbe ein solches Gesetz, dann könnte es seine Existenzberechtigung ja nur dann erhalten, wenn es nicht an seiner Durchführung zuschanden wird. Es ist daher notwendig, die Durchführung desselben zu besprechen. Die historische Betrachtung der medizinischen Indikationsstellung zeigt, daß die Aerzte immer mehr und mehr Indikationsstellung und Exekutive voneinander trennen. Irgendein Spezialist untersucht die Schwangere und konstatiert die Gefährdung des mütterlichen Lebens durch die Schwangerschaft, während der Gynäkologe die Schwangerschaftsunterbrechung durchführt. Diese Teilung ist nicht etwa einzig und allein dadurch herbeigeführt, daß ein einziger Arzt nicht über das nötige Fachwissen verfügt, sondern auch deshalb, weil der, welcher die Exekutive hat, seine Verantwortung einschränken will. Diese Zweiteilung ist aber auch begründet in der Angst vor dem Gesetz und vor dem schlechten Ruf. Anerkennt das Gesetz die medizinische Indikation, dann hat aber die Gesellschaft das Recht, jemanden beizustellen, der die Rechtmäßigkeit dieser Indikationsstellung zu überprüfen hat. Er ist Hüter des Lebens des Embryo, aber auch Wächter der Gesundheit der Mutter. *Dieser dritte Arzt ist also Mandatar der Gesellschaft und Vertreter der Behörde.* Diese drei Aerzte fertigen protokollarisch den Erlaubnisschein zur Fruchtabtreibung. Ihr Beschluß muß ein einhelliger sein;

kommt er nicht zustande, so gibt es ein Appellationsverfahren, welches endgültig entscheidet. In demselben sitzen: zwei Fachärzte jener mütterlichen Erkrankung, welche die Indikation abgibt, und ein älterer Amtsarzt; der Beschluß ist ein Majoritätsbeschluß. *Die Durchführung des Abortus ist einem von der Schwangeren freierwählten Arzte zu überlassen oder in einem öffentlichen Krankenhause durchzuführen.* Während die medizinische Indikationsstellung eine rein ärztliche Angelegenheit ist, ist die soziale Indikationsstellung eine Angelegenheit der Gesellschaft und nicht des Arztes, er ist allerdings beizuziehen. Jede Schwangere hat das Recht, für sich die soziale Indikation zu verlangen, die Indikationsstellung aber entscheidet eine *Kommission. Diese tagt unter dem Vorsitz eines Richters und besteht aus einem Arzt, einer Frau, einem Anwalt des Embryo und einem gewählten Vertreter der Gesellschaft.* Diese fünf Personen beschließen auf Grund von Amtserhebungen über das soziale Milieu, in welchem die Schwangere lebt. Diese amtlichen Erhebungen müssen die Existenzbedingungen der Mutter, der schon vorhandenen Kinder, genau festlegen, die Kommission beschließt mit Majorität und fertigt ein Attest, ob die Schwangerschaftsunterbrechung aus sozialer Indikation durchgeführt werden kann. Auch hier gibt es ein Appellationsverfahren. Der Appellationshof steht unter der Leitung eines hohen Richters, dem Kollegium gehören zwei Frauen, ein Anwalt, ein Arzt und zwei Vertreter der Gesellschaft an. Die Ausführung des Abortus erfolgt ebenso wie bei der medizinischen Indikation. Die eugenische Indikation wird genau so wie die medizinische gestellt, nur ist das Gutachten zweier Sachverständiger beizubringen. Gewiß gibt es gegen dieses ganze Verfahren eine ganze Reihe von Bedenken, von welchen ich wenigstens die wichtigsten sofort zu zerstreuen versuchen möchte. Man wird vor allem die Frage aufwerfen, ob nicht dieses kommissionelle Verfahren, vor allem aber die Appellation *langwierig* und *bureaukratisch* sei

und schon dadurch im gegebenen Falle, den Zweck, die Schwangerschaftsunterbrechung vereitle. Man wird sagen, daß für diese Umständlichkeiten die menschliche Schwangerschaft zu kurz sei. Die moderne Verwaltung hat auch anderenorts schon gezeigt, daß sie Umständlichkeit vermeiden kann. Man wird auch sagen, daß in den großen Städten eventuell solche Kommissionen noch aufzubringen seien, nicht aber auf dem Lande. Auch das ist nicht richtig. Ein Amtsarzt als Leiter der medizinischen Kommission existiert in jedem Bezirke, Spezialärzte in jeder größeren Stadt, wohin ja auch sonst die Schwangeren gehen, wenn sie sich der Leibesfrucht entledigen wollen. Aehnlich verhält es sich auch mit der sozialen Kommission; sie wird an dem Sitze eines jeden Bezirksgerichtes sicher zusammenstellbar sein. Wer die Mitglieder der Kommission ernennt oder erwählt, ob der Bund oder das Land diese Kommissionsmitglieder für ihre Sitzungen honoriert, sind Detail- aber nicht Streitfragen. Ein wichtiges Bedenken scheint nur die Menge von Personen, welche bei dem ganzen Verfahren aufgeboten werden muß, aber auch diese Bedenken teile ich nicht. Die Gesellschaft muß sich eben daran gewöhnen, daß *die rationelle Bewirtschaftung des organischen Kapitals Auslagen macht* und Personal erfordert, und sie hat sich ja auch zum Teil daran gewöhnt. Wer vor 30 Jahren gesagt hätte, daß die Jugendfürsorge der Gemeinde Wien im Jahre 1924 einen Personalaufwand von rund 1000 Personen erfordern werde, wäre als Utopist verlacht worden, und doch ist es so. Es ist für mich nicht zweifelhaft, daß dieses ganze Verfahren organisierbar ist und daß sich die Mängel desselben nach einigen Erfahrungen leicht werden abstellen lassen.

Gewiß werden anfangs nur wenige Frauen diese Kommission aufsuchen, aber allmählich werden immer mehr und mehr, gerade die Verantwortlichen, zu der Einsicht kommen, daß die Wirksamkeit derselben für das Individuum, also die Schwangere, aber auch für die Gesamtheit, also die Ge-

sellschaft, von höchster Bedeutung ist. Diese Frauen werden auf Grund ihres Attestes durch sachkundige Aerzte von ihrer Leibesfrucht befreit werden und auf diese Weise den abtreibenden weisen Frauen entzogen werden. Gewiß, es wird Jahre und Jahrzehnte dauern, aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen, die furchtbarsten Verschärfungen des Gesetzes werden die Frauen nicht hindern, zu abortieren. Die vollkommene Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung doch auch nicht. Auf dem von mir vorgeschlagenen Wege ist aber die Gesellschaft imstande, erziehlich einzuwirken und das Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft zu steigern, dies um so leichter, als mit der ganzen von mir vorgeschlagenen Institution naturgemäß ein weitgehender *Ausbau der Schwangerenfürsorge* verbunden sein müßte. Es wird dieser Kommission und noch mehr dem derselben beigestellten Fürsorgeapparate in gar vielen Fällen gelingen, die Frau zum Austragen des Kindes zu bewegen, vor allem dann, wenn die Gesellschaft bereit ist, dem zu erwartenden Kinde gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen. Wenn man die Existenz der Schwangeren auf diesem Wege stützen wird, wenn man sich des Kindes pflichtgemäß annehmen wird, dann wird diese Kommission nicht, wie mancher glauben dürfte, eine Institution zum Verbieten oder Erlauben der Schwangerschaftsunterbrechung sein, sondern eine Institution der Fürsorge. Denn nicht darum handelt es sich, den Abortus zu verbieten, sondern darum, ihn überflüssig zu machen. Dann wird aber *die ganze Einrichtung nicht ein Mittel zur Bekämpfung der Fruchtabtreibung, sondern ein Mittel zur Erhaltung des keimenden Lebens sein und damit nicht nur eine ethische, sondern auch eine bevölkerungspolitische Institution.* Immer aber wird diese Einrichtung imstande sein, dem Gebote sozialer Bevölkerungspolitik entsprechend dahin zu wirken, daß Menschen geboren werden, denen eine menschenwürdige Existenz sichergestellt ist. Eine Gesellschaft, welche ihre Mitglieder unter menschenwürdigen Be-

dingungen erhalten will, sich selbst zur wahren Menschlichkeit durchringen will, hat die Verpflichtung des Schutzes der nächsten Generation. Sie kann mit diesem Schutze nicht früh genug beginnen, soll sie erhalten bleiben.

So wie es grausam und unvernünftig ist, das Gesetz in seiner jetzigen Form bestehen zu lassen, so wie es das Rechtsbewußtsein eines Volkes untergräbt, ein Gesetz tausend und tausend Male alljährlich übertreten zu sehen, so ist es vorderhand unmöglich, die Schwangerschaftsunterbrechung vollkommen freizugeben und der menschlichen Gesellschaft jeglichen Einfluß auf die Reproduktion zu nehmen, die Existenz der Gesellschaft von dem Gutdünken der einzelnen abhängig zu machen. Wenn in dem Kampfe zwischen dem eigenem Egoismus und dem Altruismus, wenn in der Schwebe zwischen Individualismus und Kollektivismus einmal die Majorität der Menschen dahin gekommen sein wird, nicht nur ihre gesellschaftlichen Rechte zu beanspruchen, sondern ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen, dann wird der § 144, in welcher Fassung immer er bestehen möge, sicher überflüssig sein, dann werden aber auch die Bedingungen für die Existenz der menschlichen Gesellschaft andere sein.

Psychologische Voraussetzungen des Sozialismus

Von *Anna Siemsen*

Motto: Die Probleme, die zu lösen waren, setzten voraus Intelligenz, Disziplin und Organisationstalent. Das sind die psychologischen Vorbedingungen einer sozialistischen Herrschaft.

Beim Fragen nach der Ursache unserer fortgesetzten politischen Niederlage können wir bei aller Würdigung der wirtschaftlichen und politischen Faktoren nicht davor die Augen schließen, daß zum großen Teil die Unreife des Proletariats daran die Schuld trägt. Nicht das ist an unserer heutigen Lage das Erschreckende, daß die Bauernschaft im deutschvölkischen und deutschnationalen Lager steht — die Lage des Bauerntums macht das zurzeit selbstverständlich —; nicht, daß das Kleinbürgertum und die proletarisierte Beamtenschaft völlig richtungslos vom anfänglichen Wohlwollen zu immer schärferer Gegnerschaft gegen den Sozialismus kommt — diese ganz unpolitischen und zurzeit auch noch völlig unorganisierbaren Schichten sind der typischen Gefühls- und Schlagwortpolitik der Verarmten und Unzufriedenen ausgeliefert und werden durch bittere Erfahrung langsam lernen. — Selbst die Unzuverlässigkeit der jüngst erst von der Organisation erfaßten Landarbeiter hat nichts Befremdendes. Erschreckend und befremdend ist das Bild, das unser altorganisiertes Industrieproletariat gerade in den industriellen Mittelpunkten bietet. Berlin, das Ruhrgebiet, Thüringen, Sachsen: überall haben wir dasselbe: tiefgehende Spaltung und erbitterter Bruderstreit, Ratlosigkeit oder Phrasen gegenüber den Tagesfragen; und daher wachsende Gleichgültigkeit und Müdigkeit. Die Sache liegt so, daß bei sehr beschleunigter wirtschaftlicher Entwicklung und wachsender politischer Spannung die psychologischen Voraussetzungen der Revolution fehlen. Was

sich an ihrer Stelle als Putschismus und Illusionspolitik breit macht, beweist nur, wie groß dieser Mangel ist.

Es tritt am auffälligsten dort zutage, wo sozialistische Mehrheiten verlorengehen und die Sozialdemokratie, nachdem sie kurze Zeit Regierungspartei war, in die Opposition zurückgeht. Man merkt bei den Führern und Funktionären beinahe ein Behagen darüber, daß man nun bei reiner Opposition sich beruhigen darf, ohne die Erwartung, daß diese Opposition wirksam sein könnte, ja ohne einen Begriff davon, welche praktische Politik eine gut geleitete Opposition leisten kann. Und neben diesem oppositionellen Wortradikalismus geht einher eine unbegreifliche Fügsamkeit in die Zwangsverhältnisse eines sich überschlagenden Kapitalismus.

Dieser anscheinende Zwiespalt erklärt sich aus der Zwiespältigkeit unserer Arbeitererziehung. Einen — den kleineren — Teil der Erziehung leistet die Partei und die Gewerkschaft. Sie geben eine gewisse theoretische Schulung, aber fast nur für politische Fragen, und selbst diese Schulung ist sehr verflacht. Wie schnell sind alle praktischen Probleme unseres politischen Lebens in Schlagwörter entartet, die zu nichts mehr taugen, als sie dem Gegner an den Kopf zu schlagen. Weit wichtiger ist die praktische Erziehung der Organisation zur Solidarität, die Gewöhnung an Einordnen und gemeinsames Handeln. Aber auch diese Gewöhnung ist eine einseitige, auf bestimmte Tariffragen eingeschränkte. Wie wenig die verantwortliche Solidarität in allen kleinen und großen Angelegenheiten des Betriebes bisher vorhanden ist, sehen wir an der Schwierigkeit, die der Arbeit der Betriebsräte entgegenstehen. Am verhängnisvollsten vielleicht zeigt sie sich darin, daß die Gewerkschaften durchweg in allen Angelegenheiten der jugendlichen Arbeiter lässig sind, wenn sie nicht völlig versagen.

Der größere Teil nämlich der Arbeitererziehung, wie er im Betrieb vor sich geht, ist durchaus das Gegenteil von aller

sozialistischen Erziehung. Er schafft die psychologischen Vorbedingungen nur sehr teilweise und fördert daneben Anlagen, die der werdenden sozialistischen Gesellschaft sehr verderblich werden können.

Was leistet der große, der typische kapitalistische Betrieb? Er schafft Disziplin, antwortet Kautsky. Und der Augenschein gibt ihm Recht. Kein größerer Gegensatz als er zwischen den Lebensbedingungen eines Bauern und eines Arbeiters im Großbetrieb besteht. Kein größerer Gegensatz daher auch als zwischen der Eigenbrötelei des einen und dem „strammen Einschwenken" des anderen. Gerade das aber, das stramme Einschwenken, hat seine Gefahren, die wir sattsam kennen zu lernen Gelegenheit hatten. Es erfolgte unter dem Druck und Zwang, der des Industriearbeiters tägliche Gewohnheit ist. Es erfolgt also von außen her, wie beim militärischen Drill. Und wo sich dieser Druck sänftigt, da lockert sich die Disziplin, um so hemmungsloser, je stärker der Druck gewesen. Wir haben das erlebt beim Schluß des Krieges, und ebenso im Novemberwinter, als die Unternehmer keinen Zwang wagten und die größere Freiheit in ganz sinnlose Arbeitseinstellungen, Demonstrationen und kleine Putsche entartete.

Es ist eben ein großer Unterschied zwischen Disziplin und Verantwortung. Erstere schafft der Großbetrieb, schafft der äußere Druck und Zwang, letztere schafft nur die bewußte Gemeinschaft.

Darum darf und soll die Bedeutung des Großbetriebes nicht verkannt werden. Gemeinsamkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine wichtige, vielleicht eine unentbehrliche Grundlage für dies Bewußtsein[1]). Aber auch nicht

[1]) Darum scheint es mir von ausschlaggebender Wichtigkeit, in der hier und da noch in Deutschland herrschenden Heim- und Verlagsindustrie diese Grundlage zu schaffen. Die Möglichkeit dazu müßte z. B. in der Thüringer Glasindustrie durchaus sich schaffen lassen. Es ist beklagenswert, daß die sozialistische Thü-

mehr. Am kapitalistischen Großbetrieb kann sich der Arbeiter nicht verantwortlich beteiligt fühlen. Ob er an der Maschine steht oder Werkmeister ist, bleibt dabei gleichgültig. Er ist immer nur ein Teilchen des Betriebes und der Betrieb ist ein Mittel „Mehrwert zu hecken", um Marx' Ausdruck zu gebrauchen. Woher soll da das Interesse, woher das Verantwortungsgefühl kommen? Sind sie da, so sind sie Zufalls- oder Nebenerscheinungen, ja man könnte sie als Atavismen aus vorkapitalistischer Zeit bezeichnen[2]). So stark ist diese Einstellung, daß sogar in den genossenschaftlichen Betrieben die Bindung an die Arbeit, das Verantwortungsgefühl, nicht stärker zu sein scheint. Ja, die Lockerung der beim Unternehmer straffer gespannten Disziplin kann hier sogar zu Schwierigkeiten und Profitminderung führen.

Wir sind nicht imstande, das Verhältnis zwischen dem Arbeiter und seiner Arbeit in einem kapitalistischen Betriebe anders zu gestalten. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, als ob Unternehmerdisziplin die für den Sozialismus notwendige Verantwortung ersetzen können. So muß unsere Erziehung an anderer Stelle einsetzen. Hier scheinen mir noch kaum ergriffene Möglichkeiten bei den Betriebsräten zu liegen und, solange diese unter der heutigen Wirtschaftslage zur Wirkungslosigkeit verurteilt sind, Aufgabe der Gewerkschaften zu sein. Das vielbeklagte Bonzentum der Gewerkschaften, die Tatsache, daß sich ein Funktionär heute sehr

---

ringer Regierung in der Zeit ihres kämpfereichen Daseins es nicht möglich gemacht hat, hier anregend und helfend einen Zustand zu schaffen, der wirksamer für den Sozialismus wäre als die regste Propaganda.

[2]) Es ist bezeichnend, daß in den immer wieder höchst instruktiven Arbeiterbiographien des Verlags Diederichs der einzige, welcher der Arbeit und den Arbeitsdingen gegenüber lebhaftes und selbständiges Verantwortungsgefühl hat, der Bauernknecht Rehbein ist. Und zwar ist das Gefühl durchaus nicht mit dem von ihm mißachteten Arbeitgeber verknüpft, sondern mit der Arbeit selbst, die für ihn noch Bedarfsdeckung, nicht Warenproduktion ist.

schnell zum Selbstherrscher entwickelt und von den Mitgliedern die blinde Gefolgschaft gut einschwenkender Soldaten verlangt, rührt eben von der Struktur unserer Großbetriebe her. Solange wir sie nicht ändern, solange wir nicht zu einer Betriebsdemokratie gelangen können, muß aber mit Bewußtsein gegen das Symptom kapitalistischer Entartung vorgegangen werden. Denn hier und hier vor allem ist die vorbereitende Arbeit für den werdenden Sozialismus zu leisten. Und da die Gewerkschaften in ihrer Hauptfunktion als Kampfverbände nicht ohne Zwang und äußere Disziplin auskommen können, so muß die freie Verantwortung vor allem gepflegt werden in ihren Bildungseinrichtungen.

Arbeitsgemeinschaft statt Vortrag oder autoritativen Unterrichts, Selbstverwaltung statt Regelung durch die Sekretariate, das sind nicht rein pädagogische oder organisatorische Fragen, sondern es sind Fragen von soziologischer und damit politischer Bedeutung. Hier begegnen sich die politischen Bedürfnisse der Arbeiterschaft durchaus mit den von anderen Ausgangspunkten ausgehenden Forderungen der Schulreform in der Schule. Denselben Schwierigkeiten aber, die diesen Forderungen in der Schule entgegenstehen, begegnen sie bei der Arbeit der Gewerkschaften. Die Schule erlebt stets von neuem, daß freie Verantwortung nicht erwächst aus theoretischer Arbeit, auch nicht aus der freiesten theoretischen Arbeitsgemeinschaft, sondern nur aus gemeinsam gelöster, praktischer Aufgabe, da nur an ihr diese Verantwortlichkeit sich prüfen läßt. Unserer Schule fehlt solch ein Arbeitsgebiet. Den Bildungskursen, Betriebsräte- und Wirtschaftsschulen der Gewerkschaft fehlte es bisher nicht minder. Wichtigste Vorbereitungs- und Erziehungsarbeit wäre zu leisten, wenn alle Arbeit genossenschaftlicher Art diesem Zweck der Erziehung dienstbar gemacht würde, wenn Wirtschaftsschulen sich zu Produktionsgenossenschaften entwickelten, und wenn man auch die Jüngeren an dieser Arbeit beteiligte. Schon ist die Arbeiterjugend hier und da auf solche Aufgaben eingestellt.

Weit bewußter als bisher aber sollte sie sich ihnen hingeben.

Denn aus der Idee der freien Verantwortung gegenüber einer Gemeinschaft wächst auch eine Idee von Organisation und Organisationstalent, die sich wesentlich unterscheidet von dem Begriff beider im Kapitalismus. Wir wollen nicht die ungeheueren Leistungen der kapitalistischen Produktion verkennen, noch die wesentliche Bedeutung, die sie als Verbreitung der sozialistischen Wirtschaft besitzen. Aber eben nur als Verbreitung für diese Wirtschaftsform, nicht als Schule für diese sozialistischen Menschen und seine Erziehung. Es wäre ein Irrtum zu glauben, der kapitalistische Unternehmer oder Generaldirektor werde für die sozialistische Wirtschaftsorganisation entscheidend sein dürfen. Ebensowenig aber wird der nur im kapitalistischen Unternehmen geschulte Arbeiter die organisatorischen Vorbedingungen mitbringen.

Was die kapitalistische Unternehmung heranbildet, das ist der Geist der Technik und des Spezialistentums. Beides ist nicht zu unterschätzen, beides schafft Elemente für eine andere ganz grundsätzlich abweichende Wirtschafts- und damit Organisationsform. Aber das Ziel ist bei der Organisation eines gegenwärtigen Unternehmens so abweichend von sozialistischer Zielsetzung, daß auch die Mittel gänzlich verschiedene sein müssen, daß wir andere psychologische Voraussetzungen brauchen, um dieses Ziel zu erreichen. Um es scharf zu sagen: die Intelligenz, die der Genosse im künftigen sozialisierten Wirtschaftsbetriebe braucht, ist himmelweit verschieden von der Intelligenz des hochqualifizierten, kapitalistischen Spezialisten. Von diesem wird einseitigste Konzentration auf seine Einzelaufgabe verlangt. Daß die sauberen Einzelleistungen nachher reibungslos zu einem Resultat führen, zu dem Resultat des möglichst hohen Profits, das wird erreicht durch die ganz autoritative Leitung und kann nur durch sie erreicht werden. Je höher der einzelne

auf seine Teilleistung konzentriert ist, desto vollständiger muß nicht nur das Interesse, sondern auch die Fähigkeit, das Ganze zu sehen, verschwinden. Und diese Arbeitsart ist für den kapitalistischen Betrieb die richtigste, weil sie am billigsten arbeitet. Wo der einzelne Arbeiter (bis zum höchst Angestellten hinauf) mit dem geringsten Aufwand ausgebildet wird, d. h. auf eine ganz beschränkte Teilleistung hin, da ist das in den Arbeitsprozeß investierte Kapital ceteris paribus am kleinsten und daher die Profitrate am größten. So sehen wir denn auch dieselbe Aufmerksamkeit, die auf Vereinfachung und Normierung der Maschinenteile geht, auf Vereinfachung und Normierung der Arbeitsleistung und demnach der Ausbildung sich richten.

Unsere Berufsausbildung und unsere Fachschulen differenzieren sich immer mehr. Und es ist merkenswert, wie stark in den von Industriellen unterhaltenen oder unterstützten Schulen diese jede Ausbildung zurückdrängen, die nicht auf die bestimmt umgrenzten Bedürfnisse der Betriebe zugeschnitten ist. Sie wollen das ihrem Betriebe Notwendige. Sie wollen nicht den selbständigen überschauenden Menschen, der aus eigener Verantwortung eine, sei es auch beschränkte Arbeit einzuordnen weiß ins Ganze. Diesen Menschen muß der Unternehmer ebenso fürchten, wie ihn die Arbeiterschaft braucht und suchen muß. Ihn heranzubilden aber kann nicht gelingen vom technischen Spezialistentum des Betriebes und der Fachschule aus.

Es kann leider auch nicht gelingen von unseren heutigen allgemeinen Schulen aus. Diese Schulen — auch die Volksschulen — streben noch immer nach dem Ideal einer allgemeinen Wissenshöhe, die sich in Prüfungen feststellen, in Berechtigungen nachweisen läßt. Und das ist unvermeidlich. Intelligenz, Disziplin und Organisationsvermögen innerhalb der heutigen Gesellschaft beziehen sich auf diese Gesellschaft, nehmen ihre Tatsachen als Regeln, werfen Fragen auf und stellen Probleme innerhalb des von ihr gezogenen Rahmens.

Hier liegen die Grenzen vieler sehr bedeutsamer wissenschaftlicher Arbeiter, die innerhalb dieses Rahmens frei und kühn, außerhalb einfach mit Blindheit geschlagen sind. Hier liegen aber auch die Grenzen vieler, die sich Sozialisten nennen. Alle jene nämlich, welche glauben, Probleme der sozialistischen Gesellschaft mit einer fertigen Lösung beantworten zu sollen.

Derartige Lösungen können unter Umständen den Wert eines anschaulichen Beispiels haben. Sie werden gefährlich, wenn man ihnen eine allgemeine Gültigkeit beilegen will. Aufgabe unserer geistigen Arbeit kann nur dies sein, eine Art Dynamik der menschlichen Gesellschaft aufzustellen und Gesetze zu finden, wie unter bestimmten Verhältnissen diese Kräfte wirken werden. Mit wechselnden Verhältnissen wechselt die Lösung, wie in einer mathematischen Gleichung die Aenderung einer Funktion die aller anderen notwendig macht.

Es sind nicht nur die heute so viel umkämpften politischen Schlagworte, wie Koalition oder Arbeiterregierung, Demokratie oder Diktatur, Zentralismus oder Föderalismus, die, dogmatisch und nicht dynamisch gefaßt, Unheil anrichten. Es ist unsere gesamte Einstellung, die Prinzipientreue fordert, d. h. fest formulierte Glaubenssätze, wo etwas ganz anderes in Frage kommt: die Zielbestimmtheit des Willens.

Es ist völliger Irrtum zu glauben, daß Erkenntnis und Anerkennung, z. B. der Marxschen Theorien, einen Sozialisten mache, etwa wie Anerkennung der Kantschen Philosophie einen Kantianer macht. Wie sehr mit marxistischer Schulung gänzlich antisozialistische Haltung Hand in Hand gehen kann, dessen Beweis sind eine Anzahl illustrer Exgenossen gerade aus den Reihen der prinzipienreichsten, der deutschen Sozialdemokratie. Nein, entscheidend für den Sozialist ist seine Wertsetzung und die Richtung seines Wollens.

Diese beiden Dinge unterscheiden ihn vom Bürger. Der Bürger setzt den Sachbestand, das Objekt, mag es nun Wirtschaft, Produktion, Vermögenssubstanz oder, ideologisch,

Zivilisation, Kultur, Nation genannt werden, über den Menschen. Dulce et decorum est, pro patria — seu pro pecunia — mori[1]). Sein Bestreben ist die Erhaltung des Bestehenden. Die entgegengesetzte Wertung macht den Menschen zum Mittelpunkt, das Streben geht auf Aenderung der Welt. Das ist die revolutionäre Einstellung. — (Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?) Diese Einstellung, die zu allen Zeiten den Revolutionär macht, führte zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen zur Empörung gegen den ständischen Zwang, zum Individualismus. Heute, da nicht mehr ständische Rechtsungleichheit, sondern wirtschaftliche Vergewaltigung zu bekämpfen ist, wird der revolutionär — d. h. auf Weltänderung — Gerichtete zum Sozialisten. Ebensowenig wie ein Revolutionär von heute die wirtschaftlich-soziale Klassenbildung und ihre marxistische Kritik ignorieren kann, ohne leerer Spiegelfechterei zu verfallen, ebensowenig kann ein Marxist der revolutionären Willensrichtung entbehren. Die drei Dinge vereint: marxistische Erkenntnis, menschliche Wertsetzung und revolutionäre Willensrichtung machen den sozialistischen Menschen, und sie erst schaffen die psychologischen Voraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft.

Es wäre ganz falsch anzunehmen, daß diese Vorbedingungen, losgelöst von den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen, sich schaffen lassen. Menschliche Erkenntnis, menschliche Wertungen, menschliches Wollen ist klassen- oder allgemeiner gesellschaftsbedingt, aber Art und Stärke der Reaktion des einzelnen auf die äußeren Einwirkungen der gegebenen Gesellschaft sind in ihnen selbst veranlagt. Der Möglichkeit nach (*δυνάμει*) vorhanden, werden sie in ihrer Erscheinungsform durch die gesellschaftlichen Gegebenheiten bestimmt.

Um es anders und einfacher auszudrücken: Jeder Prole-

[1]) Süß und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland — oder den Geldbeutel — zu sterben.

tarier, sei er nun Kopf- oder Handarbeiter, wird durch seine Abhängigkeit vom Kapital zu gewissen Erkenntnissen und gewissen Einstellungen kommen, die nur in dieser Gesellschaft möglich sind. Aber ob er unter diesen Einwirkungen revolutionärer Sozialist, romantischer Nationalist oder indifferenter Gelber wird, das hängt einerseits von seiner Veranlagung, andererseits von der Art seiner Erziehung ab, durch welche ganz verschiedene Triebe in ihm entwickelt werden können.

Wir dürfen uns keiner Illusion darüber hingeben, daß die Einwirkung der kapitalistischen Umgebung eine ganze Reihe asozialer Triebe stärkt. Der Arbeiter ist auch im Großbetrieb durchaus nicht nur der „Kumpel", der durch die gleiche Klassenlage zur Disziplin und Solidarität gezwungen wird. Er ist ebenso Konkurrent des anderen. Wir erleben das. Die Arbeiterbewegung leidet unter dieser Tatsache, leidet um so schwerer, je mehr unklare Erkenntnis die Arbeiter in getrennte Lager spaltet. Sie wird aber auch dann darunter leiden, wenn es gilt, durch praktische Arbeit die Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen.

Wir haben das Versagen durchaus nicht nur bei Intellektuellen erlebt, welchen die Schulung durch den Großbetrieb fehlte, sondern wohl ebensosehr bei den aus den Betrieben stammenden Genossen. Die entnervende Wirkung einer bürgerlichen Umgebung, die Schwierigkeit in isolierter Stellung, die enge Fühlung mit den Arbeitsgenossen zu halten, zeigen sich ebenso verhängnisvoll wie die Unmöglichkeit, die Organisationsweisen der bürgerlichen Gesellschaft zur Umgestaltung eben dieser Gesellschaft schlechtweg zu benutzen. Diese Schwierigkeiten, die beim Betriebsrat leise beginnen, steigern sich bei jedem Schritt ins bürgerliche Lager, bis sie ihren verhängnisvollen Höhepunkt erreichen beim sozialistischen Koalitionsminister und Reichspräsidenten.

Wir können den öffentlichen Schulen, die vollkommen bürgerlich, ja zurzeit vollkommen reaktionär-nationalistisch

sind, die Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein ebensowenig überlassen, wie wir sie vom Betriebe allein erwarten dürfen. Gerade der Mißerfolg und die schwere Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland — der ähnliche Erscheinungen in den anderen Ländern nicht durchaus parallel gehen — zeigt uns unsern Mangel.

Wir haben großenteils einem aus mißverstandenen Marxismus stammenden Fatalismus gehuldigt, der alles von der zwangsläufigen Entwicklung und ihren psychologischen Auswirkungen erwartete. Dabei glaubten wir, die politische und gewerkschaftliche Organisation und die Vorbereitung zum politischen Tageskampf genüge. Die grundsätzliche Einstellung und Disziplinierung erwartete man sozusagen von einer automatischen Einwirkung des Milieus. Wir sind heute erwacht zu dem Bewußtsein, daß Sozialismus höchste Aktivität innerhalb einer gewaltigen gesellschaftlichen Bewegung bedeutet, und das Marxismus nicht ein dogmatisches Schwören aufs Wort des Meisters ist, sondern einfach die Haltung des politisch aktiven Menschen zu dieser Bewegung, der aus seiner wissenschaftlich kritischen Betrachtung der Geschehnisse zu immer klareren Formulierungen der Gesetze und immer bestimmteren Regeln seines Handelns kommt.

Aus dieser Erkenntnis heraus die große Aufgabe der sozialistischen Schulung zu begreifen und sie in der proletarischen Bewegung zu verwirklichen, das scheint mir die bedeutendste Aufgabe der nächsten Zukunft, die entscheidende Vorarbeit für den neu zu beginnenden Kampf.

Erziehungsarbeit und Klassenkampf

Von *Max Hodann* (Berlin-Friedenau)

In einer Zeit, in der sich, wie Genosse *Hilferding* sagt („Gesellschaft" I, S. 3), ein „Uebergang vom wissenschaftlichen zum konstruktiven Sozialismus" vollzieht, erwächst für die Mitglieder der proletarischen Bewegung in steigendem Maße die Möglichkeit positiver Anteilnahme an der Gegenwartspolitik, auch wenn sich diese vor der Hand innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung abspielt. Damit gewinnt notwendig erzieherische Arbeit für uns an Interesse, in einem ganz anderen Ausmaße, als das bisher der Fall war. Denn ob uns die qualifizierten Kräfte zur Bewältigung der Aufgaben, die unser harren, zur Verfügung stehen, das hängt davon ab, was wir für ihre Heranbildung tun. Wir dürfen leider nicht sagen, daß in dieser Richtung bisher hinreichendes Verständnis in der Bewegung vorhanden gewesen wäre, ja nicht einmal, daß es heute vorhanden ist. Ich verweise auf die eine Tatsache, die von sträflicher und völlig unverständlicher Verkennung der Tragweite kulturpolitischer Fragen seitens maßgebender Parteikreise zeugt, daß abgesehen von dem Genossen *Hoffmann*-Pfalz, die neue Reichtagsfraktion der deutschen Partei keinen einzigen Kulturpolitiker in ihren Reihen hat. Hier liegt meines Erachtens eine schwere Fahrlässigkeit vor; denn es scheint mir eindeutig erweisbar zu sein, daß, um *Hilferding* noch einmal zu zitieren, „die Probleme der Pädagogik jetzt in ihrer grundlegenden Bedeutung für die gesellschaftliche Umgestaltung erscheinen" (l. c. S. 4).

Diese Bemerkungen gewinnen im Rahmen der vorliegenden Festschrift ihre Berechtigung insofern, als *Karl Kautsky*

selbst einmal, in etwas anderer Färbung, das Problem, um das es sich hier handelt, angeschnitten hat. Er schrieb im Vorwort zu seinem „Ursprung des Christentums“:

„Je künstlicher durch den Fortschritt der Technik und der Naturwissenschaften die Lebensbedingungen werden, je mehr sie sich von der Natur entfernen, um so notwendiger wird für den einzelnen die naturwissenschaftliche Erkenntnis, um in der Fülle der ihm gebotenen künstlichen Produkte die für seinen Organismus zweckmäßigsten herausfinden zu können. Solange die Menschen nur Wasser tranken, genügte der Instinkt, der sie gutes Quellwasser suchen und faules Sumpfwasser verschmähen heißt. Er versagt aber vollständig als Führer gegenüber den fabrizierten Getränken. Hier wird die wissenschaftliche Einsicht zur Notwendigkeit“ (11. Aufl. 1921, XV).

Was ist damit gesagt? Offenbar, daß es mit der Komplizierung der Verhältnisse notwendig wird, den Menschen zur Meisterung seiner Umgebung viel eingehender anzuleiten, als das unter weniger mannigfaltigen Umständen zu geschehen braucht. Gerade damit aber erhellt aus den Worten — und die Erfahrung bestätigt es —, daß es nicht genügt, Aufklärung zu verbreiten. Es genügt zum Beispiel nicht, aufzuzeigen, daß es vom proletarischen Klassenstandpunkt aus unverantwortlich ist, der Alkoholpropaganda freien Lauf zu lassen. Sicherlich wird jeder Genosse, der die Gepflogenheiten der deutschen Arbeiterbewegung kennt, wenn auch mit Bedauern, zu *einem* Teile wenigstens den Worten des Dr. *Kuhlo* zustimmen müssen, der in seiner Eigenschaft als Vertreter des bayrischen Industriellenverbandes und des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf der Fünfzigjahrfeier des Deutschen Brauerbundes in München erklärte: „Die Brauindustrie hat in Deutschland auch stets eine politische Mission erfüllt; sie hat zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen. Wenn wir 1918 14prozentiges Bier gehabt hätten, dann wäre die Revolution nicht gekommen. Die Eisnersche

Drachensaat war auf dem Boden des 3prozentigen Bieres gewachsen".

Mir ist noch kein Genosse begegnet, der mir, auf die verwüstende Wirkung der alkoholischen Giftgetränke und auf die schamlos irreführende Propaganda des Alkoholkapitals hingewiesen, etwas Stichhaltiges zur Rechtfertigung des Alkoholgenusses hätte anführen können. Es schreit doch zum Himmel, wenn auf Grund der amtlichen Angaben für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 30. September 1922 errechnet wird — keine amtliche Stelle hat den Versuch einer Widerlegung gemacht —, daß „unsere Biertrinker sich einundvierzigmal soviel an Nährwerten haben durch die Kehlen laufen lassen, als die Quäker mit großen Kosten über den Ozean herübergebracht haben, um unsere Kinder vor dem Hunger zu bewahren!" (*Vogel*, „Stellung der Alkoholfrage in der Sozialen Hygiene", Zeitschrift für Sozial- und Gewerbehygiene, 1923, S. 171). In einer Zeit, in der das Proletariat alle verfügbaren Nahrungsmittel gebraucht hätte, um sich und seinen Nachwuchs widerstandsfähig zu erhalten, sind in Deutschland nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes für 1921 12 953 120 Zentner Gerste, 201 442 Zentner anderes Getreide, 101 989 Zentner Zuckerstoffe, 949 350 Zentner Reisabfall- und Maisgries zu Bier verbraut worden, ungerechnet die Kartoffeln, die in die Schnapsbrennereien gewandert sind, und ungerechnet der Zucker, den die Weinindustrie vernichtet hat. Die Menge der Gerste, auf die sich die Berechnung von *Vogel* bezieht, kommt einer Summe von Nährwerten gleich, die ausgereicht hätten, um eine Million erwachsener Arbeiter vollständig zu erhalten.

Soweit die Tatsachen dieses Beispiels.

Nun behaupte ich, daß es nicht genügt, die Kenntnis solcher Tatsachen zu verbreiten. Denn trotz Hinweises auf diese Tatsachen, trotz Einsicht in die Wahrheit des Satzes, daß der trinkende Arbeiter nicht denkt, der denkende hingegen nicht trinkt, lassen sich verhältnismäßig wenig Ge-

nossen dazu bewegen, die Konsequenz aus ihrer Einsicht zu ziehen, das heißt, in diesem Falle, auf Alkoholgenuß zu verzichten, um sich nicht an der Erhaltung eines Uebels zu beteiligen, das die Widerstandskraft des Proletariats mindert.

Es erheben sich hier zwei Fragen:

Die erste ist: Woran liegt es, daß der Erkenntnis so selten die ihr entsprechende Handlung folgt? Unser Beispiel ist, wie gesagt, nur *ein* Beispiel. Man könnte denselben Zusammenhang an einer Fülle der alltäglichsten politischen Begebenheiten zeigen.

Die zweite Frage ist: Was nützt es, ja nützt es überhaupt etwas Nennenswertes im Laufe der geschichtlichen Entwicklung, wenn einzelne Menschen Kraft darauf verwenden, in ihrem Leben jenen Mangel an Konsequenz zu bekämpfen, ihr Leben also bewußt anders zu gestalten, als es die „Allgemeinheit" zu tun pflegt?

Ich glaube, die erste Frage läßt sich verhältnismäßig einfach beantworten. Wenn eine Handlung nicht erfolgt, so deshalb, weil ein hinreichend starker Antrieb für ihr Zustandekommen fehlt. Der Mangel an Folgerichtigkeit geht also in Fällen, die unserem Beispiel entsprechen, auf einen Mangel an Willensstärke, an Entschlußfähigkeit, an seelischer Stoßkraft zurück. Es gilt daher, Sicherungen dafür zu schaffen, daß einer gesteigerten, verfeinerten Erkenntnis mit Hilfe von Willensschulung, von Willensfestigung in der Praxis Rechnung getragen wird. Daß dies eine Aufgabe der Erziehung ist, wird klar sein. Wenden wir uns jedoch der Lösung einer solchen Erziehungsaufgabe zu, so werden wir gegebenenfalls bemerken, daß in Fällen, in denen der Wille, der Erkenntnis zu folgen, vorhanden ist, so schwere Hemmungen auftreten, daß sich der Wille nicht durchsetzt. Die vornehmste Quelle solcher Hemmungen ist die Ueberlieferung. Die weitgehend selbständige Bedeutung der „herrschenden Meinung", der Ideologie einer Gesellschaft ist in der marxistischen Praxis fast nirgends gebührend eingeschätzt worden,

obwohl die Theoretiker diese Bedeutung durchaus nicht verkannt haben (*Marx*, Kapital III, 2. Hälfte, S. 324 f.; *Engels*, Briefe vom 21. September 1890 und 25. Januar 1894, Soz. Akademiker 1895). Die Erziehung ist also nicht auf die Willensschulung zu beschränken; sie muß auch den Kampf gegen eine klassenfremde Ideologie aufnehmen.

Solche Erziehungsaufgaben anzugreifen kann uns indessen nur dann reizen, wenn wir uns davon überzeugen, daß bei hinreichendem Erziehungserfolg auch ein angemessener Erfolg für die Bewegung, eine nachweisliche Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung zu erwarten ist. Damit kommen wir zu der zweiten aufgeworfenen Frage. Hier wurzelt bekanntlich der Streit: Erziehung kann sich ihrem Wesen nach zunächst nur auf den *einzelnen* Menschen beziehen. Kann nun aber ein einzelner wirklich Namhaftes bewirken, wenn wir ihn innerhalb der Bewegung als Glied der Masse werten? Wir erinnern uns des genügsam bekannten Rufes: Was wollt Ihr? Der Mensch ist das Produkt der Verhältnisse, was können wir dafür, daß wir unter den vorhandenen Verhältnissen so geworden sind, wie wir sind? Aendert die Verhältnisse, dann wird auch der Mensch ein anderer werden. Wer wollte das letzte bestreiten? Aber — befinden wir uns jetzt nicht in unlösbarem Zirkel? Wer soll denn die Verhältnisse ändern, wenn nicht wir selbst? Ist es nicht tatsächlich eine vulgärmarxistische Bemäntelung persönlicher Bequemlichkeit, eine fadenscheinige „Entschuldigung" für die eigene Unfähigkeit, wenn man den Einfluß bewußter persönlicher Willensentfaltung unter Hinweis auf die Uebermacht der gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der ökonomischen Kräfte leugnet? Wer diese Frage verneinen wollte, würde sich zum Vertreter eines Fatalismus machen, den die proletarische Bewegung nicht dulden darf.

Wenn wir also unter Ablehnung jeder fatalistischen Deutung des Marxismus uns für Erziehungsarbeit entscheiden,

so muß Klarheit darüber herrschen, wo mit dieser Arbeit anzusetzen ist und wo ihre Grenzen liegen.

Es ist bekannt, daß der erwachsene Mensch nur schwer von seinen Gewohnheiten und Angewohnheiten läßt, die ihm „zur zweiten Natur" geworden sind. Demzufolge: Soll Erziehung Aussicht auf nachhaltige Wirkung haben, so muß sie in möglichst frühem Alter beginnen. Unsere Gegner wissen das und handeln seit Jahrhunderten danach. Wie stark die Beeinflussung des kindlichen Gemütes trotz der dem Inhalt solcher Einflüsse völlig widersprechenden Lebensverhältnisse in späterem Alter nachwirkt, hat in einer hierfür höchst aufschlußreichen Schrift *Günther Dehn* nachgewiesen („Die religiöse Gedankenwelt der Proletarierjugend", Furche-Verlag 1923, Berlin). Daß gerade die religiös-kirchlichen Formen des Glaubens und Aberglaubens einen unerhört widerstandsfähigen Wall gegen Neuerungen aufzurichten vermögen, hat *Max Weber* in seinen gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie überzeugend belegt und damit ein unschätzbares Material für die Bedeutung der Ideologie im wirtschaftlichen und politischen Leben geliefert. Welch überraschende Einflüsse auf Glaubenskräfte zurückgehen, zeigt, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Geomantik in China, der Glaube an Erdgeister, die nicht durch Anlage neuer Gräber, wieviel weniger durch Bergwerke und Eisenbahnen gestört werden dürfen (Band I, 379, 529). Die Beharrungskräfte jeder Gesellschaftsordnung sind in ihrer Ideologie verankert. Die Technik schreitet fort und drängt auf Entwicklung — aus der Ideologie entspringen die Gegenkräfte. Es ist nicht von vornherein abzusehen, was jeweils in diesem Kampfe siegt. Die führenden Vertreter der herrschenden Klasse bekunden das auch in ihren theoretischen Aeußerungen ganz eindeutig. Es ist durchaus bezeichnend, daß gerade der damalige Reichskanzler *Wirth* auf dem Reichsparteitag des Zentrums am 17. Januar 1922 erklärte: „*Gehen* wir einmal in die Opposition — ich könnte mir das wohl

vorstellen —, so vielleicht dann, wenn eine törichte Auffassung etwa der Linken über die *Schulfrage*, über die Frage des Religionsunterrichts und der christlichen Schule uns in die Opposition drängt." Denn in der Schule und vorher in der Familie, deren Gründer, die Eltern, ja aus eben dieser Schule kommen, werden die Waffen geschliffen, mit denen man die unterdrückte Klasse niederhält. Was uns im Kindesalter, in dem der Mensch am leichtesten und festesten Eindrücke aufnimmt, beigebracht worden ist, wirkt in der einen oder anderen Form bei den meisten Menschen bis ins späte Alter nach.

Die Umschichtung der Verhältnisse nach dem Kriege hat die proletarische Bewegung dazu gedrängt, sich auch ihrerseits der proletarischen Kinder anzunehmen und sie nicht ausschließlich christlichen Schwestern und bürgerlicher Wohlfahrt zu überlassen. Aber noch allzusehr ist die „proletarische Kindererziehung" reine Fürsorge, abgesehen von dem, was die „Kinderfreunde" in Oesterreich und den wenigen Orten Deutschlands leisten, in denen man dem österreichischen Vorbild nacheifert. Von sozialistischer *Erziehung* ist noch nicht viel zu bemerken. Es scheint bei diesem Hinweis notwendig, davor zu warnen, daß man Erziehung und bloße Schulung verwechselt. Schulung, oft als „Bildungsarbeit" bezeichnet, wird in der deutschen Arbeiterbewegung hinreichend betrieben. Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen darf aber nicht vergessen werden, daß uns der gescheiteste Genosse nichts nützt, auf dessen Persönlichkeit, auf dessen Charakter wir uns nicht verlassen können. Den Willen zu stählen und vor allem das Gemüt zu bilden in einem Sinne, der unserem Wollen nicht zuwiderläuft, darauf kommt es also in erster Linie an. Erst wenn wahrhaft sozialistische Erziehung schon das proletarische Kind in seinen Bann zieht, besteht die Aussicht, daß genügend Kämpfer für die Bewegung heranwachsen werden, die in sich die Stärke tragen, ihrer Erkenntnis zu folgen auch

dann, wenn es ihrer Neigung und Bequemlichkeit nicht entspricht. Nur auf diese Weise kann es gelingen, die bürgerlichen Schlacken abzustoßen, die uns allen anhaften. Wenn auf diesem Wege Bahnen frei werden für den Sozialismus des Alltagslebens, das heißt, wenn unseren Genossen das Maifest mehr bedeutet als die christliche Weihnacht, wenn Kriegsbilder und Bibelsprüche in den Wohnungen ersetzt sind durch sozialistischen und republikanischen Wandschmuck, wenn unsere Kinder statt bürgerlich-sentimentalen oder sensationellen Kitsches Bücher in die Hand bekommen, die ihnen Augen und Ohren öffnen für das wirkliche Leben, dann wird manch einer, der sonst duldsam zum Pfarrer gegangen wäre, die Arbeiterzeitung halten und der Bewegung seine Kräfte leihen. Und wenn in unseren Reihen mit der bürgerlichen Dressur zu „unbedingtem Gehorsam" gegen die Erwachsenen, die „Großen" gebrochen wird, zugunsten einer prügellosen menschenwürdigen Erziehung, dann wird mancher, der heute vom artigen Kind zum geduldigen Arbeitssklaven heranwächst, aufbegehren, wenn er zum erstenmal die Knute des Kapitals fühlt, mit heiliger Empörung über die Verletzung seines Menschentums, ganz anders als heute, wo schlechter Tarif und Angst vor dem Unternehmer die „Genossen" zu uns treiben.

So läßt sich schon heute das gestalten, was wir als Vorarbeit zur endgültigen Ueberwindung der Klassengesellschaft brauchen: die proletarische Ideologie. Das ist eine innere Verfassung unserer Klassengenossen, die es einfach nicht zuläßt, daß ein Kind geschlagen, daß es kirchlichem Einfluß schutzlos ausgeliefert wird, genau so wenig, wie der Nationalist in seinem Zimmer das Bild *Bebels* dulden wird oder der gläubige Klerikale sich einer Ketzerin vermählt. Hier kann bewußte Lebensgestaltung des einzelnen wie der Masse unendlich viel revolutionäre Kraft auslösen. (Vergl. meine Ausführungen im „Kulturwillen" Nr. 3: „Gegenwärtige Probleme in der deutschen Kinderfreundebewegung",

April 1924, und in der Levi-Korrespondenz „Sozialistische Politik und Wirtschaft": „Mehr Kulturpolitik!", 11. Juni 1924.)

Freilich dürfen wir nicht vergessen, auch diese kulturpolitische Arbeit des Proletariats in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit zu sehen. Einmal ist klar, daß die Eindringlichkeit und die Ausbreitung dieser Arbeit abhängig ist davon, ob wir eigene Schulen, Horte, Heime, kurz Einrichtungen haben. Und das wieder ist zum großen Teil eine Frage der politischen Machtverteilung. Anderenteils darf nicht übersehen werden, daß der Einfluß des bewußt sein Leben und damit teilweise auch das anderer gestaltenden Menschen nicht unter allen Umständen gleich ist. Er wird sich in seinem Ausmaß richten nach der Eigenart der Zeit. Sicherlich hat gerade in Uebergangszeiten, in denen überkommene Werte ins Wanken geraten, ein entschlossener Träger neuer Formen und neuer Gedanken leichtere Arbeit als in Zeiten, die sich durch weitgehende Stabilität auszeichnen. Wie ein Wechselverhältnis besteht zwischen Oekonomie und Ideologie, so auch zwischen Revolution und Revolutionär. Gerade darum sollte sich das Proletariat in Zeiten, in denen eine neue Welt um ihre Erlösung aus den Banden der alten ringt, um die Erziehung seiner Führer kümmern. Nicht als ob es ein Rezept gäbe, um einen „gewöhnlichen Menschen" zum „Führer" zu „machen". Aber planmäßige Erziehung kann ungemein viel Kräfte entbinden, deren Zügelung wiederum nur Aufgabe eines disziplinierten und gefestigten Wollens ist. Genosse *Nelson* hat in seiner Schrift: „Erziehung zum Führer" (Neuer Geist, Leipzig) manch dankenswerten Hinweis auf diese Möglichkeiten gegeben, die sich uns eröffnen würden, wollten wir nur mit etwas mehr Entschlossenheit daran arbeiten, es dem Zufall zu entziehen, ob wir im Augenblick, in dem Machtpositionen irgendwelcher Art zu erobern sind, auch geschulte und gefestigte Menschen haben, die diese Positionen im Interesse der Klasse verwalten können.

Soviel ist sicher: Gewiß ist die endgültige Beseitigung der Klassenherrschaft eine Frage der politischen Machtergreifung. Ob wir aber in einem solchen Falle in der Lage sein werden, die Macht zu verwalten und mit unserer Machtausübung den Wirtschaftsbau umzugestalten, das wird zu seinem Teil abhängig sein von der Festigung der proletarischen Ideologie in den Massen, also einer beizeiten betriebenen vernünftigen Kulturpolitik, und von der Heranbildung menschlich und sachlich qualifizierter Genossen — Aufgaben, die anzugreifen wahrlich keine Zeit mehr zu verlieren ist.

VIERTE ABTEILUNG

Neuland des historischen Materialismus

Das Weltbild des Kapitalismus

Von *Otto Bauer*

Die Studie, die ich hier der Oeffentlichkeit übergebe, ist ein Teil einer größeren Arbeit, die ich im Jahre 1916 in dem sibirischen Kriegsgefangenenlager bei Troizkosawsk, nächst der mongolischen Grenze, geschrieben habe.

Ich hatte in der Kriegsgefangenschaft nur sehr wenige Bücher zur Verfügung. Ich mußte mich also in meiner Darstellung auf mein Gedächtnis verlassen. Und ich konnte die älteren Autoren, die die von mir studierten Probleme behandelt haben, nicht einsehen. Der kritische Leser wird es mit dieser Entstehungsgeschichte meiner Arbeit entschuldigen, falls sich in die Arbeit da oder dort ein Irrtum über geschichtliche Tatsachen eingeschlichen haben sollte, und entschuldigen, daß in ihr jeder Hinweis darauf fehlt, daß der oder jener Gedanke, der in ihr ausgesprochen ist, schon von älteren Autoren ausgesprochen wurde.

Ich hatte die Absicht, nach meiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft die ganze Arbeit nochmals durchzugehen und sie mit Benützung des literarischen Apparats zu ergänzen und zu berichtigen. Aber dazu habe ich keine Zeit gefunden und ich habe keine Hoffnung, dazu noch jemals Zeit zu finden. Ich hoffe aber, daß meine Studie selbst in der unvollkommenen Gestalt, die sich aus ihrer Entstehungsgeschichte erklärt, manchen zu vollkommeneren Arbeiten auf diesem Gebiete anregen wird. Deshalb habe ich mich entschlossen, die Arbeit unverändert in der Gestalt zu veröffentlichen, die sie in meiner Kriegsgefangenschaft empfangen hat.

Karl *Kautskys* siebzigster Geburtstag gibt mir die willkommene Gelegenheit dazu. Meine Studie ist ein Versuch,

der marxistischen Geschichtsauffassung ein neues Arbeitsfeld zu erobern. Deshalb hoffe ich, daß der Meister der marxistischen Geschichtsauffassung an seinem siebzigsten Geburtstage die Widmung meiner Arbeit gütig annehmen wird als eines bescheidenen Zeichens der Fruchtbarkeit der Arbeitsmethoden, die er uns gelehrt hat.

Gesellschaftsordnung und Weltanschauung

In der Geschichtsepoche der Auflösung der feudalen und der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung haben die Denker das theologische Weltbild der feudalen Epoche allmählich aufgelöst und ein neues Weltbild, das Weltbild der modernen Naturwissenschaft und der auf sie gegründeten philosophischen Systeme, allmählich entwickelt.

Die Wissenschaft kann die Entstehung und Entwicklung dieses neuen Weltbildes in zweifacher Weise darstellen:

1. Jeder Denker baut die Gedanken seiner Vorgänger aus, er wendet sie auf neue Gebiete an, er sucht ihre Lücken auszufüllen, die in ihnen enthaltenen Widersprüche aufzulösen, die Probleme, die sie in sich schließen, zu lösen. So durchlaufen die Gedanken eine *innere* Entwicklung, eine Entwicklung nach ihnen innewohnenden, *immanenten* Gesetzen. Eine Darstellung dieser Entwicklung wäre eine *immanente Ideengeschichte*. Eine immanente Ideengeschichte aus dem Bereich der modernen Naturwissenschaft ist zum Beispiel Machs Geschichte der Mechanik.

2. Verändern sich das Wirtschaftsleben, die gesellschaftlichen Beziehungen, der Staat, das Recht, so verändert sich auch die Denkweise der Menschen. Infolge der Veränderung ihrer Lebensbedingungen werden die Menschen für neue Gedanken empfänglich, finden sie an neuen Gedanken Gefallen. Wo dies geschieht, wird die immanente Entwicklung eines Gedankensystems durchbrochen durch die Einwirkung *transzendenter*, das heißt: außerhalb dieses Gedankensystems entstandener, von außen her auf die Entwick-

lung des Gedankensystems einwirkender Einflüsse. Wollen wir zeigen, wie die Veränderungen der gesellschaftlichen Daseinsbedingungen durch die Entwicklung des Kapitalismus das naturwissenschaftlich-philosophische Weltbild umgestaltet haben, so schreiben wir *transzendente Ideengeschichte.*

Nur dies will ich hier versuchen. Ich will also nur die transzendente Ideengeschichte des naturwissenschaftlich-philosophischen Weltbildes in der Geschichtsepoche des Kapitalismus zu skizzieren versuchen, nicht auch zugleich die immanente Entwicklung dieses Weltbildes in dieser Zeit darstellen. Meine Darstellung wird daher *bewußt und gewollt einseitig* sein.

Was ist Aufgabe und Zweck einer solchen transzendenten Ideengeschichte?

„Jeder Mensch muß nach *seiner* Weise denken," sagt *Goethe*, „denn er findet auf seinem Wege immer ein Wahres oder eine Art von Wahrem, die *ihm* durch das Leben hilft... Unsere Meinungen sind nur Supplemente unserer Existenz. Wie einer denkt, daran kann man sehen, was ihm fehlt." Unsere Meinungen als Supplemente unserer Existenz darzustellen, die Entwicklung unserer Meinungen aus den Veränderungen unserer Existenz zu begreifen, das ist die Aufgabe der transzendenten Ideengeschichte der marxistischen Geschichtsauffassung.

Mit welchen Mitteln kann nun eine transzendente Ideengeschichte diese Aufgabe bewältigen? *Goethe* meint:

> Im Innern ist ein Universum auch:
> Daher der Völker löblicher Gebrauch,
> Daß jeglicher das Beste, was er kennt,
> Er Gott, ja seinen Gott benennt,
> Ihm Himmel und Erden übergibt,
> Ihn fürchtet und womöglich liebt.

Nach ihrem Ebenbilde, lehrt *Feuerbach*, schaffen sich die Menschen ihren Gott. Der Christus des altsächsischen „Heliand" ist ein germanischer Volkskönig, die Apostel sind

seine Lehensmannen. Drei Jahrhunderte später predigen die Bettelmönche den Proletariern und Kleinbürgern der italienischen Städte von dem Heiland, der nicht hatte, wohin sein Haupt zu legen, und umgeben war von Fischern und Zöllnern.

Aber nicht nur ihren Gott, auch ihre Erde schaffen sich die Menschen nach ihrem Ebenbilde. Der Mensch versteht immer nur sich selbst; nach der Analogie seiner Tätigkeit, seiner Arbeit, seiner Erlebnisse sucht er sich alles begreiflich zu machen, was er beobachtet. Darum verändern sich mit seinen Lebensbedingungen auch seine Vorstellungen von der Natur. Wie sie sich unter der Wirkung der ungeheueren Umwälzung der Lebensbedingungen, aus denen der moderne Kapitalismus hervorgegangen ist, verändert haben, das ist es, was wir hier darstellen wollen. Diese Erkenntnis der ideellen Umwälzung, die sich im Gefolge der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus vollzogen hat, ist auch ein Beitrag zum Verständnis der Entwicklung des Kapitalismus selbst. Denn „am farb'gen Abglanz haben wir das Leben".

Die Naturauffassung des aufsteigenden Kapitalismus

a) Idealismus und Materialismus

Die Vorstellung des Hauses ist im Kopfe des Baumeisters fertig, ehe der Bau des Hauses beginnt. Das Haus besteht im Bewußtsein des Baumeisters als Arbeitsplan, ehe es durch die Arbeit verwirklicht wird. Der Arbeitsplan, die anschauliche Vorstellung des Hauses, die der Erbauung des Hauses vorausgeht, ist die *Idee* des Hauses. Der Baustoff, aus dem die Arbeiter gemäß dieser Idee das Haus aufrichten, ist die *Materie.* Alle menschliche Arbeit ist Formung der Materie nach Ideen, Arbeitsverrichtung gemäß einem Arbeitsplan.

Nach dem Vorbilde ihrer eigenen Arbeit stellen sich die Menschen alles Weltgeschehen vor. Plato nennt den Welt-

schöpfer Demiurgos (Werkmeister); er lehrt, der Demiurg gestalte nach den Ideen aus der Hyle, der Materie, die er vorfindet, die Welt. Die Dinge seien daher Abbilder der Ideen. Der Idealismus überträgt das Verhältnis zwischen Arbeitsplan und Arbeitsverrichtung, Idee und Materie, wie es bei der menschlichen Arbeit besteht, auf alles Weltgeschehen.

Alle Arbeit besteht darin, daß der Mensch Körper bewegt: Körper hebt oder wirft, drückt oder stößt. Um einen Körper zu bewegen, bedürfen wir einer Anstrengung; diese Anstrengung ist uns bekannt aus den Muskelempfindungen, die unsere Arbeit begleiten. Die von uns empfundene Muskelanspannung, die die Arbeit erfordert, nennen wir *Kraft*. Der Arbeitsstoff, die Materie, ist uns durch die Natur gegeben; wir können ihn weder vermehren noch vernichten; unsere Arbeit besteht nur darin, daß wir durch Aufwendung unserer Kraft Stoffe bewegen.

Nach dem Vorbild der menschlichen Arbeitsverrichtung stellen wir uns alle Veränderungen in der Natur vor. Wo immer etwas geschieht, nehmen wir an, daß eine Kraft wirke, die die Materie bewege. Alles Geschehen sei Bewegung von Stoffen durch Kräfte. Der Materialismus überträgt das Verhältnis zwischen Kraft und Stoff, wie es bei der menschlichen Arbeit besteht, auf alle Naturvorgänge.

Durch die Arbeit erwirbt der Mensch seinen Lebensunterhalt. Arbeit ist die dem Menschen eigentümliche Art des Daseinskampfes in der Natur. Nur nach dem Vorbild seiner Arbeit, analog seiner Arbeit kann sich der Mensch alles Geschehen in der Natur verständlich machen. Der Idealismus denkt alles Geschehen als Verwirklichung eines Arbeitsplans. Der Materialismus denkt alles Geschehen als Arbeitsverrichtung, als Bewegung von Stoffen durch Kräfte. Der Idealismus stellt sich das Weltgeschehen vor nach dem Vorbilde der geistigen Arbeit, die den Arbeitsplan entwirft, den die Arbeitsverrichtung ausführt. Der Materialismus denkt

die Welt als körperliche Arbeit, als Bewegung von Stoffen, die einer Anstrengung, einer Kraft bedarf.

Die Weltauffassung des Zeitalters des Feudalismus, die ältere Scholastik, ist idealistisch. Wissenschaft kann in jener Zeit nur von der Geistlichkeit betrieben werden: von einer Klasse, die müßig Renten verzehrt, aller körperlichen Arbeit völlig fern steht, ausschließlich mit geistiger Arbeit beschäftigt ist. Sie denkt die Welt ausschließlich nach dem Vorbilde geistiger Arbeit, also idealistisch. Ihr ganzes Bewußtsein ist erfüllt von der Religion; sie interessiert nicht das Weltgeschehen selbst, sondern das Verhältnis des Weltgeschehens zum Weltschöpfer. Sie denkt das Weltgeschehen als Verwirklichung der Ideen des Weltschöpfers; als Verwirklichung des Arbeitsplans, nicht als Arbeitsverrichtung; also idealistisch, nicht materialistisch.

Erst mit dem Kapitalismus entsteht eine zahlreiche Klasse, die zwar mit geistiger Arbeit beschäftigt ist, aber diese geistige Arbeit unmittelbar benützt, die körperliche Arbeit zu leiten, ihr neue Aufgaben zu stellen, sie umzugestalten, aus ihr Gewinn zu schöpfen. Die entstehende kapitalistische Welt interessiert nicht mehr nur das Verhältnis des Arbeitsplans zur Arbeitsverrichtung, sondern auch die Arbeitsverrichtung selbst; die Revolution der Arbeitsverfahren ist ja die große Tat des Kapitalismus. So beginnt man denn, sich auch das Naturgeschehen als Arbeitsverrichtung vorzustellen: als Bewegung von Stoffen durch Kräfte. Die ungeheure Umwälzung, in der der Frühkapitalismus entstanden ist, die gewaltige Revolution, die alle alten sozialen Bande zerrissen, die ganze Gesellschaft umgebildet hat, hat die Menschen vom Banne der Ueberlieferung befreit und damit auch die Allmacht der überlieferten Religion zerstört. Ihre Auflösung äußert sich im Leben der breiten Volksmassen in der Umbildung der religiösen Vorstellungen (Reformation); in der Oberschicht der Gesellschaft darin, daß neben und vor den religiösen auch außerreligiöse, weltliche Inter-

essen Raum gewinnen (Renaissance, Humanismus). Das neue Geschlecht interessiert nicht nur das Verhältnis des Weltschöpfers zum Weltgeschehen, sondern auch das Weltgeschehen selbst; es kann sich daher die Welt nicht mehr nur als Verwirklichung des göttlichen Arbeitsplans vorstellen, es muß sie auch als Arbeitsverrichtung denken: als Bewegung von Stoffen durch Kräfte.

Wie der Kapitalismus sich nur allmählich aus der feudalen Gesellschaft entwickelt, wird auch das feudale Weltbild nur allmählich, nur in einem Jahrhunderte währenden Entwicklungsvorgange überwunden. Diese Entwicklung beginnt schon innerhalb der Scholastik mit dem Siege der aristotelischen über die platonische Denkweise. Im 11. Jahrhundert findet der Feudalismus in England durch die normannische Eroberung seine vollkommenste Verwirklichung; in diesem Zeitalter blüht dort die platonisierende Scholastik (Anselmus von Canterbury). Im 13. Jahrhundert blühen in Italien die Städte und wird dort die Landwirtschaft geldwirtschaftlich umgebildet; die frühkapitalistische Entwicklung beginnt. In dieser Zeit gründet sich die Scholastik auf die Lehre des Aristoteles, die das Weltgeschehen als Formung des Stoffes durch zweckstrebig bewegende Kräfte (Entelechien), also als Arbeitsvorgang begreift (Thomas v. Aquino). Aber auch diese Naturauffassung dient noch durchaus der Theologie: die Scholastik sucht nicht die Gesetze, nach denen die Körper durch Kräfte bewegt werden; ihr dient die Betrachtung, daß das Naturgeschehen Bewegung sei, nur als Vordersatz für den Schluß, daß alle Bewegung eines letzten Bewegers bedürfe. Sie betrachtet das Weltgeschehen als Arbeitsverrichtung nur zu dem Zwecke, um schließen zu können, daß die Arbeitsverrichtung einen Arbeitsplan voraussetze.

Alles Wissen der mittelalterlichen, an eine allmächtige Ueberlieferung gebundenen Welt hat es nicht mit den Gegenständen selbst zu tun, sondern nur mit den Begriffen von

ihnen; es ist immer nur Auslegung überlieferter Begriffe: die Rechtswissenschaft bloße Auslegung überlieferter Rechtsordnungen, die Theologie Auslegung der Schrift und der Väter. So ist auch die entstehende Naturwissenschaft zunächst nur Auslegung der aristotelischen Physik. Aber dem durch den Frühkapitalismus emporgetragenen, durch eine gewaltige Revolution vom Banne der Ueberlieferung befreiten, in unerhörte Lebensverhältnisse gestellten Geschlecht genügt dieses alte Wissen nicht mehr. Es will nicht mehr alte Rechtsordnungen auslegen, sondern ein neues Recht nach seinen Bedürfnissen gestalten; nicht mehr die alte Gotteslehre auslegen, sondern sich seinen Gott nach *seinem* Ebenbilde schaffen; nicht mehr Aristoteles' Physik gläubig hinnehmen, sondern selbst die Natur anschauen, aus eigener Geisteskraft erkennen, „was die Welt im Innersten zusammenhält". Das neue Geschlecht wagt es, aus *eigener* Naturbeobachtung ein neues Weltbild zu gestalten (Bacon). Und dieses neue Weltbild will nicht mehr nur der Theologie dienen; die Natur interessiert das neue Geschlecht an sich, außer jedem Zusammenhange mit der Theologie. Es überläßt die Frage nach dem Weltschöpfer den Theologen und fragt nur nach dem Weltgeschehen. Es überläßt es den Theologen, in der Natur die Verwirklichung des göttlichen Arbeitsplans zu finden; es bescheidet sich damit, sich die Naturvorgänge nach der Analogie der Arbeitsverrichtungen begreiflich zu machen. So entsteht eine von der Theologie losgelöste, von der Autorität des Aristoteles befreite Naturwissenschaft, die das Naturgeschehen nach dem Vorbilde der körperlichen Arbeit als Bewegung von Stoffen durch Kräfte denkt.

So wird die Lehre von der Bewegung, die Mechanik, zur Grundlage der ganzen Naturwissenschaft (Galilei). Ihr Grundbegriff ist die Arbeit. Sie feiert ihre großen Triumphe, sobald es ihr gelingt, die Bewegung der Himmelskörper aus den allgemeinen Gesetzen, die von jeder Bewegung der Ma-

terie durch Kräfte gelten, zu erklären, sie uns also als Arbeit, nach der Analogie menschlicher Arbeitsverrichtung, begreiflich zu machen (Kepler, Newton). Sie unternimmt es nun, alle Naturerscheinungen — Schall und Licht, Wärme und Elektrizität — auf mechanische Vorgänge zurückzuführen und sie dadurch nach der Analogie menschlicher Arbeit als Bewegung von Stoffen durch Kräfte begreiflich zu machen.

Die Welt spaltet sich dadurch in das *Wesen* der Dinge und in ihre bloße *Erscheinung:* das Wesen der Dinge sind Bewegungen von Körpern; Schall, Licht, Wärme, Elektrizität sind Trug unserer Sinne: Sinnesempfindungen, die durch jene Bewegungen ausgelöst werden, aber jene Bewegungen nicht getreu widerspiegeln, sondern in trügerischer, durch die Natur unserer Sinnesorgane bestimmten Art. Das ist die Grundvorstellung der mechanistischen Naturauffassung.

b) Universalismus und Individualismus

In der feudalen Gesellschaft ist der einzelne eingesponnen in alte, durch das Herkommen geheiligte herrschaftliche und genossenschaftliche Verbände. Lehensverband und Grundherrschaft, Mark- und Hofgenossenschaft, Zunft und Gilde binden den Einzelnen. Er ist an das Recht, an den Glauben, an die Sitte seiner Gemeinschaft gebunden. Was recht ist, kann man nicht beschließen, sondern nur finden; was wahr ist, nicht erkennen, sondern nur glauben; was sich ziemt, nicht beurteilen, sondern nur befolgen. Der Einzelne wird in die Gemeinschaft hineingeboren, er gehört ihr durch seine Geburt und bis zu seinem Tode an. Die Gemeinschaft ist vor dem Einzelnen da und sie bestimmt des Einzelnen Schicksal.

Nach dem Vorbilde dieser Gesellschaftsordnung malte sich die mittelalterliche Menschheit die Ordnung der Welt; nach der Analogie ihres gesellschaftlichen Seins bildete sie sich ihr praktisch-theoretisches Weltbild. Praktisch im Weltsystem Augustins: die Erbsünde lastet auf dem Einzelnen

und durch Christi Opfertod wird der Einzelne erlöst; das Individuum wird sündig nicht durch seine Schuld und erlöst nicht durch sein Verdienst; Schuld und Sühne werden vorbestimmt durch Gottes Ratschluß, durch Gottes Gnadenwahl. Theoretisch im „Realismus" der älteren Scholastik: die wirklichen Wesenheiten sind die Begriffe, die Ideen, das Allgemeine; die einzelnen Dinge sind nur Exemplare der Begriffe, nur Abbilder der Ideen, nur Einzelfälle des Allgemeinen. Im „Realismus" des 11. Jahrhunderts drückte sich der Idealismus und der Universalismus der Weltauffassung des Zeitalters des Feudalismus am getreuesten aus: weil sie nicht das Weltgeschehen selbst, sondern nur das Verhältnis des Weltgeschehens zum Weltschöpfer interessiert, betrachtet sie die Welt als Verwirklichung des göttlichen Arbeitsplanes, die Dinge als Abbilder der Ideen; wie der einzelne Mensch ein Geschöpf der Gemeinschaft ist, in die er hineingeboren wird, denkt er auch die einzelnen Dinge als Erzeugnisse der allgemeinen Begriffe, unter die sie fallen.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus wurden die alten gesellschaftlichen Verbände zerrissen; das Individuum wird von ihrem Banne befreit. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung differenziert die Individuen. Der einzelne wird Unternehmer; sein Schicksal ist nicht mehr nur durch die Geburt bestimmt, sondern durch seine eigene Tüchtigkeit, seine eigene Arbeit. „Jeder ist seines Glückes Schmied" heißt es nun. Die kapitalistische Gesellschaft löst sich endlich auf in eine unorganisierte Masse von Individuen, die durch keinerlei ständische Organisationen mehr miteinander verknüpft sind, nach eigenem Willen Arbeitsort und Beruf wählen, durch eigene Tätigkeit ihr Schicksal schmieden, die im Wettbewerb gegeneinander stehen und miteinander durch nichts verknüpft sind als durch die „gefühllose bare Zahlung".

Damit verändert sich auch das Weltbild. Auch in den Vorstellungen, die sich die Menschen von der Welt machen, gewinnt das menschliche Individuum immer größere Selbst-

bestimmung und das Einzelding in der Natur immer größere Selbständigkeit. Die Entwicklung beginnt schon in der Scholastik des 13. Jahrhunderts: Thomas v. Aquino mildert Augustins Lehre von der Gnadenwahl und er mildert den Begriffs-Realismus der älteren Scholastik. Aber vollständig überwunden wird der feudale Universalismus erst in der franziskanischen Philosophie, die im 13. und 14. Jahrhundert in England entstanden ist. Zunächst praktisch: Duns Scotus' Voluntarismus untergräbt Augustins Lehre von der Vorbestimmung; der Einzelne, durch eigene Schuld verdammt und durch eigenes Verdienst die göttliche Gnade erwerbend, wird frei gegen Gott[1]). Wie der einzelne Mensch frei wird, wird nun auch das einzelne Ding selbständig. Der Nominalismus tritt dem alten Begriffs-Realismus gegenüber: Was in der Welt ist, sind Einzeldinge; die allgemeinen Begriffe sind nur aus den Einzeldingen abstrahiert, nur Namen, unter denen der Mensch viele Einzeldinge zusammenfaßt (Occam). Und diese praktisch und theoretisch individualistische Philosophie der britischen Franziskaner führt nun ganz unmittelbar in die englische Erfahrungsphilosophie über: wie der Einzelne nicht durch göttliche Vorbestimmung, sondern durch eigene Tat selig oder verdammt wird, so kann er auch nicht durch gläubige Hinnahme alter Meister, sondern nur

[1]) Die Augustinische Lehre von der Gnadenwahl ist Determinismus, religiös verkleidet. Im 13. und 14. Jahrhundert ist der scotistische Indeterminismus die Idee der individualistischen, antiautoritären Revolution. Drei Jahrhunderte später kehren sich die Parteirollen um: im 17. Jahrhundert ist gerade die Gnadenwahllehre, in Calvins Fassung, die wuchtigste Waffe der bürgerlich-individualistischen Revolution. Im 18. Jahrhundert wird wieder umgekehrt, — bei Kant und Schiller, — die Lehre von der Willensfreiheit zur Verbündeten der Forderung nach bürgerlicher Freiheit im Staat. Im 19. Jahrhundert tauschen Determinismus und Interminismus abermals die Rollen. Der Determinismus, der der historischen Rechtsschule und der Hegelschen Rechten noch als Waffe der Reaktion dient, wird im Marxismus wieder zur Waffe der Revolution.

durch eigene Beobachtung, eigene Erfahrung die Welt erkennen; und da alles Allgemeine nur Zusammenfassung von Einzeldingen ist, führt zur Erkenntnis kein anderer Weg als die Induktion: die Beobachtung und Vergleichung der einzelnen Erscheinungen (Bacon) [1]).

So ist die Welt aufgelöst in eine Masse einzelner Dinge und einzelner Erscheinungen. Die Wissenschaft sucht alles Mannigfaltige in die Einzeldinge, aus denen es zusammen-

[1]) Alles mittelalterliche Denken ist kirchlich gefärbt. Die neue Ideenwelt, die der Frühkapitalismus emporträgt, bildet sich daher zuerst teils im Kampfe gegen die Kirche, teils in der Fortbildung der kirchlichen Organisation und Lehre selbst. Der Einfluß des Frühkapitalismus auf die Kirche ist festzustellen nicht nur in der geldwirtschaftlichen Umbildung der kirchlichen Herrschaftsorganisation selbst, nicht nur in der Anpassung ihrer Propaganda-Organisation an die Bedürfnisse der neuerstehenden städtischen Volksmassen (Bettelorden!), sondern auch in der individualistischen Fortbildung des religiösen Fühlens (Franciscus v. Assisi), der Scholastik (Thomas v. Aquino), der christlichen Kunst (Dante, Giotto). Der Sitz aller dieser Bewegungen sind im 12. und 13. Jahrhundert die Mittelmeerländer, die die frühkapitalistische Entwicklung am schnellsten zurückgelegt haben: Italien, Südfrankreich, Spanien. Dort entstehen sowohl die ersten kirchenfeindlichen Bewegungen (Arnold v. Brescia, Waldenser, Albigenser), dort innerhalb der Kirche selbst die Bettelorden, die neuen Strömungen christlichen Empfindens, christlicher Wissenschaft und Kunst. Allmählich verschiebt sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen wie der geistigen Entwicklung aus den Mittelmeerländern an die atlantische Küste. Im 14. Jahrhundert schon fällt die Führung an England: sowohl die Führung der romfeindlichen Bewegung (Wiclif) als auch die Führung in der Umbildung der kirchlichen Lehre selbst (Duns Scotus Occam). Doch ist der Zusammenhang mit der älteren italienischen Bewegung noch darin sichtbar, daß auch auf englischem Boden Franziskaner Träger der individualistischen Fortbildung der kirchlichen Lehre sind. Weshalb später die bürgerliche Aufklärung, der jedes geschichtliche Verständnis versagt war, diesen ganzen Kampf, in dem doch die Grundlagen ihrer eigenen Weltauffassung entstanden sind, für ein „Mönchsgezänk" der Franziskaner mit den Dominikanern hielt!

gesetzt ist, alle komplizierten Erscheinungen in die einfachen Einzelerscheinungen, aus denen jene entstehen, aufzulösen. So will sie die Welt begreifen aus den Bewegungen kleinster, nicht weiter teilbarer Körper. Zu diesem Behufe ersinnt Descartes seine Corpuscula; zu demselben Zwecke gräbt Gassendi aus der Philosophie der Antike die Atome aus. Die mechanistische Naturauffassung setzt sich nun die Aufgabe, alles Naturgeschehen als Bewegung von Atomen darzustellen.

Der Kapitalismus hat die alten Verbände, die das Wirtschaftsleben durch Befehl, Satzung und Gewohnheitsrecht geordnet hatten, zerstört. Er hat die Gesellschaft aufgelöst in eine Masse unorganisierter Individuen, deren jedes nur seinem eigenen Interesse nachgeht. Die Individuen sind untereinander nur dadurch verknüpft, daß ein Individuum sich mit anderen zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke verbindet und ein Individuum gegen die anderen im Wettbewerb kämpft. Nach dem Vorbild dieser Gesellschaftsordnung malten sich die Menschen ihr Weltbild. Nach dem Vorbild des Individuums ersannen sie das Atom: Individuum und Atom bedeuten dem ursprünglichen Wortsinne nach dasselbe; Individuum bezeichnet in der lateinischen, Atom in der griechischen Sprache das Unteilbare. War die Gesellschaft zersetzt in selbstherrliche Individuen, so dachten die Menschen auch die Natur zerfällt in selbständige Atome. War der gesellschaftliche Zusammenhang aufgelöst in Kooperation der Individuen miteinander und Wettbewerb der Individuen gegeneinander, so glaubten die Menschen, auch alles Weltgeschehen auf Anziehung und Abstoßung der Atome zurückführen zu können. Die mechanistisch-atomistische Naturauffassung schuf die Welt nach dem Ebenbilde des Kapitalismus.

c) Teleologie und Kausalität

In der feudalen Gesellschaftsordnung wird alles Wirtschaftsleben planmäßig, zweckbewußt geleitet. Der Hausvater

verteilt die Arbeit und den Arbeitsertrag auf die Mitglieder seines Haushaltes. Der Marktaiding ordnet die Bestellung des Ackers und die Nutzung der Allmende. Der Grundherr mißt den Bauern, der Fürst den Grundherren Rechte und Pflichten zu.

Nach dem Vorbilde ihrer Gesellschaft malt sich die feudale Menschheit die Regierung der Welt. Sie stellt sich vor, daß auch das Weltgeschehen planmäßig, zweckbewußt geleitet werde. Gott leitet alles Geschehen in der Natur zweckbewußt nach seinem Willen. Wie der König seine Lehensmannen über die Bauern, der Grundherr seine Meier über die Fronhöfe setzt, damit sie die Arbeit der Bauern leiten und über die Bauern zu Gerichte sitzen, so überträgt Gott einzelne Zweige der Weltregierung den Heiligen, damit sie das Naturgeschehen nach Gottes Willen lenken. Alles Weltgeschehen wird also durch einen planmäßig, zweckbewußt wirkenden Willen gelenkt.

Der individualistische Kapitalismus besitzt kein Organ, das die gesellschaftliche Arbeit zu leiten vermöchte. Er überläßt es den einzelnen, zu wirtschaften, wie es ihnen beliebt; mittels der ungeleiteten, ungeregelten Handlungen der Individuen, die nichts als ihre Selbstsucht leitet, setzen sich die gesellschaftlichen Notwendigkeiten durch. Der individualistische Kapitalismus bedient sich der anarchischen Methode, des „freien Spiels der Kräfte", Arbeit und Arbeitsertrag auf die Individuen zu verteilen, die Entwicklung der Produktivkräfte zu fördern und das Wachstum des Produktionsapparats dem Bevölkerungswachstum anzupassen.

Die Anarchie des Wirtschaftslebens übertragen die Menschen, deren Denken durch den individualistischen Kapitalismus geformt ist, auch auf die Natur. Sie denken sich auch das Weltgeschehen nicht mehr planmäßig, nicht mehr durch zweckbewußten Willen geleitet. Ueber den Individuen der menschlichen Gesellschaft steht kein Lehensherr und kein Grundherr, kein Marktaiding und keine Zunft mehr;

jedes Individuum geht nur seinen individuellen Zwecken nach und alles wirtschaftliche Geschehen geht hervor aus den selbständigen Aktionen der Individuen, die sich um ihrer individuellen Zwecke willen zu gemeinsamer Arbeit vereinigen oder im Wettbewerb einander bekämpfen. Ebenso steht über den Atomen kein Gott mehr, der ihre Bewegungen leitet; jedes Atom wirkt nur durch seine individuellen, ihm innewohnenden Kräfte, und alles Naturgeschehen geht hervor aus den selbständigen Aktionen der Atome, die gemäß den ihnen innewohnenden Kräften aufeinander wirken, einander anziehen und abstoßen. Ist das wirtschaftliche Geschehen nicht mehr zweckbewußt geleitet durch eine über den wirtschaftenden Menschen stehende Obrigkeit, so denken sich die Menschen auch das Weltgeschehen nicht mehr zweckbewußt geleitet durch einen über der Welt stehenden, zweckbewußt handelnden Willen. Die Menschen der feudalen Welt denken die Welt als das Produkt eines über ihr stehenden zweckbewußt tätigen Willens; die Menschen der kapitalistischen Welt denken sie als die Resultierende konkurrierender individueller Kräfte. So tritt an die Stelle der teleologischen die kausale Weltbetrachtung.

Der Mensch kann sich alles Geschehen nur nach der Analogie seiner eigenen Arbeit begreiflich machen. Arbeit ist aber zweckbewußte Tätigkeit. Sehen wir, daß im Wirtschaftsleben der Verbrauch der Erzeugung, die Verteilung der Arbeitenden auf die einzelnen Arbeitszweige der Gliederung des Bedarfs nach den einzelnen Gütergattungen, die Vergrößerung des Produktionsapparats dem Wachstum der Bevölkerung angepaßt wird, so stellen wir uns diese Anpassung zunächst nach der Analogie einer zweckbewußten Tätigkeit vor; wir sagen also, die Gesellschaft passe den Verbrauch der Erzeugung, die Arbeitsteilung der Gliederung des Bedarfs, die Akkumulation des Kapitals dem Wachstum der Bevölkerung an. Wir sprechen von der Gesellschaft, als ob sie ein vernünftiges, zweckbewußt handelndes Wesen wäre.

Aber in Wirklichkeit ist die Gesellschaft auf der Entwicklungsstufe des Kapitalismus kein solches Wesen. Die Anpassung, die so gedacht werden kann, als ob sie die Wirkung zweckbewußten Handelns der Gesellschaft wäre, ist in Wirklichkeit die Resultierende der auf dem Markt wirkenden individuellen Kräfte, deren jede nur individuellen Zwecken zustrebt, die von ihrer gesellschaftlichen Gesamtwirkung völlig verschieden sind. Nach der Analogie dieser wirtschaftlichen Erfahrung stellen sich die Menschen auch das Weltgeschehen vor. Betrachten wir die Natur, so bewundern wir vorerst,

> Wie alles sich zum Ganzen webt,
> Eins in dem andern wirkt und lebt!

Auch diese von uns bewunderte Naturordnung stellen wir uns vorerst wie das Ergebnis einer zweckbewußten Tätigkeit Gottes oder der personifizierten Natur vor. Dann aber, das Erlebnis des Kapitalismus nachbildend, nehmen wir an, daß auch hier eine Resultierende individueller Kräfte ist, was uns vorerst als Ergebnis zweckmäßig ordnender Tätigkeit erschienen war. Nach dem Vorbilde der Anarchie des kapitalistischen Konkurrenzsystems denken wir die Natur als Mechanismus.

Die Ueberwindung der theologisch-teleologischen durch die mechanistisch-kausale Naturauffassung ist das Ergebnis eines Jahrhunderte währenden Entwicklungsvorgangs. Noch im 17. und 18. Jahrhundert sind die Lehren der großen Naturforscher voll teleologischer Bestandteile. Nur allmählich werden sie ausgemerzt. Die stärkste Triebkraft dieser Entwicklung war unzweifelhaft der Kampf gegen die überlieferten religiösen Vorstellungen. Im Kampfe gegen den Feudalismus stößt das emporstrebende Bürgertum auf die Kirche, die gewaltigste Herrschaftsorganisation und die gewaltigste geistige Macht der feudalen Welt. Es sucht die Macht der Kirche über die Seelen zu erschüttern, indem es

ein von allen religiösen Vorstellungen befreites Weltbild zu schaffen unternimmt. Darum sucht es sein Weltbild von der Teleologie zu befreien, die die letzte Zufluchtsstätte aller Theologie ist. Je vollständiger der Feudalismus überwunden wird, desto vollständiger werden die teleologischen Bestandteile aus der Naturwissenschaft ausgemerzt. Je vollständiger der Kapitalismus siegt, desto reiner wird auch die Natur nach dem Vorbilde kapitalistischer Anarchie als Mechanismus gedacht.

Die größten Schwierigkeiten bereiten der mechanistischen Naturauffassung die Lebewesen. Die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Organe voneinander kann sich unser Erkenntnisvermögen nicht anders verständlich machen als durch die Annahme einer inneren Zweckmäßigkeit des Organismus. Erst durch Darwin wird auch das Reich des Lebenden der mechanistischen Naturauffassung erschlossen. Er unternimmt es, uns auch den zweckmäßigen Aufbau der Organismen als die Resultierende anarchisch wirkender individueller Kräfte begreiflich zu machen. Und gerade an diesem letzten großen Siege der mechanistischen Naturauffassung läßt sich ihr Ursprung am allerdeutlichsten zeigen; hat doch Darwin selbst bekannt, daß er sein Bild des Daseinskampfes der Lebewesen nach dem Vorbilde der Malthus'schen Darstellung des Konkurrenzkampfes der Menschen gestaltet habe! So wird gerade hier die geschichtliche Abhängigkeit der mechanistischen Naturauffassung vom Kapitalismus besonders deutlich erkennbar: ist in der Gesellschaft jede gesellschaftliche Wirkung nur die Resultierende anarchisch waltender individueller Kräfte, so wird auch in der Natur alles, was den Menschen früherer Zeiten als Naturzweck oder als das Ergebnis zweckbewußter Tätigkeit Gottes erschien, nur als das Ergebnis ungezügelt waltender individueller Kräfte gedacht. Der Mechanismus ist die anarchische Methode der freien Konkurrenz, — aus der Wirtschaft auf die Natur übertragen.

d) Qualität und Quantität

Die feudale Gesellschaft ruht auf der Gütererzeugung für den Eigenbedarf. Der Reichtum des Feudalherrn setzt sich zusammen aus soundso viel Joch Bodens, aus den Ansprüchen auf Fronarbeit, Zins und Bede soundso vieler Bauern, aus soundso viel Scheffeln Korn, soundso viel Zentnern Flachs usw. Diese Bestandteile seines Reichtums kann er nicht addieren; denn er kennt kein Maß, das so verschiedene Güter und Ansprüche zu messen, ihre Gesamtgröße zu berechnen erlaubte. Die Güterwelt setzt sich aus qualitativ verschiedenen Gütern zusammen, die an keinem gemeinsamem Maß gemessen werden können.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf der Warenerzeugung. Der Schneider erzeugt Kleider, nicht um sich zu bekleiden, sondern um sie zu verkaufen; er setzt die Kleider der Menge Geldes gleich, die er für sie eintauschen kann. Dem Warenerzeuger ist jede Ware nur der Vertreter einer Menge Geldes, nur Vergegenständlichung einer Menge gesellschaftlicher Arbeit, deren Erzeugnis er gegen die Ware eintauschen kann. Aus so vielen verschiedenen Gütern und Ansprüchen der Reichtum des Kapitalisten bestehen möge: er kann in *einer* Zahl ausgedrückt werden, weil jedes Gut einem Geldbetrag, einer Menge gesellschaftlicher Arbeit gleichgesetzt wird. Im Gelde hat das Wirtschaftsleben, in der gesellschaftlichen Arbeit die Wirtschaftstheorie ein Maß gefunden, das alle Güter zu messen, alle Güter miteinander zu vergleichen, alle Güter zu addieren ermöglicht. Die qualitativ verschiedenen Güter erscheinen der kapitalistischen Welt nur noch als Vertreter verschiedener Mengen desselben Geldes, als verschiedene Quanta ununterschiedener gesellschaftlicher Arbeit, als Quantitäten eines qualitativ ununterschiedenen Substrats.

Der Reichtum der feudalen Gesellschaft ist ein System qualitativ verschiedener Güter und Ansprüche. Der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft ist eine Summe von

Preisen oder Werten, er ist bloße Quantität. Auch diese wirtschaftliche Veränderung beeinflußt die Veränderung des Weltbildes. Der aristotelisch-scholastischen Physik ist die Welt ein System qualitativ verschiedener Dinge; die mechanistische Naturauffassung betrachtet die Welt als eine Summe von Massen, Kräften, Energien.

Die mechanistische Naturauffassung will alles Geschehen auf Bewegungen von Massen zurückführen. Die qualitativen Verschiedenheiten der Körper verschwinden: die Körper sind nur noch Massen, meßbar an der Beschleunigung, die gleiche Kräfte ihnen verleihen. Ebenso verschwinden die qualitativen Verschiedenheiten der Naturvorgänge: Wärme, Licht, Elektrizität, von uns so verschieden empfunden, sind allesamt nur Mengen von Energie, meßbar an dem allen Energien gemeinsamen Maß, umrechenbar in Quanta mechanischer Arbeit. Schon Galilei verkündet, der Physiker dürfe nur den mathematisch erfaßbaren Eigenschaften der Körper seine Aufmerksamkeit schenken; in der vollendeten mechanistischen Auffassung der Natur sind alle qualitativen Verschiedenheiten auf bloße Quantitäten zurückgeführt gedacht. Die qualitative Beschaffenheit ist bloß in der *Erscheinung*. Ihr *Wesen* ist ein Quantum eines qualitativ ununterschiedenen Substrats.

Der Kapitalismus hat die Menschen rechnen gelehrt. Die Qualität des Erzeugnisses interessiert den Warenerzeuger nicht; er liefert sie, wie der Markt sie begehrt. Was ihn interessiert, sind nur Quantitäten: Marktpreis und Kostenpreis, Kapital und Profit. Erst in der kapitalistischen Welt haben es die Menschen lernen müssen, alle Güter in Marktpreise, alle Arbeit in Kostenpreise, den ganzen Erfolg ihrer Lebensarbeit in Profitgrößen umzurechnen. Erst dadurch wurden die Menschen einer Naturauffassung geneigt, die alle qualitative Individualität in bloße Quanta auflöst.

Nur das Meßbare, Rechenbare gilt. Und zwar, da alles Geschehen als Bewegung gedacht werden soll, nur diejenigen meßbaren Eigenschaften der Körper, die durch den Tastsinn

wahrgenommen werden; nur ihr durch die Wage feststellbares Gewicht. Goethe, dessen ganzes Wesen sich immer wieder gegen die mechanistische Naturauffassung aufbäumt, beschreibt sie sehr zutreffend:

> Daran erkenn' ich den gelehrten Herrn!
> Was ihr nicht t a s t e t, steht euch meilenfern,
> Was ihr nicht f a ß t, das fehlt euch ganz und gar,
> Was ihr nicht r e c h n e t, glaubt ihr, sei nicht wahr,
> Was ihr nicht w ä g t, hat für euch kein Gewicht.

Und er weist auf die letzte Wurzel dieser Naturauffassung hin, indem er fortfährt:

> Was ihr nicht m ü n z t, das, meint ihr, gelte nicht.

Das ganze Wesen des Kapitalismus, dem die Güter nur noch Geldwerte, die menschliche Arbeitskraft selbst eine Ware, Lebensziel und Lebenswerk für die einen nur noch Profit und für die anderen nur noch Lohn sind, — es spiegelt sich in einer Naturauffassung, die alle qualitative Beschaffenheit in bloße Quantitäten aufzulösen unternimmt.

Wie die gewaltige Umwälzung der Arbeitsverfahren und der Arbeitsmittel, die der Kapitalismus vollbracht hat, das unverlierbare Erbe jeder künftigen Gesellschaftsordnung sein wird, so werden auch die großen Errungenschaften der Naturwissenschaft des kapitalistischen Zeitalters kommenden Geschlechtern unverloren bleiben. Aber unsere Bewunderung jener großen Leistungen des Menschengeistes darf uns ihre geschichtliche Bedingtheit nicht übersehen lassen. Von dem Werke der großen Naturforscher vom 16. bis zum 19. Jahrhundert wird gewiß unendlich viel der Menschheit bleiben als ein Besitz für immer; aber auch sie waren Kinder ihrer Zeit, auch ihr Weltbild trägt die Züge ihres Zeitalters, — Züge, die neuen Geschlechtern nicht mehr entsprechen können. Es war das Weltbild des emporsteigenden Kapitalismus, der nach dem Beispiel seiner eigenen Wirtschaftsordnung die Ordnung der Natur gedacht hat.

Die Philosophie des aufsteigenden Kapitalismus

a) Die dogmatischen Systeme

Die neuzeitliche Philosophie geht von der mechanistischen Naturauffassung aus. Sie entnimmt ihr den Begriff der *Materie* und sie begreift alles materielle Geschehen gemäß der mechanistischen Naturauffassung als mathematisch darzustellende Bewegungsvorgänge. Aber sie wagt es zunächst nicht, auch die von allem materiellen Geschehen erfahrungsgemäß verschiedenen seelischen Vorgänge auf Bewegungsvorgänge zurückzuführen. So stellt sie der Materie die *Seele* als eine selbständige Wesenheit gegenüber. Wird die Vorstellung der Materie der mechanistischen Naturauffassung entlehnt, so wird andererseits die Vorstellung der Seele so festgehalten, wie sie schon von uralten Volksmythen entwickelt, vom Christentum übernommen, von der Scholastik dogmatisiert worden war. Die Materie ist dauerhaft, ihrer Menge nach unveränderlich, nur ihre Gestalt kann die Arbeit verändern. Die Seele wird als unsterblich gedacht. So werden die dauerhafte Materie und die unsterbliche Seele zusammengefaßt unter dem Begriff der *Substanz*. Und den beiden Substanzen tritt gegenüber der Begriff *Gottes*. Aber dieser Begriff wird aus der mittelalterlichen Weltanschauung nicht unverändert übernommen, sondern wesentlich umgebildet.

Das Recht der alten urwüchsigen Stammesorganisationen war aus den Bedürfnissen des gesellschaftlichen Zusammenlebens allmählich erwachsen. Es war nicht gesetztes Recht, sondern Gewohnheitsrecht, jahrhundertelang unverändert fortlebend, nie plötzlich verändert, sondern immer nur allmählich entwickelt, durch sein Alter geheiligt. Die Menschen, in die Rechtsordnung ihres Stammes hineingeboren, nahmen sie als selbstverständlich hin, ohne nach ihrem Ursprung zu fragen. Aber plötzlich bricht in das Gebiet des friedlichen Ackerbauernstammes ein fremdes Nomadenvolk ein. Es unterwirft die Bauern, es entwaffnet sie, es beraubt

sie ihres Bodens und zwingt sie zur Fronarbeit für die neuen Herren. So entsteht ein neues Recht: es ist das Machtgebot des erobernden Königs, aus der Unterwerfung hervorgegangen, durch die Waffengewalt gesichert. Das alte Volksrecht wird durchbrochen durch das neue Königsrecht. Den unterworfenen Bauern erscheint ihr altes überliefertes Volksrecht als die selbstverständliche, natürliche Ordnung ihres Zusammenlebens, nach deren Ursprung sie nicht fragen; das neue Königsrecht aber als der Befehl des mächtigen Herrn, dessen Machtgebot die natürliche Ordnung der Gesellschaft durchbricht. So beurteilten zum Beispiel die angelsächsischen Bauern noch im 17. Jahrhundert, sechs Jahrhunderte nach der Eroberung, das normannische Recht.

Die Menschen beobachten frühzeitig den regelmäßigen Ablauf der Naturvorgänge. Diese Regelmäßigkeit erscheint ihnen als die Rechtsordnung der Natur. Aber sie fragen nach dem Ursprung dieser Regelmäßigkeit ebensowenig wie nach dem Ursprung ihrer alten Volksrechte. Nicht, wie Hume glaubt, die Gewohnheit, sondern der Schrecken über die Störung des gewohnten Ablaufs führt die Menschen zur Frage nach der Ursache (Wundt). Sie fragen nicht, warum Tag und Nacht, Sommer und Winter, Vollmond und Neumond einander ablösen; aber wenn Blitz und Donner, Sonnen- und Mondesfinsternisse, Seuchen und Ueberschwemmungen sie erschrecken, dann fragen sie nach der Ursache dieser Störungen des alltäglichen Ablaufs der Naturvorgänge. Sie ersinnen mächtige Wesen, die die gewohnte Naturordnung zu stören vermögen, wie ein erobernder König das gewohnte Volksrecht zu durchbrechen vermag. Solche Wesen sind die Götter der vorfeudalen Völker und ein solches Wesen ist auch noch der Gott des feudalen Zeitalters. Wenn es ihm beliebt, gebietet er der Sonne und dem Monde stillzustehen; er kann Tote zum Leben erwecken, Lahme gehend und Blinde sehend machen. Er ist nicht ein Gesetzgeber, der der Natur den alltäglichen Ablauf ihrer Vorgänge vorgeschrieben hat,

sondern der Wundertäter, der diesen alltäglichen Ablauf zu durchbrechen vermag — ganz so, wie der König der Feudalzeit nicht der Urheber des Gewohnheitsrechts des Volkes ist, sondern der mächtige Herr, dessen Befehle die Volksrechte durchbrechen.

Das feudale Gemeinwesen wird abgelöst vom absolutistischen, zentralisierenden, auf Geldwirtschaft gegründeten Staat. Der feudale Dualismus des Rechts, der Gegensatz zwischen den Gewohnheitsrechten der einzelnen Stände und Landschaften einerseits und dem gesetzten Recht der Könige andererseits, wird überwunden. Im absolutistischen Staat ist die Fürstengewalt der Urheber alles Rechts; alles Recht ist Königsrecht, gesetztes Recht — Gesetz. Dieses Recht bindet alle Untertanen des absolutistischen Staates; der Gesetzgeber selbst ist an das von ihm gegebene Gesetz gebunden, solange er es nicht abgeändert hat.

Nach dem Vorbilde dieser neuen Rechtsordnung stellen sich nun die Menschen die Ordnung der Natur vor. Die neue Naturwissenschaft beobachtet den regelmäßigen Ablauf des Naturgeschehens. Die Regeln, nach denen es verläuft, nennt sie Naturgesetze; das Wort zeigt schon den Ursprung der Vorstellung an: nach dem Vorbild der Gesetze des Staates denken sich die Menschen Gesetze der Natur. Und wie die Gesetze des Staates vom König erlassen sind, so sind die Gesetze der Natur erlassen von Gott. Der neue Gott ist nicht mehr ein Wundertäter, der der Sonne und dem Mond stillzustehen gebietet, wann es ihm beliebt, sondern der Gesetzgeber, der der Natur die Gesetze gegeben hat, nach denen sich die Gestirne bewegen. Aus der Vereinigung dieses neuen Gottesbegriffs mit den der mechanistischen Naturauffassung entlehnten Vorstellungen von der Materie und mit dem dem Christentum entlehnten Seelenbegriff ist die neuzeitliche Philosophie hervorgegangen.

Ihr Begründer ist *Descartes*. Er denkt die Natur ganz mechanistisch: Wirklich sind nur die mathematisch darstell-

baren Eigenschaften der Körper, Ausdehnung und Bewegung; alle Naturvorgänge müssen auf Bewegungen kleinster Massenteilchen zurückgeführt werden; jede teleologische Naturerklärung ist zu vermeiden. Aber der Materie steht die Seele als selbständige Wesenheit gegenüber, ihnen beiden Gott als der Gesetzgeber, der die Gesetze erlassen hat, denen Materie und Seele unterworfen sind. In seiner Vorstellung der Materie erweist sich Descartes als ein Kind des Zeitalters des Kapitalismus, in seinem Gottesbegriff als ein Kind des Zeitalters des absolutistischen Staates, der ersten Staatsform des jungen Kapitalismus. Descartes ist ein Zeitgenosse Richelieus!

Der Franzose malt sich die Welt nach dem Vorbilde der absoluten Monarchie. In den republikanischen Niederlanden entsteht ein anderer Gottesbegriff. In der Republik ist das Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, zugleich der Gesetzgeber. Auf die Natur übertragen: die Welt, die den Naturgesetzen unterworfen ist, ist zugleich der Gott, der die Gesetze gibt. Dem monarchischen Deismus tritt der republikanische Pantheismus gegenüber. *Spinoza*, sein erster Vertreter, ist ein Zeitgenosse des englischen Commonwealth! Ihm sind Natur und Seele nur noch Daseinsweisen *einer* Substanz, das materielle und das seelische Geschehen zwei Seiten der einen Substanz, die Gott und Welt, Gesetzgeber und Untertan zugleich ist. Beide Attribute sind derselben kausalen Gesetzmäßigkeit unterworfen und diese Gesetzmäßigkeit kann nur mittels der mathematischen Methode, „more geometrico" dargestellt werden [1]).

So suchen die ältesten Systeme der neuzeitlichen Philosophie die mechanistische Naturauffassung mit den dem Christentum entlehnten Seelen- und Gottesbegriffen in Einklang zu

[1]) Je vois rêver Platon et penser Aristote;
J'écoute, j'applaudis et poursuis mon chemin.
Sous les rois absolus je trouve un Dieu despote;
On nous parle aujourd'hui d'un Dieu républicain.
Musset, L'espoir en Dieu. 1838.

setzen. Aber je mächtiger sich der Kapitalismus entwickelt, desto ausschließlicher beherrscht die mechanistische Naturauffassung das Denken. Sie schließt endlich alle Kompromisse mit den überlieferten Seelen- und Gottesvorstellungen aus. Dem Cartesianismus und dem Spinozismus folgt der monistische Materialismus. Nun wurden auch die seelischen Vorgänge mechanistisch aufgefaßt; sie wurden als Gehirnfunktionen, als Bewegungen von Gehirnteilchen gedacht. Und Gott verschwindet: wie die Gesetze des kapitalistischen Wettbewerbs, die die gesellschaftliche Arbeit und den gesellschaftlichen Arbeitsertrag verteilen, von niemand gesetzt sind, so bedürfen auch die Naturgesetze keines Gesetzgebers mehr. Die Materie ist die einzige Substanz; es gibt nichts außer bewegter Materie. Der Materialismus ist die folgerichtige Philosophie des Systems der freien Konkurrenz: in ihm erschöpft sich alles Wissen in der mechanistischen Naturauffassung, die die Welt nach dem Ebenbilde des Kapitalismus schafft, und jedes Kompromiß mit den älteren, aus der Feudalzeit übernommenen Auffassungen lehnt er ab.

In England, wo sich der Kapitalismus am vollkommensten entwickelt hat, ist auch der Materialismus zuerst entstanden. *Hobbes* ist sein erster Vertreter. Als ein Kind des individualistischen Kapitalismus erweist er sich in seiner Staatslehre, die den Staat aus dem zwischen den Individuen abgeschlossenen Gesellschaftsvertrage ableitet; ein Kind des individualistischen Kapitalismus bleibt er auch in seiner materialistischen Philosophie. Aber ihn schreckt die bürgerliche Revolution, die die breiten Volksmassen in Bewegung setzt. Ein Verfechter der durch die Revolution erschütterten Ordnung, betrachtet er eine unbeschränkte Staatsgewalt als die erste Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung. So stützt er auf die individualistische Lehre vom Gesellschaftsvertrage eine Rechtfertigung des Absolutismus; so hindert ihn seine materialistische Weltanschauung nicht, eine den staatlichen Bedürfnissen angepaßte Religion als

Herrschaftsmittel des Staates erhalten zu wollen. „Glaube ist", sagt er, „was der Staat zu glauben gebietet, Aberglaube, was er verbietet." In England, wo das revolutionäre Bürgertum seinen Kampf gegen den Absolutismus unter christlicher Flagge führte, tritt der Materialismus als Verbündeter des Absolutismus auf; erst in Frankreich, wo der Katholizismus zur Stütze des Absolutismus geworden ist, wird der Materialismus zur Idee der revolutionären Bourgeoisie (Lamettrie, Helvetius, Diderot, Holbach).

Der Materialismus blüht zum ersten Male in Frankreich in der Zeit, in der sich das Bürgertum zur Revolution rüstet, die alle Hindernisse der Entfaltung des Kapitalismus sprengen soll. Die Stürme der bürgerlichen Revolution, die alles Denken dem Staat zuwenden, sind dem anarchischen Materialismus nicht hold. Aber nach dem Abschluß der bürgerlichen Revolution, nach 1848, in der Zeit des vollkommensten Triumphes des individualistischen Kapitalismus, wird der Materialismus zum Volksglauben. Mit dem politischen Liberalismus, dem Manchestertum und der freihändlerischen Vulgärökonomie verknüpft sich der Materialismus zur Weltanschauung der liberalen Bourgeoisie.

b) Die kritische Philosophie

Aus dem Individualismus ist der Empirismus hervorgegangen. Ist das Individuum vom Banne staatlicher und kirchlicher Autorität befreit, so will es nicht mehr aus überkommenen Begriffen, sondern aus eigener Erfahrung sein Weltbild gestalten. Ist die Gesellschaft in selbstherrliche Individuen zersetzt, so denken die Menschen auch die Welt als die Summe selbständiger Einzeldinge. Zur Erkenntnis führt nun kein anderer Weg als die Beobachtung und Vergleichung der einzelnen Dinge durch die einzelnen Menschen: die Induktion. Wir haben schon gezeigt, wie aus dem Voluntarismus Duns Scotus' und dem Nominalismus Occams die Erfahrungsphilosophie Bacons hervorgegangen ist.

Aber steht am Anfange der Entwicklung der modernen Naturwissenschaft die Forderung der Induktion, so steht ihr andererseits eine andere Forderung gegenüber: die Forderung nach der Auflösung aller Naturerscheinungen in Massenbewegungen, aller Körper in Atome, aller Qualitäten in Quantitäten. Unter dem Drucke dieser Forderung entstand seit Galilei eine Naturwissenschaft, die dem ausschließlichen Empirismus Bacons wenig entsprach.

Die Erfahrung zeigt uns grüne und braune, hoch- und tieftönende, süß und sauer schmeckende, wohl- und übelriechende Körper. Aber den Körpern der mechanistischen Naturauffassung kommen keine anderen Eigenschaften zu als Ausdehnung, Undurchdringlichkeit, Masse und Bewegung. Sie sind farblos, klanglos, geruchlos, geschmacklos. Die von der Theorie gedachte Welt ist von der Welt der Erfahrung verschieden.

Die Naturwissenschaft, alle Qualitäten in Quantitäten auflösend, bedient sich der Mathematik als ihres Werkzeugs. Mit der mechanistischen Naturauffassung entwickelt sich die Mathematik. Sie leitet ihre Erkenntnisse durch Schlüsse aus den uns ohne Beweis einleuchtenden Axiomen ab. Ihr Verfahren ist nicht induktiv, sondern deduktiv. Neben den Empirismus, der alle Erkenntnis aus der Erfahrung schöpfen will, tritt der Rationalismus, der seine Erkenntnisse aus dem Verstande, durch Schlüsse aus den unmittelbar einleuchtenden Axiomen zu gewinnen glaubt.

So stehen Naturbeobachtung und Mathematik, Induktion und Deduktion, Empirismus und Rationalismus, Bacon und Galilei einander gegenüber.

Der Empirismus geht aus dem Individualismus hervor: daraus, daß der Kapitalismus die Gesellschaft in selbstherrliche Individuen zersetzt. Die Auflösung der Qualitäten in Quantitäten ist das theoretische Spiegelbild der Geldwirtschaft; die mathematische Methode geht daraus hervor, daß der Kapitalismus den gesellschaftlichen Zusammenhang

zwischen den Individuen durch den Warenaustausch, durch Kauf und Verkauf, durch Verwandlung der Güter in Waren vermittelt. Der theoretische Widerspruch zwischen induktivem Empirismus und mathematischem Rationalismus ist das theoretische Spiegelbild des dem Kapitalismus eigentümlichen Widerspruchs zwischen der rechtlichen Selbstherrlichkeit, die er den Individuen verleiht, und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Individuen voneinander, die, durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung bewirkt, sich auf dem Markt, im Warenkauf und Warenverkauf, in der Auflösung aller Güter in Wertquanten durchsetzt.

Die Philosophie stellt sich zuerst auf die Seite der Mathematik gegen die Naturbeobachtung, des Rationalismus gegen den Empirismus, Galileis gegen Bacon. *Descartes* betrachtet die Axiome als angeborene Ideen. Durch Schlüsse aus diesen angeborenen Ideen allein kann der Mensch sichere Erkenntnis gewinnen. Die Erfahrungen unserer Sinne sind ein trügerischer Schein, durch die Eigenart unserer Sinnesorgane bestimmt. Wie die Mathematik kann auch die Philosophie selbst ihre Erkenntnisse nur durch Schlüsse aus angeborenen Ideen, nur „more geometrico" gewinnen.

Gegen diesen Rationalismus setzt sich aber der englische Individualismus zur Wehr. Angeborene Ideen wären ein kollektiver Besitz der Menschheit, vom Individuum nicht erworben, sondern ihm durch die Geburt auferlegt. Descartes' Annahme streitet also gegen die Freiheit des Individuums, das sich aus eigener, individueller Erfahrung sein Weltbild gestalten will, ohne an unüberprüfbare, unbestreitbare Ideen gebunden zu sein. Darum leugnet *Locke* die angeborenen Ideen. In unserem Wissen ist nichts, was uns nicht durch unsere Sinnesorgane zugeführt wäre. Darin folgt Locke dem Empirismus Bacons. Aber andererseits nimmt er doch die mathematische Naturwissenschaft der Schule Galileis an. Er will also zeigen, daß diese Naturwissenschaft rein empirisch-induktiv gewonnen sei. Zu diesem Zwecke

unterscheidet er die primären und die sekundären Eigenschaften der Körper. Nur die *primären* Eigenschaften der Körper, die wir durch unsere Sinnesorgane erkennen — Zahl, Ausdehnung, Gestalt, Bewegung — kommen wirklich den Dingen zu; die *sekundären* Eigenschaften der Körper — Klang, Farbe, Wärme, Geruch, Geschmack — sind nur Täuschungen unserer Sinne, die so geartet sind, daß sie uns gewisse auf sie wirkende Bewegungsvorgänge nicht als solche, sondern als Klang oder als Farbe, als Wärme, als Geruch oder Geschmack wiedergeben. Die mathematischen Eigenschaften der Körper sind also die allein wirklichen; die Axiome der Mathematik sind nicht angeborene Ideen, sondern aus der Beobachtung der wirklichen Größenbeziehungen der Körper gewonnene Erkenntnisse. Die mechanistische Naturauffassung ist die Erkenntnis der wirklichen Dinge, aus der Erfahrung gewonnen, aber gereinigt von dem trügerischen Schein, den die Eigenart unserer Sinne der Erfahrung beimengt. So glaubt Locke zeigen zu können, daß das Weltbild der mechanistischen Naturauffassung der Forderung nach einer rein induktiven Erfahrungswissenschaft entspreche. Ganz in der Naturauffassung des Kapitalismus befangen, glaubt er, es sei in der Erkenntnis der Natur des menschlichen psychophysischen Organismus begründet, nur das Quantitative als wirklich anzuerkennen, alles Qualitative in Quantitäten aufgelöst zu denken. Mit Recht sagt Marx von ihm, er habe den bürgerlichen Verstand zum menschlichen Normalverstand schlechthin gemacht.

Locke hat zuerst die Frage nach der Natur und den Grenzen unseres Erkenntnisvermögens gestellt und dadurch die Erkenntnislehre begründet. Bald sah sie sich vor ein weiteres Problem gestellt. Die Naturwissenschaft entdeckte Naturgesetze; aber von dem Gesetzgeber, der der Natur die Gesetze gegeben, wollte sie nichts mehr wissen. Der Materialismus leugnete Gott; andere ließen die Gottesvorstellung als Befriedigung von Gemütsbedürfnissen noch zu, lehnten es aber

ab, sie auch in die Wissenschaft einzuführen, die sich auf den Bereich der Erfahrung zu beschränken habe. So hatte man Gesetze, die niemand gesetzt hat. Woher stammen diese Gesetze?

Das emporstrebende Bürgertum stellte dem Rechte des Feudalismus und des Absolutismus sein eigenes bürgerliches Recht gegenüber. Das dem Kapitalismus angemessene, den Bedürfnissen des Bürgertums jener Zeit entsprechende Recht erschien ihm als das Naturrecht, das die Natur selbst jedem Menschen in die Seele gepflanzt habe und dem nur rohe Gewalt Geltung versage. Aus der Natur des Menschen sei das richtige Recht abzuleiten; der Mensch sucht die Quelle des Rechtes in seiner eigenen Brust.

Diese Vorstellung vom menschlichen Recht wird wieder auf die Ordnung der Natur übertragen. Der Mensch sucht wie den Ursprung der richtigen Gesetze der menschlichen Gesellschaft, so auch der wirklichen Gesetze der Natur in seinem eigenen Bewußtsein. Nicht ein König gibt der Gesellschaft ihr Recht; durch den Gesellschaftsvertrag, den die einzelnen Menschen selbst untereinander eingegangen sind, hat sich eine unvergängliche Rechtsordnung begründet, die in der unveränderlichen natürlichen Beschaffenheit der menschlichen Bedürfnisse ihren Grund hat. Nicht ein Gott gibt der Natur ihre Gesetze; die Menschen selbst haben die Naturgesetze in die Welt hinaus verlegt und diese Gesetze haben in der unveränderlichen Natur des menschlichen Erkenntnisvermögens ihren Grund. Wird die bürgerliche Rechtsordnung, die den Bedürfnissen des Kapitalismus entspricht, als das Naturrecht schlechthin angesehen, das in der unveränderlichen moralischen Natur des Menschen begründet sei, so werden die Naturgesetze, mittels derer das Zeitalter des Kapitalismus die Welt nach seinem Ebenbilde schafft, zu Gesetzen des menschlichen Erkenntnisvermögens überhaupt, die in der unveränderlichen Natur des menschlichen Erkenntnisvermögens begründet seien.

Im Keime ist diese neue Erkenntnislehre schon in *Humes* Auflösung der Substanz und der Kausalität enthalten: in der Welt gibt es weder Ursache noch Wirkung; nur der Mensch verknüpft als Ursache und Wirkung miteinander, was er aufeinander folgen zu sehen gewohnt ist. In der Natur gibt es nichts als einzelne Erscheinungen, die aufeinander folgen; nur der Mensch verknüpft sie durch das Band der Kausalität, nur er faßt sie zusammen unter Gesetzen. Aber ihre weitere Ausbildung hat diese Erkenntnislehre doch nicht mehr auf britischem, sondern erst auf deutschem Boden erfahren.

Die britische Philosophie trägt vom 13. bis zum 19. Jahrhundert einheitliche Züge. Duns Scotus' Individualismus wird, auf die Natur übertragen, durch Occam zum Nominalismus; beide führen zum Empirismus Bacons. Locke sucht diesen mit der mechanistischen Naturauffassung in Einklang zu bringen. Hume bildet ihn fort, indem er die Natur gänzlich in einzelne Erscheinungen zerschlägt, zwischen denen nur die Denkgewohnheiten der Menschen eine Brücke schlagen. Von Bacon zu J. St. Mill, von Locke zu Spencer, von Hume zu James führt ein gerader Weg. So sind es überall dieselben Merkmale: Individualismus im Praktischen wird im Bereiche der Theorie zum Empirismus. Wie in der Oekonomie und in der Politik Britannien das Mutterland des individualistischen Kapitalismus war, hat es auch die dem individualistischen Kapitalismus entsprechendste Denkrichtung hervorgebracht.

Viel später als die Briten, erst im 18. Jahrhundert, haben die Deutschen eine führende Stellung in der Philosophie gewonnen. Auch in Deutschland hatte im 18. Jahrhundert der Kapitalismus schon breiten Raum gewonnen; aber neben ihm lebten doch noch breite Reste feudaler Ordnung fort. Auch die deutschen Gelehrten übernahmen die mechanistische Naturauffassung und die rationalistische Staatslehre; aber zugleich standen sie doch noch im Banne der alten

feudal-kirchlichen Ideenwelt und der das Individuum absolutistischen Staatsgewalten, grundherrschaftlichen Obrigkeiten, zünftlerischen Gemeinschaften eingliedernden gesellschaftlichen Ordnung. Auch sie dachten die Welt als Ebenbild des Kapitalismus; aber die deutsche, noch viel weniger individualistisch aufgelöste Wirklichkeit ließ die vollständige Auflösung der Welt in einen Mechanismus von Atomen nicht zu.

Kant stellt sich die Erfahrung nach dem Vorbilde der Arbeit vor: wie die Arbeit die von der Natur gegebene Materie formt, so formt unser Erkenntnisvermögen das uns durch unsere Sinnesorgane gegebene Material. An jeder Erfahrung sind daher die durch die Sinne gegebene Materie und die ihr durch die Arbeit unseres Erkenntnisvermögens gegebene Form zu unterscheiden. Dadurch vereinigt Kant zunächst den Rationalismus mit dem Empirismus, Descartes mit Locke. Auch Kant geht von der Naturauffassung des Kapitalismus aus; auch ihm sind mathematische Bewegungsgesetze das Ziel aller Wissenschaft. Aber die Erkenntnisse der Mathematik und der Kinematik sind ihm nicht wie Descartes Schlüsse aus angeborenen Ideen, sondern Erkenntnisse, die sich nur *in* der Erfahrung und *mit* der Erfahrung entwickeln; insoweit steht er zu Locke gegen Descartes. Andererseits aber ist Erfahrung nicht bloße Uebernahme der Empfindungen unserer Sinnesorgane, sondern Bearbeitung dieser Empfindungen durch die Funktionen des menschlichen Bewußtseins, durch die reinen Formen der Anschauung und des Denkens, die sich zwar in der Erfahrung betätigen, aber nicht *aus* der Erfahrung stammen; insoweit steht Kant zu Descartes gegen Locke.

Im Gegensatze zwischen induktivem Empirismus und mathematischem Rationalismus spiegelt sich, wie wir gesehen haben, der der kapitalistischen Warenproduktion eigentümliche Widerspruch zwischen der rechtlichen Freiheit der Individuen und ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit voneinander, die sich auf dem Markte, in der Umsetzung der Güter

gegen Geld durchsetzt. Dieser Widerspruch zwischen Recht und Wirtschaft löst sich nur in der Erkenntnis auf, daß die Auflösung der Güter in Wertquanta nur die dem Kapitalismus eigentümliche Methode ist, mittels der freien Handlungen der Individuen die gesellschaftlichen Notwendigkeiten durchzusetzen, die in jeder auf Arbeitsteilung gegründeten Gesellschaft bestehen: die Anpassung des Verbrauches an die Erzeugung, der Verteilung der Arbeit auf die einzelnen Berufe an die Gliederung des gesellschaftlichen Güterbedarfes, der Vergrößerung des gesellschaftlichen Produktionsapparats an das Wachstum der Bevölkerung. Ebenso ist die Auflösung der Dinge in Quanta von Massen und Kräften die durch unser Erkenntnisvermögen geforderte Methode, in der sich in den individuellen Erfahrungen der einzelnen Dinge durch die einzelnen Menschen die allgemeinen Funktionen menschlicher Anschauung und menschlichen Denkens betätigen, die allem menschlichen Bewußtsein gemein sind, — die kollektiven Funktionen des menschlichen Bewußtseins überhaupt.

Die mathematischen Eigenschaften der Körper sind Kant nicht wie Locke die allein wirklichen, die primären Eigenschaften der Dinge an sich, sondern reine Formen der Anschauung und des Denkens, die unser Bewußtsein dem durch die Sinnesorgane gelieferten Material verleiht. Darin berührt sich Kant mit Hume. Auch Kant glaubt, daß nur der Mensch die erfahrungsmäßig aufeinander folgenden Erscheinungen durch das Band der Ursache und der Wirkung, durch Gesetze verknüpft. Aber für Hume ist die Natur eine unorganisierte Masse unverbundener einzelner Erscheinungen; ihre Verknüpfung als Ursache und Wirkung ist unwesentlich, bloße Gewohnheit, nur durch ihre praktische Brauchbarkeit gerechtfertigt. Für Kant ist die Natur ein System von Gesetzen; denn es gibt für uns keine andere Natur als die, die der gesetzgebende menschliche Verstand hervorbringt, indem er das Empfindungsmaterial gemäß seiner eigenen Gesetzlichkeit formt, und diese Gesetzlichkeit ist unveränderlich, in

der Eigenart alles menschlichen Bewußtseins gegeben. So wird die Naturordnung, wie sie Kant in Newtons „Principia mathematica" vorfindet, zu einem Gegenstück des Naturrechts: wie die Gesetze des Naturrechts in der moralischen Natur des Menschen, sind die Naturgesetze in der Eigenart des theoretischen Erkenntnisvermögens der Menschen begründet; wie das Naturrecht nach der Auffassung jener Zeit für alle Zeiten und für alle Völker gilt, so gelten auch die Gesetze, die das menschliche Erkenntnisvermögen der Natur vorschreibt, allgemein und notwendig. Kant ist ein Zeitgenosse Rousseaus!

Auch Kant ist ein Kind des Kapitalismus. Er übernimmt die Naturauffassung des Kapitalismus: aller Erfahrung letztes Ergebnis sind mathematische Bewegungsgesetze. Er übernimmt die naturrechtliche Staatsphilosophie des individualistischen Kapitalismus und bildet nach ihrem Vorbild seine Erkenntnislehre: die Gesetze der Mathematik und der Kinematik sind unveränderliche Gesetze, die unser Erkenntnisvermögen der Natur vorschreibt, wie die Satzungen des Naturrechtes unveränderliche Gesetze sind, die unsere moralische Natur aller menschlichen Gesellschaft diktiert. Die Gesetze, mittels derer der Kapitalismus sich die Welt nach seinem Ebenbilde schafft, sind für Kant ewige Gesetze des menschlichen Bewußtseins überhaupt. Auch von Kant hätte Marx sagen können, daß er den bürgerlichen Verstand als menschlichen Normalverstand schlechthin proklamiere. Aber verschieden von seinen britisch-individualistischen Vorgängern bildet der Deutsche die Weltauffassung des individualistischen Kapitalismus universalistisch fort: Die Gesetze der Mathematik und Kinematik sind ihm nicht wie Locke bloße Verallgemeinerungen, die der einzelne Mensch aus der Beobachtung und Vergleichung der primären Eigenschaften der einzelnen Dinge gewinnt, sondern Gesetze des menschlichen Bewußtseins überhaupt, des kollektiven Gattungsverstandes, die jedem Individuum eingepflanzt sind und jedes Einzelding erst kon-

stituieren, aus dem Empfindungsmaterial erst hervorbringen. Und wenn für Hume Naturerfahrung nur die Abbildung der Einzelerscheinungen ist, ihre ursächliche Verknüpfung nur eine Zutat zur Erfahrung, zu der den Menschen die Gewohnheit verleitet, so ist für Kant Naturerfahrung nicht nur die Aufnahme des Empfindungsmaterials, sondern auch seine Ordnung durch die Formen der Anschauung und des Denkens, und darum die Natur nicht eine rohe Masse von Einzelerscheinungen, sondern ein System von Gesetzen.

Aber Kant bildet nicht nur das individualistische Weltbild universalistisch um, er schränkt zugleich auch seine Geltung ein. Die sekundären Eigenschaften schreibt schon Locke nicht den äußeren Gegenständen zu, sondern nur unseren Sinnesorganen. Kant geht darüber hinaus, indem er die primären Eigenschaften als Formen unserer Anschauung und unseres Denkens auffaßt. So sind alle Eigenschaften der äußeren Gegenstände in unser Erkenntnisvermögen hereingenommen: außerhalb seiner bleibt nichts übrig als das unerkennbare Ding an sich. Unser Wissen, durch die Beschaffenheit unserer Sinnesorgane und unserer Anschauungs- und Denkformen bestimmt, kann uns nichts darüber sagen, wie die Dinge an sich, unabhängig von unserem Erkenntnisvermögen, beschaffen sind. Es ist nur ein Wissen von den Erscheinungen, von den Dingen für uns, kein Wissen von den Dingen an sich. Von der Ordnung der Dinge an sich können wir theoretisch nichts ausmachen; aber eben deshalb sind wir frei, uns ein Bild von ihr zu entwerfen, wie es unsere praktischen Zwecke fordern. So gewinnt Kant den Raum zu seinem „praktischen Vernunftglauben", zur Gottheits- und Seelenmystik. In der Ausführung dieses Gedankens zeigt es sich, wie stark Kant noch im Banne der theologischen Ueberlieferung der feudalen Geschichtsepoche stand. Aber andererseits ist in seiner Darstellung des Verhältnisses zwischen verständigem Wissen und vernünftigem Glauben doch eine zukunftsschwangere Erkenntnis enthalten: die Erkenntnis

nämlich, daß die mechanistische Naturauffassung nicht die Erkenntnis des *Wesens* der Welt ist, sondern nur *eine* der Methoden, deren sich der Menschengeist bedient, sich die Welt zu seinen Zwecken anzueignen — eine Methode, neben der andere Methoden möglich sind. Nur daß Kant, darin wieder ein Kind des Kapitalismus, das Verfahren der mechanistischen Naturauffassung für die allein mögliche Methode theoretischen Erkennens hielt, neben der andere Verfahrungsweisen nicht zu theoretischer Erkenntnis führen, sondern nur als Methoden sittlichen Wollens, ästhetischen Beurteilens und vernünftigen Glaubens bestehen könnten, und daß er, an feudal-theologische Ueberlieferung gebunden, die Freiheit der Wahl anderer Methoden nicht anders zu benützen wußte als zur Rechtfertigung des theologischen Weltbildes.

c) Die dialektische Philosophie

Der bürgerlichen Revolution tritt die feudale Reaktion gegenüber, der bürgerlichen Naturrechtslehre die historische Rechtsschule der Romantik. Hat das Bürgertum das seinen Bedürfnissen entsprechende Recht als das Naturrecht verkündet, das für alle Zeiten und alle Völker gelte, so stellt ihm der Feudalismus die Erkenntnis entgegen, daß es kein ewiges, unveränderliches, durch die menschliche Natur schlechthin bestimmtes Recht gibt, daß das Recht vielmehr organisch erwächst aus dem jeweiligen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Zustande der Gesellschaft. Der abstrakten Volonté générale der Naturrechtslehre tritt der konkrete Volksgeist gegenüber, der das Recht setzt; gegen die Vorstellung von den

> ewigen Rechten,
> Die droben hangen unveräußerlich
> Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst,

streitet die neue Vorstellung von der organischen Entwicklung des Volksgeistes, aus der die Wandlungen des Rechtes hervorgehen. Die Forderung, daß das Recht der höchstentwickelten

kapitalistischen Staaten von den rückständigen übernommen werde, wird abgewiesen mit der Begründung, daß die einzelnen Volksgeister voneinander verschieden seien und darum auch die Rechte der einzelnen Völker verschieden sein müßten.

Der Aufklärungsphilosophie war die Geschichte nur „ein Kehrichtfaß und eine Rumpelkammer", ein sinnloses Gemenge von Irrtum und Aberglauben, von Unrecht und Gewalt. Erst die feudale Geschichtsauffassung, die im Kampfe gegen die Naturrechtsphilosophie entsteht, gibt der Geschichte einen Sinn. Die einzelnen Gesellschaftszustände entwickeln sich notwendig auseinander; jeder Zustand der Sitte und des Rechtes, des Wissens und des Glaubens ist der notwendige Ausfluß der jeweiligen Entwicklungsstufe des Volksgeistes. Aus dieser Geschichtsauffassung geht die Geschichtsphilosophie *Hegels* hervor. Zum ersten Male wird der Versuch unternommen, die ganze Geschichte der Menschheit, ihrer gesellschaftlichen Zustände, ihres Rechtes, ihrer Staaten, ihrer Ideen als gesetzmäßige innere Entwicklung des kollektiven menschlichen Geistes zu begreifen. Auch in diesem Gedanken wirken die Ideen des Kapitalismus fort: die Forderung strenger Gesetzmäßigkeit des Geschehens, wie sie sich in der Naturwissenschaft des kapitalistischen Zeitalters entwickelt hat, wird nun auf die Geschichte übertragen. Aber andererseits ist diese Uebertragung eine Waffe, die sich die feudale Reaktion im Kampfe gegen die bürgerliche Revolution geschmiedet hat.

Hegel ist ein Kind des Kapitalismus; er stellt sich alle geschichtliche Entwicklung nach der Erfahrung des Konkurrenzsystems vor: Alle geschichtliche Entwicklung vollzieht sich im Kampfe der Individuen gegeneinander, in dem jedes Individuum nur durch seine Selbstsucht geleitet ist. Aber andererseits ist Hegel ein Sprößling der feudal-romantischen Rechts- und Staatsauffassung: der Volksgeist bedient sich des Kampfes der Individuen gegeneinander, um seine Zwecke zu erreichen; der Weltgeist bedient sich des Kampfes

der Völker gegeneinander, um die Menschheit zu seinen Zwecken zu führen. Es ist die „List der Vernunft", die Selbstsucht der einzelnen Menschen und der einzelnen Völker als Mittel zu ihren Zwecken zu benützen. Diese Vorstellung entspricht der Denkweise einer Zeit, in der der freie Wettbewerb noch nicht Wirklichkeit, aber überall schon Gegenstand des Kampfes war. Erobert der Liberalismus die Staatsgewalt, so gibt der Staat den Wettbewerb frei; er läßt jedes Individuum ungestört im Kampf um seine eigenen Interessen; aber er tut das in der Meinung, daß dadurch sein Interesse, das kollektive Interesse der gesamten Nation am zweckmäßigsten gefördert werde: daß der freie Wettbewerb am zweckmäßigsten die Produktivkräfte entwickele, das Nationaleinkommen erhöhe, Reichtum und Macht des Staates vergrößere. Diese Vorstellung, daß der freie Wettbewerb ein Mittel der Gesellschaft und des Staates für ihre Zwecke sei, erweitert Hegel zu dem Gedanken, daß sich der Weltgeist der Kämpfe der Individuen gegeneinander bediene, um seine Zwecke zu erreichen.

Hegel lebt in der Zeit der bürgerlichen Revolution: in der Zeit der großen Kämpfe um die Gestaltung des Nationalstaates in Frankreich und in England, um die Schaffung eines Nationalstaates in Deutschland und in Italien. Der Staat ist ihm nicht wie der Naturrechtslehre ein notwendiges Uebel, sondern Ziel und reifste Frucht aller geschichtlichen Entwicklung, der Nationalstaat die Verwirklichung des Volksgeistes. Der unpersönliche *Weltgeist* bedient sich der Kämpfe der persönlichen *subjektiven Geister* gegeneinander, um seine Verwirklichung zu finden im überpersönlichen *objektiven* Geist: im Recht, in der Moral und in der Sittlichkeit, in der Familie, in der Gesellschaft und im Staate.

Diese ganze Auffassung der menschlichen Geschichte überträgt Hegel nun auf alles Weltgeschehen. Wie in der Geschichte sich die Individuen miteinander vereinigen und gegeneinander kämpfen, so ziehen in der Natur die Massen

einander an und stoßen einander ab. Aber wie der Kampf der Individuen gegeneinander nur ein Mittel ist, dessen der Weltgeist sich bedient, um die Menschheit zu seinen Zwecken zu führen, so ist auch in der Natur der Kampf der individuellen Kräfte gegeneinander nur ein Mittel, dessen sich der Weltgeist bedient, um die Natur zu seinen Zwecken zu führen. Auch der Naturmechanismus ist nur ein Mittel, das die „List der Vernunft" gebraucht. Auch in der Natur herrscht gesetzmäßige Entwicklung. Sie schreitet vom Unbelebten durch das Pflanzen- und das Tierreich zur Menschheit auf. Die Geschichte der Menschheit ist nur ein Teil der Entwicklung der Natur. Die höchste Frucht dieser Geschichte ist aber der kollektive geistige Besitz der Menschheit, der *absolute Geist:* Kunst, Religion und Philosophie, in denen die Menschheit die Natur sinnlich erschaut, sich vorstellt und begreift. Der Weltgeist bedient sich des Naturmechanismus, um die Entwicklung zu immer höheren Stufen zu führen, bis schließlich auf der höchsten Stufe, in der Philosophie, der Geist zur Erkenntnis seiner selbst gelangt. Selbsterkenntnis des Geistes ist das Ziel, das der Weltgeist mittels des Mechanismus erreicht. In diesem Gedanken erweist sich Hegels Philosophie als eine echte Professoren-, Intellektuellenphilosophie, der die Erkenntnis nicht bloßes Mittel des Lebens, sondern höchstes Ziel alles Strebens, letztes Ergebnis aller Entwicklung ist; als die echt deutsche Philosophie einer Zeit, in der das deutsche Bürgertum erst mit geistigen Waffen gegen den Feudalismus streiten konnte, während das französische und das britische Bürgertum ihn schon mit materiellen Waffen niederstrecken konnte; einer Zeit, in der das wirtschaftlich rückständige, politisch zersplitterte Deutschland sich bescheiden mußte, das Land der Denker und Dichter zu sein, während Briten und Franzosen die Welt untereinander teilten.

Alles Geschehen ist Mechanismus: Anziehung und Abstoßung von Massen in der Natur, Kooperation und Kon-

kurrenz von Individuen in der Gesellschaft. Darin ist Hegel ein Kind des Kapitalismus. Aber der Mechanismus ist nur das Mittel, dessen der Weltgeist sich bedient, um sich schließlich zu setzen in der kollektiven Organisation der Menschheit, im objektiven Geist, als *Staat*, und sich schließlich zu erkennen im kollektiven geistigen Besitz der Menschheit, im absoluten Geist, als *Philosophie*. Darin weitet sich Hegels aus den Kämpfen der bürgerlichen Revolution, aus den Kämpfen zwischen Kapitalismus und Feudalismus, zwischen Revolution und Reaktion, zwischen Naturrechtslehre und historischer Rechtsschule erwachsene Geschichtsauffassung zu einem Weltbilde aus.

Mit dieser ganzen Gedankenmasse nun, die im letzten Grunde aus der feudal-romantischen Rechts- und Staatslehre hervorgegangen ist, verknüpft Hegel eine andere, die aus der Fortbildung der naturrechtlichen Erkenntniskritik Kants erwachsen ist.

Kant hat die reinen Denkformen auf empirischem Wege gewonnen: er hat die mathematische Naturwissenschaft seiner Zeit geprüft und zu ermitteln versucht, welche ihrer Bestandteile uns nicht durch die Sinnesorgane zugeführt sein können, sondern unserem Erkenntnisvermögen zugeschrieben, als reine Formen des Denkens angesehen werden müssen. So gewann er seine Tafel der Kategorien. Unser Verstand ist ihm ein System unveränderlicher Kategorien, Denkformen, in die wir das Empfindungsmaterial gießen. Diese Vorstellung befriedigte seine Schüler nicht. Die Forderung nach strenger innerer Gesetzmäßigkeit des Geistes veranlaßt sie, einen Mechanismus zu suchen, mittels dessen der Geist aus sich heraus alle Kategorien hervorbringt. Dieser Mechanismus ist die Dialektik. In der Dialektik geht ein Begriff aus dem anderen hervor; so ersinnt *Fichte* eine Eigenbewegung des Geistes, die aus den allgemeinsten Begriffen immer konkretere, bestimmtere hervorbringt. Kant unterscheidet am empirischen Begriffe die ihm von unserem Erkenntnis-

vermögen gegebene Form und die durch die Empfindungen gelieferte Materie; Fichte glaubt, auch die empirischen Begriffe aus bloßer Eigenbewegung unseres Erkenntnisvermögens hervorbringen zu können: die allgemeinsten Kategorien, die reinen Urbegriffe des Verstandes, sich dialektisch fortbewegend, bestimmen sich selbst zu immer konkreteren Begriffen. Der Geist bildet nicht mehr die Natur, indem er das Empfindungsmaterial formt, sondern er schafft die Natur durch die Eigenbewegung seiner Kategorien. Der Geist aber ist nicht eine von der Natur unterschiedene Substanz, sondern bloße Aktualität: bloßer Inbegriff der dialektisch auseinander abgeleiteten Kategorien. So wird der Geist identisch mit der Natur, Denken und Sein werden eins; denn die einzelnen Bestimmungen des Seins sind nichts anderes als die einzelnen Begriffe, die das Denken in seiner dialektischen Bewegung durchläuft, und die einzelnen Begriffe des Denkens sind nichts anderes als die einzelnen Bestimmungen des empirischen Seins, die mittels der dialektischen Methode nur in Beziehung zueinander gesetzt, auseinander abgeleitet werden. Diese Gleichsetzung des Denkens und des Seins bringt zwei starke Bedürfnisse des Zeitalters in Einklang: Einerseits die Forderung, nach dem Vorbilde des Naturrechts in der Menschenbrust den Ursprung der Naturgesetze zu finden, den menschlichen Geist also als Urheber der Naturordnung zu begreifen, — damit ist Fichte der Fortsetzer Kants. Andererseits aber den Empirismus des Zeitalters des Kapitalismus: denn da der Gegensatz zwischen der Erkenntnis und dem Sein, zwischen der Erscheinung und dem Ding an sich verschwindet, da die Begriffe, die dialektisch auseinander hervorgehen, identisch sind mit den Bestimmungen des empirischen Seins, ist das ganze empirische Sein mit dem ganzen Reichtum seiner Bestimmungen der Inhalt der Philosophie. Die Philosophie hat nicht mehr hinter dem empirischen Reiche der Erscheinungen ein Reich metaphysischer Wesenheiten zu suchen; sie hat es mit dem

empirischen Sein selbst zu tun, es in seiner ganzen Buntheit darzustellen. Und ihr Verfahren unterscheidet sich von dem der Einzelwissenschaften nur dadurch, daß sie die einzelnen Bestimmungen des Seins rationalistisch, mittels der dialektischen Methode auseinander hervorgehen läßt als Bestimmungen des sich selbst bewegenden Denkens. So bildet Hegel die Dialektik Fichtes fort zu jener Identitätsphilosophie, die rationalistisch nur nach der Methode, aber empirisch dem Inhalte nach ist. Darin ist Hegel ein echter Sohn des 19. Jahrhunderts, ein echter Sohn des Zeitalters der mächtigen Entwicklung der empirischen Einzelwissenschaften.

Hegel verknüpft nun die beiden Gedankenmassen miteinander, die wir bisher gesondert betrachtet haben: er verknüpft die aus der feudal-romantischen historischen Rechtslehre hervorgegangene Geschichts- und Weltauffassung mit der aus der bürgerlich-naturrechtlichen Erkenntniskritik Kants hervorgegangenen Dialektik. Der Weltgeist wird nicht als Substanz gedacht, sondern als Aktualität, als dialektische Eigenbewegung der Kategorien: als solche ist er identisch mit dem empirischen Sein in der Natur und in der Gesellschaft, dessen einzelne Bestimmungen als aufeinander folgende, auseinander hervorgebrachte Kategorien des Weltgeistes dargestellt werden. Die Entwicklung der Natur endet in der Menschheit; der subjektive Geist, das menschliche Bewußtsein ist das letzte Erzeugnis des Naturmechanismus. Auch der subjektive Geist ist nichts als dialektische Eigenbewegung der Kategorien. Der subjektive Geist bringt die Natur zum andern Male, nämlich als Gegenstand seiner Erkenntnis hervor. Aber der Mensch unterscheidet seine subjektive Denktätigkeit von ihrem Gegenstande; Geist und Natur, an sich identisch als Einheit des Weltgeistes mit der Natur, werden für uns verschieden in der Unterscheidung des subjektiven Geistes von dem Gegenstande seines Denkens. Aber die Bewegung des subjektiven Geistes endet in der Philosophie, in der der Geist als menschliches Bewußtsein

sich selbst als Bestimmung des Weltgeistes, sich als identisch mit dem Weltgeist und dadurch auch identisch mit der Natur wiedererkennt.

Diese Synthese der aus zwei verschiedenen Wurzeln hervorgegangenen Gedankenmassen dient wieder zwei verschiedenen, einander widerstreitenden Bedürfnissen des Zeitalters Hegels. Sie dient einerseits dem religiösen Zuge der Zeit: Die Kriegsnot der Napoleonischen Zeit hatte die Menschen wieder beten gelehrt; und die feudal-absolutistische Gegenrevolution verstand es, das religiöse Bedürfnis der Volksmassen als ihr Herrschaftsmittel zu gebrauchen. Hegel kommt diesem Bedürfnis entgegen: die Natur ist Eigenbewegung des Weltgeistes, der Weltgeist ist Gott. Aber andererseits ist Hegels Zeitalter doch auch eine Zeit schneller Entwicklung des Kapitalismus und schneller Fortbildung der mechanistischen Naturwissenschaft, die die Natur als Mechanismus denken, keines Gottes Eingreifen in die Natur dulden will. Und auch diesem Bedürfnis wird Hegel gerecht: denn sein Weltgeist ist kein Gott, der „von außen stieße", er ist nichts als Eigenbewegung der Kategorien, die identisch sind mit den Bestimmungen des empirischen Seins, nichts als eine rationalistische Methode, die einzelnen Bestimmungen des empirischen Seins im Denken auseinander hervorgehen zu lassen. Kein Wunder, daß Theisten und Atheisten zugleich sich auf Hegel berufen konnten!

In der Durchführung der Dialektik im einzelnen steht Hegel ganz im Banne der Naturauffassung des Kapitalismus. Am deutlichsten zeigen das die ersten Kapitel der „Logik". Fordert die mechanistische Naturauffassung, daß wir die Qualitäten in Quantitäten auflösen, so lehrt Hegel, daß die Quantität aus sich die Qualität setze, in die Qualität umschlage. Fordert die mechanistische Naturauffassung, daß wir die abstrakten Größenbegriffe, die die Rückführung aller Naturerscheinungen auf mechanische Arbeit als ihr gemeinsames Maß ermöglichen, als das Wesen der Erscheinungen

ansehen, so lehrt Hegel, das Maß sei das Wesen der Dinge. Die ganze Darstellung vom Sein, Wesen und Begriff in der „Logik" ist eine Beschreibung des Verfahrens der mathematischen Naturwissenschaft, wie sie das Zeitalter des individualistischen Kapitalismus aufgefaßt hat. Aber wenn auch für Hegel der Mechanismus der individuellen Kräfte eine notwendige Bestimmung des Weltgeistes ist, so ist sie für ihn andererseits doch nur eine seiner Bestimmungen; nur eine der Phasen, die der unpersönliche Weltgeist durchläuft, um, durch sie hindurch- und über sie hinwegschreitend, sich zu objektivieren im überpersönlichen objektiven Geist, im Staat, und sich zu erkennen im überpersönlichen absoluten Geist, in der Philosophie. Das ist die universalistische Tendenz dieser deutschen Philosophie, die die Naturauffassung des individualistischen Kapitalismus zwar in sich aufnimmt, aber sie zugleich begrenzt. Darin weist sie hinter den individualistischen Kapitalismus zurück und über ihn hinaus. Hinter ihn zurück: denn aus feudal-christlicher Reaktion gegen die bürgerliche Revolution ist diese Philosophie erwachsen. Aber zugleich auch über ihn hinaus: denn die Vorstellung, daß der Wettbewerb der individuellen Kräfte nur ein Mittel ist, dessen sich der Weltgeist zu seinen Zwecken bedient, und daß aus diesem Kampfe als eine von allen Zwecken der Kämpfenden verschiedene Wirkung der objektive Geist hervorgeht, wird, aus der Natur in die menschliche Gesellschaft rückübersetzt, in Marxens Jugendschriften zur Keimzelle des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die Weltanschauung des organisierten Kapitalismus

Die Niederlage der Revolution von 1848 war die Niederlage der von der idealistischen Philosophie erzogenen Generation des deutschen Bürgertums. Hatten die Bajonette über die Idee gesiegt, so wandte sich das Bürgertum enttäuscht von der idealistischen Philosophie ab. Der wirtschaftlichen Praxis, die die Hochkonjunktur der fünfziger Jahre förderte,

zugewendet, konzentrierte es die Aufmerksamkeit seiner Denker auf die Naturwissenschaft. Der im Gefolge der Revolution endlich errungenen freien Konkurrenz sich freuend, projizierte es die freie Konkurrenz ins Weltall. Der naturwissenschaftliche Materialismus verknüpfte sich mit dem Liberalismus.

Aber der deutsche Liberalismus wurde auf den Schlachtfeldern von 1866 und 1871 geschlagen. Unter dem mächtigen Eindruck der Siege Bismarcks warf sich das deutsche Bürgertum dem junkerlich-militärischen Obrigkeitsstaat in die Arme. Es gab seit 1871 den politischen, es gab seit Bismarcks Wendung von 1878 den wirtschaftlichen Liberalismus preis. Schutzzölle, Mittelstandspolitik, Agrarreform, Arbeiterversicherung — das waren seit 1878 die Parolen. Der Glaube an die freie Konkurrenz war zerstört. Die historische Schule und der Kathedersozialismus überwanden das Manchestertum. Nationalökonomie und Geschichtschreibung erzogen die neue Generation zum Glauben an die schöpferische Macht des Staates. Mit dem Liberalismus begann auch der Materialismus zu wanken. Der Bourgeois, der seinen Frieden mit dem Staat schloß, mußte ihn auch mit der Staatskirche schließen. Er schloß ihn desto lieber, da sich die geistige Macht der Kirche als stärkster Damm gegen die aufsteigende Arbeiterbewegung erwies. Aber nicht nur aus der kapitalistischen, auch aus der antikapitalistischen Sphäre entstand dem Materialismus neue Gegnerschaft. Je wirksamer der Kathedersozialismus als Repräsentant des dem Manchestertum feindlichen Obrigkeitsstaates, der in der Zeit der Agrarkrise und der schnell fortschreitenden Bodenverschuldung antikapitalistisch gestimmten Landwirtschaft, des durch den Siegeszug des Großbetriebs bedrohten Kleinbürgertums dem kapitalistischen Liberalismus entgegentrat, desto stärker erschütterte er auch das Weltbild des Liberalismus. Die Zeit rang um eine neue Weltanschauung, die den Materialismus überwinden sollte. Drei Jahre nach Bismarcks Abwendung

vom wirtschaftlichen Liberalismus, im Jahre 1881, zeigte die Jahrhundertfeier der Kritik der reinen Vernunft das Erstarken des *Neukantianismus*, der dieses Bedürfnis zu befriedigen suchte.

Im Rahmen des von Bismarck geschaffenen Schutzzollsystems entwickelte sich ein neuer, ein *organisierter* Kapitalismus, der den älteren individualistischen Kapitalismus überwand. Kartelle, landwirtschaftliche Genossenschaften und Gewerkschaften organisieren den Markt. Nicht mehr freie Konkurrenz, sondern Organisation ist die Parole des Zeitalters. Die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung reguliert immer straffer das wirtschaftliche und soziale Leben; nicht mehr das freie Spiel der Kräfte, sondern unmittelbare Benützung der politischen Macht im Innern und nach außen zu wirtschaftlichen Zwecken ist der Glaube der Zeit. In dem Maße, als sich mit dem Erstarken des Finanzkapitals, mit der Entwicklung des Kartellwesens, mit der Politik des Imperialismus der organisierte, der kollektivistische Kapitalismus entwickelt, verliert der alte bürgerliche Individualismus an Kraft. Der Bürger fühlt sich nun vor allem als Glied der Organisation und als Bürger des Staates; nicht mehr individuelle Freiheit, sondern Staatstreue und Disziplin in der Organisation sind ihm nun die höchsten Werte. Mit dieser Wandlung seiner gesellschaftlichen Auffassungen mußte sich auch sein Naturbild verändern.

Zunächst verändert sich seine ganze Vorstellung von der Aufgabe der Naturwissenschaft. Solange das Bürgertum noch im Kampfe gegen Feudalismus und Absolutismus stand, kämpfte es um eine Weltanschauung, die die Ideenwelt der feudalen Epoche überwinden sollte. Alle Großtaten der Naturforschung von Kopernikus bis Darwin mußten ihm Waffen gegen die Ideen der Vergangenheit liefern. Das ist nun anders geworden. Die Bourgeoisie, zur herrschenden Klasse geworden, sucht in der Naturwissenschaft nicht Befriedigung von Weltanschauungsbedürfnissen, sondern Erkennt-

nisse, die unmittelbar technisch verwertbar sein, ihre Produktionsmethoden vervollkommnen sollen. So lehrt uns denn der skeptische Positivismus eines *Mach*, *Poincaré*, *James* die Naturwissenschaft in neuem Lichte sehen: unser Wissen ist ein Werkzeug im Daseinskampf, nur Mittel für praktische Zwecke; es kann nicht das Wesen der Dinge erforschen, sondern nur Erfahrungen zu praktischen Zwecken sammeln und ordnen. Die Hypothesen, aus denen die Naturwissenschaft ihre experimentell überprüfbaren Naturgesetze deduziert, — den Denkern des älteren Bürgertums waren sie die Befriedigung ihrer Weltanschauungsinteressen, Bausteine zu einem Weltbild, das sie dem Weltbild der feudalen Epoche kämpfend entgegenstellten; dem Positivismus unserer Zeit sind sie an sich unwichtig, bloß als Hilfsmittel zur Ordnung, zur rechnerischen Verknüpfung der Erfahrungstatsachen verwendbar. Die Tat des Kopernikus war den Alten eine revolutionäre Tat gegen das Gedankensystem der herrschenden Kirchengewalten; dem Relativismus unserer Zeit ist es eine bloße Vertauschung der Koordinatensysteme, das Koordinatensystem des Kopernikus dem ptolemäischen nur darum vorzuziehen, weil es eine bequemere Rechnung ermöglicht.

Mit dieser Umwälzung in der Auffassung der Naturwissenschaft als eines Ganzen hat sich zunächst die Auffassung der Naturgesetze verändert. Als die unbeschränkte Königsgewalt der Urheber alles Rechtes geworden war, betrachtete der Deismus seinen Gott als den Gesetzgeber der Natur. Als in der Republik das den Gesetzen unterworfene Volk zum Gesetzgeber wurde, wurde dem Pantheismus die den Naturgesetzen unterworfene Welt mit dem göttlichen Gesetzgeber identisch. Als das Bürgertum die unveränderliche moralische Natur des Menschen als Quelle alles Rechtes proklamierte, suchte es im unveränderlichen Erkenntnisvermögen des Menschen die Quelle der Naturgesetze. Als die historische Rechtsschule das Recht als Ausfluß des sich organisch entwickeln-

den Volksgeistes betrachtete, wurden auch die Naturgesetze zu Entwicklungsstadien des sich dialektisch bewegenden Weltgeistes. Aber unsere Zeit hat einen anderen Gesetzesbegriff geschaffen. Wenn wir von den Gesetzen der Gesellschaft reden, so denken wir nicht an die unveränderlichen Menschen- und Bürgerrechte, die in der moralischen Natur des Menschen selbst begründet seien, nicht an die großen historischen Rechtssysteme, in denen sich die Entwicklungsstufen des Volksgeistes verkörpern, sondern an die tägliche Gesetzgebungsarbeit unserer Parlamente, die heute die Abwehr der Maul- und Klauenseuche und morgen die Effektenspekulation an der Börse durch Gesetze regeln. Das Gesetz unserer Zeit ist ein alltäglich angewendetes Mittel zu wirtschaftlichen Zwecken. Und dieser Gesetzesbegriff überträgt sich nun auch auf die Naturgesetze: auch das Naturgesetz ist uns nichts mehr als ein Mittel zu wirtschaftlichen Zwecken. Unser Wissen ist nur ein Mittel unserer Arbeit; wir suchen es möglichst zweckmäßig, möglichst einfach, möglichst ökonomisch zu gestalten; zu diesem Behufe fassen wir möglichst viele Einzelerkenntnisse in einer Regel zusammen und diese Regeln nennen wir Naturgesetze. Das Naturgesetz ist nicht ein Gesetz, das ein Gott der Welt gegeben, nicht ein Gesetz, das das unveränderliche Erkenntnisvermögen der Natur diktiert, nicht eine Bestimmung des Weltgeistes, sondern nur ein bescheidenes Mittel, dessen der Mensch sich bedient, um seine Erfahrungen in der einfachsten, zweckmäßigsten, wirtschaftlichsten Weise zu ordnen. Die Naturgesetze erschließen uns nicht mehr die Erkenntnis des Wesens der Welt; sie sind nur noch Mittel zu zweckmäßiger Ordnung unseres Wissens, das selbst nur ein Mittel zu zweckmäßiger Ordnung unserer Arbeit ist.

Die mechanistische Naturauffassung hat alle Naturerscheinungen auf Bewegungsgesetze zurückführen wollen. Bewegung von Massenteilchen war ihr das Wesen der Welt; Licht, Wärme, Elektrizität nur die Empfindungen, die jene Be-

wegungen mittels unserer Sinnesorgane in unserem Bewußtsein hervorrufen. Der neuen Auffassung sagt diese Vorstellung nichts mehr. Was wir erfahren, sind eben die Empfindungen; wenn wir die erfahrenen Naturvorgänge als Erscheinungen von Massenbewegungen darstellen, so tun wir dies nur zu dem Zwecke, um sie uns in der einfachsten Weise zu ordnen, und dieses Verfahren ist nur insoweit berechtigt, als es uns erlaubt, uns die Erscheinungen unserer Erfahrung einfacher, ökonomischer zu ordnen, als es ohne seine Anwendung möglich wäre.

Im Zeitalter der Manufaktur war alle menschliche Arbeit Bewegung von Stoffen durch Menschenkraft; wollte man sich die natürlichen Vorgänge nach der Analogie menschlicher Arbeit begreiflich machen, mußte man sie als Bewegung von Stoffen durch Kräfte denken. Daran änderte auch die Einführung der Maschine nichts; die Maschine besorgte ja nur die Bewegungen, die vordem Hand und Fuß des Menschen hatten ausführen müssen. Das Zeitalter der Fabrik dachte daher die Welt nach der Analogie seiner Arbeit, indem es sie als ein System mechanischer Maschinen betrachtete. In unserer Zeit aber treten die Maschinen-Industrien immer weiter hinter die Apparat-Industrien zurück: die Hüttenindustrie, die chemische Industrie, die elektrotechnische Industrie stehen im Vordergrunde unseres Interesses. Und neben ihrem Fortschritt interessiert uns die technische Umbildung der Landwirtschaft: die Ernährung der Pflanzen, die Wirkungen künstlicher Düngemittel, die Tätigkeit der Bodenbakterien interessieren uns heute, wie vor hundert Jahren die Menschen die Spinnmaschine interessiert hat. So hat sich unser Arbeitsbegriff wesentlich verändert: Arbeit ist der chemische oder elektrische Vorgang im Apparat; er ist das technisch Wesentliche und die Tätigkeit des Arbeiters, der den Prozeß durch Bewegung eines Hebels oder Druck auf einen Taster in Gang setzt, löst ihn nur aus. Produktion ist die Ernährung der Pflanze; die Tätigkeit des

Tagelöhners, der die Düngemittel über den Boden streut, ist nur eine Bedingung der Produktion. Wir sehen also das Wesen der menschlichen Arbeit gar nicht mehr in der mechanischen Bewegung, sondern in chemischen, elektrischen, physiologischen Vorgängen, die durch die mechanischen Bewegungen des Menschen nur ausgelöst werden. Wollen wir uns das Weltgeschehen nach dem Vorbilde unserer Arbeit denken, so müssen wir die Naturerscheinungen nicht mehr auf Bewegungen von Stoffen durch Kraft zurückführen; die chemische oder die elektrische Energie erscheint uns jetzt an sich nicht weniger verständlich als die mechanische Arbeit.

Mit dem Mechanismus fällt auch der Atomismus. Das Denken des Zeitalters, in dem die feudalen Herrschafts- und Genossenschaftsverbände durch den Absolutismus, dieser durch den Liberalismus zertrümmert wurde, war beschäftigt mit der Auseinandersetzung zwischen der Gesamtheit und dem Einzelnen, zwischen dem Staat und dem Bürger, zwischen dem Weltall und dem Atom, zwischen Gott und dem Geschöpf. Wie in der Gesellschaft kämpften auch im Denken kollektive Gesamtheit und individuelle Selbständigkeit, Universalismus und Individualismus gegeneinander. Die Zeit des Ueberganges vom individualistischen zum organisierten Kapitalismus überwindet den Individualismus und den Universalismus zugleich.

Die Selbstherrlichkeit des Individuums ist zerstört. Der einzelne Mensch wird und wirkt nur in den mannigfachen Organisationen, denen er angehört. Nur in organisatorischer Tätigkeit können sich heute Persönlichkeiten entfalten; nur durch die Organisationen können sie wirken; der Organisation müssen sie dienen, um in ihr wirken zu können. Das Individuum ist Erzeugnis und Werkzeug der Organisation, wie die Organisation Erzeugnis und Werkzeug der Individuen ist. Mit dem unorganisierten Individuum fällt sein theoretisches Abbild, das Atom. Dem modernen Naturforscher ist es nur noch ein Hilfsmittel des Denkens, dessen man sich

bedienen mag, wo es eine einfache Darstellung des Erfahrenen ermöglicht, aber keine wirkliche Wesenheit mehr. Es löst sich ihm selbst in ein Planetensystem von Elektronen auf, — aber er denkt zugleich dieses System nur als praktisches Hilfsmittel des Denkens, nicht als wirkliche Wesenheit.

Und mit dem Individualismus verschwindet auch der Universalismus. Der konkrete Staat von heute ist selbst nur eine von vielen Organisationen, seine Gesetzgebung bestimmt durch die Macht der Organisationen, die ihn beeinflussen, seine Regierung eine Resultierende der Kräfte der Parteien, die um die Macht kämpfen. Er ist nicht eine über den Individuen stehende Universalität, sondern das Ergebnis des Kräftespiels der Individuen. Und mit dem über der Gesellschaft stehenden Staat fallen auch seine Abbilder: der gesetzgebende Gott des Deismus, die gesetzgebende menschliche Gattungsvernunft Kants, der Weltgeist Hegels.

Individualismus und Universalismus sind aufgelöst. Das Weltbild der Modernen enthält nichts als Elementen-Komplexe, Bündel von Wahrnehmungen, die aus wechselnden Wahrnehmungen zusammengesetzt sind, die sich bald miteinander vereinigen und bald wieder auseinanderfallen, die nirgends scharf voneinander geschieden sind, sondern überall ineinander übergehen. Nirgends scharf gegeneinander abgegrenzte Individuen, aber auch nirgends ein planmäßig gegliedertes Ganzes, — ähnlich wie in der impressionistischen Malerei, die alle scharfen Konturen meidet, alle Linien ineinander verschwimmen, alle Farbentöne ineinander übergehen läßt. Es ist das Weltbild einer Zeit, der der alte Gegensatz zwischen Individualismus und Universalismus aufgehoben ist in einer Praxis, in der das Individuum nicht mehr souverän ist, sondern Geschöpf und Werkzeug von Organisationen, aber die Organisation noch nicht wohlgegliederte Verkörperung der Gesamtheit, sondern bloßes Werkzeug der Individuen, noch nicht ein sozialistisches Gemeinwesen, sondern Aktiengesellschaft und Kartell, Genossenschaft

und Gewerkschaft. Das Weltbild einer Zeit, der die alten großen Fragen nach dem Rechte der Persönlichkeit und der Menschheit, nach dem Wesen der Welt und der Gottheit nichts mehr bedeuten, deren Politik nur ökonomische Gruppeninteressen durchsetzen, deren Wissenschaft nur ökonomisch ordnen will, was wir erfahren, und deren Kunst nur wiedergeben, was wir wahrnehmen.

Mit dem Gegensatz zwischen dem Individualismus und dem Universalismus verschwindet auch der Gegensatz zwischen Kausalität und Teleologie. Die mechanistische Naturauffassung hatte nur die ursächliche Verknüpfung der Erscheinungen zugelassen. Die Forderung nach einer rein kausalen Wissenschaft, von Hegel auch auf die Geschichte übertragen, war hier durch Marxens Geschichtsauffassung befriedigt worden. Aber sie diente dem Sozialismus. Gegen sie erhob sich daher zuerst die Reaktion der Teleologie. Der Neukantianismus (Stammler, Windelband, Rickert) schränkte im Kampfe gegen den Marxismus das Recht der Kausalität auf die Naturwissenschaften ein; Geschichte und Gesellschaft habe die Wissenschaft nicht nach den Kategorien der Ursache und der Wirkung, sondern nach den Kategorien des Mittels und des Zweckes zu ordnen. Dann aber wagte sich die Teleologie auch wieder an die Naturwissenschaft heran. Die kausalen Naturgesetze sind ja nur noch Mittel für unsere Zwecke; die Kausalität selbst ist nur noch teleologisch begründet. Die kausalen Gesetze geben uns keine Erklärung des Wesens der Dinge, sondern nur eine ökonomische Beschreibung unserer Erfahrungen; sie vermögen uns nicht zu zeigen, wie eine Ur-Sache eine Erscheinung hervorbringt, sie zeigen uns nur, wie eine Erscheinung auf die andere folgt, eine Erscheinung die andere begleitet. Der Begriff der Kausalität wird also wieder in Humes Weise gedacht; er ist nur biologisch, nur durch seine praktische Nützlichkeit gerechtfertigt. Daher reicht sein Recht nur so weit, als seine Brauchbarkeit reicht. Wo die Ordnung nach

Mittel und Zweck eine einfachere Beschreibung der Vorgänge ermöglicht als die Ordnung nach Ursache und Wirkung, ist jene dieser vorzuziehen. Für den modernen Staat ist es nur noch eine Zweckmäßigkeitsfrage, ob er die Erfüllung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses dem „freien Spiel der Kräfte" überlassen oder sie durch planmäßige Tätigkeit seiner Gesetzgebung und Verwaltung selbst herbeiführen soll; so ist es auch für die moderne Wissenschaft nur noch eine Zweckmäßigkeitsfrage, ob sie eine Erscheinung nach der Analogie des freien Wettbewerbs als Wirkung eines Mechanismus oder nach der Analogie planmäßiger Tätigkeit als Ergebnis zweckbewußten Strebens darstellen soll. Besonders in die Biologie fand die Teleologie wieder Eingang; von Darwin enttäuscht, knüpfen viele wieder an Lamarck an. Da das Bürgertum nicht mehr im Kampfe gegen die Theologie steht, fürchtet es auch die Teleologie nicht mehr.

Endlich ändern sich auch die Ansichten über die mathematische Methode der Wissenschaft. Auch hier vollzieht sich die Wendung zuerst im Bereiche der Sozialwissenschaften. Nach dem Vorbilde der mathematischen Naturwissenschaft haben die Physiokraten, die Klassiker, Marx eine ihrem ganzen Verfahren nach mathematische Volkswirtschaftslehre geschaffen. In Deutschland erwachte nun zuerst das Bedürfnis nach einer Wirtschaftswissenschaft, die sowohl dem klassischen Liberalismus als auch dem marxistischen Sozialismus entgegentreten sollte. Die historische Schule lehnte das mathematische Verfahren ab, das dem Liberalismus und dem Sozialismus ihre Theorien schuf. Sie erklärte, die Volkswirtschaftslehre habe nicht die einzelnen Einkommen als Quanta gesellschaftlicher Arbeit darzustellen, sondern die wirtschaftlichen Erscheinungen in ihrer qualitativen Mannigfaltigkeit zu beschreiben und ihre Entwicklung auseinander zu erzählen. Der diskursiv-mathematischen Volkswirtschaftslehre trat die deskriptiv-historische gegenüber. Später erst wurde auch in der Naturwissenschaft die Frage nach der

Berechtigung der mathematischen Methode gestellt. Hier konnte es freilich niemand wagen, die mathematisch-diskursive Methode durch bloße Wiedergabe der konkreten Erfahrungsinhalte, Naturwissenschaft durch Naturgeschichte ersetzen zu wollen. Aber man lernte es auch hier, nicht zu überschätzen, was die mathematische Methode leisten kann. Die Auflösung von Qualitäten in Quantitäten führt uns nicht mehr wie Locke und den Materialismus zur Erkenntnis der primären, allein wirklichen Eigenschaften der Körper; sie ist nur ein Mittel, dessen unser Verstand sich bedient, um die überall qualitativ bestimmte Körperwelt in der ökonomischesten Weise zu beschreiben, um sie dadurch desto vollständiger zu beherrschen. Die Mathematik ist der neuen Erkenntnislehre nicht wie Descartes ein System angeborener Ideen, nicht wie Locke Erkenntnis der primären, allein wirklichen Eigenschaften der Körper, nicht wie Kant die Gesetzlichkeit des menschlichen Gattungsverstandes, sondern ein angemessenes Mittel, das der Mensch sich zu seinen technischen Zwecken ersonnen hat.

Und diese bescheidenere Einschätzung der mathematischen Methode steigert sich schließlich zum Bedürfnis nach einem Weltbilde, das die Welt nicht mehr in Quantitäten auflöst, sondern in ihren Qualitäten darstellt. Dem müßigen Reichen, der genießt, ohne zu arbeiten, dem schaffenden Künstler und Gelehrten, dem Arbeit nicht bloßes Mittel des Erwerbs ist, dem religiös gestimmten Menschen, der sich wiederum fragt, was es nützt, wenn wir alle Schätze der Welt gewännen und verlören dabei unsere Seele, dem ethisch oder ästhetisch gestimmten Sozialisten, der sich mit Abscheu von der Welt des Schachers abwendet — ihnen allen ist unsere Güterwelt aus Gebrauchswerten, nicht aus Tauschwerten zusammengesetzt, unsere Gesellschaft nicht aus Wirtschaftssubjekten und Staatsbürgern, sondern aus Persönlichkeiten. Sie sehen mit Geringschätzung oder mit Bedauern auf die arbeitende Menschheit herab, der sich alles in Geldmengen

auflöst; sie sind daher auch nie von dem Weltbilde der mathematischen Naturwissenschaft befriedigt, das, selbst nur ein Mittel zu wirtschaftlichen Zwecken, nach dem Vorbild der kapitalistischen Geldwirtschaft die ganze Welt in Wertquanta — Massen oder Energiemengen — auflöst. Sie waren die Träger jener idealistischen Gegenströmung gegen den Materialismus, die als Philosophie der Müßigen, der Intellektuellen, der Künstler auch in der Zeit der größten Triumphe des Materialismus nie ganz versiegte. Heute aber wächst die Kraft dieser Gegenströmung. Einmal deshalb, weil die Schicht, deren Bedürfnissen sie entspricht, in viel stärkerem Gegensatze denn je gegen das Wirtschaftsleben steht, das mit der Entwertung des Geldes die Basis ihres Rentnerdaseins zerstört hat. Zweitens, weil die Auflösung der mechanistischen Naturauffassung es ermöglicht, das Bedürfnis nach einem nicht diskursiven Weltbilde zu befriedigen, ohne sich in Widerspruch zu der mathematischen Naturwissenschaft zu setzen; denn ist die mathematische Naturwissenschaft nur noch ein bescheidenes Mittel zu technischen Zwecken, so steht es jedermann frei, sich zu anderen Zwecken ein von dem ihrigen verschiedenes Weltbild zu schaffen.

So ist die ganze mechanistische Naturauffassung mit allen auf sie gegründeten philosophischen Systemen in dem modernen Positivismus und Relativismus aufgelöst. Aber wenn sich so die Selbstauflösung der klassischen Weltanschauungen des Kapitalismus vollzieht, so vollzieht sie sich doch zunächst noch innerhalb der Schranken *bürgerlichen* Denkens. Noch ist die Aufgabe zu lösen, die moderne Erkenntniskritik von diesen Schranken zu befreien.

Marxistische Geschichtsauffassung und Philosophie

Die marxistische Geschichtsauffassung ist erwachsen aus der dialektischen Philosophie *Hegels*. In dem Maße, als sie sich aus diesem Mutterboden herauslöste, verknüpfte sie sich mit der herrschenden Philosophie ihrer Entstehungszeit, mit

dem *Materialismus;* dieser Verknüpfung verdankt sie ihren Namen. Als aber mit der mechanistischen Naturauffassung auch der Materialismus zersetzt ward, versuchten jüngere Marxisten, Marxens Geschichtsauffassung mit den späteren Erkenntnistheorien zu verknüpfen, bald mit dem *Neukantianismus*, bald mit dem Positivismus *Machs*. Die Macht der philosophischen Systeme, die auf die Naturauffassung des Kapitalismus gegründet waren, war noch so groß, daß selbst die Theorie des Sozialismus, schon im heftigsten Kampf gegen die kapitalistische Welt, doch die ideellen Spiegelbilder dieser kapitalistischen Welt noch gläubig hinnahm, sie nicht zu zerstören wagte, sondern sich mit ihnen zu verknüpfen suchte. Erst die Selbstauflösung des Weltbildes der kapitalistischen Geschichtsepoche bricht seine Macht über uns, erst sie gibt uns den Mut, die marxistische Geschichtsauffassung nicht mehr mit den philosophischen Systemen der bürgerlichen Philosophie zu verknüpfen, sondern diese Systeme selbst mit den Mitteln der marxistischen Geschichtsauffassung in ihrer geschichtlichen Abhängigkeit, in ihrer zeitlichen Bedingtheit zu begreifen und uns dadurch von ihrem Banne zu befreien.

In der Zeit, in der die marxistische Geschichtsauffassung entstand, war der Glaube an die mechanistische Naturauffassung unerschüttert. Der *Materialismus* erschien daher als das letzte, unanfechtbare Resultat der großen Entwicklung der Naturwissenschaft. Erst nachdem die Zersetzung der mechanistischen Naturauffassung dem Materialismus die Basis entzogen hat, gewinnen wir zu ihm ein kritisches Verhältnis. Jetzt erst begreifen wir, daß er nichts anderes war als die Projektion des kapitalistischen Konkurrenzsystems in das Weltall. Erst damit zerreißt das Band, das die Geschichtsauffassung des Sozialismus mit dem letzten dogmatischen System des Kapitalismus verknüpft hatte.

Aber auf der mechanistischen Naturauffassung ruhte nicht nur das dogmatische System des Materialismus, sondern auch

das kritische System *Kants*. Auch zu ihm gewinnen wir nun ein anderes Verhältnis. Die Physiokraten und die Klassiker der politischen Oekonomie betrachteten den Kapitalismus als die natürliche Ordnung der Gesellschaft. Erst Marx hat uns gelehrt, als „historische Kategorien" des Kapitalismus zu erkennen, was Physiokraten und Klassiker für „natürliche Kategorien" aller menschlichen Wirtschaft angesehen hatten. Kant war ein Zeitgenosse der Physiokraten. Ihm waren die Denkformen der Epoche des individualistischen Kapitalismus die Denkformen des menschlichen Erkenntnisvermögens überhaupt. Erst die Selbstauflösung der Naturauffassung des individualistischen Kapitalismus befähigt uns, die Formen der Anschauung und des Denkens, die Kant für Anschauungen und Denkformen des Menschen schlechthin hielt, als „historische Kategorien", als Anschauungs- und Denkformen einer bestimmten Geschichtsepoche, einer bestimmten Gesellschaftsordnung, einer bestimmten Klasse zu erkennen. Erst der moderne Relativismus, der die Raum- und Zeitvorstellungen Newtons überwunden hat, befähigt uns, zu begreifen, daß Kants apriorische Formen der Anschauung nur die apriorischen Anschauungsformen der Naturwissenschaft einer heute bereits überwundenen Entwicklungsphase waren.

Die Auflösung der mechanistischen Naturauffassung ist vollzogen in der Erkenntnistheorie der Modernen, vor allem *Machs*. Aber indem diese Auflösung uns ermutigt hat, die auf die mechanistische Naturauffassung gegründeten Systeme in ihren gesellschaftlich-historischen Zusammenhang zu rücken, hat sie uns auch über die Modernen, auch über Mach hinausgeführt.

Auf der Entwicklungsstufe des organisierten Kapitalismus ordnet der Staat das Wirtschaftsleben durch seine Gesetze. Die Kapitalistenklasse erklärt, diese Gesetze seien Mittel, allgemeine gesellschaftliche Zwecke zu erreichen, das Wirtschaftsleben in der gesellschaftlich zweckmäßigsten, wirtschaftlichsten Weise zu gestalten. Mach, in dieser Gesetzes-

vorstellung befangen, wendet sie auf die Naturgesetze an: die Naturgesetze sind Mittel, unsere Erfahrungen in der zweckmäßigsten, wirtschaftlichsten Weise zu ordnen. Aber in Wirklichkeit dienen die Gesetze des kapitalistischen Staates nicht allgemeinen gesellschaftlichen Zwecken, sondern den besonderen Bedürfnissen der herrschenden Klassen. So ordnen auch die Naturgesetze unsere Erfahrungen nicht in der zweckmäßigsten, wirtschaftlichsten Weise, sondern in derjenigen Weise, die den besonderen geistigen Bedürfnissen einer bestimmten Gesellschaftsordnung und innerhalb ihrer einer bestimmten Klasse entspricht.

Mach betrachtet die Wissenschaft als ein Unternehmen, unsere Erfahrungen in der einfachsten Weise zu ordnen. Marxens Geschichtsauffassung führt uns dazu, sie als ein Unternehmen zu betrachten, das die Erfahrungen in derjenigen Weise ordnet, die den Neigungen der Menschen eines konkreten Gesellschaftszustandes, einer bestimmten Klasse am vollkommensten entspricht. Mach betrachtet die Geschichte der Naturwissenschaft als eine fortschreitende Anpassung der Gedanken aneinander und an die Naturtatsachen; der Marxismus muß sie betrachten als eine fortschreitende Anpassung der Gedanken an die gesellschaftlichen Zustände und an die durch sie bestimmten geistigen Bedürfnisse. So fordert der Marxismus eine Erkenntnislehre, der Mach und Avenarius, Poincaré und James nicht genügen können: sie müßte im einzelnen das Verfahren aufzeigen, den geistigen Prozeß, mittels dessen die Menschen nach dem Vorbilde ihrer eigenen Arbeit, nach dem Ebenbilde der Gesellschaftsordnung, in der sie leben, oder der Gesellschaftsordnung, um die sie ringen, nach den Bedürfnissen ihrer wirtschaftlichen und sozialen, politischen und nationalen Kämpfe ihr Weltbild schaffen. Wir haben, freilich nur andeutungsweise, gezeigt, wie eine solche historisch-soziale Erkenntnislehre möglich ist; was wir hier nur skizzieren konnten, wäre, ausgebaut, eine marxistische Erkenntnistheorie.

Die Strömungen in der modernen Medizin im Lichte des historischen Materialismus

Von *Dr. med. Karl Kautsky* (Wien)

Es ist sehr reizvoll und interessant, den Wert einer Geschichtsauffassung wie der materialistischen auf Gebieten zu erproben, die ihr scheinbar entrückt, nach der herrschenden Auffassung ein eigenes Entwicklungsleben führen, ihren eigenen, vom ökonomisch-sozialen Sein ihrer Epoche unabhängigen Entwicklungsgang nehmen sollen. Soweit es sich um die *technischen* Voraussetzungen der Medizin und der biologischen Zweige der Naturwissenschaften handelt, ist der Zusammenhang mit der allgemeinen technischen Entwicklung natürlich durchsichtig und hier kaum weiter zu behandeln. Viel interessanter ist es dagegen, den Zusammenhängen nachzuspüren, die sich in jeder Epoche zwischen den grundlegenden Theorien und ihrem materiellen Urgrund herstellen lassen.

Für gewisse, rein abstrakte Disziplinen, wie etwa die Mathematik oder Astronomie, wird heute, nachdem sie sich von ihrem ursprünglich rein praktisch-materiellen Mutterboden entfernt haben, ein Sonderrecht der Entwicklung selbst von sozialistischer Seite aufgestellt. So schreibt Friedrich *Adler*, daß das Gedankenexperiment *Lobatschewskys*, die „normale" enklidische Geometrie zu verlassen, sie nur als engen Spezialfall einer umfassenden „Metageometrie" zu behandeln, zu allen Zeiten hätte gemacht werden können, also unabhängig sei von den historischen Gegebenheiten seiner Zeit.

„Hätte können!", wohlgemerkt, aber wurde nicht gemacht! Warum? Weil eben doch gewisse Voraussetzungen gegeben sein müssen, um derartige Gedankenexperimente nicht nur als flüchtige Spielereien, sondern als unter Umständen frucht-

bare Betrachtungen von völlig veränderten Stand- und Gesichtspunkten aus erscheinen zu lassen. Warum waren die gedanklichen Großtaten eines *Kopernikus*, *Columbus*, *Galilei* auch nur in einer bestimmten Epoche, eben dem Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen, möglich, warum wären sie auch nur um ein oder zwei Jahrhunderte früher als ebenso unsinnig und aller Erfahrung widersprechend selbst von den gelehrtesten Köpfen ihrer Zeit einfach abgelehnt worden wie bei uns vor zwanzig Jahren noch das Fliegen oder die Umwandlung der Elemente?

Wir sehen mit fortschreitender Erfahrung, mit der Zunahme unserer Tatsachenkenntnisse eine stetige Erweiterung des Weltbildes einhergehen. Die Erde rundet sich von der flachen Scheibe zur Kugel, sie wird vom Mittelpunkt des Weltalls zu einem seiner kleinsten unbedeutendsten Splitter, immer größer werden die Räume und die Geschwindigkeiten, mit denen zu rechnen wir uns gewöhnen.

Aber die Ursache, die zu dieser fortschreitenden Erfahrung drängt, liegt letzten Endes in materiellen Veränderungen begründet. Ohne die stürmisch-expansive Kraft des Handelskapitals der beginnenden Renaissance wäre Amerika damals nicht entdeckt, das Kap der guten Hoffnung nicht umsegelt worden, ohne die technischen Bedürfnisse des sich entwickelnden Manufakturkapitalismus die Physik von *Newton* und *Huyghens* nicht geschaffen worden.

Der beste Beweis dafür, daß diese reellen Bedürfnisse die treibenden Kräfte in der Entwicklung auch des naturwissenschaftlichen Denkens darstellen, ist die Erscheinung, daß Tatsachen und Gedankengänge, die der Antike vertraut waren, im Mittelalter völlig verloren gehen konnten, daß sie gar nicht entbehrt wurden, weil eben kein materielles Bedürfnis nach ihnen vorhanden war. Das erdgebundene Feudalsystem brauchte viele der Erfahrungen nicht, die das antike Handelskapital des großen Römerreiches sich zunutze gemacht hatte.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß sich die großen Denker etwa der Renaissance bewußt in den Dienst der emporstrebenden Wirtschaftsmächte gestellt haben, daß etwa Galilei seine Versuche an der schiefen Ebene mit irgendeiner Absicht, die materiellen und technischen Grundlagen der Manufaktur zu fördern, vorgenommen habe. Die Wissenschaft kann sich in ihren Zielen und ihrer Methodik weitgehend emanzipieren von den materiellen Bedürfnissen ihrer Zeit, sie kann so vollkommen von ihnen abstrahieren, daß der Zusammenhang mit irgendwelchen sozialen oder wirtschaftlichen Bewegungen scheinbar ganz verloren geht und die Produkte dieser Geistestätigkeit ein völlig abgesondertes Eigenleben mit seinen eigenen Gesetzen zu führen scheinen.

Indessen sind die Probleme, die jede Zeit beschäftigen, keineswegs so unabhängig von ihrer Zeit, wie es den Anschein haben könnte. Gewisse Denkrichtungen werden bevorzugt, andere ganz automatisch als ungangbar eliminiert, welche späteren Zeiten vielleicht als die einzig möglichen erscheinen, während die früher eingeschlagenen als ausweglose Sackgasse gelten und als kindlich oder barbarisch abgetan werden.

Denken wir an die Entwicklung der Chemie. Bis ins 17. Jahrhundert hinein war der treibende Gedanke die Sucht, Gold zu machen aus wertlosen Elementen. Hier ist die ökonomische Wurzel offenkundig, die Entwicklung einer wissenschaftlichen, rein abstrakten Zielen nachstrebenden Denkweise mehr ein Abfallprodukt. Erst das 19. Jahrhundert mit seinen großen Ansprüchen, die Agrikultur, Heilkunde und Technik an die Chemie stellten, brachte einen neuen unerhörten Aufschwung in die theoretische Chemie hinein. Das Ende des Jahrhunderts schien auch theoretisch einen Abschluß der wissenschaftlichen Chemie zu bedeuten, unerschütterlich fest schien das Gebäude der Atomtheorie. Die Chemie und Physik der Strahlungsphänomene warf es über den Haufen, die Umwandlung der Elemente, der Traum

der Alchimisten, belächelt vom mechanistischen 19. Jahrhundert, ward zur Wahrheit, das Atom löste sich auf. Dieser Revolution, diesem Umsturz scheinbar letzter unerschütterlicher Wahrheiten lagen Wandlungen des „Zeitgeistes" zugrunde, die, als Reflex sozialer und wissenschaftlicher Vorgänge, eine neue Generation dort wieder zweifeln lehrten, wo die vorhergehende fertige, unangreifbare Lösungen gesehen hatte. So hat Ernst *Mach* den Atombegriff schon aufgelöst, lange bevor die Physik der Strahlungen überhaupt entdeckt war.

Dieser sogenannte Zeitgeist findet auf dem Gebiete der Kunst als Stil einer ganzen Epoche so prägnanten Ausdruck, daß der Stil der vorhergehenden oft einfach unverständlich wird. Schwieriger ist es oft, ihn auf anderen Gebieten des Geisteslebens aufzuspüren. Er ist nichts anderes als die Resultante aus sämtlichen, eine Epoche erfüllenden Strebungen und Strömungen, die, oft nichts weniger als einheitlich, in den verschiedensten Richtungen divergieren können, trotzdem aber dem historisch rückschauenden Auge zu einem einheitlichen Akkord zusammenzufließen scheinen. Freilich wird diese Resultante nicht zu allen Zeiten von allen Angehörigen des Kulturkreises als restlose Verkörperung ihrer eigenen Bestrebungen angesehen, sondern sie kann von einem Teil ebenso leidenschaftlich bekämpft wie von einem anderen verteidigt werden. Für den Historiker dient gerade die Form dieser Kämpfe häufig als Charakteristikum einer ganzen Epoche, ihre Tönung und Färbung wechseln nach Zeit und Ort, gleiche Inhalte können sich unter verschiedenen Ausdrucksgestalten bergen, aber auch Aehnlichkeiten der Form können Einheitlichkeit der Inhalte vortäuschen, wo sie in Wirklichkeit nicht vorhanden sind.

Dieselben Probleme können zu denselben Zeiten zu grundverschiedenen Lösungen führen, dieselben Tatsachen in ganz entgegengesetztem Sinne gedeutet werden, je nach der Einstellung des Denkers zu den Gesamtproblemen seiner Zeit,

die ihn vernachlässigen heißt, was den Gegner als fundamental wichtig erscheint, und ihn hervorheben läßt, was jener mit einer Handbewegung abtun zu können glaubt.

Diese Divergenz der Ergebnisse, diese Verschiedenheit der Standpunkte wird oft gegen den historischen Materialismus ins Treffen geführt. Seine Gegner unterschieben ihm die Anmaßung, daß er erkläre, in jeder geschichtlichen Epoche entspreche ein eindeutig bestimmter Ueberbau gewissen sozialen und ökonomischen Grundlagen. Im Gegenteil, gerade in seiner ihm untrennbar angehörenden Lehre vom Klassenkampf hat der historische Materialismus an Stelle eines statischen Durchschnitts durch eine Geschichtsepoche die Dynamik der Weltanschauungen eben dieser Epochen klargelegt, hat er gezeigt, wie verschiedene Klassen auf dieselben sozialen Tatsachen verschieden, ja entgegengesetzt reagieren können und wie der Zeitgeist einer Gesamtepoche als Summe dieser Reaktionen zum Ausdruck kommt. Die Bauernkriege gehören nicht minder zum Ausdruck der beginnenden Neuzeit als die Deckengemälde der *Sixtina*, *Ulrich von Hutten* nicht minder als die *Augsburger Fugger*. Und doch erscheint uns die Renaissance in vieler Beziehung als einheitliche Epoche, ebenso streng geschieden von der feudalen hierarchischen Gotik wie vom Barock der Gegenreformation.

Wir dürfen also keineswegs erwarten, in der Entwicklungsgeschichte der Medizin etwa eine einheitlich klare Linie zu finden. Begreiflicherweise nimmt die Unklarheit zu, je mehr wir uns unserer heutigen Zeit nähern. Immerhin lassen sich doch gewisse Grundlinien aufzeigen, welche zeitweilig die Medizin in ihren Theorien wenigstens beherrschen, um dann nach und nach wieder verdrängt zu werden.

Veränderungen der medizinischen Anschauungen lassen sich auf verschiedenen Gebieten ärztlichen Tuns nachweisen. Es ändert sich die biologische Auffassung vom Menschen selbst und vom Wesen und von der Bedingtheit der Krankheiten, es ändert sich die Stellung des Arztes als Thera-

peuten dem Individuum und der Gesellschaft gegenüber.

Marx macht in einer seiner Fußnoten, an denen das Kapital so überreich ist und die in ihrer prägnanten Kürze oft mehr zur blitzartigen Erhellung einer ganzen Epoche beitragen, als eine langatmige Abhandlung es vermöchte, folgende Bemerkung (Kapital I, Volksausgabe, S. 334, Anmerkung 111): „*Descartes* mit seiner Definition der Tiere als bloßer Maschinen sieht mit den Augen die Manufakturperiode im Unterschied zum Mittelalter, dem das Tier als Gehilfe der Menschen galt."

Noch zwei Jahrhunderte vorher wäre der Gedanke absurd erschienen, ein Lebewesen mit einem toten Gegenstand auf eine Stufe zu stellen. Es gab freilich früher einmal eine Zeit, in der selbst Menschen als sächlich angesprochen wurden, nämlich die Sklaven (griechisch: *τὸ ἀνδράποδον*). Die Römer stellten die Sklaven als instrumentum vocale dem Haustier, dem instrumentum semivocale, und dem Gerät, dem instrumentum mutum, gegenüber. Es wird also unter bestimmten historischen Bedingungen eine ganze soziale Klasse völlig entpersönlicht, verdinglicht, ihre Angehörigen gelten als Wesen, die vom Normalmenschen vollkommen verschieden, mit ihm in keine Beziehung gebracht werden können. Es blieb dem Christentum vorbehalten, die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, im Bewußtsein der antiken Menschheit durchzusetzen.

Eine ähnliche Wandlung in der Auffassung von der Stellung der Lebewesen in der Natur sehen wir nach *Descartes*. In der Manufakturperiode ist der Mensch noch Beherrscher des Arbeitsmittels, diesem übergeordnet, nicht ihm zugeteilt.

Erst mit der Entwicklung der großen Arbeitsmaschinen wird der arbeitende Mensch mehr und mehr aus dem Herrn zum Sklaven des Arbeitsmittels. Die Arbeit selbst wird allmählich völlig mehr mechanisiert, die individuelle Leistung

des einzelnen aus dem Arbeitsprozeß verbannt. Die überragende, einzigartige Stellung des Menschen der leblosen Natur gegenüber gerät ins Wanken. So wie dem *Descartes* das Tier als Maschine erschien, so wird jetzt auch l'homme machine denselben mechanischen Gesetzen unterworfen wie die übrige belebte und unbelebte Natur. Die Organismen, der Mensch an der Spitze, werden entpersönlicht, das ursprünglich Unteilbare, das Individuum aufgelöst in eine Reihe physikalisch-chemisch wirksamer Systeme. *Faustens* Klage vom fehlenden geistigen Bande entstammt *Goethes Zeit*, während sie einem *historischen Faust*, wie etwa dem *Paracelsus von Hohenheim*, nach den Anschauungen seiner Zeit fremd sein mußte. So reaktionär in vielem das *System eines Schelling* sein mag, der — stark beeinflußt von der antirevolutionären, antikapitalistischen romantischen Strömung — später ganz einem dumpfen, mittelalterlichen Mystizismus verfiel, viele seiner Anschauungen gerade von der einheitlichen Natur alles Lebendigen, die er dem atomisierenden Mechanismus entgegenhielt, muten uns ganz modern an.

Es bedurfte der vollständigen Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, um im Lande ihrer klassischen Entwicklung, in England, der Theorie zum Siege zu verhelfen, die diesen Einheitsgedanken zuerst über das Gebiet spekulativer Ahnungen hinaushob in das Reich der Erfahrung: der *Darwin*schen Deszendenztheorie.

Wohl bestehen auch jetzt noch starke Gegensätze zwischen herrschenden Kapitalisten und beherrschten Proletariern, die an Schärfe dem römischen Gegensatze zwischen Freien und Sklaven in nichts nachstehen. Wohl billigt der Besitzende nur sich selbst das Recht auf Individualität, auf freies, schrankenloses Sichausleben zu und läßt sich von *Nietzsche* die Philosophie des Uebermenschen dazu liefern; aber der demokratische Gedanke ist doch zu stark, als daß er, wenigstens in der Heldenzeit des Kapitalismus, der Idee der bürgerlichen égalité Abbruch tun und damit die einheitliche Auf-

fassung aller Menschen, damit auch von Mensch, Tier und anorganischer Natur, gefährden könnte.

Der Entwicklungsgedanke ist in den dauernden Besitzstand der Biologie eingegangen. *Darwins* eigene Begründung dazu und der Kampf der verschiedenen darwinistischen Schulen *(Lamarckisten, Selektionisten, Neo-Vitalisten usw.)* in der Frage der Entwicklungsfaktoren bildet eines der vom historischen Standpunkt aus interessantesten Streitobjekte der ganzen jüngeren Biologie.

Darwin selbst hat mit naiver Ehrlichkeit zugegeben, daß er das tragende Prinzip seines Entwicklungsmechanismus, den *Kampf ums Dasein*, unbekümmert wirtschaftlicher und politischer Ideologie seiner Zeit entnommen habe. Umgekehrt berufen sich die Apologeten des manchesterliberalen, freihändlerischen Kapitalismus ebenso unbekümmert auf Darwins Theorie, um die Berechtigung ihres Standpunktes naturgesetzlich zu erweisen.

Solange der Kapitalismus sieghaft im Aufstieg blieb, fortschrittlich gegenüber den alten reaktionären Gewalten des Feudalismus und Absolutismus, solange erhielt sich auch die sieghafte Kraft des Auslesegedankens. Doch als der Kapitalismus seinen Frieden mit den alten Gewalten schloß und selbst von einem neu aufsteigenden Gegner in die Defensive gedrängt wurde, da verblaßte auf einmal die Kraft des Entwicklungsgedankens. Er war zu revolutionär geworden und konnte zur Apologie auch der neu emporkommenden Klasse dienen.

Die Vererbung erworbener Eigenschaften, bisher als selbstverständliche Tatsache einfach hingenommen, wurde geleugnet. Der *Lamarck*sche Gedanke, daß Organismen sich ändern bei Veränderung ihrer Lebensverhältnisse, der erst durch den Darwinismus zum Leben erweckt worden war, wurde auf einmal wieder als unwissenschaftlich gebrandmarkt. Die *Mendel*schen Vererbungsgesetze, die zur Zeit ihrer Entdeckung in der Hochflut darwinistischer Schriften

völlig verloren gegangen waren, wurden vollkommen neu entdeckt und dienten jetzt zum Aufbau einer neuen Lehre.

In dieser ist ein fatalistischer Zug unverkennbar. Es herrscht eine gewisse Resignation: die Entwicklung ist etwas Willkürliches, Sprunghaftes, dessen Gesetze wir nicht erkennen, das wir durch Aenderungen des Milieus nicht beeinflussen können. Eine andere Richtung geht offen zum Angriff vor: jede Behinderung des Kampfes ums Dasein bedroht die Rasse mit Entartung, jede Verbesserung des Milieus dient nur dazu, den Minusvarianten das Großwerden und die Fortpflanzung zu erleichtern. Freies Spiel der Kräfte muß herrschen, das den Herrenrassen und Herrenklassen mit ihren guten Erbanlagen den Sieg über die Minderwertigen sichert.

Man braucht gar nicht die enge Verbindung dieser Gedankengänge mit Antisemitismus und Hakenkreuzlertum im Auge zu haben, um zu erkennen, wie scharf sich die ökonomisch-politische Wandlung des jüngsten Vierteljahrhunderts in diesem Wechsel der „voraussetzungslosen" Wissenschaft ausprägt. So wie nach der neuen bürgerlich-hierarchischen Lehre jeder in der Klasse verbleiben soll, in die er hineingeboren ist (man denke etwa an Othmar *Spann*, der die unvermeidliche Proletarisierung der Intellektuellen — freilich auch die Intellektualisierung des Proletariats — durch romantisch-zünftlerische Bindungen aufhalten möchte), so ist es nach der neuen Biologie unmöglich, seinem Schicksal, seiner Erbkonstitution zu entgehen. Aber ebenso wie in der bürgerlichen Sozialwissenschaft auf dem einen Flügel die Vertreter der Finanz- und Trustoligarchie, auf der anderen die der ultramanchesterlichen Neuarrivierten stehen (etwa Ludwig *Mises*), so gesellen sich den Fatalisten die Rassehygieniker zu, die die „sozialen Lasten" als kontraselektorisch bekämpfen.

Was Wunder, daß große Teile der Arbeiterklasse nach dem Evangelium des Entwicklungsgedankens greifen in der

Form, wie es der revolutionäre Kapitalismus einst verkündete, daß das freidenkerische Dogma anknüpft bei Häckel, Büchner usw. und damit auch am mechanistischen Materialismus festhält, der selbst von bürgerlichen Denkern, allen voran Ernst *Mach*, schon überwunden ist.

Auf dem Gebiete der Physik hat sich längst der Umschwung vollzogen, der der biologischen Wissenschaft noch bevorsteht oder in dem sie vielmehr mitten drin ist: so wie der Manchesterkapitalismus nicht nur den modernen schutzzöllnerischen, imperialistischen Kapitalismus, sondern auch seinen Gegenspieler, den modernen Sozialismus, in seinem Schoße geboren hat, so hat auch der Triumph des mechanischen Gedankens nicht nur zu der sterilen Verödung geführt, wie sie in *Dubois-Reymonds* Ignorabismus so scharf zum Ausdruck kommt, sondern auch zu seiner eigenen Auflösung, wie sie erkenntniskritisch von *Mach* angebahnt, heutigentags von *Einstein* in seiner Relativierung alles dessen vollzogen wurde, was noch vor 50 Jahren als unerschütterlich und unangreifbar fest und absolut gegolten hatte.

Es ist nicht leicht, auf medizinischem Gebiete all den feinen Schwankungen zu folgen, die die Entwicklung durchzumachen hatte. In der üblichen Geschichtsschreibung überwiegt das Herausheben des einzelnen und seiner Großtaten noch bei weitem über die Schilderung des organischen Herauswachsens der medizinischen Strömungen aus dem ganzen sozialen und wirtschaftlichen Gefüge ihrer Zeit. Es möge allerdings nicht verschwiegen werden, daß das Bedürfnis nach dieser Betrachtungsweise schon mehrfach klar formuliert worden ist, wie etwa von Max *Neuburger* in seiner Einleitung zum zweiten Bande der Geschichte der Medizin von Neuburger-Pagel (Jena, Fischer 1903).

Es ist fast selbstverständlich, daß in der großen Zeit des Beginns der Umwertung aller Werte, in der Renaissance, auch die drückende dogmatische Last, die in Gestalt des versteinerten Galenismus auf der Medizin ruhte, als immer

unerträglicher empfunden wurde. Von den verschiedensten Seiten her begann der Sturm dagegen. Es seien nur die Namen *Vesals* und *Paracelsus von Hohenheims* genannt, von denen der eine die Anatomie auf der Grundlage eigener Erfahrung völlig neu aufbaute, der andere die Heilkunde aus den engen galenischen Fesseln losriß und in ein hippokratisches, den natürlichen Krankheitsverlauf lind lenkendes, nicht vergewaltigendes Fahrwasser hinüberleitete.

Das Jahrhundert der *Newton*schen Mechanik brachte auch eine Großtat der Medizin auf mechanisch-physiologischem Gebiet. William *Harvey*, Newtons Landsmann, entdeckte den Blutkreislauf, ein Gebiet der Physiologie, das, wie fast kein anderes, einer mathematisch-physikalischen Behandlung zugänglich ist.

Es ist sehr interessant zu sehen, wie die großen europäischen Kulturnationen in derselben Reihenfolge, in der sie in die kapitalistische Entwicklung eintraten, die Medizin immer wieder erneuerten, wobei die zuletzt Kommenden stets den Vorteil genossen, sich schon auf die Schultern ihrer Vorgänger stellen zu können [1]).

Im 18. Jahrhundert lebte in England, dem Lande *Humes* und *Berkeleys*, der große Praktiker *Sydenham*, der, abhold allen Systemen, sich nur auf die Erfahrung stützte, zu einer Zeit, die in Deutschland eine Fülle weltfremder, sich gegenseitig erbitternd bekämpfender Systematiker am Ruder sah, denen die Erfahrung nichts, das dogmatisch vorweggenommene System alles war. Zur selben Zeit blühte die erste Wiener Schule, die jedoch von Aerzten gegründet war, die nicht aus Oesterreich, sondern aus den Niederlanden stammten, dem industriell damals am weitesten entwickelten

[1]) In Italien mit seiner großen medizinischen Tradition riß die Entwicklung auf geistigem Gebiet nicht so jäh ab wie auf wirtschaftlichem, ein Zeichen, daß der „Ueberbau" nicht eine eindeutig bestimmte Funktion der ökonomischen Verhältnisse ist. So wurde im 18. Jahrh. *Morgagni* zum Vater der pathologischen Anatomie.

Teil des europäischen Festlandes. Es seien *van Swieten*, des großen Holländers *Boerhave* Schüler, und *de. Haen* genannt.

Die große französische Revolution brachte auch der Medizin einen großen Aufschwung. Die Franzosen stehen jetzt in vorderster Reihe, auf einer höheren Stufe, als sie *Sydenham* mit den Mitteln seiner Zeit erreichen konnte. Nun wirkten *Bichat*, der die Gewebelehre förmlich neu erschuf, *Laennec*, der Begründer der physikalischen Diagnostik, und *Corvisart*, den sich Napoleon zum Leibarzt erkor.

Erst der frische Wind, der der achtundvierziger Revolution vorausging, ließ auch in Deutschland und Oesterreich die Medizin das trübe Fahrwasser der naturphilosophischen Spekulation verlassen, in das sie die Reaktion der heiligen Allianz verführt hatte. Johannes *Müller* und Rudolf *Virchow* in Berlin, der, selbst ein demokratischer Revolutionär, das nie zu vergessende Wort geprägt hat: „Die Aerzte sind die natürlichen Anwälte der Armen", *Rokitansky* und *Skoda* in Wien, die Begründer der zweiten Wiener Schule, sie schufen die endgültigen Grundlagen zu dem Gebäude, als das sich die Medizin seither darstellt. Sie verhalfen der naturwissenschaftlichen, unspekulativen Denkweise zum Siege, sie eröffneten die Möglichkeit, alle Fortschritte, zu denen der auf ständige Erweiterung der Produktivität der Arbeit ausgehende Kapitalismus die Naturwissenschaften angespornt hatte, auch für die Medizin nutzbar zu machen.

Man steht fast geblendet vor der ungeheuren Fülle von Tatsachen und Problemen, die die Entwicklung der Medizin in den letzten Dreivierteljahrhunderten zutage gefördert hat. Bei schärferem Zusehen erkennen wir jedoch auch hier, wie bestimmte Entwicklungsrichtungen bevorzugt, andere unterdrückt werden.

In den anorganischen Naturwissenschaften hatte in der Mitte des vorigen Jahrhunderts der mechanistische Materialismus unumstritten die Führung, auf biologischem Gebiete herrschte die den Organismus atomisierende physikalisch-

chemische Denkrichtung unumschränkt. Nichts anderes war es in der Medizin, die lokalistische Zellularpathologie stellte einen Gipfelpunkt dieser Denkrichtung dar.

Es waren vor allen Dingen zwei Gebiete der Medizin, die einen ungeheueren Aufschwung nahmen: die Chirurgie und die Pharmakologie im weitesten Sinne des Wortes. Die Chirurgie, ehemals das verachtete Gewerbe der Bader und Barbiere, das als eines Arztes unwürdig angesehen war, beschäftigt sich damit, auf mechanischem Wege Schäden zu beseitigen, die entweder auch auf mechanischem Wege entstanden sind (Verletzungen, Knochenbrüche, Eingeweidebrüche usw.) oder autochthon im Körper erwachsen (Geschwülste) oder schließlich einer Reaktion des Körpers auf eingedrungene Fremdkörper oder -keime ihren Ursprung verdanken (Entzündungen, Eiterungen). Das lokalistische Denken, das den Körper als Ganzes dem kranken Organ gegenüber vernachlässigt, kam der Chirurgie ganz besonders entgegen. Sicher gemacht durch die Asepsis, die Narkose und schließlich die Röntgenologie, erweiterte die Chirurgie ihre Grenzen immer mehr, überschritt sie jedoch nicht selten und maßte sich auch an zu heilen, wo mechanisch angreifbare Prozesse gar nicht vorlagen.

Die Asepsis war eine der schönsten Früchte, die am Baume der Desinfektionslehre reiften. Diese bedeutet die Anwendung chemischer Heilmethoden auf Prozesse, die durch Eindringen von Infektionserregern in den Körper bedingt werden. Mit naturwissenschaftlicher Methodik ging man den Massenseuchen zu Leibe, man studierte die Lebensbedingungen der Krankheitserreger *(Pasteur, Koch, Semmelweis)*, die verschlungenen Umwege, die die Parasiten auf ihrem Entwicklungsgange durchzumachen haben (Malaria, Trichinosis usw.), die Zwischenwirte, die die Krankheiten weitertragen (Pestratten und -flöhe, Rekurrenswanzen, Fleckfieberläuse, Gelbfieber- und Malariamücken), die äußeren Faktoren (Wasser, Temperatur, Nahrung), von denen die Verbreitung abhängt

(Cholera, Typhus). Der Erfolg war, daß die Kulturländer seither von mörderischen Massenseuchen verschont geblieben sind, wie sie früher unaufhaltsam jahrhundertelang geherrscht hatten (Pest, Cholera, Blattern usw.).

Nicht nur die Prophylaxe der Seuchen blühte auf, sondern man fand auch Mittel, um der schon ausgebrochenen Infektion im Einzelfalle Herr zu werden (Starrkrampf-, Diphtherieserum, Pasteurimpfungen bei Hundswut, Salvarsan bei Lues und Rückfallfieber). Aber freilich hier wurden die Grenzen bald erreicht. Der stolze Anspruch der Serologie, gegen jedes bakterielle Gift ein spezifisches Andidot zu besitzen, erwies sich bald als hinfällig, und auch die spezifische Chemotherapie, der Paul *Ehrlich* Führer und Wegweiser war, hat dem Salvarsan noch nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen.

Allüberall machen sich also Grenzen geltend, der scheinbar unaufhaltsame Siegeslauf der Chirurgie und der Immuno- und Chemotherapie ist gehemmt, ihre Wirkungen beginnen bereits, mehr in die Breite als in die Tiefe zu gehen. Sie waren jahrzehntelang die beiden stolzesten Kinder der modernen Medizin, mit Neid betrachtet von den anderen Zweigen.

Entsprechend der Auflösung des lebendigen Begriffes von der Ganzheit des Individuums, die wir als Folge der Anschauung vom mechanisch-maschinellen Charakter der Organismen schon gekennzeichnet haben, löst sich auch die Medizin als Heilkunde des ehemals ganzen unteilbaren Menschen auf in eine Fülle von Spezialdisziplinen. Diese Entwicklung wird naturgemäß gefördert durch die Hochschätzung des manuellen, mechanischen Eingreifens, das chirurgische Denken. Es ist vor allem das Technische in Diagnostik und operativer Therapie, was seinen stets feineren Ausbau in allen Sonderfächern erfährt. Vom rein technischen Standpunkt aus ist diese Entwicklung zur Arbeitsteilung durchaus selbstverständlich und nützlich, da die Technik des operierenden Augenarztes von der des Kehlkopf-

spezialisten ebenso verschieden ist wie von der des Gynäkologen oder Urologen, und wie diese wieder voneinander. Aber das Ueberwiegen und die Ueberwertung des Technischen in den Spezialfächern bedingt eine immer unerträglicher werdende Einseitigkeit der medizinischen Betrachtungsweise des Spezialisten. Er sieht im Menschen nur mehr einen Kehlkopf, ein Ohr, ein Gebärorgan, kurz ein Einzelorgan, an dem höchst überflüssiger Weise ein Mensch hängt.

Die Entwicklung der Medizin hätte nie diesen Weg nehmen können, wenn nicht starke materielle Interessen sie in diese Richtung gedrängt hätten. Wir denken hier weniger an die größeren Rechnungen, die die operativ tätigen Aerzte im Vergleich zu ihren internistisch-pädiatrischen Kollegen ausstellen können. Sie entspringen zum großen Teil der falschen Einschätzung, die das ebenfalls mechanistisch denkende Publikum der ärztlichen Leistung entgegenbringt. Der Internist, der lediglich die natürlichen Heilbestrebungen zu unterstützen sucht, macht scheinbar nichts, der Chirurg dagegen greift mit gewaltsamer Hand an, und der Patient trägt ein sichtbares Zeichen der Behandlung davon, die Narbe, das entfernte Organ. Der Chirurg verspricht Heilung auf einen Schlag, ein Moment, das der Kranke über alles wertet in einer Epoche, in der Zeit buchstäblich Geld ist. Man denke nur, was für einen Arbeiter Verdienstentgang, Verlust der Arbeitsstelle und all das andere bedeuten, was mit längerem Krankenlager verbunden zu sein pflegt.

Die Chirurgie hat manches mit dem Bolschewismus gemein, nicht nur darin, daß sie radikale Heilung über Nacht verspricht, sondern auch in ihrem Anspruch auf die umfassende Gültigkeit ihrer Methode. Es gibt unendlich viele Leiden, die aus den sozialen Verhältnissen der Gegenwart herauswachsen, aus dem Zwang zur einseitigen Ueberarbeit, der steten Sorge um das Morgen, aus fehlerhaften Sexualverhältnissen, von schlechter Wohnung und Ernährung ganz abgesehen. Solche Leiden sind ungeheuer verbreitet, wir er-

innern nur an die sog. chronischen rheumatischen Erkrankungen etwa bei älteren Proletarierfrauen, an die Kopfschmerzen, Kreuzschmerzen, Ausflüsse, an all die Neurosen mit Schmerzen, Schwächezuständen und Lähmungen, und vieles andere, Erkrankungen, denen zum Teil kein faßbares pathologisch-anatomisches Substrat zugrunde liegt, sondern die zum größten Teil funktionell bedingt sind. Ihre Heilung wäre nur möglich durch eine Aenderung des gesamten sozialen Milieus, in dem ihre Träger zu leben verdammt sind, durch mehr Glück, Behaglichkeit und innere Ausgeglichenheit. Dies dem Kranken auf die Dauer zu verschaffen, ist in weitaus den meisten Fällen ausgeschlossen, und so wendet sich, genau wie in der Revolution, die wunderhoffende Masse, die keine Zeit zu warten hat, dem zu, der ihr Erlösung verspricht, sei es auch auf blutigem Wege. Zahllose Eierstöcke hysterischer Frauen sind dem Messer zum Opfer gefallen, heute noch wird jede Knickung der Gebärmutter, jede chronische Blinddarmentzündung, jede vergrößerte Mandel oder Nasenmuschel operiert. Hilft das Messer auch nicht, so geht man zum Gesundbeter, Magnetopath, Lehmpastor oder nach Lourdes. Alle diese „Aerzte" haben gleich viel Erfolge aufzuweisen bei den genannten Zuständen; so kann gelegentlich auch die Suggestivkraft des Messers oder der operierenden Aerzte für lange Zeit die Beschwerden bessern, bis der Eindruck unter dem Einflusse der Alltäglichkeit verblaßt und der Kranke rückfällig wird. Oft wandert er dann von Spezialarzt zu Spezialarzt, bis er schließlich als narbenbedeckter Kämpe in den Armen einer Anny Besant landet. Damit soll natürlich kein Wort gegen die wirklich berechtigte Chirurgie und ihre Erfolge gesagt sein.

Das Unvermögen, sich mit den krankmachenden Einflüssen der heutigen sozialen Umwelt irgendwie abzufinden, ein Gleichgewicht herzustellen in dieser fundamentlosen Zeit, ist also eine ebenso starke Wurzel für die Ueberschätzung der gewaltsamen Methoden, wie der Zwang zur Kürze auch im

Kranksein. Beides typische Erscheinungen des kapitalistischen Zeitalters.

Die Seuchenbekämpfung verdankt ihre großen Erfolge vor allem dem Bestreben, die Stetigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses zu wahren. Diese war durch Massenseuchen aufs schwerste gefährdet, die in den überfüllten, jeder Hygiene hohnsprechenden Elendsquartieren der Großstädte des Frühkapitalismus einen nur zu guten Nährboden fanden. Dazu kam die Notwendigkeit, die Welthandelswege seuchenfrei zu halten und die Einschleppung von Krankheiten in die dichtbevölkerten Hafenstädte zu unterbinden.

Klarer noch wird die ökonomische Wurzel der Seuchenbekämpfung, wenn wir betrachten, wie weit sie geht, vor welchen Krankheiten sie Halt macht. Charakteristisch für alle ausgerotteten Seuchen ist, daß sie den Befallenen einerseits arbeitsunfähig, auf der anderen Seite auch wehrlos machen gegenüber dem Zugriff der Seuchenpolizei. Der Staat kann die Krankheitsverbreitung mit seinem Machtapparat unterdrücken, er tut es, weil die Seuche die Arbeitskraft der Kranken, und zwar nicht der einzelnen, sondern großer Massen bedroht.

Handelt es sich dagegen um ansteckende Krankheiten, die die Arbeitskraft auf lange Zeit hinaus nicht beeinträchtigen oder die gar an die soziale Fürsorge, nicht an die Polizeifunktion des Staates appellieren, um Krankheiten, deren Bekämpfung gleichzeitig große Mittel verlangen würde, die vor allem die Unternehmerschaft aufzubringen hätte, so erlischt das Interesse an der Seuchenbekämpfung sofort. Der kapitalistische Staat ist bereit, die Polizei zur Bekämpfung der Prostitution und damit der Geschlechtskrankheiten zur Verfügung zu stellen, aber Wohnungspolitik zu treiben, die weibliche Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dem Alkoholkapital Zügel anzulegen, dazu kann er sich nun und nimmer entschließen. Dasselbe gilt für den Kampf gegen die Tuberkulose.

Wir sehen also überall der anfangs so stürmischen Ent-

wicklung der modernen, auf naturwissenschaftlicher Basis stehenden Medizin Schranken erwachsen, die sie mit ihren bisherigen Mitteln vergebens zu überwinden trachtet. Diese selbe Krise kommt auch in der sozialen Lage der Aerzteschaft zum Ausdruck.

Der großartige Aufschwung der Medizin, der nach der Jahrhundertmitte einsetzte, die fortgesetzte Mechanisierung von Diagnostik und Therapie, die das handwerksmäßig Erlernbare gegenüber dem künstlerisch Erfühlbaren in den Vordergrund schob, die Erleichterung und Verbilligung des Studiums brachten einen ungeheuren Zustrom von Menschen, die sich zum ärztlichen Beruf drängten. Die rasche Zunahme der Lohnarbeiterschaft brachte gleichzeitig eine große Erweiterung des Kundenkreises für ärztliche Arbeitsleistungen, allerdings einen Zuwachs von nur beschränkter Zahlungsfähigkeit. Das verschlug indes den Aerzten der damaligen Zeit nicht allzu viel, besaßen sie doch einen sicheren Rückhalt in dem alten Mittelstand, den kleinen Selbständigen, höheren Beamten usw.

Je mehr diese aber selbst proletarisiert wurden, um so bedenklicher wurde damit die Lage der Aerzteschaft. Immer schärfer sonderten sich in ihr zwei Schichten: die großen Verdiener, die Aerzte der Kapitalisten, denen oft nicht größere Tüchtigkeit, sondern nur größerer Reichtum die bessere Ausbildung, die akademische Graduierung das Durchhalten im Konkurrenzkampfe gestattete. Darunter in weitem Abstande die misera plebs, die sich in maßloser Ueberarbeit aufreibt, ohne es je zu einem gesicherten Dasein, geschweige denn zu Alters- und Familienversorgung zu bringen. Als selbständig Arbeitende erwächst in ihnen nicht wie in den durch die Kooperation zu einem Block zusammengeschweißten Industriearbeitern der Wille zur Organisation. Sie verschärfen ihre Notlage durch den Kampf aller gegen alle, der prägnanten Ausdruck findet in dem Ausspruch: „Cave collegam!", und durch den ohnmächtigen Widerstreit gegen die in den

Krankenkassen zusammengeschlossene Lohnarbeiterschaft, welche mehr und mehr zu dem Hauptkonsumenten ärztlicher Arbeitsleistung wird.

Wo wir hinschauen, auf jedem Gebiete ärztlichen Denkens und Tuns, herrscht ein kritischer Zustand. Zu weit begangene Entwicklungswege haben sich allerseits als Sackgasse erwiesen, aus denen nur radikale Umkehr heraushelfen kann.

Der Gegenspieler ist schon auf dem Marsche. So wie der Kapitalismus den Sozialismus in seinem Schoße trägt, wie der Mechanismus auf physikalischem und biologischem Gebiet Gegenströmungen weckt, so auch das mechanistische Denken in der Medizin. Bei allen Fortschritten im einzelnen war der Zusammenhalt des Ganzen verloren gegangen, zu sehr hatte man sich gewöhnt, Menschen und Laboratoriumstier über einen Kamm zu scheren, den Menschen als Persönlichkeit, als Individualität mit seiner eigenen Psychologie und seiner eigenen Soziologie zu vernachlässigen. Drei kräftige Triebe brachen aus dem welkenden Baume hervor: die Konstitutionslehre, die medizinische Psychologie und die soziale Medizin. Charakteristischerweise erwuchsen sie, oder wenigstens die beiden letzteren, fast überwiegend abseits von den offiziellen Pflanzstätten der Wissenschaft: Praktiker, die weniger im Laboratorium zuhause waren als am Krankenbett, die den Menschen in seiner Umgebung sahen, ihn als leidendes und tätiges Wesen erschauten, seine Familie mit ihren Eigentümlichkeiten kannten, Praktiker begannen, oft im schärfsten Gegensatz zur herrschenden Lehre, das große Werk der Erneuerung.

Wir stehen im Kampfe mitten drinnen. Noch muß sich die neue personale, psychologische, soziologische Betrachtungsweise in heißem Ringen ihren gebührenden Platz erstreiten. „Der medizinische Unterricht darf kein Anschauungsunterricht, er muß ein Erlebnisunterricht sein" (*Tandler*). Die heutige Hochschule fühlt sich als Dienerin des Kapitals und hält deshalb am antisozialen, antipsychologischen Mecha-

nismus fest. Sie erzieht den Arzt immer noch zum Individualtherapeuten, für sie ist die Masse der Spitalspatienten nur Studienmaterial, sie überwertet immer noch die technisch-operative Spezialistentätigkeit. Aus den natürlichen Anwälten der Armen sollen die Aerzte zu Anwälten des Kapitals gepreßt werden, unter Ausnützung ihres Gegensatzes zu den Krankenkassen. Mochte es sich um die Beurteilung der Kriegsdiensttauglichkeit handeln, mag es sich um den Kampf gegen die Abtreibungsparagraphen drehen oder um die Psychotechnik, stets sehen wir die offizielle Wissenschaft, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, im Lager der Reaktion, im Lager des Kapitals stehen.

Es wird vorzüglich Aufgabe der sozialistischen Aerzte sein, in diesen Erneuerungsprozeß bewußt kritisierend, ordnend und aufbauend einzugreifen. So wie auf dem Gebiete der Gesellschaftskritik nur die Sozialisten imstande waren, die heutige Ordnung bis in ihre tiefsten Tiefen zu durchleuchten und zu kritisieren, so ist auch schon in der Biologie furchtlose Arbeit am Werke, die ebenso frei von dogmatischer Gebundenheit wie von sterilem Skeptizismus ist *(Tschulok, Schaxel)*.

Der sozialistischen Aerzte harrt eine Doppelaufgabe: sie haben die Aerzte selbst zu erziehen in ihrer Einstellung zu den gesunden und kranken Menschen, sie umzuschulen aus individualistischen Kleingewerbetreibenden, deren Interesse die Krankheit des Menschen ist, in unentbehrliche Glieder des großen Fürsorgeapparates der Allgemeinheit, dessen Interesse die Gesunderhaltung der Menschen ist.

Sie haben gleichzeitig die jetzt anhebende Entwicklung der Medizin zu fördern, die dahin geht, den Menschen selbst körperlich und seelisch als Einzelindividuum wie als Teil der Gesamtheit in allen seinen Beziehungen zu ihr mit neuer vertiefter Erkenntnis erfassen zu lernen. Aufgaben von lockender Größe liegen vor ihnen, ein Feld unübersehbarer Tätigkeit. Erkennt die Aufgabe und geht ans Werk, und es ist eine Lust zu leben!

Darwinismus und Marxismus

Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Voraussetzung des Sozialismus

Von *Julius Schaxel*

An einer mitteldeutschen Universität kündigt ein Professor der Zoologie im Sommer 1924 allgemeine Zoologie und Entwicklungslehre einschließlich der politischen Folgerungen an. Der Kenner des besonderen Falles geht darüber mit einem Scherz hinweg. Die Haltung der angeblich parteilosen Hochschulen ist indessen, seit in Deutschland 1918 die proletarische Revolution begonnen hat, nicht durchweg so harmlos, wie es von romantischen Dichtern und Denkern zu erwarten ist. Die Republik läßt ihren Beamtennachwuchs für leitende Stellen und einen großen Teil der Lehrer über die Hochschulen laufen. Auf diesem Wege wird kein Verständnis für die Umbildung der Gesellschaft und den neuen Staat gewonnen. Es bleibt eher die Hoffnung erhalten, eine märchenhaft überlieferte gute alte Zeit voll Burschenherrlichkeit und Professorenglanz kehre einmal wieder, und mancherorts besteht Neigung, durch völkischen Kampfgeist die Rückwärtsentwicklung zu beschleunigen.

Von der erziehlichen Wirkung der gegenwärtigen Hochschule ist nichts zu erwarten. Leider steht es mit dem vermittelten Kenntnisschatz und der Denkschulung nicht besser, soweit die Gegenwart politisches Urteil erfordert. Der weit überwiegende Teil und alle maßgebenden Persönlichkeiten der professionellen Gelehrsamkeit erweisen sich fest an die bürgerliche Klasse gebunden. Weil nun in Deutschland Hochschulen und Wissenschaftspflege in dieselben Hände gelegt sind, bewegt sich die Lehre von der Gesellschaft in durchaus einseitigen Bahnen. Sie ist dazu in zahlreiche Spezialdisziplinen der Theologie, Jurisprudenz, Nationalökonomie und Historie zersplittert, deren Zusammenhang lieber geleugnet als

gezeigt wird. Beziehungen zu den Naturwissenschaften, zum Leben, kommen überhaupt nicht zur Geltung. Daß es wirkliche und erfolgreiche Revolutionen gibt, tritt kaum klar hervor. Von den Lehrsätzen des Sozialismus eines Marx oder Lenin scheint niemand etwas zu wissen, oder wer sich damit beschäftigt, tut es so schamhaft, als ob es etwas zu verheimlichen gäbe. Wir stehen mitten in der proletarischen Revolution, ohne daß die offizielle deutsche Wissenschaft etwas davon gemerkt hat. Daher ist auch der Unterschied zwischen dem Geist der Hochschulen und dem der wenigen Arbeiterbildungsstätten ein so gewaltiger. Diese sind von der revolutionären Welle getragen, die an jene als wirkungslose Brandung anläuft.

•

Einem Grundgedanken, der in eigenartiger Weise in die Naturgeschichte des Lebens verwebt worden ist, haben bereits Marx und Engels bei seinem Auftauchen ihre Beachtung geschenkt: dem *Kampf ums Dasein in Darwins Entstehung der Arten.* Marx schreibt bald nach dem Erscheinen von Darwins Werk über die natürliche Zuchtwahl am 19. Dezember 1860 an Engels: „Obgleich grob englisch entwickelt, ist dies das Buch, das die naturhistorische Grundlage für unsere Ansicht enthält." Einem so scharfsinnigen Denker und vielseitigen Literaturkenner wie Marx konnten indessen die eigenartigen Zusammenhänge und Folgerungen eines Teils der Darwinschen Lehre nicht entgehen. Er wendet sich in einem Brief vom 18. Juni 1862 an denselben Empfänger: „An dem Darwin, den ich wieder angesehen, amüsiert mich, daß er sagt, er wende die Malthussche Theorie *auch* auf Pflanzen und Tiere an, als ob bei Herrn Malthus der Witz nicht darin bestände, daß sie *nicht* auf Pflanzen und Tiere, sondern nur auf den Menschen . . . angewandt wird im Gegensatz zu Pflanzen und Tieren. Es ist merkwürdig, wie Darwin unter Bestien und Pflanzen seine englische Gesellschaft mit ihrer Teilung der Arbeit, Konkurrenz, Aufschluß neuer Märkte, ‚Erfin-

dungen' und Malthusschem ‚Kampf uns Dasein' wiedererkennt. Es ist Hobbes' bellum omnium contra omnes (Krieg aller gegen alle), und es erinnert an Hegel in der Phaenomenologie, wo die bürgerliche Gesellschaft als ‚geistiges Tierreich', während bei Darwin das Tierreich als bürgerliche Gesellschaft figuriert." Die beiden Briefstellen bringen treffend Wesentliches zum Ausdruck. *Die gesellschaftliche Umbildung vollzieht sich innerhalb der organischen Entwicklung; der soziologische Prozeß kann aber nicht im Lichte einer beliebigen Evolutionstheorie betrachtet werden, die zufälligerweise von späterhin als solchen nicht mehr erkannten nationalökonomischen Lehren maßgebend beeinflußt ist.*

Ehe von der Bedeutung des Darwinismus für die Soziologie gesprochen werden kann, muß seine Stellung als biologische Theorie geklärt sein, die in den ersten Aufzeichnungen Darwins und in dem genannten Werk von 1859 hervortritt. Für Darwin ist nicht das Leben als solches Problem. Er fragt nicht nach der Gesamtheit der Lebenserscheinungen, nicht nach ihrem Wirken, Wesen und Ursprung. Er sucht vielmehr nach einer Erklärung für die Tatsache, daß die Tiere und Pflanzen vielgestaltig und unter sich ähnlich oder verschieden die Erde bevölkern. Er verdichtet seine Frage zu der nach der Beständigkeit der organischen *Art*. Er stellt aber darüber keine sachliche, begriffliche oder geschichtliche Untersuchung an, sondern versteht ohne weiteres unter der Art die Gesamtheit der Merkmale, die als Erkennungszeichen für die übersichtliche Ordnung der Formen im System gelten. Dann unternimmt er es, durch gesammelte Erfahrungen die Veränderlichkeit dieser Merkmale im Laufe der Zeit nachzuweisen. Darwin löst den Organismus in die Summe seiner Eigenschaften auf und die Entwicklung vollzieht sich nach seiner Meinung im Entstehen und Vergehen einzelner Eigenschaften. Dieser Vorgang erstreckt sich über sehr lange Zeiten, die nach dem Urteil der Geologen in der Erdgeschichte zur Verfügung

stehen. *In der belebten wie in der unbelebten Welt sind beständig wirksame kleine Umbildungen im Gange. Was heute besteht, ist auf langem Wege geworden.* Diese Entwicklungsgeschichte bedarf noch antreibender Kräfte. Uebergeordnete Richtlinien schließt Darwin aus. Das Vorbild zu seinen Folgerungen findet er bei gewissen englischen Nationalökonomen, nach deren Darlegungen es im Staate keines Regulativs bedarf, wenn die einzelnen Staatsglieder sich frei betätigen können. *Es kommt bei unbehinderter Konkurrenz zu einer Selbstregelung, die der Gesamtheit förderlich ist.* Aus dem soziologischen Prinzip des freien Wettstreites leitet Darwin die Zuchtwahl ab. Von der Ueberzahl der abändernden Einzelwesen haben im Kampf ums Dasein nur die jeweils passenden Bestand. Der Organismus ist aus gehäuften Anpassungen zusammengesetzt.

Darwin hat es unterlassen, die begrifflichen und geschichtlichen Grundlagen seiner Betrachtungsweise zu untersuchen. Von biologischer Seite ist dieses Versäumnis erst sehr spät nachgeholt worden. Weil nun, wie Marx sogleich richtig gesehen hat, Darwin aus einer bürgerlichen Ideologie heraus das natürliche Getriebe ansieht und als erklärenden Gedanken für die Umbildungen in der lebendigen Natur einfach den Leitsatz einer zu seiner Zeit in England geläufigen nationalökonomischen Schulmeinung nimmt, ist es leicht verständlich, daß Darwins im Kampf ums Dasein stehende Tiere und Pflanzen die bürgerliche Gesellschaft widerspiegeln.

Alle politisierenden Darwinisten, einschließlich der Zoologieprofessoren des deutschen Spießertums, *haben es mit den politischen Folgerungen aus ihrer Wissenschaft sehr leicht. Sie wenden nur ihre Lehren auf diejenige Gesellschaftsform an, von der und für die sie geprägt sind.* Die dazwischengeschaltete Naturgeschichte und Entwicklungslehre dient der gelehrten Verbrähmung übernommener und weitergegebener Gedanken, die nicht auf ihre Quelle und ihren eigentlichen Sinn geprüft werden.

Die Soziologen sind viel vorsichtiger verfahren als die Biologen. Sie bleiben sich des Ursprungs der Darwinschen Gedankengänge bewußt und dadurch davor bewahrt, durch eine soziologische Lehrmeinung in biologischer Sprache die Gesellschaftswissenschaft „naturwissenschaftlich zu begründen". Karl Kautsky hat insbesondere auf diesem Gebiet zur Vorsicht gemahnt und davor gewarnt, in ihrer Gültigkeit bezweifelbare „Naturgesetze" einfach vorauszusetzen. Er fordert im Hinblick auf den Darwinismus die Soziologen zur Mitwirkung an der über die natürlichen Vorgänge zu leistenden Forschung auf. Er sagt (1910, S. 17): „Indes darf uns Oekonomen und Soziologen dabei der Umstand ermuntern, daß hier ein Grenzgebiet vorliegt, auf dem bisher nicht bloß die Naturwissenschaft die Oekonomie befruchtete, sondern auch das Umgekehrte eintrat. Die aus der Betrachtung des ökonomischen Prozesses gewonnenen Anschauungen haben die Naturwissenschaft sehr erheblich beeinflußt." Kautskys eigene Arbeit in diesem Sinne findet sich an vielen Stellen seines reichen Arbeitsfeldes. Auf die allgemeinen Zusammenhänge geht er in „Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft" ein. Sein Schüler Eckstein prüft Einzelfragen des Grenzgebietes nach dem jeweiligen Stande der Wissenschaft. Die Soziologen sind bei solchen Unternehmungen in der unangenehmen Lage, daß sie zwar bemerken, wie wenig stichhaltig die grundlegenden Voraussetzungen der Biologie sind, mit der sie arbeiten müssen, aber eben doch auf diese in ihren Grundlagen und ungleichartigen Lehren recht ungewisse Biologie mangels einer tatsächlich und theorienkritisch durchgeprüften Lebenswissenschaft angewiesen bleiben. Dazu kommt noch, daß in den Darstellungen von Leben und Entwicklung, die sich an den Nichtfachmann wenden, die bedenklichste Form des Darwinismus einen besonders breiten Raum einnimmt. Der philosophisch-biologische Materialismus aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, wie ihn Büchner, Moleschott und Vogt lehrten,

war namentlich in Deutschland richtunggebend. Der Darwinismus wird ein Bestandteil außerwissenschaftlicher Vorgänge und erleidet Wandlungen, die mit seinem eigentlichen Gegenstand und Bereich nichts zu tun haben, aber doch darauf zurückwirken. Er wird zur Lebenslehre erweitert, die er nach Darwins Fragestellung nicht sein kann und will, und zur kritischen Abwägung seines Gehaltes kommt es nicht. Die in ihm liegenden Verschiedenheiten werden vielmehr durch Zutaten vermehrt und weiter verschleiert. Was schon die Schwäche der ursprünglichen Lehre war, die mangelhafte Begrifflichkeit, wird jetzt die des größten Teils der Wissenschaft, indem auf weite Strecken die Grenzen zwischen strenger Lehre und verflachender Gemeinverständlichkeit schwinden. In völliger Selbstverkennung wird banale Metaphysik für voraussetzungslose Naturwissenschaft gehalten und heilsamen Warnungen oder methodologischen Reinigungsversuchen gegenüber gar eine feindliche Stellung eingenommen.

Was Marx in voller Deutlichkeit sofort erkannt hat, die naturwissenschaftliche und naturgeschichtliche Erschließung der Lebenserscheinungen einschließlich des Menschen durch die Lehre Darwins, hat daher weder in seiner Tragweite noch in seiner Tiefe ausgenutzt werden können, weil gerade *in der Anwendung auf menschliche Verhältnisse ein unbemerkt eingeführtes soziologisches Element den Darwinismus* in seiner populären Form *beherrscht. Die bürgerlichen Ideologen der Gegenwart finden darin, was ihre gleichgesinnten Vorgänger hineingelegt haben.* Der Mangel an begrifflicher Strenge macht zugleich eine recht wechselvolle Deutung möglich, die auch offene Widersprüche nicht scheut. Deswegen lohnt es nicht, Einzelheiten des politischen Darwinismus zu betrachten, von dem die Schlagworte *Daseinskampf* und *Rasse* heute wieder besonders geläufig sind. Bereits 1877 sagt E. Haeckel (zit. nach 1908, S. 68 ff.) das Hauptsächliche: „Der Darwinismus ist alles andere eher als sozia-

listisch! Will man dieser *englischen* Theorie eine bestimmte politische Tendenz beimessen — was allerdings möglich ist —, so kann diese Tendenz nur eine *aristokratische* sein, durchaus keine demokratische, und am wenigsten eine sozialistische! Die Selektionstheorie lehrt, daß im Menschenleben wie im Tier- und Pflanzenleben überall und jederzeit nur eine kleine bevorzugte Minderzahl existieren und blühen kann, während die übergroße Mehrzahl darbt und mehr oder minder frühzeitig elend zugrunde geht. Zahllos sind die Keime jeder Tier- und Pflanzenart und die jungen Individuen, die aus diesen Keimen hervorgehen. Unverhältnismäßig gering ist dagegen die Zahl der glücklichen Individuen unter jenen, die sich bis zur vollen Reife entwickeln und ihr erstrebtes Lebensziel wirklich erreichen. Der grausame und schonungslose *‚Kampf ums Dasein‘*, der überall in der lebendigen Natur wütet und naturgemäß wüten *muß*, diese unaufhörliche und unerbittliche *Konkurrenz* alles Lebendigen, ist eine unleugbare Tatsache; nur die auserlesene Minderzahl der bevorzugten Tüchtigen ist imstande, diese Konkurrenz glücklich zu bestehen, während die große Mehrzahl der Konkurrenten notwendig elend verderben muß! Man kann diese tragische Tatsache tief beklagen, aber man kann sie weder wegleugnen noch ändern. Alle sind berufen, aber wenige sind auserwählt! Die *Selektion*, die ‚Auslese‘ dieser ‚Auserwählten‘, ist eben notwendig mit dem Verkümmern und Untergang der übrigbleibenden Mehrzahl verknüpft. Ein anderer englischer Forscher bezeichnet daher auch den Kern des Darwinismus geradezu als das *‚Ueberleben des Passendsten‘*, als den ‚Sieg des Besten‘. Jedenfalls ist dieses Selektionsprinzip nichts weniger als demokratisch, sondern im Gegenteil *aristokratisch* im eigentlichsten Sinne des Wortes!“ Ob aus solcher Selektion „aristokratische“ Prinzipien gefolgert werden sollen, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls kann die kapitalistische Gesellschaft mit einem solchen „Naturgesetz“ deswegen alles rechtfertigen, weil sie eben darin die Maxime ihres Handelns

zum Gesetz erhoben hat. Für Haeckels Nachfolger sei bemerkt, daß er bei Gelegenheit der angeführten Worte darauf hinweist, „wie gefährlich eine derartige *unmittelbare* Uebertragung naturwissenschaftlicher Theorien auf das Gebiet der praktischen Politik ist. Die höchst verwickelten Verhältnisse unseres heutigen Kulturlebens erfordern von dem praktischen Politiker eine so umsichtige und unbefangene Berücksichtigung, eine so gründliche historische Vorbildung und kritische Vergleichung, daß derselbe immer nur mit größter Vorsicht und Zurückhaltung eine derartige Nutzanwendung eines ‚Naturgesetzes' auf die Praxis des Kulturlebens wagen wird." Auch nach dieser Mahnung fühlt sich Haeckel nicht wohl; denn er fährt fort: „Ich selbst bin nichts weniger als Politiker. Mir fehlt dazu..., ebenso das Talent und die Vorbildung wie die Neigung und der Beruf. Ich werde daher weder in Zukunft eine politische Rolle spielen noch habe ich früher jemals einen Versuch dazu gemacht. Wenn ich hie und da gelegentlich eine politische Aeußerung getan oder eine politische Nutzanwendung naturwissenschaftlicher Theorien gegeben habe, so besitzen diese subjektiven Meinungen keinen objektiven Wert." Haeckels zoologisch-politischen Schülern fehlt diese Bescheidenheit. Mit ihrem Daseinskampf und Selektionsprinzip rechtfertigen sie jede Maßnahme des Kapitalismus von der Arbeiterausbeutung bis zum imperialistischen Krieg und setzen im Glauben an den „Sieg des Besten" Macht gleich Recht.

Ist der Daseinskampf eine alte Requisite bürgerlicher Naturgeschichte der menschlichen Gesellschaft, die als englisches Erzeugnis internationale Verbreitung gefunden hat, so haben sich die deutschen Professoren als Besonderheit die *Rasse* vorbehalten, um ihren Nationalismus durch die Bekämpfung des Judentums zu würzen. *Die Rasse, wie sie die Antisemiten den Juden zusprechen, ist überhaupt kein naturwissenschaftlicher Begriff, sondern eine Erfindung des Antisemitismus.* Weder bei Darwin noch in der modernen Gene-

tik (Verwandtschafts- und Vererbungslehre) findet sich etwas, was die politischen Rassetheoretiker brauchen können. Darwin faßt als Rasse die gleichartigen Nachkommen solcher Individuen zusammen, die in einzelnen Körperteilen oder in ihrem gesamten Bau sehr wesentlich von ihren Eltern abweichen und die von den Kunstgärtnern als „sports" bezeichnet werden. Späterhin ist Rasse ungefähr gleichbedeutend mit Varietät, also einer Sondergruppe innerhalb der Art. Karl Kautsky (1914, 1921) legt ausführlich dar, daß es angesichts solcher Rassevorstellungen eine Judenfrage nicht gibt. Aus der exakten Genetik ist die unbestimmte Zusammenfassung einer Individuenmenge in der Rasse überhaupt verschwunden. Von Rassereinheit als solcher kann nicht einmal bei erwiesener genealogischer Abstammung gesprochen werden. Nur der Nachweis übereinstimmender erblicher Konstitution in bezug auf einzelne Elementareigenschaften, nicht auf ganze Personen, liefert auf eben diese Einzelnachweise beschränkte Rassemerkmale und bezeugt ihre Reinheit in der Generationenreihe. Die bunte Mischung in der menschlichen Gesellschaft, die sich dem isolierenden Experiment entzieht, läßt eine solche Betrachtungsweise gar nicht zu. Die Rassehygieniker halten sich daher der Rassenfrage der Juden um so ferner, je klarer sie theoretisch sind und je ernster sie ihre sozialhygienische Aufgabe nehmen. Mit der Judenrasse verhält es sich im kleinen wie mit dem Daseinskampf im großen: Eine der Wissenschaft fremde Vorstellung, nämlich die Vorstellung von der Judenrasse als eines auszusondernden Gesellschaftsteils, wird in die Wissenschaft hineingetragen und dann wieder ohne weitere Verarbeitung für tauglich befunden, um völkischen Absichten als kurz vorher selbst vorausgeschickte, „naturwissenschaftliche" Stütze zu dienen.

Die Beispiele des Daseinskampfes als antimarxistisches Argument und der jüdischen Rasse als völkischer Wissenschaft zeigen, wie die *klassengebundene Wissenschaft aus*

dem alten und neuen Darwinismus diejenigen Nutzanwendungen auf die Gesellschaftslehre zieht, die sie, in ihrer Gesellschaftsauffassung ganz befangen, vorher aus eigenen Mitteln in die angeblich unbefangene theoretische Voraussetzung hineingesteckt hat. Es handelt sich durchweg um Folgerungen, deren Ergebnis feststand, als sie zu ziehen begonnen wurden.

Zufallsbestandteile des Darwinismus und ihre tendenziöse Ueberlieferung bieten keinen Maßstab für die marxistische Theorie. Zugleich steht fest, daß sich die wirtschaftlich-gesellschaftliche Umbildung der Menschheit innerhalb der organischen Entwicklung vollzieht. Daher bedarf es der *Uebersicht über den Stand der Forschung, zu dem die Anregungen Darwins die Wissenschaft geführt haben.* Bei allen kritischen Vorbehalten und sachlichen Einschränkungen, die zu machen sind, ergibt sich doch die Möglichkeit naturwissenschaftlicher Biologie, die das Zustandekommen der Formen, die Leistungen der Organe, die Beziehungen der Lebewesen zur Umwelt und ihre Verbreitung in Raum und Zeit zum Gegenstand von Einzeluntersuchungen macht. Wegen des ausgedehnten Netzes gedanklicher Zusammenhänge, die beim Ausbau der Lebenswissenschaft entstanden sind, muß ich auf meine Darstellung der Theorienbildung in der Biologie verweisen (1922). Eine geordnete Uebersicht über den gesamten Tatsachenschatz fehlt solange, als die Ausarbeitung anerkannter Ordnungsgrundsätze noch nicht gelungen ist. Immerhin gilt, daß die Lehre von der Gesellschaft die allgemeine Biologie und Psychologie zur Voraussetzung und Grundlage ihrer selbständigen Errichtung haben wird. Weil die natur- und seelenhaften Anteile der von Marx geforderten Basis seiner Prinzipien selbst eben in Ordnung begriffen sind, kann über programmatische Andeutungen nicht hinausgegangen werden, die zugleich die ernste und nachdrückliche Weiterarbeit fordern.

Gerade darin liegt die fruchtbare Wirkung des Darwinismus und sein unbezweifelbarer Erfolg, daß nicht mehr von dem gegenwärtigen Stand einer vor mehr als sechs Jahrzehnten zeitlich bedingten Lehre gesprochen werden kann, sondern daß an ihre Stelle die überaus mannigfaltige Erfahrung mit den Anfängen der Fassung in das Gefüge gegliederter Begriffe getreten ist.

Ueberall, wo uns *Lebendiges in der Natur* begegnet, sehen wir es *in Form gebannt*, die, obschon in ständigem Wechsel begriffen, doch in Raum und Zeit stofflich faßbar erscheint. Als *in sich formhaft geordnete Mannigfaltigkeit* entrollt sich die Entwicklung, weder fest vorbestimmt noch unbestimmt frei, sondern in sukzessiven Akten determiniert. Der einzelne Lebensablauf ist einsinnig und endlich. Das lebendige Kontinuum vollzieht sich daher im Wiederholungsgeschehen zyklisch-rhythmischer Prozesse. Die typische Uebereinstimmung im Nacheinander der Generationen, die Vererbung, steht durch die Geschlechtlichkeit mit dem typisch gleichartigen Sein des Beieinander in wirklicher Verbindung. Ueberall findet der suchende Forscher *in der unerschöpflichen Mannigfaltigkeit des Lebendigen Regelhaftigkeit, Bestimmtheit und Ordnung.*

An die Stelle umschreibender Bilder, die aus dem Alltag des Schilderers genommen sind und daher seine Züge tragen, sind scharfe Kennzeichnungen getreten, die freilich nur auf beschränkte Geschehensausschnitte statt auf dessen Unendlichkeit abzielen, sie aber um so fester umreißen wollen.

An der Naturgeschichte des Lebens, der Abstammungslehre, fesselt jetzt weniger als früher die Ahnenreihe von der Urzeugung bis zum Menschen. Die Erfahrung stellt vielmehr *gleiches Beharren, gesetzmäßige Kombination und seltene mutative Aenderung* vielleicht ebenfalls bestimmten und beschränkten Umfanges fest; aber es muß doch an Aufbau durch Häufung und damit an den Anfang und Ursprung des Lebens gedacht werden. Gerade weil der Analysis der

Bildung kein grundsätzliches Hindernis im Weg steht, wird die Synthesis, die künstliche und die natürliche, möglich sein. Es besteht auch kein Anlaß zu glauben, daß, was sich endlich wiederholt, in dieser Wiederholung Ewigkeit habe.

Aus dem Anschein ziellosen Abänderns der Einzelwesen in allen Lebenslagen hebt die Biologie hervor, daß der lebendigen Mannigfaltigkeit Ordnung innewohnt, deren Grundzüge durch Forschung festzustellen sind. Die *Bestimmung des Bildens* im Bereiche der Vererbungsforschung verweist auf *Konstituenten der jeweiligen Komplexe, die insofern elementar sind, als sie nur in bestimmter, vielleicht biochemisch-molekular bedingter Kombination zusammentreten und sich stets konstant innerhalb einer meßbaren Variationsbreite bewegen.* Die Vermutung liegt nahe, daß die organischen Bildungsweisen auf solchen noch zu erforschenden Konstitutionsmöglichkeiten beruhen, deren allgemeine Regularität zugleich den Grundzug des wahrhaft natürlichen Systems der Organismen darstellt.

Der Kampf ums Dasein ist aufgelöst in die Wissenschaft von den organischen Beziehungen, die von der Tatsache ausgeht, daß das organische Bilden und Leisten in seinen Anfängen und Auswirkungen nicht auf die räumlichen und zeitlichen Grenzen des organischen Körpers beschränkt ist, sondern in seinem weiteren Zusammenhang auf die umgebende Natur übergreift. Wie jeder Lebensvorgang sich in spezifischen Bildungen vollzieht, spezifisches Verhalten zeigt und sich damit in den Grenzen geordneter Mannigfaltigkeit hält, so ist er auch durchaus bestimmt der Welt eingegliedert. *Der Vorgang typisch-spezifischer Einfügung aller Lebenszustände in den Lebensraum*, die Bestimmung der Beziehungsaufnahme und -wandlung des Einzelwesens und der Generationenfolge sind Gegenstand der Forschung. In dieser Wissenschaft wird das unklare Bild vom Kampf ums Dasein nicht mehr gebraucht, sobald die Gesetzmäßigkeit der Zusammenhänge erkannt und mit Inhalt

erfüllt wird. Der Kampf ums Dasein ist kein wissenschaftlicher Begriff geworden, weil die Lehre von den organischen Beziehungen die Erscheinungen, die er schildern sollte, mit anderen Begriffen erfaßt hat. Aus den gleichen Gründen verschwinden die Worte Zuchtwahl und Auslese aus dem wissenschaftlichen Sprachschatz. Soweit die strenge Forschung in den Naturzusammenhang eindringt und ihre Ergebnisse in reinen Begriffen festlegt, ist weder von einem wählenden Züchter noch von einem ausmerzenden Kampf die Rede. Es besteht kein Anlaß, dauernd die Natur im Lichte der englischen bürgerlichen Nationalökonomie aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts erscheinen zu lassen.

Um schließlich noch die *Vererbung* zu erwähnen, weil von ihr zu der Rassenfrage gelangt wird, so ist schon gesagt, daß die gegenwärtige Wissenschaft die Diskussion der Rassepolitiker gar nicht unterstützen kann. Das Vererbungsproblem geht auf in der Bestimmung organischer Entwicklung überhaupt. Die Wiederholung der Merkmale in den Generationen und ihre erschlossenen Bestimmer werden als *statistische Regularitäten in den Erbformeln der Genetik* empirisch erfaßt und durch die Annahme bestimmter Kombinationsmöglichkeiten errechnet. Die Bestimmung selbst ist für die Generationen keine andere als für die Personen, sondern eben diese.

•

Außer auf die Biologie als Naturwissenschaft muß die Soziologie auch auf die selbständige Wissenschaft von der Seele, die *Psychologie*, zurückblicken, worauf nur der Vollständigkeit halber hingewiesen werden soll. Die Gleichsetzung der Lebenserscheinungen mit den Einzeldingen der Natur überläßt den unzerlegbaren Gegenstand des Erlebens, die Seele, eigener, nur ihr angemessener Forschung, die ganz andere Wege geht als die geistige Nachbildung der Natur. Noch mehr als in der Biologie sind in der Psychologie die theorienkritischen Untersuchungen erst in den Anfängen be-

griffen (siehe J. Schaxel, 1922, S. 285 ff.). Um so weniger darf, was vorliegt, übersehen werden, wenn in Strenge verfahren werden soll. Die Quellen psychologischer Forschung liegen im Schauen des Erlebenden. Der Wissenschaft vom Ich steht kein anderer Weg unmittelbar offen. Weitere Quellen erschließt das Verstehen des auf die gesamte Persönlichkeit ausgedehnten Ausdrucks. Die Lehre von der Persönlichkeit, von ihrem Schauen, Verstehen und Verständlichmachen, geht von der Autonomie des Seelischen aus. Ihr Gegenstand hat Einheit und Ganzheit und zeigt Zielstrebigkeit. Die seelischen Inhalte werden im Hinblick auf das intentionale Ziel normiert und reguliert. Die seelischen Akte fließen aus dem Schatze der jeweils gegebenen Potenzen. Der seelische Ablauf bedient sich der körperlichen Mittel, um Ausdruck zu gewinnen.

Der Darwinismus als Anfang naturwissenschaftlicher Biologie hat alles Psychologische dahingestellt gelassen. Spätere Uebergriffe unkritischen Theoretisierens holen kein Versäumnis nach, sondern sind nur Verstöße gegen die Forderung reinlicher Scheidung. Je ernster die Gesellschaftswissenschaft ihre Aufgabe nimmt, desto sorgsamer wird sie ihren Aufbau auf ihren beiden Grundlagen, der Natur und der Seele, in ihrer grundsätzlichen Verschiedenheit beachten.

•

Blicken wir auf die bisherige Betrachtung zurück, so sehen wir die *Argumente, die von den politischen Zoologen aus ihrer Auffassung des Darwinismus gegen den Marxismus erhoben worden sind, in sich zusammengefallen;* denn es handelt sich in Wahrheit nur um Gedankenanleihen aus der bürgerlichen Ideologie, die in der gegenwärtigen Lebenswissenschaft keinen Kurs mehr haben. Die Angriffe der in ihrem eingebildeten Rassenbewußtsein auf Daseinskampf gestimmten Darwinisten wehrt der biologisch geschulte Sozialist durch eine kurze historische und kritische Darstellung mit Leichtigkeit ab.

Viel schwerer ist die bereits von Marx als notwendig erkannte *naturwissenschaftlich-biologische* und mit Rücksicht auf die naturhafte Einstellung der Biologie auch *psychologische Fundierung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Theorie des Sozialismus.* Sie ist deshalb so schwer, weil, namentlich in Deutschland, die amtliche und zugleich fast einzige Wissenschaft sich allen Lehren, welche die überlieferte Gesellschafts- und Staatsform in folgerichtiger Durchführung anzutasten gezwungen sind, auch dann noch fernhält, wenn die praktische Folgerung aus solchen Lehren, also ihre in der politischen Bewegung zum Ausdruck kommende Anwendung, in vollem Gange oder gar schon zum durchdringenden Siege gelangt ist. Zwischen Theorie und Praxis klafft eine Lücke, die sofort in emsiger Arbeit ausgefüllt werden muß, wenn nicht einerseits die wissenschaftliche Einsicht in die Notwendigkeit des sozialistischen Handelns verloren und andererseits von den praktischen Politikern die theoretischen Vorarbeiten vergessen werden sollen. Nur zum Schaden der Sache würde die Wissenschaft durch die Schuld ihrer wirklichkeitsfremden, in Vorurteilen befangenen und klassengebundenen Vertreter von ihrer pflichtgemäßen Arbeit im Dienst des Volkes entlastet, um schließlich überhaupt als überflüssig, unfähig oder schädlich ausgeschaltet zu werden.

Das Nachholen des Versäumten zur Herstellung des ununterbrochenen Zusammenhanges zwischen der praktischen Anwendung und der theoretischen Vorbereitung beginnt mit der *kritischen Sichtung des wissenschaftlichen Betriebes* selbst. Die Beseitigung von Irrtümern und Irrlehren, wie die vom antimarxistischen Darwinismus, sind ein Beispiel für den weiterzuführenden Reinigungsvorgang, der dem Aufbau vorausgeht. In dieser Richtung anregend zu wirken, ist der Zweck der vorliegenden Studie. Ihre Fortsetzung wird darin bestehen, *Soziologie auf biologisch-psychologischer Grundlage* zu treiben und die Regelhaftigkeiten der menschlichen

Gesellschaftsform mit ihrer Klassenschichtung und der notwendig daraus sich ergebenden Umbildungsfolge zu erforschen.

Schon vorher scheinen die Entscheide in der Wirklichkeit zu fallen. Die wissenschaftliche Aufgabe besteht dann darin, die Umbildung der menschlichen Gesellschaft gemäß den erforschten Notwendigkeiten zu organisieren und ihr zielbewußt die Wege zu weisen, die sie einschlagen muß.

Literatur.

Darwin, Ch. Die Fundamente zur Entstehung der Arten. Zwei in den Jahren 1842 und 1844 verfaßte Essays. B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, 1911.

Engels, Fr. und *Marx, K.* Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844—1883. 4 Bde. Herausgegeben von A. Bebel und E. Bernstein. J. H. W. Dietz, Stuttgart 1913.

Eckstein, Gustav. Der Kampf ums Dasein. Neue Zeit 27. Jahrgang, 1. Bd., S. 695 ff.

Haeckel, E. Freie Wissenschaft und freie Lehre. A. Kröner, Leipzig 1908.

Kautsky, K. Die soziale Revolution. Teil I. Sozialreform und soziale Revolution. Siehe besonders die einleitenden Abschnitte: Der Begriff der sozialen Revolution und Evolution und Revolution. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1904.

— Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Hierher gehört vor allem das Kapitel: Die Ethik des Darwinismus und die ersten Abschnitte des folgenden: Die Ethik des Marxismus. J. H. W. Dietz, Stuttgart 1906.

— Die historische Leistung von Karl Marx. Hier kommt in Betracht der Einleitungsabschnitt: Die Zusammenfassung von Natur- und Geisteswissenschaft. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1908.

— Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. J. H. W. Dietz, Stuttgart 1910.

— Rasse und Judentum. II. Aufl. J. H. W. Dietz, Stuttgart 1921.

Schaxel, J. Grundzüge der Theorienbildung in der Biologie. II. Aufl. G. Fischer, Jena 1922.

Vom Sozialismus als sittlicher Idee

Von *Albert Kranold* (Jena)

Es überkommt einen ein eigentümliches Gefühl, wenn man plötzlich sieht, daß Anschauungen, die man sich in angestrengter Gedankenarbeit erworben hat, und die von den in den Kreisen, in denen man geistig lebt, herrschenden Anschauungen in einer Reihe von Punkten nicht unerheblich abweichen, von anderen Denkern entweder gleichzeitig oder sogar noch früher entwickelt wurden, ohne daß man es ahnte. Einmal ist es ein Gefühl der Befriedigung, das einen beseelt, weil man seine Gedankenarbeit von anderer Seite bestätigt findet — und das ist immer angenehm, auch wenn man sehr viel Vertrauen zu seiner eigenen geistigen Leistungsfähigkeit besitzt —, daneben aber steht doch auch ein Gefühl des Unbehagens, wenn nicht gar des Aergers und, sagen wir es offen und ehrlich, selbst des Neides, weil man erkennen muß, daß man nicht der erste oder wenigstens nicht der einzige war, in dem diese Gedanken Leben gewannen. Denn jeder genösse doch gern den Ruhm, ein geistiger Neuschöpfer (wenn auch nur in kleinem Umfange) gewesen zu sein; und auch nur diesen Ruhm mit anderen teilen zu müssen, verletzt schon die liebe Eitelkeit.

Trotzdem, so darf ich wohl sagen, überwog in mir durchaus das Gefühl freudiger Ueberraschung, als ich im letzten Winter kurz nach Erscheinen meiner Schrift über „Die Persönlichkeit im Sozialismus“ [1]) ein Buch in die Hand bekam, das in vielen Punkten sich mit den Ausführungen meines eben genannten Buches berührt. Ich meine das Buch von Dr. phil. et theol. Theodor *Steinbüchel:* „Der Sozialismus als

[1]) Jena, 1923. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, G. m. b. H.

sittliche Idee". Schon der Titel hatte etwas mich Faszinierendes. Denn den Sozialismus als sittliche Idee kennen zu lehren, war ja gerade der Hauptzweck meiner Schrift gewesen. In der Lehre des Sozialismus als ihren tiefsten Grundgedanken eine neue Sittlichkeit aufzuzeigen, hatte ich mich ja gerade gegenüber der selbst in den Kreisen der Sozialisten vielfach verbreiteten Auffassung, der Sozialismus sei lediglich ein aus den besonderen Klasseninteressen des Proletariats erwachsenes und ihnen dienendes Wirtschaftsprogramm, bemüht. Mein Interesse für das Buch stieg noch, als ich wahrnahm, daß es von einem Vertreter der katholischen Kirche herrührte, die man mit Recht bisher als Gegner der sozialistischen Bewegung und Lehre betrachtet hat und auch, das sei gleich gesagt, trotz dieses Buches, noch weiter betrachten muß. Um so mehr bedauerte ich es, daß es mir nicht mehr vor Veröffentlichung meiner genannten Schrift zu Gesicht gekommen war, wäre sie doch durch die Auseinandersetzung mit diesem Werke noch sehr bereichert worden, zumal festzustellen ist, daß diese Schrift eines Nichtsozialisten, vor allem was die Darstellung der Lehre des Sozialismus und insbesondere auch der Lehre von Karl Marx angeht, turmhoch über den meisten Schriften steht, die bislang von Nichtsozialisten über die sozialistische Lehre geschrieben wurden, ja sogar manche Darstellung der sozialistischen Lehre aus der Feder von Anhängern des Sozialismus weit überragt.

In der Tat, in diesem Werk verkörpert sich ein gewaltiger geistesgeschichtlicher Fortschritt. Es beweist, daß man innerhalb der katholischen Kirche in den letzten Jahren ganz außerordentlich zugenommen hat an Verständnis des sozialistischen Gedankens, daß man dort heute doch eine ziemlich zutreffende Vorstellung hat von der Tiefe der sozialistischen Idee der Autonomie der Persönlichkeit, der Menschenwürde und der auf sozialer Gerechtigkeit aufgebauten Gemeinschaft. Welcher Wandel innerhalb der Einstellung der katholischen Kirche zum Sozialismus eingetreten ist, er-

kennt man, wenn man einmal dies Werk dem verständnislosen und die sozialistische Gedankenwelt stark verzerrenden Buch von Viktor Cathrein „Der Sozialismus" aus dem Jahre 1890 gegenüberstellt und andererseits darauf achtet, daß, während der vor kurzem verstorbene Prälat Wilhelm Hohoff, der sich wenigstens zur Wirtschaftslehre von Karl Marx bekannte, ohne jedoch den anderen Lehren von Marx, insbesondere dessen materialistischer Geschichtsauffassung zuzustimmen, noch mit allerlei Anfechtungen durch seine kirchlichen Vorgesetzten zu kämpfen hatte, dies neue Buch Steinbüchels mit dem „Imprimatur" des erzbischöflichen Generalvikariats von Köln versehen erscheinen konnte.

Diese Entwicklung des Katholizismus ist im Grunde übrigens keineswegs überraschend. Abgesehen davon, daß einzelne Ereignisse der politischen und geistigen Entwicklung des letzten Jahrzehnts eine solche Annäherung, wenn ich mich so ausdrücken darf, des Katholizismus an den Sozialismus vermuten ließen (es sei nur auf das in manchen Fragen überraschend gut gelungene Zusammenarbeiten des Zentrums und der Sozialdemokratie in den Regierungen der letzten Jahre, ihre gemeinsame Gegnerschaft gegen die preußisch-deutsche Gewaltpolitik des letzten halben Jahrhunderts, ferner auf die umfassende sozialpolitische Tätigkeit des „Volksvereins für das katholische Deutschland" und eines großen Teils der Zentrumspartei, dann u. a. auch auf Erzbergers „Solidarismus" hingewiesen), ist sie aus zwei Grundtatsachen der katholischen Welt heraus voll verständlich. Das ist einmal die Tatsache, daß die Staats- und Soziallehre sowohl der Kirchenväter und großen Scholastiker des Mittelalters wie auch der romantischen Schule in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die am stärksten ja die katholischen Kreise ergriff, sachlich viele Berührungspunkte mit der sozialistischen Staats- und Soziallehre hat, daß ferner die Wirtschaftsauffassung der klassischen Zeit des Katholizismus im Mittelalter einen ausgesprochen antikapi-

talistischen Zug zeigte, wie ihn unter ganz anderen Umständen auch das Urchristentum aufwies. Es sei nur an das kirchliche Zinsverbot erinnert. Und zum anderen ist es die historisch-psychologische Tatsache, daß die katholische Kirche von je einen ausgeprägten Wirklichkeitssinn besaß und daher ein feines Gefühl für die Notwendigkeiten der jeweils neuen Zeit. Dies wiederum ist nur der Ausfluß einer gesellschaftlichen Erscheinung, nämlich des heute universalen Charakters der katholischen Kirche, kraft dessen sie sich nicht nur über die nationalen Bedingtheiten erhebt, sondern auch über die sozialen Gegensätze, daher sich, zum mindesten seit Ende des Mittelalters, nicht mehr wie die protestantische Kirche mit einzelnen Klassen vollkommen identifizierte. Deshalb stand sie zum mindesten in der neueren Zeit niemals von vornherein so völlig einseitig gegen neu entstehende und sich emporarbeitende Klassen, wie das die protestantische Kirche, die ja von je der philosophisch-religiöse Ausdruck der kapitalistischen Welt und ihrer Wirtschaftsweise, der emporsteigenden bürgerlichen Gesellschaft war, schon im Bauernkrieg und seit der Entstehung der Lohnarbeiterklasse tat.

Das ist natürlich nur cum grano salis richtig, vor allem, was den Katholizismus angeht, da dieser jetzt eine bald zweitausendjährige Entwicklung hinter sich hat und deshalb naturgemäß sich nicht nur ideell und psychologisch, sondern auch in bezug auf seine gesellschaftlichen Grundlagen stark wandelte, während der Protestantismus bislang nur eine große Geschichtsperiode, nämlich die Entstehung und Blüte des Kapitalismus erlebt hat, deshalb sich verhältnismäßig noch nicht so stark wandelte, eben deswegen aber auch viel einseitiger und starrer ist.

Die geistige Verwandtschaft des Protestantismus mit dem Kapitalismus offenbarte sich nicht erst im Puritanismus. In ihm drückt sich nur die enge Verbundenheit zwischen Kapitalismus und Protestantismus am reinsten aus. Vielmehr ist der geistig-ideelle Parallelismus zwischen ihnen von An-

fang an augenscheinlich. Wie der Kapitalismus die extrem individualistische Form des Wirtschaftens darstellt, so bedeutet die Reformation die Erweckung des religiösen Individualismus, ist doch das Hauptmerkmal protestantischer Religiosität, daß sie jeden einzelnen Menschen als Einzelnen in Beziehung zu seinem Gott bringt, die Funktion des die einzelnen Menschen zu einer religiösen Gemeinschaft verbindenden Priesters aber stark einschränkt. Sie war ja auch nur ein Teil der großen geistigen (und wirtschaftlichen) Bewegung, die wir mit den Namen des Humanismus und der Renaissance zu bezeichnen pflegen und die das Aufkommen und den Sieg des Individualismus auf allen Lebensgebieten darstellte. Der Protestantismus kann daher als die klassische Form des religiösen Individualismus angesehen werden. So war es denn auch nur natürlich, daß die ersten und wichtigsten Träger der neuen Wirtschaftsweise, nämlich in Deutschland die freien Städte mit ihrem Handelspatriziat und die deutschen Territorialfürsten, die, wie der verzweifelte Kampf der naturalwirtschaftlichen, feudalen Ritter gegen die Unterdrückung durch diese gerade in der Zeit der Reformation zeigt, die Vorkämpfer der neuen geldwirtschaftlichen Individualwirtschaft (im Gegensatz zur Sippenwirtschaft des Feudalismus), die damals sich gewaltig zu entwickeln begann, waren, und ein Jahrhundert später in England die handeltreibende Großbourgeoisie, vorher aber schon in den Niederlanden die gleichen Kreise die wichtigsten Anhänger der neuen Lehre waren. Unter diesem Aspekt fällt auch auf Luthers Handlungsweise im Bauernkrieg erst das richtige Licht. Zuerst war Luther ein Freund der Bauern, solange er in der Bauernbewegung ein Moment des Auflösungsprozesses der feudalen Wirtschaft und Gesellschaft sah und in ihr den gleichen Geist individuellen Freiheitsstrebens spürte, das in ihm selber auf religiösem Gebiete lebte. Er wandte sich aber gegen sie, als er in ihrem Kampf *die proletarische Bewegung erkannte und sie als Feinde des Territorialfürsten-*

tums, der ersten Kapitalisten in Deutschland neben dem Handelspatriziat der Städte, kennen lernte. Er beging also mit diesem Frontwechsel keinen Verrat, wie man ihm wohl vorgeworfen hat, ein Umfall war es nur ganz oberflächlich betrachtet, sondern er war die konsequente Anwendung seiner Ideen auf die politisch-sozialen Probleme seiner Zeit. Der Kapitalismus ist die auf individueller Freiheit der einzelnen Wirtschaftenden beruhende Wirtschaftsweise, aber er bejaht im Grunde nur, wie gerade auch die sozialistische Analyse und Kritik des Kapitalismus gezeigt hat, die Freiheit der kapitalbesitzenden Individuen, wie denn die Konsequenz jedes folgerichtigen Individualismus die Herrschaft der Starken über die Schwachen ist[1]).

[1]) Ich möchte betonen, daß ich hier nicht eine erschöpfende geistesgeschichtliche Erklärung des Protestantismus geben will. Das wäre in so wenigen Zeilen wohl auch gar nicht möglich. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß ich einzelne (gesellschaftliche) Bedingungen aus der unendlichen Fülle von Ursachen, aus denen diese religiöse Strömung erwuchs, ziemlich einseitig herausheb. Aber sind diese Ursachen auch nicht die einzigen des Protestantismus und vermögen sie ihn auch nicht vollkommen zu erklären, so bestehen diese Zusammenhänge unter den anderen, hier nicht berührten, doch offensichtlich auch und können als die Spezialursachen der besonderen Merkmale des Protestantismus unter vielen anderen, auf die ich hier hinwies, angesehen werden.

Ferner ist hier nicht berücksichtigt worden, daß auch innerhalb der protestantischen Kirche sich in den letzten Jahrzehnten gewisse, wenn man will, „sozialistische", jedenfalls aber antikapitalistische Strömungen geltend machten. Es sei nur an die Christlich-Sozialen der Stöckerschen Observanz und an die Kreise des Evangelisch-sozialen Kongresses, an Naumann, Rade und Niebergall erinnert. Wie antisozialistisch-kapitalistisch aber die protestantische Kirche heute noch vielfach ist, das zeigt eine Notiz in der „Voss. Zeitung" aus jüngster Zeit. (Nr. 297 vom 22. Juni 1924.) Dort wird berichtet, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika über den protestantischen Bischof Brown aus Arkansas vor kurzem in Cleveland ein Ketzergericht abgehalten wurde, weil er in einem: „Christentum und Marxismus" betitelten Buche

Auch der Katholizismus war eine Zeitlang der ideelle Ausdruck einer ganz bestimmten Wirtschaftsweise, nämlich der naturalwirtschaftlichen Feudal- und der Zunftwirtschaft des Mittelalters. In dieser Zeit vertrat denn auch die katholische Kirche deutlich die Interessen der die Träger dieser Wirtschaftsweise bildenden sozialen Gruppen, des Rittertums. Das zeigt sich deutlich in der Lehre der Scholastik (Zinsverbot!). Gerade hierin liegt aber auch bis zu einem gewissen Grade der antikapitalistische Zug der katholischen Kirche begründet, den wir in gewissen Grenzen (auch große Kreise der katholischen Kirche sind ja heute Vertreter des Kapitalismus) auch heute an ihr beobachten können. Und genau in demselben Maße, in dem zwischen der feudalen Wirtschaft und der Gemeinschaft des Sozialismus ein gewisser Parallelismus besteht, besteht ein solcher auch zwischen den Lehrgebäuden des Katholizismus und des Sozialismus. Z. B. wie die feudale Wirtschaft einen genossenschaftlichen Zug hatte, eine starke Gebundenheit der Individuen durch bestimmte soziale Gruppen aufwies, so lebt auch in der katholischen Ideologie ein starker Geist der Solidarität und der Gemeinschaft. Nur verlor der Katholizismus diesen Charakter als Vertreter der Feudalwirtschaft in der Zeit der Periode der inneren Erneuerung der katholischen Kirche nach und infolge der Reformation zum großen Teil. Zum Teil paßte sich auch die katholische Kirche dem siegreichen Kapitalismus an und nahm daher gewisse individualistische Momente in ihre Lehre auf. Aber doch nur zum Teil. Wollte sie den Reformatoren nicht rechtgeben, sich nicht völlig aufgeben, so mußte sie sich doch auch gerade auf ihre alte Eigen-

ihre Vereinbarkeit gelehrt und dies Buch in seiner Gemeinde verbreitet hatte. Er wurde auch der Ketzerei für schuldig befunden. Und der Pastor an der evang.-amerikan. Kirche in Berlin, J. F. Dichie, findet das ganz in der Ordnung, ja ist auch der Meinung, daß ein Bischof, der ein solch „destruktives Buch veröffentlichen konnte, keinen Platz innerhalb der christlichen Kirche habe".

art besinnen. Indessen war der soziale Rückhalt, die soziale Wurzel dieser alten Eigenart mit dem Untergang der Feudal- und Zunftwirtschaft ihr entzogen. So blieb ihr nichts anderes übrig, als einen Standpunkt über den sozialen Gegensätzen, jenseits der besonderen in einer Epoche herrschenden Wirtschaftsweise, überhaupt jenseits der weltlichen Dinge und Kämpfe zu suchen. So wurde sie übernational (nicht anational) in dem Augenblicke, als der Staat sich von der Oberherrschaft des Papsttums freimachte[1]), so wurde sie sozial weitherzig und allen sozialen Gruppen grundsätzlich geneigt, als sie nicht mehr der Ausdruck einer bestimmten Wirtschaftsweise und damit auch Vertreter bestimmter sozialer Gruppen sein konnte. Sie paßte sich in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen den in den einzelnen Ländern herrschenden sozialen Gruppen an, immer bereit auch neu auftauchenden und sich emporarbeitenden Gruppen sich zuzuwenden, sobald diese ihre Lebenskraft bewiesen hatten und ein wirkender Faktor im politischen und gesellschaftlichen Leben geworden waren.

Das sind die tieferen Ursachen, weshalb der Katholizismus sich auch dem vordringenden Sozialismus gegenüber bis zu einem gewissen Grade entgegenkommend erwies und sich ernsthaft mit ihm geistig auseinanderzusetzen begann. Dabei konnte es dann nicht ausbleiben, daß er die relative Verwandtschaft seiner selbst wie der Wirtschaftsweise, deren Träger er einmal in seiner Glanzzeit gewesen war, und auch seiner eigenen Lehre, seiner großen Denker mit dem Sozialismus entdeckte.

So war es denn bis zu einem gewissen Grade eine sachliche Notwendigkeit, daß eines Tages der Katholizismus sich der Aehnlichkeit seiner Staats- und Soziallehre, und seiner Ethik mit der des Sozialismus bewußt wurde. Darüber darf aller-

[1]) Das hindert freilich nicht, daß viele katholische Priester sehr national, ja sogar nationalistisch sind. Indessen doch niemals in der Ausschließlichkeit wie der protestantische Klerus.

dings nicht vergessen werden, eine wie starke Verschiedenheit zwischen diesen beiden Auffassungen naturgemäß auf der anderen Seite besteht, wie ja auch eine wesentliche Verschiedenheit zwischen feudaler Wirtschaft und sozialistischer Gemeinwirtschaft trotz gewisser Gemeinsamkeiten nicht übersehen werden darf. Hier sollte nur begründet werden, warum der Gegensatz zwischen diesen beiden nicht so starr ist, oder so starr zu sein braucht, wie er zeitweise gehalten wurde [1]).

Um nun auf Steinbüchels Buch im besonderen wieder zurückzukommen, so wird der Eindruck, den man von der Tatsache der Billigung seines Werkes durch seine kirchlichen Oberen empfängt, noch vertieft, wenn man den Inhalt des Buches kennen lernt und in ihm nicht nur eine ganz aus-

[1]) Diese „historisch-materialistische" Erklärung der verschiedenen Stellungen des Katholizismus und Protestantismus zum Sozialismus darf nicht dahin verstanden werden, als wollte ich die Religion als solche für eine historisch bedingte Erscheinung bezeichnen dergestalt, daß es eine Zeit gebe, die „religionslos" im strengen Sinne sei. Das haben übrigens auch Marx und Engels nicht behaupten wollen. Steinbüchels Darstellung (vgl. insbesondere S. 109—111) scheint mir in dieser Beziehung doch an Aeußerlichkeiten hängen zu bleiben. Gewiß, bestimmte religiöse Dogmen, z. B. die Lehre der christlichen Kirchen sind historisch bedingte Erscheinungen, die eine bestimmte Periode hindurch existieren, um dann von anderen religiösen Lehrgebäuden abgelöst zu werden. Sie wandeln sich im Lauf der Geschichte, und sind, wie alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen, „historisch-materialistisch" zu erklären. Aber die Religion als solche ist ein Wesensbestandteil der Menschennatur, nur ihre Aeußerungen sind verschieden. Wenn Engels und in einzelnen Aeußerungen auch Marx meinen, die Religion müsse völlig überwunden werden in einer sozialistischen Gesellschaft, so meinen sie damit, wie man aus den Einzelheiten dieser Aeußerungen klar erkennen kann, den Theismus, die theistische Form der Religion, vielfach nicht einmal jeden Theismus, sondern nur die christliche Form des Theismus. Der sozialistische Mensch soll nach ihnen freilich a-theistisch sein, aber nicht a-religiös.

gezeichnete Darstellung der Geschichtstheorie und Gesellschaftslehre von Marx, sondern darin auch den Nachweis findet, wie sehr der marxistische Sozialismus eine Vollendung, ein notwendiger Ausfluß des deutschen philosophischen Idealismus ist, und wie sehr dieser marxistische Sozialismus getragen wird von einem tiefen sittlichen Idealismus. Deshalb ist freilich Steinbüchel nicht einfach ein Anhänger des sozialistischen Gedankens, vielmehr ist es die Hauptaufgabe seines Buches, sich vom Standpunkt der christlichen Ethik mit dieser sittlichen Idee des Sozialismus auseinanderzusetzen, sie vom Standpunkt des Christentums aus zu kritisieren. Die umfassende Darstellung des Sozialismus und des Marxismus, die auf einer souveränen Beherrschung der ganzen hier in Frage kommenden sozialistischen Literatur und einer umfassenden Belesenheit in der gesamten philosophischen Literatur der letzten Jahrzehnte beruht, ist daher nur der Auftakt zu dem Hauptteil der Schrift, der „Beurteilung der sozialistischen Ethik" vom Standpunkt des Christentums aus.

Damit muß eine Auseinandersetzung mit diesem Buche bis zu einem gewissen Grade notwendig zu einer solchen mit dem Christentum werden. Diese ist für den Sozialismus sachlich schon seit langem eine Notwendigkeit, vor allem deshalb, weil der Sozialismus als Lebensauffassung, wie oft betont, gewisse, nicht bedeutungslose Berührungspunkte mit der christlichen Ethik hat und doch auch wiederum sich in vielen entscheidenden Punkten von ihr grundlegend verschieden weiß. In der sozialistischen Bewegung selbst herrscht hierüber keineswegs eine einheitliche Meinung. Zum Teil ist die sozialistische Bewegung (hier immer als eine geistige Bewegung verstanden) nicht nur kirchenfeindlich, sondern lehnt auch die christliche Lehre, darunter vor allem auch die christliche Ethik ab, zum anderen Teil aber wird nicht selten von ihren Angehörigen auch auf die tiefe Verwandtschaft zwischen christlicher Ethik und sozialistischer Idee

hingewiesen und diese nicht selten als Wiedererweckung des sittlichen Gedankens des eigentlichen reinen Christentums aufgefaßt.

Ich möchte mich daher in dieser Studie unter anderem auch mit der Kritik Steinbüchels an der sozialistischen Ethik befassen, weil ich glaube, dadurch nicht nur dazu beitragen zu können, daß sich die sozialistische Bewegung endlich über das sachliche Verhältnis ihrer Lehre zum Christentum klar wird, sondern auch dazu, die sozialistische Lehre selbst zu vertiefen. Indessen lege ich doch den Hauptwert auf die Verständigung über die sozialistische Idee selbst.

Vorher sei jedoch etliches über Steinbüchels Darstellung der sozialistischen Lehre gesagt.

Denn die Auseinandersetzung zwischen zwei Lebensauffassungen ist nur möglich, wenn der Inhalt dieser Lehren klar umrissen feststeht. Das ist aber vielfach auf sozialistischer Seite auch heute noch nicht der Fall, zumal soweit die Lehre von Karl Marx in Frage kommt. Ich möchte daher zunächst auf einige Punkte hinweisen, in denen mir Steinbüchels Darstellung besonders gut, und auf solche, in denen sie mir verfehlt erscheint.

I.

Ich sagte schon, es sei überraschend, wie sehr es St. gelungen sei, sich in die Gedankenwelt unseres Größten, von Karl Marx nämlich, einzuleben. Das gilt besonders auch von der so viel umstrittenen materialistischen Geschichtsauffassung.

Sehr vertrauenerweckend ist es bei der Darstellung dieser Theorie, die St. gibt, wenn er sogleich feststellt, daß die Theorie des historischen Materialismus im Grunde aus zwei Teilen besteht, einer Theorie über die Statik des gesellschaftlichen Lebens und einer über deren Dynamik, daß also die gewöhnlich von den Kritikern dieser Geschichtstheorie allein ins Auge gefaßte Lehre, daß „die Wirtschaftsverfassung einer

bestimmten sozialen Gruppe die gesamte soziale wie kulturelle Lage dieser Gruppe bestimmt", wie St. diese Lehre nicht ganz glücklich zusammenfaßt, nur einen Teil, eben den statischen, des historischen Materialismus bildet, nicht schon die ganze Geschichtsauffassung darstellt, sondern daß zu dieser Lehre noch die andere hinzukommt, daß „die Entwicklung der Gesellschaft in dialektischer Form" ablaufe. Das wird gar zu gern gerade auch von manchen Marxisten übersehen, mußte doch Max Adler[1]) erst wieder zeigen, wie wesentlich der Gedanke der Dialektik, den eine Zeitlang viele Marxisten als unwichtig beiseite zu schieben geneigt waren, für das Verständnis des historischen Materialismus ist. St. betont denn auch mit Recht (S. 23/24), daß gerade Marx im Anschluß an Hegel den Entwicklungsgedanken, den Gedanken des „Werdens" in die Geschichte eingeführt und damit die Geschichtserzählung erst recht eigentlich zu einer „Geschichte", d. h. zu einem gesetzmäßigen, kontinuierlichen Zusammenhang gemacht habe. St. betont dann vor allem auch den heterothetischen Charakter der Dialektik schon bei Hegel. Der dialektische Gegensatz sei nicht absolute, sondern bloß relative Verneinung. So habe die Dialektik zuletzt „ein positives Resultat", wie Hegel selbst ja ausdrücklich feststellt. St. hebt weiter hervor, der eigentliche Sinn der Dialektik liege darin, daß sie eine Synthese von kausaler und teleologischer Betrachtung darstelle, die dialektische Geschichtsauffassung wird damit als eine sowohl kausale als auch teleologische erwiesen. Die Entwicklung ist sowohl revolutionär wie evolutionär, d. h. kontinuierlich. Er zeigt dann auch sehr schön, wie darin zugleich begründet ist, daß Individuum und Gemeinschaft wechselseitig einander bedingen und alle Werte, geschichtlich gesehen, relativ sind. Das alles kann ich hier nur andeuten. Die grundlegende wissenschaftliche Bedeutung dieser Lehren, die eine Geschichtserkenntnis überhaupt erst möglich machen, habe ich

[1]) Vgl. „Marxistische Probleme", Stuttgart 1913, II. S. 18—59.

in eingehender Auseinandersetzung mit der modernen Geschichtsphilosophie an anderer Stelle aufgezeigt [1]). Erwähnt sei nur, daß auch St. in dem Gedanken der Synthesis von Kausalität und Teleologie vor allem die Abkunft Hegels und damit Marx' von der Kantischen Vernunftkritik findet [2]).

Mich nicht befriedigt haben dagegen Steinbüchels Bemerkungen zu der Tatsache, daß auch Marx wie Hegel die Dialektik nicht nur als Methode des Denkens auffaßt, sondern, daß er darin auch ein „reales Seinsgesetz" sieht. Bei Hegel sei das selbstverständlich, denn das ergebe sich aus seiner Identitätsphilosophie, die Denken und Sein in eins setze. Diese Identitätsphilosophie habe Marx aber gerade nicht mit von Hegel übernommen, daher erkläre sich bei ihm „diese Ineinssetzung der Denkmethode und der Seinsentwicklung nur aus einer unentwickelten und unkritischen Erkenntnistheorie, die — naiv-realistisch — Denken und Sein in voller Uebereinstimmung glaubt". Demgegenüber sei auch hier darauf hingewiesen, daß auch vom Standpunkt des Kantischen Transzendentalismus aus sich aus einem „Denkgesetz", besser: einem „Formprinzip der Erkenntnis", ein Seinsgesetz ganz allgemeiner Art ergeben muß. Denn nach Kant ist zwar nicht das Denken als psychologischer Vorgang mit dem gedachten Sein identisch, aber das Gedachte ist das Seiende. Das Sein ist nach ihm stets gedachtes Sein, es ist also gerade als Sein durch die „Formen des Denkens" bestimmt.

Besonders gut ist auch die Darstellung des die Statik des gesellschaftlichen Seins betreffenden Teils des historischen Materialismus durch Steinbüchel. Er räumt in ihr mit einer ganzen Reihe von Vorurteilen auf, die sich bei den Nicht-

[1]) Vgl. mein Buch: „Die Persönlichkeit im Sozialismus", Jena 1923, Teil II.

[2]) Das ist vielleicht der Kerngedanke des II. Teils meiner genannten Schrift. Das habe ich dort im II. Kapitel des II. Teils, überschrieben: „Marxismus und Kritizismus", eingehend zu begründen versucht.

marxisten festgesetzt haben. So betont er mit Entschiedenheit, daß Marx den religiösen Ideen keineswegs Wirklichkeit und Wirksamkeit abspreche, weil er sie zum „Ueberbau" rechnet, „der sich auf der Basis der Produktionsverhältnisse erhebt". Besonders wertvoll ist aber seine Darlegung, daß die Erklärung der Abhängigkeit des „ideellen Ueberbaus" von dem „materiellen Unterbau" keineswegs die menschliche Persönlichkeit ausschalte. Denn er zeigt sehr schön, wie „in den Produktionsverhältnissen" „der denkende und nach geistigen Ideen schaffende Mensch" bereits enthalten sei, ebenso bereits in den Produktivkräften, so daß es „ohne denkende Menschen also keine Produktionskräfte" (soll wohl heißen: Produk*tiv*kräfte) und „keine Produktionsverhältnisse" gebe. Die „aktive Spontaneität" des Menschen werde daher durch den historischen Materialismus keineswegs geleugnet (S. 39/40). Die Auffassung des sozialen Determinismus, der den historischen Materialismus als einen Fatalismus darstellt, wird damit abgewiesen. Auch nach dem historischen Materialismus sei die Geschichte ein „zielbewußter Prozeß", eine „Tat der Menschheit". Der Mensch sei frei und kausal gebunden zugleich. „Das Bewußtsein seiner Freiheit" sei „der ideologische Reflex der objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeit" oder, wie St. an anderer Stelle (S. 45) sich ausdrückt: „Seine (des Menschen) Freiheit ist subjektives Erlebnis, sein Wille ist aber objektiv gebunden durch die Gesetzmäßigkeit der ökonomisch-historischen Verhältnisse." Wer sieht hier nicht die tiefe Verwandtschaft des historischen Materialismus mit Kants Freiheitslehre?

Sehr bedauere ich es, daß auch St. Marx und Engels als Vertreter des naiven erkenntnistheoretischen Realismus, nämlich der Abbildtheorie, ansieht. Für Engels zwar mag das bis zu einem gewissen Grade zutreffen, indessen darf nie vergessen werden, daß der historische Materialismus selbst keine Erkenntnistheorie darstellt und deshalb auch seine Behauptungen über das Verhältnis von „Bewußtsein" und

„Sein" nicht im Sinne der Abbildtheorie ausgelegt werden dürfen. Sondern mit diesem Satz ist nur noch einmal die Behauptung des historischen Materialismus über das Verhältnis des „ideellen Ueberbaus" zum „materiellen Unterbau" in anderer Form wiederholt. St. widerspricht sich übrigens teilweise selbst, wenn er sehr mit Recht schreibt, Marx und Engels hätten sich „die erkenntnistheoretische Frage nach Möglichkeit, Gültigkeit und Grenze des Erkennens" „gar nicht gestellt". Wenn sie sich diese Frage gar nicht gestellt haben, wie können dann jene Sätze einen erkenntnistheoretischen Sinn haben? St. ist denn auch gar nicht sicher, ob diese seine Deutung des historischen Materialismus richtig ist, er hält es auch für möglich, daß das alles nur „positivistisch" gemeint sei, wobei St. unter „Positivismus" offenbar nur „ein Forschungsprinzip" versteht, das Rücksicht auf die Tatsachen der Wirklichkeit nimmt, also alle bloße „spekulative" Entwicklung aus bloßen Begriffen ablehnt. Ist ein solches Prinzip aber dann noch naiv realistisch? Oder liegt ihm nicht einfach der bekannte Grundsatz Kants zugrunde, daß Begriffe ohne Anschauung leer sind?

Für verfehlt halte ich auch St.'s Ausführungen über das Verhältnis von „kausaler Geschichtserklärung und ethischer Bewertung geschichtlicher Phänomene" (I. Teil, 1. Kapitel, § 4, 1 und 2). St. glaubt, ein Widerspruch liege darin, daß Marx einmal den Kapitalismus als geschichtlich notwendig erweise und ihn außerdem ethisch verurteile. Diese ethische Verurteilung erklärt er für Utopismus, den doch Marx gerade überwunden haben wolle. Welch seltsame Verkennung! Ethische Beurteilung und kausale Erklärung haben zunächst einmal gar nichts miteinander zu tun, sie sind völlig unabhängig voneinander, widersprechen deshalb aber auch einander nicht. Ich kann etwas sehr wohl als kausal notwendig ansehen und es dennoch verwerfen. Weil etwas kausal notwendig ist, deshalb ist es nicht anders zu bewerten. Sondern die Wertung hängt ganz davon ab, ob ein Faktum

so, wie es ist, dem Wert, der von außen an es herangetragen wird, entspricht, ihm genügt oder nicht. Die Wertung ist sachlich einfach ein Vergleich eines realen Tatbestandes seinem ideellen Gehalt nach mit einem anderen ideellen Gehalt, dem wir einen realen Träger nicht zuordnen. Bei diesem Vergleich ist es aber ganz gleichgültig, ob die beiden ideellen Gehalte realen Trägern zugeordnet sind oder nicht. Auf diese realen Träger der ideellen Gehalte aber bezieht sich die Kausalerklärung allein, auf letztere wird daher bei diesem Vergleich gar nicht Bezug genommen. Psychologisch aber ist die Wertung ein subjektives Stellungnehmen zu den kausalen Zusammenhängen, eine letzten Endes durch den Willen ausgesprochene Ablehnung oder Annahme. Ueberdies ist es eine völlige Verkennung dessen, was Marx als Utopismus ablehnt, wenn St. in der ethischen Wertung bereits einen Utopismus finden will. Marx lehnte den Utopismus ab, weil dieser aus den letzten sittlichen Grundwerten heraus auf rein spekulativem Wege sich das Bild einer idealen Gesellschaft konstruierte, ohne die soziale Wirklichkeit zu kennen und auf sie Bezug zu nehmen. Marx war der Meinung, daß jeder, der die von ihm als schlecht abgelehnte bestehende soziale Wirklichkeit nach bestimmten Grundsätzen ändern will, diese Wirklichkeit erst einmal erkennen muß, d. h. aber auch ihre Gesetzmäßigkeiten und die Ursachen, aus denen heraus sie erwuchs. Das ist notwendig nicht nur, um sie verändern zu können, worauf es Marx doch immer wieder ankam, sondern auch um überhaupt ein Bild sich machen zu können von dem, was man an ihre Stelle setzen will. Die ethischen Grundprinzipien, die obersten Werte sind an sich ganz inhaltsleer, sie bekommen erst einen konkreten Inhalt, wenn sie auf einen Stoff angewendet werden. Die obersten Werte sind Formprinzipien für die Gestaltung eines Stoffes; diesen Stoff kann man aber nur gewinnen durch eine Analyse der Wirklichkeit (indem man die Gestaltungsprinzipien, die sie gegenwärtig formen,

heraussondert und an ihre Stelle die neuen setzt). Was Marx in dem Utopismus ablehnt, ist wieder nur die leere Begriffsspielerei. So scheinen mir kausale Erklärung und ethische Bewertung einander nicht zu widersprechen, sondern zu ergänzen. Und in Marx' Ablehnung des Utopismus scheint mir wiederum nur die Kernidee der Kantischen Vernunftkritik zu leben [1]).

Zu welchen Wortspielereien St.'s Auffassung führt, zeigt seine Behauptung, daß die Ausbeutung der Arbeitskraft nicht sittlich verurteilt werden könne, weil sie „eine im kapitalistischen Wirtschaftssystem notwendige ökonomische Erscheinung" sei „und in dem geltenden, nach materialistischer Geschichtsauffassung von eben dieser Produktionsweise abhängigen Rechte auch als ‚gerecht' erscheinen" müsse. Gewiß, vom Standpunkt des Kapitalismus ist die Ausbeutung der Arbeitskraft „gerecht", aber dieser ganze Standpunkt, der ganze Kapitalismus selbst, ist ethisch verwerflich. Der Schein, daß ethische Bewertung und kausale Notwendigkeit einander

[1]) Am schönsten und klarsten vielleicht hat Marx diesen seinen Standpunkt schon 1843 in einem sehr interessanten Brief an Ruge (aus Kreuznach vom September) dargelegt; einen Brief, den auch St. an anderer Stelle einmal zitiert. Marx wendet sich dort der Frage zu, wie wir über das „Wohin" zu einer klaren Meinung kommen könnten. Ueber das „Woher" herrsche keinerlei Zweifel, eine allgemeine Konfusion aber in den Meinungen über das „Wohin". Und er sagt dort nun: „Indessen ist das gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, *daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen.* Bisher hatten die Philosophen die Auflösung aller Rätsel in ihrem Pulte liegen, und die dumme exoterische Welt hatte nur das Maul aufzusperren, damit ihr die gebratenen Tauben der absoluten Wissenschaft in den Mund flogen .... Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden ...." (Vgl. „Aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels 1841 bis 1850", herausgegeben von Franz Mehring, Band I, Seite 380.)

entsprechen müssen, daß, was notwendig ist, auch gut ist, entsteht dadurch, daß eine ethische Grundauffassung, die selbst Bestandteil der kausal erklärten Wirklichkeit ist, zum Maßstab der Beurteilung dieser Wirklichkeit gemacht wird. Das kann man tun, das ist aber eine völlig neue Entscheidung der subjektiven Willkür; aber kein logischer Schluß führt von dem einen zum andern, da ein sachlicher Zusammenhang nicht besteht.

Nur in einem Punkte kann man in dieser Beziehung an Marx Kritik üben, nämlich an seinem Glauben, er könne die ethischen Wertmaßstäbe, an denen er den Kapitalismus mißt, beweisen. Gewiß, man kann allenfalls zeigen, daß mit historisch-kausaler Notwendigkeit die Menschen eines Tages diese Werte als die ihren anerkennen und mit ihnen werten werden; er kann das „Soll" der Ethik aber niemals aus dem „Muß" der Geschichte ableiten. Das ist derselbe logische Fehlschluß, den auch St. in dem eben besprochenen Falle begeht. „Aus den eigenen Formen der existierenden Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit, ihr Sollen und ihren Endzweck — entwickeln", wie der junge Marx in dem bereits erwähnten Brief aus Kreuznach an Ruge vom September 1843[1]) sich einmal vornimmt, ist nur möglich, wenn man dabei bereits stillschweigend bestimmte letzte Werte zugrunde legt. Man kann aus dem Kapitalismus den Sozialismus logisch nur entwickeln, weil man die Wertidee der sozialen Gerechtigkeit bereits mitbringt. Diese kann man aber selbst nie logisch-sachlich aus dem Kapitalismus ableiten, sie kann

[1]) „Aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels", a. a. O. Seite 381. Dieser Brief ist auch dadurch sehr interessant, daß Marx in ihm den „Kommunismus" als „eine dogmatische Abstraktion" bezeichnet und behauptet: „Aufhebung des Privateigentums und Kommunismus sind daher keineswegs identisch", vielmehr sei der Kommunismus (eines Cabet, Dezamy, Weitling) „selbst nur eine aparte, von seinem Gegensatz, dem Privatwesen, infizierte Erscheinung des humanistischen Prinzips", „er selbst sei „nur eine besondere einseitige Verwirklichung des sozialistischen Prinzips".

höchstens psychologisch-historisch als Reaktion auf den Kapitalismus durch diesen im Menschen bewirkt werden[1]).

Außerordentlich interessant und in einzelnen Abschnitten ganz ausgezeichnet ist auch Steinbüchels Darstellung „der ethischen Bewertung der menschlichen Persönlichkeit" durch den Sozialismus (I. Teil, 2. Kap.). Er greift hier weit über den Marxismus hinaus und bezieht in den Sozialismus auch die großen deutschen idealistischen Philosophen, insbesondere Fichte und Hegel mit ein. Zumal Fichte und Hegel zeigt er als philosophisch-ethische Sozialisten auf. Besonders wichtig und gut ist dabei die Darstellung der sozialistischen Staats- und Soziallehre Hegels. St. spitzt diese ganze Erörterung auch mit Recht auf das Zentralproblem des ethischen Sozialismus zu, das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft, Persönlichkeit und sozialem Ganzen.

Mit Kant befaßt er sich in diesem Zusammenhang nur kurz. Dieser kurze Abschnitt ist dazu noch ziemlich unbefriedigend, weil er Kants Transzendentalismus psychologisch umdeutet und in seiner Vernunftkritik wie in seiner kritischen Ethik im Anschluß an Max Adler einen „erkenntnistheoretischen Sozialismus" finden zu können glaubt. Ich halte das für völlig verfehlt. Die Erkenntniskritik steht durchaus jenseits des Gegensatzes zwischen Sozialismus und Individualismus. Die Lehre, daß das menschliche Denken von vornherein sozial gebunden, in einen überindividuellen sozialen Zusammenhang eingeordnet ist, ist, so richtig sie ist, keine Lehre der Erkenntnistheorie, sondern der Psychologie und Soziologie des Erkennens. Kant hat in seiner Vernunftkritik eine solche aber keineswegs geben wollen. Die Kategorien sind nach Kant auch keineswegs Gattungsgewohnheiten. Diese Mißdeutung der Vernunftkritik in halb biologischem, halb soziologischem Sinne sollte heute nicht mehr vorkommen. Sie bedeutet eine Verwechslung von Kants Lehre mit der von Hume. Dasselbe gilt von Kants kritischer

[1]) Nähere Begründung dieser Ausführungen in meinem Buche

Ethik. Es ist durchaus nicht der Sinn des kategorischen Imperativs, ein gesellschaftliches Naturgesetz, ein menschliches Gattungsgesetz des ethischen Denkens zu sein. Auch die kritische Ethik steht prinzipiell durchaus jenseits des Gegensatzes von ethischem Sozialismus und Individualismus, wenn auch zuzugeben ist, daß der Inhalt, den Kant dem kategorischen Imperativ gibt, wenigstens in einer seiner Formulierungen sozialistisch ist. Diese Formulierung des kategorischen Imperativs, der den Gedanken der Menschenwürde enthält, ist aber auch als, wenn auch unbeabsichtigte, Veränderung des Standpunktes Kants zu bezeichnen, d. h. er ist in Wahrheit nur ein hypothetischer Imperativ, eine materiale ethische Vorschrift, nicht mehr ein Formgesetz ethischer Erkenntnis überhaupt. In dieser Richtung ist meines Erachtens der Zusammenhang zwischen Kant und dem Sozialismus überhaupt nicht zu finden.

Ausführlicher behandelt St. Fichte. Und ich begrüße es mit Freuden, daß er Fichte auch als einen konsequenten ethischen und sozialphilosophischen Sozialisten erweist. Nur scheint mir auch hier, was die erkenntnistheoretische Grundlegung angeht, Steinbüchels Darlegung in sich widerspruchsvoll. Einmal betont er mit Recht scharf, daß das reine Ich Fichtes nicht das reale individuelle Ich sei, sondern die „Ichheit überhaupt". Diese „Ichheit überhaupt" faßt er dann aber als eine Art Gattungsich auf, es sei „die zu Ende gedachte überindividuelle transzendentale Apperzeption Kants". Ganz abgesehen davon, daß Kants transzendentale Apperzeption, die Kant der subjektiven Einheit des Bewußtseins als die objektive gerade entgegenstellt, ein oberstes logisches Einheitsprinzip, keine psychologische oder soziale Bewußtseinseinheit ist, bedeutet das auch eine Umbiegung der Lehre Fichtes ins Psychologische, die freilich bis zu einem gewissen Grade in der Unklarheit von Fichtes erkenntnistheoretischen Schriften selbst begründet sein mag. Das Wesentliche dieser Darstellung ist aber die Darlegung, wie in Fichtes Sozial-

philosophie Individuum und Gemeinschaft zu einer auf Wechselwirkung beruhenden Einheit verbunden erscheinen, wie das Einzelich bei Fichte von vornherein sozial determiniert und doch in der Gemeinschaft die Freiheit und Selbständigkeit der Persönlichkeit erst gesichert ist, wie die Individualität, ja die menschliche Persönlichkeit erst im Ganzen der Gemeinschaft und durch sie erwachsen kann. Die in diesem Zusammenhang zwischen Fichtes Lehre und der von Marx gegebenen Parallele (S. 84) ist sehr treffend. Auch Marx' Ideal war ja stets „die Gemeinschaft freier Menschen" (S. 92) [1]). Fichte bejaht die Persönlichkeit und zugleich die Gemeinschaft, er kann das zugleich tun, weil er Persönlichkeit und Gemeinschaft als einander wechselseitig bedingend erkennt. Immerhin erscheint in St.'s Darstellung der Gegensatz zwischen dem Recht des Individuums und dem der Gemeinschaft in Fichtes Lehre noch nicht ganz behoben, die hohe Bewertung des sozialen Ganzen und die der Persönlichkeit scheinen sich dort noch ein wenig aneinander zu stoßen, zumal, wenn wir das Problem nun aus dem Bereich der Sozialphilosophie, der abstrakten Ideen, in das Reich der psychischen und sozialen Wirklichkeit übertragen. Das scheint mir daran zu liegen, daß Steinbüchels Analyse von Fichtes Lehre doch nicht tief genug geht, daß er insbesondere nicht das Problem der Antinomie zwischen der Autonomie der Persönlichkeit und dem Zwang des Staates genügend geklärt hat. Diese Antinomie löst sich ja, wie ich gezeigt habe [2]), erst dadurch, daß eben im Einzelnen von Anfang an ein Trieb zur Bejahung der Gemeinschaft lebt (zwar nicht allein,

[1]) Auch später (z. B. S. 142) wiederholt sich bei St. dieser Vergleich zwischen Marx und Fichte und die Feststellung, daß sie die gleiche soziale Persönlichkeitsauffassung haben. „Volle und freie Entfaltung der Persönlichkeit" sei sowohl Marx' wie Fichtes sozialethisches Ziel.

[2]) Vgl. mein Buch a. a. O. I. Teil „Fichte, ein Philosoph des Sozialismus", besonders 6. Abschnitt, speziell S. 59—78.

aber doch auch), den es nur zu entwickeln gilt, so daß gleichsam zwischen Individuum und Gemeinschaft von vornherein eine Art prästabilierter Harmonie (bis zu einem gewissen Grad nur, ich weiß!) tatsächlich besteht. Und diese Lösung findet sich auch schon bei Fichte selbst.

Dies Problem erscheint noch weniger gelöst in Hegels Sozial- und Rechtsphilosophie. Das tritt in Steinbüchels Darstellung der Lehre Hegels deutlich hervor. Bei Hegel besteht diese Antinomie zwischen der Omnipotenz des Staates und der Autonomie des Individuums ziemlich schroff fort. Hegel betont zwar oft genug das Eigenrecht der Persönlichkeit energisch, aber er betont doch auch so entschieden den absoluten Wert des Staates, der das „höchste Recht gegen die Einzelnen" habe, daß hier ein Rest unausgeglichen bleibt. St. führt das u. a. darauf zurück, daß Hegel über die „bloße" Gesinnungsethik hinausgeht, in der Gesinnung nur „ein Moment im Wesen des Sittlichen", wenn auch ein „schlechthin wesentliches" erblickt, daß er daneben aber noch ein objektives inhaltliches Gutes setzt. Das gilt indessen auch bereits für Fichte. Für diesen folgt daraus aber keineswegs jene Gegensätzlichkeit zwischen dem Wert der Persönlichkeit und dem des Staates. Tatsächlich muß aus diesem Doppelcharakter des Sittlichen ein solcher Gegensatz auch gar nicht folgen. Denn das „materiale" Gute ist objektiv nur in dem Sinne, daß es objektiv, d. h. an sich *gilt*, aber nicht, daß es ein außerhalb der Subjekte existierendes und entstandenes Sein ist, das dem Einzelnen als äußere Autorität gegenübertritt. Wenigstens ist das in der idealen Gemeinschaft, im Vernunftstaate nicht so. Mir scheint vielmehr, daß Hegel die Idee des Staates und den realen Staat der Gegenwart nicht genug auseinanderhält, und daß daraus jene unaufgelöste Antinomie sich ergibt. Denn heute, im realen Staat ist freilich diese Antinomie, die eine psychologisch-soziale ist, tatsächlich nicht aufgelöst, sondern besteht in aller Schärfe. Und das veranlaßt dann Hegel dazu, den Einzelnen der Ge-

samtheit zu opfern. Denn gegenwärtig ist diese Antinomie anders nicht zu beseitigen. Aufgelöst wird sie hierdurch freilich keineswegs. Sie wird einfach beiseite geworfen. Damit verletzt dann Hegel aber notwendig das von ihm grundsätzlich zugestandene Eigenrecht der Persönlichkeit. St. sieht ganz richtig, daß hier bei Hegel das Problem letztlich nicht gelöst ist, aber er erkennt m. E. nicht die richtige Ursache dessen. Sie liegt in der mangelnden Unterscheidung zwischen idealem Vernunftstaat und realem Gegenwartsstaat bei Hegel. Es ist sein Hauptirrtum, daß er sie beide ohne weiteres gleichsetzt. Das muß man im Auge behalten. Wir werden sehen, daß daraus sich auch der Gegensatz zwischen Marx' und Hegels Staatsauffassung ergibt.

Sodann geht St. zur Schilderung von Marx' Persönlichkeitsauffassung über. Er zeigt, wie Marx im Grunde die gleiche Persönlichkeitsauffassung hat wie Fichte und Hegel (und übrigens auch Feuerbach). Marx teilt mit diesen die Auffassung, daß im Menschen nicht nur von Anfang an ein sozialer Trieb lebt, sondern daß er auch von Anfang in der Gesellschaft unablöslich verflochten ist, und er bewertet den einzelnen Menschen ebenso wie diese, d. h. alle Einzelnen sind ihm gleich wertvoll. Auch die Freiheit faßt Marx lediglich als Autonomie, nicht als Autarkie, d. h. individualistische Willkür auf. Die Freiheit besteht auch nach ihm in der freien Beschränkung des Einzelwillens durch sich selbst. Solange das nicht zutrifft, wird die Freiheit garantiert durch die Beschränkung des individuellen Wollens durch den Staat. Aber auch bei Marx besteht jene Antinomie unaufgelöst, die wir bei Hegel (und vorher bei Fichte) bereits kennen lernten. So sind Hegel und Marx lebendige Beispiele dafür, daß das Problem des Verhältnisses des Individuums zur Gemeinschaft, der Freiheit der Persönlichkeit im sozialen Ganzen das brennendste Problem des Sozialismus ist. Beide haben es nicht gelöst. St. zeigt mit Recht, wie dieser Gegensatz auch im Kommunistischen Manifest aufklafft, wo Marx den

Eigenwert des Individuums nicht nur bejaht, sondern auch gerade die Freiheit des Individuums stützen oder besser, erst schaffen will, andererseits aber der Gesellschaft alle Macht geben will. Er hat auch wohl recht, wenn er meint, daß Marx in dieser Beziehung hinter Hegel (und Fichte muß man hinzusetzen) zurückbleibt. Aber doch nur sozialphilosophisch. Denn gerade psychologisch-sozial ist dieser Zwiespalt ja auch bei Hegel ungelöst (wie St. jetzt plötzlich zu vergessen scheint).

Nun behauptet St., daß noch in anderer Beziehung Marx' Persönlichkeitsauffassung in sich zwiespältig sei. Er meint nämlich, daß Marx auf der einen Seite zwar die hohe, wenn auch nur relative Bedeutung der menschlichen Persönlichkeit für den Geschichtsverlauf anerkenne, ja betone, daß er aber auf der anderen Seite behauptet, die Willensentschlüsse, Willenshandlungen der Menschen seien „letzthin abhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich in immanenter Gesetzmäßigkeit so entwickeln, daß sie das Proletariat zur Lösung seiner Aufgabe zwingen." So werde von Marx zu gleicher Zeit „der Persönlichkeit des Arbeiters ein höchstbewußtes, aktives und zielvolles Eingreifen in den geschichtlichen Entwicklungsprozeß zugemutet" und doch der Persönlichkeit „nur Bedeutung als Organ der unpersönlichen Gesellschafts- bzw. Produktionsverhältnisse" zuerkannt (S. 123). Damit „falle" „in der materialistischen Geschichtsauffassung die selbständige Persönlichkeit" eben doch, da „alles persönliche Wirken durch überpersönliche Bedingungen notwendig veranlaßt erscheint" (S. 124). Wenn man unter der Persönlichkeit eine freie Persönlichkeit verstehe, so sei der Widerspruch in Marx' Lehre „unleugbar". Wenn St. hier also auch nicht so weit geht, aus dem sozialen Determinismus des historischen Materialismus einen Fatalismus zu folgern, so ist doch diese ganze Darlegung m. E. unhaltbar. Aus dieser Kritik Steinbüchels spricht eine ganz unmögliche, oft genug und durch Kant wohl endgültig als unhaltbar erwiesene

Auffassung des Freiheitsproblems. Die Freiheit des Willens wird hier als eine Ursachlosigkeit des menschlichen Wollens aufgefaßt, der Mensch und seine psychischen Eigenschaften aus dem kausalen Zusammenhang des Weltgeschehens herausgenommen. So ist aber die Freiheit des Willens, wie Kant wohl endgültig gezeigt hat, sinnvollerweise nicht zu verstehen. Alle Erscheinungen der Wirklichkeit sind kausal determiniert und es hieße einen fortwährend noch in das Weltgeschehen eingreifenden deus ex machina voraussetzen, die Gesetzmäßigkeit eben dieses Weltgeschehens damit leugnen, wollte man den menschlichen Willen aus der menschlichen Kausalkette herauslösen. Vielleicht wird St. dazu von seinem Standpunkt der katholischen Dogmatik, der theologischen, nicht wissenschaftlichen Welterklärung aus geneigt sein und das für durchaus möglich und zulässig halten. Marx war jedenfalls nicht dazu geneigt. Und so wollte er die Selbständigkeit der Persönlichkeit gewiß nicht verstanden haben. Eben deshalb ist in seiner Lehre auch kein Widerspruch, denn der wäre nur gegeben, wenn man die Freiheit und Selbständigkeit der Persönlichkeit im Sinne dieses kausativen Indeterminismus auffaßte. Außerdem aber ist die Annahme einer solchen Ursachlosigkeit auch sachlich gar nicht nötig, um die Freiheit der Persönlichkeit zu retten. Freilich kommt es hierbei letzten Endes darauf an, was man überhaupt unter „Freiheit" versteht. Der Sozialist kann darin nur die sittliche Freiheit, die Autonomie des Willens, d. h. die Selbstgesetzgebung durch die als Fakten kausal irgendwie, und zwar besonders durch die Gemeinschaften, in denen er lebt, determinierten sittlichen Grundsätze der betreffenden Persönlichkeit, also psychologisch gesehen, das Zusammenhalten der verschiedenen Willensregungen des Menschen durch das Gesetz seines Wesens, das als psychologisches Faktum ebenfalls wiederum kausal bestimmt, dessen ideeller Gehalt aber an sich gilt und insofern frei ist, verstehen, und als Bedingung dieser Autonomie Freiheit von jeglichem

äußeren Zwang durch andere Menschen. Wer die Freiheit anders, sie zumal als Autarkie, d. h. als absolute individuelle Willkür auffaßt, ist Individualist in ethischer und sozialphilosophischer Hinsicht. Diese sozialistische Auffassung der Freiheit widerspricht aber der sozialen Determiniertheit des Willens nicht. Wenn Marx die Freiheit der Person und die Determiniertheit des faktischen Wollens nebeneinander lehrt, dann wendet er nur Kants Freiheitslehre an, dann gibt er Kants Lehre von der Freiheit des Willens in der „intelligiblen Welt", der kausalen Bestimmtheit des Wollens in der Erscheinungswelt lediglich einen konkreten Inhalt. Auch hier erkennen wir daher, wie sehr die ganze Marxsche Soziologie auf dem Boden die Vernunftkritik Kants steht[1]). Das hier Gesagte gilt übrigens auch von dem 3. Abschnitt des § 2 des 1. Kap. des II. Teils von St.'s Buch. Es kann hier keine Rede davon sein, daß die materialistische Geschichtstheorie notwendig das Allgemeine über das Persönliche stelle und dieses „*nur*" aus jenem verstehe. Beide stehen in Wechselwirkung zueinander und sind gleich bedeutsame Faktoren der Entwicklung.

[1]) Einer der Hauptvorzüge der Darstellung des Marxismus durch St. ist die Schilderung des Prinzips der Dialektik, insbesondere der Tatsache, daß auf Grund des Prinzips der Dialektik Evolution und Revolution keine Gegensätze, sondern zwei verschiedene Seiten derselben Sache sind. Die Geschichte ist einerseits auf Grund der Kausalität kontinuierlich, andererseits aber revolutionär, weil die Inhalte der verschiedenen aufeinander folgenden Ereignisse entgegengesetzt sind. Die Entwicklung ist also zugleich kausal bestimmt und immer neu, schöpferisch. Darauf weist St. selbst an verschiedenen Stellen hin. Noch eingehender habe ich das gezeigt als das Wesen des Prinzips der Entwicklung a. a. O. II. Teil, Kap. II, Abschnitt 4, S. 198—99. Um so erstaunlicher ist die Bemerkung St.'s in seiner Anmerkung 18 zu § 2 des 3. Kap. des I. Teils (S. 363), daß Marx' System „alle freie und hinreißende Tat in der ehernen Notwendigkeit eines Geschehenmüssens" „ersticke". Das macht mich doch bedenklich und läßt mich doch ein wenig zweifeln, ob St. die Idee der Entwicklung richtig verstanden hat.

Schließlich sei in diesem Zusammenhang auch einmal die Frage erlaubt, wie denn St. zu dem strengen Determinismus des hl. Augustin steht. Gerade die christliche Kirche hat doch die Lehre des Determinismus des Willens vielfach sehr stark betont. Die Lehre von der Erbsünde schließt ja im Grunde sogar einen gewissen Fatalismus ein. Freilich ist es gerade die katholische Kirche gewesen, die diese Lehre stark abgeschwächt hat, indem sie die Möglichkeit zugibt, daß der Mensch sich durch „gute Werke" ein gewisses Anrecht auf die Seligkeit erwerben könne, während der Protestantismus die Lehre von der Erbsünde und damit den Determinismus in aller Strenge wieder hergestellt hat (und in Konsequenz dessen auch die Möglichkeit der Selbsterlösung durch gute Werke leugnete, alles der Gnade Gottes zuwies). Immerhin auch in der katholischen Lehre ist es mit der Freiheit der Persönlichkeit so eine Sache.

Der letzte Abschnitt der Darstellung des Sozialismus beschäftigt sich mit der sozialistischen Staatsauffassung. Es handelt sich hier in der Hauptsache um die Staatslehre von Marx. Damit betreten wir ein sehr schwieriges Gelände. Um Marx' Staatslehre tobte gerade in den letzten Jahren wieder der heftigste Kampf. Wir können diese schwierige Frage hier nicht im ganzen Umfange aufrollen, wollen uns daher mit ein paar Hinweisen begnügen, die mit dem bereits Gesagten in Zusammenhang stehen.

St., dessen Darstellung mich hier ziemlich unbefriedigt gelassen hat, befaßt sich besonders mit der angeblichen Schwenkung, die Marx innerhalb seiner Entwicklung in der Staatslehre gemacht hat. Er zeigt zunächst, wie der junge Marx noch ganz die Staatsauffassung Hegels teilt. (I. Teil, 2. Kap. § 4, 1 und I. Teil, 3. Kap. § 1, 1.) Er glaubt, daß der demokratische Staat „eine Verwirklichung der vernünftigen Freiheit" sei, und hielt ihn für den „großen Organismus", in dem und durch den jeder einzelne seine Freiheit hat. Später nun verwarf, wie männiglich bekannt, Marx den Staat als

ein Herrschaftsinstrument einer Klasse der Gesellschaft über die anderen. Woher kommt diese Schwenkung? Meines Erachtens liegt in Wahrheit hier überhaupt keine Aenderung seiner Anschauungen über den Staat vor. Der junge Marx, der den Staat als einen sittlichen Wert bejaht, dachte an Hegels Vernunftstaat, an den Idealstaat, hatte die Idee des Staates im Auge. Der ältere Marx dagegen den realen, europäischen Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Das ist bisher viel zu wenig beachtet worden. Es handelt sich bei beiden verschiedenen Stellungnahmen um etwas ganz anderes, zu dem jeweils Stellung genommen wird. Das geht auch deutlich aus Marx' Ausführungen hervor. Er befindet sich daher mit seiner späteren Stellungnahme auch gar nicht so sehr im Gegensatz zu Hegel, wie immer behauptet wird und wie Marx und Engels wohl selber auch geglaubt haben. Denn Hegels Lobpreisung des Staates bezieht sich *zunächst* auch nur auf die Idee des Staates, auf den Vernunftstaat. Nur dadurch, daß Hegel den realen Gegenwartsstaat vielfach (nicht immer und überall) zu Unrecht ohne weiteres mit dem Vernunftstaat identifiziert, gerät Marx in einen Gegensatz zu ihm, denn dadurch wird bei Hegel aus der Lobpreisung des Vernunftstaates dann auch eine solche des Gegenwartstaates. Vor allem aber sei hier betont, daß sich Marx mit seiner Staatsauffassung nicht im geringsten im Gegensatz zu der Staatsauffassung des anderen deutschen idealistischen Staatsphilosophen Fichte befindet. Denn Fichte unterscheidet sehr genau zwischen dem Vernunftstaat und dem Gegenwartsstaat oder Notstaat, wie er sich ausdrückt, und bejaht nur den ersteren, verdammt aber den letzteren als Hort der Unfreiheit und Unterdrückung mit aller Entschiedenheit. Diesen Notstaat will Fichte ebenso aufheben, wie Marx den Klassenstaat[1]). Wenn Marx die staatslose Gesellschaft als das Ideal der bürgerlichen Gesellschaft mit

[1]) Belege dafür finden sich in großer Anzahl vor allem in seiner „Staatslehre" von 1812.

ihrem Klassenstaat gegenüberstellt, so sagt er, da er auch hier unter Staat nur den Klassenstaat versteht, damit im Grunde nichts anderes als wenn Fichte sagt, es sei die Aufgabe jeder Regierung, sich selber überflüssig zu machen.

II.

Wenn wir uns nun dem zweiten Teil von St.'s Buch zuwenden, der die Beurteilung der sozialistischen Ethik vom Standpunkt des katholischen Christentums aus gibt, so müssen wir zunächst ganz allgemein feststellen, daß dieser Teil im großen und ganzen nicht so gut ist, wie die Darstellung der sozialistischen Lehre. Ich sage das nicht, weil sie zu einem weitgehend ablehnenden Resultat kommt, sondern weil die rein sachliche Begründung nicht so ausgereift und durchdacht ist wie der erste Teil. Es ist dabei aber ein Vorzug, daß sich die Kritik nicht nur auf den Marxismus bezieht, sondern auch die Weiterbildung der sozialistischen Lehre in den letzten 40 Jahren seit Marx' Tode berücksichtigt.

Diese Kritik zerfällt in drei Teile, von denen wir aber aus äußeren Gründen hier nur die beiden ersten betrachten können. Das erste Kapitel enthält eine eingehende Kritik des historischen Materialismus, das zweite eine der ethischen Bewertung der Persönlichkeit und der Gemeinschaft im Sozialismus. Mit beiden ist eine gründliche Auseinandersetzung notwendig und fruchtbar.

Um die Mittel für seine Kritik des historischen Materialismus zu gewinnen, entwickelt St. nun zunächst seine eigene grundsätzliche Auffassung von der Ethik. Die Ethik ist für ihn nicht eine Seinswissenschaft, sondern eine Wertwissenschaft. Das heißt: sie will nicht die Entstehung der ethischen Ansichten der Menschen kausal erklären, sondern die Geltung der ethischen Ideen begründen, ihren Gehalt rechtfertigen. Das Problem der Ethik ist keine quaestio facti, sondern eine quaestio juris. Die materialistische Geschichtsauffassung dagegen wolle die ethischen Ideen kausal erklären, eine

wertende Beurteilung ihres Gehaltes habe sie dagegen nicht zum Ziel.

Soweit sind die Ausführungen Steinbüchels völlig unanfechtbar. Man sieht nur nicht, wie von hier aus eine Kritik des historischen Materialismus möglich ist. Materialistische Geschichtsauffassung und Ethik haben einfach nichts miteinander zu tun, sie behandeln ganz verschiedene Probleme und kommen einander also überhaupt nicht ins Gehege.

Wenn St. nun vom Standpunkt der Ethik aus den historischen Materialismus bekämpfen will, so muß er, wenn er nicht selbst seinen ethischen Gesichtspunkt unberechtigterweise auf ein ganz anderes Gebiet übertragen will, voraussetzen, daß die Vertreter des historischen Materialismus ihrerseits mit dieser Theorie auf das eigentliche Gebiet der Ethik übergreifen. Das scheint St. nun tatsächlich vom historischen Materialismus ganz allgemein behaupten zu wollen, er behauptet es aber zweifellos von einigen Vertretern dieser Lehre, z. B. von Karl Kautsky. Denn was soll sonst gemeint sein, wenn St. einmal (S. 150) sagt, die materialistische Geschichtsauffassung könne der Ethik nicht gerecht werden, sie „erweise" „sich . . . als methodisch unzulänglich, das ethische Problem des Wertes . . . zu erörtern", da sie es doch gar nicht erörtern will. Tatsächlich behauptet er denn auch: „Der Wertgedanke vermischt sich hier (d. h. in der materialistischen Geschichtsauffassung, A. K.) mit der reinen Seinsbetrachtung." Und begründet wird das durch den Satz, Marx und Engels „ergänzten", wenn sie „mit der Ableitung der ethischen Werturteile aus ökonomisch-sozialen Verhältnissen eine absolute Moral auf Grund eben dieser Kausalerklärung ablehnen", „die Geschichtstheorie durch eine Beurteilung". Merkwürdig! Weil Marx und Engels alle ethischen Meinungen als historisch relativ bezeichnen, sollen sie die Ethik beurteilen!? Die Sache ist doch so: Wenn Marx und Engels eine absolute Moral ablehnen, so lehnen sie *im Rahmen der geschichtlichen Tatsachenuntersuchung* einfach die Behaup-

tung ab, es gebe eine *zeitlich* ewig gültige, d. h. eine faktisch absolut geltende Moral. Etwas anderes behaupten heißt Marx' und Engels' *rein geschichtliche Feststellungen* willkürlich umdeuten [1]). Um so mehr als St. ja doch selbst ausdrücklich feststellt, daß das Ziel der materialistischen Geschichtsauffassung *nicht* die wertende Beurteilung der ethischen Ideen sei, sondern nur ihre kausale Ableitung. Aber deshalb behaupten, der historische Materialismus sei methodisch unzulänglich, das ethische Problem des Wertes (S. 144) zu erörtern, heißt dasselbe tun wie behaupten, eine Lokomotive sei unzulänglich zur Befahrung des Meeres. Selbstverständlich ist sie das, aber ist das vielleicht etwas Neues oder Merkwürdiges? Oder kann man ihr daraus einen Vorwurf machen?

Was nun Kautsky angeht, so behauptet St. von ihm noch einmal besonders, er wolle mit seiner „Ergänzung der Marxschen Methode durch die Darwinsche" „den Wert- und Normcharakter des Sittlichen . . . . begründen" (S. 150/51). Auch bei ihm soll sich „eine Deutung und Wertung des Seinsbestandes der Triebe" „unbewußt" in die kausale geschichtliche Erklärung dieser Triebe „eingeschlichen" haben. Wie steht es nun hiermit? Zunächst gibt Kautsky in seinem Buch: „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung" in dieser Lehre von der Ergänzung der Marxschen Methode durch die Darwinsche eine bloße Theorie von dem „Ursprung" sittlicher Erkenntnis, ihrer historischen Entstehung. In dieser Hinsicht ist gegen Kautskys Lehre auch vom Standpunkt Steinbüchels höchstens einzuwenden, daß sie in ihrer Art der historischen Erklärung gerade wieder auf Lehren zurückgeht, die Marx in seinem historischen Materialismus eben erst überwunden hatte. Denn den sozialen Trieb als

[1]) Denn Belege dafür, daß Marx und Engels diese Feststellung von der Relativität aller Ethik anders gemeint haben, bringt St. überhaupt nicht bei. Es dürfte ihm auch wohl schwer fallen, solche zu finden.

Ursache aller möglichen gesellschaftlichen Erscheinungen, z. B. auch der Formen der Vergesellschaftung (auch des Staates), hatte ja gerade die ältere, vormarxistische Gesellschaftslehre eingeführt (z. B. die englische Sozialphilosophie des 18. Jahrhunderts, Adam Ferguson u. a.). Diese Art der Erklärung aber reicht nicht aus. Aber daß Kautsky hier auf naturwissenschaftlichem Wege die ethischen Normen *begründen*, sie in ihrem Gehalt sachlich rechtfertigen wolle, davon kann doch keine Rede sein. Er will sie nur kausal erklären. Freilich polemisiert Kautsky ebenso zu Unrecht dabei nun gegen Kant, denn Kant wiederum wollte keineswegs bestimmte ethische Normen historisch-kausal erklären, sondern *er* wollte sie sachlich rechtfertigen. Dasselbe gilt vom Abschnitt 5 a des V. Kapitels von Kautskys Schrift, in dem die Rolle geschildert wird, die gesellschaftliche Konventionen bei der Entstehung der sittlichen Anschauungen spielen. Freilich, St. hat recht, wenn er sagt (S. 151), die kausale Erklärung „reiche nicht zu", um die Ethik zu *begründen*. Und so könne auch der historische Materialismus nicht zur Begründung der Ethik dienen. Gewiß nicht. Dazu will er aber auch gar nicht dienen, er will die realen ethischen Ansichten realer Menschen nur historisch erklären.

Wenn dann aber St. schreibt, — dadurch, daß aus den vielen menschlichen Trieben gerade der soziale Trieb als Ursache der ethischen Ansichten herausgehoben werde, werde dieser bevorzugt, und in dieser Bevorzugung sei bereits eine stillschweigende „Deutung und Wertung des Seinsbestandes der Triebe" enthalten und damit der Uebergang zur Wertbegründung vollzogen, so will mir das durchaus nicht in den Kopf. M. E. kann man dem nur entgegenhalten, daß das eine willkürliche Einengung der historischen, der kausalen Erklärung sei, aber nicht, daß damit der Versuch einer Rechtfertigung des Gehalts der sittlichen Anschauungen oder gar *der* Ethik gegeben sei. Schließlich gilt auch dasselbe von den Ausführungen Kautskys über das sittliche Ideal oder

besser die jeweiligen sittlichen Ideale der Menschen (Kap. V, Abschn. 5 d). Kautsky befaßt sich auch mit ihnen lediglich als mit psychischen Fakten, nicht mit der Frage der Geltung eines solchen Ideals. Wiederum sei zugegeben, daß diese Betrachtung keine eigentlich ethische ist, aber damit ist sie doch nicht widerlegt, sondern nur als durch eine ganz andere Art der Betrachtung ergänzungsbedürftig erwiesen, ist nur gesagt, daß sie in die Geschichte der Ethik, nicht in die Ethik als systematische Wissenschaft selbst gehört [1]).

Diese Kritik Steinbüchels des historischen Materialismus wird aber noch weiter dadurch entwertet, daß er sich selbst in seiner positiven Theorie der Ethik des gleichen Fehlers schuldig macht, den er dem historischen Materialismus vorwirft, nämlich Seinserklärung und Wertbegründung miteinander vermischt.

Ich will mich nicht bei der Gleichsetzung des höchsten „Gutes" und des obersten „Wertes" aufhalten, die St. einfach vornimmt; sie *kann*, wenn man sie recht versteht, berechtigt sein. Jedenfalls ist aber dieser Punkt für uns überhaupt nicht wichtig. Bedenklich wird St.'s Theorie der Ethik aber dann, wenn er behauptet, daß das Sittliche dadurch, daß es „stets wertbedingt" sei, „eine innerlich notwendige Beziehung auf eine wertende . . . Vernunft" „erhalte". Gewiß ist es an sich richtig, wenn St. feststellt, „Wert" sei „immer nur ein Wert für ein die Wertung selbst vollziehendes Bewußtsein", und zwar zunächst ein „subjektives menschliches Bewußtsein" (S. 148). Aber das ist eine psychologische Tatsachenfeststellung. Was hat sie in der ethischen quaestio juris zu tun? St. unterscheidet doch selbst (S. 146) mit vollem Recht genau zwischen der psychologischen Untersuchung des Denkens

[1]) Das muß betont werden, obwohl ich mit dem, was Kautsky in diesem Abschnitt über die Rolle der sittlichen Ideale der Menschen in der gesellschaftlichen Entwicklung sagt, und wie er dort den historischen Materialismus interpretiert, keineswegs einverstanden bin.

(also auch des ethischen) und der Geltungsfrage, der Frage nach dem Wahrheitsgehalt des Gedachten (also auch der jeweiligen ethischen Ideen), er bezeichnet den „Psychologismus" auch „in der ethisch-praktischen Sphäre" als „eine volle Verkennung des Fragepunktes". Also was soll diese psychologische Feststellung hier? Hier liegt bereits bei ihm selber eine gänzlich unzulässige Vermischung der quaestio juris mit der quaestio facti vor. Das scheint er selbst auch zu spüren, denn er macht nun dieselbe künstliche Konstruktion, die bisher noch jeder Psychologist gemacht hat, um dem Psychologismus nachträglich wieder zu entgehen. Um dem „anscheinend unentrinnbaren Zirkel", der in jedem solchen Psychologismus auch nach seiner eigenen Meinung liegt, dann doch zu entrinnen, fordert er „ein überindividuelles, damit zugleich überempirisches Bewußtsein", „eine urteilende übermenschliche Vernunft", die wertet. Damit entflieht er zwar vielleicht dem Psychologismus, aber nur um — der Metaphysik zu verfallen. Darüber ist er sich auch klar. Denn er sagt dann selbst: „Nur die Metaphysik überwindet den Psychologismus restlos" (S. 149), während die Annahme einer „menschlichen Gattungsvernunft" aus ihm tatsächlich nicht herausführt, wie er selbst richtig sieht. St. landet also bei einer völlig unvorstellbaren „göttlichen Vernunft" als dem letzten Geltungsgrund der Werte und damit in einem Bereiche, der jenseits aller Erkenntnis, damit aber auch außer ihr liegt. In dieser göttlichen Vernunft findet er die letzte Einheit von Wert und Wirklichkeit. Trotzdem bleibt auch hier die grundsätzlich unzulässige Vermischung der Seinsbetrachtung und Wertbetrachtung bestehen, die Geltung der Norm wird auf ein Sein zurückgeführt, die Geltungsfrage letzten Endes eben doch wieder zu einer Seinsfrage gemacht. St. sieht nicht, daß er dadurch seine eigenen Voraussetzungen letzten Endes wieder aufhebt, ja er hält das noch für erkenntnistheoretisch gerechtfertigt. Denn wie man auch zum Gottesbegriff stehen mag, fest steht jedenfalls, daß die

Zurückführung der Geltung einer Norm auf Gottes Willen stets eine über die Physik hinausreichende kausative Seinserklärung, nicht aber eine Begründung ist. Jede Metaphysik gehört in den Bereich der Ontologie, alle metaphysischen Probleme sind quaestiones facti, nicht juris. Deshalb bleibt diese Art der Normbegründung nach wie vor eine logische Ungeheuerlichkeit. Wenn man eine andere Begründung der Werte schon nicht für möglich hält, so sollte man doch einfach sagen, die obersten Werte sind eben letzte Axiome, die überhaupt nicht mehr begründbar sind. Ihre Geltung ist Sache des Glaubens. Hier endet der Bereich rationaler Erkenntnis. Das wäre richtiger und wissenschaftlich sauberer [1]).

In § 2 dieses I. Kapitels seiner Kritik befaßt sich St. dann noch einmal mit dem Problem des Verhältnisses zwischen „idealistischer Ethik und historischer Notwendigkeit". Auch hier ist wieder seine Stellung zu der Frage, wie in dieser Beziehung der historische Materialismus zu beurteilen ist, durchaus schwankend. Er gibt zu, daß die marxistische Geschichtsauffassung, wie er sich recht verschwommen ausdrückt, „das ideale Moment aus der Geschichte keineswegs streichen, es vielmehr in die geschichtliche Entwicklung selbst einbeziehen" will (S. 152). Dabei sehe sie sich nun vor eine neue Frage gestellt, die nämlich, wie es möglich ist, daß die „Menschen die Geschichte machen" und dabei „in ihren Willensentschlüssen von Werturteilen abhängig

[1]) Unter diesen Umständen ist es natürlich nicht verwunderlich, wenn er die Art der Begründung der Werte durch den Neukantianismus für unzulänglich hält. (Anmerkung 4, zum II. Teil, I. Kapitel, § 1 auf Seite 366.) Tatsächlich ist das neukantische „Bewußtsein überhaupt" denn auch nur ein leerer Grenzbegriff. Aber gerade als solcher hat es seinen Sinn. Es zeigt eben an, daß hier die rationelle Begründung der Werte an ihrem möglichen Ende angelangt ist. Es steht daher, so unzulänglich es für den fragenden, sich nicht dabei beruhigen könnenden Menschen sein mag, wissenschaftlich doch weit höher als diese Flucht St.'s in die Metaphysik.

sind" und zugleich doch „die ökonomisch-soziale Gesetzmäßigkeit den Menschenwillen zum Handeln notwendig zwingt" [1]). Damit spitzt sich die Frage zu auf die Frage nach dem Verhältnis von Kausalität und Teleologie. Ist mit kausaler Bedingtheit ein ideal motiviertes Handeln vereinbar? Mir erscheint diese Vereinbarkeit selbstverständlich. Denn ein motiviertes Handeln ist ja ein kausal bedingtes Handeln. Die Motive sind nur psychologische Ursachen des Handelns und Wollens. Ideale Motive sind aber solche, deren Inhalt sich in der bisherigen Wirklichkeit nicht findet; sie entstehen aber aus der Betrachtung der bestehenden Wirklichkeit und ihrer Messung an bestimmten Werten, die der Mensch mitbringt. Aber woher hat der Mensch diese Werte? Psychologisch erwachsen sie teils aus seiner Eigenart, teils aus seiner Lage in Natur und Gesellschaft, also wiederum aus der Wirklichkeit. Beide aber sind kausal bedingte Fakten. Ein ideales Motiv ist daher selbst ein eigenartiges kausal bedingtes psychisches Faktum, nichts weiter. Die Geltung, Rechtfertigung ihres Gehalts ist damit freilich nicht begründet. Aber das gehört auch nicht hierher. Mit dieser Frage haben wir uns ja bereits befaßt. Nun zeigt St. selbst, daß der historische Materialismus, indem er die Geschichte als eine Entwicklung begreife, selbst bereits den Gesichtspunkt der

[1]) Ich sehe hierbei ab von der sehr unkorrekten und teilweise recht verschwommenen Ausdrucksweise. Man könnte sonst noch viele Fragen an St. stellen: Inwiefern ist z. B. der Mensch in seinen Willensentschlüssen von Werturteilen abhängig? Drückt sich nicht im Werturteil vielmehr selbst schon ein Willensentschluß aus? Wenn auch vielleicht noch kein Entschluß zum Handeln. Es erscheint mir zum mindesten fraglich, ob es möglich ist, diese Willenshandlungen so zu zerlegen. Auch der Umstand, daß die ökonomisch-soziale Gesetzmäßigkeit den Menschenwillen „zwinge", ist mindestens schief. Das sieht danach aus, als ob sie sich gegen den Willen des Menschen durchsetze, sie setzt sich aber nur durch ihn hindurch durch. Der Wille empfängt seinen Inhalt von ihr. Aber das ist hier schließlich nebensächlich.

Teleologie mit dem der Kausalität verbinde. Denn in der Idee der Entwicklung sei das Prinzip der Kausalität mit dem der Zielstrebigkeit vereinigt. Freilich deutet m. E. St. das Prinzip der Teleologie aus dem rein Methodischen um ins Metaphysische, indem er es mit dem alten metaphysischen Axiom des Thomas von Acquino: „causa efficiens non agit nisi propter finem" gleichsetzt und dadurch aus dem logischen Einheitsprinzip den ontologischen Begriff des wirkenden Zweckes macht. Aber das ist hier nicht weiter von Bedeutung. Wichtiger ist schon, daß er den Entwicklungsbegriff nicht scharf genug von der Fortschrittsidee trennt, mit dem Zielgedanken eine Bewertung für verbunden erklärt. Das ist durchaus nicht notwendig, wie ich an anderer Stelle eingehend dargetan habe[1]). Faßt man die Idee der Entwicklung mit der des Fortschritts zusammen, dann freilich trägt man in die bloße Erklärung ein Moment der Bewertung. Aber das liegt nicht sachlich im Prinzip der Teleologie.

Wie schon gesagt, betont Steinbüchel ganz richtig, daß die materialistische Geschichtsauffassung gerade darauf ausgehe, diese beiden Prinzipien zu vereinigen, die historische Notwendigkeit und den Gedanken der Zielstrebigkeit zu verbinden. Das ist also keineswegs erst eine Errungenschaft des nachmarxistischen an Kant geschulten Sozialismus eines Staudinger, Vorländer, Max Adler usw. Die Abweisung des Fatalismus aus dem sozialen Determinismus ist zwar sehr gut, aber sie liegt schon in Marx Lehre selbst. Ganz falsch ist es dagegen, wenn hieraus abgeleitet wird, dieser nachmarxistische Sozialismus füge in dieser teleologischen Betrachtung zu der bloßen Kausalerklärung nun das Moment der sittlichen Begründung des Sozialismus. In doppelter Hinsicht ist das falsch, einmal weil Marx' Lehre diese Teleologie schon selbst hat, und sodann, weil eine Wertbetrachtung mit ihr gar nicht gegeben ist. Das Verdienst dieses nachmarxistischen Sozialismus ist allein, gegenüber gewissen Ver-

[1]) Vgl. mein Buch: a. a. O. S. 147.

stümmelungen und Umdeutungen des historischen Materialismus durch angebliche Marxisten den eigentlichen Sinn dieser Lehre wiederhergestellt zu haben. Die Marburger Schule hat Marx nicht berichtigt oder ergänzt, wenn sie die Besonderheit menschlich-sozialer Entwicklung gegenüber der Entwicklung der außermenschlichen Natur feststellt (was übrigens völlig innerhalb des Rahmens der kausal-teleologischen Entwicklungsidee bleibt), sondern sie nur richtig ausgedeutet[1]). Dies liegt übrigens auch alles bereits im Rahmen der kantischen Vernunftkritik, so daß es in dieser Hinsicht nicht heißen darf Kant *oder* Marx, auch nicht Kant *und* Marx, sondern Kant *in* Marx.

Dann, wie eben bereits gesagt, in alledem liegt nichts von einer ethischen Begründung des Sozialismus. Sondern dies alles gehört in die Behandlung der quaestio facti. Der Nachweis der Wirksamkeit menschlicher Zweckvorstellungen im geschichtlichen Ablauf, der nur eine Vervollständigung der Feststellung der in der konkreten Menschengeschichte wirkenden Ursachen ist, wie auch die Hinzufügung des methodischen Ordnungsprinzips der Teleologie zum Ordnungsprinzip der Kausalität liegt vollkommen im Gebiet der Tatsachenerkenntnis, der kausalen Erklärung. Mit der Rechtsfrage nach der Geltung der sittlichen Werte hat das nichts zu tun. Es ist eine völlige Verkennung dieser ganzen teleologischen Betrachtungsweise, wenn man glaubt, daß in ihr bereits der Uebergang aus der Tatsachenerklärung zu ihrer Bewertung enthalten ist. Tatsächlich ist dieser Uebergang zwar oft von den Anhängern des Entwicklungsgedankens unbewußt vollzogen worden, indem sie den Ent-

[1]) Sagt doch St. in einer Anmerkung sogar selbst, daß selbst ein so strenger Marxist wie Kautsky dieses zusammen von Kausalität und Teleologie anerkenne. (Vgl. S. 368, Anm. 9.) Dies hat übrigens neuerdings auch Wilbrandt in seinem Aufsatz: „Kritik des Marxismus" („Die Neue Rundschau", Jahrgang 35, Juniheft, 2. Abschnitt) gesehen.

wicklungsgedanken zur Fortschrittsidee umdeuteten, aber sie haben damit eben in den Entwicklungsgedanken in sachlich durchaus unerlaubter Weise einen ganz sachfremden Gesichtspunkt hineingetragen. Deshalb ist es ganz falsch, wenn St. behauptet„ daß durch Hinzufügung der „teleologisch-axiologischen Methode“ [1]) zur kausalen „die *alleinige* Begründungsmethode“, die der historische Materialismus anwende, abgelehnt sei. Die teleologische Methode hat mit einer „Soll“-betrachtung nicht das geringste zu tun, sondern ist ein Prinzip der „Seins“betrachtung [2]). Deshalb bleibt es freilich richtig, daß sich in der kausalen Erklärung und der persönlich-zweckbewußten Erstrebung zwei verschiedene Auffassungsweisen derselben Wirklichkeit gegeben sind, die einander nicht widersprechen, sondern ergänzen, freilich auch nichts miteinander zu tun haben (was ethisch sein *soll*, muß nicht historisch eintreffen und umgekehrt), aber das Prinzip der Teleologie hat mit der persönlich-zweckbewußten Erstrebung selbst nichts zu tun, sondern ist ein Moment der kausalen Erklärung [3]). Mit dem Streit, ob wissenschaftlicher Sozialismus möglich ist, hat dies alles gar nichts zu tun, so wenig wie der historische Materialismus selbst etwas mit dem Sozialismus zu tun hat. Er ist eine Theorie der Geschichts-

[1]) Es zeugt m. E. von einer ganz ungeheuerlichen Verwirrung des Begriffes, wenn St. die teleologische und die axiologische Methode identifiziert!

[2]) Im übrigen ist hier ein ununterbrochenes Schwanken St.'s in der Meinung, was denn der historische Materialismus nun eigentlich lehre, zu beobachten. Bald stellt er fest, daß er das Moment der Teleologie ebenfalls bereits enthalte (z. B. S. 153/54), bald behauptet er, „die Kausalität gelte dem historischen Materialismus als „die einzige Form“, in der das Geschehen dem theoretischen Denken sich erschließt“ (S. 157). Eins kann doch nur richtig sein!

[3]) Eine eingehende Begründung dieses Standpunktes, die selbstverständlich auch eine gewisse Kritik am neukantianischen Neumarxismus eines Max Adler usw. einschließt, findet man in dem II. Teil meines genannten Buches, II. Kapitel.

erkenntnis, der Sozialismus aber ein Wertsystem, ein Wertprinzip. Beide liegen in ganz verschiedenen geistigen Bereichen. Nochmals sei es betont: der historische Materialismus stellt keine Werte auf und begründet nicht die Geltung von Werten. Er stellt die Gesetzmäßigkeit der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung fest, er will die geschichtliche Wirklichkeit erkennen. Dazu bedient er sich des Ordnungsprinzips der Kausalität, wie auch des der Teleologie. Ethische Ansichten hat er nur als Fakten, deren Entstehung erklärt werden soll, zum Gegenstand. Und da stellt er fest, daß diese realen ethischen Ansichten der Menschen historisch bedingt und zeitlich relativ sind, daß sie sozial und wirtschaftlich bedingt sind, wie daß sie selbst wieder wirkende Ursachen des weiteren Ablaufs des Geschehens sind. Das und nur das lehrt der historische Materialismus.

Hiermit sei die Besprechung der Kritik, die St. an dem historischen Materialismus übt, beendet. Er fügt ihr zwar noch einen weiteren (3.) Paragraphen an, in dem er den historischen Materialismus als Forschungsmethode kritisiert, und zwar die Rückbeziehung der Kultur auf die Wirtschaft. Aber diese Kritik ist im Grunde nur eine Wiederholung der Geschichtsmethodologie Heinrich Rickerts. Mit ihr habe ich mich früher [1]) bereits so eingehend auseinandergesetzt, daß ich mich hier nur wiederholen könnte. So sei lediglich festgestellt, daß Rickerts Darstellung der generalisierenden Methode der Naturwissenschaft weder die Methode der Naturwissenschaft richtig wiedergibt, noch auf den historischen Materialismus zutrifft, dieser vielmehr ebenso Individualerkenntnis wie Gesetzeswissenschaft ist, Dinge, die ja nicht verschieden sind, sondern zusammenfallen. Individualerkenntnis gibt es nur durch Gesetzeserkenntnis. St. nimmt diese Rickertsche Auffassung, deren Unhaltbarkeit inzwischen

[1]) Vgl. a. a. O. S. 165—193 (II. Teil, II. Kapitel, 4. Abschnitt).

wiederholt[1]) nachgewiesen wurde, unbesehen hin. Eine besondere Auseinandersetzung mit Steinbüchel in diesem Punkt lohnt daher nicht. Was St. dann im Anschluß hieran noch einmal über die Stellung der Persönlichkeit in der Geschichte beibringt, ist ohnehin nach dem bereits Ausgeführten eine Selbstverständlichkeit. Daß das Wollen des Menschen auch von ihrer Eigenart abhängig ist, widerspricht dem historischen Materialismus in keiner Weise, denn die Kausalkette schließt selbstverständlich den Menschen ein. Nur, daß diese Eigenart selbst doch auch wieder aus anderen Ursachen entstanden ist. Und wenn St. auf die faktische Unmöglichkeit der Erkenntnis der Eigenart des Persönlichen hinweist, so ist diese Tatsache freilich unbestreitbar, diese *faktische* Unmöglichkeit liegt aber an der Unzulänglichkeit der realen Forscherpersönlichkeiten. Soweit die Erkenntniskraft der Menschen reicht, soweit ist jede Individualerkenntnis an die Kausalerklärung gebunden, nur ein Teil von ihr. Auch das „Zusammenwirken des äußeren Faktors der gesellschaftlich-ökonomischen Wirklichkeit und der auf sie reagierenden individuell eigenartigen Persönlichkeit" (S. 171) kann, soweit es von Menschen überhaupt erkannt zu werden vermag, nur als Glied eines gesetzmäßigen Ablaufs erkannt werden. Deshalb liegt auch im historischen Materialismus keineswegs eine Verkennung des irrationalen Momentes der Wirklichkeit. Eine Theorie, die bestimmte Ordnungsprinzipien für die *rationale* Erkenntnis aufstellt, leugnet nicht die Grenzen dieser, besonders auch nicht deshalb, weil sie für ihren Bereich bestimmte Grundsätze aufstellt. Aber das Unerkennbare kann auch nicht auf andere Weise erkannt werden. Prinzipien der irrationalen Erkenntnis gibt es nicht, weil es keine irrationale Erkenntnis gibt. Auch die Rickertsche Geschichtsmethodik kann sich nur auf das Erkennbare beziehen, also das an

[1]) Vgl. u. a. Ernst Cassirer: „Substanzbegriff und Funktionsbegriff", S. 300 ff., und die Literaturangaben in Anmerkung 1 auf Seite 172 meines Buches.

der individuellen Eigenart, das erkennbar ist, das aber wird durch die Gesetzeserkenntnis sehr wohl erkannt[1]).

Den Schluß der Kritik des historischen Materialismus durch Steinbüchel bildet ein Abschnitt, in dem er sich mit dem ethischen Relativismus auseinandersetzt. Das ist ein sehr sonderbarer Abschnitt. Nicht nur die „Widerlegung" dieses ethischen Relativismus ist merkwürdig, sondern auch seine Darstellung und Ausdeutung. Zunächst wird nämlich der historische Relativismus Marx'ens in einen systematischen umgedeutet. Marx soll nicht gelehrt haben, daß alle ethischen Ansichten nur eine relative, zeitweise reale Gültigkeit gehabt haben und notwendig haben müssen, er soll vielmehr behauptet haben, der Geltungs*wert* jeder Ethik sei nur relativ. Freilich ist St. in dieser Behauptung nicht ganz eindeutig, er hält beide Arten der Gültigkeit nicht scharf genug auseinander. Infolgedessen geht ihm die eine Gültigkeit unvermerkt in die andere über, er spricht bald von dieser, bald von jener.

Dieser Relativismus soll nun der Dialektik des historischen Geschehens widersprechen. Begründet wird das Vorhandensein dieses Widerspruchs mit der metaphysischen Umdeutung der Idee der Teleologie, die wir bei St. schon kennen lernten, und die hier besonders deutlich zutage tritt. Er sagt nämlich, „die dialektische Bewegung der Gesellschaft" „vollzieht" sich in einer immanenten Teleologie, sie ist Entwicklung, auf ein letztes Ziel gerichteter Werdeprozeß". Diese Teleologie ist ihm aber kein methodisches Einheitsprinzip, durch das alle Glieder einer Reihe auf das End-

[1]) Es ist daher eine Plattheit, wenn St. in Anwendung seiner allgemeinen Sätze sagt: „die persönliche Individualität ist deshalb auch nicht aus reinen Klassenkämpfen restlos verständlich". (NB. Was sind „reine" Klassenkämpfe?) Wer behauptet denn das? Solche Sätze aufstellen und pomphaft widerlegen, heißt doch, sich erst einen Gegner zurecht zu machen, um ihn zu bekämpfen. Das ist furchtbar leicht.

glied bezogen und dadurch zu einem Werdeprozeß zusammen-*gedacht* werden, sondern für ihn „kommt" „in dieser Bewegung" „eine Vernunft zur Realisierung, *die die notwendige Voraussetzung für die Bewegung selbst ist*". Also hier wird die Teleologie als das Wirken einer übergeschichtlichen Macht gedeutet, sie wird ontologisiert, die logische Idee wird zur wirkenden Kraft hypostasiert. Das mag für den Metaphysiker Hegel und seine Identitätsphilosophie zutreffen, es trifft aber sicher nicht für Marx zu. Das muß im Gegensatz zu St., der behauptet,, Marx habe stets diesen Bestandteil Hegelschen Denkens beibehalten, festgestellt werden. Sondern Marx unterscheidet sich gerade dadurch von Hegel, daß er diese Ontologisierung der Dialektik abgelehnt hat. Das meinte Marx gerade, wenn er sagte, er habe Hegels Prinzip der Dialektik „vom Kopf wieder auf die Füße gestellt". Gewiß, Marx hat die sozialistische Ethik als absolut gültig hingestellt, aber das widerstreitet nicht seinem ethischen Relativismus, weil er dort die sachliche Geltung meint, hier indes die zeitliche, reale Gültigkeit. Daß gerade auch die zeitliche Gültigkeit der sozialistischen Ethik durchaus relativ ist, hat Marx sehr wohl gesehen, denn er hat gerade für geschichtlich notwendig erklärt, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus die sozialistische Ethik keine reale Gültigkeit hat. Andererseits ist es auch gewiß richtig, wenn St. sagt, daß „im Begriff des Relativen" „die Beziehung auf ein Absolutes" „liege". Aber dies Absolute, demgegenüber er jede Ethik für relativ erklärt, ist für Marx allgemeine reale Gültigkeit, nicht Geltung an sich. Ueber die systematische Geltungsfrage hat er sich niemals ausgesprochen; abgesehen davon, daß seine Ethik Geltung an sich und in sich hat. Er hat aber auch niemals behauptet, daß die kapitalistische Ethik nicht an sich und in sich „gelte", sondern nur, daß sie nicht „ewig" ist, überhistorisch. Wenn Marx glaubt, daß die sozialistische Ethik allgemein gültig sei, unabhängig von der Klassenlage, so meint er auch damit reale Gültigkeit und

glaubt an ihre reale Gültigkeit nur deshalb, weil diese Ethik diejenige ist, die in einer klassenlosen Gesellschaft durch die gesellschaftliche Organisation der Wirtschaft hervorgerufen werde. Ihre reale Allgemeingültigkeit besteht aber erst dann, wenn die klassenlose Gesellschaft besteht, und ist insofern historisch betrachtet, doch keine wirkliche reale Allgemeingültigkeit. Ob aber diese sozialistische Ethik dann nicht auch dem „ewigen Fluß der dialektischen Bewegung" unterliegt, hat Marx wiederum nicht untersucht. Aus seinen Voraussetzungen würde das freilich folgen. Marx hat es aber auch nicht bestritten, er hat geschichtlich nicht über sie hinausgedacht. Marx hat auch nie die sozialistische Ethik wie die sozialistische Gemeinschaft als das absolute Endprodukt aller geschichtlichen Entwicklung betrachtet, er hat sie nur als notwendig bezeichnet, um das bestehende Schlechte zu überwinden. Damit hat er sich begnügt. Es ist also nicht richtig, daß es für Marx auch bestimmte ethische Werte gebe, „die nicht in den ewigen Fluß der dialektischen Bewegung hineingezogen werden können" (S. 175) [1]).

III.

Wesentlich günstiger lautet das Urteil St.'s über die (allgemeine) Persönlichkeits- und Gemeinschaftsauffassung und -bewertung des Sozialismus. Er geht mit Recht davon aus, daß die sozialistische Persönlichkeitsauffassung nur zu verstehen sei, wenn man berücksichtigt, daß sie den Gegensatz zur kapitalistisch-individualistischen Persönlichkeitsauffassung und -bewertung darstellt. Er beginnt daher damit, die Bewertung zu schildern, die die sittliche Persön-

[1]) Bis zu einem gewissen Grade trifft die Kritik St.'s, wenn auch nicht Marx und seine Lehre selbst, so doch gewisse Vulgärmarxisten, und auch wohl Engels, der philosophisch viel unklarer als Marx war, wenn auch der Grundgedanke des historischen Materialismus zuerst in ihm aufleuchtete. Besonders im „Anti-dühring" ist das festzustellen.

lichkeit in der kapitalistischen Erwerbsgesellschaft gefunden hat. Er zollt dabei Marx' Kritik des Geistes dieser kapitalistischen Erwerbsgesellschaft hohe Anerkennung, vor allem der Tatsache, daß Marx sehr „richtig und tief gesehen" habe, der Wert des Menschen als sittlicher Persönlichkeit müsse im rastlosen Streben nach Gewinn unfehlbar verloren gehen, und zwar sowohl die des Unternehmers wie auch die des Arbeiters, aus dem Kapitalismus müsse überhaupt ein „Wertnihilismus" erwachsen, da in ihm nur noch der Profit einen Wert habe, dieser daher auch im Kapitalismus zum höchsten Wertmaßstab werde. Die dem Kapitalismus entsprechende Ethik sei daher ein nackter, rein rechnerischer Utilitarismus. Die utilitaristische Moral eines Bentham sei die dem individualistischen Kapitalismus adäquate Ethik [1]).

Gerade im Gegensatz zum Kapitalismus vertrete nun der Sozialismus die Idee der sittlichen Persönlichkeit. Als den Vater dieser Idee in neuerer Zeit bezeichnet er Kant, dessen Ethik „ihrer innersten Richtung nach" „dem selbstsüchtigen Individualismus abhold", mit dem „kapitalistischen Ethos unvereinbar" sei. Denn im Gegensatz zum kategorischen Imperativ (zweite Formulierung) behandele der Kapitalismus gerade die Menschen als Sachen, als Mittel. Gerade auf ethischem Gebiete sei daher die Synthese von Kant und Marx berechtigt. Sehr interessant und durchaus richtig ist übrigens der Hinweis, den St. bei dieser Gelegenheit macht, daß der kategorische Imperativ auch in einer sozialistischen Gesellschaft als Forderung Geltung behalte. Denn, wenn in ihr auch die Benutzung eines Menschen als Mittel durch einen anderen nicht mehr vorkomme (sonst ist es eben keine sozialistische Gesellschaft), so bestehe doch die Möglichkeit, daß die Gesellschaft ihrerseits den Menschen als Mittel benutze, ihn als Sache behandle. Damit weist St. auf einen sehr wesentlichen Punkt hin, den nämlich, daß echte Gemein-

[1]) Nebenher sei hier nur darauf hingewiesen, wie richtig und gut St. hier selbst den historischen Materialismus anwendet.

schaft stets und überall absolute Freiwilligkeit voraussetzt, daß ihr jeder Zwang durchaus fremd ist, daß sie auch deshalb nicht einmal ein Opfer des Einzelnen für das Ganze kennt, weil jede Hingabe für das Ganze durchaus freiwillig sein muß, solche freiwillige Hingabe für das Ganze aber nicht mehr Opfer ist, sondern höchste Selbsterfüllung. Und die sozialistische Gemeinschaft ist solche echte Gemeinschaft. Hier rührt daher St. an das ernsteste Problem des Sozialismus, zumal des werdenden, ohne daß er es freilich in seiner ganzen Tiefe und ungeheuren Bedeutung zu erkennen scheint. Es ist das Problem, daß eine solche Gemeinschaft, die auf absoluter Freiwilligkeit beruht, Menschen verlangt, die es bisher nicht gibt, daß daher zum Erringen solcher Gemeinschaft Zwang unerläßlich erscheint, Zwang wiederum aber gerade völlig ungeeignet ist, jene Autonomie, Freiwilligkeit zu erzeugen [1]).

Von diesem kategorischen Imperativ, der übrigens nicht nur ein formales, sondern faktisch bereits ein materiales Prinzip sei, bis zur Idee der Persönlichkeit sei nur noch ein Schritt. Diesen Schritt hätten aber Kant und Fichte noch nicht getan. Sie hätten nur das allgemeine Vernunftwesen „Mensch" im Auge gehabt, jedoch noch nicht die individuelle Besonderheit jedes Einzelnen erkannt. Besser sei es schon bei Hegel, aber auch noch nicht gut. Erst die Romantik habe die Individualität genügend beachtet. Dem mag nun sein wie ihm wolle (ich halte das für falsch, besonders was Fichte angeht), fest steht m. E. jedenfalls, daß die Anerkennung der individuellen Besonderheit des Einzelnen ohne weiteres in diesem kategorischen Imperativ, in der Idee der Menschenwürde schon enthalten ist. Denn, wie kann man jemandes Menschenwürde achten, wenn man seine Individualität nicht respektiert und anerkennt? Die sachliche Notwendigkeit dieses Zusammenhanges ist das Wesentliche.

[1]) Näheres in meinem Buche: a. a. O. I. Teil, bes. Abschnitt VI, Seite 58—77.

Der Sozialismus begründe denn auch eine neue individuelle Persönlichkeitskultur [1]), einen „Neuhumanismus", dem die „individuell-eigenartige Persönlichkeit" „höchstes Ziel" sei. Ihrer Erringung und Sicherung diene letzten Endes die ganze Umgestaltung der Wirtschaft, die der Sozialismus erstrebe. Damit scheint mir St. tatsächlich das Wesen des Sozialismus erfaßt zu haben. Der Sozialismus dient der „individuell-eigenartigen Persönlichkeit", indem er wahre, echte Gemeinschaft erstrebt. Beides sind untrennbare, sich gegenseitig bedingende Wechselbegriffe, nicht aber Gegensätze, die sich ausschließen, oder einander feindliche Mächte, die sich gegenseitig einengen. Es ist eines der Hauptverdienste von Steinbüchels Buch, daß er diesen Kerngedanken klar herausgearbeitet hat. Damit erscheint der letzte Rest von Mißverständnis, dem die meisten dem Sozialismus nahestehenden Denker, ja viele Sozialisten selbst, auch heute noch zum Opfer fallen, abgestreift, als begrenze der Sozialismus die individuelle Freiheit zugunsten eines überindividuellen Ganzen. Gewiß, die Willkür des Einzelnen wird in einer solchen Gemeinschaft beschränkt, aber jeder beschränkt nur sich selbst, er erringt seine höchste persönliche Freiheit, indem er sich selbst zusammenfaßt, sich einfügt in eine Gemeinschaft, die eine Verbundenheit der Seelen ist. Freilich, das ist nur das Ideal. In der realen Welt des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen wird stets eine gewisse äußere Bindung des Einzelnen durch die Gesellschaft bestehen und sie wird in einer nach sozialistischen Grundsätzen lebenden Gesellschaft für manche Individuen sogar größer sein, als in der kapitalistischen Gesellschaft. Aber doch nur für einige wenige, die Mächtigen,

[1]) Das gilt nach St.'s Meinung geistesgeschichtlich nur vom zeitgenössischen Sozialismus, nicht aber von Marx, aber das ist hier unwesentlich. Denn es kommt mir nur auf die sachliche Richtigkeit dieser Wahrheit an sich an. Ich sehe deshalb auch davon ab, diese Behauptung über Marx, die ganz falsch ist, ausdrücklich zu widerlegen.

Reichen nämlich. Für die große Mehrzahl der Menschen aber wird sie weit geringer sein als in der angeblich auf Freiheit beruhenden kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer wirtschaftlich-sozialen Knechtschaft.

Nun stellt St. diese sozialistische Persönlichkeitsauffassung der christlichen gegenüber. Er findet da sachlich kaum einen Unterschied. Beide erkennen jedem Menschen, er sei auch wer er sei, einen Selbstwert zu. Nur in der Begründung dieser Auffassung weichen sie voneinander ab. Darin unterscheiden sich beide freilich grundlegend. Beide, Sozialismus und Christentum (es handelt sich hier nur um die christliche Lehre, nicht um die Ansichten einzelner Christen), „negieren" „den kapitalistischen Geist" [1]).

Aber die Idee der Freiheit bedarf noch einer feineren Analyse. Denn der Individualismus nimmt die Freiheit als höchstes Ideal ebenso für sich in Anspruch wie der Sozialismus. Es muß daher von beiden doch wohl etwas ganz Verschiedenes unter Freiheit verstanden werden. Wir haben daher zu unterscheiden zwischen dem individualistischen und dem sozialistischen Freiheitsideal, wie auch zwischen einer individualistischen und einer sozialistischen Persönlichkeitsauffassung. Freiheitsideal und Persönlichkeitsauffassung hängen eng miteinander zusammen.

Der Kern der individualistischen Persönlichkeitsauffassung ist, daß das Individuum als sich selbst genügend aufgefaßt wird. Das Einzelich steht hier im Mittelpunkt der Welt. Die Gesellschaft ist nur ein nachträglicher Zusammenschluß mehrerer Einzeliche, die damit nur ihre ganz persönlichen,

[1]) Auch hier trete ich in keine Prüfung der Frage ein, ob das geistesgeschichtlich richtig ist. Ich möchte das doch bezüglich des Christentums ein wenig bezweifeln, aber ich kann hier, wo es mir auf die Herausarbeitung gewisser sachlicher Einsichten ankommt, den Raum nicht mit geistesgeschichtlichen Untersuchungen füllen.

individuellen Zwecke verfolgen. Die Gesellschaft ist hier mehr oder weniger ein loser Haufe Einzelner, den jeder zu seinen Zwecken benutzt. Der natürliche Gesellschaftszustand ist daher ein Kampf aller gegen alle, der nur aus Klugheitsgründen durch zeitweises Zusammengehen mehrerer Einzelner eine Zeitlang zurückgestellt wird. Die Folge muß sein: Herrschaft der Starken über die Schwachen, Willkür der Starken, völlige Unfreiheit der Schwachen. Die Freiheit eines jeden, zu tun und zu lassen was ihm gefällt, führt daher, wie Marx sagt und wie Steinbüchel mit dem bekannten katholischen Nationalökonomen H. Pesch anerkennt, zu einer „modernen Sklaverei". Uebrigens wird letzten Endes auch der Kapitaleigner in diesem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem unfrei, er wird ein Opfer des Kapitals.

Demgegenüber will gerade der Sozialismus alle Menschen befreien. Seine Ueberwindung des Kapitalismus durch die Gemeinwirtschaft bezweckt die Aufhebung dieser modernen Sklaverei. Freilich faßt der Sozialismus die Freiheit selbst ganz anders auf. Er sieht ein, daß absolute Willkür aller Einzelnen eben stets zu jener Herrschaft der Starken über die Schwachen führen muß und zieht daraus den Schluß, daß Freiheit niemals in absoluter Willkür der Einzelnen bestehen kann. Er verneint schon die Grundposition, von der der Individualismus ausgeht, leugnet, daß der Mensch von Natur auf sich gestellt sei, isoliert lebe. Menschen gebe es stets nur in sozialer Verbundenheit, nur in ihr und durch sie werde, wie Fichte sagte, der Mensch zum Menschen. Seine Freiheit ist daher von vornherein die Freiheit des vergesellschafteten Menschen. „Die Organisation bedeutet demnach für den Sozialismus nicht eine Schranke der Freiheit" (sagt St. S. 195 mit Recht), sie ist in dieser Freiheit vielmehr bereits mitgedacht, ja bildet geradezu die Voraussetzung für sie. Diese Freiheit ist niemals nur negativ das Fehlen einer Abhängigkeit, sondern darüber hinaus auch positiv die Möglichkeit zur Entfaltung der Persönlichkeit.

Und das Wesentliche ist, daß das für alle Menschen in gleicher Weise gilt.

Aber wie ist diese Freiheit in der Gemeinschaft möglich? Darüber kann nur eine Vertiefung in die Gemeinschaftsidee Auskunft geben. Es muß jedenfalls vorausgesetzt werden, daß diese Gemeinschaft nicht auf Zwang beruhen darf, denn jeglicher Zwang vernichtet die äußere wie die innere Freiheit. Damit sind wir wieder an dem entscheidenden Punkt angekommen. Gemeinschaft in sozialistischer Auffassung ist freie Gemeinschaft. Sie beruht auf „dem persönlich-sittlichen Bewußtsein der sozialen Verpflichtung für das Ganze der Gemeinschaft" (S. 196). D. h. Gemeinschaft ist eine innere Verbundenheit der Seelen. Nur das ist eine wahre Gemeinschaft im Sinne des Sozialismus.

Diese Freiheit ist aber keineswegs Gesetzlosigkeit. Auch darin stimme ich völlig mit Steinbüchel überein. Doch gerade an diesem Punkte scheiden sich doch auch unsere Auffassungen. Denn wenn er sagt: „eine absolute Gesetzlosigkeit wird es im Sozialismus für die Einzelnen nicht geben" (S. 196), so meint er offensichtlich mit Gesetzlosigkeit das Fehlen staatlicher Zwangsgesetze. Ich indessen meine mit der Freiheit innere Selbstzucht und sehe darin die Gesetzlichkeit, im Fehlen dieser Selbstzucht aber die Gesetzlosigkeit. Wenigstens gilt das für die wahrhaft sozialistische Gesellschaft, für jede echte Gemeinschaft. Für den werdenden Sozialismus wird man freilich ohne äußere Autorität der Gesellschaft, d. h. aber ohne gesellschaftlichen Zwang nicht auskommen. Aber dieser Zwang ist der Feind jener inneren Freiheit, die Selbstzucht ist. Hier klafft erst der eigentliche Abgrund in der Problematik des Sozialismus. Dies Problem scheint mir Steinbüchel gar nicht gesehen zu haben, ebenso wenig wie übrigens Eduard Bernstein und Engels selbst, die er beide zu der Frage des Zwangs in der sozialistischen Gesellschaft heranzieht. Wenn er z. B. Bernsteins Satz zitiert: „Die Ausbildung und Sicherung der freien Persön-

lichkeit ist der Zweck aller sozialistischen Maßregeln, auch derjenigen, die äußerlich sich als Zwangsmaßregeln darstellen. Stets wird ihre genaue Untersuchung zeigen, daß es sich dabei um einen Zwang handelt, der die Summe von Freiheit in der Gesellschaft erhöhen, der mehr und einem weiteren Kreise Freiheit geben soll, als er nimmt," so kann man dem an sich wohl zustimmen. Aber damit ist dies letzte und eigentliche Problem noch nicht einmal berührt worden. Denn wie hier ganz richtig gesagt wird, *nimmt* dieser Zwang doch auch *Freiheit*, nämlich die Freiheit der Selbstzucht. Und das Kernproblem scheint mir doch das zu sein, wie nun diese letzten, denen hierduch die Freiheit zu absoluter Willkür genommen wird, die Freiheit der Selbstzucht erhalten oder besser: wie sie ihnen gegeben werden kann. Zwar bin ich gewiß dafür, daß ihnen die Freiheit zu absoluter Willkür genommen wird, denn es ist nur die Freiheit, andere zu unterdrücken, und so wird gerade hierdurch die Unterdrückung der einen durch die anderen beseitigt. Das ist aber doch nur die negative Aufgabe. Nun kommt die andere positive Aufgabe, alle Menschen, auch und gerade die egoistisch Widerstrebenden *innerlich* der Gemeinschaft einzugliedern und so erst wahre Gemeinschaft zu schaffen, d. h. ihnen die Freiheit der Selbstzucht zu schenken. Das wird durch diesen der Negierung der Unterdrückung dienenden Zwang nicht erreicht. Für die wahrhaft sozialistische Gesellschaft ist der Satz, daß es auch im Sozialismus *äußere* Autorität gebe, nicht richtig. Hier darf es nur innere Autorität, die zugleich innere Freiheit ist, geben. So sagt St. denn auch mit Recht: „Für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft wird die Freiheit erst möglich, wenn sie aus tiefstem persönlichen . . . Pflichtbewußtsein entspringt." Und ich unterschreibe vollkommen die Konsequenz, die St. daraus zieht: „Der Sozialismus bedarf also der sittlichen Erziehung des Menschen. Er ist zuletzt ein ethisches und ein pädagogisches Problem."

Gewiß, das ist richtig! Doch auch das genügt noch nicht.

Denn diese Erziehung ist nicht möglich in einer Gesellschaft, die so organisiert ist, daß sie gerade die entgegengesetzte Gefühlsweise und die diesem Pflichtgefühl feindliche Einstellung züchtet. Sie muß also zuerst oder doch zugleich geändert werden. Das ist aber, solange die Menschen innerlich noch keine Sozialisten sind, ohne gesellschaftlichen Zwang nicht möglich. Aller Zwang aber züchtet selbst wieder diese antisoziale Gesinnung. Hier liegt die eigentliche Schwierigkeit. Hier erst beginnt das Kernproblem. Zu ihm ist St. noch nicht vorgedrungen.

Aber diese Freiheit erstrebt der Sozialismus für alle Menschen. Alle haben das gleiche Recht auf Freiheit. Das ist die *sozialistische* Idee der Gleichheit![1]) In ihr steckt der Gedanke der absoluten *Gleichwertigkeit* aller Menschen, nicht der faktischen Gleichheit aller. Auch das Genie ist nicht mehr wert als andere Menschen und hat keine höheren Rechte als sie[2]). Die Idee der Menschenwürde leidet keine quantitative Abstufung. (Dadurch wird dem Genie sein Eigenrecht keineswegs genommen!) Zumal in dieser Idee der Gleichwertigkeit aller Menschen, die man auch als Idee der sozialen Gerechtigkeit bezeichnen könnte, scheint mir übrigens eine Art Wesensgleichheit zwischen dem Sozialismus und dem Christentum zu liegen. Denn vor Gott sind ja auch nach christlicher Lehre alle Menschen gleich[3]). Diese

[1]) Auch die Idee der Gleichheit kann man ganz verschieden auffassen, wie St. mit Recht hervorhebt. Doch darauf will ich hier nicht weiter eingehen. Näheres in meinem Buche a. a. O. Seite 48—49.

[2]) In diesem Punkte scheint mir St. zu schwanken. Wenn er S. 199 unten die ethische Demokratie als die „organisch-qualitative" bezeichnet, „die die Verschiedenheit der Individualitäten in ihrem Werte und ihrem Rechte anerkennt", so ist das zum mindesten mißverständlich ausgedrückt.

[3]) Hier besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zwischen den einzelnen Richtungen des Christentums, vor allem zwischen der katholischen und der protestantischen Lehre. Freilich darin

Gleichwertigkeit bedingt aber keineswegs Gleichheit der Lebensumstände, gerade das wäre ungerecht, weil sie der individuellen Verschiedenheit der Menschen nicht gerecht würde, sie bedingt nur gleiche Entfaltungsmöglichkeit für alle. Wie sich dann der Einzelne sein Leben gestaltet, ist seine Sache. St. faßt das sehr gut zusammen in dem Satz: „Die Gleichheit aller Menschen in ihrem Recht auf Persönlichkeit begründet zugleich das Recht auf Individualität". (S. 197.) Nicht absolute Gleichheit des Besitzes an Genußgütern ist daher auch das wirtschaftliche Ziel des So-

sind beide einig: alle Menschen sind Gottes Kinder, alle sind durch Christus erlöst. Aber für die katholische Lehre sind, wie St. selbst dartut, die Menschen vor Gott nur zu Anfang ihrer irdischen Laufbahn einander gleich. Nicht aber am Ende dieser Laufbahn. Sondern dann ist ihr Wert verschieden, je nachdem „wie weit Gottes Antlitz" in ihrer Seele „herausgebildet ist" (S. 200/201), also je nach ihrer Heiligkeit, die ihre eigene Leistung ist. Diese Lehre, daß man das Himmelreich durch „gute Werke" sich erarbeiten könne, lehnt nun der Protestantismus ab. Er hängt der Lehre von der Gnadenwahl an, nach der es keinerlei Verdienst vor Gott gibt. Aber auch nach dieser Lehre sind nicht alle Menschen vor Gott gleich, wie der Satz: „alle sind berufen, aber wenige sind auserwählt" deutlich zeigt. So scheint also das Christentum, freilich die verschiedenen Kirchen auf verschiedene Weise, doch eine Ungleichwertigkeit der Menschen vor Gott zu kennen. Denn im Grunde behauptet ja auch der Katholizismus diese Ungleichwertigkeit von Anfang an. Spricht doch St. selbst von den verschiedenen vor Gott geschenkten Individualitäten der Menschen. Zu dieser Individualität gehört doch auch die Kraft, seine Lebensaufgabe zu erreichen oder nicht zu erreichen. Liegt darin nicht auch eine versteckte Gnadenwahl? Trotzdem: alle sind Gottes Kinder und von Christus erlöst. Hier scheint mir ein Bruch in der christlichen Lehre zu bestehen, und zwar in beiden Spielarten. Jedenfalls muß für den Sozialismus betont werden, daß seine Idee der Menschenwürde durchaus unabhängig ist von der Leistung und Veranlagung. Der Wert des Menschen besteht ganz für sich. Sozialistisch ist es gerade, auch im Verbrecher den Menschen zu achten. Das wird freilich auch der Katholizismus für sich in Anspruch nehmen, aber er zieht nicht die Konsequenz daraus.

zialismus, sondern Schaffung gleicher Arbeitsbedingungen, auf dem Boden der Gewähr menschenwürdiger Existenz für alle. Dann kann sich gerade die Persönlichkeit in ihrer Eigenart entfalten.

Nicht viel weniger als alles kommt darauf an, wie nun die Gemeinschaft aussieht, die der Sozialismus begründen will [1]). Um ihren Charakter näher darzutun, stellt St., wie schon erwähnt, sie der individualistischen Gesellschaftsauffassung gegenüber, die eine Gemeinschaft nicht kenne, sondern nur eine Gesellschaft. Unter dieser sei eine nur äußerliche Verbundenheit, ein tatsächliches Zusammenleben einer Vielheit von Menschen zu rein praktischen Zwecken und aus bloßen Nützlichkeitserwägungen zu verstehen, während Gemeinschaft vor allem eine innere seelische Verbundenheit darstellt. Diese Unterscheidung ist ganz richtig. Ich muß mich aber dagegen wenden, wenn St. diese Unterscheidung mit der zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft gleichsetzt, die der bekannte Soziologe Tönnies in seinem berühmten Werk: „Gemeinschaft und Gesellschaft" macht. Denn bei Tönnies handelt es sich vor allem um eine Unterscheidung, die auf die Entstehung beider Arten der sozialen Verbundenheit abzielt, erst in zweiter Linie auf eine sachliche Verschiedenheit. Die sozialistische Idee der Gemeinschaft würde noch eher der soziologischen Kategorie des „Bundes" entsprechen, die Hermann Schmalenbach als dritte denen der Gesell-

[1]) St. erkennt an, daß auch Marx solche echte Gemeinschaft begründen will, bezweifelt freilich, ob in der von Marx erstrebten Gemeinschaft dem Individuum sein Recht werde. (S. 218.) Ich will hier nicht noch einmal mit ihm darüber rechten. Das Nötige ist schon weiter oben gesagt. Der Fehler liegt m. E. besonders in der Beurteilung des Klassenkampfes. St. vergißt, daß dieser keineswegs vom Marxismus als etwas Wertvolles begrüßt wird, sondern als etwas von der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung Aufgedrängtes hingenommen. Zugeben muß man freilich, daß St.'s Einwände zu Recht bestehen gegenüber der Praxis des Bolschewismus.

schaft und der Gemeinschaft beigesellen möchte[1]). Jedenfalls aber läßt die sozialistische *Idee* der Gemeinschaft die Frage ihrer Entstehung völlig offen, außerdem ist die Gemeinschaft, die der Sozialismus meint, durchaus ein Ideal, Tönnies meint mit ihr dagegen gewisse reale, in der Geschichte tatsächlich aufgetretene und bestehende soziale Verbundenheiten, wie z. B. die Familie, die geistigen Gemeinschaften etwa der Kirche und ähnliche. Diese sind aber nur in seltenen Glücksfällen der idealen Gemeinschaft nahegekommen, besonders die Familie ist sehr oft durchaus keine seelische Verbundenheit, sondern vielfach bloß ein durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen zusammengehaltener sozialer Verband. Aehnliches gilt, vor allem im Negativen, durchaus von den meisten kirchlichen Gemeinden, wenn auch zuzugeben ist, daß es Zeiten gegeben hat, wo eine stärkere innere Verbundenheit ihrer Glieder bestand (z. B. urchristliche Gemeinden).

Eigentümlich ist es, daß nach St.'s Meinung im Sozialismus neukantischer Richtung zwar die Menschenwürde gewahrt erscheine, jedoch „der Ausgleich zwischen Individuum und Gemeinschaft" nicht voll erfolge. Die Individualität des Einzelnen finde keinen Raum. Dieser Meinung kann man m. E. nur sein, wenn man die Idee der Menschenwürde nicht voll verstanden hat. Denn die Menschenwürde wird eben so lange nicht gewahrt, als der Individualität die Möglichkeit der Entfaltung nicht zugestanden wird. Die Begründung der Behauptung, daß der neukantische Sozialismus die Individualität nicht zu ihrem Recht kommen lasse, zeigt denn auch, daß St. diesen neukantischen Sozialismus durchaus nicht verstanden hat. Er begründet seine Behauptung nämlich mit dem Satz des neukantischen Sozialismus (der sich übrigens schon bei Fichte findet!), daß die Gattungs-

[1]) Vgl. Hermann Schmalenbach: „Die soziologische Kategorie des Bundes" in „Die Dioskuren", Jahrbuch der Geisteswissenschaften, München 1922.

vernunft sich in allen äußere. „Aus dem Allgemeinen der Vernunft" könne „das Besondere der Individualität logisch nicht begründet werden". Das gelte vor allem von Fichte und Hegel, bei denen die „allestragende Vernunft" „ins Metaphysische umgebogen" werde. Mir scheint, daß St. hier Fichte nicht genügend kennt. Denn gerade Fichte begründete die Individualität sehr wohl logisch aus jenem Satz, indem er lehrte, daß die allgemeine Gattungsvernunft in jedem Menschen auf eine besondere Weise zur Erscheinung komme; ja nur dadurch überhaupt in Erscheinung treten könne, daß sie sich individualisiere („Staatslehre" von 1813). Fichtes Idee der Nation ist z. B. eine bloße Anwendung dieser Erkenntnis. Die Nation, die für Fichte etwas durchaus Individuelles, Eigenartiges ist, ist nach ihm ja nur eine besondere Erscheinungsform der Menschheit, darin ist nach Fichte das Eigenrecht jeder Nation begründet wie ihre Eigenart erklärt.

Auch die andere Auffassung, der man im Sozialismus hier und da begegnet, daß die Vernunft des Einzelnen ein Teil der Gattungsvernunft sei, gibt eben der Individualität vollkommen ihr Recht. Denn sind die Teile jedes Ganzen nicht individuell?

Wird die Individualität der Teile dadurch verneint, daß man sie als Glieder eines Ganzen begreift? Wenn richtig wäre, was St. hier sagt, so müßte vor allem auch das Christentum die Individualität des Menschen verneinen, wenn es alle Menschen als Gottes Kinder und durch Christus erlöst bezeichnet.

Aber gerade nach christlicher Lehre offenbart sich Gott, der sich in jedem Menschen offenbart, auf ganz verschiedene Weise. Und im Christentum ist „die alle tragende Vernunft" doch in viel höherem Maße ins Metaphysische umgebogen als bei Fichte und Hegel. Also ist es keineswegs ein Vorzug des Plengeschen Sozialismus gegenüber dem neukantischen, daß er „alle Gleichmacherei" überwinde. Plenge

ist selbst durchaus ein Epigone des neukantischen, ja mehr noch des marxistischen Sozialismus [1]).

Ich stimme dagegen St. wiederum vollkommen zu, wenn er zeigt, wie gewisse Richtungen des Anarchismus, der einander im Grunde ganz entgegengesetzte geistige Strömungen in sich enthält, sich mit dieser Auffassung stark berühren. Ganz falsch wird dagegen der Gegensatz zwischen Gustav Landauer und Marx geschildert: dieser Gegensatz besteht keineswegs darin, daß der Marxismus die Individualität unterdrücke, Landauer sie aber verteidige (wenn auch Landauer selbst ebenfalls dieser Meinung war), sondern darin, daß Landauer durchaus Utopist war, völlig den Zusammenhang mit der sozialen Wirklichkeit verloren hatte. Das ist auch die Ursache seines tragischen Versagens als Politiker.

Auf Steinbüchels eigene Sozialtheorie, die er im Anschluß an Scheler entwickelt, brauche ich nicht näher einzugehen, sie deckt sich in allem Wesentlichen mit der des Sozialismus. Das gilt besonders auch von der Lehre, was in dem individuellen Geist des Menschen aus der individuellen Anlage stammt, was aus der Gemeinschaft, so, wenn er u. a. betont, daß dem Individuum „die Inhalte seines Geisteslebens" „erst in der Gemeinschaft und ihrer Tradition", „zur Aneignung, Durchdringung und Fortbildung geboten" würden (S. 227). Oder, wenn er hervorhebt, daß „Persönlichkeit und Gemeinschaft" „sich gegenseitig" „bedingen" (S. 228), „der objektive Wert die subjektive Bejahung durch das ... bewußte Individuum" „fordert" (ebenda). Besonders aber unterschreibe ich die Sätze: „Wert und Gesinnung stehen in innerem Verhältnis zueinander. Eine Gesinnung, die nicht auf die Verwirklichung von Werten gerichtet ist, ist nicht gut, ein Wert, der nicht von der Gesinnung ergriffen ... wird, bleibt eine leere Forderung" (ebenda). Daß der Sozialismus mit der for-

[1]) Diese Polemik gegen St. wendet sich übrigens ebenso gegen Gustav Landauer, der, so vorzüglich er in allem Positiven ist, in seiner Kritik des Marxismus völlig danebenhaut.

malen Ethik Kants nicht auskommt, sondern bestimmte oberste inhaltliche Werte voraussetzt, habe ja auch ich an anderer Stelle zu erweisen versucht [1]). Und so stimme ich schließlich auch St.'s „organischer" Gemeinschaftsidee zu, daß nur die Gemeinschaft wertvoll ist, in der die besondere Persönlichkeit eines Jeden gedeihen kann. Ja, ich sage darüber hinaus, nur eine solche Gemeinschaft *ist* wahre Gemeinschaft [2]).

St. vergleicht diese sozialistische Gemeinschaftsidee mit der christlichen. Er findet eine fast völlige sachliche Uebereinstimmung beider. (Der Protestantismus freilich sei individualistischer.) Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden scheint mir jedoch darin zu bestehen, daß das Christentum, besonders das katholische, wie sich auch hier wieder zeigt, geneigt ist, die einzelnen Menschen je nach ihren Verdiensten verschieden zu behandeln (S. 236). Es kann gar nicht genug betont werden, daß damit im Grunde die Idee der Menschenwürde wieder aufgehoben, zum mindesten stark beeinträchtigt wird. Gerade das empfinde ich von meinem sozialistischen Standpunkt aus als im tiefsten unsittlich. Der einzelne Mensch mit seinen subjektiven Empfindungen und Wertungen macht sich hier zum Richter. Wenn aber die christliche Lehre (in ihrer ursprünglichen Gestalt) einen Satz enthält, den ich für den Sozialismus in Anspruch nehmen möchte, so ist es vor allem der aus der Bergpredigt: „Richtet *nicht!*" In diesem Satz erst erhält die Idee der Menschenwürde ihre Krönung. Gerade er findet sich aber in den Lehrgebäuden der christlichen Kirchen durchaus nicht an erster Stelle. In ihm findet aber m. E. die sozialistische Gemeinschaftsidee ihre letzte Ausprägung. Wahre Gemeinschaft gibt es nur, wo die Menschen einander nicht mehr richten!

---

[1]) a. a. O. S. 12—15.

[2]) Auch hier übergehe ich wieder St.'s Kritik an den verschiedenen „Sozialismen". Sie ist falsch. Aber ich habe diese Kritik nun bereits genugsam widerlegt.

Also hierin scheint mir der wesentliche Unterschied zwischen Sozialismus und katholischem Christentum zu liegen. Dagegen liegt er m. E. keineswegs dort, wo St. ihn sucht. Wenn er glaubt, die christliche Gemeinschaftsidee unterscheide sich dadurch von der sozialistischen, daß erstere eine Gemeinschaft von Brüdern meine, die letztere nicht, daß dem Sozialismus das Element der Bruderliebe, der Menschenliebe fehlt, so dürfte nach dem Gesagten wohl klar sein, wie falsch das ist. Es ist wohl selbstverständlich, daß gerade in solcher Gemeinschaft, wie ich sie als die sozialistische geschildert habe, helfende Bruderliebe lebendig ist. Denn es ist wohl nicht möglich, diese völlige Achtung der Menschenwürde des anderen zu hegen, ohne ihm in brüderlicher Liebe zugetan zu sein. Deshalb ist es völlig unberechtigt, wenn das Christentum glaubt, in der Caritas eine Idee zu vertreten, die dem Sozialismus überlegen ist. Soweit in der Idee der Caritas nicht der durchaus die Achtung der Menschenwürde verletzende Gedanke der Wohltätigkeit enthalten ist, sondern sich wahre Bruderliebe äußert, soweit ist sie gerade ein sozialistisches Prinzip, das besser gewahrt ist, wenn man nicht richtet, als wenn man nach Verdienst und Würdigkeit die Menschen verschieden bewertet.

IV.

Ich bin am Schluß dieser Betrachtung angelangt. Das Buch St.'s ist jedoch damit bei weitem noch nicht erschöpft. Es enthält noch zweierlei, was hier nicht mehr behandelt werden kann; einmal eine eingehende Betrachtung der Wege, die der Sozialismus zur Verwirklichung seines Ideals einschlägt, und eine Religionsphilosophie. Bei ersterer offenbart St. wiederum, wenn er auch in vielem in die Irre geht, doch seine bewundernswerte Vorurteilslosigkeit und sein ernstes Ringen um Verständnis des sozialistischen Wollens. Da ich nur die Frage des sittlichen Kerns des Sozialismus behandeln wollte, muß ich mir ein Eingehen darauf ver-

sagen. Es könnte aber als ein Mangel erscheinen, daß ich auf die religiöse Frage nicht mehr eingehe. Denn sie hängt doch sachlich mit unserem Thema eng zusammen. St. selbst findet wenigstens in der religiösen Verankerung der geschilderten Ethik und Sozialphilosophie in der christlichen Lehre und dem Fehlen dieser Verankerung beim Sozialismus den eigentlichen Unterschied zwischen Sozialismus und Christentum. Der Sozialismus bleibe dabei stehen, die Menschheit, und als ihre Glieder alle Einzelnen, als höchsten Wert zu statuieren. Er bleibe im Humanismus stecken. Das Christentum aber unterbaue diesen Humanismus noch religiös. Dazu ist zu sagen: dies Problem liegt eben über Ethik und Sozialphilosophie hinaus. Hier ist die Grenze des Rationalen erreicht. Darüber hinausgehen würde heißen den Bereich der ratio unzulässig erweitern. Ich sehe gerade ein Verdienst des Sozialismus darin, daß er das unterläßt. Das zeigt, wie ungerecht der Vorwurf des Rationalismus ist, den man so gern (auch Steinbüchel tut das) gegen ihn erhebt. Mir will vielmehr scheinen, als seien die Kirchen, die über das Unsagbare etwas aussagen wollen, im Grunde die eigentlichen Rationalisten.

Soweit die Gesinnung etwas Rationales ist, ist sie verankert in Axiomen, die einer weiteren Begründung nicht mehr fähig sind. Die Begründungen, die die kirchlichen Dogmengebäude ihnen zu geben vorgeben, sind unter rationalem Gesichtspunkt doch nur Scheinbegründungen, denn sie geben dem Axiom lediglich eine andere Gestalt. Gott selbst ist auch nur ein unbegründbares Axiom. Es kommt auf den sachlichen Gehalt der Axiome an, nicht auf die Frage, wie Axiome noch weiter zu begründen sind. Die Axiome selbst sind Sache des Glaubens, als Glaubenssache liegen sie aber außerhalb des Bereichs der ratio. Das ist durchaus nicht psychologisch gemeint. Sondern: es gibt eben keinen besonderen Gegenstand, keinen besonderen intentionalen Bewußtseinsinhalt des religiösen Akts, sondern dieser hat durchaus denselben „inten-

tionalen Bewußtseinsinhalt" wie die Erkenntnis im weitesten Sinne, also einschließlich der Ethik. Das wird einem wohl dann am deutlichsten, wenn man mit Martin Buber Gott als den Inbegriff alles dessen im gesamten Weltall begreift, zu dem man Du sagen kann. Dann spürt man sofort, wie man im Gotteserlebnis nur das vertiefte und erweiterte, d. h. genauer zu Ende „gedachte" Erlebnis der Gemeinschaft mit allem was lebt und daher Lebensrecht hat, das Erlebnis des Bruderseins, der unendlichen Hinwendung, des grenzenlosen Dusagens und des Handergreifens und Anderhandergriffenwerdens erlebt. (Ein Gedanke, eine Idee von so unabsehbarer Bedeutung für den Aufbau eines religiösen Sozialismus, wie er erschütternd, erhebend und gewaltig ist.) Die Religion ist kein besonderes Gegenstandsgebiet, sondern ein besonderes psychisches Phänomen. Der Begriff der Religion ist kein philosophischer, sondern ein psychologischer Begriff. Infolge dieser meiner Grundauffassung von der Religion gibt es keine Möglichkeit, mich mit dem Inhalt der Religionslehre Steinbüchels auseinanderzusetzen. Die Frage nach dem Wesen der Religion, die uns scheidet, liegt aber wohl jenseits des hier behandelten Problems [1]).

[1]) Erst während der Drucklegung dieser Abhandlung ging mir die unter der gleichen Ueberschrift wie die in dieser Studie veröffentlichte Abhandlung Eduard Heimanns in Heft 1 des Bd. 52 des „Archiv für Sozialwissenschaft" zu. Ich konnte daher auf sie leider nicht mehr eingehen. Ich behalte mir eine Auseinandersetzung mit ihr für später vor.

Geographie und materialistische Geschichtsauffassung

Von *Gg. Engelbert Graf*

Geographische Probleme, Beziehungen zwischen Erdraum und Kulturentwicklung lagen offenbar Karl Marx fern, obwohl ihre Behandlung gerade für einen materialistisch denkenden Forscher uns heute besonders anziehend erscheint. Zwar stand Marx diesen Fragenkomplexen nicht etwa fremd oder gar ablehnend gegenüber. Er hat in seiner Studienzeit bei dem berühmtesten Geographen der damaligen Zeit, Karl Ritter, in Berlin Vorlesungen gehört; wenn er davon auch später nie spricht, so ergibt sich aus gelegentlichen Bemerkungen in seinen Schriften doch ein mindestens mittelbarer Einfluß Ritters und seiner Schule. In seinen hinterlassenen Papieren finden sich häufig Bemerkungen über notwendige geographische Untersuchungen, die im Anschluß an begonnene oder geplante Arbeiten noch anzustellen und deren Ergebnisse zu berücksichtigen seien, z. B. über Klima, Bodenformen, Bodenzusammensetzung. Aber über solche und ähnliche Anmerkungen, Problemstellungen und Vorsätze kommt Marx selten hinaus. Geographisches Sehen und Denken lag ihm nicht; er war eben viel mehr eine Synthese aus Philosoph, Nationalökonom und revolutionärem Politiker. Während Friedrich Engels mit einem merkwürdig feinen Instinkt für den geographischen Raum und seinen Einfluß auf die Geschichte ausgestattet war und in dieser Beziehung geradezu an F. Ratzel und unter den jüngeren Geographen an Kjellén erinnert. Charakteristisch sind z. B. seine Aufsatzserien über die orientalische Frage, ferner „Po und Rhein", „Savoyen, Nizza und der Rhein". Man kann ohne weiteres sagen, daß

der geographische Einschlag, wie er sich an einer ganzen Anzahl Stellen in Marx' Kapital und auch in anderen Marxschen Schriften vorfindet, unmittelbar auf Engels oder doch wenigstens mittelbar auf seinen Einfluß zurückzuführen ist. Marx selbst war zu geographischen Problemen viel zu wenig kritisch eingestellt und muß sich da gelegentlich von seinem Freunde sogar rüffeln lassen. Ein Beispiel dafür bietet u. a. der Briefwechsel zwischen beiden: am 7. 8. 66 empfiehlt Marx dem Freunde „ein sehr bedeutendes Werk — P. Trémaux, Origine et Transformations de l'Homme et des autres Etres"; „es ist trotz aller Mängel, die mir auffallen, ein sehr bedeutender Fortschritt über Darwin". Aber Engels antwortet am 2. 10. 66: „daß an seiner (Trémaux) ganzen Theorie schon deswegen nichts ist, weil er weder Geologie versteht noch der ordinärsten literarisch-historischen Kritik fähig ist... Außerdem ist hübsch, die Unterschiede zwischen einem Basken, einem Franzosen, einem Bretonen und einem Elässer auf die Bodenformation zu schieben, die natürlich auch daran schuld ist, daß die Leute vier verschiedene Sprachen sprechen.... Das Buch ist gar nichts wert, reine Konstruktion, die allen Tatsachen ins Gesicht schlägt...." Marx ist zwar mit diesem schroffen Urteil nicht zufrieden und macht einige Einwände; aber Engels antwortet: „Daß die geologische Struktur des Bodens mit dem ‚Boden', worauf überhaupt etwas wächst, sehr viel zu tun hat, ist eine alte Geschichte, ebenso, daß dieser vegetationsfähige Boden auf die Pflanzen- und Tierrassen, die darauf leben, einen Einfluß übt. Daß dieser Einfluß bisher so gut wie gar nicht untersucht worden ist, ist auch richtig. Aber von da bis zu der Theorie Trémaux' ist ein kolossaler Sprung. Es ist jedenfalls ein Verdienst, diese bisher vernachlässigte Seite hervorgehoben zu haben, und, wie gesagt, die Hypothese von dem entwicklungsfördernden Einfluß des Bodens im Verhältnis, je nachdem er geologisch älter oder neuer ist, mag innerhalb gewisser Grenzen richtig sein (oder auch nicht), aber alle

weiteren Schlüsse, die er zieht, halte ich für entweder total unrichtig oder heillos einseitig übertrieben."

Daß das geographische Element in ihren Schriften bei weitem nicht so zur Geltung gekommen ist, wie es notwendig wäre, das haben Marx und Engels selbst gefühlt. Darauf weisen die Randbemerkungen von Marx in seinen hinterlassenen Papieren hin, und bezeichnend hierfür ist u. a. eine Stelle aus einem Brief von F. Engels (abgedruckt im „Sozialistischen Akademiker", Bd. I, S. 353), die offenbar auch auf die Geographie hinzielt: „Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise verschulden müssen. Wir hatten den Gegnern gegenüber das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, *die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente* zu ihrem Recht kommen zu lassen."

Tatsache ist denn auch bis heute, daß die *Geographie im Rahmen der materialistischen Geschichtstheorie* bisher recht stiefmütterlich behandelt wurde. Zum Teil mag das allerdings daran liegen, daß das wissenschaftliche Arbeitsgebiet der Geographie bis in die jüngste Zeit hinein selbst von den Fachgeographen ganz verschieden weit abgesteckt wurde und daß speziell die Anthropogeographie, die Menschen- und Menschheits-Geographie noch klare Forschungsziele und Forschungsmethoden vermissen läßt, so daß ihr vielfach von den Nachbarwissenschaften die eigene Daseinsberechtigung überhaupt abgestritten werden konnte. Nunmehr scheint es aber doch an der Zeit, die geographischen Forschungsergebnisse und Forschungsmethoden, soweit sie überhaupt dafür in Frage kommen, in das sonst unvollständige Gebäude des historischen Materialismus einzubauen.

Denn sicher hat die geographische Wissenschaft einen erheblichen Anteil an der Entstehung der materialistischen Geschichtsauffassung. Menschliche Daseinsformen, Kultur-

zustände, Völkereigenschaften auf räumliche Ursachen zurückzuführen, derartige Versuche und teilweise auffallend gut gelungene Versuche liegen zahlreich aus vormarxistischer Zeit vor. Die Erklärung mehr statischer Elemente in der Geschichte durch materielle Faktoren, das war schon vor Marx und Engels nichts Neues mehr. Ihr unbestreitbares Verdienst ist es, als erste den Kern der geschichtlichen Dynamik erkannt, nicht die Zustände, das Ruhende in der Geschichte in den Mittelpunkt des Forschens gestellt zu haben, sondern die Bewegung, das Revolutionäre, als dessen Resultat dann die Zustände erscheinen. Damit fällt aber auch der teleologische Charakter der bisherigen Geschichtsforschung weg, der von dem Sinn der Geschichte aus sich orientiert, und räumt den Platz der eigentlich wissenschaftlichen, der kausalen Erklärung. Es verschiebt sich gleichsam der Standpunkt des Forschers; er blickt nicht von Erreichtem aus zurück, sondern schließt von Gegebenheiten auf Notwendigkeiten und Möglichkeiten; er steht nicht mehr an einer begrenzenden Peripherie, sondern im Zentrum quälender Gewalten, die sich durcheinanderdrängen und aufeinander in eine unbegrenzte Ferne hineinwirken. Und damit ist schließlich auch erst der Mensch bis zum Steuerrad seiner Geschichte und seiner Geschicke vorgedrungen.

Auf dieses dynamische Zentrum hin muß sich auch derjenige Teil der Geographie, der sich mit den Beziehungen zwischen Menschen und geographischem Milieu befaßt, die Anthropogeographie, orientieren, wenn sie nicht in unfruchtbarer l'Art pour l'Art = Isolierung verharren und versteinern soll.

Natürlich muß es mir völlig fern liegen, an dieser Stelle eine ausführliche Theorie des historischen Materialismus, die uns ihre Begründer sowohl wie deren unmittelbare Schüler bekanntlich schuldig geblieben sind, zu geben. Es sollen im allgemeinen hier nur diejenigen Stellen aufgezeigt werden, wo geographische Forschung und materialistische

Geschichtsauffassung zusammengehen und dieses Zusammengehen zu wesentlichen Resultaten führt.

Die Bedeutung geographischer Forschung für den historischen Materialismus kann erst dann sichtbar werden, wenn man sowohl das einzelne historische Ereignis oder die statischen Zustände einer Zeit,. wie auch den Ablauf der Geschichte, also ihre Dynamik, analysiert, d. h. in ihre einzelnen Komponenten auflöst. Beginnen wir mit den Komponenten eines historischen Ereignisses, d. h. mit der Untersuchung aller derjenigen Faktoren, die die Eigenart eines jeden historischen Ereignisses bestimmen. Ob es sich dabei um die Erfindung des Schießpulvers oder um die Marneschlacht, um Wallensteins Ermordung oder um die erste Zeppelinfahrt, um den Zusammentritt der Weimarer Nationalversammlung oder um die jüngste Erdbebenkatastrophe in Tokio handelt — es werden stets folgende Komponenten bei dem Ereignis mitwirken: Menschenindividuen (sonst wäre es ja keine Geschichte!), Naturmilieu (denn außerhalb eines naturbestimmten Raums können sich keine geschichtlichen Geschehnisse abspielen), Technik und Gesellschaftsbeziehungen. Die integrierende Bedeutung dieser Komponenten fällt sofort in die Augen, wenn wir bei einem einzelnen historischen Ereignis die — sonst ganz unnötig und fast läppisch erscheinende — Frage stellen: wie sähe das betr. Ereignis aus, wenn nicht gerade diese Individuen dabei mitgewirkt hätten? wenn es sich in einem andern Milieu abgespielt hätte? wenn der technische Kulturzustand ein anderer gewesen wäre? wenn es bei anders organisierten Menschengruppen eingetreten wäre? Jedes historische Ereignis geschieht nur einmal. Ben Akiba ist im Irrtum, wenn er meint, es sei alles schon einmal dagewesen. Historische Ereignisse können sich nicht wiederholen; und was jedem Einzelereignis ein besonderes charakteristisches Gepräge gibt, das ist die jeweilige Kombination, in der die genannten Komponenten, Individuen, Milieu, Technik und Vergesellschaftsform, sich befinden und

aufeinanderwirken. Denn sie wirken nicht jeder für sich allein, sondern stehen in mehr oder minder ausgeprägter Wechselbeziehung zueinander. Individuum und Milieu, Milieu und Technik, Technik und Organisation, Organisation und Individuum, Individuum und Technik, Milieu und Organisation beeinflussen sich gegenseitig. Aber sie beeinflussen einander nicht allein zur Zeit der historischen Ereignisse, das aus ihrer Kombination entspringt; jeder Einzelfaktor von ihnen ist aus der ganzen Vergangenheit herauf das Produkt unendlich vieler sich durchkreuzender, sich aufhebender und sich verstärkender Kombinationen. F. Engels schrieb einmal sehr treffend in einem Brief an C. Schmidt (1890): „Was den Herren allen fehlt, ist Dialektik. Sie sehen stets nur hier Ursache, dort Wirkung. Daß dies eine hohle Abstraktion ist, ... daß der ganze große Verlauf in der Form der Wechselwirkung vor sich geht, daß hier nichts absolut und alles relativ ist, das sehen sie nun einmal nicht" — und ein andermal (1894): „Es sind also unzählige, einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ereignis — hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer als Ganzes bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann."

Mit diesem Vorbehalt können wir auch die genannten Komponenten in zwei Gruppen zusammenfassen. Individuum, der einzelne, isoliert gedachte Mensch, und Milieu, die Erdumgebung, die ihn einhüllt, gehören ursprünglich und auch heute noch mindestens vorwiegend dem Naturreich an, während Technik und die mannigfachen Formen der Menschengruppierungen, als Integration oder als Differentiation, auch dann der Kultursphäre zugezählt werden müssen, wenn sie mit durch die Natur bedingt, geformt oder beeinflußt sind.

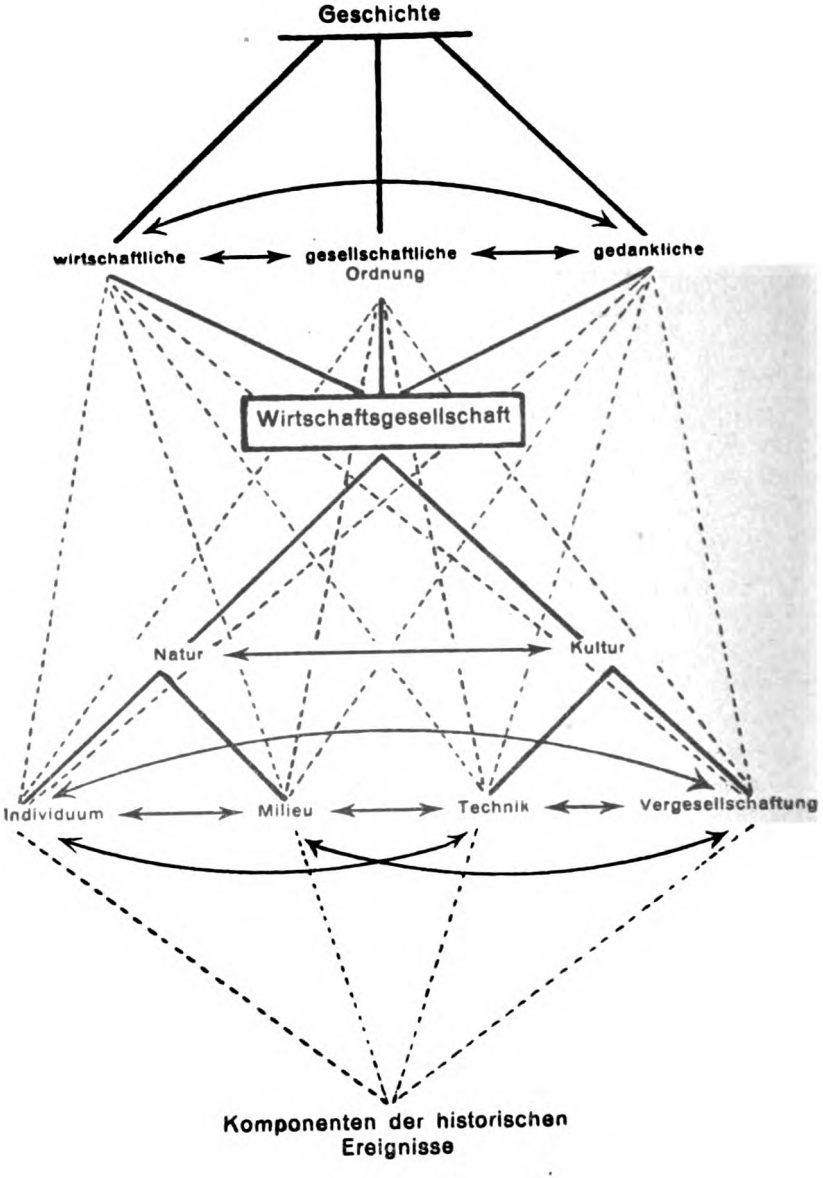
Aus der Aufeinanderfolge der historischen Ereignisse — wobei Zustände kulturlicher Art letzten Endes auch nichts anderes sind, als gleichsam in die Länge gezogene Ereignisse, deren Anfang zudem weder mit dem Ende, noch mit irgend

einer der dazwischen liegenden Phasen sich völlig deckt — und aus ihrer gegenseitigen Wechselwirkung resultiert der Ablauf der Geschichte. Vergleichsweise, d. h. mit der Einschränkung, daß jeder Vergleich hinkt und nur zur Veranschaulichung dient, kann man deshalb die Komponenten der historischen Ereignisse als das Material bezeichnen, aus dem sich der Boden der Geschichte zusammensetzt.

Der Mutterboden der Geschichte ist die Gesellschaft im Marxschen Sinne, die Wirtschaftsgesellschaft. Aus ihr sproßt das Leben der Geschichte hervor. Aber dieser Mutterboden ist nichts Unveränderliches. Hier liegen die letzten Triebkräfte geschichtlichen Geschehens; aber diese Triebkräfte unterliegen wieder selbst einem dauernden Wandel. Indem sie verändern, verändern sie sich selbst.

Die Wirtschaftsgesellschaft wurzelt notwendig im Materiellen; daher ist trotz der nur allzu häufigen und verwirrenden Verwechslung mit dem philosophischen Materialismus der Name „historischer Materialismus" trotz der Gefahr der Mehrdeutigkeit gut gewählt. Der Urtrieb jedes Lebewesens, der Trieb, der auch das Bewußtsein gebar, ist der Trieb der Selbsterhaltung; die Arterhaltung ist ursprünglich lediglich unbeabsichtigtes und unerkanntes Resultat eines zudem nur periodisch auftretenden Lusttriebes.

Aber die isolierte reine Wirtschaftsgesellschaft ist nur ein Abstraktum, das man sich wohl konstruieren kann, das aber in der Wirklichkeit nie bestanden hat. Denn die Wirtschaftsgesellschaft ist ohne eine Mehrheit von Menschen nicht denkbar, und jedes Geschehen in der Wirtschaftsgesellschaft muß notwendigerweise nicht allein durch die Mägen und ähnliche Organe der wirtschaftenden Menschen, sondern auch durch ihre Sinne und durch ihre Gehirne hindurch und erzeugt so in wechselseitiger Kombination *Ordnungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und gedanklicher Natur*, das, was hier und da auch als *ökonomischer, sozialer und ideologischer Ueberbau der Geschichte* bezeichnet zu werden pflegt. Auch diese


Geschichte
wirtschaftliche
gesellschaftliche
Ordnung
gedankliche
Wirtschaftsgesellschaft
Natur
Kultur
Individuum
Milieu
Technik
Vergesellschaftung
Komponenten der historischen
Ereignisse

Ordnungen führen kein isoliertes Eigenleben, sie wirken aufeinander und durchdringen einander; und es können selbstverständlich auch direkte, sich gegenseitig überschneidende, oft sich aufhebende, oft sich verstärkende Beziehungen mit den Ur-Komponenten des historischen Einzelgeschehens mit Individuum, Milieu, Technik und Organisation sich herausbilden. Die Resultante aus dem Rattenkönig dieser Beziehungen, das ist die Geschichte.

Das beigefügte Schema, das natürlich dem dialektischen Fluß der Geschichte nicht zu folgen vermag, soll die möglichen Beziehungen in etwas veranschaulichen; es muß selbstverständlich nach der Breite und nach der Tiefe hin, in Anbetracht der Vielheit der historischen Ereignisse gleichzeitig in der Gegenwart und rückwärts in die Vergangenheit hinein, erweitert gedacht werden. Und die gegenseitige Verflechtung ist in Wirklichkeit noch viel komplizierter als die schematische Darstellung wiedergeben kann, zumal das Schema nur über Möglichkeiten der Beziehungen etwas aussagt, aber deren wechselnde Intensität nicht darzustellen vermag.

Das Schema zeigt aber jedenfalls auch das Abwegige, weil Einseitige jeder nur-ideologisch oder nur-geographisch oder nur-individualistisch oder nur-ökonomisch oder nur-technisch eingestellten Geschichtsauffassung. Alle kausalen historischen Elemente ordnen sich erst zu einem harmonischen Ganzen durch ihre Beziehung auf die im Mittelpunkt befindliche Wirtschaftsgesellschaft.

Wo ordnet sich aber in diesem Schema der *geographische Einfluß* ein? Geographische Begebenheiten — kleine, meteorologische Ereignisse, Pflanzenmilieu, Bodenarten, Bodenschätze, Flüsse, Meere, Gebirge, Ebenen, Wüsten, Gletscher usw. — können verschieden auf den einzelnen Menschen, auf Menschengruppen und damit auf den geschichtlichen Ablauf wirken. Schon die Menschheit an sich ist ja etwas Geographisches, ist eine Deckenerscheinung auf der Erde, ähnlich wie Wasser und Pflanzenkleid. Auf den

Menschen und auf die Menschen wirken nun die geographischen Faktoren teils als Ursachen für Veränderungen der verschiedensten Art, teils als Motive für bestimmte Wandlungen. Vor allem sind sie bestimmend für das *Milieu*, in dem jedes Ereignis sich abspielt, gleichgültig, ob der Mensch sich ihnen anpaßt oder ob er sie für seine Zwecke umzuändern versucht. Von ihnen werden die Individuen, werden Technik und Organisationen beeinflußt; aber ihr unmittelbarer Einfluß reicht auch bis zur Wirtschaftsgesellschaft und ihrem historischen Ueberbau, wo weder in der ideologischen, noch in der sozialen, noch in der ökonomischen Ordnung der geographische Einschlag ausgeschaltet werden kann. Man kann vielleicht bei der Geschichte eines Individuums von Naturgegebenheiten, von geographischem Milieu völlig absehen, ohne daß diese Biographie erkennbar darunter leidet; bei einer Geschichte der Menschen wird das aber nicht gelingen. Strittig ist natürlich immerhin die Frage, welche Bedeutung im einzelnen Fall dem geographischen Einschlag zukommt und wie seine Wirkung ausgelöst wird. Zwischen Negation und Ueberbetonung des geographischen Einflusses bestehen da alle Nuancierungen. Es gibt selbst Geographen, die sich rein negierend verhalten; z. B. schreibt Ernst Friedrich in einer Rezension: „Weder Temperatur, noch Niederschläge, noch Klimaschwankungen, noch Bodenformen, noch Lage zu den Meeren, noch Flüsse, noch Wald sind wesentlich für die Entstehung und Weiterentwicklung der Staaten.“ Dieser Unterschied der Ansichten wird, abgesehen von den Sonderinteressen der Spezialforscher, bestimmt durch den verschiedenen Entwicklungsgrad der geographischen Wissenschaft und durch ihre Bedeutung, die sie im Rahmen der jeweiligen Zeitereignisse und Kulturerfordernisse besitzt.

Die Beziehungen zwischen Mensch und Erde aufzudecken und zu erforschen, ist, vom geographischen Standpunkte aus betrachtet, Aufgabe der *Anthropogeographie*. Die Anthropo-

geographie ist zugleich eine sehr alte und eine sehr junge Wissenschaft. Wo immer sie entstand, erwuchs sie nicht aus geographisch-wissenschaftlichen Bedürfnissen; sie ist *Zweckwissenschaft*, fast stets eine *politische Wissenschaft*, als Werkzeug in den Händen politischer Gewalten entstanden, und ihr Schicksal folgte von je den politischen Oszillationen. Das geht deutlich aus ihrer Entwicklung hervor, und deutlich spiegelt sich in ihrer Begünstigung oder Vernachlässigung der Wandel verschiedener Geschichtsauffassungen wieder. Sie war Waffe im Kampf zur Demokratie aufsteigender Schichten gegen das Schöpfungsdogma der Theokratie und gegen absolutistische Autokratie; und sie war Vorwand, Vorbereitung und Niederschlag imperialistischer Expansion, sowohl wenn es galt, die Grenzen des Staates auszuweiten, wie bei der Erwerbung überseeischer Kolonien; und Diplomaten, Strategen und Wirtschaftsführer konnten ihrer in solchen Zeiten nicht entraten. In Zeiten, in denen sich die räumlichen Menschheitsbewegungen auf ein Minimum beschränken, verliert sich auch das Interesse an anthropogeographischen Problemen; der immobile Feudalstaat des Mittelalters, der „geschlossene Handelsstaat" der Frühzeit des Industriekapitals sind Beispiele dafür.

Aus diesen Tatsachen heraus erklären sich auch zu einem großen Teil Unvollkommenheiten und Mängel der Anthropogeographie in ihrer heutigen Form. Sie ist von Haus aus nicht nach großen Gesichtspunkten entwickelt worden, sie orientierte sich nach außerhalb der geographischen Wissenschaft liegenden Zwecken, wurde von ihnen selbstverständlich beeinflußt, ordnete sich ihnen vielfach sogar bewußt unter. Zeitweise war sie überhaupt kein Feld für Geographen; unkritischer Dilettantismus, philosophisches Raisonnement beherrschten sie, und die oft recht willkürliche und oberflächliche Deutung der Beziehungen zwischen Mensch und Erde diskreditierten sie bei allen exakten Forschern. Man hat

heute oft noch große Mühe, gegen vorgefaßte Meinungen und voreilige Schlüsse aus dieser Hinterlassenschaft anzukämpfen.

In ausgeprägtester Form folgte in der Neuzeit die individualistisch-heroische auf die theologische, die ideologische und geographische Geschichtsauffassung auf die individualistische, bis Marx den gordischen Knoten zerhieb und die Wirtschaftsgesellschaft als die historische Triebkraft bloßlegte. Aber auch schon im Altertum begegnen wir anthropogeographischen Geschichtsdeutungen; Hippokrates und Strabo, im 4., bzw. im 1. vorchristlichen Jahrhundert, leiten geschichtliche und volkliche Tatsachen bereits aus dem Einfluß von Klima, Bodengestaltung und Volksdichte her. Dem Mittelalter lagen jedoch derartige Probleme völlig fern. Noch Bossuet im 17. Jahrhundert erklärte z. B. Werden und Entwicklung der Staaten lediglich durch unmittelbare göttliche Einwirkung. Doch diese Auffassung strafte der Absolutismus dieser Zeit selbst Lügen und setzte an Stelle der theologischen die heroisch-individualistische Geschichtsauffassung, die die Kulturfortschritte der Menschheit auf das Wirken einzelner hervorragender Genies — der Herrscher vor allem — zurückführt. In gewissem Sinne war eine Erweiterung und Demokratisierung dieses Gedankens die ideologische Geschichtsauffassung, die in den Ideen, gepaart mit dem freien, schöpferischen Willen des Menschen das dynamische Prinzip der Geschichte zu erkennen glaubt; nicht die Könige und Feldherrn, sondern die Denker machen die Geschichte.

Das aufstrebende, im Kampf gegen die tief verankerten feudalen Gesellschaftskräfte der damaligen Zeit stehende Bürgertum erhielt Antriebe zu anthropogeographischer Betrachtung von verschiedenen Seiten und in verschiedenen Ländern. Die Erschließung immer neuer Kolonialgebiete gab zahlreichen Entdecker- und Forschertalenten Betätigungsmöglichkeiten und verhalf uns zu den für das 18. und 19. Jahrhundert so charakteristischen abenteuerlichen Reiseschilderungen und Kolonialromanen. Meister der Beobachtung

und Schilderung wie Forster, Darwin, Alexander v. Humboldt u. a. hätten im Mittelalter sich nicht entfalten können. Psychologisch eigenartig ist es, wie vielfach die Beengtheit des Bürgertums in dem heimatlichen absoluten Staat draußen sich umsetzt in kosmopolitische Schwärmerei, in eine Verherrlichung der freien, paradiesischen Ungebundenheit der Naturvölker; eine Verherrlichung, die so weit geht, daß fast alle Reiseillustrationen des 17. und 18. Jahrhunderts übermäßig idealisiert sind und jede Wirklichkeitstreue vermissen lassen. In der Heimat spielte sich der Kampf zwischen Bourgeoisie und den bestehenden Gewalten zuerst auf ideologischem Gebiete ab; und so mündete der Kampf gegen die Kirche in Freigeisterei, gegen den Absolutismus in einen Kampf gegen die heroische Geschichtsauffassung aus. Die historische Bedeutung der Klassen war noch nicht erkannt, die unmittelbare Wirkung besonders des geographischen Milieus auf den Menschen schien genügend, um auch den Ablauf der Geschichte natürlich und unabhängig von dem Willen des Herrschers und der Sorge des Landesvaters erklären zu können. Bereits im 16. Jahrhundert kommen derartige geschichtliche Deutungsversuche auf. Bodin vertritt z. B. in seinem Buche „De la République" (1577) die Abhängigkeit der Volkscharaktere und Völkerschicksale von Klima, Bodengestalt, Bodenbeschaffenheit und politischem Wirkungsraum. Montesquieu („Esprit des lois". 1748) hat diese Beziehungen ausführlicher behandelt und mit betonter Einseitigkeit die Einwirkung des Klimas auf Sitten und Gesetze in den Vordergrund gerückt. In Deutschland, wo diese Fragen für die Bourgeoisie und ihre Exponenten in der Gelehrtenwelt noch nicht die aktuelle praktische und politische Bedeutung hatten wie in Frankreich, wurde das Material mehr philosophisch verarbeitet und vertieft. Vgl. J. Chr. Adelung, Versuch einer Geschichte der Kultur des menschlichen Geschlechts 1782; Herder, Ideen zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit 1784; Kant, Ideen zu einer all-

gemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht 1784; Mutmaßlicher Anfang der Menschheitsgeschichte 1786. Gewiß sind das alles damals vielfach nur geistreiche philosophische Schlußfolgerungen, die ohne kritisch-geographische Nachprüfung verallgemeinert wurden. Trotz dieses schwachen fachwissenschaftlichen Fundaments hatten sie die ungeheure Bedeutung, daß sie zum erstenmal auf die Möglichkeit und Wichtigkeit natürlich fundierter historischer Gesetzmäßigkeiten hinwiesen.

Auf geographischen Boden übertrug die anthropogeographischen Probleme zuerst *Carl Ritter*. Er versuchte, den geographischen Schauplatz des geschichtlichen Geschehens als das Primäre darzustellen, von dem jede Betrachtung auszugehen habe. Daß in seinen Werken Verstiegenheiten und Uebertreibungen oft recht zahlreich sind, ist bei dem damals noch wenig gesichteten und von anderswo herzugetragenen Beobachtungsmaterial nicht zu verwundern; der Vorwurf jedoch, der ihm später gemacht wurde, seine vergleichende Erdkunde sei lediglich bigotte geographische Teleologie, ist in dieser Härte und Schärfe unberechtigt. Aber Carl Ritter hatte das Unglück, in einer Periode zu wirken, in die der Sieg der Bourgeoisie und der Sieg der Maschine fiel. Damit änderten sich auch die Interessen der nunmehr herrschenden Klasse. Nicht mehr brauchte nun fürs erste der Blick in die Weite zu gehen; der „nationale Staat" und seine Inneneinrichtung und Ausbeutungsmöglichkeiten boten Probleme in Hülle und Fülle. Was sollte da noch eine „vergleichende Erdkunde"? Gegen Ende seiner Lehrtätigkeit bereits fand Ritter keinen Resonanzboden mehr; seine Schüler noch viel weniger, und sie verstiegen sich damit ins Phantastische. Die Anthropogeographie beschränkte sich in der Hauptsache auf eine öde statistische Inventarisierung des Staateninhalts. Viel schärfer traten nunmehr die sozialen Differenzen in die Erscheinung, beanspruchten die Klassenkämpfe ein lebhaftes Interesse; kein Wunder, daß Marx vom Gesellschafts-

und Wirtschaftsleben seiner Zeit die treibenden Anregungen empfing.

Die Geographie sank so zeitweise zu einer solchen Bedeutungslosigkeit herab, daß ihr kaum ein Lehrstuhl an einer deutschen Universität zur Verfügung stand. Erst allmählich gewann sie wieder Boden, aber nicht von der anthropogeographischen Seite her. Die industrielle, agrarische und verkehrspolitische Durchpflügung des Landes auf der Suche nach neuen Ausbeutungsmöglichkeiten zwang zur Beschäftigung mit der physischen Natur. Eine Reihe von Teilgebieten lösten sich so von der Geographie los und entwickelten sich zu selbständigen Wissenschaften — vgl. Meteorologie, Ozeanographie, mathematische Geographie; in der eigentlichen Geographie kristallisierte sich das Interesse vorwiegend um die Probleme der Bodengestalt, der Morphologie, so daß z. B. Peschel, Gerland u. a. die Anthropogeographie vollständig ablehnten. Beziehungen zwischen geographischem Raum und Menschen zu behandeln, galt als feuilletonistisch und unwissenschaftlich; und die Beschäftigung mit den naturwissenschaftlichen Problemen des Menschen überließ man völlig der sich von der Geographie abtrennenden Anthropologie und Ethnologie, die aber erst mit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Durchforschung der außeneuropäischen Kontinente wirksam werden konnten.

Wiederum waren es aktuelle politische Zeitfragen, die die Geographie in anderes Fahrwasser lenkten. Zunächst war es, in Deutschland sowohl wie in den anderen kapitalistischen Staaten, der Uebergang zu erneuter imperialistischer Expansion, besonders seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, der zu anthropogeographischen, speziell geopolitischen Gedankengängen zwang. Auch dieser Zeit war eine Periode fleißiger Pionier- und Entdeckerarbeit in fernen Ländern vorausgegangen; im Gegensatz zu früheren Weltreisen jedoch bildete nunmehr das noch unerforschte Innere der Kontinente das Ziel. Diese Periode ist auch heute noch

nicht ganz abgeschlossen, wenn auch der größte Teil der Erde bereits bekannt ist. Das wirtschaftliche Interesse an fremden Ländern erfuhr aber eine nicht unwesentliche Abänderung. War in früheren Jahrhunderten der Handelsverkehr auf europäische Exportwaren und nur auf wenige Ueberseeprodukte beschränkt, so suchte man nunmehr in der ganzen Welt nach Gelegenheiten für die Gewinnung der verschiedensten industriellen Rohstoffe, prüfte alles auf seine Verwendbarkeit für die Wirtschaft und regte so dauernd zu einer Art weltwirtschaftlicher Inventarisierungsarbeit an, die allmählich eine geographische Warenkunde entstehen ließ. Auch die mannigfachen Verkehrsprobleme, ihre bisherigen und ihre möglichen Lösungen regten zu geographischer Behandlung an. Vor allem jedoch war es die politische Geographie, die von dieser Zeit ganz ungemein befruchtet wurde, besonders als das Interesse an räumlicher Erweiterung der Staaten auf weitere Volkskreise übergriff.

In Deutschland hat *Friedrich Ratzel* diese Renaissance der Anthropogeographie eingeleitet. Seine Hauptwerke sind zwar vom großen Publikum nicht so gelesen worden, wie sie es verdient hätten, und manches darin mag wohl für einen strengwissenschaftlichen Maßstab allzu vage oder allzu feuilletonistisch erscheinen. Aber er hat doch ungemein anregend gewirkt. Weniger auf die eigentlichen Fachgeographen, unter denen er in Deutschland seiner Zeit zunächst sehr wenig Nachfolger fand, als auf politische Köpfe wie Naumann, Rohrbach, Ruedorffer, und auf Historiker wie Helmolt und Lamprecht.

Ratzels allgemeine Bedeutung liegt wohl, wie Lamprecht in seiner Gedächtnisrede auf ihn ausführte, darin, daß er mit eiserner Konsequenz mit den anthropozentrischen Zielsetzungen der bisherigen Anthropogeographie brach und die Menschenschicksale in ähnliche kausale Beziehungen und Gesetzmäßigkeiten eingeschlossen sah wie jede andere biologische Erscheinung. Seine „Anthropogeographie" (1882)

mutet wie eine neue biologische Disziplin an, und seine „Politische Geographie“ (1897) war der erste Versuch einer geographischen Unterbauung des Werdegangs und der Struktur der Staaten.

An Ratzels Tätigkeit schließt sich ein Aufschwung der anthropogeographischen Wissenschaften an, weil die Zeitumstände, die sein Wirken trugen, verstärkt weiter wirkten. Zumal in unserem Jahrhundert, da die weltpolitischen Spannungen und ihre wiederholten Entladungen, zuletzt im Weltkrieg, auch den Laien allmählich zu geographischen Gedankengängen zwingen mußten. Dieses gesteigerte Allgemeininteresse findet seinen Ausdruck in der Tätigkeit hervorragender Anthropogeographen — Hettner, Dix, Kjellén, Krebs, Sieger — und in der Tatsache, daß gerade in jüngster Zeit viele Geographen unter dem Druck der Gegenwartsprobleme von der physischen zur Anthropogeographie übergingen.

Jetzt stellt sich aber auch mehr und mehr — über die ursprünglich sehr hoch und sehr weit gespannten Pläne hinaus — eine gewisse Begrenztheit der geographischen Methode und eine fühlbare Unvollkommenheit und Unsicherheit in den bisherigen Arbeitsresultaten heraus, soweit sie über Sammeln und Sichten des vorhandenen Materials hinausgingen. Ja sogar an das Letztere zu rühren, ist die Skepsis gezwungen. Wir verlangen heute von einer Wissenschaft mehr als geistreiche Aperçus und allgemeine, verallgemeinerte und verallgemeinernde Behauptungen, die oft nicht mit Unrecht manchem Anthropogeographen zum Vorwurf gemacht werden. Zur Darstellung und zum Nachweis von Gesetzmäßigkeiten gehören — das Experiment scheidet ja in der Geschichte völlig aus — lange Beobachtungsreihen; und daran hapert es vielfach. Darüber klagt z. B. Willy Hellbach in seinem Buch „Geographische Erscheinungen“, daß unstreitig die Erde als Milieu auf den Menschen und die Menschheitsgruppen einen ungeheuren Einfluß ausübe, daß aber über die Art dieses Einflusses die widersprechend-

sten Behauptungen in der Literatur auftreten, was nur dadurch zu erklären sei, daß mehr oder weniger kritiklos einzelne Beobachtungen verallgemeinert wurden, statt daß erst aus einer Vielheit vorsichtig auf ein einheitliches Gesetz geschlossen würde.

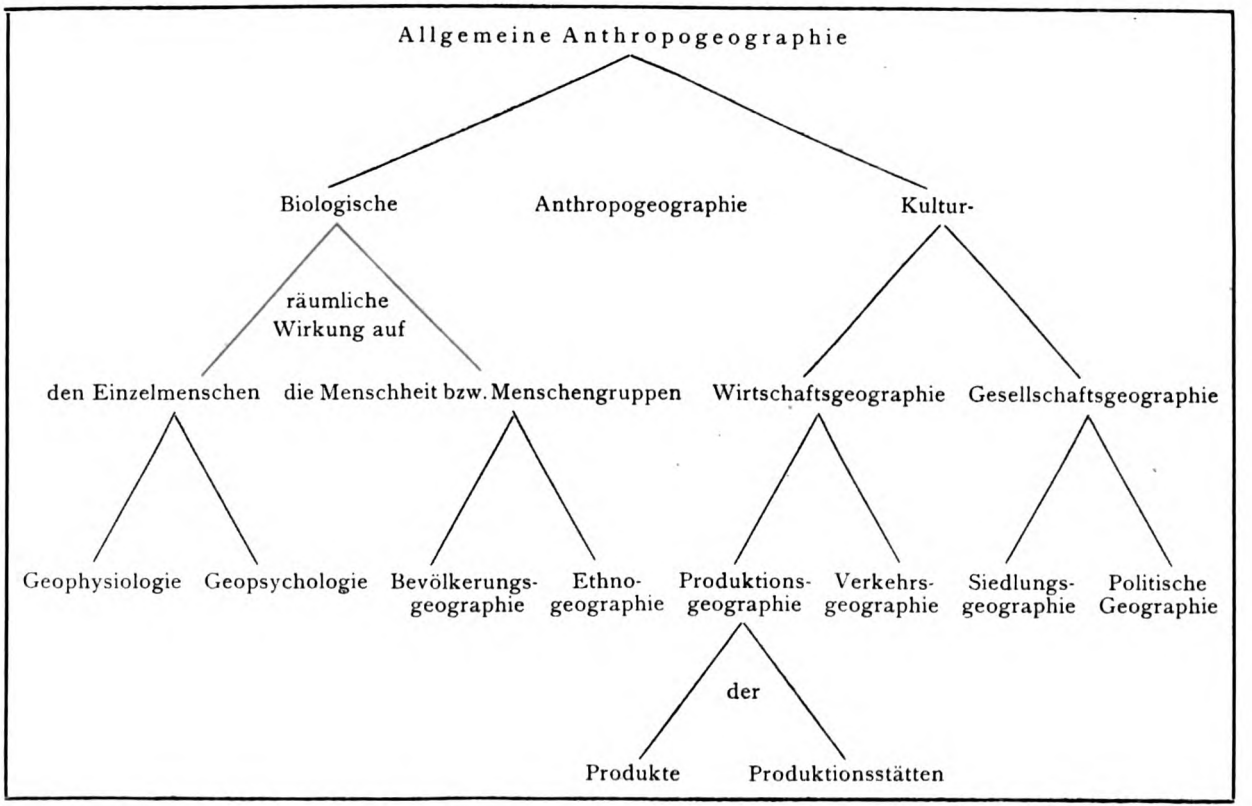
Die nächste Zeit wird wohl in Anbetracht des ungeheuren, nur schwer von Einzelnen zu bewältigenden Stoffes eine Teilung der Erdkunde in Länderkunde und in allgemeine Geographie bringen. Innerhalb der allgemeinen Geographie wird sich als Spezialgebiet die Anthropogeographie abtrennen und dann auch einen viel stärkeren Anschluß als bisher an die verwandten Disziplinen finden, an Ethnologie, Soziologie, Oekonomie und Geschichte. Sie wird deshalb ihren Charakter als chorologische, d. h. Raumwissenschaft nicht im mindesten aufzugeben brauchen, wird aber aus diesen Nachbarwissenschaften reiche Anregung zur Durchführung ihrer Spezialaufgaben schöpfen und ihrerseits auch wieder befruchtend auf sie zurückwirken.

Die anthropogeographischen Probleme werden sich dann wohl in zwei große Gruppen einordnen, die der *biologischen und die der Kultur-Anthropogeographie.* Jene untersucht die Beziehungen zwischen den geographischen Faktoren und dem Menschen als Naturwesen, diese die Beziehungen mit dem Menschen als Kulturwesen. Die biologische Anthropogeographie erforscht die räumliche Wirkung auf das Individuum physiologisch und psychologisch und die Wirkung auf die Menschheit bzw. Menschengruppen in der Bevölkerungs- und Ethnogeographie. Die Kultur-Anthropogeographie wird, je nachdem sie die wirtschaftliche oder die gesellschaftliche Seite der Kultur in ihren Beziehungen zum Milieu in den Vordergrund rückt, als Wirtschafts- oder als Gesellschaftsgeographie erscheinen. Bei beiden Disziplinen wird dann entsprechend den beiden geographischen Hauptfragen Wo? und Wohin? — die in diesem Zusammenhang auch das Statische bzw. das Dynamische mehr betonen — eine be-

sondere Produktions- und Verkehrsgeographie und eine Siedlungs- und politische Geographie sich herausbilden. Auf diese Weise ließe sich ein System der Anthropogeographie wohl in folgendem Schema zusammenfassen:

Hellpach sagt in seinem Buche von den „Geopsychischen Erscheinungen": „Der Weg, den wir zurückgelegt haben, hat gezeigt, daß in diesen Dingen nicht *bloß* Vermutung, Kombination und — Aberglaube existiert, sondern daß eine ganze Fülle von Tatsachen da sind, seien es Tatsachen der groben, seien es solche der schon wissenschaftlichen, methodisch geläuterten Erfahrung. Aber es ist augenfällig, wie sehr diesen Tatsachen die *systematische* Bearbeitung mangelt; wie allenthalben Ansätze, Anläufe, Anfänge sich bemerklich machen und wie dicht hinter und über ihnen gleich wieder das bloße Spekulieren und Phantasieren steht. Gerade *um* weiterzukommen, ist eine klare Uebersicht der Tatsachen Grundbedingung; hat man sie beisammen, so fragt es sich dann, *wie* weiterzukommen wäre." Das gilt auch allgemein für das gesamte Gebiet der Anthropogeographie.

Die Mängel anthropogeographischer Untersuchungen und Darstellungen liegen bisher einmal an dem teils noch ungenügenden, teils nicht genügend kritisch gerichteten Beobachtungsmaterial; sie liegen aber vor allem an der *Methode*. Daß zwischen Natur und Menschenschicksal die engsten ursächlichen Beziehungen bestehen, wird wohl von niemand geleugnet werden. Aber zunächst darf man Gesetzmäßigkeiten, wie in den exakten Naturwissenschaften — auch da sind sie ja letzten Endes nur relativ! — in diesen Beziehungen nicht erwarten; die Wechselwirkungen sind hier derart kompliziert, und selbst ähnliche Situationen werden immer von verschiedenen neuen Tatsachen durchkreuzt, daß sich keine feststehenden geschichtlichen Gesetze, sondern höchstens gewisse allgemeine Grundsätze und geschichtliche Richtlinien ergeben, die aber für Diagnose und Prognose völlig ausreichen. Ferner darf man bei der Analyse dieser Beziehungen


Allgemeine Anthropogeographie
Biologische
Anthropogeographie
Kultur-
räumliche
Wirkung auf
den Einzelmenschen
die Menschheit bzw. Menschengruppen
Wirtschaftsgeographie
Gesellschaftsgeographie
Geophysiologie
Geopsychologie
Bevölkerungs-
geographie
Ethno-
geographie
Produktions-
geographie
Verkehrs-
geographie
Siedlungs-
geographie
Politische
Geographie
der
Produkte
Produktionsstätten

nicht, wie das so häufig geschehen ist, von an sich schon so unbestimmten und vieldeutigen Begriffen wie Rasse, Volkscharakter, Volkstum u. dgl. ausgehen und ihre Ursachen unmittelbar in eben so vagen Begriffen wie Klima, Boden usw. suchen. Auf einem bestimmten, genügend groß gedachten Raum ergeben sich wohl so ziemlich alle Kulturmöglichkeiten für den Menschen. Nur für bestimmte Kulturerscheinungen lassen sich in der geographischen Umwelt auch bestimmte Ursachen herausfinden. Wir müssen also den Standpunkt der wissenschaftlichen Betrachtung wechseln. Nicht von der Erdnatur dürfen wir ausgehen; sie produziert nicht die menschliche Kultur und bewirkt nicht die Entwicklung eines Landes und seiner Bewohner; als ob jedes Land gleichsam für ein besonderes Volk und für eine besondere Geschichte prädestiniert wäre. Das geographische Milieu gibt nur den Rahmen, die Möglichkeiten, die Schranken, die Motive. Es entsteht ein falsches Bild, wenn man fragt: welche Wirkung hat trockenes Klima für die Völker? welches Schicksal hat ein Volk im Gebirgsland oder ihr Zusammenhang mit der See?

Den Blickpunkt für die Untersuchung der Beziehungen zwischen Erde und Mensch liefern nicht die Geographie, sondern die Kulturwissenschaften, vor allem die Soziologie. Wir müssen uns gleichsam in die jeweilige Wirtschaftsgesellschaft hineinversetzen und von dort aus Fragen an die Anthropogeographie richten; auch hier muß der Mensch das Maß aller Dinge sein. Also etwa: Inwiefern besteht zwischen Segelschiffahrt und Begünstigung gewisser Häfen oder gewisser Reisewege ein Zusammenhang? Wie verhalten sich flußreiche Niederungen zum Straßen-, zum Eisenbahnverkehr? Wie wirkt sich ein Feudalstaat, wie ein modern kapitalistischer Staat in einem Kontinent wie Europa aus? Wie ändert sich das geographische Milieu unter dem Einfluß des Industrie- bzw. des Finanzkapitals? Und in welcher Weise wirkt umgekehrt das Milieu auf die Entfaltung des

Industrie- bzw. Finanzkapitals? Welches sind die geopolitisch wirksamen Kräfte in Rußland vor und nach der Revolution? Die jeweilige Wirtschaftsgesellschaft mit ihrem Arsenal an ökonomischer, sozialer und ideologischer Ausstattung ist es also, die das Verhältnis der Menschen zu ihrer geographischen Umwelt und umgekehrt bestimmt; sie ist die veränderliche Größe, mit deren Analyse wir beginnen müssen, wenn wir zu brauchbaren anthropogeographischen Resultaten kommen wollen. Marx verwendet einmal im „Kapital" (Volksausgabe S. 454) das Beispiel eines Sagoessers in einem ungemein fruchtbaren Gebiet: „Was ihm die Gunst der Natur unmittelbar gibt, ist viel Mußezeit. Damit er diese produktiv für sich verwende, ist eine ganze Reihe geschichtlicher Umstände, damit er sie in Mehrarbeit für fremde Personen verausgabe, ist äußerer Zwang erheischt. Würde kapitalistische Produktion eingeführt, so müßte der Brave vielleicht sechs Tage in der Woche arbeiten, um sich selbst das Produkt eines Arbeitstages anzueignen. Die Gunst der Natur erklärt nicht, warum er jetzt sechs Tage in der Woche arbeitet oder warum er fünf Tage Mehrarbeit, also ein enormes Mehrprodukt liefert."

Die *soziologische Fragestellung* gilt für alle anthropogeographischen Teilgebiete. Mag diese Forderung auch für manche Nur-Geographen gegen den spezialwissenschaftlichen Ehrenkodex verstoßen. Aber eine Einzelwissenschaft ist nicht um ihrer selbst willen da, und es wäre der Tod für sie, wenn sie durch hermetische Mauern sich von den Nachbardisziplinen abschlösse. Erst die Zusammenarbeit der Wissenschaften, ihre vorbehaltlose, solidarische Synthese kann zu ersprießlichen Resultaten führen.

Man wird ferner bei anthropogeographischen Untersuchungen unmittelbare Wirkungen einzelner Faktoren der Umwelt auf den Menschen nur verhältnismäßig selten feststellen können; dann handelt es sich entweder um katastrophale Naturereignisse, wie Flutwellen, Vulkanausbrüche,

Bergstürze, Erdbeben und dergleichen oder um unbewußte und langsam wirkende Anpassungen der physischen oder psychischen Seite des Organismus an die Umgebung, die um so stärker sein müssen, je weiter wir in der menschlichen Kulturentwicklung zurückgehen. Bedeutungsvoller ist für den Kulturmenschen die Kombination der verschiedenen geographischen Elemente miteinander, die, ihm selbst meist noch unbewußt, in sein Leben eingreift, ihn zu bestimmten Handlungen veranlaßt oder ihn davon ablenkt. Die Wirkung des Einzelfaktors auf den Einzelmenschen tritt dabei natürlich zurück gegenüber der Wirkung der kombinierten geographischen Elemente auf die Massen. Schon C. Ritter wies darauf hin, daß die Natur in viel höherem Maße auf die Völker wirken muß als auf die Individuen, weil gleichsam hier Massen auf Massen wirken. Je nachdem, ob die Wirtschaftsgesellschaft über ihr Wohngebiet hinausgreift und darüber hinauswirkt oder ob sie mehr autarkisch sich darin einrichtet, wird die geographische Lage — d. h. die leichtere oder schwerere Verbindung mit den Nachbargebieten — oder die topographische Lage, d. h. das unmittelbare Milieu ihres Gebiets im Vordergrund stehen. Dabei sind von Bedeutung weniger die direkten Beziehungen als die Zusammenhangketten, die sich oft erst auf Umwegen ergeben. So erhellt z. B. aus der Statistik, daß in Norwegen regenreiche Jahre eine Zunahme der Eheschließungen zur Folge haben. Daran ist aber nicht unmittelbar der Regen schuld. Aber regenreiche Jahre hängen in Norwegen zusammen mit gewissen Strömungsverlagerungen des Golfstroms; vermehrte Niederschläge bringen größere Heuerträge und wirken so auf Viehbestand und Reichtum.

Die Anthropogeographie wird nicht mehr verschwinden; sie wird sogar mit zunehmender Bedeutung rechnen können. Für die Geschichte — denn sie ist ein wichtiger, nur noch nicht genügend berücksichtigter Bestandteil des historischen Materialismus, dem bisher hauptsächlich die dialektische

Orientierung fehlte; aber auch für die Lebensfürsorge der Kulturmenschheit. Die Selbstgenügsamkeit des „geschlossenen Handelsstaates" ist der Weltwirtschaft gewichen; eine gewisse Autarkie wird sich höchstens wieder erreichen lassen, wenn die heutige Kleinstaaterei durch die Erdteilstaaten überwunden werden wird. In jedem der beiden Fälle, für die Gegenwart und für die Zukunft, ist aber *anthropogeographische Durchforschung ein wichtiges Mittel zur Erhaltung* oder vielmehr zur Steigerung der menschlichen Kultur.

Von besonderer Bedeutung sind die anthropogeographischen Probleme für die *politische Praxis*. Das wird zwar von manchem bestritten, der in eitler Ueberschätzung der Persönlichkeit in der Politik eine Kunst und keine Wissenschaft sieht. Ratzel klagt in der Einleitung zu seiner „Politischen Geographie" mit Recht: „Für manchen Staatswissenschaftler und Soziologen steht der Staat gerade so in der Luft wie für viele Historiker (und Politiker! — der Verfasser), und der Boden des Staates ist ihnen nur wie eine größere Art von Grundbesitz. — Der Staat ist ein menschliches Gebilde, aber eines, das nur auf dem Boden der Erde gedeiht." Der geopolitische Blick hat sich bei dem Politiker sowohl wie bei einem Volke von jeher als eine hervorragende politische Kraft erwiesen. „Wo man vom gesunden politischen Instinkt spricht, da meint man meistens die richtige Schätzung der geographischen Grundlagen politischer Macht" (Ratzel). Und diese Seite der Politik, die geographische Raumauffassung und das geographische Wissen, ist lehrbar. Haushofer verlangt mit Recht eine *Erziehung in einer guten geopolitischen Kinderstube für jedes Staatsvolk*. Das ist notwendig, um Ausmaß und Grenzen der Möglichkeiten des eigenen Staates und um die Tendenzen und Bewegungen der übrigen Staaten abzuschätzen und zu verstehen; das ist aber auch nötig, um vor illusionären Machtansprüchen und nachfolgenden schicksalschweren Enttäuschungen zu bewahren. Dieser mangelhaften geopolitischen Fundierung ist es bei uns zu

einem großen Teile zuzuschreiben, daß weite Volkskreise in nationalistischen Höhen sich verstiegen haben und nun keinen Rückweg, aber auch keinen Weiterweg mehr vor sich sehen. In dieser Gefahr befinden sich sogar manche Kreise in der aufgeklärten Arbeiterschaft, wo eine sentimental-nationale Ideologie die geopolitischen Realitäten außer acht lassen zu dürfen glaubt. Nationale Gefühle wurzeln aber heute meist allzusehr in einer überholten Vergangenheit (die Ideologie der Masse hinkt ja den ökonomischen und sozialen Veränderungen nach), als daß sie für die Gestaltung der gegenwärtigen und künftigen Wirtschaft und Gesellschaft den Ausschlag geben dürften. Gerade das Proletariat als aufsteigende Klasse hat aber ein Interesse an geopolitischem Denken und an geopolitischer Schulung; denn der Aufstieg einer Klasse nimmt den Weg über die Eroberung der politischen Macht. Und diese wird stets vor die Lösung geopolitischer Probleme gestellt sein. *Daher muß eine Erziehung zur Demokratie auch eine Erziehung zu geopolitischem Denken sein.*

Zur Psychologie der Masse

Kautsky und *Freud*

Von *O. Jenssen.*

Die materialistische Geschichtsauffassung ermöglicht es, den unklaren Begriff der Masse fester zu umschreiben. Sie zeigt, daß die soziale Zusammensetzung der Masse in verschiedenen Wirtschaftsepochen verschieden ist, und daß im Produktionsprozeß und in der Politik die Rolle der Masse eine ganz verschiedene sein kann. Es ist besonders Karl Kautsky, der auf den Unterschied von organisierter und unorganisierter Masse wiederholt energisch hingewiesen hat. Er ist es auch, der einmal systematisch die Rolle der unorganisierten Masse und ihrer Aktion untersuchte. Er hat damit einen wichtigen, noch nicht genug gewürdigten Beitrag zur Soziologie und auch zur Psychologie der unorganisierten Volksmasse, „der Straße", geliefert. Ist der Anlaß dieser Ausführungen wie immer bei Kautsky ein politischer, nämlich die Debatte über den politischen Massenstreik in der deutschen Sozialdemokratie, so sind seine grundsätzlichen Darlegungen durch die weitere geschichtliche Entwicklung nur bestätigt worden und es ist daher angezeigt, sie der Vergessenheit zu entreißen, der sie um so mehr anheimfielen, als das betreffende Buch [1]) im Jahre 1914 erschien. Kautsky definiert die hier in Frage kommende Masse wie folgt:

„Wir handeln also im folgenden nicht von der politisch oder gewerkschaftlich organisierten Masse, sondern von jener Masse,

[1]) Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, von Karl Kautsky. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1914, 302 Seiten. In Frage kommen hier vor allem die Abschnitte: Die Aktion der Masse. a) Das Wesen der Masse. b) Die Leistungen der Masse. c) Die historischen Wandlungen der Massenaktion.

die sich gelegentlich, durch bestimmte Veranlassungen getrieben, zur Bekämpfung bestimmter sie bedrückender Faktoren zusammenfindet. Organisierte Gruppen können in ihr vorkommen, werden selten ganz fehlen, machen aber nicht ihren Hauptbestandteil aus." (Der polit. Massenstreik, S. 256.)

Er ist gleichweit entfernt von jener Herabsetzung der Masse, wie sie der französische Sozialpsychologe Le Bon bekundet, wie auch von jener Verherrlichung dieser Masse, wie sie Krapotkin und viele Anarchisten kennzeichnet. Kautsky untersucht nüchtern die Vorzüge und Mängel dieser Masse in ihren politischen oder ökonomischen Aktionen. Er lehnt die Erklärung des Massenwillens durch Suggestion mit Recht als nichtssagend ab und erklärt, daß nur bei den sozialen Tieren, also auch beim Menschen, die Massenanhäufung auf das einzelne Individuum ermutigend wirken müsse. Die Wucht der Massenaktionen erklärt Kautsky aus dem einheitlichen Willen und der Massenerregung; aber woher stammen diese beiden Faktoren? Sie ergeben sich aus den besonderen geschichtlichen Bedingungen, aus denen solche Massenaktionen erwachsen.

Die einzelnen Menschen sind schon vor dem Eintreten solcher Aktionen außerordentlich erregt, durch einschneidende ökonomische oder politische Ereignisse seelisch aufgewühlt (Krieg mit Niederlage, Teuerung usw.). Es bedarf dann nur eines unbedeutenden Anstoßes, um diese erregten Menschen auf der Straße zur Masse zu vereinigen und ihren Willen auf ein gemeinsames Ziel des Hasses zu lenken. Sowohl Erregung wie auch die Abneigung oder der Haß gegen bestimmte Personen oder Einrichtungen sind schon vorher in den einzelnen lebendig, werden aber in der Masse erst zum Gegenstand einer wuchtigen einheitlichen Aktion. Daraus erklärt sich auch der von den Kritikern wie von den Bewunderern der unorganisierten Masse gleichermaßen anerkannte Umstand, daß diese Masse nur einig im Negieren, im Zerstören sei. Nicht nur, daß der Einzelne in der Masse individuelle Schattierungen aufgibt, sondern die Masse kann sich

nur einheitlich betätigen im Ansturm gegen feindliche Mächte oder gegen Symbole dieser Einrichtungen. Die Masse ist gar nicht imstande, aufbauend zu wirken, da sie, losgelöst vom Produktionsprozeß, von Wohnung und Nahrung, gar nicht lange zusammenbleiben kann; ihr fehlt daher Zeit und Geduld. Auch ist sie nicht in der Lage, zu beraten und Beschlüsse zu fassen, da ihre große Zahl und die mangelnde Organisation dieses verhindert. So stark also die Masse in der Einheitlichkeit ihres Willens ist, so schwach ist sie, wenn es sich darum handelt, neue Einrichtungen zu schaffen und verwickeltere Aufgaben zu lösen.

Dazu kommt die Unwissenheit und Unklarheit solcher unorganisierten Massen, die aber wiederum bedingt ist durch die politische Unterdrückung, die es der Masse nicht ermöglicht, sich zu organisieren, sich Vertretungskörper und beratende und handelnde Organe zu schaffen. Daher ist die Gesetzmäßigkeit der Aktionen unorganisierter Massen und Schichten eine andere wie die von Massen, die schon lange der Organisation zugänglich waren und gelegentlich zu vorbereiteten organisierten Aktionen übergehen. In diesem Sinne sind nicht nur Demonstrationen organisierter Massen, große Streiks usw., Massenaktionen, sondern auch eine allgemeine Wahl an einem bestimmten Tag im ganzen Lande oder ein Volksentscheid usw.

Kautsky wirft nun die Frage auf, ob die Zeit der Aktionen unorganisierter Massen durch die fortschreitende Organisierung des Proletariats endgültig vorüber sei. Er verneint diese Frage mit Recht, weist auf die Masse der Unorganisierten hin, die nicht nur im Proletariat, sondern auch in den kleinbürgerlichen Zwischenschichten sehr groß ist. Er weist ferner schon 1914 mit allem Nachdruck darauf hin, daß Situationen geschichtlich möglich sind, in denen Massenerregung und Massenempörung wiederum zu Massenaktionen der Straße drängen. Er betont die steigende Teuerung und die ständig drohende Kriegsgefahr. Kautsky bemerkt, daß im Verlaufe

eines Krieges sich revolutionäre Situationen ergeben können, die zu spontanen Massenaktionen führen müssen. Diese Aktionen unorganisierter Massen lassen sich aber nicht vorher berechnen, da sie gerade aus ihrer Unberechenbarkeit die Möglichkeiten ihrer Erfolge schöpfen. Sie bringen daher ein katastrophales Element in die geschichtliche Entwicklung und wirken wie Elementarereignisse, deren Wahrscheinlichkeit man vorhersagen, deren genauen Zeitpunkt man aber nicht bestimmen kann. Der Inhalt solcher Massenaktionen wandelt sich mit den Zeitverhältnissen und kann sowohl reaktionär wie revolutionär sein. In unseren Tagen wird es sehr davon abhängen, inwieweit organisierte Klassenkräfte Einfluß auf diese unorganisierten Massen gewinnen und ihren Aktionen Ziel und Richtung geben. Ein Sieg solcher Massen, ausgenutzt zur revolutionären Fortentwicklung von Staat und Gesellschaft, kann auf die ganze Klassenbewegung sehr stärkend wirken, besonders auch die bisher indifferenten Schichten anfeuern und politisieren, während eine Niederlage sehr leicht die Gefahr lang andauernder Apathie, besonders der aufgewühlten Schichten, mit sich bringt. Kautsky faßt 1914 seine soziale Prognose in bezug auf Wirkung und Charakter künftiger Massenaktionen in folgende Sätze zusammen:

„Krieg und Teuerung waren die beiden großen Hebel der Massenaktionen in der französischen Revolution gewesen. Teuerung und Kriegsgefahr, vielleicht bald Krieg selbst in noch verheerenderer Weise als vor hundert Jahren, sind wieder die Signatur unserer Zeit geworden. Damit versprechen auch spontane Massenaktionen wieder eine große historische Rolle zu spielen. Trifft das ein, dann wird die politische und soziale Entwicklung erheblich an Stetigkeit verlieren, wieder sprunghafter, unberechenbarer werden; sie kann uns überraschende gewaltige Siege, jedoch auch zeitweise schmerzliche Niederlagen bringen.

Aber wie machtvoll man sich auch die Massenaktionen vorstellen mag, die aus dieser Situation entspringen können, sie werden nicht mehr völlig den Charakter tragen, den sie ehedem hatten. Die vierzig Jahre politischer Volksrechte und proletarischer Organi-

sation können nicht spurlos vorübergegangen sein. Die Zahl der organisierten und aufgeklärten Elemente in der Masse ist zu groß geworden, als daß sie sich nicht auch bei spontanen Ausbrüchen geltend machen müßte, wie plötzlich diese auch kommen mögen, wie gewaltig die Erregung, der sie entspringen, wie sehr auch jede planmäßige Leitung bei ihnen ausgeschaltet sein mag.

Es erscheint ausgeschlossen, daß solche Ausbrüche je wieder in den Ländern mit starker Sozialdemokratie und starken Gewerkschaften einen sinnlosen oder reaktionären Charakter annehmen." (Massenstreik,, S. 278/79.)

Diese Vorhersage ist in ihrem Hauptteil durch Krieg und Nachkriegs-Revolution bestätigt worden, wobei besonders die Aktionen unorganisierter oder nur ganz schwach organisierter Soldaten- und Bauernmassen in Rußland Kautskys Vorhersage rechtfertigen. Ueberall aber weisen diese Aktionen eine Mischform von unorganisierter und organisierter Masse auf. Ueberall aber sehen wir auch jene merkwürdigen seelischen Wandlungen, die schon die Massenaktionen der französischen Revolution kennzeichnen. Lehnt Kautsky mit Recht die bloße Erklärung durch das Wort Suggestion ab und forscht er nach den besonderen biologischen und sozialen Bedingungen des Massenwillens und der Massengefühle, so scheint mir hier eine Vertiefung und Ergänzung dieser Ausführungen durch die moderne Psychologie fruchtbar und möglich. Es ist hier die „Tiefen-Psychologie" von Sigmund Freud, erwachsen aus der sogenannten Psychoanalyse, die einige wichtige Gesichtspunkte bietet, die in isoliert psychologischer Betrachtung die Vorgänge nicht restlos erklären, aber in Kontakt mit der soziologischen Beschreibung das massenpsychologische Bild bereichern und in manchem neu beleuchten. Eine Vereinigung der Ergebnisse marxistischer Soziologie und psychoanalytischer Forschung, so dringend sie mir geboten erscheint, begegnet großen Schwierigkeiten. Es ist nicht leicht, beide Gebiete souverän zu beherrschen, zudem ist die Psychoanalyse noch sehr im Werden und im einzelnen weichen die Meinungen

der verschiedenen Richtungen stark voneinander ab. Die Vertreter der Psychoanalyse, zumeist Aerzte, sehen die Dinge nur psychologisch und entstammen Schichten, in denen der Marxismus starken Vorurteilen begegnet. Die Psychoanalyse hat zudem sich erst im Kampfe mit der Universitätswissenschaft ihre Stellung erringen müssen und hat ihre besonderen Methoden naturgemäß stark betont. Sie ist erwachsen aus einer Methode zur Behandlung bestimmter Nervenleiden (Neurose) und geht erst jetzt dazu über, eine systematische Psychologie zu entwickeln. Bezeichnend ist, daß Sigmund Freud in seinem ausgezeichneten Buch „Totem und Tabu“ [1]) die wirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklung des Totemismus, d. h. das Fortschreiten vom niederen zum höheren Jägertum und dann zum niederen und höheren Ackerbau gar nicht erwähnt, sondern die Entwicklung der totemistischen Vorstellungen als eine rein seelische Entwicklung darstellt, deren Bedingungen doch aber von den Entwicklungen des Produktionsprozesses unzertrennlich sind.

Sehen die Marxisten in erster Linie den „Hunger“, so steht bei den Psychoanalytikern die „Liebe“ im Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Es ist doch das Hauptverdienst von Freud, den Begriff der Libido (des Geschlechtstriebes) erweitert und verfeinert zu haben. Die Bedeutung und Verästelung dieses Triebes spielt für ihn auch eine wichtige Rolle bei der Betrachtung der Psychologie der Masse, über die er einige noch nicht abschließende, aber außerordentlich anregende Gedanken in seiner Schrift „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ [2]) formuliert hat. Es trifft sich, daß Freud in dieser Schrift sich mit dem gleichen französischen Massenpsychologen Le Bon auseinandersetzt, den Kautsky mit Recht

[1]) Totem und Tabu. Einige Uebereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker von Prof. Dr. Sigm. Freud. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Leipzig-Wien-Zürich 1920. 216 Seiten.

[2]) Massenpsychologie und Ich-Analyse von Prof. Sigm. Freud. Verlag Psychoanalytischer Verlag Leipzig-Wien-Zürich 1921. 140 S.

so scharf kritisiert. Aber Freud interessiert hier ein anderer Punkt der Le Bonschen Analyse, nämlich die Frage: „Wie verändert sich die Seele des Individuums im Kontakt mit der Masse und wie gestaltet sich in der ‚künstlichen' Masse (etwa gleich ‚organisierter Masse' bei Kautsky) das Verhältnis von Individuum zum Führer oder zur leitenden Idee?" Freud geht auch hier auf die entscheidende Hypothese zurück, die auch „Totem und Tabu" zugrunde liegt. Der Mensch ist für ihn nicht nur ein soziales Herdentier (wie auch bei Kautsky), sondern er ist ein Hordentier, d. h. schon in der Urhorde gab es einen Führer, einen „Vater", ein starkes Männchen, das die Horde und besonders die andern Männchen (die Söhne) beherrschte. Die Auflehnung der „Söhne" gegen den Vater und seine Ermordung schufen den Bruderclan gleichberechtigter Söhne, und dieser Vatermord, dessen Erinnerung sich durch die Psychoanalyse in den Tiefen des Unterbewußtseins noch heute nachweisen läßt, ist richtunggebend für seelische Erlebnisse der Menschheit. Totemtier, Gott, Führer und schließlich eine Idee sind von diesem Standpunkt aus nur Vater-Ersatz, um so mehr, da sich im Leben jedes einzelnen der Gegensatz zum Vater in der Kindheit und seine seelische Ueberwindung im Heranwachsen wiederholt. Die seelisch-erotischen Beziehungen zwischen Kind und Eltern, die Freud und seine Schule eingehend analysiert hat, finden eine gewisse Analogie im Verhältnis der Klassen, wobei die oberen Klassen durch alle Arten materiellen und seelischen Zwanges die Mitglieder der unteren Klassen zu „Verdrängungen" zwingen, d. h. Triebe können nicht normal befriedigt werden, sondern müssen abgelenkt, sublimiert oder ins Unterbewußte verdrängt werden. Kautsky hat in anderem Zusammenhang auf die Veränderung der sozialen Triebe, die Verengerung und Erweiterung ihres Bereichs im Verlauf der ökonomischen Entwicklung hingewiesen [1]). Es bestehen

[1]) Siehe Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch von Karl Kautsky. Dietz-Vorwärts-Verlag, Berlin (Internationale Bibliothek). S. 57, 91 und 106.

mannigfache Beziehungen zwischen den sozialen Trieben Kautskys und der Libido Freuds. So kommt Freud zu ganz ähnlichen Fragestellungen wie Kautsky bei der Betrachtung Le Bons und der unorganisierten Masse. Er fragt:

„Nun gäbe es in der Morphologie der Massen noch viel zu untersuchen und zu beschreiben. Man hätte von der Feststellung auszugehen, daß eine bloße Menschenmenge noch keine Masse ist, solange sich jene Bindungen in ihr nicht hergestellt haben, hätte aber das Zugeständnis zu machen, daß in einer beliebigen Menschenmenge sehr leicht die Tendenz zur Bildung einer psychologischen Masse hervortritt. Man müßte den verschiedenartigen, mehr oder minder beständigen Massen, die spontan zustande kommen, Aufmerksamkeit schenken, die Bedingungen ihrer Entstehung und ihres Zerfalls studieren. Vor allem würde uns der Unterschied zwischen Massen, die einen Führer haben, und führerlosen Massen beschäftigen. Ob nicht die Massen mit Führer die ursprünglicheren und vollständigeren sind, ob in den anderen der Führer nicht durch eine Idee, ein Abstraktum ersetzt sein kann, wozu ja schon die religiösen Massen mit ihrem unaufzeigbaren Oberhaupt die Ueberleitung bilden, ob nicht eine gemeinsame Tendenz, ein Wunsch, an dem eine Vielheit Anteil nehmen kann, den nämlichen Ersatz leistet. Dieses Abstrakte könnte sich wiederum mehr oder weniger vollkommen in der Person eines gleichsam sekundären Führers verkörpern, und aus der Beziehung zwischen Idee und Führer ergäben sich interessante Mannigfaltigkeiten. Der Führer oder die führende Idee könnten auch sozusagen negativ werden; der Haß gegen eine bestimmte Person oder Institution könnte ebenso einigend wirken und ähnliche Gefühlsbindungen hervorrufen wie die positive Anhänglichkeit. Es fragte sich dann auch, ob der Führer für das Wesen der Masse wirklich unerläßlich ist u. a. m." (Massenpsychologie und Ich-Analyse, S. 57/58.)

Für Freud sind aber die Libidobindungen das Kennzeichnende der Massenbildung. Er stellt fest, daß es Libido-Strömungen sind, die vom eigentlichen Sexualobjekt abgelenkt, die Masse verbinden. Wir kommen hier auf die schwierige Frage der sogenannten Identifizierung mit einem Führer oder einer „Idee", man will diesem Vorbild ähnlich werden. In der unorganisierten Masse gibt der einzelne sein Ich-Ideal auf und vertauscht es gegen das im Führer verkörperte

Massen-Ideal. Es ist das Aufgehen, das Auslöschen der individuellen Unterschiede, das auch Kautsky feststellt, das diese Massenbildung auszeichnet. Es ist daher kein Wunder, daß der Führer solcher unorganisierten oder nur schwach organisierten Massen oft dem „Vater" gleicht. Die Masse vertraut ihm, sie erwartet von ihm außergewöhnliche Leistungen, sie ist anhänglich, weil er ihre geheimsten Wünsche ausspricht und ihre Instinkte bewußt offenbart. Typisch dafür ist das Verhältnis der chartistischen Massen Nordenglands zu ihren Führern, das Gustav Eckstein mit folgenden Worten charakterisiert:

„Unorganisierte Masse bedeutet die absolute, wenn auch stets unsichere Herrschaft des glänzenden Redners und Herdentum der Masse selbst. Unter der Masse mögen noch so viele klardenkende, ja selbst geniale Männer und Frauen sein, die bei sachlicher Beratung wohl imstande wären, ihre Meinung zu begründen und zu verfechten; in der großen Versammlung der unorganisierten Masse gilt nur der, der durch Appell an die allen gemeinsamen Gedanken und besonders Gefühle die Massen mit sich zu reißen versteht. Eine sachliche Diskussion ist hier kaum möglich, und so bildet sich der Typus des „beliebten", des „vergötterten" Redners aus, wie es in der Chartistenbewegung ein Vincent, ein O'Connor, ein Stephens waren, denen die Masse zu vertrauen sich gewöhnt, denen sie blindlings folgt. Wird ihr dieser Führer genommen, dann bleibt sie hilflos, weil sie nicht gelernt hat, selbst für sich zu sorgen und zu denken.

Doch nicht nur für die Masse bedeutet der Mangel an Organisation in stürmischen Zeiten die größte Gefahr, sondern auch für den Führer und dadurch indirekt wieder für die ganze Bewegung. Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen einer Versammlung gewählter Vertrauensmänner, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind und wissen, daß ihr Votum für sie und andere die Verpflichtung zu bestimmten Handlungen bedeutet, und einer bunt zusammengewürfelten Masse Unorganisierter, deren Beifall nicht der Ausdruck eines Entschlusses ist, sondern eines Gefühls. Der Redner, der dem nicht klar bewußten Sehnen und oft nur heimlichen Wünchen seiner Hörer den klarsten Ausdruck gibt, findet den größten Beifall; aber dieser Beifall bedeutet keineswegs, daß die Versammlungsteilnehmer nun auch entschlossen sind, das in

Wirklichkeit umzusetzen, was der Redner so lebendig vor ihnen ausgemalt. Wenn Pfarrer Stephens seine Hörer zum bewaffneten Aufstand und zur Brandlegung aufrief, umtoste ihn der Beifall, weil er dem, was lange aufgespeicherter Haß und Rachedurst der Erniedrigten und Ausgebeuteten kaum zu wünschen wagten, was sie sich oft kaum selbst zu erhoffen eingestanden, brutal deutlichen Ausdruck verlieh, weil er es in alle Winde hinausschrie. Aber deshalb waren diese armen Töpfer oder Weber, diese verelendeten Spinnermädchen wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrheit doch weit davon entfernt, nun auch wirklich zu Mord und Brand überzugehen. Aber der Jubel der Menge wirkt berauschend. Der Redner, den nicht ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl zurückhält, überbietet sich immer mehr, wird immer mehr zum Demagogen und hält dabei den tosenden Beifall, der ihn begrüßt und der seiner Rede folgt, bald für den Ausdruck des festen Willens der Masse, auch zu tun, was er so begeistert predigt. Auch hierfür bietet jene erste Periode des Chartismus in Pfarrer Stephens ein lehrreiches Beispiel. Nie hätte er vor einer Versammlung gewählter Vertrauensmänner, die sich der Verantwortlichkeit für ihr Votum bewußt waren, solch blutrünstige Reden zu halten gewagt wie die, mit denen er oft unter jubelnder Begeisterung der Menge seine Hörerschaft in Versammlungen unter freiem Himmel zu haranguieren pflegte und die er dann vor den Geschworenen zu verleugnen suchte." („Der politische Massenstreik" von K. Kautsky, S. 280/81 und „Neue Zeit," XXXI, 1, S. 860 ff.)

Je mehr die Organisation die Masse ergreift, je mehr die Masse „künstlich" wird, ändert sich daher auch das Verhältnis von Masse und Führer. Das bewußte Element tritt mehr in den Vordergrund, die Idee ersetzt den einzelnen Führer, obgleich Libidobindungen zwischen Führer und Masse bestehen bleiben, besonders wenn es sich um langjährige bewährte Führerpersönlichkeiten handelt, oder auch in der Jugend, wo homosexuelle Gefühlstendenzen bei der Beziehung zum Führer oft eine große Rolle spielen. Immerhin geht die Entwicklung mit fortschreitender Bewußtwerdung auch hier von der Vaterhorde zum „Bruderclan", die Organisation und vor allem die bewußte Schulung der Masse, die beginnende Organisation der Gesellschaft in der Umwandlungsperiode zum Sozialismus müssen allmählich die

Bedingungen schaffen, die sowohl die Bedeutung der unorganisierten Masse, als auch unreflektierter Libidobindungen herabmindern. Das schließt natürlich die Wichtigkeit der Libidotriebe als sozialer Bindungen nicht aus, im Gegenteil, dieses Gebiet muß eingehend erforscht werden, um das Unterbewußte bewußt zu machen und die neuen Erkenntnisse in den Dienst sozialer Massenorganisation zu stellen. Psychoanalyse und Marxismus haben hier eine gleichgerichtete Mission: Bewußtmachung des Unbewußten. Ist es die Aufgabe der Marxisten, das Bewegungsgesetz der Gesellschaft zu enthüllen, so ist es den Psychoanalytikern möglich, uns neue Einblicke in das Kräftespiel der Seele zu geben. Gerade in der Uebergangszeit zum Sozialismus wird uns hier klar, daß es sich hier nicht nur um ein ökonomisch-organisatorisches Problem, sondern auch um ein psychologisches Problem allererster Ordnung handelt. Bei Anerkennung der verschiedenen Methoden und Betrachtungsweisen kann eine gegenseitige Befruchtung beider Forschungsmethoden zu wichtigen theoretischen Ergebnissen und praktischen Anwendungen führen.

Wie fruchtbar diese Zusammenarbeit sein kann, das sei noch an einigen Bemerkungen Freuds über Masse und Libido gezeigt. Freud stellt fest, daß zwischen Personen, die in intime Gefühlsbindungen treten, ein Rest von Feindseligkeit bleibt, die die Psychoanalyse als Gefühls-Ambivalenz bezeichnet und die nicht restlos durch Interessengegensätze erklärt werden kann, so wichtig deren Rolle im sozialen Leben bei Herausbildung von Gruppen- und Klassenfeindschaft auch ist. Freud fährt dann fort:

„Aber all diese Intoleranz schwindet, zeitweilig oder dauernd, durch die Massenbildung und in der Masse. Solange die Massenbildung anhält oder soweit sie reicht, benehmen sich die Individuen als wären sie gleichförmig, dulden sie die Eigenart des anderen, stellen sich ihm gleich und verspüren kein Gefühl der Abstoßung gegen ihn. Eine solche Einschränkung des Narzißmus kann nach unseren theoretischen Anschauungen nur durch ein

Moment erzeugt werden, durch libidinöse Bindung an andere Personen. Die Selbstliebe findet nur an der Fremdliebe, Liebe zu Objekten, eine Schranke. Man wird sofort die Frage aufwerfen, ob nicht die Interessengemeinschaft, an und für sich und ohne jeden libidinösen Beitrag, zur Duldung des anderen und zur Rücksichtnahme auf ihn führen muß. Man wird diesem Einwand mit dem Bescheid begegnen, daß auf solche Weise eine bleibende Einschränkung des Narzißmus doch nicht zustande kommt, da diese Toleranz nicht länger anhält als der unmittelbare Vorteil, den man aus der Mitarbeit des anderen zieht. Allein der praktische Wert dieser Streitfrage ist geringer als man meinen sollte, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß sich im Falle der Mitarbeiterschaft regelmäßig libidinöse Bedingungen zwischen den Kameraden herstellen, welche die Beziehung zwischen ihnen über das Vorteilhafte hinaus verlängern und fixieren. Es geschieht in den sozialen Beziehungen der Menschen dasselbe, was der psychoanalytischen Forschung in dem Entwicklungsgang der individuellen Libido bekannt geworden ist. Die Libido lehnt sich an die Befriedigung der großen Lebensbedürfnisse an und wählt die daran beteiligten Personen zu ihren ersten Objekten. Und wie beim Einzelnen, so hat auch in der Entwicklung der ganzen Menschheit nur die Liebe als Kulturfaktor im Sinne einer Wendung vom Egoismus zum Altruismus gewirkt. Und zwar sowohl die geschlechtliche Liebe zum Weibe mit all den aus ihr fließenden Nötigungen das zu verschonen, was dem Weibe lieb war, als auch die desexualisierte, sublimiert homosexuelle Liebe zum anderen Manne, die sich aus der gemeinsamen Arbeit ergab.

Wenn also in der Masse Einschränkungen der narzißtischen Eigenliebe auftreten, die außerhalb derselben nicht wirken, so ist dies ein zwingender Hinweis darauf, daß das Wesen der Massenbildung in neuartigen libidinösen Bindungen der Massenmitglieder aneinander besteht.

Nun wird aber unser Interesse dringend fragen, welcher Art diese Bindungen in der Masse sind. In der psychoanalytischen Neurosenlehre haben wir uns bisher fast ausschließlich mit der Bindung solcher Liebestriebe an ihre Objekte beschäftigt, die noch direkte Sexualziele verfolgen. Um solche Sexualziele kann es sich in der Masse offenbar nicht handeln. Wir haben es hier mit Liebestrieben zu tun, die, ohne darum minder energisch zu wirken, doch von ihren ursprünglichen Zielen abgelenkt sind." (Massenpsychologie und Ich-Analyse, S. 62/64.)

Wie diese Ablenkung erfolgt, auf welche Objekte sich dieser desexualisierte Narzißmus lenkt, das ist wiederum nur aus der Struktur der Gesellschaft und ihrer jeweiligen Klassenteilung zu erklären. Es ist doch auch diese Gesellschaft mit einer bestimmten Produktionsweise, die die direkten Auswirkungen des Geschlechtstriebes, Ehe, Familie, Liebesleben überhaupt, richtunggebend bestimmt. So kann uns zwar die Psychoanalyse wichtige Aufschlüsse geben über die Triebdynamik des Einzelnen in der Masse, aber über die Bedeutung dieser Triebe in der sozialen Entwicklung, über ihre Zielrichtung und ihre Erfolgsmöglichkeiten kann nur eine Verbindung von Psychologie mit ökonomischer und sozialer Dynamik bestimmteres aussagen. Nur dann können wir auch erfahren, was an den vorgeblichen Gefühlsbeziehungen in einer Organisation noch wirklich wirksam ist oder nur ein traditionelles Scheinleben führt, inwieweit die zurzeit in der Kirche vorgeschriebene Liebe zu Christi wirklich im Gefühl von Massen wurzelt oder nur noch Konvention ist. Liefert so die Psychoanalyse wichtige Beiträge zum Verständnis des Sektenfanatismus des Mittelalters und der Psychologie revolutionärer Zeiten, so kann nur eine Sozialanalyse, wie sie Kautsky in den „Vorläufern" gibt, uns die gesellschaftlichen Wurzeln dieser, sagen wir sozialen Psychosen erklären.

Das Wichtigste erscheint mir hierbei das schon angedeutete Problem der Identifizierung. Der einzelne gibt sein Ich-Ideal, auf das sich ein Teil seiner narzißtischen Triebe konzentriert, auf, zugunsten einer libidinösen Bindung an einen Führer oder eine Idee. Werden nun alte Autoritäten erschüttert, lockern sich die gefühlsmäßigen Bindungen an Gott, Kaiser, Vaterland usw., treten ökonomische Umwälzungen ein, die die gläubige Erwartung an diesen „Vaterersatz" zunichte werden lassen, so tritt eine Freiwerdung dieser Triebe ein, die sich in einer Auflehnung der Masse gegen diese Autoritäten umsetzt. Es tritt eine, man möchte sagen soziale Psychose ein, da die bisher unterbewußt gebundenen Massen vielfach keine

neue Idee oder „Vater" haben. Dazu kommt, daß in solchen revolutionären Zeiten, wie es sich besonders wieder im Kriege zeigte, die Masse zu jahrelangen Verdrängungen erotischer und anderer Art gezwungen wurde. Diese Verdrängungen lassen sich durch Autorität und physische Gewalt wohl erzwingen oder werden bis zu einem gewissen Grade freiwillig ertragen. Fällt aber die libidinöse Bindung fort, enttäuscht der Vater, so erfolgt eine Gefühlsexplosion, wie wir sie am 9. November in Deutschland und ähnlich in Oesterreich und anderen Staaten erlebten[1]). Es tritt dann eine Massenpsychose ein, eine Auflehnung Unorganisierter, die in ihren äußeren Erscheinungen sich stark als eine Offenbarung des verdrängten Hasses kennzeichnet. Sie bildet das Gegenstück zu jenem Begeisterungsrausch vom 4. August, wo die Idee des Vaterlandes und des „Vaterkaisers" die Massen selbst des Proletariats mit sich riß, weil man Schutz vor der drohenden Gefahr der Invasion erwartete.

Je unorganisierter die Masse ist, je geringer der Einfluß bewußter sozialer Erkenntnis auf ihr Handeln, desto weniger gelingt es, die freiwerdende Libidokraft in sozial aufbauende Energie umzuwandeln. Hier zeigt sich die Aufgabe sowohl der Theorie wie einer von ihr geleiteten Praxis des organisierten Massenkampfes. Es gilt diese Libidobindungen zu erkennen und nutzbar zu machen, nicht zur willenlosen

[1]) In seiner ausgezeichneten Untersuchung des militärischen Zusammenbruchs der österreichischen Armee in Italien zählt Otto Bauer alle ökonomischen und sozialen Faktoren auf, ohne aber die psychoanalytische Komponente zu erwähnen. Dabei beweist gerade der von ihm hervorgehobene Umstand, daß nur die Heeresteile von der Revolte ergriffen wurden, die eine Niederlage erlitten, daß erst die schwere Enttäuschung der infantilen Einstellung des Soldaten zum Führer, der handgreifliche Beweis seiner Unfähigkeit, die Revolte erzeugte, die Bedeutung der auch durch schwere körperliche Leiden noch nicht erschütterten Triebbindungen des Soldaten an den militärischen Führer. (Siehe „Die österreichische Revolution", Seite 84 ff.)

Beherrschung der Masse, wie es meisterhaft die Jesuiten verstanden und bis zu einem gewissen Grade auch die Bolschewiki, sondern zur Erziehung der Masse von der Vaterhorde zur Gemeinschaft mit selbst gewählten Führern. Die Spannung zwischen dem primären Narzißmus (ursprüngliche Selbstliebe) und dem sekundären Narzißmus (abgeleiteter, auf ein nichtsexuelles Objekt abgelenkter desexualisierter Narzißmus) darf nicht so groß werden, daß der Rest des primären Narzißmus rebelliert und die Organisation sprengend wirkt. Das ist die psychoanalytische Begründung der Demokratie in der Organisation. Alle Unterdrückung, die das seelische Gleichgewicht zwischen Bewußtem und Unterbewußtem und das Triebgleichgewicht im Unterbewußten dauernd stört, muß zur Rebellion führen, wobei Mittel und Möglichkeiten dieser Rebellion natürlich ökonomisch und sozial bestimmt sind. Kautsky hat daher völlig recht, wenn er in seinem Buch „Die proletarische Revolution und ihr Programm" betont, daß die organisierten Schichten im proletarischen Klassenkampf führend sein müssen. Aber diese organisierten Schichten müssen nicht nur mit der Psychologie der unorganisierten Massen rechnen, sie müssen nicht nur die Kräfte dieser Massen sozial sublimieren, sondern sich auch hüten, in sich selbst das Vaterverhältnis zwischen Führer und Masse zu überspannen und die Organisation zu einer modernen Horde zu machen. Es vollzieht sich nämlich parallel mit der ökonomischen Entwicklung und der durch sie bedingten Zersetzung der patriarchalischen Hauswirtschaftsfamilie eine Herabdrückung der väterlichen Autorität in der Gesellschaft im allgemeinen. Die Bewußtseinserweiterung, die sozialen Bedingungen der modernen Demokratie mildern die durch die soziale Entwicklung besonders begünstigte und gesteigerte Kindeinstellung des Menschen zu den Autoritäten (Feudalismus, absolute Monarchie). Die freiwerdenden Triebe müssen sich anlehnen an einen neuen Vaterersatz, Idee der Nation, des Staates, der Klasse,

des Sozialismus, und die Idee gewinnt so nicht nur einen Erkenntniswert, sondern auch eine starke Gefühlsbedeutung.

So werden wir gezwungen, auch in der organisierten Masse den Gefühlswerten Rechnung zu tragen und die libidinös belegte Idee in künstlerischen Symbolen, in Massenveranstaltungen usw., zu gestalten. Gedanke und Erlebnis muß zur sozialpsychologischen Einheit werden, um so mehr, da, wie schon vorher bemerkt, die gefühlsmäßige Bindung an den einzelnen Führer schon wegen Umfang und Art der heutigen Organisation geringer werden muß. Dazu kommt die kritischere Einstellung des theoretisch Geschulten und organisatorisch Eingegliederten zum Einzelführer und die Herausbildung einer Berufskategorie der Führerbeamten.

Diese Andeutungen sollten mein Thema keineswegs erschöpfen, sondern nur eine Anregung sein zu einer dialektischen Synthese von Kautsky und Freud, die allerdings nur bei angestrengter wissenschaftlicher Arbeit in beiden Lagern gewonnen werden kann [1]).

---

[1]) Ein erster Versuch ist die Broschüre von Dr. Paul Krische „Marx und Freud". Neue Wege in der Weltanschauung und Ethik der Freidenker. Verlagsanstalt f. proletar. Freidenker, Leipzig 1924, 35 S., die sich allerdings wenig mit Freud beschäftigt. Umfassender ist der Versuch von psychoanalytischer Seite von Aurel Kolnai: „Psychoanalyse und Soziologie. Zur Psychologie von Masse und Gesellschaft.' Internat. Psychoanalyt. Verlag, 1920, 152 S. Dieses Werk zeigt aber auch die Gefahr, die darin liegt, wenn man sozialökonomische Systeme psychoanalytisch zu begründen sucht. Bei Kolnai sieht der Anhänger Franz Oppenheimers den Psychoanalytiker immer durch die Maske. Es geht aber nicht an, soziale und psychologische Dynamik zu vermischen, ohne sich der Differenz des Standpunktes bewußt zu bleiben. Auch sonst leidet die Schrift an zu gedrängter und sprachlich unzulänglicher Darstellung. In Betracht kommt ferner: Dr. Paul Federn, Wien, Zur Psychologie der Revolution: „Die vaterlose Gesellschaft", Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky, Leipzig-Wien 1919. Federn identifiziert zu stark das Rätesystem mit dem Bruderclan.

Literaturverzeichnis

Mit Genehmigung des Verlags Felix Meiner in Leipzig entnommen aus dem Beitrag Karl Kautskys zu Bd. I der „Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen".

1. Liste meiner Bücher und Broschüren.

Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft. Wien 1880, VIII, 195 S.

Irland. Leipzig 1880, 48 S.

Die überseeische Lebensmittelkonkurrenz. Leipzig 1880.

Internationale Arbeiterschutzgesetzgebung. Leipzig 1880.

Die Entstehung der Ehe und Familie. Stuttgart 1882 (im „Kosmos").

Karl Marx ökonomische Lehren. Stuttgart 1887, XX, 208 S. Dietz.

Thomas More und seine Utopie. Stuttgart 1888, V, 343 S. Dietz, vergriffen, wird neu aufgelegt.

Die Klassengegensätze von 1789. Stuttgart 1889. (Spätere Auflagen führen den Titel: Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution. 80 S..)

Der Arbeiterschutz, besonders die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und der Achtstundentag. Nürnberg 1890, 60 S.

Das Erfurter Programm. Stuttgart 1892, XX, 252 S. Dietz.

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie (mit Schönlank). Berlin 1892, 63 S. Vorwärts.

Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie. Stuttgart 1893. (Spätere Auflagen führen den Titel: Parlamentarismus und Demokratie. 140 S.) Dietz.

Vorläufer des neueren Sozialismus. Stuttgart 1894, XIV, 436 S. Dietz.

Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Wien 1897, 31 S. Volksbuchhandlung.

Die Agrarfrage. Stuttgart 1899, VIII, 451 S. Dietz, vergriffen, wird neu aufgelegt.

Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Stuttgart 1899, VIII, 195 S. Dietz.

Die soziale Revolution. Berlin 1902, 56 und 48 S. Vorwärts.

Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Berlin 1902. Vorwärts.

Handelspolitik und Sozialdemokratie. Berlin 1901. Vorwärts.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie. Berlin 1903, 48 S. Vorwärts.

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Stuttgart 1906, VIII, 144 S. Dietz.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik. Berlin 1907, 80 S. Vorwärts.

Ursprung des Christentums. Stuttgart 1908, XVI, 508 S. Dietz.

Die historische Leistung von Karl Marx. Berlin 1908, 48 S. Vorwärts.
Der Weg zur Macht. Berlin 1909, 104 S. Vorwärts.
Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Stuttgart 1910, VIII, 208 S. Dietz.
Der politische Massenstreik. Berlin 1914. 302 S. Vorwärts.
Rasse und Judentum. Stuttgart 1914. Dietz.
Nationalstaat, imperialistischer Staat, Staatenbund. Nürnberg 1915, 80 S. Fränk. Tagespost.
Die Internationalität und der Krieg. Berlin 1915, 40 S. Vorwärts.
Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas. Stuttgart 1916. Dietz.
Ueberzeugung und Partei. Leipzig 1916, 47 S. Parteiverlag.
Die Herbeiführung des Friedens. Geheim gedruckt 1916, 32 S.
Serbien und Belgien. Stuttgart 1917, 96 S. Dietz.
Elsaß-Lothringen. Stuttgart 1917, 86 S.
Die Befreiung der Nationen. Stuttgart 1918, 56 S. Dietz.
Kriegsmarxismus. Wien 1918, 86 S. Volksbuchhandlung.
Sozialdemokratische Betrachtungen zur Uebergangswirtschaft. Leipzig 1918, VIII, 166 S. Parteiobmann.
Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918, 63 S. Volksbuchhandlung.
Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm. Berlin, 16 S. Freiheit.
Habsburgs Glück und Ende. Berlin 1919. Cassirer.
Terrorismus und Kommunismus. Berlin 1919, 154 S. Vergriffen, wird bei Dietz neu aufgelegt.
Die Sozialisierung und die Arbeiterräte. Wien 1919, 16 S.
Das Weitertreiben der Revolution. Berlin 1919, 16 S. Vergriffen.
Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Berlin 1919, 133 S. Cassirer.
Die Wurzeln der Politik Wilsons. Berlin 1919, 40 S. Neues Vaterland.
Wie der Weltkrieg entstand. Berlin 1919, 182 S. Cassirer.
Delbrück und Wilhelm II. Berlin 1920, 55 S. Neues Vaterland.
Vergangenheit und Zukunft der Internationale. Wien 1920, 88 S. Volksbuchhandlung.
Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. Berlin, 20 S. Freiheit.
Georgien, eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Wien 1921, 72 S. Volksbuchhandlung.
Von der Demokratie zur Staatssklaverei. Berlin 1921, 128 S. Freiheit.
Irland. Berlin 1922, 31 S. Freiheit.
Mein Verhältnis zur USP. Berlin 1922.
Die proletarische Revolution und ihr Programm. Berlin 1922, VIII, 338 S. Dietz.
Die Marxsche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten. Jena 1923. Thür. Verlagsanstalt und Druckerei.

2. Unter den Artikeln, die ich in der „Neuen Zeit" veröffentlichte, hebe ich folgende hervor:

Die sozialen Triebe in der Tierwelt, I, S. 20, 67.
Die Chinesen in Amerika, I, S. 332.
Auswanderung und Kolonisation. Eine Entgegnung. I, S. 365, 393.
Ein materialistischer Historiker, I, S. 537
Die sozialen Triebe in der Menschenwelt, II, S. 13, 49, 118.
Das Recht auf Arbeit, II, S. 299.
Das „Kapital", von Rodbertus, II, S. 337, 385.
Eine Replik (auf Schramm, II, 481), II, S. 494.
Die Indianerfrage, III, S. 17, 63, 107.
Schlußwort (in der Polemik mit Schramm), III, S. 224.
Die Entstehung des Christentums, III, S. 481, 529.
Die Quintessenz des Sozialismus, III, S. 515.
Das „Elend der Philosophie" und „Das Kapital", IV, S. 7, 49, 117, 157.
Die chinesischen Eisenbahnen und das europäische Proletariat, IV, S. 515, 529.
Statistische Schönfärberei, IV, S. 28.
Die Kapitalisierung von Kunst und Wissenschaft, VI, S. 463.
Die Verschwendung in der kapitalistischen Produktionsweise, VII, S. 25.
Der jüngste Zukunftsroman, VII, S. 268.
Die Bergarbeiter und der Bauernkrieg, vornehmlich in Thüringen, VII, S. 289, 337, 410, 443, 507.
Die Arbeiterbewegung in Oesterreich, VIII, S. 49, 97, 154.
Deutsche und amerikanische Zollpolitik, IX, S. 161, 201, 313.
Der Entwurf des neuen Parteiprogramms, IX/2, S. 723, 749, 780.
Medizinisches (W. Schallmeyer, Die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit und die Verstaatlichung des ärztlichen Standes), X/1, S. 644.
Vollmar und der Staatssozialismus, X/2, S. 705.
Der Parteitag und der Staatssozialismus, X/1, S. 210.
Zukunftsstaaten der Vergangenheit, X/1, S. 653, 684.
Eine Naturgeschichte des politischen Verbrechers, XI/2, S. 69.
Ein sozialdemokratischer Katechismus (von Knorr), XII/1, S. 361, 402.
Der Kapitalismus fin de siècle, XII/1, S. 457, 517, 589.
Nochmals Knorrs Katechismus, XII/1, S. 504.
Marx und Engels, das Anarchistenpaar, XIII/1, S. 754.
Die Intelligenz und die Sozialdemokratie, XIII/2, S. 10, 43, 74.
Unser neuestes Agrarprogramm, XIII/2, S. 557, 586, 610.
Noch einige Bemerkungen zum Agrarprogramm, XIII/2, S. 806.
Heine an Marx, XIV/1, S. 14.
Die materialistische Geschichtsauffassung und der psychologische Antrieb, XIV/2, S. 652.
Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten?, XI/1, S. 213, 228, 260.

Utopistischer und materialistischer Marxismus, XV/1, S. 716.
Der Kampf der Nationalitäten und das Staatsrecht in Oesterreich, XVI/1, S. 516, 557.
Nochmals der Kampf der Nationalitäten in Oesterreich, XVI/1, S. 723.
Aeltere und neuere Kolonialpolitik, XVI/1, S. 769, 801.
Kiautschou, XVI/2, S. 14.
Das böhmische Staatsrecht und die Sozialdemokratie, XVII/1, S. 292.
Friedrich Engels und das Milizsystem, XVII/1, S. 335.
Partei und Gewerkschaft, XVII/1, S. 420.
Schippel und der Militarismus, XVII/1, S. 618, 644, 686.
Siegfried der Harmlose (Polemik gegen Schippel), XVII/1, S. 787.
Bernstein und die materialistische Geschichtsauffassung, XVII/2, S. 4.
Bernstein und die Dialektik, XVII/2, S. 36.
Bernstein über die Werttheorie und die Klassen, XVII/2, S. 68.
Zwei Kritiker meiner Agrarfrage (F. O. Hertz und Eduard David), XVIII/1, S. 292, 338, 363, 428, 470.
Schippel, Brentano und die Flottenvorlage, XVIII/1, S. 740, 772, 804.
Die Neutralisierung der Gewerkschaften, XVIII/2, S. 388, 429, 457, 492.
Die sozialistischen Kongresse und der sozialistische Minister, XIX/1, S. 36.
Der Kohlenwucher und die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus, XIX/1, S. 173.
Die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, XIX/1, S. 301.
Grundzüge der Handelspolitik, XX/1, S. 332, 364, 396.
Sozialismus und Landwirtschaft, XXI/1, S. 677, 731, 745, 781, 804.
Drei Krisen des Marxismus, XXI/1, S. 723.
Sozialismus und Landwirtschaft, XXI/1, S. 731.
Klasseninteresse — Sonderinteresse — Gemeininteresse, XXI/2, S. 240, 261.
Das Massaker von Kischenew und die Judenfrage, XXI/2, S. 303.
Allerhand Revolutionäres, XXII/1, S. 588, 620, 652, 685, 732.
Brentanos Preisrätsel für Marxisten, XXIII/1, S. 714.
Die Differenzen unter den russischen Sozialisten, XXIII/2, S. 68.
Der heilige Franz von Assissi. Ein Revisionist des mittelalterlichen Kommunismus, XXII/2, S. 261.
Republik und Sozialdemokratie in Frankreich, XXIII/1, S. 260, 300, 332, 363, 397, 436, 467.
Die Rebellionen in Schillers Dramen, XXIII/2, S. 133.
Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie, XXIII/2, S. 343, 364.
Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie, XXIII/2, S. 460, 492, 529.
Der amerikanische Arbeiter, XXIV/1, S. 676, 717, 740, 773.
Das Kommunistische Manifest ein Plagiat. (Tscherkesoff, Arturo Labriola und Pierre Ramus, Die Urheberschaft des Kommunistischen Manifests), XXIV/2, S. 693.

Partei und Gewerkschaft, XXIV/2, S. 716, 749.
Der Ursprung der Moral, XXV/1, S. 213, 252.
Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution, XXV/1, S. 284, 324.
Die Situation des Reiches, XXV/1, S. 420, 453, 484.
Einige Feststellungen über Marx und Engels, XXVI/1, S. 1.
Methoden der Kolonialverwaltung. (Graf von Pfeil, zur Erwerbung von Deutschostafrika.) XXVI/1, S. 614.
Wie geht man an das Studium des Sozialismus? XXVI/1, S. 708.
Marx als Verfechter der Sklaverei, XXVI/1, S. 842.
Nochmals Marx und die Sklaverei, XXVI/2, S. 26.
Verelendung und Zusammenbruch (Dr. M. Tugan-Baranowsky, Der moderne Sozialismus), XXVI/2, S. 540, 569.
Nationalität und Internationalität. Ergänzungsheft Nr. 1 (18. Januar 1908), S. 36.
Maurenbrecher und das Budget, XXVII/1, S. 44.
Reform und Revolution. Eine Antwort. XXVII/1, S. 180, 220, 252.
Oesterreich und Serbien, XXVII/1, S. 860.
Sekte oder Klassenpartei, XXVII/2, S. 4.
Sozialistische Kolonialpolitik, XXVII/2, S. 33.
Eine neue Strategie, XXVIII/2, S. 332, 364, 412.
Was nun? XXVIII/2, S. 33, 68.
Der Aufstand in Baden, XXVIII/2, S. 612.
Zwischen Baden und Luxemburg, XXVIII/2, S. 652.
Schlußwort. (Zur Richtigstellung der Genossin Luxemburg.) XXVIII/2, S. 760.
Preise und Löhne, XXIX/1, S. 921.
Fleischteuerung und Kleinbetrieb, XXIX/2, S. 4.
Bodenfrage, XXIX/2, S. 209, 258.
Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, XXIX/2, S. 348, 408.
Die Aktion der Masse, XXX/1, S. 43, 77, 106.
Schutzzoll und Teuerung, XXX/1, S. 354.
Konsumenten und Produzenten, XXX/1, S. 452.
Gold, Papier und Ware, XXX/1, S. 837, 886.
Oekonomie und Wehrhaftigkeit, XXX/2, S. 261, 319, 342.
Lassalles historische Leistung, XXXI/2, S. 233.
Lassalle und Marx, XXXI/2, S. 476.
Die Wandlungen der Goldproduktion und der wechselnde Charakter der Teuerung. Ergänzungsheft Nr. 16 (24. Jan. 1913).
H. Dietz, XXXII/1, S. 1.
Peukerts Erinnerungen, XXXII/1, S. 924.
Die Sozialdemokratie im Kriege, XXXIII/1, S. 1.
Kriegssitten, XXXIII/1, S. 65, 97.
Zwei Schriften zum Umlernen. (Gegen Cunow und Lensch.) XXXIII/2, S. 33, 71, 107, 138.
Oekonomische Wirkungen der Staatsschulden, XXXIII/2, S. 1.

Sozialdemokratische Steuerpolitik, XXXIV/1, S. 737.
Wie englische Arbeiter deutsche Sozialdemokraten von einem Kongreß ausschließen, XXXIV/2.
Das neue Polen, XXV/1, S. 153, 177.
Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg vor dem jetzigen Krieg. XXXV/1, S. 297.
Neue sozialdemokratische Anschauungen vom Krieg, XXXV/1, S. 321.
Imperialismus und reaktionäre Masse, XXXV/2, S. 102.
Die Landesverteidigung, XXXV/2, S. 121.

Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena.

GENERAL LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA—BERKELEY

RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.

Renewed books are subject to immediate recall.

7Nov54FC

NOV 22 1954 LU

8Nov'55SS

JAN 27 1956 LU

AUG 25 1966 9

RECEIVED

AUG 24 '66 2 PM

LOAN DEPT.

OCT 15 1976 4 9

REC. CIR. SEP 17 '76

INTERLIBRARY LOAN

SEP 8 1981

UNIV. OF CALIF., BERK.

RET'D OCT 1 1981

21–100m-1,'54(1887s16)476

U. C. BERKELEY LIBRARIES
C070916111